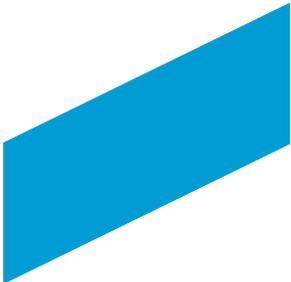




**WWU**  
MÜNSTER

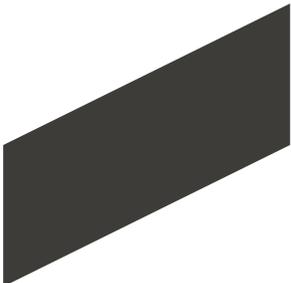
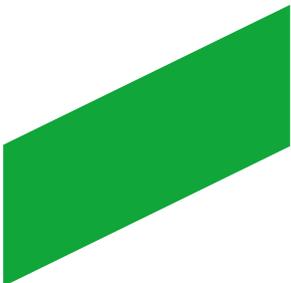


Tim Mäkelburg



**Rollen und Interaktionen  
von Lobbyingakteuren gegen  
die Grüne Gentechnik**

Eine Strukturanalyse des Politikfelds  
anhand der Referenzfälle  
Deutschland und Niederlande



Fach Politikwissenschaft

**Dissertationsthema**

Rollen und Interaktionen von Lobbyingakteuren gegen die Grüne Gentechnik. Eine Strukturanalyse des Politikfelds anhand der Referenzfälle Deutschland und Niederlande.

Zugleich Inaugural-Dissertation  
zur Erlangung des Doktorgrades Dr. phil. im Fachbereich  
Erziehungswissenschaft und Sozialwissenschaften  
der Westfälischen Wilhelms-Universität in Münster

Vorgelegt von  
**Tim Mäkelburg**  
aus Detmold

**Erste Gutachterin:** Prof. Dr. Christiane Frantz

**Zweiter Gutachter:** Prof. Dr. Friso Wielenga

**Tag der Disputation:** 23. Februar 2016

**Tim Mäkelburg**

**Rollen und Interaktionen von Lobbyingakteuren gegen  
die Grüne Gentechnik**



## **Schriften aus dem Haus der Niederlande**

herausgegeben von  
Gunther De Vogelaer, Lut Missinne, Friso Wielenga, Markus Wilp

Band 6

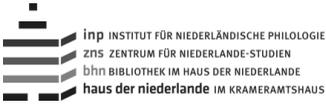
**Tim Mäkelburg**

# **Rollen und Interaktionen von Lobbyingakteuren gegen die Grüne Gentechnik**

Eine Strukturanalyse des Politikfelds anhand der Referenzfälle  
Deutschland und Niederlande

## Schriften aus dem Haus der Niederlande

herausgegeben von Gunther De Vogelaer, Lut Missinne, Friso Wielenga, Markus Wilp



### FID Benelux – Open Access Publications

herausgegeben von der Universitäts- und Landesbibliothek Münster  
<http://www.ulb.uni-muenster.de>

Ein Service des Fachinformationsdienstes Benelux / Low Countries Studies  
<http://www.ulb.uni-muenster.de/benelux>



Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:  
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie;  
detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Dieses Buch steht gleichzeitig in einer elektronischen Version über den Publikations- und  
Archivierungsserver der WWU Münster zur Verfügung.  
<http://www.ulb.uni-muenster.de/wissenschaftliche-schriften>

Tim Mäkelburg

„Rollen und Interaktionen von Lobbyingakteuren gegen die Grüne Gentechnik. Eine Strukturanalyse des  
Politikfelds anhand der Referenzfälle Deutschland und Niederlande“  
Schriften aus dem Haus der Niederlande, Band 6  
Verlag readbox publishing GmbH – readbox unipress, Münster  
<http://unipress.readbox.net>

Zugl.: Diss. Universität Münster, 2016

Dieses Werk ist unter der Creative-Commons-Lizenz vom Typ 'CC BY 4.0 International'  
lizenziert: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>  
Von dieser Lizenz ausgenommen sind Abbildungen, welche sich nicht im Besitz  
des Autors oder der ULB Münster befinden.



ISBN 978-3-8405-1006-9 (Druckausgabe)  
URN urn:nbn:de:hbz:6-75159689049 (elektronische Version)

direkt zur Online-Version:

© 2019 Tim Mäkelburg  
Alle Rechte vorbehalten

Satz: Tim Mäkelburg  
Umschlag: WWU Marketing, Designservice



## Vorwort

Die vorliegende Arbeit entstand am *Institut für Politikwissenschaft der Westfälischen Wilhelms-Universität (WWU) Münster* und wurde dort von Prof'in Dr. CHRISTIANE FRANTZ begleitet. Als Zweitbetreuer war Prof. Dr. FRISO WIELENGA vom *Zentrum für Niederlande-Studien (ZNS) der WWU* mit der Dissertation verbunden. Assoziiert war die Arbeit zudem an das bis März 2011 existierende und am ZNS angesiedelte DFG-Graduiertenkolleg 1410 (Zivilgesellschaftliche Verständigungsprozesse vom 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart – Deutschland und die Niederlande im Vergleich). Beiden Betreuern, den Kollegen, Mitarbeitern und übrigen Doktoranden der genannten Institutionen sowie der beiden Doktorandenkolloquien möchte ich an dieser Stelle für ihre Unterstützung und ihren langen Atem danken, da die Erstellung der vorliegenden Doktorarbeit sich über einen vergleichsweise langen Zeitraum hinzog. Ebenfalls Dank aussprechen möchte ich meiner Familie, die mich in der gesamten Zeit unterstützt und motiviert hat sowie den Interviewpartnern und Experten, mit denen ich im Zuge dieser Untersuchung sprechen konnte.

Die lange Bearbeitungszeit ist in erster Linie auf private Gründe zurückzuführen. So habe ich seit dem Beginn der Themenfindung im Jahr 2008 nebenbei ständig in Teil- oder Vollzeit gearbeitet und mich um meine Familie gekümmert. Die Verteidigung der Arbeit fand dann auch erst Anfang 2016 statt und bis zur Veröffentlichung der Doktorarbeit sollte es noch einmal drei Jahre bis zum Frühjahr 2019 dauern, da für die noch notwendigen Anpassungen und Überarbeitungen nach der Disputatio erst eine mehrwöchige Urlaubsperiode gefunden werden musste.

Die lange und intensive Auseinandersetzung mit der Thematik hat dazu geführt, persönlich einen besseren, objektiveren Blick auf die Technologie und seine möglichen Risiken oder Chancen zu erlangen und sich kritisch mit den Argumenten und Methoden von Befürwortern wie Gegnern zu beschäftigen.

*Tim Mäkelburg im Februar 2019*



# Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung .....	7
2. Forschungsdesign.....	29
2.1. Forschungsgegenstand und Forschungsbedarf .....	37
2.2. Stand der Forschung .....	40
2.2.1. Akteure.....	41
2.2.1.1. Zivilgesellschaftsforschung .....	41
2.2.1.2. Verbändeforschung.....	45
2.2.1.3. Bewegungsforschung.....	49
2.2.1.4. NGO-Forschung.....	53
2.2.1.5. Zwischenfazit .....	60
2.2.2. Prozesse.....	62
2.2.2.1. Governanceforschung.....	63
2.2.2.2. Interessenvertretungsforschung .....	66
2.2.2.3. Ressourcen und Politikfähigkeit .....	77
2.2.2.4. Politische Strategie.....	79
2.2.2.5. Politische Gelegenheitsstrukturen .....	85
2.3. Theoretisches Raster .....	94
2.4. Forschungsfragen .....	97
2.5. Arbeitshypothesen .....	101
2.6. Forschungsdesign .....	103
2.7. Operationalisierung.....	104
2.7.1. Datenbasis und Auswahlstrategien .....	104
2.7.2. Feldzugang und Feldkontakt .....	113
2.7.3. Interviewleitfaden.....	118
2.8. Interviewphase.....	120
2.9. Aufbereitung und Auswertung der erhobenen Daten .....	122
3. Fallbeschreibung .....	125
3.1. Chronologie und Analyse der Konfliktlage .....	125
3.1.1. Aufkommen der Technologie .....	125
3.1.2. Aufkommen des Protests .....	130
3.1.2.1. Versprochene Vorteile der Grünen Gentechnik .....	131
3.1.2.2. Nachteile und potenzielle Risiken der Grünen Gentechnik .....	133
3.1.2.3. Risikobegriff in Bezug auf neue Technologien .....	135

3.1.2.4. Gründe für die Ablehnung und Befürwortung der Technologie .....	137
3.1.2.5. Wellen des Protests und Widerstands.....	141
3.1.2.6. Öffentliche Einstellungen und Meinungen zum Genfood.....	149
3.1.2.7. Versuche der Vermittlung und Aufklärung .....	162
3.1.3. Zwischenfazit .....	170
3.2. Politikfeldspezifische Interessenvertretungsmuster .....	173
3.2.1. Deutschland.....	173
3.2.2. Niederlande .....	179
3.2.3. Zwischenfazit .....	192
3.3. Verortung von Regulierung und Protest .....	193
3.3.1. Regulierung .....	194
3.3.1.1. Regulierung auf globaler und EU-Ebene.....	195
3.3.1.2. Regulierung auf der Ebene der Nationalstaaten.....	213
3.3.2. Protest .....	221
3.4. Zwischenfazit.....	226
4. Analyse des Politikfelds.....	231
4.1. Nicht-fallspezifische Akteure.....	237
4.1.1. Industrie.....	237
4.1.2. Wissenschaft.....	249
4.1.3. Politik.....	252
4.2. Fallspezifische Akteure .....	268
4.2.1. Agrarbranche .....	268
4.2.2. Gesellschaftliche Akteure.....	275
4.2.2.1. Verbraucherschutz.....	278
4.2.2.2. Umwelt-, Tier- und Naturschutzverbände .....	283
4.2.2.3. Akteure aus dem Entwicklungshilfebereich.....	290
4.2.2.4. Aktionsbündnisse und Kampagnennetzwerke .....	292
4.3. Kartierung aktiver Akteure .....	297
4.4. Portrait der interviewten Akteure .....	298
4.4.1. AbL .....	299
4.4.2. ASEED Europe.....	300
4.4.3. BD-vereinigung .....	301
4.4.4. Bioland.....	302
4.4.5. Bionext .....	303
4.4.6. Bio-Verbraucher e.V. ....	304
4.4.7. BÖLW .....	305
4.4.8. Greenpeace Nederland .....	306

---

4.4.9. Initiative nahrungs-kette.....	308
4.4.10. NABU .....	309
4.4.11. Slow Food Deutschland e.V.....	310
4.4.12. Werkgroep „Burgers voor gentechvrij voedsel“ .....	312
4.5. Zwischenfazit.....	312
5. Analyse untersuchungsrelevanter Akteure .....	317
5.1. Unterscheidungskriterien der kritischen Akteure .....	317
5.1.1. Mitgliedschaft und Struktur .....	318
5.1.2. Finanzielle Ressourcen .....	320
5.1.3. Personelle Ressourcen.....	322
5.1.4. Primäres Netzwerk.....	323
5.1.5. Hauptinteresse.....	324
5.1.6. Hauptdiskursrahmen .....	326
5.1.7. Politikebene.....	327
5.1.8. Instrumente und Zielgruppe .....	329
5.1.9. Kompromissfähigkeit .....	331
5.1.10. Interaktion.....	332
5.1.11. Politikzyklus .....	333
5.2. Personelle und zeitliche Ressourcen .....	335
5.3. Aktivität.....	339
5.3.1. Erstmaliges Engagement.....	339
5.3.2. Konjunkturen .....	343
5.4. Positionierung .....	345
5.4.1. Verwandte Themenfelder .....	345
5.4.2. Standpunkte .....	348
5.4.3. Argumentation .....	350
5.4.4. Abweichende persönliche Meinungen .....	360
5.4.5. Gegner und Feindbilder.....	361
5.4.6. Erfolge .....	365
5.5. Strategie .....	372
5.5.1. Strategieentwicklung und -anpassung.....	372
5.5.2. Instrumente und Mittel des Protestes .....	375
5.5.3. Grenzen des Protests .....	398
5.5.4. Aktivitätsebene .....	400
5.6. Ehemals aktive Akteure .....	402
5.7. Unterschiede zwischen Deutschland und den Niederlanden .....	406
5.8. Länderspezifische Voraussetzungen .....	412
5.9. Zwischenfazit.....	423

---

6. Interaktionsanalyse .....	431
6.1. Interaktionsformen .....	432
6.1.1. Interaktionen und Interaktionsmuster .....	432
6.1.2. Allianzen und Bündnisse .....	439
6.1.3. Institutionalisierungstendenzen .....	442
6.1.4. Grenzüberschreitende Interaktionen .....	446
6.2. Folgen von Kooperationen .....	450
6.2.1. Vorteile von Interaktionen .....	450
6.2.2. Probleme bei Interaktionen .....	454
6.2.3. Folgen von Interaktionen .....	456
6.3. Bevorzugte Interaktionspartner .....	458
6.3.1. Bevorzugte Akteurgruppe .....	468
6.3.2. Interaktionen mit anderen Gruppen .....	471
6.3.3. Interaktionsverweigerer .....	475
6.4. Unterschiede zwischen Deutschland und den Niederlanden .....	479
6.5. Zwischenfazit .....	482
7. Rollenmuster .....	487
8. Fazit .....	505
8.1. Darstellung der Ergebnisse .....	505
8.2. Überprüfung der Hypothesen .....	511
8.3. Politikempfehlung .....	523
8.4. Ausblick .....	526
9. Quellenverzeichnis .....	529
10. Abbildungsverzeichnis .....	565
11. Tabellenverzeichnis .....	567
12. Abkürzungsverzeichnis .....	569
13. Verzeichnis geführter Interviews .....	577
14. Anhang .....	579
14.1. Leitfaden zum Interview .....	579
14.2. Codesystem in MaxQDA .....	581
14.3. Anschreiben an potenzielle Interviewpartner .....	583
14.4. Einverständniserklärung von Interviewpartnern .....	584
14.5. Vertrauensschutzerklärung für Interviewpartner .....	585

## 1. Einleitung

Fast so schnell wie er da war, war er auch schon wieder verschwunden: Der Schokoladenriegel *Butterfinger* sollte 1998, als der Lebensmittelriese *Nestlé* ihn neu auf dem bundesdeutschen Markt einführte, nicht zu einem Verkaufsschlager werden. Grund dafür: Er wurde „hergestellt aus gentechnisch verändertem Mais“, wie es auf der Verpackung hieß. Finden konnte man den Riegel in Deutschland seinerzeit lediglich an Kiosken – nicht in großen Supermärkten – und aufgrund mangelnder Nachfrage wurde er bereits Ende 1999 wieder vom deutschen Markt genommen. Bis heute blieb er das einzige Produkt seiner Art, welches hierzulande offiziell und flächendeckend eingeführt wurde. Begleitet wurde die Einführung des Riegels aufgrund seiner gentechnisch veränderten Inhaltsstoffe durch eine Online-Protestkampagne des deutschen *Greenpeace*-Ablegers, die auch innerhalb der deutschen Bevölkerung – und da vor allem bei Jugendlichen als Zielgruppe des Riegels – zu einer öffentlichen Protestwelle führte (vgl. Bernauer 2003: 88; Dreyer/Gill 2000: 132; Pfaff/Pohl-Apel/Sachse 2008: 9-3; Greenpeace 1999; Sdun 2001).

Ihren Teil zu dieser sehr kritischen öffentlichen Stimmung beigetragen haben zuvor verschiedene Ereignisse wie etwa die BSE-Krise oder das erfolgreiche Klonen des Schafs Dolly im Jahr 1996, welche alle zusammen genommen zu einer großen öffentlichen Skepsis führten. Mit in das Jahr 1996 fiel auch die allererste Einfuhr von gentechnisch veränderten Lebensmitteln wie Mais oder Soja, welche über die großen europäischen Seehäfen ihren Weg aus den USA in die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union fanden. Diese ersten Importe standen ganz am Ende der Ereignisse des Jahres 1996, weshalb die gesellschaftliche Stimmung zu diesem Zeitpunkt – und auch Monate später bei der deutschen Markteinführung des *Butterfingers* – von eben jenen Geschehnissen bereits vorgeprägt war (vgl. Ansell/Maxwell/Sicurelli 2006: 97; Behrens/Meyer-Stumborg/Simonis 1997: 22; Hamburger Abendblatt 1996: 17).

*Fallzentrierte Studie zur (Grünen) Gentechnologie*

Die zur Herstellung des *Butterfinger*-Riegels verwendete Gentechnologie<sup>1</sup> ist eine von vielen möglichen Techniken, welche die moderne Biotechnologie bietet und umfasst Verfahren zur Veränderung der Erbinformationen von Organismen. Von Gentechnik spricht man in den Naturwissenschaften seit den 1970er Jahren, als es Wissenschaftlern erstmals gelang, das Erb molekül DNA zu entschlüsseln, aufzuschneiden und neu zusammenzufügen. Seit jenem Zeitpunkt war es möglich, einzelne kurze DNA-Abschnitte mit dem Informationsgehalt eines Gens aus der Gesamtmenge der DNA herauszuschneiden und so von einem Organismus in das Genom eines anderen zu übertragen (vgl. Conrad 2004: 9; Gill 2008: 615; Lelley 1998: 18ff.).

In dieser Forschungsarbeit soll es einzig und allein um einen einzelnen Bereich der Gentechnologie gehen, nämlich jenen, in dem die Nutzung gentechnischer Methoden in den Bereichen Pflanzenzucht, Landwirtschaft und Lebensmittel im Mittelpunkt stehen. Unter diesen, auch als „Grüne Gentechnik“<sup>2</sup> bezeichneten Zweig, fasst man sämtliche gentechnische Manipulationen, bei denen man durch einen Eingriff in die Genstruktur von Pflanzen, Futtermitteln, Lebensmittelzutaten oder Mikroorganismen diese derart anpassen kann, dass sie später veränderte Eigenschaften annehmen können (vgl. Conrad 2004: 10; Saalbach 2008: 1f.).

Die Untersuchung ist als fallzentrierte Studie angelegt, verfolgt grundsätzlich das Ziel, die Strukturen des Politikfelds der Grünen Gentechnik zu analysieren und strebt somit nach einer möglichst umfassenden Erklärung dieses Falls. Am Ende sollen dabei weniger generalisierende Aussagen stehen, sondern das Ziel der Strukturanalyse ist es vielmehr, ein umfangreiches Bild vom

---

<sup>1</sup> Die Begriffe Gentechnologie, Gentechnik und Genmanipulation werden in dieser Arbeit aus pragmatischen Gründen synonym verwendet.

<sup>2</sup> Der Begriff der Grünen Gentechnik ist nicht von allen Beteiligten Akteuren gleichermaßen akzeptiert. Kritiker merken an, dass die beiden Elemente „Grün“ und „-technik“, aber auch der Wortteil „Bio“ bei der Biotechnologie beschönigend wirken und so der Anschein erweckt würde, dass es sich um ökologisch gesehen besonders schonende Verfahren handele. Da sich dieser Begriff in der öffentlichen Diskussion in Deutschland jedoch mehrheitlich eingebürgert hat, wird er auch hier benutzt und teilweise mit dem Begriff der Agro-Gentechnik abgewechselt.

Politikfeld der Grünen Gentechnik in Deutschland und in den Niederlanden zu bekommen, indem es möglichst in seinem ganzen Ausmaß erfasst und dargestellt wird. Dies beinhaltet die Herausarbeitung aller beteiligten Akteure des Politikfelds, der gegenseitigen Interaktionen, der geäußerten Meinungen und Positionen, der ausgetragenen Konflikte, der historischen Entwicklungen sowie die Darstellung der Initiativen zur Interessenvertretung, der Konfliktlösung und der politischen Regulierung. Der Schwerpunkt wird dabei auf drei Gruppen kritischer Kollektivakteuren aus der Zivilgesellschaft liegen, deren Aktivitäten, Motivationen, Positionen, Rollen und deren Handeln innerhalb des Politikfelds der Grünen Gentechnik und innerhalb des Konflikts näher beleuchtet werden sollen.

Kritisiert werden gentechnische Methoden seit ihrer Entdeckung in den 1970er Jahren hauptsächlich aufgrund der nicht abschließend geklärten Risiken und Langzeitfolgen des Gentechnikeinsatzes in Nahrungsmitteln für die Umwelt und die Gesundheit. Bis zum heutigen Tag konnten allerdings keine der möglichen negativen Folgen der gentechnischen Manipulation direkt auf diese zurückgeführt werden, was es für die Kritiker immer schwieriger macht, ungewünschte Effekte als Argument gegen die Technologie anzuführen. Ganz abschließend lässt sich auch heute – Jahrzehnte nach der Vorstellung der neuen Technologie – noch nicht beantworten, wie groß die Risiken des Gentechnikeinsatzes in der Landwirtschaft sind. Eine Rolle spielen seit je her aber auch ethische Bedenken oder die Angst vor einem Verlust der Biodiversität (vgl. Strünck 2006: 190). Zudem – so lautet ein Ergebnis dieser Dissertation – hat sich die Debatte über Jahre hin immer wieder verlagert, indem die Gentechnikfrage mit verwandten Themenbereichen verknüpft wurde. So fanden Kritik und Protest über die Jahre hinweg stets mehr auf Nebenschauplätzen wie etwa dem Themenfeld Patentierung von Pflanzen, bei Fragen zur Globalisierung, Welternährung und Ausbeutung oder der Kritik an der Monopolisierung der Gentechnikbranche statt. Die Gentechnikdebatte wurde so nicht selten zu einem Stellvertreter Schlachtfeld, auf dem Konflikte ausgetragen wurden, die von den Kritikern nicht selten strategisch geschickt mit der Grünen Gentechnik verknüpft wurden. Die Kritiker schafften es so erfolgreich, die Grüne Gentechnik als untrennbaren Teil eines von multinationalen Konzernen be-

herrschten Agrarsystems zu definieren, welches in ihren Augen einzig und allein auf Gewinnmaximierung aus ist und bei dem Natur und Biodiversität auf der Strecke bleiben.

#### *Entwicklung von Akzeptanz und Protest*

Schaute man sich knapp zehn Jahre nach der erfolglosen Positionierung des *Butterfinger* auf dem deutschen Markt einmal im Einzelhandel um, dann konnte man feststellen, dass in deutschen Supermärkten in der Regel keine Produkte verkauft wurden, die laut Verpackungsaufdruck mit genveränderten Organismen (GVO<sup>3</sup>) produziert wurden. Nach dem *Butterfinger*-Fiasko für Nestlé hat es in Deutschland auch nie wieder großflächige Versuche einer Einführung solcher Gentechnik-Lebensmittel gegeben. Anders zeigte sich da die Situation in den Niederlanden. Bei unseren westlichen Nachbarn fanden sich in den Supermarktregalen im Jahr 2008 sehr wohl gekennzeichnete Produkte mit gentechnisch veränderten Inhaltsstoffen. 2008 hatte eine Studie 18 solcher mehrheitlich auf Öl-, Mais- oder Soja-Basis hergestellter transgener Produkte im niederländischen Einzelhandel ausgemacht, die in ihrem jeweiligen Segment eine Marktdurchdringung von 11 Prozent erreichten. Die Niederlande nahmen dabei eine Spitzenposition innerhalb Europas ein. Ende der 1990er Jahre, als in Deutschland der *Butterfinger* eingeführt wurde, konnten im Einzelhandel unserer Nachbarn sogar noch um die 150 als transgen gekennzeichneten Produkte vorgefunden werden (vgl. Nijland 1999: 7; Sleenhoff/Osseweijer 2008: 11-9ff.; Trouw 1997a: 31; Pfaff/Pohl-Apel/Sachse 2008: 9-5).

Zehn Jahre später, im Jahr 2008, wurde in Deutschland eine wichtige gesetzliche Änderung in der Gentechnikgesetzgebung durchgeführt.<sup>4</sup> Seitdem darf auf Lebensmitteln, die ohne gentechnische Inhaltsstoffe auskommen und gentechnikfrei hergestellt wurden, der Zusatz „ohne Gentechnik“ aufgedruckt werden. Und blickt man nochmal zehn Jahre weiter, dann hat sich diese Maß-

---

<sup>3</sup> Neben der deutschen Abkürzung wird in dieser Arbeit synonym immer auch wieder die internationalere englische Abkürzung GMO (*genetically modified organism*) verwendet werden.

<sup>4</sup> EG-Gentechnik-Durchführungsgesetz (EGGenTDurchfG), zuletzt geändert durch die Bekanntmachung vom 27. Mai 2008 (BGBl. I S. 919).

nahme als Erfolg erwiesen, denn anno 2018 wurden deutschlandweit rund 9.000 Lebensmittel mit diesem Zusatz beworben. Es handelte sich dabei vor allem um Molkereiprodukte wie Käse, Milch oder Butter. Aber auch Fleisch und Eier tragen immer häufiger das 2008 eingeführte deutschlandweit einheitliche grüne Label. In den Niederlanden hingegen kennt man eine derartige Kennzeichnung nicht, was bereits viel über den unterschiedlichen Umgang mit den Gentechnikthema in beiden Ländern aussagt (vgl. VLOG 2018).

Beide Zeiträume, sowohl Mitte/Ende der 1990er als auch Mitte/Ende der 2000er Jahre, bilden die letzten beiden Hochphasen der Gentechnikproteste. In diesen Perioden wurde das Für und Wider der Technologie in der Öffentlichkeit lange kontrovers, sehr emotional und nicht selten auch irrational diskutiert. Befürworter und Gegner bildeten dabei jeweils meinungsstarke Lager, was zur Folge hatte, dass sich der Großteil der Bevölkerung eine Meinung zur Gentechnikfrage bilden konnte und beide Seiten stark gespalten waren. Seit den 2010er Jahren – so ebenfalls ein Ergebnis dieser Untersuchung – konnte man dann aber beobachten, wie die Gentechnikthematik in der öffentlichen Bedeutung immer öfter abnahm und nur noch selten ganz oben auf der politischen Agenda stand. Und auch die Anzahl an aktiven gentechnikkritischen Gruppen und Organisationen nahm seitdem immer weiter ab oder verlagerte ihre Schwerpunktsetzung auf andere Themenbereiche.

20 Jahre nach Beginn der ersten Hochphase des Gentechnikkonfliktes in Europa gibt es nun vereinzelt Hinweise darauf, dass sich die verhärteten Fronten zwischen Gegnern und Befürwortern an einzelnen Stellen auflösen könnten; es bleibt aber abzuwarten, ob sich hieraus ein Trend entwickelt. Gründe, die ehemalige Kritiker vereinzelt umdenken ließen waren hierbei nicht selten globale Herausforderungen wie der Klimawandel oder die weltweite Nahrungsmittelversorgung. So gab es im Juni 2016 etwa einen offenen Brief,<sup>5</sup> in dem 138 Nobelpreisgewinner sich unter anderem an *Greenpeace* wandten und forderten, dass die weltweit tätige Umwelt-NGO ihre Kampagne gegen Gentechnik stoppt.

---

<sup>5</sup> Laureates Letter Supporting Precision Agriculture (GMOs), Online: [http://www.supportprecisionagriculture.org/nobel-laureate-gmo-letter\\_rjr.html](http://www.supportprecisionagriculture.org/nobel-laureate-gmo-letter_rjr.html), Abruf: 27. Januar 2019.

Ihr Widerstand sei vor allem auf Emotionen und Dogmen und nicht auf Fakten basiert, lautete die Kritik der Wissenschaftler. Unter dem Namen *Support Precision Agriculture* führte die Initiative zudem die Namen verschiedener ehemaliger Gentechnikkritiker wie etwa ehemalige *Greenpeace*-Gründer und -Aktivisten auf, die heute Befürworter transgener Methoden sind.<sup>6</sup>

Ein weiteres Beispiel für ein langsames Auflösen der verhärteten Fronten ist das Impulspapier mit dem Titel „Neue Zeiten. Neue Antworten.“<sup>7</sup>, welches der neugewählte Bundesvorstand von *Bündnis 90/Die Grünen* im April 2018 zum Start der Grundsatzprogrammdebatte der Partei veröffentlichte. Dabei vertrat man erstmals den Standpunkt, dass man die bislang geäußerte generelle Kritik an der Genveränderung von Lebensmitteln dahingehend noch einmal hinterfragen wolle, ob bestimmte gentechnologische Verfahren nicht auch helfen können, die zukünftige Versorgung mit Nahrungsmitteln zu garantieren; allerdings unter der Bedingung, dass zunächst die großen Gentechnikkonzerne, die sich nach der Übernahme von *Monsanto* durch *Bayer* im Juni 2018 noch weiter konzentriert haben, reguliert werden würden.

In eine ähnliche Richtung gingen neben den Parteivorsitzenden zuletzt auch andere bedeutende Persönlichkeiten der Partei wie etwa die Baden-Württembergische Wirtschafts- und Forschungsministerin THERESIA BAUER. Sie plädierte etwa dafür, Erbgutmanipulation nach dem Verfahren CRISPR/Cas9 – der sogenannten Genschere – nicht unter das strenge Gentechnikrecht fallen zu lassen, da keine Unterschiede zu heute gängigen Verfahren wie der Behandlung des Erbguts von Pflanzen durch radioaktive Strahlung oder Chemikalien erkennbar seien. Die so behandelten Organismen würden sich in der Regel nicht von jenen unterscheiden, die durch natürliche Mutation oder Züchtung verändert wurden (vgl. Bauer 2018). Über die Frage, ob die Genschere, mit deren Hilfe man viel schneller und gezielter als bislang Veränderungen des Erb-

---

<sup>6</sup> Vgl. Former Critics of GM Have a Change of Heart, Online: [http://www.supportprecisionagriculture.org/former-critics-of-gm-have-a-change-of-heart\\_rjr.html](http://www.supportprecisionagriculture.org/former-critics-of-gm-have-a-change-of-heart_rjr.html), Abruf: 27. Januar 2019.

<sup>7</sup> Neue Zeiten. Neue Antworten. Online: [https://www.gruene.de/fileadmin/user\\_upload/Dokumente/Beschluesse/Beschluesse\\_BuVo/20180406\\_Beschluss\\_Neue\\_Zeiten.\\_Neue\\_Antworten..pdf](https://www.gruene.de/fileadmin/user_upload/Dokumente/Beschluesse/Beschluesse_BuVo/20180406_Beschluss_Neue_Zeiten._Neue_Antworten..pdf), Abruf: 27. Januar 2019.

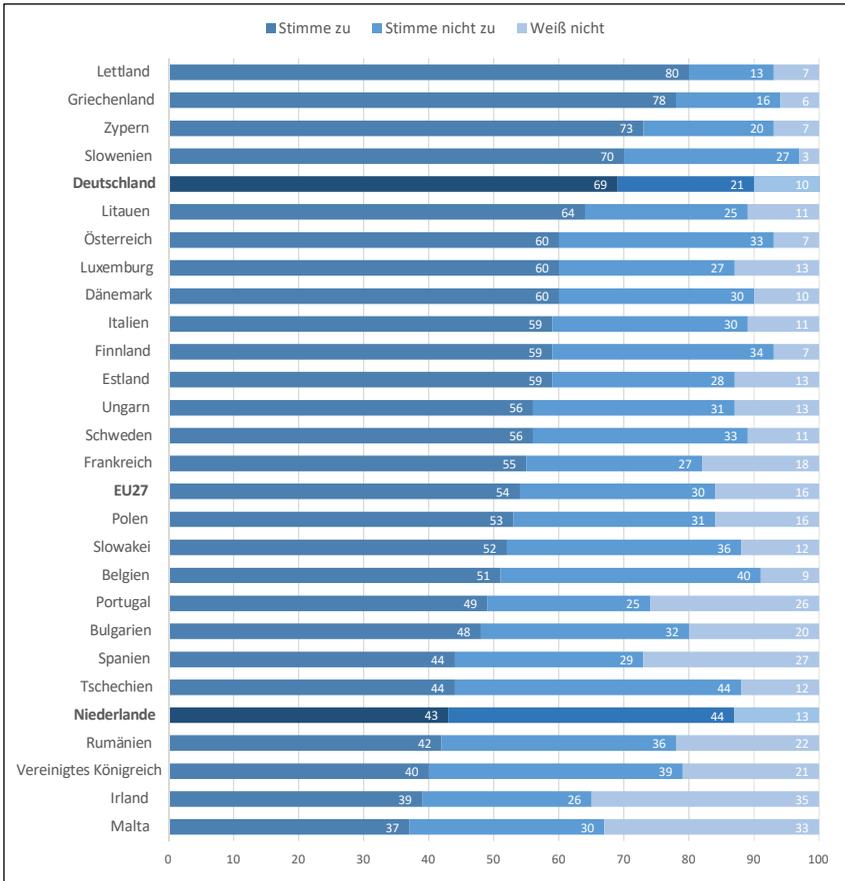
gutes von Pflanzen herbeiführen kann, als normale Züchtung oder als Gentechnik eingeordnet wird, musste sich im Juli 2018 auch der EuGH beugen. Bis zur Verkündung des Urteils war die Stimmung sehr gespalten, der EuGH urteilte aber, dass auch das CRISPR/Cas9-Verfahren unter die strenge Gentechnik-Richtlinie der EU fällt und somit auch hierfür langwierige Zulassungsverfahren notwendig sind.<sup>8</sup> Eine strenge Gemeinschaftsgesetzgebung bezüglich transgener Organismen bleibt also auch vorerst weiterhin bestehen.

Während der beschriebenen Hochphase des Gentechnikprotestes in Europa kam es gleichermaßen zu vielen mehr oder weniger spektakulären öffentlichkeitswirksamen Protestaktionen wie auch starken Interessenvertretungsaktivitäten hinter den Kulissen. So kam es etwa in den Niederlanden immer wieder zu Aktionen von gentechnikkritischen Organisationen an Supermärkten und bei den Konzernen, diese zielten jedoch von Beginn an vor allem auf eine ausreichende Kennzeichnung und weniger auf ein direktes Verbot der Gentechnik-Lebensmittel hin, sie waren oftmals eher klein und wurden – anders als etwa in Deutschland – auch nie wirklich von großen Teilen der Bevölkerung getragen und unterstützt (Pols 1999: 5; Trouw 1997b: 7; Vermeulen 1999: 2). In Deutschland hingegen herrschte eine vergleichsweise sehr negative Stimmung zu gentechnisch veränderten Produkten und Verfahren vor. Ressentiments gegenüber dem Einsatz von GMOs in Lebensmitteln gibt und gab er zwar auch im Nachbarland Niederlande, gemessen an der Ablehnung in der Gesellschaft gibt es dort jedoch deutlich weniger kritisch eingestellte Stimmen. Deutlich wird dies etwa an den Zahlen der letzten Eurobarometer-Spezialausgabe zum Thema Biotechnologie aus dem Jahr 2010 (Europäische Kommission 2010): Demnach antworteten auf die Aussage „*Gentechnisch veränderte Lebensmittel sind nicht gut für mich und meine Familie*“ (siehe Abbildung 1) 69 Prozent der befragten Deutschen mit „ja“ und 21 Prozent mit „nein“. Die befragten Niederländer hingegen antworteten lediglich zu 43 Prozent mit „ja“, dafür aber zu 44 Prozent mit „nein“ (vgl. ebd.: 23). Ähnlich verhielt es sich auch bei der Aussage „*Gentechnisch veränderte Lebensmittel rufen bei mir Unbehagen hervor*“ (siehe Abbildung 2):

---

<sup>8</sup> EuGH Rechtssache C-528/16, Urteil vom 25. Juli 2018.

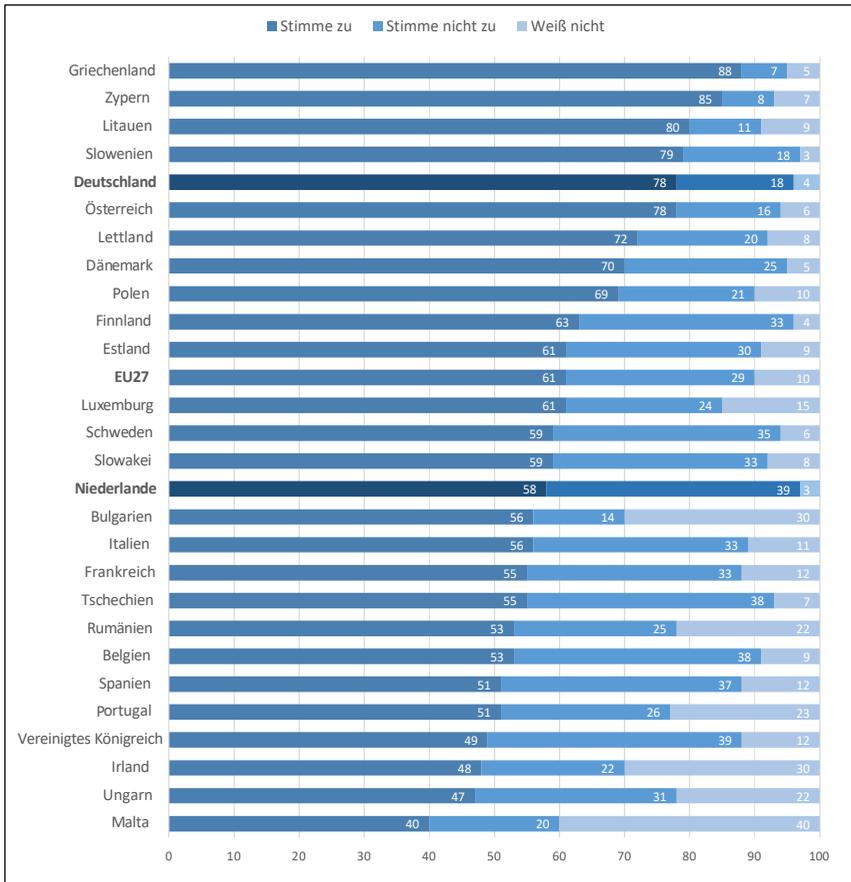
Abbildung 1: „Gentechnisch veränderte Lebensmittel sind nicht gut für mich und meine Familie“



Quelle: Eigene Darstellung nach Europäische Kommission 2010: 23

Hier antworteten auf deutscher Seite 78 Prozent mit „ja“ und 18 Prozent mit „nein“. In den Niederlanden hingegen waren es nur 58 Prozent, die diese Aussage mit „ja“ teilten und dafür 39 Prozent, die mit „nein“ antworteten (vgl. ebd.: 31; siehe auch Kapitel 3.1.2.6). Diese Unterschiede zwischen beiden Ländern machen es interessant, sich beide Länder einmal näher anzuschauen und die Niederlande so zum Referenzfall zu machen.

Abbildung 2: „Gentechnisch veränderte Lebensmittel rufen bei mir Unbehagen hervor“



Quelle: Eigene Darstellung nach Europäische Kommission 2010: 31

### *Interessenkonflikt und starke Lagerbildung*

Wie das ungleich breite Protestaufkommen, die unterschiedliche Präsenz von Produkten sowie die sehr differenten gesellschaftlichen Einstellungen zeigen, bestehen zwischen Deutschland und den Niederlanden im Politikfeld der Grünen Gentechnik also teils starke Unterschiede. Die Stimmung innerhalb beider Länder bündelt sich jeweils in verschiedenen Interessengruppen mit entweder

einer befürwortenden oder ablehnenden Haltung gegenüber Grüner Gentechnik. Die stark verhärteten Fronten zwischen diesen Pro- und Contra-GMO-Akteuren laufen – wie aus dieser Arbeit hervorgeht – dabei quer durch das gesellschaftliche Spektrum. So stehen Vertreter aus Wirtschaft und Forschung sowie Vertreter der großen Saatgut- und Pharmahersteller jenen Interessengruppen gegenüber, deren Anhänger unter anderem Umweltorganisationen, Verbraucherverbände oder Agrar- und Kirchenorganisationen darstellen. Die unterschiedliche Wahrnehmung der Technologie als technisch-ökonomische Innovation einerseits und als Risiko für Mensch und Natur andererseits bewirkte seit den 1970er Jahren unterschiedlichste Interessenlagen der Akteure innerhalb des Einführungsprozesses der Gentechnologie und hat durch negative Bewertung und Zuschreibung zu dieser gesellschaftlichen Konfliktlinie geführt, die sehr idealtypisch zwischen Verbrauchern auf der einen und der Industrie auf der anderen Seite verläuft. Eine Schlüsselrolle für die Verbreitung der Technologie scheint dabei dem Verhalten der Verbraucher zuzukommen (vgl. Behrens/Meyer-Stumborg/Simonis 1997: 43; Strünck 2006: 187).

In den Sozialwissenschaften wird eine derartige Auseinandersetzung als Akzeptanzkonflikt bezeichnet, welcher wiederum Dimensionen eines Interessen-, eines kognitiven- sowie eines Wertekonflikts aufweist. Laut BERNAUER (2003) sind die Debatten geprägt durch eine bunte Mischung aus begeisterten Versprechungen, unheilbringenden Vorhersagen, Wunschdenken, wissenschaftlichen Erkenntnissen und einer moralischen Debatte (vgl. ebd.: 42). Vor allem die Vorbehalte bzw. ihre unterschiedliche Ausprägung in verschiedenen Ländern machen das Politikfeld der Grünen Gentechnik aus sozialwissenschaftlicher Perspektive zu einem sehr interessanten Forschungsfeld.

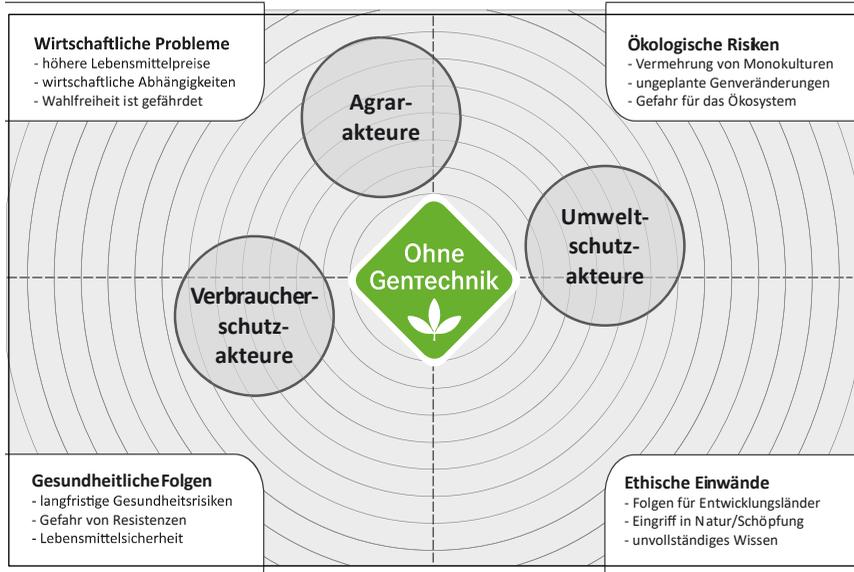
Eine besondere Schärfe erhält die Debatte um Für und Wider bzw. Segen und Fluch der Technologie dadurch, dass sie auf der Manipulation von biologischen Organismen basiert. Diese verfügen über einzigartige Eigenschaften, wie die eigenständige Vermehrung und Anpassung und verhalten sich demnach innerhalb des Ökosystems nicht nur passiv, sondern auch aktiv: Eine dauerhafte räumliche Begrenzung, Kontrollierbarkeit oder Rückholbarkeit einmal freigesetzter gentechnisch veränderter Organismen wird somit generell als unmöglich angesehen. Auf der Seite der Befürworter, die die Technologie als

Querschnittstechnologie mit hohem Innovationspotential wahrnehmen, wird Befürwortung mit dem Bekenntnis zur wissenschaftlichen Rationalität, dem technologischen Fortschritt und der Sicherung des Wirtschaftsstandortes gleichgesetzt. Jede Skepsis und Kritik am gentechnischen Fortschritt gilt demnach als laienhafte Unkenntnis und Fundamentalismus (vgl. Behrens/Meyer-Stumborg/Simonis 1997: 11; Hohlfeld 2000: 63).

Es stehen sich also zwei Lager gegenüber, welche jeweils wiederum über sehr unterschiedliche Akteure mit unterschiedlichen Motiven, unterschiedlichen ideologischen Leitbildern und Zielbestimmungen sowie sehr unterschiedlichen Interessenspektren verfügen. Dieses Forschungsvorhaben konzentriert sich auf die Seite der Protestakteure – die Gegner der Grünen Gentechnik; und da speziell auf drei ausgewählte Gruppen intermediärer Akteure der Zivilgesellschaft: Agrarverbände sowie Organisationen aus den Bereichen Umwelt- und Verbraucherschutz, welche sich in diesem Politikfeld engagieren und zur teils massiven Kritik und der darauf folgenden Zurückdrängung gentechnisch veränderter Lebensmittel beigetragen haben. Die Akteure werden hierbei im Rahmen einer Strukturanalyse des Politikfelds weniger für sich allein genommen untersucht: In einer Analyse der Akteurkonstellationen und Interaktionen werden sie mehr in Bezug auf ihre Beziehung zu sowie Interaktion mit den anderen untersuchten Akteuren hin analysiert.

Je nachdem, welchen Organisationstyp man betrachtet, desto differenzierter wird argumentiert und kritisiert. Ein Umstand, welcher möglichen Kooperationen zwischen diesen Akteuren unter Umständen entgegenstehen und als entgegengesetzten Interaktionspol Konfrontationen auslösen könnte. Alle drei näher betrachteten Gruppen argumentieren und tendieren mehrheitlich zwar alle in dieselbe kritische Richtung. Inhaltlich unterscheiden sich die einzelnen Argumentationen und Forderungen zwischen – aber auch innerhalb – der drei Gruppen teils jedoch sehr deutlich voneinander. Besonders interessant macht die Analyse der Akteure dabei der besondere Umstand, dass es nicht nur die „erwartbaren“ Akteure aus dem Natur-, Umwelt- und Verbraucherschutzbereich sind, die hier gegen die Agro-Gentechnik aktiv werden, sondern sich auch

Abbildung 3: Argumente und unterschiedliche Positionierung kritischer Akteure im Politikfeld der Grünen Gentechnik



Quelle: Eigene Darstellung

Akteure aus dem Agrarbereich gegen die Technologien engagieren.<sup>9</sup> Agrarverbände würde man – zum einen da sie wirtschaftliche Ziele verfolgen und zum anderen da sie sich ansonsten eher als Gegner von Umwelt- und Verbraucherschutzgruppen aufgestellt haben – traditionell nicht mit diesen beiden Gruppen auf einer Seite, sondern eher als Kontrahenten dieser Akteure vermuten (siehe Abbildung 3). Dies macht die Frage nach den jeweiligen Rollen der einzelnen Akteure innerhalb der Protestgemeinschaft und vor allem die Frage nach Interaktionsstrukturen zwischen diesen ansonsten doch teilweise sehr heterogenen Gruppen sehr interessant.

<sup>9</sup> Einschränkung muss hier angemerkt werden, dass es hauptsächlich alternative (biologische wirtschaftende) Agrarverbände sind, die sich auf die Seite der Gentechnikkritiker gestellt haben.

Im Mittelpunkt des Interesses sollte in dieser Untersuchung des Politikfelds der Grünen Gentechnik grundsätzlich stehen, welche Rollen die hier zentral stehenden Akteure der Anti-Gentechnik-Bewegung bezogen jeweils auf die anderen auf dem Politikfeld der Grünen Gentechnik agierenden Akteure einnehmen. So wurde in dieser Dissertation unter den gentechnikkritischen Gruppen eine große Heterogenität an Akteurstypen diagnostiziert, die von klassischen NGOs über soziale Bewegungen und *Grassroot*-Aktivisten bis hin zu Branchenverbänden oder Kampagnenorganisationen mit teils sehr unterschiedlichen Protestinstrumenten und Strategien verlief. Hilfreich waren bei der Analyse der Akteure die verwendeten Theorien und Konzepte von Zivilgesellschafts-, Verbände-, Bewegungs- und NGO-Forschung. Am Ende dieser Untersuchung wurden zudem zwölf Rollenmuster herausgearbeitet und definiert, in welche die kritischen Akteure des Politikfelds eingeteilt werden können. Die Gentechnikgegner nehmen so jeweils sehr unterschiedliche Rollen auf dem Politikfeld wahr, die sich teilweise überlappen, oft jedoch auch voneinander abgrenzen. Jeder trägt durch seine jeweiligen Tätigkeiten so einen (mal größeren und mal geringeren) Teil zur gemeinsamen Bündnisarbeit der Gentechnikkritiker bei, sodass am Ende sämtliche zwölf Rollenmuster von der Gesamtbewegung bedient werden – wenn auch nicht alle gleich stark. Denn während ressourcenstarke Akteure in der Regel mehrere Rollen spielen, legen ressourcenschwache Akteure ihren Schwerpunkt eher auf maximal zwei bis drei Rollen. Trotzdem – so ein Ergebnis der vorliegenden Untersuchung – haben auch die kleinen Akteure eine nicht zu unterschätzende Bedeutung für das Funktionieren und den Erfolg der Gesamtbewegung gespielt.

Von Interesse war ebenfalls, welche Aktivitäten die Einzelakteure zur Durchsetzung der eigenen Interessen ausüben und ob zwischen den beobachteten Gruppen der Gegenakteure diesbezüglich Interaktionen stattgefunden haben und von welcher Qualität und Quantität diese konkret waren: ob es sich dabei also auf der einen Seite mehr um Kooperationen oder um Konfrontationen gehandelt hat und wie stark diese Interaktionen auf der anderen Seite jeweils waren. Dabei wurde zwischen den, hier im Mittelpunkt stehenden drei Typen von Gegnerorganisationen unterschieden. Und die leitende Frage, ob von einem breiten Akteurbündnis mit starken Kooperationen bezogen auf das

gemeinsame Ziel einer Bekämpfung der Grünen Gentechnik gesprochen werden kann, konnte bejaht werden. Es gab innerhalb der Bewegung immer wieder Interaktionen – wenn diese in den Untersuchungsländern auch auf einem anderen Niveau verliefen. So kam es sowohl zu lockerer temporärer Zusammenarbeit als auch zu sehr engen institutionalisierten kleineren und größeren Bündnissen, die teils von sehr starkem gegenseitigem Vertrauen geprägt waren und neben einem Informationsaustausch zum Teil auch zu einer gegenseitigen Arbeitsteilung und einer gemeinsamen Strategieplanung führten. Förderlich hierfür waren zum Beispiel Faktoren wie eine kritische öffentliche Stimmungslage, sympathisierende politische Eliten, ausreichende Ressourcen sowie der Wille, mit anderen Gentechnikkritikern zusammenzuarbeiten, der allerdings nicht bei allen Akteuren immer vorhanden war.

Bei der hier durchgeführten Prozessanalyse wurden hauptsächlich Theorien und Konzepte aus der Governance- und Interessenvertretungsforschung herangezogen. Aber auch Ansätze aus der Organisationssoziologie und der Politischen Strategie halfen dabei, das Politikfeld sowie die verschiedenen Akteure und deren (Interaktions-)Verhalten zu analysieren.

### *Die beiden Referenzfälle*

Die Gegenüberstellung der beiden Fälle Deutschland und Niederlande mit ihren eigenen politikfeldspezifischen Eigenschaften und ihren eigenen etablierten Interessenvertretungsmustern kann aus mehreren Gründen als interessant angesehen werden: Zunächst spielt dabei der konstatierte sichtbar unterschiedliche Umgang mit dem Thema Genfood in beiden Staaten eine Rolle, der sich an dem erwähnten Vorhandensein bzw. Nicht-Vorhandensein sowohl kennzeichnungspflichtiger als auch explizit gentechnikfreier Produkte in den Supermärkten beider Länder, aber auch der im Vorfeld dieser Untersuchung beobachteten sehr starken (Deutschland) bzw. nicht so starken (Niederlande) gesellschaftlichen Ablehnung der Technologie sowie der Präsenz (Deutschland) bzw. Nichtpräsenz (Niederlande) der Thematik in Politik wie medialer Öffentlichkeit selbst zeigt. Ein anderer Umgang in Politik und/oder Gesellschaft wurde somit zunächst vermutet und später durch den Stand der Forschung

auch bestätigt und lies die Frage nach grundsätzlichen Unterschieden zwischen den beiden politischen Kulturen Deutschlands und der Niederlande auf diesem Gebiet entstehen.

Sucht man konkret nach diesen Unterschieden sowie Gemeinsamkeiten, dann liegen die Ähnlichkeiten beider Staaten zuerst auf der Hand: So verfügen sowohl Deutschland als auch die Niederlande über ein pluralistisches Verbändesystem und beide zeichnen sich durch ein parlamentarisches Regierungssystem mit korporatistischen Strukturen zur Einbindung von Interessen aus. Eine Ähnlichkeit besteht außerdem durch eine gleichartige Aufstellung in den hier zentral stehenden Themenbereichen Landwirtschaft sowie Umwelt- und Verbraucherschutz. Beide Länder sind zudem auch deshalb als Referenzfälle nebeneinanderzustellen, da es sich bei beiden Nachbarn um westeuropäische Staaten handelt, welche die (Gründungs-)Mitgliedschaft innerhalb der Europäischen Union miteinander verbindet. Aufgrund dieser vielen grundsätzlichen Ähnlichkeiten kann man die Auswahl der beiden Referenzfälle Deutschland und Niederlande analog zum *Most Similar Systems Design*-Ansatz begründen, wonach Fälle oder Systeme ausgesucht werden, die sich in möglichst vielen Aspekten ähneln, bei der abhängigen Variable aber unterscheiden (vgl. Blatter/Janning/Wagemann 2007: 142).

Neben dem unterschiedlichen Umgang mit der Gentechnikthematik in beiden Untersuchungsländern bezüglich politischer Relevanz des Themas und gesellschaftlicher Einstellungen existieren trotz der relativen Nähe beider Systeme zueinander – für den hier behandelten Fall der Agro-Gentechnik – im Detail auch sehr bedeutende Unterschiede, welche beispielsweise im politischen System selbst, aber auch in der vorherrschenden politischen (Protest-)Kultur – und dabei konkret bei der generellen Art und Stärke der Einbindung von Gruppen sowie der jeweils typischen Art der Entscheidungsfindung auf einer virtuellen Skala zwischen Konkurrenz und Konkordanz – liegen. Für die empirische Analyse politikwissenschaftlich systematisierbar gemacht werden soll dies in dieser Arbeit durch zwei theoretische Ansätze: die unterschiedlichen politischen Gelegenheitsstrukturen und die unterschiedliche Verhandlungskultur als Weg der politischen Entscheidungsfindung in beiden Ländern. Beide Ansätze eignen sich sehr gut für die weiter hinten durchgeführte Interaktions-

analyse, aus dessen Ergebnis man gemeinsam mit der ebenfalls durchzuführenden Untersuchung des Akteursettings anschließend die hier zentral stehenden Rollenmuster der untersuchten Anti-Gentechnik-Akteure ableiten kann. Diese sind sodann empirisches Ergebnis und zugleich theoretischer Mehrwert der vorliegenden Untersuchung.

Mit den Erkenntnissen der Forschung zu den sogenannten *politischen Gelegenheitsstrukturen* etwa kann erklärt werden, wie offen oder geschlossen sich politische Systeme und Subsysteme für neue Interessenakteure zeigen. Außerdem können Aussagen darüber getroffen werden, wie die Qualität der Durchsetzungschancen in einem Gemeinwesen ist und unter welchen Bedingungen es zu welcher Art von Protest kommt. Bezogen auf die Heftigkeit des Protests konnte so vermutet werden, dass dieser in den Niederlanden viel gemäßigter und weniger radikal als in Deutschland ausfallen würde. Und tatsächlich stellte sich in dieser Untersuchung heraus, dass in den Niederlanden im Gentechnikkonflikt eher gemäßigttere Protestformen vorkamen und eine integrative Strategie der politischen Eliten verfolgt wurde.

Unterscheiden kann man beide Untersuchungsländer auch in Bezug auf die im jeweiligen Politiksystem vorhandenen gewachsenen grundsätzlichen politischen Strukturen und Interaktionsmuster. So herrscht im staatlichen System der Niederlande im Vergleich zur Bundesrepublik Deutschland eine verstärkte Verflechtung und Durchdringung von Staat und Gesellschaft vor, welche für das gesamte Land typisch ist und sich in vielen Bereichen und auf allen Ebenen beobachten lässt. Diese als *Verhandlungskultur*<sup>10</sup> bezeichnete, in den Niederlanden vorherrschende politische Kultur des Ausgleichs und des Kompromisses sorgt dafür, dass die politische Konfliktlösung – so die Beobachtung – in erster Linie ergebnisoffen stattfindet. Auf einen Kompromiss zielende – zumeist informelle – Interaktionen genießen dabei im Vergleich zu formalisierten Veto-rechten von Minderheiten eine größere Bedeutung.

---

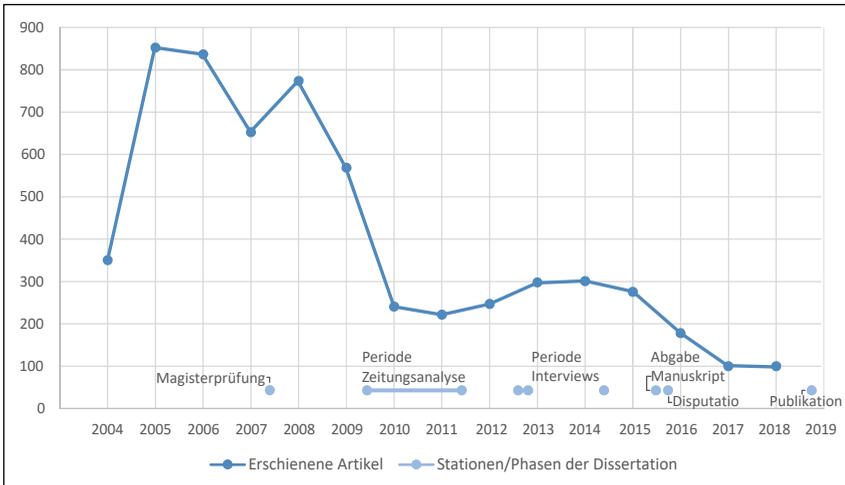
<sup>10</sup> In den Niederlanden wird zur Beschreibung der Verhandlungsstrukturen das Wort *overleg* benutzt, welches in etwa so viel wie Sondierung, Überlegung oder Beratung bedeutet. Im alltäglichen Sprachgebrauch kommt es zum Beispiel bei der Beschreibung der Wirtschaftsordnung als *overleg-economie* oder der parlamentarischen Demokratie als *overleg-democratie* vor (vgl. Kleinfeld 2001: 287).

Die Frage, die sich daraus für die vorliegende Untersuchung ergab, war, ob sich auch im vorliegenden Untersuchungsfall solche Interaktionen beobachten lassen und wie sich die jeweiligen Strukturen der beiden Systeme auf eventuelle Interaktionen zwischen den jeweiligen Gegenakteuren im beobachteten Politikfeld auswirken. Für viele der hier im Mittelpunkt des Interesses stehenden kritischen Gentechnikakteure wurde dabei erwartet, so die *Arbeitshypothese*, dass in den Niederlanden im Gegensatz zu Deutschland eine größere Professionalität und eine besonders enge Verflechtung der Akteure – insgesamt also ein größerer Pragmatismus – vorliegt. Fraglich war jedoch, inwieweit sich diese scheinbare Bereitschaft zur Kooperation auch auf die Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Gentechnikkritikern selbst auswirkt.

Eine stärkere Bereitschaft zu Kooperationen konnte bei den kritischen Akteuren dieses Politikfeldes in den Niederlanden entgegen der ersten Annahme allerdings nicht bestätigt werden. Dafür konnten hingegen in Deutschland viele, teils sehr intensive, Kooperationen unter den Gentechnikgegnern diagnostiziert werden. Zudem existierten und existieren in beiden Ländern stark geschlossene exklusive Verhandlungsstrukturen und Interessenarrangements zwischen dem Staat und den verschiedenen Interessengruppen auf umwelt- und agrarpolitischem Gebiet; an diesen waren die Gentechnikgegner selbst allerdings in beiden Ländern nicht beteiligt.

Genau in dieser Frage nach entstehenden Interaktionen und den davon abzuleitenden Koalitionen innerhalb der gentechnikkritischen Bewegung lag das Hauptinteresse dieses Forschungsprojekts. Dabei galt es zu untersuchen, ob und wieso (bzw. wieso nicht) sich in dem gegebenen Politikfeld der Agro-Gentechnik eine Zusammenarbeit der Gegner ergibt, in welcher Größenordnung bzw. auf welcher Ebene diese Austauschprozesse stattfinden. Gemeinsam mit den Ergebnissen einer ebenfalls durchzuführenden Analyse des Akteursettings im Politikfeld der Grünen Gentechnik konnte im abschließenden generalisierenden Teil dieser Untersuchung dann auf Rollen und Funktionen der hier im Mittelpunkt stehenden Akteure geschlossen werden. Das Erkenntnisinteresse der Nebeneinanderstellung der Referenzfälle Deutschland und Niederlande galt dabei der

Abbildung 4: Phasen der Dissertation und zweite Hochphase des Protests



Quelle: Eigene Darstellung/Nachrichtenbeiträge auf [www.keine-gentechnik.de](http://www.keine-gentechnik.de)

Frage, ob sich die beschriebenen Besonderheiten in den beiden untersuchten Staaten auf die Akteure und deren Interaktionsbereitschaft auswirken.

### Die Bearbeitungsphase

Die vergleichsweise lange Bearbeitungszeit dieser Arbeit führte zu großen Herausforderungen, da das Politikfeld immer wieder kleinen und großen Veränderungen ausgesetzt war und so unterschiedliche (aktuelle) Zeiträume betrachtet werden mussten und immer neue Aspekte dazukamen. So versucht die Arbeit zum einen zwar, in einem historischen Teil die Entstehung des Politikfelds sowie die Entstehung von Protestbewegungen seit den 1970er Jahren herauszuarbeiten, um die später ausgetragenen Konflikte und die im Politikfeld aktiven Akteure besser einordnen zu können. Auf der anderen Seite wird mit Hilfe der Analyse qualitativer Interviews, die hauptsächlich im Frühjahr 2013 durchgeführt wurden, aber ein zeitnahes Bild gezeichnet, welches die damalige Situation des Politikfelds und der kritischen Akteure darstellt. Ausgewählt wurden die interviewten Akteure durch eine Zeitungsanalyse, welche sich wiederum auf eine frühere Periode – die von 2009 bis 2011 – bezog und in dieser Zeit nach

Protestereignissen schaute. Beide Zeiträume – sowohl die der Zeitungsanalyse als auch die der Interviews – waren somit nicht deckungsgleich. Sie fielen zudem nicht innerhalb jener Perioden, die im Nachhinein als Hochphasen des Protestes angesehen werden können. Diese Phasen fanden zuletzt gegen Mitte/Ende der 1990er und gegen Mitte/Ende der 2000er Jahre statt. In die letzte der beiden Hochphasen fiel auch die Wahl auf das konkrete Thema und der Beginn der Durchführung dieser Untersuchung (siehe Abbildung 4). Seinerzeit konnte man noch nicht abschätzen, dass sich die Thematik und der Protest in den Folgejahren immer stärker abschwächen würden.

Seit dem Zeitpunkt dieser Entscheidung haben zwar viele verschiedene Entwicklungen innerhalb des Politikfelds stattgefunden, allerdings ist es auch so, dass der Protest der betrachteten Technologiekritiker seitdem qualitativ immer stärker abgenommen hat und sich seitdem quantitativ auch immer weniger Akteure kritisch zur Grünen Gentechnik äußern. Dies führte schließlich auch dazu, dass für beide Untersuchungsländer – und hier speziell für die Niederlande – auch nicht so viele potenzielle Interviewpartner gefunden werden konnten, wie zunächst erwartet. Weiterhin waren manche der in Frage kommenden Interviewpartner noch nicht sehr lange auf ihren Posten und hatten deshalb noch keinen guten Überblick darüber, wie die Bewegung bzw. ihr Akteur während der „heißen“ Phasen des Protestes positioniert war und strategisch vorgegangen ist. Die Protestakteure waren zudem nicht alle immer in den selben Zeiträumen aktiv – manche waren zum damaligen Zeitpunkt so schon seit Jahren nicht mehr öffentlich auf dem Politikfeld in Erscheinung getreten.

Die vorliegende Analyse hat durch den langen Bearbeitungszeitraum deshalb damit zu kämpfen gehabt, dass sich das Politikfeld und der dortige Protest zum einen veränderte, zum anderen aber auch mehr und mehr abschwächte. Dies führte teils dazu, dass die betrachteten Zeiträume nicht immer zu 100 Prozent deckungsgleich waren und ging so an manchen Stellen zu Lasten des roten Fadens in der Arbeit. Andererseits bedeutete der lange Bearbeitungszeitraum aber auch einen größeren Abstand zu den Höhepunkten des Protestes, was es ermöglichte, die Entwicklungen während und nach der „heißen Phasen“ der Gentechnikkritik besser einzuordnen und zu bewerten. Trotz der teils nicht deckungsgleichen Hauptanalyseperiode während der durchgeführten Interviews

konnten so zahlreichen Ereignisse und Entwicklungen erarbeitet und analysiert werden und ein tiefer Einblick in die Bewegung der Gentechnikkritiker genommen werden.

### *Der Aufbau der Arbeit*

Im Anschluss an diese Einleitung wird zunächst das Forschungsdesign vorgestellt (Kapitel 2). Dabei wird auf den bisherigen Stand der Forschung eingegangen, der konkrete Forschungsgegenstand beschrieben und das Bedürfnis nach dieser Untersuchung erläutert. Es folgen die Aufstellung der Forschungsfragen und eine Aufstellung über das konkrete methodische und operationelle Vorgehen.

Im anschließenden Kapitel folgt eine Fallbeschreibung des Politikfelds (Kapitel 3), in der zu Beginn auf die historische Entwicklung der Technologie der Grünen Gentechnik und des damit verbundenen Konfliktes eingegangen wird. Anschließend erfolgt eine Eingrenzung in die von der Policy betroffenen zuständigen politischen Ebenen und eine Beschreibung der jeweiligen Anwendung auf der Ebene der beiden Nationalstaaten und der EU. Es folgt die Strukturanalyse des Politikfelds (Kapitel 4), in der eine Aufstellung und Einordnung jener Akteure erfolgt, die für das Politikfeld der Agro-Gentechnik eine Rolle spielen, bevor später das Untersuchungsfeld auf die drei genannten Akteurguppen eingegrenzt wird und diese untersuchungsrelevanten Akteure noch einmal gesondert analysiert werden (Kapitel 5).

Einen weiteren wichtigen Teil der Arbeit stellt die Interaktionsanalyse (Kapitel 6) dar, in der die durchgeführten Interviews und andere relevante Dokumente auf Aussagen über die Zusammenarbeit gentechnikkritischer Akteure hin ausgewertet werden. Hier wird auf die Ergebnisse der Gespräche mit den ausgewählten Experten eingegangen und es werden mit Hilfe einer Analyse die Interaktionsströme auf dem Gebiet der Interessenvertretung innerhalb des Politikfelds analysiert.

Die Ergebnisse der Interaktionsanalyse fließen anschließend – gemeinsam mit den Ergebnissen aus der Analyse des Akteursettings in Kapitel 4 und der untersuchungsrelevanten Akteure in Kapitel 5 – in die Herausarbeitung von

---

Rollenmustern der kritischen Bewegungsakteure (Kapitel 7) ein, welche durch eine Generalisierung der erhobenen Daten erfolgt.

Die Rückführung und Verbindung der gewonnenen Erkenntnisse mit den aus der Theorie bekannten Ansätzen und den zuvor aufgestellten Arbeitshypothesen und Untersuchungsfragen geschieht im direkten Anschluss an den Analyseteil (Kapitel 8). In diesem abschließenden Fazit gilt es, nach Übereinstimmungen oder Abweichungen der beobachteten Ergebnisse von den allgemeinen Theoriemodellen zu schauen und die erarbeiteten Ergebnisse abschließend zu bewerten.



## 2. Forschungsdesign

Die vorliegende Untersuchung ist als fallzentrierte Studie des Politikfelds der Grünen Gentechnik aufgebaut. Diese Politikfeldanalyse ist als Strukturanalyse angelegt, verwendet Methoden der qualitativen Sozialforschung und fokussiert im weiteren Verlauf auf Interessenvertretungs- und Interaktionsaktivitäten zivilgesellschaftlicher Gegenakteure.

### *Qualitative Sozialforschung*

Unter dem Oberbegriff der qualitativen (Sozial-)Forschung verbergen sich zahlreiche verschiedene Forschungsansätze, welche sich in Bezug auf die zugrundeliegende Theorieannahme, die zentral stehende Untersuchungsmethoden sowie ihrem Gegenstandsverständnis teilweise stark voneinander unterscheiden. Trotz immer wieder geäußelter Kritik und Vorverurteilung des Ansatzes hat sich die qualitative Forschung heute jedoch neben der quantitativen Forschung etabliert und steht gleichberechtigt neben dieser, da mit qualitativen Methoden viel flexibler auf subjektives Handeln individueller Akteure eingegangen werden kann (vgl. Flick/Kardorff/Steinke 2007: 13ff.). Anstelle von abstrakten Korrelationen rückt hierbei – wie in der vorliegenden Arbeit mit der Konzentrierung auf die Debatte um die Grüne Gentechnik geschehen – der Einzelfall mitsamt seiner näheren Umgebung in den Fokus des Interesses, wodurch auch Beweggründe, Haltungen, Sinnzusammenhänge und Überzeugungen aus der Sicht einzelner Akteure beschrieben und analysiert werden können, um so zu einem besseren Verständnis einzelner Lebenswirklichkeiten zu kommen (vgl. Bude 1987: 75; Pickel/Pickel 2003: 295; Flick/Kardorff/Steinke 2007: 14).

Die Anwendung qualitativer Methoden bietet sich immer dann an, wenn es wie hier bei der Frage nach Interessenvertretung, Rollen und Interaktionen von Lobbyingakteuren im Politikfeld der Grünen Gentechnik um die Analyse einer bisher gar nicht oder wenig untersuchten Wirklichkeit unter Verwendung von empfindlichen Konzepten geht (vgl. Blumer 1973). Allerdings gilt immer zu beachten, dass die Ergebnisse der qualitativen Sozialforschung – trotz

des innewohnenden Ziels einer angestrebten Verallgemeinerung qualitativer Ergebnisse – im Gegensatz zu den quantitativen Verfahren nur sehr begrenzt bis gar nicht abstrahierbar sind und ihre Aussagekraft über den eigenen Fall hinaus verlieren (vgl. Pickel/Pickel 2003: 289).

### *Politikfeldanalyse*

Als Politikfeld- oder Policy-Analyse soll sich diese Studie mit den Inhalten, Bestimmungsfaktoren und Auswirkungen von politischem Handeln im Bereich der Debatte um die Agro-Gentechnik beschäftigen (vgl. Schubert/Bandelow 2014: 3). Im Mittelpunkt der Analyse stehen dabei die Akteure dieses klar abgegrenzten Politikfelds und es soll gemäß der Definition von SCHUBERT und BANDELOW untersucht werden, „was politische Akteure tun, warum sie es tun und was sie letztendlich bewirken“ (ebd.), um am Ende einen größtmöglichen Kenntnisstand über die „Eigengesetzlichkeiten“ (Windhoff-Héritier 1987: 7) des Politikfelds zu bilden und Zusammenhänge zwischen Institutionen, Prozessen und Inhalten der Politik deuten zu können. Neben der beschreibend-erklärenden Komponente besitzt die Politikfeldanalyse durch die Bereitstellung von wissenschaftlichen Erkenntnissen für den politische und administrative (Entscheidungs-)Prozesse aber auch eine (Politik-)beratende Komponente (vgl. ebd.: 115).

Steht man davor, eine Policy wie hier das Politikfeld der Grünen Gentechnik analysieren zu wollen, dann sollten nach SCHUBERT und BANDELOW (2014: 2) verschiedene Bezüge nicht unbeachtet bleiben: So geht es etwa beim *historischen Bezug* hier konkret darum, zu schauen, wie der Gentechnik-Konflikt entstanden ist und sich entwickelt hat. Aufgrund verschiedener Pfadabhängigkeiten kann die heutige Situation hier nicht losgelöst von den bisherigen historischen Entwicklungen betrachtet werden. Der *situative Bezug* hingegen schaut nach Kontextbedingungen des Politikfelds wie etwa den herrschenden Machtkonstellationen oder aktuell günstigen Stimmungen, durch die die Thematik erhöhte Chancen hat, sich auf öffentlichen oder politischen Agenden zu platzieren. Der *komparative Bezug* wiederum schaut nach alternativen Lösungsstrategien für den Gentechnikkonflikt, wie er bei der betrachteten Policy etwa in der biolo-

gischen Landwirtschaft und der ausschließlichen Verwendung gentechnik-freien Saatguts liegen könnte. Über den *normativen Bezug* und die Beurteilung von alternativen Lösungen entsteht dann aber auch die Frage, wie realistisch es langfristig ist, eine ausreichende Versorgung mit alternativem Saatgut in Europa aufrecht zu erhalten, wenn in wichtigen Weltmärkten voll auf den Einsatz transgener Produkte gesetzt wird. Zumal verfolgen die Akteure des Politikfelds sehr unterschiedliche Interessen oder gewichten ihre Ziele unterschiedlich, was eine allgemeine Beurteilung der einzelnen Lösungswege erschwert. Daneben sollte auch der *rechtliche Bezug* nicht außer Acht gelassen werden, der danach fragt, welcher Rechtliche Rahmen bei der Regulierung der Agro-Gentechnik überhaupt zum Tragen kommt. Hier spielen internationale Abkommen zu Themen wie Freihandel oder dem Patentrecht ebenso eine Rolle wie rechtliche Regelungen auf europäischer wie nationaler Ebene. In Deutschland ist durch den Föderalismus und die Zustimmungspflicht über den Bundesrat auch die Länderebene beteiligt, wenn es um die Gesetzgebung auf diesem Politikfeld geht. Der *technische Bezug* schließlich fragt danach, wie der Gentechnik-Konflikt technisch-praktisch – etwa durch das Veranlassen von öffentlichen Diskursen mit Beteiligung von Vertretern der Befürworter- und Gegenseite – gelöst werden soll und welche Probleme und Hindernisse dabei überwunden werden müssen.

Politische oder Policy-Akteure bilden die Handlungseinheiten eines Politikfeldes. Neben Individuen und Organisationen aus dem politisch-administrativen Bereich des Staats- und Verwaltungsapparates sind auch andere politische Einzel- und Gruppenakteure von außerhalb dieses genuin politischen Bereichs (individuelle und komplexe Akteure) in den Politikprozess involviert und wirken durch ihr Handeln inhaltlich auf die öffentliche Politik ein (vgl. Schneider 2014: 260). Komplexe Akteure können laut SCHARPF (2000) in kollektive sowie korporative Akteure differenziert werden. Kollektive Akteure sind dabei Zusammenschlüsse von Individuen zum Zweck der Zusammenarbeit in strategischen Allianzen, Clubs, Bewegungen oder Verbänden. Anders hingegen korporative Akteure, bei denen die Mitglieder sich wie bei Parteien, Industrieverbänden oder etwa Unternehmen mehr oder weniger zu neuen Handlungseinheiten verschmelzen, indem sie Ressourcen zusammenlegen, um gemeinsame Ziele zu

verfolgen (vgl. ebd.). Durch gegensätzliche Interessen und Ziele aller Stakeholder des Politikfelds formiert sich während der Entstehung und Durchführung der Policy eine sogenannte *Politikarena* (vgl. Windhoff-Héritier 1987: 43f.) mit einer ganz eigenen Verortung der beteiligten Akteure innerhalb des sozio-politischen Raums – der sogenannten *Akteurkonstellation* (vgl. Schneider 2014: 259).

Der Hauptfokus der vorliegenden Arbeit liegt klar auf kollektiven Akteuren wie Bewegungen und Verbänden aus den Bereichen Landwirtschaft, Umwelt- und Verbraucherschutz, aber auch andere (korporative) Akteure, die in der Gentechnikfrage eigene Interessen vertreten, sind Teil des sogenannten *Policy-Netzes*<sup>11</sup>, welches durch die an der Entstehung und Durchführung der Policy beteiligten Akteure und deren institutionalisierte Beziehungen untereinander aufgespannt wird. Auch sie sollen innerhalb der folgenden, als fallzentrierte Studie angelegten Politikfeldanalyse, benannt und eingeordnet werden.

### *Fallzentrierte Studie*

Eine Fallstudie bietet grundsätzlich den Vorteil, dass mit ihr durch eine detailliertere Analyse und eine vertiefte Rekonstruktion ein genaueres Verständnis über die inneren Zusammenhänge und die innere Logik eines konkreten Falls – hier des Politikfelds der Grünen Gentechnik – gewonnen werden kann. Fallorientierte Ansätze zielen auf die Schaffung von neuem Wissen und von neuen Sichtweisen ab.<sup>12</sup> Charakteristisch für diese Art von Studien ist, dass bei ihnen nur ein oder wenige vergleichbare Fälle oder Untersuchungseinheiten im Mittelpunkt stehen, dass sie fallzentriert und nicht variablenzentriert aufgebaut sind und dass sie auf die mehr oder weniger vollständige Erklärung von beson-

---

<sup>11</sup> HECLO entwickelte den Begriff und definierte ihn als das Zusammenwirken unterschiedlicher Institutionen aus den Bereichen der gesetzgebenden Gewalt, der vollziehenden Gewalt sowie Gruppen und Organisationen aus dem gesellschaftlichen Bereich innerhalb eines Politikfelds (vgl. Hecló 1978: 102).

<sup>12</sup> Qualitative, fallorientierte Studien werden in der Politikwissenschaft – vor allem von quantitativ Forschenden – teilweise recht kritisch gesehen, mit Misstrauen betrachtet und aufgrund der verwendeten Methodologik als Notlösung eingestuft. Sie haben die Theorieentwicklung andererseits aber auch entscheidend mitgeprägt und so aus vielerlei Gründen eine Existenzberechtigung (vgl. Blatter/Wegmann 2007: 123ff.).

deren Fällen und nicht auf die universelle Wirkung einzelner Einflussfaktoren abzielen (vgl. Blatter/Janning/Wagemann 2007: 123ff.).

BLATTER, JANNING und WAGEMANN (ebd.) haben in ihrer Abhandlung „Fallstudien in der Politikwissenschaft“ in acht Schritten deren jeweilige Vor- und Nachteile denen von variablenorientierten Designs gegenübergestellt. Anhand dieser Systematik kann gezeigt werden, warum die Fallstudie im hier vorliegenden theoretischen und empirischen Kontext die angemessene Untersuchungsform ist (vgl. ebd.: 125ff.): (1) So handelt es sich bei der Fragestellung der vorliegenden empirischen Untersuchung um eine *deskriptive*, welche darauf abzielt, die vorliegenden sozialen und politischen Strukturen und Prozesse näher zu beschreiben und zu analysieren (vgl. ebd.: 127). Es geht bei der Frage nach den Rollen und Interaktionen klar um das „wie“ und nicht wie bei einer kausalen Fragestellung um das „warum“. Die besonderen Stärken von Fallstudiendesigns liegen bei deskriptiven Analysen. Sie bilden zumeist den notwendigen ersten Schritt vor einer möglichen späteren Kausalanalyse. (2) Fallzentrierte Untersuchungen setzen den Schwerpunkt ferner mehr auf die „Tiefe“ als auf die „Breite“ von Analysen und Schlussfolgerungen. Wie auch in der vorliegenden Untersuchung geht es dabei vordergründig darum, zu einem *genaueren, tieferen Verständnis des Falls* zu kommen und nicht wie bei variablenzentrierten Untersuchungen nach verallgemeinerbaren Gesetzmäßigkeiten zu suchen. Im Gegensatz zu diesen ist es mit einem fallzentrierten Ansatz dann aber auch nur sehr eingeschränkt möglich, generelle Gesetzmäßigkeiten auszumachen oder zu überprüfen, die über den beobachteten Fall hinausgehen. (3) Eine Fallstudie eignet sich als Methode zudem gut für Studien, wenn diese bei der Beantwortung der zentral stehenden Fragestellung – wie hier der Fall – nicht auf eine Anzahl an bereits etablierten Theorien und Erklärungsmodellen zurückgreifen können. Ihre Stärken liegen gerade in der Formulierung empirisch generierter Hypothesen und Typologien bzw. der Präzisierung und Kombination von bestehenden Theorien. (4) Weiterhin sind Fallstudien dann die richtige Wahl, wenn eine Untersuchung auf die Erklärung eines Einzelfalls ausgerichtet ist; also ein *deterministisches Kausalitätsverständnis* vorliegt (vgl. ebd.: 132). Dabei geht man davon aus, dass ein Einflussfaktor beim Zusammenhang von Ursache und Wirkung eine notwendige Bedingung darstellt und nicht wie

beim probabilistischen Kausalitätsverständnis in einer prozentualen Wahrscheinlichkeit ausdrückbar ist. (5) Der kausale Prozess, in dem Ursache und Wirkungen miteinander verbunden sind, ist in fallbezogenen Studien durch kausale Mechanismen empirisch identifizierbar. Es geht dabei um die *Entdeckung von kombinatorischen Wirkungen* und nicht wie bei variablenzentrierten Designs um statistische Abschätzung von kausalen Effekten. Fallstudien zeichnen sich – wie auch in der vorliegenden Untersuchung geschehen – durch eine zeitliche Rekonstruktion von Prozessen und Wirkungszusammenhängen aus (vgl. ebd.: 135). (6) Bei ihnen ist es im Gegensatz zu quantitativen Herangehensweisen ferner durchaus erlaubt – wie hier durch die Fokussierung auf die beiden Länder Deutschland und die Niederlande mit ihrem doch sehr gegensätzlichen Umgang mit der Grünen Gentechnik geschehen – nur besondere Fälle zu untersuchen. Das Problem einer *selection bias* aufgrund eines Nichtvorhandenseins von *Varianz bei der Fallauswahl* spielt hierbei keine Rolle, sofern die kausalen Erkenntnisse nicht vorschnell von den untersuchten Fällen ausgehend verallgemeinert werden. Da es sich bei besonderen Fällen zumeist auch gleichzeitig um rare Fälle handelt, wird die Auswahl von „extremen“ Fällen in der qualitativen Forschung im Vergleich zu quantitativen Untersuchungen weniger bis überhaupt nicht kritisch bewertet. (7) Unterschieden wird bei beiden Vorgehensweisen weiterhin die Art der Validität, welche mit dem jeweiligen Ansatz erfüllt werden kann. In Fallstudien geht die Neigung von Natur aus eher zu einer *internen Validität*, die gegeben ist, wenn sich eine Veränderung der abhängigen Variable eindeutig auf die Variation der unabhängigen Variable zurückführen lässt. Keine Bedeutung hat hingegen die externe Validität, welche durch eine Verallgemeinerbarkeit der Zusammenhänge gegeben wäre. (8) Abschließend zeichnen sich qualitative Untersuchungen im Allgemeinen und Fallstudien im Besonderen auch dadurch aus, dass bei ihnen keine strikte Trennung zwischen Theorieentwicklung und Hypothesenformulierung auf der einen sowie dem Testen der Theorien auf der anderen Seite gemacht wird wie bei quantitativen Untersuchungen. Bei ihnen ist vielmehr ein iteratives Vorgehen in Form einer sich ständig wiederholenden Bezugnahme von Empirie und Theorie nichts Außergewöhnliches und nach Ansicht vieler oftmals auch unabdingbar (vgl. ebd.: 138).

### *Methodenwahl*

Um die Politikfeldstudie sowie die Analyse der dieser Untersuchung zugrundeliegenden Fragestellung durchführen zu können, war zunächst eine gewisse Vorarbeit notwendig. Nur so konnte ein hinreichendes Bild von dem zu erforschenden Realitätsausschnitt geschaffen werden (vgl. Mayer 2004: 27). Die Auseinandersetzung mit dem konkreten Politikfeld der Grünen Gentechnik beinhaltete neben der Berücksichtigung der unterschiedlichen Theorien auch das Studium der vorhandenen grundlegenden Literatur sowie von Medienberichten und eigenen Publikationen der untersuchten Akteure. Da über die hier zentral stehende konkrete Hauptuntersuchungsfrage nach Interaktionen und strategischen Kooperationen der gentechnikkritischen Akteure nur wenige bis gar keine Informationen vorhanden sind und man es mit einer offensichtlichen Forschungslücke zu tun hat (siehe dazu Kapitel 2.1), galt es, die zur Beantwortung der Untersuchungsfrage notwendigen Informationen auf einem anderen Weg zu erlangen. Als Ausgangspunkt kamen daher nur jene Personen und korporative Akteure als Informationsquelle in Frage, welche direkt von der Policy betroffen sind. Denn das strategische Handeln und die Motivation der einzelnen Akteure waren das, was für die Beantwortung der Untersuchungsfrage von Interesse war. Dieser individuelle Ansatz war es schließlich, der hier dazu drängte, auf qualitative Methoden und dabei speziell auf die des Interviews zurückzugreifen.

Qualitative Interviews (teilstandardisierte wie auch offene) sind im Bereich der Sozialforschung ein sehr weit verbreitetes methodisches Mittel. Dienen Interviews in Projekten der quantitativen Sozialforschung lediglich der Vorbereitung für spätere Erhebungen, sind ihre Einsatzmöglichkeiten im qualitativ forschenden Bereich um einiges vielfältiger. Hierbei sind sie etwa für die Ermittlung von Expertenwissen oder die Analyse und Erfassung von subjektiven Eindrücken und Perspektiven wesentlich (vgl. Hopf 2007: 350). In der bundesrepublikanischen Forschungslandschaft sind qualitative Interviews – und da heute speziell offene Interviews – oftmals die zentrale empirische Grundlage einer Untersuchung. Grund dafür ist die Überzeugung, dass in einer relativ offen gestalteten Interviewsituation die Ansichten der Befragten viel eher als

durch starre Fragebögen oder standardisierte Interviews herauskristallisiert werden können (vgl. Flick 2007: 194; Hopf 2007: 349f.).

Für die Zwecke dieser Arbeit ist der Befragte, anders als etwa bei biographischen Interviews, weniger in seiner Rolle als Privatperson, sondern vielmehr als Träger einer bestimmten Funktion innerhalb einer Organisation von Interesse. Der Befragte tritt dabei nicht als Einzelperson, sondern als Repräsentant einer Gruppe von Experten beziehungsweise als Vertreter seiner jeweiligen Organisation auf (vgl. Flick 2007: 214; Meuser/Nagel 2009: 469; Mayer 2004: 37). „Der Experte verfügt über technisches, Prozess- und Deutungswissen, das sich auf sein spezifisches professionelles oder berufliches Handlungsfeld bezieht“ (Bogner/Menz 2002: 46). Als Experte soll hier also nicht gelten, wer von außen in Form eines Gutachtens Aussagen über den Untersuchungsgegenstand treffen kann. Sondern es handelt sich bei der Zielgruppe der Analyse um diejenigen Personen, die als Experten selbst Teil des zu untersuchenden Politikfelds sind und die im Laufe der Befragung Auskunft über ihr eigenes Handlungsfeld geben (vgl. Meuser/Nagel 1991: 443). Ihre Aussagen müssen sich nach MAYER (2004) auf Tatsachen stützen und fernab jeder Vermutung stehen (vgl. ebd.: 40). In dieser Untersuchung beschränken sich die Befragungen auf diejenigen Personen, die bei den hier relevanten gentechnikkritischen zivilgesellschaftlichen Akteuren für die Thematik der Grünen Gentechnik zuständig und mit den Abläufen in diesem Politikfeld vertraut sind.

Ziel einer solchen Erhebung unter den direkten Akteuren soll es sein, im Vergleich der Aussagen aller befragten Experten das „Überindividuell-Gemeinsame“ (Meuser/Nagel 1991: 452) herauszuarbeiten, um so die Strukturen und Sinnzusammenhänge zu verstehen und anschließend Aussagen über die Lebenswirklichkeit der gentechnikkritischen Akteure treffen zu können. Bezogen auf die Untersuchungsfrage würde dies also bedeuten, dass am Ende der Interviewreihe ein Bild darüber erhoben sein muss, ob zwischen den einzelnen Akteuren Interaktionen stattfinden, wie diese konkret aussehen und welche Rolle die einzelnen Kollektivakteure in der Gesamtheit der kritischen Initiativen, Bewegungen und Organisationen spielen. Gewährleistet wird eine Vergleichbarkeit durch die Verwendung eines Interviewleitfadens, welcher das Interview auf die

für die Untersuchung relevanten Themenbereiche fokussiert sowie begrenzt und so auch zu einer besseren Strukturierung führt (siehe dazu Kapitel 2.7.3).

### *Vorgehensweise*

Um den Rahmen zu verdeutlichen, in den diese Forschungsarbeit eingebettet ist, soll – nachdem kurz auf den Forschungsbedarf und Forschungsgegenstand eingegangen und bevor es später um die eigentliche Analyse und Beantwortung der Forschungsfragen geht – zunächst der zugrundeliegende theoretische Rahmen und methodische Zugang dargestellt werde.

## 2.1. Forschungsgegenstand und Forschungsbedarf

Das Forschungsvorhaben ist auf dem Politikfeld der Grünen Gentechnik angesiedelt und setzt den Schwerpunkt hierbei auf die Akteure der Technologiegegner – auf Agrarverbände und Organisationen aus den Bereichen Umwelt- sowie Verbraucherschutz, welche sich in Deutschland und den Niederlanden gesellschaftlich engagieren. Konkret dreht sich der Forschungsgegenstand um die Untersuchung von möglichen Austauschprozessen und Allianzen der intermediären Akteure. Genau in diesen entstehenden Koalitionen und den davon abgeleiteten Austauschprozessen durch Interaktionsgefüge sowie Prozesse der Rollenfindung und des Rollenwandels der organisierten Interessen liegt das Interesse dieses Forschungsprojekts. Die Untersuchung belässt es also nicht allein dabei, die Akteure und Strukturen innerhalb des Politikfelds darzustellen, sondern analysiert vielmehr die Prozesse zwischen den einzelnen Akteuren und gibt so Antworten auf die Frage, ob und wie auch zwischen positionell und strukturell ansonsten recht unterschiedlichen Akteuertypen wie Agrar-, Umweltschutz- und Verbraucherschutzverbänden strategische Zusammenarbeit oder Abstimmung stattfinden kann.

Das Forschungsvorhaben stützt sich zum einen auf eine Vielzahl von Dokumenten. Ein erheblicher Anteil der für die Analyse notwendigen Informationen geht jedoch aus dem empirischen Material von 13 geführten qualitativen Interviews hervor, die mit ausgewählten Experten der zu analysierenden Akteure des Politikfelds geführt wurden.

Die Arbeit schließt mit ihrer Verortung am Schnittpunkt unterschiedlicher Forschungsfelder an offene Fragen verschiedener Forschungsdisziplinen an, da diese Schnittstelle bis jetzt außer Acht gelassen wurde. So gibt es beispielsweise innerhalb des politikwissenschaftlichen Zweiges der Verbändeforschung auf der einen Seite zwar eine große Anzahl von Fallstudien. Auf der anderen Seite besteht jedoch nur eine geringe Dichte an Untersuchungen, die sich mit den als „schwach“ bezeichneten Verbraucherinteressen auseinandersetzen. Die Frage der Interaktion bzw. Nicht-Interaktion von Anti-Gentechnik-Akteuren ist zudem ein noch nicht erforschtes Feld. Diese fallbezogene Studie leistet so wichtige Vorarbeit und ist damit ein erster Schritt, bevor später Policyanalysen oder Interessenvertretungsstudien auf diese Studie aufsetzen könnten.

Die Untersuchung ist dabei für verschiedene Akteure und Forschungszweige als relevant einzustufen. Interessant sind die Ergebnisse etwa für Vertreter der *Organisationssoziologie*. Für sie ist der behandelte Fall ein gutes Beispiel dafür, wie es geschafft wurde, bei heterogenen Kollektivakteuren in einem hoch komplexen und stark polarisierenden Politikfeld mit komplexen Anhänger- und Gegnerstrukturen und somit schwer berechenbaren Öffentlichkeitsverhältnissen langfristig ein Interesse durchzusetzen. Dabei sind ebenfalls wieder die Gegebenheiten in den beiden Referenzfällen Deutschland und Niederlande und die dadurch aufgezeigten Unterschiede im jeweiligen Aufbau der Organisationen und den Regelmäßigkeiten der Akteure der Gegenbewegungen von Interesse.

Für die *Politikwissenschaft* liegt die Relevanz der Untersuchung etwa in der Herausarbeitung der unterschiedlich starken Präsenz des Themas Grüne Gentechnik in Deutschland und den Niederlanden und dessen Ursachen. Interessant sind dabei aber zum Beispiel auch die Folgen der unterschiedlichen Einbindung und Kooperation der untersuchten Akteure bei Fragen der Interessendurchsetzung, dem Protestpotential oder der jeweiligen Radikalität.

Zudem kann die Untersuchung auch für die *Bewegungsforschung* interessant und relevant sein, versucht sie doch, einige der von RUCHT (2011) konstatierten Defizite und Schwächen der Disziplin zu überwinden: So wird hier explizit – wie von RUCHT (ebd.: 36ff.) gefordert – ein Bewegungstyp in verschiedenen Sprachräumen bzw. verschiedene Bewegungen im gleichen Kulturraum ne-

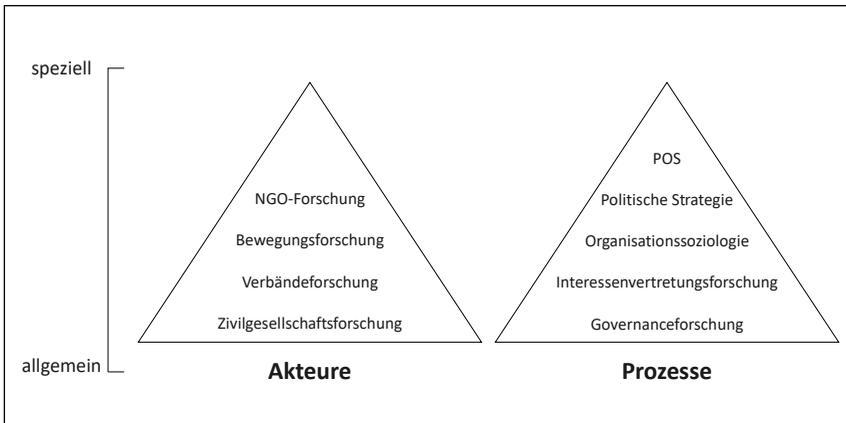
beneinandergestellt, um zu einer besseren Fundierung des empirischen Wissens zu gelangen. Zudem wird ebenfalls die geforderte Verbindung zwischen Bewegungsforschung und grundsätzlicheren Fragen der Sozialwissenschaft geschaffen sowie die Verbindung und Rückkopplung zwischen Empirie und Theorie bewusst angegangen.

Als relevant kann die Untersuchung darüber hinaus aber auch für die *kritischen Gentechnik-Akteure* selbst angesehen werden. So können eben jene Akteure – nicht zuletzt aufgrund des Nebeneinanderstellens der zwei Perspektiven Deutschlands und der Niederlande – hieraus viele verschiedene Möglichkeiten der Optimierung des eigenen Handelns herauslesen. Durch die ausgiebige Analyse der eigenen Bewegungsstruktur und dem Gegenüberstellen mit jener des jeweils anderen Referenzlandes können unter Umständen nicht erkannte Potentiale bezüglich einer weitergehenden Interaktion mit staatlichen oder anderen gesellschaftlichen Akteuren – eventuell auch in anderen Ländern oder auf einer anderen Ebene – aufgezeigt und erkannt werden.

Die Untersuchung ist somit nicht nur auf wissenschaftlichem Gebiet von Bedeutung, sondern nimmt aufgrund des auch in der interessierten Öffentlichkeit kontrovers diskutierten Themas der Grünen Gentechnik zudem eine politikberatende Funktion für die Anti-Gentechnik-Bewegung selbst ein. Gerade die herausgestellten Vorbehalte vieler Verbraucher und gesellschaftlicher Akteure gegenüber der Grünen Gentechnik machen das Politikfeld aus sozialwissenschaftlicher Perspektive zu einem sehr interessanten Forschungsfeld. Mit Blick auf die zu erwartenden Ergebnisse erscheint eine wissenschaftliche Befassung mit der vorliegenden Fragestellung lohnenswert.

Die ländervergleichende Anlage der Untersuchung, bei der das jeweilige Regierungssystem sowie die politische Kultur beider Länder berücksichtigt werden soll, kann dabei zudem als vielversprechend angesehen werden. Einerseits nimmt der Verbraucherschutz sowohl in Deutschland als auch in den Niederlanden eine ähnliche Position ein, gleichzeitig gelten jedoch die jeweiligen Traditionen der Verbändesysteme – gemessen an den Grundstrukturen des politischen Systems und im Vergleich mit den anderen Systemen innerhalb der Gruppe der konsolidierten westeuropäischen Demokratien – als signifikant unterschiedlich.

Abbildung 5: Die zwei grundlegenden Theoriesäulen



Quelle: Eigene Darstellung

## 2.2. Stand der Forschung

Das hier gewählte Forschungsthema der Rollen und Interaktionen von verschiedenen Lobbyingakteuren aus dem Umwelt-, Verbraucherschutz- und Agrarbereich in Deutschland und den Niederlanden ist an der Schnittstelle verschiedenster Forschungsfelder verortet, welche allesamt von der Fragestellung der Arbeit berührt werden. Wichtige übergreifende Bereiche, welche den zentralen theoretischen Zugang zum Forschungsvorhaben gewähren, sind dabei zum einen die *Zivilgesellschafts-* und zum anderen die *Governanceforschung*, unter denen für den hier zugrundeliegenden Fall dann aber zudem auch Theorieschulen wie die *Verbände-*, die *NGO-* und die *Bewegungsforschung* sowie die *Interessenvertretungsforschung* und die *Organisationssoziologie* relevant sind und weitergehende Säulen des theoretischen Zugangs darstellen.

Um den theoretischen Zugang zur Beantwortung der Frage nach Rollen und Interaktionen im Politikfeld der Grünen Gentechnik zu bekommen, gilt es zunächst solche theoretischen Konzepte, die sich mit Akteuren beschäftigen, von jenen, die sich um Prozesse kümmern, zu unterscheiden (siehe Abbildung 5).

### 2.2.1. Akteure

Einen ersten Einstieg in den theoretischen Rahmen dieser Untersuchung bilden jene Konzepte, die sich mit den handelnden Gruppen beschäftigen. Der Fokus soll also zunächst auf jene Konzepte gelegt werden, die sich mit den Akteuren auseinandersetzen, welche innerhalb des Forschungsthemas und der Forschungsfrage im Zentrum stehen – in diesem Fall also jene ausgewählten intermediären Gruppen, die sich gegen die Technologie der Grünen Gentechnik engagieren.

#### 2.2.1.1. Zivilgesellschaftsforschung

In der vorliegenden Arbeit stehen mit Umwelt- und Verbraucherschutz- sowie Agrarverbänden Akteure im Mittelpunkt des Interesses, die allesamt dem Bereich der *Zivilgesellschaft* zuzuordnen sind. Damit ist die Arbeit anschlussfähig an den *Zivilgesellschafts*ansatz, welcher unter anderem dabei behilflich sein kann, Akteure zu verorten und zu gruppieren. Der Ansatz bietet für die in diesem ersten Schritt angedachte Fokussierung auf die Akteure des Politikfelds bedeutende Erkenntnisse und Erklärungsmodelle, die wiederum wichtige Anregungen für die weitere Untersuchung liefern können. Trotz einer oftmals diagnostizierten nicht vorhandenen Schärfe des Begriffs<sup>13</sup> der Zivilgesellschaft kann der Ansatz für die vorliegende Untersuchung über Rollen und Interaktionen von Akteuren gegen die Agro-Gentechnik mit seiner analytischen Komponente helfen.

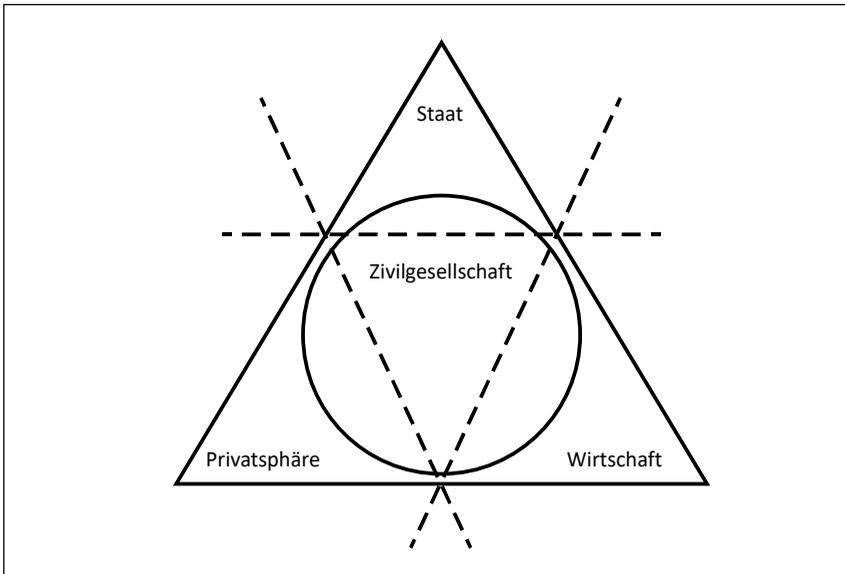
#### *Definition des Zivilgesellschaftsbegriffs*

Bei den Versuchen, den Begriff der Zivilgesellschaft – und somit auch seine Akteure – näher zu bestimmen, wird in den allermeisten Fällen eine *bereichsbezogene* oder *bereichslogische* Definition verwendet. Zivilgesellschaft bildet dabei in

---

<sup>13</sup> Zivilgesellschaft findet in den vergangenen gut 30 Jahren als Schlagwort neben dem wissenschaftlichen auch im politischen wie publizistischen Bereich fast schon inflationäre Verwendung (vgl. Klein/Rohde 2003: 2; Kocka 2003: 29) und ist deshalb nicht unumstritten (vgl. Gosewinkel 2003: 1; Rucht 2009: 75). Der Begriff hat sich heute zu einem *catch-all*-Sammelbecken entwickelt, unter dem vielerlei Typen von Akteuren verortet werden können (vgl. Lauth 2003: 32).

Abbildung 6: Bereichslogischer Zivilgesellschaftsbegriff mit drei Sphären



Quelle: Eigene Darstellung nach Pesthoff 1992

einem räumlichen Modell eine eigene Sphäre im intermediären Bereich, die sich von anderen sozialen Bereichen wie der Privatsphäre, dem Staat und der Wirtschaft abgrenzt (siehe Abbildung 6).<sup>14</sup> In diesem Zwischenraum organisieren sich freie gesellschaftliche Gruppen wie Assoziationen, Vereine, soziale Bewegungen oder NGOs selbständig und prägen so die pluralistische Zivilgesellschaft. Neben den gebundenen Zusammenschlüssen gehört aber auch genauso das an keinerlei feste Assoziation gebundene Engagement bei etwa Demonstrationen, Boykotten oder Petitionen zum zivilgesellschaftlichen Bereich (vgl. Gosewinkel 2003: 3f.; Kocka 2003: 32; Pollack 2003: 49). So starr wie die Abgrenzung der verschiedenen Sphären zunächst erscheint, gestaltet sie sich somit

<sup>14</sup> Dieser Zwischenraum wird immer wieder mit dem so genannten *Dritten Sektor* gleichgesetzt (vgl. Klein 2001) oder verglichen, teils wird der Dritte Sektor auch als Teil der Zivilgesellschaft angesehen (vgl. Anheier/Priller/Zimmer 2000). Im Gegensatz zur Dritte Sektor-Diskussion geht es beim Zivilgesellschaftskonzept wie im vorliegenden Fall der beobachteten Anti-Gentech-Akteure vordergründig um die politische Bedeutung der Akteure und deren Handeln (vgl. Klein 2001: 20).

gar nicht – es kommt vielfach eher zu einer je nach Sichtweise mehr oder weniger weit gehenden Überschneidung der einzelnen Bereiche.

Zudem gibt es in der Politikwissenschaft eine *interaktionsbezogene* oder *handlungslogische* Definition von Zivilgesellschaft, welche mit ihrer Betonung der Freiwilligkeit und Offenheit der Assoziationen laut BAUERKÄMPER (2003) dann auch vermag, „die Fixierung auf eine bereichslogische Definition zu überwinden“ (ebd.: 11). Der Zivilgesellschaftsbegriff ist hierbei dann mit einem „spezifischen Typus sozialen Handelns“ (Kocka 2003: 32) verknüpft, der anderen Handlungsarten etwa dem Tausch, dem Krieg oder der Herrschaft konträr entgegengesetzt ist und der ihn so auch von den Handlungslogiken etwa des Marktes oder des Staates unterscheidet (vgl. Lauth 2003: 39). Zivilgesellschaft basiert vielmehr auf Eigenschaften wie etwa Gewaltfreiheit, Verständigung, Pluralität oder Selbständigkeit und betont mit seinem Handeln zudem das Gemeinwohl (vgl. ebd.). Dieses auf „Zivilität“<sup>15</sup> beruhende Handeln kann – so die Meinung der Anhänger dieser Definition – einen positiven Effekt auf die Demokratiebildung haben bzw. bei Demokratisierungsvorhaben helfen (vgl. Gosewinkel 2003: 4).

Beide Ansätze einer näheren Erfassung des Zivilgesellschaftsbegriffs stehen zum einen nebeneinander – sie werden in der Literatur aber auch immer öfter miteinander zu einer gemeinsamen Definition verknüpft. So verschränkt KOCKA (2003) bereichslogische mit handlungslogischen Elementen zu einem neuen, umfassenderen Konzept der Zivilgesellschaft. Einen Versuch einer kombinierten Definition hat dabei SÄNGER (2007) gewagt: „Als kleinsten gemeinsamen Nenner bezeichnet der Begriff der Zivilgesellschaft [...] in der Regel den öffentlichen Raum des Engagements von Vereinen, Verbänden und Bewegungen, der vom Staat, der Wirtschaft und der Privatsphäre, insbesondere der Familie, abgegrenzt wird. Zivilgesellschaftliches Handeln wird als gewaltfrei, dialogisch und gemeinwohlorientiert aufgefasst.“ (ebd.: 18)

Diese Definition schafft es, die bereichslogischen Elemente der sphärischen Abgrenzung mit jenen handlungslogischen normativen Anweisungen zu verei-

---

<sup>15</sup> Akteure, die fundamentalistische, korrupte oder mafiöse Strukturen und Eigenschaften besitzen und laut ROTH (2002) von der „dunklen Seite“ (ebd.) kommen, tragen dieses zivile Element nicht in sich.

nen und bietet damit eine Basis, auf der auch der Zivilgesellschaftsbegriff in dieser Arbeit zu verstehen ist bzw. wie die drei hier im Mittelpunkt der Analyse stehenden Akteure einzuordnen sind.<sup>16</sup>

### *Funktionen und Typen der Zivilgesellschaft*

Schaut man in einem weiteren Schritt auf die Funktionen, welche der Zivilgesellschaft in der Literatur zugeschrieben werden, dann wird deren Aufgabensbreite schnell deutlich.<sup>17</sup> Interessant sind für diese Untersuchung nicht die reinen vorpolitischen Gesellschaftsfunktionen, sondern jene, die einen direkten Einfluss auf das politische System haben. So kommen den Akteuren der Zivilgesellschaft innerhalb des Politikzyklus<sup>18</sup> wichtige Funktionen zu: Die Zivilgesellschaft „nimmt [...] gesellschaftliche Problemlagen aus den privaten Lebensbereichen auf, kondensiert, diskutiert und verstärkt sie in der Öffentlichkeit und leitet sie an die entsprechenden Kanäle des politischen Systems weiter“ (Pollack 2003: 53) und kann somit direkt auf Phasen wie *Agenda Setting* und *Politikformulierung* sowie indirekt auf die *Politikimplementation* einwirken.

Ebenso wie die Funktionen der zivilgesellschaftlichen Akteure mannigfaltig sind, existiert – wie auch im hier behandelten Politikfeld – auch bei den Akteuren selbst eine Vielzahl an unterschiedlichen Typen, welche sich zum einen wiederum anhand der Funktionen, zum anderen aber auch anhand der eigenen Zielsetzung unterteilen lassen. ZIMMER (2003) schlägt dazu fünf verschiedene Typen vor (vgl. ebd.: 77ff.). Für die Beantwortung der Untersuchungsfragen kommen hierbei allein zwei Typen in Frage. Die *Interessenorganisationen für Mitglieder* gehören zu den berufsständischen Akteuren und vertreten beispielsweise Arbeitnehmer, Arbeitgeber oder ganze Branchen wie im vorliegenden

<sup>16</sup> Als etwas schwierig kann beim vorliegenden Fall der Aspekt der Gewaltlosigkeit gesehen werden, da es unter den gentechnikkritischen Akteuren immer auch wieder gewalttätige Aktionen gegeben hat – wenn etwa Versuchsfelder mit transgenen Pflanzen gewaltsam zerstört wurden (siehe dazu Kapitel 5.5.2).

<sup>17</sup> Genannt werden Funktionen wie die Gemeinschafts-, Kommunikations-, Schutz-, Sozialisierungs- oder Vermittlungsfunktion (vgl. Croissant/Lauth/Merkel 2000: 11ff.), Integrations-, Interessenartikulations-, und Partizipationsfunktion (vgl. Anheier/Priller/Zimmer 2000: 72), sowie die Kritik-, Sensibilisierungs- und Widerspruchsfunktion (vgl. Pollack 2003: 53).

<sup>18</sup> Vgl. zum Politikzyklus die Ausführungen von JANN und WEGRICH (2003).

Fall die Agrarverbände die Branche der Landwirte. Ihre Finanzierung erfolgt zumeist aus Mitgliederbeiträgen und ihre Struktur weist in den meisten Fällen einen hohen Professionalisierungsgrad auf. Vertreter der *Interessenorganisationen für Dritte* setzen sich hingegen nicht für die eigenen, sondern für fremde Interessen ein. Derartige themenanwaltliche Akteure finden sich sodann auch in Themenfeldern wie den Menschenrechten oder dem hier relevanten Umwelt-, Natur- und Verbraucherschutz – Bereiche, in denen die Interessenvertretung generell schwieriger ist. Beide Arten von Akteuren wirken ganz deutlich im politischen Raum und vertreten ihre Positionen gegenüber dem politischen System. Abhängig von dem von der jeweiligen Exekutive angewendeten Modell der Politikeinbindung von Interessenorganisationen können die Interessen dieser Akteure dann je nach zugrundeliegendem Politikfeld auch teilweise sehr stark in den Prozess der Politikformulierung eingebunden sein.

#### 2.2.1.2. Verbändeforschung

Der Frage nach der Art und dem Umfang der Einbindung von den in dieser Untersuchung relevanten korporativen Akteuren in den Politikprozess widmet sich in der Politikwissenschaft die Verbändeforschung. Damit ist diese Arbeit anschlussfähig an jenen Forschungszweig, denn auch im Politikfeld der Grünen Gentechnik spielen die klassischen Verbände – sowohl auf der Seite der Befürworter als auch bei den hier relevanten Gegnern der Technologie – eine wichtige Rolle.

In unserer modernen Demokratie sind es gesellschaftliche Verbände aus Wirtschaft, Kultur und den sozialen Bereichen, in welchen sich neben den politischen Parteien Individuen zu kollektiven Gruppen zusammenschließen und die in modernen, offenen Gesellschaften eine Bindegliedfunktion zwischen Staat und Gesellschaft einnehmen. Verbände spielen bei der politischen Entscheidungsfindung eine immer bedeutendere Rolle, denn durch sie werden Interessen artikuliert und an die Entscheidungsträger des Staates herangetragen. Ihre Existenz hat die Trennung zwischen Staat und Gesellschaft seit der Demokratisierung des Staates mehr und mehr verwischt, da die Verbände ihre Interessen heutzutage nicht allein im gesellschaftlichen Bereich, sondern – wie auch beim Lobbying im Politikfeld der Grünen Gentechnik der Fall – vor allem

bei den Organen des politisch-administrativen Systems selbst zur Geltung bringen (vgl. Sontheimer 1973a: 200).

Die heutige Verbändelandschaft bildet ein breites Spektrum von Interessen und umfasst sowohl kleine wie auch große Verbände mit jeweils unterschiedlichen Einflussmöglichkeiten (vgl. Alemann/Heinze 1981a: 23; Löwenstein 1973: 186). Neben der Größe – also der Anzahl der vertretenen Mitglieder – des Verbandes, die das *Drohpotential* bei Streiks oder die *Entzugsmöglichkeiten* bei Wahlen durch die Bevorzugung einer politischen Richtung bestimmen können, ergibt sich die Macht eines Verbandes auch durch die Mobilisierbarkeit seiner Mitglieder, die finanziellen Ressourcen, den Organisationsgrad und der direkten Interessenvertretung bei den Entscheidungsträgern. Um Aussagen über den Einfluss organisierter Gruppen bei der Entscheidungsfindung sowie das Verhältnis von Staat und Gesellschaft zu treffen, stehen mit *Pluralismus* und *Korporatismus* zwei Konzepte zur Verfügung, um die normative und reale Rolle der Verbände aus politisch-philosophischer und politisch-soziologischer Sicht zu erklären (vgl. Schubert 1995: 407). Beide Konzepte behandeln die für diese Arbeit interessante Frage nach den jeweiligen Einbindungstraditionen verbandlicher Akteure in einem Nationalstaat und können so auch hier etwa bei der Unterscheidung der jeweiligen politischen Gelegenheitsstrukturen (siehe dazu Kapitel 2.2.2.5) in den beiden Untersuchungsländern behilflich sein.

#### *Der pluralistische Ansatz*

Verbände nehmen in den Pluralismustheorien eine Vermittlerrolle zwischen individuellen Interessen und den politischen Entscheidungszentren ein und üben politischen Einfluss aus (vgl. Schubert 1998: 482ff.). Durch den Zusammenschluss Einzelner mit jeweils gleicher Interessenlage wird die Möglichkeit gewonnen, gegenüber dem Staat mit größerer Widerstandskraft aufzutreten, als dies als einzelnes Individuum möglich wäre. Diese pluralistischen Gruppen werden – sofern sie es planmäßig darauf absehen, die Interessen ihrer Mitglieder durch Beeinflussung der Machträger und der öffentlichen Meinung zu fördern – als *pressure groups* bezeichnet. Sie begrenzen die Macht des Staates,

indem sie ihre eigenen Forderungen und Interessen an den Staat herantragen und so in den politischen Prozess einbringen (vgl. Löwenstein 1973: ebd.: 183).<sup>19</sup>

An dem Zustandekommen pluralistischer Entscheidungen ging jedoch auch die Kritik nicht vorbei: Dabei wurde oft bemängelt, dass nicht alle gesellschaftlichen Interessen gleichmäßig oder überhaupt organisiert werden können. Je größer und allgemeiner ein Interesse – wie beispielsweise das der Volksgesundheit, das von Säuglingen oder wie in der vorliegenden Untersuchung das Interesse an Umwelt- und Verbraucherfragen ist, desto schwieriger fällt es auch, es zu organisieren. Ferner sind nicht alle Interessen auch gleichzeitig *konfliktfähig* (siehe dazu Kapitel 2.2.2.2), um innerhalb der Entscheidungsprozesse Gehör zu erlangen. Ein soziales Kräftegleichgewicht zwischen allen sozialen Gruppen mit homogenen Partizipations- und Durchsetzungschancen also war es, was die Kritiker am pluralistischen Staat vermissten (vgl. Schubert 1995: 415; Sontheimer 1973b: 212; Steffani 1980: 72). Doch erzeugten die pluralistischen Annahmen nicht nur negative Kritik. Vielmehr wurde ein bleibender Verdienst der Pluralisten darin gesehen, dass gesellschaftliche Gruppen entgegen der Verfassungsideologie sowohl in die Staatstheorie als auch in das politische Denken gezielt einbezogen wurden (vgl. Steffani 1973: 12).

#### *Der korporatistische Ansatz*

Ganz im Gegenteil zum pluralistischen Ansatz werden Verbände beim Korporatismus regelmäßig in den Politikprozess eingebunden und so an der Entscheidungsfindung beteiligt: Sie werden „*gewissermaßen in die Politikentwicklung ,inkorporiert‘*“ (Czada 1992: 218). CZADA (1992) spricht vom Korporatismus als „*institutionalisierte und gleichberechtigte Beteiligung von gesellschaftlichen Verbänden an der Formulierung und Ausführung staatlicher Politik*“ (ebd.: 218). Die korporatistischen Theoriebildungsprozesse waren als politikwissenschaftliche Reaktion auf die sich in den 1960er Jahren stark verändernden Beziehungen zwi-

---

<sup>19</sup> Es handelt sich bei den Pluralismustheorien also um einen *bottom up*-Ansatz, bei dem Interessen von der politischen Basis ausgehend durch das Volk an das politische System herangetragen werden (vgl. Schubert 1995: 407).

schen Staat und Verbänden zu interpretieren.<sup>20</sup> Wichtige Vertreter dieser Richtung waren der Überzeugung, dass mit dem Korporatismus ein Konzept vorlag, welches aktuelle Zustände und Wandlungsprozesse besser beschreibt, als die bekannten Theorien des Pluralismus (vgl. Alemann/Heinze 1981a: 10, 1981b: 38; Leif/Speth 2003: 12; Schubert 1995: 418).

Es war die Vorstellung und Beobachtung wohlgeordneter und dauerhafter Verknüpfungen von Staat und Verbänden anstelle von vielen punktuellen Einflussbeziehungen, die den Korporatismus von den Pluralismuskonzepten unterschied. Mit der Beteiligung von Verbänden am Politikprozess verband man fortan nicht mehr die „*illegitime Herrschaft der Verbände*“ (Czada 1994: 38), sondern eine nun erwünschte Option der sozialen und politischen Steuerung. Verbände wurden also vermehrt als Akteure gesehen, die vor allem zum Gemeinwohl beitragen, indem sie dem Staat bei seinen Organisationsaufgaben behilflich sind und konkrete Leistungen für ihn ausführen. Durch das Zusammenführen der verschiedenen Verbände bei der Entscheidungsfindung sollten bereits im Vorfeld jene Interessen herausgefiltert werden, die nicht mit dem Gemeinwohl kompatibel sind (vgl. Czada 1994: 37f.; Leif/Speth 2003: 12f.; Lehbruch 1981: 51f.). Dabei kommt es zu einem ständigen Austausch zwischen Verbänden und Staat: Während der Staat dabei über die notwendigen Mittel verfügt und diese den Verbänden in den Verhandlungen anbieten kann, verpflichten sich die Verbände, die getroffenen Vereinbarungen verbandsintern durchzusetzen und dem Politik-Output so zu einer möglichst breiten Akzeptanz in der Gesellschaft zu verhelfen (vgl. Schubert 1995: 417). Korporatistische Maßnahmen wurden mit den gestiegenen und komplizierten Aufgaben des aktiven Staates begründet (vgl. Alemann/Heinze 1981: 46; Czada 1992: 220; Lehbruch 1981: 51).

Kritik an dieser korporatistischen Konzertierungspolitik gab und gibt es immer wieder. Korporatistische Lösungsansätze stellten sich in den letzten Jahren so immer öfter als Lösungen zu Lasten Dritter heraus, deren Interessen weder organisierbar noch konfliktfähig sind. Verbände seien heute zudem immer

---

<sup>20</sup> Als bedeutendes Beispiel korporativer Arrangements gilt das 1982 in den Niederlanden geschlossene Abkommen von Wassenaar, bei dem es dem Staat gelang, sich durch gemeinsame, konsensorientierte Verhandlungen mit Vertreten von Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbänden auf eine Lohnmäßigung zu einigen.

weniger in der Lage, gemeinwohlorientiert zu handeln. So vertreten sie wieder mehr partikuläre Interessen, verteidigen ihre Besitzstände und blockieren Reformen. Zum anderen hat sich die Zahl der Interessenvertreter stark vergrößert – heutzutage mischen wie etwa im vorliegenden Politikfeld der Grünen Gentechnik auch Agenturen, Vereine, Bewegungen oder NGOs im Kampf um Gehör auf der politischen Bühne mit (vgl. ebd.: 13f.). Positiv bleibt beim praktizierten Korporatismus jedoch zu vermerken, dass die geschaffenen Regulierungsnetzwerke zur Staatsentlastung beitrugen und die Entscheidungen korporatistischer Gremien durchschaubarer, nachvollziehbarer und leichter zu lokalisieren waren, als es bei der Verbände-Einbindung im pluralistischen Wettbewerb jemals der Fall gewesen war (vgl. Czada 1992: 222f., 1994: 51).

### 2.2.1.3. Bewegungsforschung

Beschäftigt man sich von sozialwissenschaftlicher Seite mit den Protestakteuren im Politikfeld der Grünen Gentechnik, zu denen auch die sogenannten *neuen sozialen Bewegungen* (NSB) gehören, dann findet man anschlussfähige theoretische Konzepte auch in der Bewegungsforschung. *Soziale Bewegungen* (SB) stellen neben den klassischen Verbänden einen weiteren wichtigen zivilgesellschaftlichen Akteur dar, dem sich in den Sozialwissenschaften die Bewegungs- und Protestforschung angenommen hat.

#### *Definition und Charakterisierung (neuer) sozialer Bewegungen*

Grundlegend für sämtliche Formen von sozialer Bewegung ist – wie auch im vorliegenden Fall der Grünen Gentechnik – das Vorhandensein von Protest. Als Bewegungen versteht man nach überwiegender Auffassung auf Dauer ausgelegte, mobilisierte Netzwerke, die aus nicht-staatlichen Gruppen bestehen, die ein gemeinsames Streben nach sozialem Wandel sowie eine kollektive Identität verbindet und die durch die Wahl von Protest als Ausdrucksform ihre Anliegen öffentlich machen (vgl. Rucht 2005: 902; Della Porta/Diani 2006: 20ff.; Tarrow 1998: 3ff.). Laut RUCHT und NEIDHARDT (2007) versteht man unter Protest in der Bewegungsforschung *„öffentliche, kollektive Handlungen nichtstaatlicher Träger, die Widerspruch oder Kritik zum Ausdruck bringen und mit der Formulierung eines gesellschaftlichen bzw. politischen Anliegens verbunden sind“* (ebd.: 631). Protest als

urdemokratische Form politischer Meinungsäußerung kann sowohl offensiv als auch defensiv zum Ausdruck gebracht werden. Ersteres trifft zu, wenn sich etwa durch Blockaden oder Störungen gegen gesellschaftspolitische Entwicklungen ausgesprochen wird. Protest kann aber auf der anderen Seite auch in Form von sozialem Rückzug ausgedrückt werden (vgl. Rucht/Neidhardt 2007: 631ff.; Rucht/Roth 2008: 659).

Eine Bewegung wiederum basiert auf einem kollektiven Willen zu Unruhe und Veränderung, der sich eben durch Protest äußert und dessen Wurzeln in „*gesellschaftlichen Widersprüchen*“ (Raschke 1985: 448), in „*ungelösten Problemen der System- und/oder Sozialintegration liegen*“ (Rucht 1994: 139). Bewegung ist dabei stets mehr als ein spontaner Zusammenschluss einiger Weniger, jedoch auch weniger als stark formalisierte und routinierte Interessenorganisationen. Selbst bilden Bewegungen zwar keine Organisationen, sie sind aber von solchen abhängig, um überhaupt mobilisieren zu können: „*Von Bewegungen sprechen wir erst, wenn ein Netzwerk von Gruppen und Organisationen, gestützt auf eine kollektive Identität, eine gewisse Kontinuität des Protestgeschehens sichert, das mit dem Anspruch auf Gestaltung des gesellschaftlichen Wandels verknüpft ist, also mehr darstellt als bloßes Neinsagen.*“ (Roth/Rucht 2008: 13)

Zielt eine Bewegung nicht nur kurzfristig auf punktuelle gesellschaftliche Korrekturen ab, sondern verfolgt – wie hier speziell bei der Forderung nach einem Verbot transgener Lebensmittel oder allgemein bei Forderungen von Verbänden aus dem Umwelt- und Verbraucherbereich nach Umweltschutz oder mehr Verbraucherrechten – über eine gewisse Zeit das Ziel eines gesamtgesellschaftlichen Wandels bzw. die Verhinderung eines solchen durch Protest, dann spricht man auch von *sozialen Bewegungen* (vgl. Roth/Rucht 1991: 18; Rucht/Neidhardt 2007: 631). RUCHT und NEIDHARDT (2007) definieren soziale Bewegungen so auch als „*soziale Gebilde aus miteinander vernetzten Personen, Gruppen und Organisationen [...], die – mehr oder weniger gestützt auf kollektive Identitätsgefühle – mit gemeinsamen Aktionen Protest ausdrücken, um soziale bzw. politische Verhältnisse zu verändern oder um sich vollziehenden Veränderungen entgegenzuwirken*“ (ebd.: 634).

In der Regel sind Akteure, die im Rahmen von sozialen Bewegungen Einfluss nehmen wollen, solche, die ihre Interessen im normalen Politikbetrieb über-

haupt nicht oder nur unangemessen berücksichtigt sehen. Die Teilnahme an sozialen Bewegungen erhöht hingegen die Möglichkeit, Einfluss auf den politischen Themensetzungsprozess zu nehmen. So ist es den sozialen Bewegungen im Rückblick immer wieder erfolgreich gelungen, ihre eigenen Forderungen in verschiedenen Politikfeldern vorbei am Widerstand der etablierten Akteure auf die Agenda zu transportieren und zu Politik zu machen. Im vorliegenden Politikfeld kann man da beispielsweise an die erfolgreich umgesetzte Forderung nach einer Kennzeichnung von Lebensmitteln mit gentechnisch manipulierten Inhaltsstoffen denken (vgl. Roth/Rucht 2008: 15; Rucht/Roth 2008: 656ff.).

Spricht man – wie auch hier auf dem Politikfeld der Agro-Gentechnik – explizit von neuen sozialen Bewegungen, dann wird mit dem Adjektiv „neu“ zum einen auf Parallelen und zum anderen auf konkrete Unterschiede zur traditionellen Arbeiterbewegung als klassische soziale Bewegung hingewiesen. Konsens ist dabei jedoch, dass sich mit den neuen Bewegungstypen der Schwerpunkt „von *Problemen der Produktions- auf solche der Reproduktionsebene*“ (Brand 1991: 42) verschoben hat. Dies zeigt sich in der signifikanten Verschiebung von materiellen hin zu postmateriellen Wertorientierungen (vgl. Brand 1991: 40; Roth/Rucht 1991: 16; Rucht 2003). Bei der Art der durchgeführten Proteste lassen sich bei den neuen sozialen Bewegungen auch Kontinuitäten zur Studentenbewegung der 1960 und 1970er Jahre beobachten. So kommen bei den NSB viele jener unkonventionellen Protestformen zur Anwendung, welche erst in den 1960er Jahren durch die Studentenproteste in der politischen Kultur etabliert wurden. Neben klassischen Aktionsformen wie etwa Petitionen gewannen durch die antiautoritären Proteste der 1960er Jahre vor allem neue Formen wie Boykottinitiativen, Demonstrationen, Mahnwachen, Menschenketten oder Unterschriftensammlungen an Bedeutung, welche sich allesamt durch eine dramatische Symbolik auszeichneten. Die Protestaktionen waren dabei wie auch bei der Anti-Gen-Bewegung heute in den weitgehendsten Fällen zumeist auf Gewaltfreiheit angelegt und umfassten wie etwa bei Sitzblockaden höchstens Formen des zivilen Ungehorsams (vgl. Brand 1991: 46; Kern 2008: 55; Rucht/Neidhardt 2007: 632).

Organisatorisch ist für die Akteure der neuen sozialen Bewegungen damals wie heute eine dezentrale, nicht hierarchische Struktur charakteristisch. Die einzelnen Bewegungen entsprechen dabei lockeren Verbänden, die sich durch eine hohe Durchlässigkeit nach innen und außen sowie in der Regel durch die Abwesenheit von festen Mitgliederstrukturen und fehlende formalisierte Entscheidungsverfahren und Repräsentativorgane auszeichnen (vgl. Brand 1991: 43; Roth/Rucht 1991: 20). Durch viele enge Kontakte zwischen den einzelnen Bewegungen haben sich – nicht zuletzt dank der Weiterentwicklung der modernen Kommunikationsmittel – über die Jahre hinweg komplexe Bewegungsnetzwerke gebildet, welche auch immer stärker grenzüberschreitend verlaufen. Innerhalb dieser Netzwerkstrukturen kommen sowohl kleinere lokale Gruppen als auch stärker gegliederte landesweite Mitgliederorganisationen oder selbst transnationale Gruppen zusammen (vgl. Rucht/Neidhardt 2007: 632; Rucht 2003).

HELLMANN (1998) hat eine Hierarchisierung der verschiedenen Ansätze durchgeführt und als Ergebnis festgehalten, dass sich fünf wichtige wesentliche „Paradigmen der Bewegungsforschung“ herausstellen lassen, die in der Forschung nach neuen sozialen Bewegung eine prominente Rolle spielen.<sup>21</sup> Für die vorliegende Untersuchung nach Rollen und Interaktionen von Anti-Genetechnik-Akteuren ist lediglich der fünfte Theorieansatz der *Political Opportunity Structures* interessant und fruchtbar, setzt er sich doch mit den jeweiligen spezifischen Umweltbedingungen einer Bewegung auseinander (siehe dazu ausführlicher Kapitel 2.2.2.5).

Heute, etliche Jahre nach der Hochzeit der neuen sozialen Bewegungen, ist es möglich, ein Resümee ihrer Zeit als wichtiger Akteur im politischen Prozess zu ziehen. Mittlerweile, so das sich abzeichnende Bild, sind die soziale Bewegungen in der Mitte der Gesellschaft angekommen. Sie haben sich neben Parteien, Verbänden und Vereinen weltweit als normale Akteure für bürgerschaftliches Engagement etabliert, ihre Themen werden inzwischen nicht mehr nur

---

<sup>21</sup> HELLMANN (1998) nennt den *Structural Strains*-Ansatz, den *Collective Identity*-Ansatz, die *Framing*-Theorien, den *Ressource Mobilization*-Ansatz und den der *Political Opportunity Structures* (vgl. ebd.: 17f.).

ausschließlich von den NSB selbst vertreten und die Proteste stoßen innerhalb der Gesellschaft immer mehr auf Akzeptanz (vgl. Kern 2008: 15; Roth/Rucht 2008: 10). Laut BRAND (1991) sind die Themen der Bewegungen mittlerweile in das „System‘ diffundiert“ (ebd.: 41) und haben – etwa in Deutschland nicht zuletzt durch die Gründung der Partei *Die Grünen* zu Beginn der 1980er Jahre – in der täglichen Rhetorik der etablierten Parteien ihren Platz gefunden.

Wie das Beispiel der Gründung von *Die Grünen* aus der Friedens- und Ökologiebewegung heraus zeigt, gab es die ersten Tendenzen hin zur Institutionalisierung der neuen sozialen Bewegungen bereits zu Beginn der 1980er Jahre. Mit den Jahren hat sich diese Entwicklung noch weiter verstärkt und in vielen Gruppen zeichnete sich etwa mit dem Aufkommen von Nichtregierungsorganisationen die Tendenz einer Institutionalisierung und Professionalisierung ab (vgl. Rucht 2003: 422). Hinzu kam ein Prozess der Denationalisierung, bei dem sich – wie auch im vorliegenden globalen Politikfeld der Grünen Gentechnik – in den vergangenen Jahren eine zunehmende transnationale Mobilisierung beobachten lässt. Die so genannten *transnational advocacy networks* – Akteure, welche sich international für allgemeingültige Regeln und Reformen einsetzen – haben auch innerhalb der Forschung ein neues Feld eröffnet und lassen die Grenzen zwischen Bewegungs- und NGO-Forschung zerfließen (vgl. Kern 2008: 15f.; Rucht/Roth 2008: 638). Hohe Prominenz und Begeisterung haben auf internationaler Ebene auch die sich seit den 1990er Jahren aus den neuen sozialen Bewegungen heraus entwickelten globalisierungskritischen Gruppen und Bewegungen erfahren. Diese Gruppen sind transnational vernetzt und verknüpfen geschickt verschiedene – zuvor getrennt behandelte – Themenbereiche miteinander (vgl. Roth/Rucht 2008: 34; Rucht 2003: 422ff.).

#### 2.2.1.4. NGO-Forschung

Ebenso wie die klassischen Verbände oder die neuen sozialen Bewegungen, spielen bei den zivilgesellschaftlichen Akteuren im Politikfeld der Grünen Gentechnik ebenfalls die so genannten Nichtregierungsorganisationen (NGOs)<sup>22</sup>

---

<sup>22</sup> NGO steht für *Non Governmental Organization*, zu Deutsch Nichtregierungsorganisation. Sowohl der deutsche als auch der englische Begriff werden im Folgenden gleichwertig verwendet.

eine bedeutende Rolle. Damit ist diese Untersuchung an Ansätze der NGO-Forschung anschlussfähig.

### *Definition von NGOs*

Gemeinsam ist den zahlreichen Definitionsversuchen von NGOs, dass – ganz im Gegensatz zu den klassischen Verbänden – ihr transnationaler Charakter betont wird (vgl. Zimmer 2001: 332). Nimmt man die NGO-Definition von BENDEL (1998) als Basis, dann werden NGOs zwischen Markt und Staat angesiedelt und somit klar der Zivilgesellschaft zugeordnet: „*Sie handeln nicht profitorientiert [...], streben keine Regierungsämter an und unterscheiden sich durch ihre nicht-eigennützige, intermediäre Tätigkeit zwischen Betroffenen und politisch-administrativen Instanzen auch von Selbsthilfeorganisationen.*“ (ebd.: 422) Einen idealtypischen Versuch der Definition von NGOs tragen FRANTZ und MARTENS (2006) zur Diskussion bei: „*NGOs sind formale (professionalisierte), unabhängige gesellschaftliche Akteure, deren Ziel es ist, progressiven Wandel und soziale Anliegen auf der nationalen oder der internationalen Ebene zu fördern*“ (ebd.: 49f.).

Bei NGOs handelt es sich demnach um Organisationen, die – zumindest in ihren unteren Ebenen – aus gesellschaftlichen und somit nicht staatlichen Einzelmitgliedern bestehen. Diese verfolgen ausschließlich nicht-materielle Ziele, setzen sich dabei nicht ausschließlich für ihre eigenen Belange ein und engagieren sich dabei für soziale, ökologische oder gesellschaftliche Anliegen. NGOs charakterisieren sich durch eine größtmögliche finanzielle Unabhängigkeit sowie eine professionalisierte Arbeitsweise und eine formale, anerkannte Organisationsstruktur samt einem Hauptsitz, einem festen Mitarbeiterstab und einer offiziellen Satzung (vgl. Frantz 2007: 183; Martens 2002: 34ff.).

### *Entwicklung*

Ihre Hochphase hatten die Nichtregierungsorganisationen in den 1990er Jahren, als ihre politische Karriere auf dem Höhepunkt angekommen war und sich immer mehr ihrer Art gründeten. Ihnen wurde seinerzeit eine wichtige Rolle zugesprochen, waren sie es doch, die sich zu einem wichtigen Akteur in der

internationalen Politik entwickelten, da sie mehr und mehr die internationalen Institutionen durchdrangen (vgl. Heins 2002: 48ff.; Martens 2002: 25).

Als neueste Vorläufer der NGOs gelten die bereits thematisierten sozialen Bewegungen der 1970er und 1980er Jahre, aus deren lockeren Verbund sich mit der Zeit in einem Ausdifferenzierungs- und Institutionalisierungsprozess feste Organisationsformen entwickelt haben. NGOs vermochten so durch ihre organisatorische Kraft, ihre finanziellen Ressourcen und ihre Stärke bei der medienwirksamen Inszenierung, Themen professioneller und besser auf die öffentliche und politische Agenda zu befördern, als es die Bewegungen jemals gekonnt hätten (vgl. Frantz 2007: 185; Martens 2002: 36; Roth 1994).

Neben einer Ausdifferenzierung und Institutionalisierung der neuen sozialen Bewegungen werden für die vermehrte Herausbildung und den Bedeutungsanstieg von NGOs weitere Ursachen vermutet. Gewisse Popularität hat dabei unter anderem der Erklärungsansatz gewonnen, der den Bedeutungsgewinn der Nichtregierungsorganisationen mit einem „Versagen“ des Staates und dem damit verbundenen Scheitern der etablierten Formen der Interessenrepräsentation und Interessenvertretung gleichsetzt (vgl. Hirsch 2001: 17). Teil davon waren neue Steuerungsprobleme, die sich durch die Entwicklung neuer Politikinhalt ergaben und sich in einem Trend zur „Verwissenschaftlichung“ der Politik äußerten: Wie auch im Politikfeld der Grünen Gentechnik gewann Sachverstand dabei für die Einflussnahme auf den Politikprozess immer größere Bedeutung, weshalb bei den NGOs die Generierung und Bereitstellung von Expertise als eine ihrer Funktionen zu einer wichtigen strategischen Eigenschaft wurde (vgl. Görg/Brand 2001).

Als ein weiterer wichtiger Grund zur Herausbildung und Erstarkung der NGOs wird jenes Phänomen diskutiert, welches gemeinhin unter dem Schlagwort der *Globalisierung* bekannt ist und sich in einer Verlagerung der politischen Probleme und Lösungswege weg von den traditionellen Nationalstaaten zeigt: Grenzüberschreitende Problemlagen wie etwa Klimaprobleme oder aber auch die Agro-Gentechnik, die von vielen als Problem gesehen wird und die sich durch ihre globalen Handels-, Vertriebs- und Produktionswege nicht allein auf einzelne Nationalstaaten begrenzen lassen kann, machen eine Zusammen-

arbeit von auf Staatsebene angesiedelten Akteuren obligatorisch (vgl. Frantz 2002: 59, 71; Hirsch 2001: 18).

### *Rollen und Funktionen*

Im Gegensatz zu den meisten anderen intermediären Akteuren besteht die Hauptfunktion der Nichtregierungsorganisationen darin, solchen Themen öffentliche Aufmerksamkeit zukommen zu lassen, die – wie etwa auch die hier relevanten diskutierten Folgen der Grünen Gentechnik für Ökosystem und individuelle Gesundheit – auf den ersten Blick nebensächlich erscheinen oder bewusst verdrängt werden. Ihre Aufgabe ist es dabei, auf mögliche Lösungsmöglichkeiten von Problemen hinzuweisen, bei denen Handlungsbedarf besteht und welche ansonsten vom Staat oder der Wirtschaft ignoriert werden. Durch ihre eigenen Aktivitäten in Form von Projekten und Kampagnen versuchen die NGOs, Aufmerksamkeit für selbst entwickelte Lösungsansätze und Alternativen zu eringen, indem sie sowohl medienöffentlich als auch hinter verschlossenen Türen Alternativen präsentieren und auf ihre Verwirklichung hinarbeiten (vgl. Walk/Brunnengräber 2000: 158).

Die Bandbreite der Aufgaben von Nichtregierungsorganisationen reicht dabei von der Generierung von Expertise über die Lobbyingstätigkeit oder die Themenanwaltschaft bis zur Projektarbeit. In der Regel stellen sich die NGOs dabei den Akteuren aus den nicht zivilgesellschaftlichen Sphären – den staatlichen Institutionen und den Unternehmen und deren Verbänden – gegenüber; zum Teil kommt es aber auch zu kurz- oder längerfristigen Kooperationen. Besonders mit staatlichen Akteuren entstehen dabei immer wieder enge Kooperationspartnerschaften, indem Staaten die NGOs mit finanziellen Mitteln oder Aufträgen versorgen und ihnen so Gestaltungsmacht zukommen lassen (vgl. Frantz 2002: 60).

Bei den von NGOs durchgeführten Kampagnen werden in der Literatur drei konkrete Formen unterschieden, die allesamt auch im Politikfeld der Grünen Gentechnik zu beobachten sind: So gibt es zum einen die *politische Kampagne*, bei der mit Lobbyingtechniken auf die Durchsetzung politischer Forderungen abgezielt wird. In *Produktkampagnen* wie etwa der erwähnten gegen den Scho-

koriegel *Butterfinger* wird auf der anderen Seite darauf hinzuzielen versucht, die Herstellungs- und Vermarktungsbedingungen einzelner Produkte zu kritisieren. *Unternehmensbezogene Kampagnen* wie zum Beispiel jene konkreten Aktionen gegen die Gentechnik-Riesen *Monsanto* zielen hingegen darauf ab, ganze Unternehmen oder Branchen zu diskreditieren und so zu einer Änderung ihrer Firmenpolitik zu drängen (vgl. Walk/Brunnengräber 2000: 162). Neben den Kampagnen, die ein spezielles Instrument der Öffentlichkeitsarbeit darstellen, spielt die Medienarbeit bei den NGOs generell eine wichtige Rolle. Da ihre Arbeit zum großen Teil nach außen gerichtet ist und ihre Politik auf Kommunikation und öffentlicher Wahrnehmung basiert, könnten die NGOs ohne die Existenz und das Wohlwollen der Medien in der jetzigen Form nicht überleben (vgl. Frantz 2007: 192; Walk/Brunnengräber 2000: 163).

Diese Abhängigkeit hat bei den NGOs so auch zu gewissen Anpassungsprozessen an die speziellen Erfordernisse der Medien geführt, die sich nach BRUNNENGRÄBER (1997: 22) beispielsweise in der Ausdifferenzierung von drei NGO-Rollen zeigen: Demnach lassen sich die Funktionen von NGOs systematisch in die Rolle der *Advokaten* (1), die der *Experten* (2) und die der *Helden* (3) aufteilen (vgl. ebd.: 14ff.). Alle drei Rollen zielen in eine andere Richtung des Aktivitätsfeldes von Nichtregierungsorganisationen und passen so auf den ersten Blick nicht unbedingt gut zusammen. Bei welchen Rollen eine NGO ihren Schwerpunkt setzt, hängt dabei zum einen von den eigenen finanziellen und personellen Ressourcen, zum anderen aber von den jeweiligen Erfolgchancen ab. Je nach bestehender Konstellation der Akteure kann es entweder effektiver sein, wenn eine NGO bei der Durchsetzung von Interessen auf die Methoden des klassischen Lobbyings setzt. Auf der anderen Seite kann es aber auch viel erfolgreicher sein, wenn die eigenen Positionen medienwirksam in Form einer Kampagne öffentlich gemacht werden. Welche Methode die bessere ist, hängt dabei stark von den Voraussetzungen außerhalb der NGO ab (vgl. Walk/Brunnengräber 2000: 162).

- (1) In der Rolle als *Advokaten* setzen sich die Nichtregierungsorganisationen stellvertretend für die Interessen von Personen oder Sachverhalten ein, welche nicht selbst aktiv werden können, da ihnen hierfür die Voraussetzungen

fehlen. Solche Klienten können konkrete Personengruppen wie Benachteiligte sein, aber auch jenseits von Personen können NGO für das Klima, die Natur, die zukünftigen Generationen oder im Namen von normativen Zuständen wie Frieden oder Gerechtigkeit treuhänderisch ihre sogenannte *advocacy*-Funktion ausführen und tätig werden. Menschen oder Zuständen wird so indirekt eine Stimme gegeben, deren Interessen ansonsten nicht oder nicht ausreichend wahrgenommen würden – sie nehmen hierbei die sogenannte *voice*-Funktion wahr, um ihre Sachverhalte und Tatbestände auf die öffentliche Agenda zu befördern (vgl. Brunnengräber 1997: 15).

- (2) Mit der zweiten Rolle als *Experten* treten Nichtregierungsorganisationen Regierungs- und Medienvertretern mit Spezialwissen entgegen und reagieren damit auf immer komplexer gewordene Sachverhalte in der Politik,<sup>23</sup> welche von Seiten der Politik externe Beratung und die Bereitstellung von Spezialwissen erforderte (vgl. Saretzki/Rohde/Leif 1999: 7; Thunert 1999: 13). Als zusätzlichen Effekt versprechen sich die Staaten – nicht zuletzt auch aufgrund der Abwesenheit der politischen Parteien bei transnationalen Themenkomplexen – eine zusätzliche Legitimation (vgl. Messner 1996; Walk/Brunnengräber 2000: 167; Zürn 1998). NGOs sind somit in dieser Expertenrolle nicht viel anders als andere Lobbyisten etwa aus der Wirtschaft, die durch ihre Arbeit Einfluss auf Regierungsvertreter gewinnen und den politischen Lösungsfindungsprozess nach ihren Vorstellungen in eine bestimmte Richtung zu lenken versuchen. Sie treten auf internationalen Gipfeln und Konferenzen somit ebenso als klassische *pressure groups* auf, wie es auch die Lobbyisten aus der freien Wirtschaft tun (vgl. Saretzki/Rohde/Leif 1999; Zimmer 2001: 337).
- (3) Die dritte Rolle der NGO ist jene der *Helden*, im Zuge derer sie ihren Protest öffentlich in Form von Kampagnen – zumeist handelt es sich dabei um spektakuläre Aktionen – inszenieren und somit den Zugang zu den Massenmedien suchen (vgl. Brunnengräber 1997: 20). Für NGOs in allen denkbaren

---

<sup>23</sup> ULRICH BECK (1986) beschrieb dieses Phänomen in seinen Arbeiten zur Welt-Risikogesellschaft.

Politikfeldern ist es deshalb heute besonders wichtig, *kampagnenfähig* zu sein, Themen medienöffentlich also derart geschickt zu setzen, zu platzieren und zu skandalisieren, um durch diesen Umweg über die Massenmedien und die Öffentlichkeit Druck auf die Entscheidungsträger in Politik, Verwaltung und Industrie auszuüben. NGOs zeichnen sich deshalb oftmals durch professionelles Kampagnenmanagement aus (vgl. ebd.; Frantz 2007: 182; Zimmer 2001: 247). Bedingt durch die Gesetzmäßigkeiten der Medien kann eine breite Öffentlichkeit vor allem durch oberflächlich-bildliche und weniger durch detailliert-inhaltliche Strategien erreicht werden. Bilder bleiben demnach beim Medienkonsumenten viel besser haften, weshalb sich die Kampagnen oftmals auf symbolhafte oder plakative Aktivitäten beschränken (vgl. Baringhorst 1996; Frantz 2002: 56). Als Beispiel aus dem Bereich der Mobilisierung gegen die Grüne Gentechnik kann dabei etwa die Metapher des *Frankenfoods* herhalten, mit der man Mitte der 1970er Jahre plakativ auf die Unkontrollierbarkeit der damals noch in den Anfängen stehenden Technologie aufmerksam machen wollte.

### *Professionalisierung*

Viele NGOs haben sich somit über die vergangenen Jahre hinweg zu – hinsichtlich ihrer Arbeitsweise und Organisation – hochgradig professionellen Organisationen gewandelt, welche großen Unternehmen in diesen Bereichen in nichts nachstehen. Der Professionalisierungsprozess, der hierbei in den vergangenen beiden Jahrzehnten durchlaufen wurde, ist dabei zu einem Großteil dem sich veränderten politischen Umfeld geschuldet – die heute sehr gut ausgebauten Fähigkeiten wie Kampagnenfähigkeit, Lobbying, Personalmanagement, Rekrutierung sowie Strategieentwicklung haben dabei weitreichende organisationale Entwicklungsprozesse durchlaufen (vgl. Frantz 2005: 24ff., 2007: 193). Besonders deutlich wird diese Entwicklung beim eigenen Personal und den Finanzierungswegen der NGO. Fand das hauptamtliche Engagement zunächst noch parallel zum ehrenamtlichen statt, haben feste Stellen die ehrenamtliche Tätigkeit innerhalb der Organisationen mittlerweile größtenteils ersetzt. Mit einem festen Stab an bezahlten, oftmals stark spezialisierten Mitarbeitern treten NGOs heute

als professionalisierte, jedoch nicht-profitorientierte Akteure den Medien, der Öffentlichkeit, der Politik und der Wirtschaft gegenüber (vgl. Frantz 2007: 186; Hallmann/Zimmer/Priller 2003; Keck/Sikkink 1998b: 218).

Zur Finanzierung ihrer hoch qualifizierten Mitarbeiter und kostspieligen Aktivitäten sind die NGOs in ihrer Eigenschaft als Nonprofit-Organisationen hauptsächlich auf Spendengelder angewiesen. Um die eigenen Organisationsstrukturen so auch langfristig zu bewahren und die eigene Existenz sichern zu können, ist das Fundraising sowie das Einwerben von externen Projektgeldern im Zuge des Professionalisierungsprozesses der NGOs immer wichtiger geworden. Neben den eingeworbenen Spendengeldern kommt es hauptsächlich im Bereich nationaler NGOs oftmals auch zu einem differenzierteren Finanzierungsmix, denn hier kommt vermehrt auch öffentlichen Geldmitteln eine große Bedeutung bei der Finanzierung der Organisationen zu (vgl. Frantz 2007: 186; Martens 2002: 34; Zimmer 2001: 341ff.).

#### 2.2.1.5. Zwischenfazit

Alle drei Arten von zivilgesellschaftlichen Akteuren, sowohl die *klassischen Verbände* als auch *neue soziale Bewegungen* und *Nichtregierungsorganisationen*, sind unter den Gegenakteuren der Grünen Gentechnik vertreten. Sie alle sind in ihrer Art besonders und grenzen sich von den jeweils anderen beiden Typen ab.

Vergleicht man die verschiedenen Typen miteinander, dann weisen die neuen sozialen Bewegungen von ihrer inneren Struktur große Unterschiede zu etwa klassischen (Interessen-)Verbänden oder Parteien auf. So hat man es bei den Bewegungsakteuren nicht mit stark formalisierten Organen zu tun, in denen das Prinzip der Arbeitsteilung gilt, es eine starke horizontale wie vertikale Hierarchisierung gibt und klare Mitgliedschaftsbeschreibungen existieren. Anstelle von Mitgliedern können die Bewegungen lediglich auf Aktivisten sowie Teilnehmer – außerhalb der Bewegung auch auf Unterstützer und Sympathisanten – zurückgreifen. Strukturell gesehen müssen soziale Bewegungen somit eher als Netzwerke denn als Organisationen charakterisiert werden. Trotz eines Mangels an etwa Geld und Macht können die Bewegungen durch die Vernetzung jedoch trotzdem eine große Reichweite erlangen und eine hohe Durchschlagskraft bilden. Aufgrund von strategischen Schwächen, die Bewe-

gungen durch ihren geringen Organisationsgrad und der dadurch oftmals langatmigen Entscheidungsprozesse attestiert werden, eignen sie sich in der Regel weniger zum Durchsetzen eines sozialen Wandels, sondern vielmehr zum Anstoßen oder Blockieren. Trotz dieser vermeintlichen Defizite haben es verschiedene soziale Bewegungen immer wieder geschafft, eine Durchschlagskraft sowie eine Massenbasis zu erlangen und gleichzeitig zu gesellschaftlichem Wandel beizutragen (vgl. Rucht/Neidhardt 2007: 634ff.).

Und auch der Vergleich zwischen NGOs und klassischen Verbänden macht das breite Spektrum der auf der Seite der Gentechnik-Kritiker vertretenen Akteure deutlich. Denn operieren die klassischen Verbände hauptsächlich und meist ausschließlich auf der nationalstaatlichen Ebene, sind NGOs in der Regel transnational orientiert. Und während erstere mehrheitlich zuvorderst ihr eigenes Nutzenkalkül verfolgen, agieren die Nichtregierungsorganisationen eher aus einem moralisch-ethischen Hintergrund und setzen sich für die Rechte anderer oder aller Menschen ein. Ferner vertreten NGOs in der Regel die sogenannten „schwachen Interessen“, die im Gegensatz zu den „starken“ Eigeninteressen der Verbandsmitglieder nicht die nötige Konfliktfähigkeit aufweisen. Beide Organisationstypen unterscheiden sich zudem stark bei ihrer internen Organisation sowie den zur Verfügung stehenden finanziellen Ressourcen (vgl. Offe 1997; Willems/Winter 2000; Zimmer 2001: 346).

Die Abgrenzung von NGOs und neuen sozialen Bewegungen fällt hingegen – nicht zuletzt aufgrund der Tatsache, dass die NGOs zum Teil aus diesen hervorgegangen sind – deutlich schwieriger. Aber auch hier sind klare Unterschiede erkennbar: So unterschieden sich beide vor allem durch ihre organisatorische Struktur, denn handelt es sich bei den NSB zumeist um einen lockeren Verbund von Menschen, die sich oftmals mit spontanen Äußerungen zu Wort melden, sind NGOs stark strukturierte Organisationen mit einer langfristigen Strategie und einer professionellen Führung. Die Unterschiedlichkeit beider fällt am deutlichsten bei Gipfeln oder Verhandlungsrunden auf, bei denen sowohl die Bewegungen als auch die Nichtregierungsorganisationen zugegen sind. Während die Vertreter der NSB dabei zumeist außerhalb des Verhandlungsortes bleiben und sich in lautstarkem Protest üben, sitzen die NGO-Vertreter als akkreditierte Verhandlungspartner mit am Tisch und stehen den Regierungs-

vertretern auf Augenhöhe entgegen. Beide Typen von organisationalen Zusammenschlüssen haben jedoch auch große Gemeinsamkeiten. So sind die NGOs ebenso wie die Bewegungen mehrheitlich Teil fester Bewegungsnetzwerke, in denen beide Arten von Zusammenschlüssen gemeinsam aktiv sind (vgl. Frantz 2007: 184; Martens 2002: 36; Roth 1994).

Die wirkliche Besonderheit bei der Ansammlung von Gegenakteuren im Politikfeld der Grünen Gentechnik ist vor allem die Tatsache, dass es ansonsten nur sehr selten vorkommt, dass alle drei hier im Mittelpunkt der Analyse stehenden Arten zivilgesellschaftlicher Akteure („Akteurgattungen“) zusammen auftreten und eine gemeinsame Richtung verfolgen. Vor allem jene Akteure aus dem Agrarbereich, die hauptsächlich dem Typ der klassischen Verbände zuzuordnen sind und über „starke Interessen“ verfügen, bilden in dieser Konstellation eine Besonderheit, da sie sich in anderen Politikfeldern und Konflikten zumeist auf der Gegenseite von Umwelt- und Verbraucherschutzgruppen positionieren. Anders bei den transgenen Lebensmitteln: hier ist man Teil jener kritischen Koalition, welche die neuen Technologien in Frage stellt und für größtmögliche Transparenz und Wahlfreiheit eintritt.<sup>24</sup>

### 2.2.2. Prozesse

Einen zweiten Einstieg in die für die vorliegende Fragestellung zu Interaktionen und Rollen von Akteuren im Politikfeld der Grünen Gentechnik relevanten theoretischen Ansätze der Untersuchung bilden jene Konzepte, die sich mit den Abläufen innerhalb und zwischen den handelnden Gruppen beschäftigen. Der Fokus soll hierbei auf die Konzepte gelegt werden, welche sich mit den Prozessen auseinandersetzen, die innerhalb des Forschungsthemas und der Forschungsfrage eine Rolle spielen – in diesem Fall also Interessenvertretungs- und Interaktionsprozesse bei jenen Gruppen, die sich gegen die Technologie der Grünen Gentechnik engagieren.

---

<sup>24</sup> Einschränkung muss hier noch einmal betont werden, dass die aktiven Agrarverbände in diesem Politikfeld hauptsächlich – aber nicht ausschließlich – einen alternativen biolandwirtschaftlichen Ansatz haben. Dies großen Bauernverbände beider Länder sind nicht Teil der kritischen Bewegungen.

### 2.2.2.1. Governanceforschung

Bei der Fokussierung auf die Prozesse des Politikfelds bietet zunächst die *Governanceforschung* bedeutende Erkenntnisse und Erklärungsmodelle. Und diese können wiederum wichtige Anregungen für das Forschungsthema – und dabei speziell die Frage nach Interaktionen von Akteuren im vorliegenden Politikfeld – liefern. Kern des Governance-Begriffs sind die verschiedenen (neuen) Formen der Einbeziehung und Beteiligung von nichtstaatlichen, zivilgesellschaftlichen Akteuren an unterschiedlichen politischen Regelungs- und Problemlösungsprozessen in verschiedenen Politikfeldern (vgl. Kooiman 1993: 323; Schuppert 2008: 17). *Governance-Arrangements* waren und sind Folge der Auffassung eines Scheiterns des Interventionsstaates. Zahlreiche innere Probleme suggerierten Anfang der 1970er Jahre ein Versagen der Obrigkeit und schafften ein Bild, nachdem Staat und Verwaltung unfähig seien, auf die aufkommenden sozio-ökonomischen Probleme angemessen zu reagieren. Als Lösung bot sich die Kooperation mit anderen nichtstaatlichen Akteuren an; der *kooperative Staat* war geboren, wodurch die bislang gängigen wissenschaftlichen Analysekonzepte angepasst oder verworfen werden mussten (vgl. Mayntz 2010: 38f.). Governance steht als Oberbegriff für sämtliche Formen von sozialer Handlungskoordination, also sämtliche Arten der Regelung gesellschaftlicher Sachverhalte. Das Konzept steht somit jeder Art von hierarchischer Steuerung innerhalb eines Gemeinwesens gegenüber (vgl. Mayntz 2010: 38).

#### *Wandel der Staatstätigkeit*

Am Beginn der Governance-Diskussion stand eine sich wandelnde Rolle des Staates. Man erkannte, dass sich die traditionellen Formen öffentlich-privater Kooperation nicht an die neuen Realitäten anpassen konnten. Die neuartigen Formen des Regierens bzw. Steuerns finden heute – mit steigender Tendenz – mehrheitlich in horizontalen Netzwerkbeziehungen statt, welche zwischen öffentlichen und privaten Akteuren verlaufen (vgl. Benz/Dose 2010: 22). Als nichtstaatliche Akteure kommen dabei Vertreter der Zivilgesellschaft genauso wie korporative Akteure, Non-Profit-Organisationen oder Unternehmen in Betracht. Die Verwaltung nimmt an den Governance-Konstellationen vor allem

durch Beratungs-, Vermittlungs- und Steuerungsaktivitäten teil, wodurch der vormals ausschließliche Weg der hierarchischen Steuerung durch den Staat unter den Governance-Akteuren heute nur noch ein Handlungsinstrument unter vielen darstellt (vgl. Mayntz 2010: 44).

Neben der nicht länger existenten Trennung von Staat und Gesellschaft gehören dazu auch die beiden Phänomene der *Denationalisierung/Globalisierung* und der *Mehrebenenverflechtung*. Bei ersterem wird konstatiert, dass gesellschaftliche „Probleme“ – wie auch bei der vorliegenden global angewandten Technologie der Grünen Gentechnik – etwa auf ökologischem, sozialem oder wirtschaftlichem Bereich nicht mehr innerhalb der Grenzen eines Nationalstaates zu lösen sind. Probleme werden vielmehr immer öfter zu globalen Problemen, welche sich von dem Raum, aus dem sie entstehen, ausbreiten und somit eine globale, übernationale Problemlösung benötigen. Mehrebenenverflechtung entsteht sodann, wenn zwischen staatlichen, nichtstaatlichen sowie nationalen und transnationalen Akteuren infolge dessen gemeinsam Governance-Funktionen wahrgenommen werden (vgl. Benz/Dose 2010: 24).

### *Governance-Strukturen*

Kooperative Governance-Strukturen tauchen in den verschiedensten Formen und auf den unterschiedlichsten Ebenen auf. Zumeist handelt es sich dabei um ergebnis- und zielorientierte Netzwerke und Verhandlungskonstellationen, welche sich zwischen staatlichen und nichtstaatlichen bzw. nur zwischen nichtstaatlichen Akteuren herausgebildet haben (vgl. Biermann 2006: 429). Charakteristisch für diese Governance-Formen des modernen Staates ist die große Bedeutung von Verhandlungsstrukturen, welche sich zwischen verschiedensten Organisationsformen – wie etwa Behörden, Parteien oder Verbänden – entwickelt haben. Wichtig ist dabei, dass es sich bei den getroffenen Entscheidungen nicht um solche handelt, die von staatlicher Seite aufgezwungen wurden, sondern sich als Ergebnis der Interaktion der beteiligten Akteure herausgebildet haben (vgl. Mayntz 2010: 41).

Neben den bekannten Formen horizontaler und vertikaler Kooperationen von Behörden untereinander, stellt MAYNTZ (2010: 39ff.) vor allem zwei bedeu-

tende Governance-Formen heraus: Die *Kooperation zwischen öffentlichen und privaten Akteuren* sowie die *gesellschaftliche Selbstregulierung*. Kennzeichnend für die erste Form ist der sogenannte „kooperative Staat“, der sich der privaten Akteure dabei nicht nur zur Ausführung von öffentlichen Aufgaben bedient, sondern auf externe Organisationen auch in Phasen wie der Politikentwicklung oder bei der Vorbereitung von exekutiven oder legislativen Entscheidungen zurückgreift.

Bei der zweiten Form der *Selbstregulierung* hingegen, auf welcher in dieser Untersuchung der Schwerpunkt liegt, spielen hoheitliche Stellen wenn überhaupt dann nur eine untergeordnete Rolle. So kann es entweder vorkommen, dass private Akteure sich in Form einer *delegierten Selbstregulierung* im Auftrag des Staates einer Aufgabe annehmen und diese ausführen. Darüber hinaus können private Akteure aber auch ohne staatlichen Auftrag tätig werden und freiwillig selbstregulierende Aufgaben erledigen (vgl. ebd.). Im Politikfeld der Grünen Gentechnik ist es zu solchen Konstrukten der Selbstregulierung bereits mehrfach gekommen. So stand im wissenschaftlichen Bereich ganz zu Anfang der Diskussionen über die Risiken der Technologie in den 1970er Jahren eine freiwillige Selbstbeschränkung von Forschern, ihre Forschungstätigkeiten bis zu einer gemeinsamen Fachkonferenz und der Erarbeitung und Einführung verbindlicher Leitlinien im Umgang mit der umstrittenen Technologie einzuschränken (siehe dazu Kapitel 3.1.1). Als weitere Beispiele für ein regulierendes Tätig werden ohne staatlichen Einfluss können die vielen verschiedenen Dialoge und Konsensrunden angeführt werden, welche zu Beginn der 1990er Jahre zunächst von wirtschaftlichen und intermediären – zum Teil auch von wissenschaftlichen – Akteuren in den Niederlanden und Deutschland initiiert wurden (siehe dazu Kapitel 3.1.2.7).

Welche Art von Governance-Strukturen sich in einem bestimmten Politikfeld anbieten und überwiegen, hängt stark von der Beschaffenheit des jeweiligen Regelungsfeldes ab. So kann es beispielsweise nur dann zu starken Formen privater Selbstregulierung kommen, wenn hierfür jeweils auch durchsetzungsfähige Akteure vorhanden sind. Von Politikfeld zu Politikfeld dominieren somit mal private, mal öffentliche, und mal öffentlich-privat gemischte Regelungs-

instanzen und -arrangements. Ursächlich für die Qualität und Quantität von Verhandlungsstrukturen ist zudem auch die jeweilige politische Ebene, auf der das Regelungsfeld verortet ist (vgl. ebd.: 42f.). War das Governance-Konzept ursprünglich stark auf die internationale Politik bezogen, hat es sich mit der Zeit auch für die Analyse von innenpolitischen Prozessen etabliert, da die politischen Institutionen auch hier zunehmend an eigener Handlungsautonomie verloren haben und auf die Zusammenarbeit mit privaten Akteuren angewiesen sind (vgl. Schultze 1998: 237). Aber auch bei verschiedenen Formen von Ebenen übergreifenden Regelungsstrukturen kommen Governance-Formen in Form von *Multilevel Governance* aktiv zur Anwendung (vgl. Benz 2010: 121; Benz/Dose 2010: 28ff.).

#### 2.2.2.2. Interessenvertretungsforschung

Wenn man an die Agro-Gentechnik oder speziell an die Ziele der sich gegen diese Technologie engagierenden intermediären Akteure denkt, dann geht es um Interessen, die nach außen vertreten und verfolgt werden. Bei den hier untersuchten Gruppen handelt es sich somit durchweg um kollektive *Interessenvertretungsakteure*. Aus diesem Grund soll im Folgenden auf das Begriffsverständnis von RUCHT (1993) zurückgegriffen werden, welcher das Interesse als „*handlungsrelevante Disposition einer Gruppe bzw. Organisation zur Wahrung oder Erlangung eines für erstrebenswert erachteten Gutes oder Zustandes*“ (ebd.: 257) definiert. Im untersuchten Politikfeld setzen sich die untersuchten Gruppen konkret für die Bekämpfung der Technologie der Grünen Gentechnik oder zumindest für eine bessere öffentliche Aufklärung über die möglichen Risiken für Mensch und Umwelt ein.

Der Interessenbegriff hat sich heute als zentrales Konzept für die Analyse materieller politischer Prozesse durchgesetzt (vgl. Massing 1995: 222). Innerhalb des Zweigs der politischen Soziologie steht bezüglich den in der Gesamtgesellschaft vorhandenen verschiedenen subjektiven und objektiven Interessen in erster Linie der Prozess der Interessenvertretung oder Interessenvermittlung im Vordergrund. Dabei geht es vorrangig um das Auftreten von Interessenvertretungsorganisationen im Willensbildungs- und Entscheidungsprozess – ihre Rollen und Funktionen – sowie um Adressaten, Formen, Instru-

mente und Strategien der Interessenvertretung. Zentrale Instrumente von Interessenvertretern liegen in der Kontaktpflege mit relevanten Policy-Akteuren sowie dem Sammeln, Aufbereiten und Weitergeben von Informationen an diese Personen und Institutionen. Aber auch die Durchführung von Policy-relevanten Veranstaltungen und das Schmieden von strategischen Bündnissen von Interessenvertretungsakteuren mit gleichgesinnten Akteuren gehören zu den Hauptbetätigungsfeldern (vgl. Leif/Speth 2006; 24ff.).

Heutzutage findet man kaum ein gesellschaftliches Interesse, welches nicht auch direkt oder indirekt durch eine spezielle Interessengruppe nach außen vertreten wird. War der Blickwinkel anfangs noch fest mit den Akteurtypen der klassischen Verbände verbunden, so muss man ihn heute viel weiter ausdehnen, da bei der Interessenvertretung mittlerweile auch andere Akteurtypen wie zivilgesellschaftliche Organisationen oder spezielle – ausschließlich mit der Vertretung fremder Interessen betraute – Agenturen im Bereich der Interessenvertretung aktiv sind. Mit dieser Differenzierung geht somit also nicht zuletzt auch eine konkrete Ausdehnung der praktizierten Formen der Interessenvertretung einher (vgl. Leif/Speth 2003: 14; Willems/Winter 2007: 13). Dieses Phänomen ist auch bei den Gegenakteuren im Politikfeld der Grünen Gentechnik zu beobachten, wo bedingt durch die Heterogenität der Gruppen verschiedenste Formen der Interessenvertretung angewendet werden. Die Bandbreite reicht etwa von der Beratung staatlicher Stellen wie etwa Ausschüssen von Parlament und Regierungsstellen mit der eigenen Expertise über Verhandlungsrunden mit gegnerischen Verbänden oder klassische öffentlichkeitswirksame Kampagnen bis hin zu Gewaltaktionen bei sogenannten „Feldbefreiungen“ (siehe dazu Kapitel 5.5.2). VAN DETH und VIS (2006) benennen für die Interessenvertretung vier bekannte Einflusstechniken, die von Interessengruppen angewendet werden: Zum einen können Interessenvertreter direkt mit Politikern oder Verwaltungsangestellten in den Ministerien Kontakt aufnehmen und mit ihnen (Verhandlungs-) Gespräche führen. Eine Beeinflussung von Parteien, Politikern oder anderen Entscheidungsträgern kann aber auch indirekt über Kampagnen in den Massenmedien und die öffentliche Meinung erfolgen. Weiterhin ist es aber auch möglich, den Weg über inhaltlich verwandte Parteien zu gehen und diese zu mobilisieren. Und auch die Androhung von Aktionen wie etwa das Verlassen von

Verhandlungsrunden, die Durchführung von Streiks oder Demonstrationen, die Initiierung von Unterschriftenaktionen oder juristischen Verfahren ist ein probates Mittel des politischen Lobbyings<sup>25</sup> (vgl. ebd.: 234).

Spricht man von Interessenvertretung, dann darf nicht unerwähnt bleiben, dass sich Interessen – je nachdem um was für eine Art von Interesse es sich handelt – unterschiedlich gut vertreten und somit auch durchsetzen lassen. Entscheidend ist dabei oft, ob es sich eher um ein *spezielles* oder eher um ein *allgemeines Interesse* handelt, denn aus der Allgemeinheit heraus ergibt sich theoretisch eine relativ schwächere Position derer, die es nach außen vertreten. Während beispielsweise wirtschaftliche Akteure wie etwa die hier untersuchten Agrarakteure mit ihren speziellen Interessen so generell eine relativ starke Position in der Interessenvertretung einnehmen, bezeichnet man gesellschaftliche Interessen – und hier im Besonderen jene aus dem hier relevanten Umwelt- und Verbraucherschutzbereich – nach den Aussagen der „Logik des kollektiven Handelns“ von OLSON (1965) als allgemein und damit schwach. Soziologisch ausgedrückt mangelt es solchen Interessen neben einer guten *Organisationsfähigkeit* auch an einer effektiven *Konfliktfähigkeit*.

#### *Organisations- und Konfliktfähigkeit*

Organisationsfähig sind gesellschaftliche Bedürfnisse und Interessen nach OFFE (1969) „dann, wenn sie in ausreichendem Umfang diejenigen motivationalen und materiellen Ressourcen mobilisieren können, die zur Etablierung eines Verbandes oder eines ähnlichen Instruments der Interessenvertretung erforderlich sind“ (ebd.: 167). In seinem entscheidungslogischen Modell, indem jene Bedingungen aufgezeigt werden, die kollektives Handeln von Personen mit gleicher Interessenlage begünstigen und fördern, kommt OLSON (1965) aufgrund eigener Untersuchungsergebnisse zu dem Schluss, dass unter Verbrauchern das Problem einer „Nicht-

<sup>25</sup>

Neben dem Begriff der Interessenvertretung erfreut sich heute alternativ auch immer wieder der Begriff des *Lobbyismus* bzw. *Lobbyings* starker Beliebtheit. Geht man nach VAN SCHENDELEN (2003), dann gilt eine Interessengruppe dann als *Lobbygruppe*, wenn sie sich bei der verwendeten Art der Einflussnahme *unorthodoxen Mitteln* bedient. Als *unorthodox* gilt dabei alles, was sich fernab der demokratischen Möglichkeiten des direkten oder indirekten Wahlrechts abspielt (vgl. ebd.: 301).

Organisierbarkeit“ besteht. Immer dann, wenn sich Interessen um öffentliche Güter – im vorliegenden Fall der Grünen Gentechnik die Güter Gesundheit oder Naturschutz – drehen, wird nach OLSON ein Zusammenschluss von Individuen erschwert. Dabei wird unterstellt, dass sich die Individuen hauptsächlich an ihrem eigenen Nutzen orientieren und so zweckrational handeln. Der Einsatz eines einzelnen Akteurs für das gemeinsame Interesse wird demnach dann erschwert, wenn der zu tätige Aufwand zur Erreichung eines Kollektivgutes den eigenen Nutzen übersteigt.

Da das Verbraucherinteresse ein allgemeines Interesse ist, profitieren von den Erfolgen einer Verbraucherorganisation nicht nur die jeweiligen Mitglieder der Organisation, sondern auch die Nicht-Mitglieder. Nach OLSON wird jeder Verbraucher versuchen, seinen eigenen Beitrag zur Erreichung eines Kollektivgutes so gering wie möglich zu halten bzw. der Sache gar kein Engagement entgegenzubringen. Schaut man allerdings verschiedene Verbraucherschutzorganisationen an, dann stellt man fest, dass sich empirisch trotz der schwierigen Organisationsfähigkeit dieser Gruppen recht erfolgreiche Zusammenschlüsse ergeben haben, welche als Interessenvertreter für die Verbraucher auftreten (vgl. Mäkelburg 2012).

Neben der Fähigkeit, sich selbst organisieren zu können, bedarf es allgemeinen Interessen zur effektiven Vertretung zudem eines gewissen Durchsetzungsvermögens – der Konfliktfähigkeit. Nach OFFE (1969) beruht diese *„auf der Fähigkeit einer Organisation bzw. der ihr entsprechenden Funktionsgruppe, kollektiv die Leistung zu verweigern bzw. eine systemrelevante Leistungsverweigerung glaubhaft anzudrohen.“* (ebd.: 169). Am deutlichsten wird dies am Beispiel der Gewerkschaften, die mit dem Mittel des Streiks ein enormes Drohpotential in der Hand haben und so die gegnerische Seite wie die Bevölkerung spürbar treffen können. Bei Umwelt- und mehr noch bei Verbraucherinteressen hingegen hat man genauso wie etwa bei denen von Arbeitslosen, Rentnern oder Studenten beobachtet, dass jene Personen nur über ein geringes Maß an Sanktionsmitteln verfügen und sie diese lediglich über einen kurzen Zeitraum wirksam anwenden können.

Bei Verbrauchern wären dies zum Beispiel Maßnahmen wie Käuferabwanderung<sup>26</sup>, Käuferstreik, Marktaustritt oder der Gang des Rechtswegs. Diese Möglichkeiten lesen sich auf dem Papier gut, in der Realität erweist sich die Konsum- und Kaufverweigerung – als bedeutendstes Machtmittel von Verbrauchern – jedoch als lange nicht so effektiv wie etwa der Streik bei den Gewerkschaften. Dieses strukturelle Problem zeigt sich sodann auch in der nur geringen Anzahl an Fällen, bei denen es zu einem echten Konsum-Boycott gekommen ist. Und auch gegenüber den Vertretern der Politik sind die Verbraucher – sofern man den Annahmen zur Organisationsfähigkeit der Verbraucher folgt – theoretisch eher schwach aufgestellt. Solange sich die Konsumenten nicht in mitgliederstarken Verbänden organisiert haben, können sie der Politik kaum mit Wählerstimmentzug oder öffentlichen Aufrufen zu Boykotten drohen. Voraussetzung für jegliches auf Beeinflussung angelegte Handeln ist somit neben einem kollektiven Unzufriedenheitspotential auch der Wille zur (spontanen) Organisation (vgl. Biervert/Fischer-Winkelmann/Rock 1977: 69; Janning 2003: 155; Janning 2004: 431; Strünck 2006: 28).

WINTER (2007) konstatiert für beide Referenzländer Deutschland und Niederlande, dass die Zahl von Akteuren mit vermeintlich schwachen Interessen in den vergangenen 40 Jahren stark angestiegen ist (vgl. ebd.: 222). Jene von ihnen, die als Interessenvertretungsakteure aktiv sind, haben sich im Laufe ihres Bestehens jedoch immer weiter institutionalisiert und professionalisiert und zu dachverbandlichen Gebilden entwickelt (vgl. Kleinfeld 2001: 308f.; Reutter 2001: 90). An Organisationsfähigkeit wie an Konfliktfähigkeit mangelt es diesen stark institutionalisierten Vertretern vermeintlich schwacher Interessen heute nicht.

### *Konkurrenz und Konkordanz*

Ebenfalls bedeutsam bei der Frage der politischen Interessenvertretung sind die im jeweiligen Politiksystem, in dem die Lobbyakteure aktiv sind, vorhandenen

---

<sup>26</sup> Wie etwa beim angeführten Beispiel des transgenen Schokoriegels *Butterfinger* (siehe dazu Kapitel 1).

gewachsenen grundsätzlichen Strukturen und Interaktionsmuster der Interessenvertretung. Die für diese Untersuchung herangezogenen Niederlande etwa sind in der politikwissenschaftlichen Literatur als Land zahlreicher ausdifferenzierter und konfessionell geprägter Assoziationen besonders bekannt. Gründe dafür sind zunächst im geografischen und wirtschaftlichen Bereich zu finden: So hat die von der Gesamtfläche her vergleichbar geringe Größe der Niederlande gemeinsam mit der politischen Konzentration auf zwei Verwaltungsebenen dafür gesorgt, dass die Kosten für die Gründung einer freiwilligen Assoziation überschaubar blieben. Die für Kleinstaaten darüber hinaus gegebene besondere Abhängigkeit vom Weltmarkt sei zudem ein entscheidender Grund dafür, dass sich in solchen Ländern bei politischen wie ökonomischen Eliten verstärkt Kooperations- und Kompromissstrukturen herausgebildet haben (vgl. Katzenstein 1985; Kleinfeld 2001: 287). Daneben werden auch historische Erklärungsansätze für diese Affinität der Niederlande zu Konsensstrukturen angebracht. Demnach haben bei unseren Nachbarn zahlreiche Korporationen den Prozess der modernen Staatsbildung und Demokratisierung überlebt und konnten entscheidend zur späteren Herausbildung korporatistischer und auf Verhandlung abzielender Strukturen beitragen. Bis zum heutigen Tag sind die Niederlande politisch betrachtet ein „*Mehrstromland*“ (Kleinfeld 2001: 287) geblieben, wo keines der politischen Lager über einen längeren Zeitraum die alleinige Vorherrschaft innehatte (vgl. Daalder 1989; Kleinfeld 2001: 287; Lehbruch 1996a).

Ebenfalls als Grund für die Herausbildung zahlreicher Assoziationen in den Niederlanden wird das historisch bedingte Fehlen einer einheitlichen Staatskirche angesehen, wodurch ein religiöser Pluralismus entstand und sich – nicht zuletzt in der Zeit der *Versäulung*<sup>27</sup> manifestiert – über viele Jahre hinweg eine konfessionell geprägte Verbändelandschaft herausbilden konnte. Dass es trotz dieses Partikularismus nicht zu einer politischen Instabilität kam, erklärte

---

<sup>27</sup> Als *Versäulung* bezeichnet man in der Politikwissenschaft den internationalen Sonderfall, nach dem die Einwohner der Niederlande seit kurz vor Beginn der 20er bis zu den 70er Jahren des 20. Jahrhunderts in vier streng voneinander getrennte weltanschauliche Säulen aufgeteilt waren: eine katholische, eine protestantische, eine sozialdemokratische und eine neutrale oder liberale Säule, innerhalb dieser sich sowohl das private wie auch das öffentliche Leben der Bürger abspielte (vgl. Wielenga 2004: 39ff.).

LIJPHART (1975 [1968]) damit, dass die Eliten der jeweiligen Bevölkerungsgruppen sich zu einer „überdachten“ Zusammenarbeit mit dem Ziel von allen getragener pragmatischer Lösungen zusammengefunden hatten (vgl. ebd.).

In der Forschung werden diese in den Niederlanden beobachteten Verständigungsprozesse seit dem Ende der 1960er Jahre näher untersucht. LIJPHART (1975 [1968]) etwa verwendete den Begriff der *Konsens*-<sup>28</sup>, LEHMBRUCH (1967) den der *Konkordanzdemokratie*, um dieses in den Niederlanden und auch in anderen Staaten existierende besondere Phänomen von Gesellschaften, die ein spezielles Gewicht auf Aushandlungs- und Verhandlungsprozesse legen, zu beschreiben. Gleichzeitig grenzte man diese besonderen Arten von Demokratien von den sogenannten *Mehrheits-* (LIJPHART) oder *Konkurrenzdemokratien* (LEHMBRUCH) ab.

Aus dem vergleichsweise hohen Gewicht, das in den Niederlanden im gesellschaftlichen, politischen und ökonomischen Bereich heute immer noch auf Verhandlungen als Form der Interessenaggregation und Entscheidungsfindung gelegt wird, nimmt das Land eine internationale Sonderrolle ein. Anders als etwa in Deutschland – und das gilt noch mehr bei anderen Staaten wie etwa den angelsächsischen – war jahrelang Konsens im Gegensatz zu Konflikt in den verschiedensten gesellschaftlichen, politischen und ökonomischen Bereichen das tragende Muster. Das sich über viele Jahrzehnte entwickelte skizzierte spezielle niederländische Verbändesystem kann laut KLEINFELD (2001) „*analytisch am besten als Konkordanz- oder Verhandlungsdemokratie mit korporatistischen Politikmustern im Rahmen einer starken Zivilgesellschaft umschrieben werden*“ (ebd.: 288). Dieses Konzept von der *Konkordanz*<sup>29</sup> eignet sich besonders für Gemeinwesen mit einer fragmentierten politischen Kultur und unterschiedlichen gesellschaftlichen Lagern. In vergleichenden Studien legten LIJPHART und LEHMBRUCH dar, dass nicht nur die angloamerikanischen Demokratien mit ihrem Mehrheitswahlrecht gut funktionierten, sondern jener Demokratietyp der Konkor-

---

<sup>28</sup> Der Begriff „Konsens“ ist eigentlich irreführend, da er suggeriert, dass sich die Parteien einig sind. Gegensätzliche Meinungen bestehen aber auch nachdem ein Kompromiss bei Verhandlungen erzielt wurde weiter. WIELENGA (2012: 427ff) schlägt deshalb vor, besser von „Pragmatismus“ anstelle von „Konsens“ zu sprechen.

<sup>29</sup> Alternativ werden Konkordanzdemokratien auch als Konsens-, Proporz- oder Verhandlungsdemokratien bezeichnet.

danzdemokratien mit Verhandlung als zentralem Koordinations- und Entscheidungsmechanismus ebenfalls Stabilität und Leistungskraft bedeuten kann. Laut der Theorie verfügen Konkordanzdemokratien über die Fähigkeit, ein mehr oder weniger friedliches Nebeneinander unterschiedlicher – teils sogar verfeindeter – gesellschaftlicher Gruppen herzustellen und im günstigsten Fall sogar eine Kooperation der Akteure auf der Ebene der Eliten herbeizuführen. Mit ihnen können im Gegensatz zu den sogenannten *Konkurrenzdemokratien* einfacher lang andauernde Konflikte zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen befriedet werden (vgl. ebd.; Luthardt 1988; Schmidt 2000). Die Literatur bescheinigt dabei einen linearen Zusammenhang zwischen dem Vorhandensein einer Konkordanzdemokratie auf der einen und neokorporativen Interessenvermittlung auf der anderen Seite. Eine enge Zusammenarbeit zwischen Staat und großen Interessenvertretungsorganisationen sowohl in der Phase der Politikformulierung als auch bei der späteren Politikdurchsetzung scheint in vielen Politikfeldern – darunter auch in der hier zentral stehenden Umweltpolitik – gegeben zu sein (vgl. Lijphart/Crepez 1991).

Im Gegensatz zu den Niederlanden kann Deutschland als das zweite hier im Blickfeld stehende Untersuchungsland nicht so einfach einem der beiden Demokratiemuster zugeordnet werden. So handelt es sich bei Deutschland laut ABROMEIT (1993) eher um eine Mischform, die zwischen den beiden Extrempolen der Konkurrenz- und der Konkordanzdemokratie verortet ist. Als Belege hierfür können etwa Beispiele *korporatistischer Konzertierung* wie die Institution der Kultusministerkonferenz oder *legislative Vetostrukturen* wie die Bestimmungen über die Besetzung von Richtern an obersten Bundesgerichten oder die notwendige Zweidrittel-Mehrheit in Bundestag und Bundesrat bei Verfassungsänderungen angeführt werden (vgl. Czada 2000; Schmidt 2000: 329). Allerdings handelt es sich bei diesen – durch den föderalen, bundesstaatlichen Staatsaufbau und das daraus entstehende starke Beziehungsgeflecht zwischen dem Bund und den Ländern – entstandenen Kooperationselementen und Verhandlungsformen nicht unbedingt auch um jene Formen der in den Niederlanden beobachteten (weniger politischen) Konfliktregelung durch Eliten, wie sie von LEHMBRUCH und LIJPHART Ende der 1960er Jahre beschrieben wurden.

Auf der anderen Seite werden aber auch die in den Niederlanden noch immer identifizierten Konsensstrukturen mehr und mehr aufgebrochen. So stellt man auch dort den Trend einer immer weiter fortschreitenden Professionalisierung von Verbänden fest, der sich etwa durch eine vermehrte Verwendung von Netzwerk- und Lobbyingtechniken, einer verstärkten Pressearbeit sowie Einholung wissenschaftlicher Expertise zeigt. Trotzdem seien weiterhin – und das nicht zuletzt aufgrund der „*minderheitsfreundlichen Traditionen*“ (Kleinfeld 2001: 305) – „*Proporz, Konsultation und Kompromißsuche [...] anstelle von Mehrheitsentscheid und Konflikt heute feste Bestandteile in der niederländischen Politikproduktion*“ (ebd. 2000: 197). Anstelle des Protestes als passendem Begriff der Typisierung der Beziehungen zwischen Verbänden und dem politisch-administrativen System ist in den Niederlanden heute wieder vermehrt die sachorientierte Zusammenarbeit getreten, welche durch Verhandlungsbeziehung auf die Erreichung von Kompromissen zielt (vgl. ebd. 2001: 309).

#### *Pragmatismuslevel in beiden Untersuchungsländern*

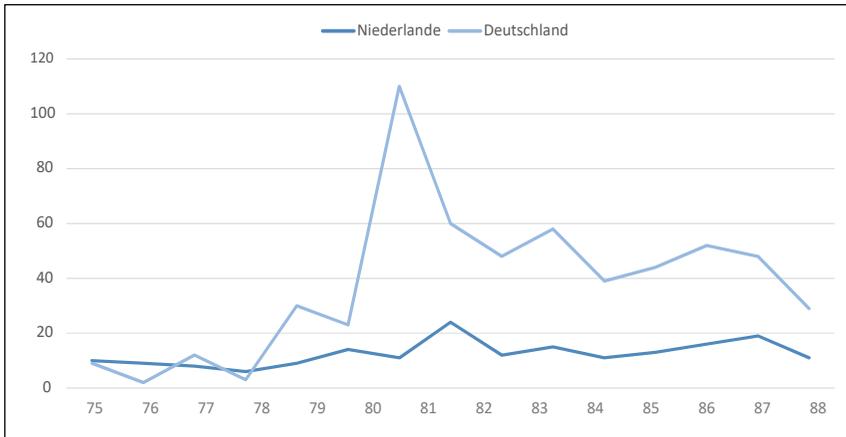
Bei den hier zentral stehenden Verbändetypen wird – was die Rolle der Niederlande als traditionelle Verhandlungsdemokratie angeht – der Faktor des *Pragmatismus* besonders bei den Akteuren aus dem Umweltbereich deutlich. So radikalisierte sich von den neuen sozialen Bewegungen nach deren Hochphase rund um den Beginn der 1980er Jahre dortzulande im Gegensatz zu Deutschland lediglich ein kleinerer Teil. Die überwiegende Mehrheit war nie auf fundamentale Veränderungen aus, konnte in dessen Folge als gemäßigt betrachtet werden und war sodann für ergebnisorientierte Verhandlungen mit Akteuren aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft offen (vgl. Van der Heijden 2000: 86). Laut WIELENGA (2004) waren diese sozialen Bewegungen sozusagen in die Konsenskultur der Niederlande integriert (vgl. ebd.: 96). Dauerhaft institutionalisieren konnte sich aus dem niederländischen Bewegungsbereich lediglich die relativ „schwachen“ Interessen, die durch die Umweltbewegung vertreten wurden. Umweltorganisationen erhielten in den Niederlanden staatliche Fördermittel, bekamen einen Platz in zahlreichen Gremien, wurden an Verfahren beteiligt und bekamen sogar ein Mitspracherecht bei den Lehrplänen der Schu-

len eingeräumt. Sie bildeten unter den sozialen Bewegungsakteuren damit einen Sonderfall besonders starker Institutionalisierung und Einbindung der dort vertretenen Interessen. VAN DER HEIJDEN (2000) führt dies historisch bis auf die 1970 Jahre zurück, wo bereits damit begonnen wurde, einzelne Akteure aus dem Bewegungsbereich bei Raumordnungsprojekten sehr stark mit in die staatliche Entscheidungsfindung und Politikformulierung einzubeziehen. Schnell wurden Bewegungsakteure Teil von etlichen Dutzend Beratungs- und Verhandlungsorganen und sorgten mit dafür, dass das Umweltthema in den Niederlanden bis heute nur in einem sehr geringen Maß als politisiert betrachtet werden kann (vgl. ebd.: 86).

Ganz im Gegensatz zur Situation in (West-)Deutschland, wo die neuen sozialen Bewegungen in den 1970er und 80er Jahren ihre Proteste vergleichsweise unverwässert und viel radikaler als im Nachbarland durchführten. In keinem anderen Land hatten die NSB-Akteure eine derart bedeutende und dauerhafte politische Bedeutung wie in der Bundesrepublik seiner Zeit (vgl. Roth 1985: 20f.). KRIESI und GIUGNI (1996) bezeichnen die bundesdeutsche polarisierende Ökologiebewegung sodann auch als Sonderfall, die ganz anders als ihre konsensuellen Pendanten in den Niederlanden und anderen Ländern auftrat. Offensichtlich werden die Unterschiede der Ökologiebewegungen auch, wenn man die Protestereignisse der Bewegung in beiden Untersuchungsländern nebeneinanderstellt (siehe Abbildung 7). Während in den Niederlanden der ökologische Protest in den 1970er und 80er Jahren relativ konstant bleibt, verläuft dieser in Deutschland viel mehr zyklisch und vor allem zu Beginn der 1980er Jahre auf einem viel höheren Niveau (vgl. ebd.: 329, 334).

Der beschriebene niederländische Trend, dass in den 1970er Jahren damit begonnen wurde, Bewegungsakteure von staatlicher Seite mit in den Politikprozess einzubeziehen, hat sich bis heute weiter fortentwickelt. Aktuell ist es so auch immer öfter der Fall, dass Teile der Natur- und Umweltschutzbewegung in Natur- und Landschaftseingriffe offiziell mit einstimmen müssen und im Tausch dafür eine Kompensation mit anderen Gebieten einfordern. Mit einer solchen *natuurcompensatie* (Naturkompensation) soll ein durch den Staat oder die Privatwirtschaft finanziertes Anlegen bestimmter Ausgleichsflächen mit „neuer Natur“ auf pragmatische Art und Weise sichergestellt werden.

Abbildung 7: Anzahl konventioneller und unkonventioneller Protestereignisse der Ökologiebewegungen in den Niederlanden und Deutschland (1975-1989)



Quelle: Eigene Darstellung nach Kriesi/Guigni 1996: 334

Hierbei findet man in den Niederlanden eine große Diskurskoalition aus Vertretern des Staates, der Wirtschaft und Wissenschaft sowie wichtigen Teilen der Umweltbewegung, welche zuvor auch bereits in anderen Bereichen wie etwa der Energiepolitik existierte. Nicht alle Akteure aus dem niederländischen Natur- und Umweltschutzbereich teilen diesen Ansatz der Naturkompensation jedoch und befinden sich so in einem moralischen Dilemma zwischen Anpassung und Widerstand, respektive zwischen Professionalität und Protest (vgl. Heijden 2000: 86; 2004: 168ff.).

Ganz anders als in den Niederlanden ergibt sich die Situation der Natur- und Umweltschutzakteure in Deutschland. Hier spielen lokale Gruppen, deren Wirken vor allem auf der lokalen Ebene stattfindet, bis heute eine gewichtige Rolle. Sie zeichnen sich durch einen großen Abstand zum Staat und der dort erarbeiteten Umweltpolitik aus. Genauso wie bei ihnen liegt auch bei den großen landesweiten Umweltgruppen der Schwerpunkt viel mehr als bei ihren niederländischen Gegenstücken auf Protest (vgl. ebd.: 94).

### 2.2.2.3. Ressourcen und Politikfähigkeit

Durch die Beschäftigung der vorliegenden Untersuchung mit intermediären Gruppen, die sich gegen die Grüne Gentechnik einsetzen und – abgesehen einmal von den nur locker verbundenen Bewegungsakteuren – alle stark organisierte und strukturierte Akteure formen, ist diese Arbeit auch an den speziellen und interdisziplinären Forschungszweig der *Organisationssoziologie* anschlussfähig. Die Organisationssoziologie beschäftigt sich mit eben jenem Gegenstand, welcher in der heutigen Gesellschaft nicht mehr wegzudenken ist: den *Organisationen*. Sie sind ein „*hervorstechendes, wenn nicht gar das bestimmende Merkmal moderner Zivilisation*“ (Scott 1986: 24), da sie – wie auch im vorliegenden Politikfeld der Grünen Gentechnik deutlich wird – in den modernen Industriestaaten zahlreich und in den verschiedensten Funktionen auftreten und präsent sind. Laut SCOTT (ebd.) gelten Organisationen als „*wichtigstes Vehikel einer systematischen Rationalisierung der verschiedenen Bereiche unseres Lebens*“ (ebd.: 25). Sie durchziehen und formen unser Leben ungemein (vgl. Preisendorfer 2008: 13ff.).

#### *Abgrenzung und Definition*

In dieser Arbeit sollen in erster Linie die sogenannten „politischen“ Organisationen behandelt werden und Teil der Untersuchung sein. Nach PRÄTORIUS (1984: 5ff.) bezieht sich das „politische“ auf die Ausrichtung bzw. Zielsetzung und beinhaltet solche Organisationen, die sich im staatsnahen Bereich angesiedelt haben und darauf ausgerichtet sind, die Entscheidungs- und Machtmechanismen von politischen Systemen zu beeinflussen. Zu den politischen Organisationen zählen neben der öffentlichen Verwaltung und Parteien somit auch die für die Thematik der Grünen Gentechnik hier relevanten kritischen Verbände sowie zivilgesellschaftliche Akteure (vgl. Bogumil/Schmidt 2001: 27ff.; Prätorius 1984: 5).

Definiert werden Organisationen etwa von ETZIONI (1964) als „*soziale Einheiten (oder Gruppierungen von Menschen), gebildet und umgebildet zur Verfolgung spezifischer Ziele*“ (ebd.: 3). Sie weisen zudem ein starkes gemeinsames Interesse am eigenen Fortbestehen auf, sind zentral koordiniert, verfügen über eine relativ stark formalisierte Sozialstruktur und sind zielgerichtet aufgestellt (vgl. Scott 1986: 44ff.).

Vor allem durch die beiden letzten charakteristischen Elemente lassen sich Organisationen von anderen Personen- und Themenkoalitionen wie Gemeinschaften oder den hier ebenfalls eine Rolle spielenden Bewegungen abgrenzen.<sup>30</sup>

Zu den wichtigsten Komponenten bzw. Hauptwesenszügen von Organisationen gelten in erster Linie die *Beteiligten*, welche mit ihrem Engagement und der notwendigen *Kooperation* – welche unter anderem eine gewisse *Kommunikation* bedingt – untereinander einen wichtigen Beitrag für den Fortbestand der Organisation leisten. Ferner bedarf es stets eines zu Grunde liegenden *Organisationszwecks*, also eines Ziels des korporativen Zusammenschlusses in Form einer Zweck-Nutzen-Konzeption. Wichtig sind hierzu auch eine gewisse *Effektivität* bei der Erreichung der Ziele sowie eine *Effizienz* durch die Fähigkeit zum ausreichenden Angebot von Anreizen für eine persönliche Teilnahme und Mitarbeit (vgl. Barnard 1970 [1938]: 87; Bogumil/Schmidt 2001: 37ff.; Scott 1986: 35ff.).

#### *Forschungszweig und Analyseebene*

Auf wissenschaftlichem Gebiet beschäftigt sich speziell der Zweig der *Organisationssoziologie* mit dem Phänomen von formalisierten korporativen Akteuren. Den Forschern geht es dabei zuvorderst um die Kategorisierung und Systematisierung von Organisationen sowie um die Aufdeckung von Regelmäßigkeiten in deren innerorganisationalen Prozessen. Diese Regelmäßigkeiten und Gemeinsamkeiten ergeben sich etwa bei Fragen nach den Zielen und Strategien der Organisation, Fragen der Personalrekrutierung, -schulung und -motivation, aber auch Fragen der inneren Koordinierung und Beschaffung finanzieller und anderer Ressourcen. Politikwissenschaftler konzentrieren sich dabei zu meist auf Entscheidungsstrukturen und Machtprozesse (vgl. Preisendorfer 2008: 12ff.; Scott 1986: 29ff.).

Grundsätzlich können bei einer Organisationsanalyse vier grundlegende Fragen von Interesse sein, nämlich welchen Zweck bzw. welches Ziel eine Orga-

---

<sup>30</sup> So sind *Soziale Bewegungen* zwar zweckgerichtet aufgestellt, sie weisen aber nur einen relativ geringen Grad der Formalisierung aus. *Gemeinschaften* hingegen lassen sich darüber hinaus sowohl durch eine geringe Zielspezifität als auch durch einen niedrigen Formalisierungsgrad charakterisieren und können somit ebenfalls nicht zu den Organisationen gezählt werden (vgl. Scott 1986: 45).

nisation genau verfolgt, wie in ihr Entscheidungen getroffen werden, wie sie strukturiert ist und in welcher Umwelt sie sich bewegt. Die hier vorliegende Fragestellung nach Interaktionen und Rollen verschiedener intermediärer Akteure im Bereich der Grünen Gentechnik konzentriert sich dabei hauptsächlich auf jene Ebene, die von SCOTT (1986) als ökologische Ebene bzw. in Anlehnung an KIESER (1993) als *makro-Ebene* bezeichnet wird. Nach SCOTT (1986) werden Organisationen auf der ökologischen Ebene als Gesamtakteur bestachtet und ein Bezug zu deren direkter und indirekter Umgebung, in der sie in einem größeren System von Beziehungen operieren und aus dem die zumeist auch ihren *input* bekommen, hergestellt. Themen von Forschungsaktivitäten sind hierbei beispielsweise die Beziehungen zwischen einer Organisation und ihrer Umwelt oder das Verhältnis zwischen mehreren verschiedenen Organisationen (vgl. ebd.: 32f.). Der Ansatz in Anlehnung an KIESER (1993) grenzt ähnlich ab und konzentriert sich bei der Betrachtung von Organisationen mit Hilfe des makrotheoretischen Zugangs vor allem auf die Analyse von Beziehungen zwischen verschiedenen Organisationen. Konkret geht es wie auch in der hier vorliegenden Forschungsarbeit um Fragen der Koalitions- und Netzwerkbildung von gleichgelagerten oder verschiedenartigen Organisationen (vgl. ebd.: 2; Bogumil/Schmidt 2001: 30).

#### 2.2.2.4. Politische Strategie

Durch die Schwerpunktsetzung dieser Untersuchung auf Interaktionen der Lobbyingakteure im Politikfeld der Grünen Gentechnik dreht sich die Fragestellung zu einem nicht unerheblichen Teil um den Bereich der strategischen Ausrichtung der untersuchten Akteure.<sup>31</sup> Interaktionen finden statt, um sich durch den Austausch oder sogar die Zusammenarbeit mit anderen – inhaltlich in die gleiche Richtung zielenden – kritischen Akteuren einen strategischen Vorteil zu verschaffen und so den eigenen Forderungen mehr Gewicht zu verleihen. Da es sich bei den hier vorliegenden Forderungen der Anti-Gentechnik-Gruppen um solche politischer Natur handelt, kann der durch RASCHKE und TILS

---

<sup>31</sup> Interaktion ist hier nicht als zufällige, sondern als allianzorientierte (strategische) Interaktion aufzufassen.

(2007) begründete *Politische Strategieansatz* hier weiterhelfen und für die Beantwortung der Untersuchungsfrage wichtige Erkenntnisse liefern.

TILS (2011) definiert Politische Strategien unabhängig von der Anzahl der agierenden Personen als „*erfolgsorientierte Konstrukte [welche] auf situationsübergreifenden Ziel-Mittel-Umwelt-Kalkulationen beruhen*“ (ebd. 479f.). Politische Strategie sei das „*Ergebnis einer gedanklichen Strukturierung von Akteur-Umwelt-Beziehungen durch den Strategieakteur*“ (Raschke/Tils 2008: 21), wobei strategische Akteure als solche Handlungsträger zu verstehen sind, die strategisch denken, agieren und interagieren und deren Handeln an strategischen Berechnungen ausgerichtet ist. Strategisches Handeln kann dabei sowohl macht- als auch gestaltungsmotiviert sein. Abzugrenzen vom Begriff der *Strategie* ist jener der *Taktik*, denn während Strategie sich auf langfristig und situationsübergreifend verfolgte Ziele bezieht, meint Taktik ausschließlich jenes Handeln, welches situationsbezogen ist und auf Einzelsituationen begrenzt bleibt (vgl. Raschke/Tils 2008: 12; Raschke/Tils 2007: 127ff.; Tils 2011: 480).

### *Modell der Strategieanalyse*

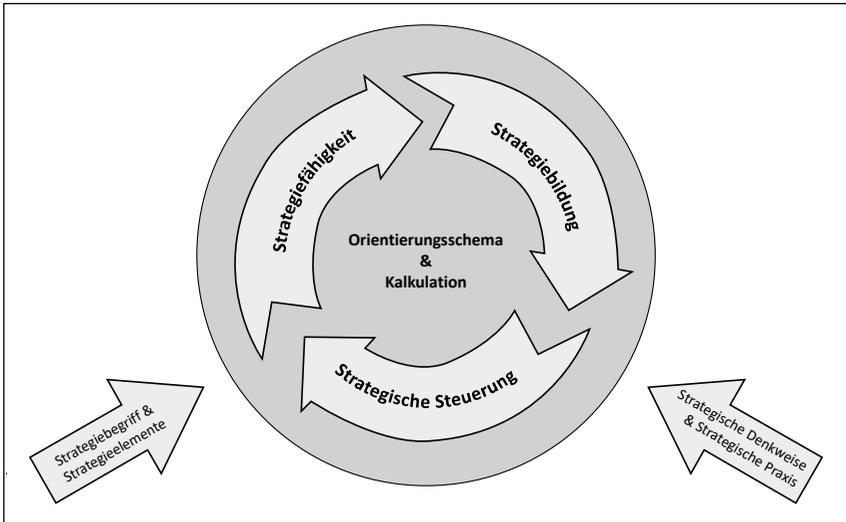
Für die Politik(wissenschaft) ist eine Strategieanalyse für aktuelle Herausforderungen wie etwa heterogene und instabile Kollektivakteure, komplexe oder vernetzte Probleme, komplexe und dynamische Wählermärkte sowie schwer berechenbare Öffentlichkeitsverhältnisse von großer Bedeutung (vgl. Raschke/Tils 2008: 11). Da es in der vorliegenden Arbeit teilweise genau um die genannten Herausforderungen geht – es geht bei den beobachteten Gruppen aus den Bereichen Landwirtschaft, Umwelt- und Verbraucherschutz um heterogene Kollektivakteure, es geht mit der Gentechnikfrage um ein komplexes und vernetztes Problem mit komplexen Anhänger- und Gegnerstrukturen und somit auch nur schwer berechenbaren Öffentlichkeitsverhältnissen – greift der Ansatz der politischen Strategie viele der vorliegenden Fragen und Gegebenheiten auf: Hier werden die Gegenakteure des Politikfelds der Grünen Gentechnik unter dem Blickwinkel beobachtet, wie sie ihre Interessen in dem vorliegenden Interessenkonflikt langfristig durchsetzen können. Und hierbei spielt die politische Strategie – sofern dieses Vorhaben von Erfolg gekrönt sein soll – eine wichtige

Rolle. Teil eines angelegten „Ziel-Mittel-Umwelt-Konstrukts“ (Raschke/Tils 2007: 274) könnte es zum Beispiel sein, dass man sich „strategisch“ mit anderen gleichgesinnten Akteuren zusammenschließt bzw. gemeinsame Kampagnen und Aktionen durchführt. Ebenso stehen hier nicht auf kurzfristigen Erfolg angelegte taktische, sondern langfristige strategische Ziele im Zentrum des Interesses. Damit ist die vorliegende Arbeit an den von RASCHKE und TILS entwickelten Ansatz anschlussfähig.

Zum besseren Verständnis sowie für die Anwendung des Ansatzes sind mehrere durch seine Begründer etablierte Begriffe wie die des *strategischen Akteurs*, des *strategischen Kompasses*, des *strategy making* sowie der *strategischen Umwelt* vonnöten, weshalb sie hier kurz erläutert werden:

- (1) Als *strategischer Akteur* gelten – einfach ausgedrückt – alle strategisch denkenden und handelnden Handlungsträger. Der Fokus dieser Arbeit richtet sich dabei ausschließlich auf die Strategie von Gruppenakteuren, da hier mit Landwirtschafts-, Umwelt- wie auch Verbraucherschutzorganisationen kollektive Akteure im Zentrum des Interesses stehen. Dabei ist der Grad der formellen Organisation nicht entscheidend, ein Minimum sollte aber eingehalten werden, wodurch dann auch die hier ebenfalls eine wichtige Rolle spielenden Bewegungsorganisationen durchaus als strategische Akteure auftreten können (vgl. ebd.: 140).
- (2) Mit der Metapher des strategischen Kompasses verstehen RASCHKE und TILS (2008) ein „aus bevorzugten Werten, grundlegenden Zielen, dominanten Wegen und Mitteln zusammengebautes Navigationsinstrument, ein kognitiv-normatives Hilfsmittel der Kursbestimmung unter Bedingung hoher Unsicherheit“ (ebd.: 17). Kompass ist hier also ein Orientierungsinstrument, welches die jeweilige Richtung vorgibt, in die sich ein kollektiver Akteur orientiert. Für die Bestimmung der Richtung sind dabei etwa Elemente wie die grundlegende „Philosophie“ des Akteurs, Großthemen wie in diesem Fall die Gentechnikdebatte, die öffentliche Meinung oder die Positionierung sowie Gewichtung von Verbündeten wie auch Gegnern. Besonders die letztgenannten Elemente können zu der beschriebenen hohen „Unsicherheit“ bei der strategischen Kursbestimmung führen, da sich trotz der

Abbildung 8: Grundmodell der Strategieanalyse



Quelle: Eigene Darstellung nach Raschke/Tils 2007: 80

durch das eigene Selbstverständnis eines Kollektivakteurs relativ deutlichen Zielvorgaben bedingt durch Kontext und Situation die Einstellungen ändern können. Dies ist der Fall, wenn einem Akteur etwa durch Verbündete oder Gegner andere Strategiemuster als Präferenz „aufgezwungen“ werden. So könnte man sich im vorliegenden Fall etwa vorstellen, dass ein Akteur aus dem Umweltschutzbereich durch eine – wie auch immer gartete – Kooperation mit Agrarorganisationen die Zielvorgaben seines individuellen strategischen Kompasses aufgrund von grundlegenden Differenzen in der jeweiligen „Philosophie“ beider Akteure anpassen muss (vgl. ebd.; ebd. 2007: 111f.).

- (3) Unter dem *strategy making* wird ein Grundmodell verstanden, welches schematisch den Strategieprozess nach außen darstellen soll und für die Gesamtheit der strategischen Politik steht. Das Modell beruht auf den drei Säulen *Strategiefähigkeit*, *Strategiebildung* sowie *strategische Steuerung* und bedeutet für Kollektivakteure ein ständiges Arbeiten, da alle drei Grundele-

mente ständig aufeinander abgestimmt werden müssen (vgl. Raschke/Tils 2007: 81). Um diesen dynamischen Prozess darzustellen, wird auch kein Sequenzmodell verwendet. Vielmehr hat das Modell den Charakter eines Simultanmodells (siehe Abbildung 8), um herauszustellen, dass die strategischen Akteure über eine mehrdimensionale Prozessorientierung verfügen müssen und ein von Erfolg geprägtes Handeln ständige Rückschleifen im Handeln benötigt (vgl. ebd.: 79ff.).

(a) *Strategiefähigkeit* als erste der drei Säulen des Grundmodells ist eine grundlegende Voraussetzung dafür, um als strategischer Akteur zu gelten. Sie wird hier verstanden als „Fähigkeit zu strategischer Politik, das heißt einer besonderen Qualität der Zielverfolgung und der spezifischen Fähigkeit kollektiver Akteure zu situationsübergreifenden, erfolgsorientierten Ziel-Mittel-Umwelt-Verknüpfungen“ (Raschke/Tils 2007: 274) und setzt sich wiederum aus den *Elementen Führung, Richtung sowie Strategiekompetenz*<sup>32</sup> zusammen und entscheidet darüber, „ob die Herstellung einer kollektiven Realität durch individuelles Handeln gelingt oder das Kollektiv in der ‚Kakophonie‘ der Stimmen vieler versinkt“ (Raschke/Tils 2007: 140). Strategiefähigkeit umfasst zum einen die kognitive Kapazität, aber zugleich auch die strategische Handlungskapazität eines mehr oder weniger organisierten Kollektivakteurs. Laut RASCHKE und TILS gibt es durchaus auch nicht oder lediglich begrenzt strategiefähige Akteure – etwa unter den sozialen Bewegungen (vgl. ebd.: 152, 274).

(b) Die Fähigkeit zur *Strategiebildung* als zweite der drei Säulen steht für den Prozess der Entwicklung von strategischen Konzepten. Dies wiederum beinhaltet verschiedene Schritte wie etwa die Findung und Präzisierung von Zielen, die Analyse der Lage, die Erarbeitung und Bildung von Alternativoptionen und letztlich die Entscheidung für eine konkrete Strategie.

---

<sup>32</sup> *Strategiekompetenz* wird verstanden als das Wissen darüber, worauf es strategisch ankommt. So sollte man wichtige von weniger wichtigen Themen unterscheiden, sachlich angebrachte Problemlösungen entwickeln, tragfähige Bündnisse aufbauen, erfolgreich nach außen kommunizieren sowie die öffentlichen Erwartungen erfüllen können (vgl. Raschke/Tils 2008: 18).

gie. Hierzu stehen den Akteuren verschiedenste Instrumente wie etwa die Szenarienbildung, die Gegnerbeobachtung oder die Meinungsforschung zur Auswahl. Die Güte und damit auch der Erfolg strategischer Konzepte hängt dabei im Wesentlichen davon ab, ob Strategiefähigkeit und Akteurziele in einem angemessenen Verhältnis zu Mitteln und Umweltkonstellationen stehen (vgl. Raschke/Tils 2008: 19; Tils 2011: 480).

- (c) Bei der *strategischen Steuerung* als dritter und letzter Säule geht es schließlich um den Umsetzungsprozess der zuvor entwickelten und erarbeiteten Strategie durch einen strategiefähigen Akteur. Da alle drei Phasen des Grundmodells simultan und nicht sequenziell stattfinden, verlangt auch der Steuerungsprozess eine permanente Aufmerksamkeit der agierenden Akteure. Ständig muss so ein Kontroll- und Lernprozess stattfinden, bei dem die Strategie zeitgleich sowohl ausgeführt als auch angepasst wird (vgl. Raschke/Tils 2008: 20; Tils 2011: 480).

In dieser Arbeit liegt der Hauptfokus vor allem auf Phase c – zum Teil auch auf Phase a –, da hiermit weniger inhaltliche und mehr prozessspezifische Fragen beantwortet werden können. Vor allem darauf, wie die strategische Steuerung eines Akteurs abläuft – und dies insbesondere in Interaktion und Kooperation mit anderen externen Kollektivakteuren – liegt hier ein besonderer Schwerpunkt.

- (4) Die *strategische Umwelt* ist abschließend jener Raum, in dem die strategische Erreichung der gesetzten Ziele eines Kollektivakteurs stattfindet, indem die Ziele selbst, aber auch die Mittel zu deren Erreichung liegen. Gemeinsam mit einer vorhandenen und ausgeprägten Interaktionsorientierung ist die strategische Umwelt somit bestimmend für die Erreichung der gesetzten Ziele (vgl. Raschke/Tils 2007: 152). Die Umwelt ist ein „*sich dynamisch verändernde[r] Kontextausschnitt*“ (Tils 2011: 480), welcher sich zum einen aus Interaktionsakteuren, zum anderen aus „*sonstigen verfestigten bzw. gelegenheitsoffenen Gegebenheiten*“ (ebd.) zusammensetzt. Hinzu kommen Arenen, welche als abgegrenzte, institutionalisierte Felder von Akteuraktionen und -interaktionen verstanden werden. Als Beziehungsgrößen für strategische

Akteure kommen dabei in erster Linie die innerhalb der Arenen vorhandenen (Interaktions-)akteure in Betracht.

Politische Strategie ist also wichtig, will man als Kollektivakteur seine Interessen bestmöglich vertreten und die zuvor gesteckten Ziele erreichen. Im vorliegenden Fall steht der Kampf gegen gentechnisch modifizierte Lebensmittel als Ziel der untersuchten Akteure fest. Dadurch, dass sich viele unterschiedliche Akteurarten gegen die Agro-Gentechnik positionieren, stehen die einzelnen Akteure nicht isoliert dar. Ihre strategische Ausrichtung muss sich somit jeweils in die vorhandenen Arenen mit ihren vielen unterschiedlichen Kollektivakteuren einbetten und aufeinander beziehen, um am Ende erfolgreich zu sein.

#### 2.2.2.5. Politische Gelegenheitsstrukturen

Um die jeweils richtige Strategie zur bestmöglichen Vertretung der eigenen Interessen nach außen zu wählen, müssen sich Lobbyakteure wie etwa die hier im Mittelpunkt stehenden intermediären Gegnergruppen der Grünen Gentechnik in Deutschland und den Niederlanden auch über die jeweiligen Bedingungen bewusst sein, die darüber entscheiden, in welchen Situationen es unter Individuen am ehesten zu kollektivem Protest kommt. Eine besondere Relevanz bekommt die Frage dann, wenn man wie hier die Situation in mehreren Ländern nebeneinanderstellt und man sich wie etwa analog zu VAN DER HEIJDEN (2000: 115), der die Anti-Atomkraft-Bewegung untersuchte, fragt, warum die Technologie der Grünen Gentechnik sehr wohl zu heftigen Reaktionen der Lobbyakteure in Deutschland, nicht aber in den Niederlanden führt. Als Erklärungsansatz verweisen verschiedenste Untersuchungen auf jeweilige Unterschiede in den sogenannten *politischen Gelegenheitsstrukturen* oder englisch *political opportunity structures* (POS) einzelner Länder oder Regionen, welche sich wiederum auf die gegebene jeweilige Sozialstruktur und die vorzufindende Beschaffenheit des politischen Systems beziehen und stark von den dort vorherrschenden Möglichkeiten und Einschränkungen abhängen (vgl. ebd.; Tarrow 1998: 72).

TARROW (1991) definiert politische Gelegenheitsstrukturen als „*konsistente – jedoch nicht notwendig formale oder dauerhafte – Parameter für soziale oder politische Akteure, die ihre Aktionen entweder ermutigen oder entmutigen*“ (ebd.: 651). Etwas trans-

parenter hat dies BRAND (1985) ausgedrückt, der von einer Protestwelle spricht, „die durch ein kompliziertes System von Schleusen (der jeweiligen politischen Chancenstruktur) in unterschiedliche Kanäle geleitet – oder auch weiter aufgestaut und durch Abdichtung der Schleusen unter Kontrolle zu halten versucht wird“ (ebd.: 325). Es geht bei dem Ansatz also darum, herauszustellen, inwiefern Politik und Gesellschaft kollektives Handeln von sozialen Bewegungen strukturieren und bedingen.

Arbeiten zu politischen Gelegenheitsstrukturen ist der Versuch gemeinsam, alle relevanten Ereignisse und Strukturen eines politischen Systems, die für die Mobilisierung kollektiver Bewegungsakteure relevant sein können, zu erfassen. Denn ebenso wie Bewegungen interne Aspekte zu berücksichtigen haben, hängt ihr Erfolg genauso gut auch von bewegungsexternen Faktoren ab. Das Protestthema der Bewegung muss dabei nicht zwangsläufig auch politischen Ursprungs sein und erst recht muss sich der Protest nicht gegen Entscheidungsträger aus dem politisch-administrativen System richten. Zur Erreichung grundsätzlicher Veränderungen bedarf es jedoch letztendlich der politischen Ebene, wodurch die Abhängigkeit von ihr quasi unumgänglich ist (vgl. Hellmann 1998: 23ff.).

#### *Determinanten politischer Gelegenheitsstrukturen*

Konkret kann das Konzept der politischen Gelegenheitsstrukturen auf die Aussage reduziert werden, dass Protestbewegungen in politischen Systemen, in denen es an Zugänglichkeit und Responsivität mangelt, keinen Einfluss auf dessen Entscheidungsprozesse nehmen können. Politische Chancen oder Gelegenheiten bieten die verschiedensten Arten von Druckmöglichkeiten, die in Richtung der politischen Klasse ausgeübt werden können – etwa den drohenden Verlust von Wählerstimmen (vgl. Brand 1985: 327). Der jeweilige Erfolg einer Mobilisierung hängt genau von eben diesen vorhandenen Gegebenheiten im jeweiligen Bewegungskontext ab – ob das politische Zentrum also eher offen oder geschlossen auf artikulierte Probleme eingeht und ob sich harmonisierende politische Eliten finden, mit denen Allianzen eingegangen werden können. Dabei ist es egal, wie akut die Probleme jeweils sind oder wie viele Personen sich zusammengeschlossen haben. Die Mobilisierung sozialer Bewegungen ist also

Tabelle 1: Variablengruppen der politischen Gelegenheitsstrukturen

Variablengruppen	D	NL
<b>Bestehende gesellschaftliche Gegensätze (Konfliktlinien)</b>		
Befriedet und in das politische System integriert	++	++
<b>Struktur des politischen Systems (Anzahl Zugangspunkte)</b>		
Territoriale Dezentralisation	++	-
Geringe konzentrierte Staatsmacht	+	+
Offenes Wahlsystem	-	++
Direktdemokratische Elemente	+	-
<b>Informelle Elitenstrategie</b>		
integrativ	-	++
<b>Machtverhältnisse im Parteiensystem</b>		
Verwandte Parteien in der Opposition	+	+

Quelle: Eigene Darstellung, Stand: August 2012, + günstig für Soziale Bewegungen; - ungünstig; ++ sehr günstig; -- sehr ungünstig; +- neutrale Chancen, D = Deutschland, NL = Niederlande

direkt mit den politischen Gegebenheiten in parlamentarischen und außerparlamentarischen Arenen eines Landes verbunden (vgl. Hellmann 1998: 14; Kriesi et al. 1995: xii).

Bezüglich der Determinanten für die Analyse von politischen Gelegenheitsstrukturen soll sich hier an der Operationalisierung von KOOPMANS und DUUVENDAK (1992) beziehungsweise KRIESI et al. (1995) orientiert werden, bei der die politische Gelegenheitsstruktur durch vier Gruppen von Variablen gebildet wird (siehe Tabelle 1): die (1) Art der bestehenden gesellschaftspolitischen Gegensätze, die (2) formelle institutionelle Struktur des politischen Systems, die (3) informellen Elitenstrategien in Bezug auf ihre Herausforderer, sowie die (4) Machtverhältnisse innerhalb des Parteiensystems (vgl. Koopmans/Duyvendak

1992: 26). Zusätzlich zu diesen festen Gelegenheiten, die im Folgenden kurz dargestellt werden sollen, kommen zudem auch noch mögliche temporäre Gelegenheiten wie etwa ein Regierungswechsel, das Aufkommen neuer Verbündeter, ein Wandel in der Einstellung der Bevölkerung oder eine Anpassung der Strategie eines möglichen Gegenakteurs (ebd.: 652f.).

- (1) Die *Art der bestehenden gesellschaftspolitischen Gegensätze* bildet die erste und zugleich wichtigste Determinante für die Entwicklungschancen von sozialen Bewegungen. KOOPMANS UND DUYVENDAK (1992) sowie KRIESI et al. (1995) stellen damit auf die traditionell gewachsenen *gesellschaftlichen Konfliktlinien* (*cleavages*) wie etwa jene Klassengegensätze zwischen Kapital und Arbeit, jene zwischen Kirche und Staat, jene zwischen Stadt und Land sowie jene zwischen Zentrum und Peripherie<sup>33</sup> ab. Je nachdem, inwiefern diese Konfliktlinien in einem Gemeinwesen bereits zum Großteil befriedet und in das politische System integriert worden sind, so die Annahme, desto größer sind die Entwicklungschancen für neue (Konflikt-)Themen auf der politischen Agenda und desto größer wird zudem auch der Konkurrenzstreit zwischen jenen Parteien, welche sich dieses neuen Themas annehmen. In beiden Untersuchungsländern finden sich die traditionellen Gegensätze wenn überhaupt dann nur noch marginal in Form von Überbleibseln. Beide Länder können somit also als befriedet eingestuft werden (vgl. Brand 1985: 321; Koopmans/Duyvendak 1992: 29, 39ff.; Kriesi et al. 1995: xxi, xiv).
- (2) Die Variable der *formellen institutionellen Struktur des politischen Systems* bezieht sich auf die Anzahl von Zugangspunkten, an denen soziale Bewegungen effektiv die Möglichkeit haben, ihre Forderungen an den Staat zu stellen (vgl. Kriesi et al. 1995: xiv; Van der Heijden 2000: 33ff.).<sup>34</sup> NSB-Akteure können etwa dann an einer maximalen Anzahl von Stellen ihre Forderungen

---

<sup>33</sup> Zu *Konfliktlinien* vgl. die Arbeit von LIPSET und ROKKAN (1967).

<sup>34</sup> TARROW (1991) bezeichnet diese Variable als den *Grad der Offenheit oder Geschlossenheit der politischen Institutionen*. Je offener dabei die Systeme, desto leichter akzeptieren sie neue Akteure, da sich dort immer Anknüpfungspunkte für bereits bestehende politische Akteure finden (ebd.: 652). Laut EISINGER (1973) kommt es in solchen politischen Systemen am ehesten zu Protestbildung, die eine Mischung aus Offenheit und Geschlossenheit aufweisen (vgl. ebd.: 15).

gen anbringen, wenn (a) etwa die *territoriale Dezentralisation* stark ausgeprägt ist. So bestehen in den Niederlanden durch den Aufbau des Landes als dezentralisierter Einheitsstaat praktisch nur wenige Kompetenzen für die Provinzen und Gemeinden. In Deutschland hingegen bestehen durch den föderalen Aufbau auch auf den regionalen und lokalen Verwaltungsebenen ausgeprägte Kompetenzen, was gleichbedeutend mit mehr Zugangspunkten ist. DUYVENDAK und KOOPMANS (1992) sprechen sogar von einer beinahe doppelt so hohen Zentralisation in den Niederlanden (98 %) im Vergleich zu Deutschland (51 %). Diese für Bewegungen formell ungünstige Situation in den Niederlanden kann dortzulande jedoch oftmals damit kompensiert werden, dass diese Gruppen in Städten mit einer linken Mehrheit im Rat oftmals durch Zuschüsse oder die Bereitstellung von Unterkünften unterstützt und gefördert werden. Soziale Bewegungen sind in den Niederlanden zudem vermehrt auch auf internationaler Ebene aktiv und versuchen dort, Zugangspunkte zu finden (ebd.: 43f.).

Weiterhin wirkt sich (b) das *Maß an horizontaler Konzentriertheit der Staatsmacht* auf die Zugangsmöglichkeiten von Bewegungsakteuren zum politischen System aus. Besonders optimal ist es hier, wenn keine der drei Gewalten Legislative, Exekutive und Judikative allein genommen besonders viel Macht besitzt. In den Niederlanden kommt dem Parlament eine starke Rolle zu, da ganz anders als in Deutschland sowohl die Regierung als auch die Gerichte nur über beschränkte Macht verfügen. Der Vergleich mit Deutschland wird besonders bei der Judikative deutlich, denn nicht selten wird das hiesige Bundesverfassungsgericht auch als Ersatzgesetzgeber bezeichnet, da Zugangspunkte für Bewegungsakteure hier über den Klageweg möglich sind. Auf der anderen Seite kommt es dafür niederländischen Bewegungen zugute, dass dort zusätzliche Anknüpfungspunkte durch den Beamtenapparat gegeben sind, denn im Gegensatz etwa zu Deutschland werden hohe politische Verwaltungsbeamte dort nicht nach jedem Regierungswechsel ausgetauscht. Zudem können dortige Beamte als professioneller bezeichnet werden, da hier weniger Gewicht auf Loyalität zur jeweiligen Führungs-

spitze eines Ministeriums, sondern auf objektives Fachwissen gelegt wird (vgl. ebd.: 44f.).

Als dritter Faktor der Struktur des politischen Systems wirkt es sich auf den Zugang von Bewegungen günstig aus, wenn (c) ein *vergleichsweise offenes Wahlsystem* vorliegt. Dies ist dann der Fall, wenn nach dem Verhältniswahlrecht gewählt wird und eine nur geringe Sperrklausel existiert. Beide Voraussetzungen sind in den Niederlanden erfüllt. Darüber hinaus existiert in den Niederlanden mit etwa 0,6 Prozent für Parteien die geringste Hürde in Europa. Dies sieht in Deutschland mit seiner recht hohen Fünf-Prozent-Klausel sowie dem speziellen Wahlverfahren der personalisierten Verhältniswahl als Mischung aus Mehrheits- und Verhältniswahlrecht, welche für Bewegungen sehr geschlossen wirkt, ganz anders aus. In den Niederlanden kommt zudem noch hinzu, dass durch die geringe Sperrklausel auch eine hohe Fragmentierung des politischen Spektrums mit vielen Parteien im Parlament herrscht. Dies bedeutet für Bewegungen eine zusätzliche Offenheit, da die etablierten Parteien aus Angst vor neuer Konkurrenz ein sensibles Gespür für neu aufkommende Bewegungen entwickeln und deren Themen direkt besetzen müssen (vgl. ebd.: 45).

Abschließend wirken sich auch (d) viele *direkt-demokratische Elemente und Prozeduren* auf die möglichen Zugangspunkte für Bewegungen aus. Gibt es in einem Land also die Möglichkeit zur Initiierung von Volksabstimmungen und sind die Hürden dafür nicht allzu hoch, dann wirkt sich dies positiv auf die Einflussmöglichkeiten sozialer Bewegungen aus. In den Niederlanden bestand die Möglichkeit für Bürgerinnen und Bürger, um Politikinhalt zu bestimmen, bislang mit Ausnahme des Referendums über die Europäische Verfassung im Jahr 2005 nur über Wahlen. Plebiszite waren jahrelang in der Diskussion (vgl. Wendt 2010) und wurden erst ab dem Sommer 2015 durch eine neue Gesetzeslage ermöglicht. In Deutschland hingegen sind derartige direktdemokratische Verfahren schon längere Zeit erlaubt und werden besonders auf lokaler und Länderebene auch regelmäßig in Anspruch genommen. Auf Bundesebene erlaubt das Grundgesetz allerdings nur in zwei

speziellen Fällen<sup>35</sup> eine Volksabstimmung. In den Niederlanden können Bewegungen alternativ noch die sehr vielfältigen Möglichkeiten von Einspruchsverfahren nutzen, welche auf allen politischen Ebenen bis hin zum Bereich des Stadtteils rechtlich gegeben sind (vgl. ebd.: 46).

- (3) Ebenfalls ausschlaggebend für die Qualität der politischen Gelegenheitsstrukturen in einem Staatswesen sind die *informellen Elitestrategien in Bezug auf ihre Herausforderer*. Sie bestimmen neben der formellen institutionellen Struktur darüber, wie mit Bewegungsakteuren umgegangen wird, die ein neues Thema auf die politische Agenda bringen möchten. Laut DUYVENDAK und KOOPMANS (1992) können die Eliten in einem Land dabei in Bezug auf die neuen Herausforderer entweder eine integrative oder eine exklusive Strategie verfolgen – die Wahl ist jeweils stark von der traditionell gewachsenen politischen Kultur eines Landes abhängig. Integrative Strategien, bei denen man versucht, die neuen Akteure zu unterstützen oder gar einzubinden, kommen so etwa in *Konkordanzdemokratien* wie den Niederlanden vor. Exklusive Strategien, mit denen versucht wird, die Aktionen der neuen Akteure mit aller Macht zu unterdrücken, finden sich dahingegen eher in Ländern wie Deutschland als typische *Konkurrenzdemokratie*. Deutschland und die Niederlande liegen in diesem Punkt allerdings weniger weit auseinander, als diese Gegenüberstellung vermuten lässt. Liegen die Einflussmöglichkeiten in den Niederlanden eher an der *input*-Seite, also bei der Problemdefinition, dem Agenda-Setting oder der Politikformulierung, ist es in Deutschland innerhalb des Politikzyklus<sup>36</sup> eher die Phase der Politikimplementierung, in der Bewegungsakteure Politikinhalte über den Rechtsweg oder die Bundesländer beeinflussen oder blockieren können (vgl. Duyvendak/Koopmans 1992: 47ff.; Kriesi et al. 1995: xiv).
- (4) Abschließend spielen als vierte Determinante noch die *Machtverhältnisse innerhalb des Parteiensystems* eine wichtige Rolle. Traditionell sind hierbei vor

---

<sup>35</sup> Nämlich der Neugliederung des Bundesgebietes nach Art. 29 GG sowie der Ablösung des Grundgesetzes durch eine neue Verfassung nach Art. 146 GG.

<sup>36</sup> Vgl. zum Politikzyklus die Ausführungen von JANN und WEGRICH (2003).

allem jene innerhalb des politischen Spektrums eher links angesiedelten Parteien als Ansprechpartner für aufstrebende NSB von Interesse, da beide im Allgemeinen über eine größere Verwandtschaft zueinander verfügen. So konnte in Studien beobachtet werden, dass sich Bewegungsakteure immer dann in einer vermehrten Zurückhaltung üben, wenn sich „befreundete“ politische Parteien in der Opposition befinden und so nur beschränkt erfolgversprechende Allianzstrukturen zwischen Parteien und Bewegungen gebildet werden können (vgl. Duyvendak/Koopmans 1992: 53; Kriesi et al. 1992: 230ff.).

Insgesamt betrachtet können mit Hilfe des POS-Ansatzes spezifische Aussagen darüber getätigt werden, welche Qualität der Protest von sozialen Bewegungen in einem Land annehmen kann. Generell hat sich dabei die Annahme durchgesetzt, dass es bei sozialen Bewegungen dann wahrscheinlicher zu einer Entwicklung von autonomeren, fundamentalen oder sogar radikalen Formen des Protests kommt, wenn das jeweilige politische System sich – wie etwa in Deutschland – durch eine starke Geschlossenheit und nur geringe institutionelle Partizipationsmöglichkeiten auszeichnet. Andersherum gilt, dass man gemäßigte Protestformen dann erwarten kann, wenn in einem politischen System die Partizipationsmöglichkeiten für neu aufkommende Bewegungsakteure – wie etwa in den Niederlanden – höher sind (vgl. Brand 1985: 323).

Traditionell ähneln die niederländischen NSB-Akteure ihren deutschen Schwesterbewegungen sehr, da die Entwicklungen in beiden Ländern mehr oder weniger ähnlich verliefen (vgl. Duyvendak/Koopmans 1992: 56f.). Deutschland und die Niederlande wechselten sich über die Jahre in ihrer Vorreiterrolle auf dem Gebiet der neuen sozialen Bewegungen immer wieder ab. Als unterschiedlich kann man hingegen die jeweilige Hauptebene des Protestes ansehen: Während sich der Protest in den Niederlanden eher auf der Landesebene abspielte, kam es in Deutschland viel öfter zu regionalen und lokalen Protestaktionen. Betrachtet man die heutige Situation in beiden Ländern, dann drängt sich die Vermutung auf, dass in den Niederlanden – zumindest im Umweltbereich – weniger öffentliche Aktivität von NSB-Akteuren vorhanden ist. Dies kann durch die stärkere Formalisierung und Professionalisierung der dortigen

Abbildung 9: *The general setting for the approach of members towards challengers*

		FORMAL INSTITUTIONAL STRUCTURE	
		weak state	strong state
DOMINANT STRATEGY	exclusive	<b>formalistic inclusion</b> - formal, but no informal facilitation of access, strong repression - possibility of veto, but no substantive concessions (Germany)	<b>full exclusion</b> - neither formal, nor informal facilitation of access, ignoring/repression - neither possibility of veto, nor substantive concessions (France)
	inclusive	<b>full procedural integration</b> - formal an informal access, weak repression - possibility of veto, but no substantive concessions (Switzerland)	<b>informal cooptation</b> - no formal, but informal access, weak repression - no possibility of veto, but substantive concessions (Netherlands)

Quelle: Eigene Darstellung nach Kiesi et al. 1992: 225

Bewegungslandschaft erklärt werden, welche durch den Erhalt von Subventionen und die Aufnahme in staatliche Beratungsorgane zudem als gemäßigter angesehen werden kann (vgl. ebd.).<sup>37</sup>

### Elitestrategien

KRIESI et al. (1992) haben zur Verdeutlichung der Unterschiede in den politischen Gelegenheitsstrukturen eine Matrix mit mehreren *idealtypischen Elitestrategien* in Bezug auf diese herausfordernden Gruppen entwickelt und stellen

<sup>37</sup>

Entgegen jeder Erwartung stellt VAN DER HEIJDEN (2000) für die Umweltbewegung jedoch fest, dass konfrontative und gewalttätige Aktionen in den Niederlanden mit seinen sehr stark institutionalisierten Bewegungsakteuren im Umweltbereich häufiger als etwa in Deutschland vorkommen. Er führt dies auf die einerseits – etwa im Vergleich zu dem an Einwohnern viel reicheren Deutschland – ziemlich hohen Anhängerzahlen niederländischer Umweltorganisationen zurück. Andererseits liegt dies auch an einer extremen Spaltung der Bewegung in einerseits die großen, nationalen Umweltorganisationen mit ihren relativ passiven Mitgliedern und andererseits etliche kleinere und dazu auch radikalere Akteure (vgl. ebd.: 122).

damit die Kräftekonstellationen zwischen Staat und sozialen Bewegungen dar. Auf den insgesamt vier Feldern der Matrix werden verschiedene Staatstypen bezüglich ihrer typischen politischen Gelegenheitsstrukturen einsortiert (siehe Abbildung 9). Unterschieden wird dabei auf der horizontalen Achse zum einen die *formelle institutionelle Struktur* des vorherrschenden politischen Systems – ob das Staatswesen also als stark oder schwach charakterisiert werden kann. Auf der vertikalen Achse hingegen schaut man nach der jeweils vorherrschenden *dominanten Strategie der Eliten* – ob diese also auf neue soziale Bewegungsgruppen eher integrierend oder ausschließend reagieren (vgl. ebd.: 225).

*Deutschland* wird hierbei durch formelle, jedoch keine informellen Zugangsmöglichkeiten sowie stark vorherrschende Repressionen beschrieben. Es existieren eine Reihe von Vetomöglichkeiten, jedoch keine inhaltlichen Zugeständnisse. Die *Niederlande* hingegen bilden als Fall die entgegengesetzte Ecke der Matrix und zeichnen sich durch keine formellen, aber informelle Zugänge sowie eine schwache Repression aus. Hier bestehen keine Vetomöglichkeiten, wohl aber inhaltliche Zugeständnisse (vgl. ebd.: 225).

In beiden Untersuchungsländern herrschen nach den Erkenntnissen des POS-Ansatzes also ganz unterschiedliche Vorbedingungen für die Gentechnik-kritischen Akteure. Zwischen der politischen Gelegenheitsstruktur eines Landes sowie dem jeweiligen Grad der Institutionalisierung einer Bewegung wie der Anti-Gentechnik-Bewegung bestehen zudem starke Zusammenhänge. Dies muss von den intermediären Akteuren beachtet werden, wenn es darum geht, für ihr Thema zu mobilisieren und die Qualität der Durchsetzungschancen von einzelnen Lobbystrategien auszuloten.

### 2.3. Theoretisches Raster

Die Forschungsarbeit ist mit ihrer Frage nach Rollen und Interaktionen von Lobbyingakteuren im vorliegenden Politikfeld – wie in Kapitel 2.2 gezeigt – zu den vorgestellten Theorien und Forschungsrichtungen anschlussfähig. Um den Fall der Grünen Gentechnik in beiden Referenzländern zu analysieren, wurde mit Hilfe dieser verschiedenen Ansätze ein theoretisches Raster gebildet, wel-

ches bei der Durchführung der Forschungsarbeit helfen soll. Dieses Modell besteht aus zwei Grundsäulen – zum einen den Methoden der *Politikfeldanalyse* und zum anderen den Ansätzen der *Interessenvertretungsforschung*, welche den Unterbau der folgenden Analyse bilden.

Durch die Ansätze der *Politikfeldanalyse* soll das Vorgehen der fallzentrierten Studie strukturiert werden, um das Ziel, am Ende einen größtmöglichen Kenntnisstand über Akteure und Prozesse des Politikfelds der Agro-Gentechnik zu bekommen, zu erreichen. Mit Hilfe der entsprechenden Methoden des Ansatzes soll analysiert werden, wer die politischen Akteure innerhalb der von Konflikten geprägten Politikarena sind, warum sie wie handeln und was sie letztendlich bewirkt haben. Die Analyse von Zusammenhängen zwischen Institutionen, Prozessen und Inhalten – unter anderem mit Hilfe des historischen, situativen, rechtlichen und technischen Bezugs – steht dabei im Vordergrund.

Die Akteure der Policy verfolgen innerhalb des Politikfelds jeweils ganz unterschiedliche Interessen und gewichten ihre Ziele auch ganz anders. Das Interesse – so die Aussage der *Interessenvertretungsforschung* als zweiter theoretischer Säule dieser Untersuchung – ist der zentrale Begriff für die Analyse materieller politischer Prozesse. Und auch bei der relevanten Frage nach Rollen und Interaktionen von Lobbyingakteuren gegen die Grüne Gentechnik soll auf die Interessen der Policy-Akteure ein Schwerpunkt gelegt werden. Die Interessenvertretungsforschung gibt dabei die notwendigen Analysewerkzeuge an die Hand, um vor allem auch zu schauen, wie die einzelnen – sehr differenten – Interessen von den hier relevanten kollektiven Interessenvertretungsakteuren vertreten werden, welche Formen und Instrumente jeweils verwendet werden, wer die Adressaten der Interessenvertretung sind und ob sie vom politisch-administrativen System eingebunden werden. Dort kommen dann wiederum die Erkenntnisse der *Governanceforschung* zum Tragen, die sich mit den auch in der Policy der Grünen Gentechnik vermuteten horizontalen Netzwerkbeziehungen beschäftigt und bei der Analyse der hier vorliegenden Beteiligung verschiedenster Akteure an politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen sowie an selbstregulierenden freiwilligen Zusammenschlüssen ohne die Beteiligung staatlicher Stellen behilflich sein kann.

Was die Akteure des Politikfelds betrifft, stehen sich auf dem Konfliktfeld der Agro-Gentechnik die verschiedensten Typen von Zusammenschlüssen gegenüber. Die Bandbreite geht dabei von politischen Parteien über die exekutive Gewalt, industrielle Branchenverbände bis hin zu Nichtregierungsorganisationen oder Bewegungsakteuren. Was die hier besonders im Mittelpunkt stehenden drei Gruppen kritischer Akteure betrifft, können vor allem die Erkenntnisse der *Zivilgesellschaftsforschung* einen wichtigen Beitrag bei der Verortung und Gruppierung der Protestakteure spielen. Und so hilft die Theorie etwa dabei, herauszustellen, dass innerhalb dieser Gruppe sowohl kollektive Akteure existieren, die sich hauptsächlich für die Interessen ihrer eigenen Anhängerschaft einsetzen (kritische Agrarakteure), und solche, die als Themenanwalt die Interessen Dritter oder der Allgemeinheit vertreten (Umwelt- und Verbraucherschutzakteure). Bei der Gruppierung der Gegenakteure helfen zudem aber auch die dargestellten speziellen Forschungsfelder der *Bewegungsforschung*, der *NGO-Forschung* sowie der *Verbandeforschung*. Mit ihrer Hilfe ergibt sich ein sehr deutliches Bild etwa über die (historische) Entwicklung der jeweiligen Akteure und Akteuertypen sowie über ihre individuellen Rollen, Funktionen und Erfolgchancen innerhalb des politikfeldbezogenen Interessenvertretungsprozesses.

Bei der Frage, wie ihre Interessen im vorliegenden Konfliktfeld der Grünen Gentechnik langfristig durchgesetzt werden können – spielten die dargestellten Annahmen und Überlegungen zur *politischen Strategie* eine wichtige Rolle. Die strategische Ausrichtung der Akteure und die Wahl der individuellen Interessendurchsetzungsstrategien ist dabei wie gezeigt von vielen Faktoren abhängig: So macht es etwa einen Unterschied, ob ein allgemeines oder spezielles Interesse vertreten wird oder wie die gewachsenen grundsätzlichen Strukturen und Interaktionsmuster der Interessenvertretung im Land und im Politikfeld ausgestaltet sind – wie etwa die politischen Gelegenheitsstrukturen aussehen und ob eher pluralistische oder korporatistische Strukturen vorherrschen. Hierdurch entscheidet sich dann auch, welche Lobbyinginstrumente – eher konventionelle oder eher unkonventionelle – für die einzelnen Akteure jeweils Erfolg versprechend sind und Sinn machen. Durch die Schwerpunktsetzung dieser Arbeit speziell auf das strategische Instrument von Interaktionen und

Kooperationen mit anderen Akteuren, sind die Erkenntnisse der politischen Strategieforschung für die vorliegende Untersuchung besonders wichtig. Denn Kooperationspartnerschaften gleich welcher Art verfolgen immer (auch) das Ziel, die eigene Konfliktfähigkeit und damit die eigenen Möglichkeiten der Interessenvertretung zu steigern. Und so steht hier die Frage im Raum, inwiefern eine Koalitions- und Netzwerkbildung mit anders- oder gleichgesinnten eine mögliche Strategieoption für gentechnikkritische Akteure ist und war. Hierbei können neben dem erwähnten *Governanceansatz* zudem auch die beschriebenen Erkenntnisse der *Organisationssoziologie* behilflich sein, die sich mit der Analyse von Beziehungen zwischen verschiedenen Organisationen betreffen.

## 2.4. Forschungsfragen

Basierend auf dem Erkenntnisinteresse und dem vorgestellten theoretischen Rahmen ergibt sich für das Forschungsvorhaben ein abgestufter Katalog von Forschungsfragen. Der Hauptanalysefokus liegt dabei auf Protestallianzen – dem untergeordnet stehen Fragen nach Interaktionen, Strategien, Rollen sowie Unterschiede in den beiden Untersuchungsländern im Zentrum der Analyse.

### *Erkenntnisinteresse*

Als Hauptuntersuchungsfrage soll beantwortet werden, welche Art von Interaktionen sich in Deutschland und den Niederlanden zwischen Lobbyingakteuren gegen die Grüne Gentechnik aus den Bereichen Landwirtschaft, Umwelt- und Verbraucherschutz beobachten lassen, wie sich diese klassifizieren lassen und wer innerhalb der gentechnikkritischen Bewegung welche Rollen einnimmt.

Um diese Frage abschließend beantworten zu können, soll in drei aufeinander aufbauenden Schritten vorgegangen werden. Zunächst soll dabei eine Analyse von Akteursetting und Interaktionen zwischen den Untersuchungsobjekten stattfinden. Anschließend können mit diesen Ergebnissen Interaktionsstrategien und Interaktionsmuster bestimmt werden. Gemeinsam mit Befunden einer Untersuchung zu den Länderdivergenzen in diesem Politikfeld sollen im dritten und letzten Analyseschritt dann abschließend die verschiedenen Rollen herausgearbeitet werden, welche von den untersuchten Akteuren in diesem

Politikfeld eingenommen werden. Diese Klassifizierung wird den theoriegenerierenden Mehrwert der Untersuchung darstellen.

### *Untersuchungsfragen*

Auf dem Weg zur Beantwortung der leitenden Fragestellung sollen zunächst verschiedene Unterfragen auf mehreren Analyseebenen beantwortet werden:

Auf der Ebene *Interaktion* etwa geht es konkret um die Beantwortung der Frage, welche Beziehungen zwischen den verschiedenen untersuchten Akteuren im Rahmen ihrer Kampagnen gegen die Grüne Gentechnik existieren. Durch die Besonderheit im Politikfeld der Grünen Gentechnik, das mit Akteuren aus den Bereichen Agrar, Umwelt- und Verbraucherschutz teilweise ganz verschiedene Akteurkategorien für dieselben Ziele kämpfen, soll das Hauptaugenmerk hier auf Interaktionen *zwischen* diesen verschiedenen Akteurkategorien gelegt werden. Besonders der Agrarbereich unterscheidet sich dabei teils stark von den anderen beiden, da es sich hierbei etwa um Interessenvertretungsorganisationen handelt, die für ihre Mitglieder und nicht für Dritte Lobbying betreiben. Ebenso vertreten die Agrarakteure spezielle und keine allgemeinen Interessen wie es die Vertreter von Umwelt- und Verbraucherschutzbewegung tun, was für sie theoretisch eine bessere Organisations- und Konfliktfähigkeit bedeutet. So hat man es hier also zusätzlich zu den verschiedenen drei Akteurkategorien mit Umwelt- und Verbraucherschutzverbänden auf der einen und Agrarverbänden auf der anderen Seite noch mit zwei verschiedenen *Akteurgattungen* zu tun. Bezüglich der Interaktion stellt sich dabei dann die Frage, ob Interaktionen in gleicher Weise bei Vertretern aller drei Kategorien zu beobachten sind oder ob einzelne Bereiche hier weniger Aktivität zeigen; von ihrer Akteurkategorie also seltener die Initiative zur Bildung von Allianzen ergriffen wird oder ihre Vertreter seltener an Kooperationen beteiligt sind. Besonders interessant ist hierbei die Frage, ob und wie oft es auch zu *cross over*-Interaktionen zwischen den beiden Akteurgattungen kommt – also Agrarakteure mit eingebunden werden – oder ob vielmehr die traditionellen Allianzen unter den Vertretern der allgemeinen Umwelt- und Verbraucherschutzinteressen vorherrschen. Ebenfalls soll die Frage behandelt werden, ob bei der

Interaktion zwischen den Gruppenakteuren eine besondere geografische Verortung auszumachen ist. So soll untersucht werden, ob vornehmlich mit Akteuren aus demselben Land interagiert wird, ob es eventuell auch zu Kooperationen mit Anti-Gentechnik-Akteuren aus dem jeweils anderen Untersuchungsland kommt oder ob sich die Akteure womöglich sogar mit auf der transnationalen oder internationalen Ebene angesiedelten Akteuren zu Kooperationen zusammenfinden und so eine Vernetzung über die nationalen Grenzen hinaus stattfindet.

Auf der Ebene *Interessenvertretung* gilt es bezogen auf beide Referenzländer Deutschland und Niederlande abzuklären, inwieweit die für beide Länder herausarbeitenden Interessenvertretungsmuster Einfluss auf das Interaktionsverhalten der kritischen Akteure haben. Es gilt dabei zu untersuchen, ob sich die historisch gewachsenen und in abgeschwächter Form weiterhin vorhandenen korporatistischen Strukturen beider Länder mit ihren geschlossenen Governance-Arrangements auf die Akteure und ihre Bereitschaft zu Interaktionen und Kooperationen auswirken. Es soll also die Frage beantwortet werden, ob sich durch die über Jahre praktizierte Nichteinbeziehung oder Unterrepräsentanz von gentechnikkritischen Umwelt- und Verbraucherschutzakteuren in den korporativen Biotechnologie-Arrangements beider Länder die Bereitschaft zu Interaktionen der kritischen Gruppen untereinander erhöht hat. Damit verbunden soll auch analysiert werden, inwiefern in beiden Ländern Unterschiede in der Bereitschaft der Untersuchungsakteure zur Interaktion auszumachen sind und ob dies gegebenenfalls auch Auswirkungen auf die Rollen hat, welche die Einzelakteure auf der politischen Arena der Grünen Gentechnik einnehmen. Zuvor gilt es im Zuge der Nebeneinanderstellung der Referenzfälle und mit Blick auf den Ansatz der politischen Gelegenheitsstrukturen aber noch zu klären, warum es in Bezug auf die Thematik der Grünen Gentechnik in Deutschland und den Niederlanden zu sehr unterschiedlich ausgeprägten Erfolgen der jeweiligen Gegenbewegungen kam und kommt – wie also die Beschaffenheit des jeweiligen politischen und gesellschaftlichen Systems entweder ermutigend oder entmutigend auf die Akteure wirkt.

Auf der Ebene *Strategie* geht es um die Frage, inwiefern die zu analysierenden Gruppenakteure Interaktion mit anderen Akteuren als eigene Strategie

verfolgen, die durch geschickte Ziel-Mittel-Umwelt-Kalkulationen die Erlangung eines strategischen Vorteils im Kampf gegen die Agro-Gentechnik verspricht. Dabei soll der Blick zunächst auf die einzelnen Gruppenakteure selbst – deren Ziel, Struktur, Entscheidungsfindung sowie die Umwelt des Akteurs – gelegt werden, um so deren Grad an Strategiefähigkeit als strategisch denkender und handelnder Akteur zu analysieren. Im Anschluss steht zudem die Frage, ob das Eingehen von Kooperationen oder die Bildung von Allianzen – und da vor allem jene Interaktionen mit Gruppenakteuren anderer Akteurkategorien – wiederum Auswirkungen auf die eigene Kursbestimmung und Strategie des Akteurs hat – ob es also zu einer Anpassung des strategischen Kompasses kommt. Außerdem steht hier die Frage im Vordergrund, inwieweit bei den Akteuren die im POS-Ansatz beschriebenen jeweils vorherrschenden Gegebenheiten des Untersuchungslandes eine Rolle spielen und ob sich die Gruppenakteure dieser bewusst sind und so wissen, in welchen Situationen es am ehesten zu kollektivem Protest kommen kann und in welchen nicht.

Auf der Ebene *Rollen* schließlich steht die Klassifizierung – möglichst im Sinne einer Typisierung – der untersuchten Gruppenakteure im Mittelpunkt. Die Rollen ergeben sich in der Analyse aus der Konklusion von beobachteten Verhaltensmustern und Handlungsstrategien – gepaart mit den Divergenzbe-funden des Ländervergleichs. Dabei geht es etwa um die konkrete Frage, ob sich in den Rollentypen das wiederfindet, was die einzelnen Akteure auch sonst unterscheidet: also etwa deren Zugehörigkeit zu einer der Akteurkategorien Agrar, Umwelt- oder Verbraucherschutz; ihre jeweilige Organisationsart als Bewegung, NGO oder Interessenverband; ihre primäre Schwerpunktlegung in der Phase der Politikbeeinflussung (agenda setting, Politikformulierung, Politikimplementation); der nationale Hintergrund als deutscher oder niederländischer Akteur mit dem jeweiligen Staatshintergrund; oder der jeweiligen Verortung ihrer Aktivitäten als lokaler, nationaler, transnationaler oder internationaler Akteur.

## 2.5. Arbeitshypothesen

Zu Beginn von Kapitel 2 wurde aus den aufgeführten Theorien und Konzepten ein Rahmen für die Untersuchung gebildet. In der folgenden Fallbeschreibung und Analyse wird nun die Frage eine wichtige Rolle spielen, wo sich die beiden Referenzfälle Deutschland und Niederlande in Bezug auf die Untersuchungsfragen unterscheiden. Bevor es konkret an die Analyse des Politikfelds geht, sollen anhand des bisher erarbeiteten Wissens über den Fall und seine Akteure sowie anhand der entwickelten theoretischen Annahmen verschiedene *Hypothesen* aufgestellt werden, welche die spätere Analyse begleiten sollen.

Durch erste Beobachtungen des Politikfelds und ohne jegliche theoretischen Annahmen im Hintergrund kann zunächst angenommen werden, dass es zwischen jenen Akteuren, die aus unterschiedlichen Bereichen – also zwischen Akteuren aus dem Agrar-, jenen aus dem Umwelt- und jenen aus dem Verbraucherschutzbereich – seltener zu Interaktionen und Kooperationen kommen wird als zwischen Akteuren desselben Typs. Dies zum einen, da sie zwar allesamt kritisch gegenüber der Grünen Gentechnik eingestellt sind, trotzdem aber jeweils unterschiedliche oder unterschiedlich weit gehende Ziele verfolgen. Interaktionen zwischen den Akteuertypen – so wird angenommen – werden somit seltener auszumachen sein. Zum anderen treten besonders Akteure aus dem Agrarbereich außerhalb dieses Politikfelds eher als Kontrahent der anderen beiden Gruppen auf, was Interaktionen jeglicher Art traditionell eher erschweren dürfte.

Sodann wird aufgrund der beschriebenen Unterschiede in der jeweiligen öffentlichen Stimmung in Deutschland und den Niederlanden zum Thema Grüne Gentechnik, die sich ja letztlich auch an der Anzahl der transgenen Produkte in den Supermärkten der beiden Länder gezeigt hat, angenommen, dass sich die Gentechnikkritik in den Niederlanden insgesamt auch auf einem niedrigeren Niveau befindet und das Thema öffentlich kaum oder wenig debattiert wird. Auch der politische Protest müsste aufgrund den speziellen politischen Gelegenheitsstrukturen in den Niederlanden – vor allem durch das offenere und befriedete System – eher gemäßigte Protestformen sowie in einem höheren Maß institutionalisierte und professionalisierte Gegenakteure hervorru-

fen. Für Deutschland und sein in Bezug auf Protestaktionen relativ geschlossenes System hingegen wird angenommen, dass die Gegner der Grünen Gentechnik hier zum Teil viel ideologischer argumentieren und dadurch viel radikaler vorgehen. Durch einen beobachteten immer noch vergleichbar geschlossenen Charakter der Interessenvertretungsmuster im niederländischen Biotechnologiepolitikfeld hingegen könnte man aber auch – ähnlich wie für Deutschland – Effekte einer Ideologisierung und Radikalisierung des Protests erwarten. Denkbar wäre auch, dass die gentechnikkritischen Akteure dort strategisch versuchen, Einfluss bewusst über andere Wege auszuüben – zum Beispiel mit vermehrten Aktivitäten in Richtung der Medien oder über unorthodoxe Instrumente der Interessenvertretung. Auch die zunehmende Professionalisierung vieler Akteure kann hierfür ein Indiz sein.

Eine weitere Methode, um als Gegenakteur die eigene Konfliktfähigkeit zu erhöhen, mehr Einfluss auf die öffentliche Meinungsbildung und mehr Druck auf Entscheidungsträger auszuüben und so den aus Sicht der kritischen Akteure weiterhin recht exklusiven Charakter der Staat-Verbände-Beziehungen im Bereich der Biotechnologiepolitik beider Länder auszugleichen, könnten Kooperationen mit anderen, ähnlich kritischen Akteuren sein. Gerade diese geschlossenen Strukturen könnten sich stark auf die Bereitschaft zu einer verstärkten Interaktion mit Gleichgesinnten auswirken. Eine größere Bereitschaft zu Interaktionen und Zusammenarbeit könnte sich auch speziell in den Niederlanden aus der geringeren öffentlichen Wahrnehmung der Thematik und dem vermuteten geringeren öffentlichen Protest ergeben und für die kritischen Akteure als strategischer Ausweg aus der öffentlichen Nichtwahrnehmung der Gentechnikthematik gesehen werden. Durch die beschriebene historisch gewachsene und immer noch vorhandene Tradition der kooperativen Entscheidungsfindung in den Niederlanden wird darüber hinaus erwartet, dass man durch die pragmatischere Grundhaltung viel schneller als etwa in Deutschland zu Kompromissen kommt und eine Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Gentechnikgegnern somit auch einfacher möglich ist. Dieser Pragmatismus, so wird vermutet, hilft auch dabei, dass die Grenzen zwischen den Akteurekategorien und -gattungen in den Niederlanden eine weniger starke Rolle spielen und

es somit dort auch zwischen Agrarakteuren auf der einen und Umwelt- oder Verbraucherschutzakteuren auf der anderen öfter zu Kooperationen kommt.

## 2.6. Forschungsdesign

Um eine Antwort auf die soeben vorgestellten Untersuchungsfragen dieser Arbeit zu bekommen, geht dieses Forschungsvorhaben in drei unterschiedlichen Schritten vor, welche nacheinander durchlaufen werden:

- (1) Im ersten Schritt steht eine „dichte Beschreibung“ des Falls (Kapitel 3), in dem ein Überblick über das Politikfeld der Grünen Gentechnik gegeben wird. Neben einem historischen Überblick, der unter anderem auf die Entwicklung der Technologie des Agro-Gentechnik sowie die angebrachten Gründe für Ablehnung, Befürwortung eingeht, geht es in diesem ersten Schritt zudem auch um eine Verortung sowie die Regulierung des sich über die Jahre entwickelnden Protestes.
- (2) Im zweiten Schritt stehen eine Analyse und Kartierung des Politikfelds (Kapitel 4) an. Dabei soll zunächst in einer Akteuranalyse der Versuch unternommen werden, alle auf der Politikarena der Grünen Gentechnik relevanten Akteurtypen aus dem ökonomischen wie dem gesellschaftlichen Bereich aufzuführen, um so die Breite und Komplexität des dort geführten Konfliktes und die Vielfalt der beteiligten Akteure auf beiden Seiten aufzuzeigen. Neben einer empirischen Basis kommt dieses Kapitel zudem mit einem kleinen qualitativen Teil daher, in dem ein Sampling für die Auswahl der näher zu untersuchenden Untersuchungsakteure anhand ihrer Aktivitäten bei Protesten stattfindet.
- (3) Im dritten und letzten Schritt geschieht eine Konkretisierung auf der Basis qualitativer Interviews bei den durch die Kartierung ermittelten Akteuren. Dabei wird zunächst versucht, ein konkretes Bild dieser untersuchungsrelevanten Akteure zu zeichnen (Kapitel 5) und anschließend den Analyse-schwerpunkt auf die Interaktionen zwischen diesen Akteuren (Kapitel 6) zu legen. Anhand der dortigen Erkenntnisse werden dann verschiedene Rollenmuster der kritischen Akteure des Politikfelds ermittelt (Kapitel 7).

- (4) Im Schlussteil gilt es sodann noch, die gewonnenen Erkenntnisse zu bündeln und anhand der zuvor aufgestellten Hypothesen zu bewerten sowie die Untersuchungsfragen zu beantworten (Kapitel 8).

## 2.7. Operationalisierung

Die Untersuchung verfolgt das Ziel, Rollen und Interaktionen von zivilgesellschaftlichen Protestakteuren auf dem Politikfeld der Grünen Gentechnik auszumachen und zu beschreiben. Einer der Schwerpunkte der Arbeit liegt dabei auf qualitativen Leitfadenterviews mit einzelnen Vertretern von aktiven Protestakteuren, die mittels eines speziellen Verfahrens ausgesucht wurden. Ein flexibel handhabbarer Interviewleitfaden erfüllte während der Interviews anschließend die Anforderung als thematisch-systematische Gedächtnisstütze. Beiden Bedürfnissen – sowohl dem des Interviewers nach eigener Strukturierung als auch dem des Befragten nach einem gewissen Aufbau des Interviews – konnte so Genüge geleistet werden.

### 2.7.1. Datenbasis und Auswahlstrategien

Die nachfolgend dargelegte Datenbasis zeigt, wie die Elemente *Dokumenten- und Zeitungsanalyse* sowie die daraus folgende *Bestimmung der Interviewakteure* als Datenerhebungsinstrumente für die zugrundeliegenden Untersuchungsfragen und deren Strukturierung operativ in Forschungsoperationen umgesetzt wurden. Dieser *Dreischritt* war notwendig, um zu einem brauchbaren Sampling zu gelangen, welche die Hauptakteure des Politikfelds mit einschließt.

#### *Dokumentenanalyse*

In einem ersten Schritt galt es, sich mit Hilfe einer Dokumentenanalyse einen ersten Eindruck über die Beschaffenheit des Politikfelds der Grünen Gentechnik im Allgemeinen, und über das Vorhandensein und die Aktivitäten von Protestakteuren in diesem Bereich im Besonderen zu erarbeiten. Diese erste Datenerhebung erfolgte zum einen mit Hilfe der veröffentlichten wissenschaftlichen Literatur, zum anderen aber auch durch andere schriftliche Informa-

tionsquellen, wie etwa Eigenveröffentlichungen von Akteuren des Politikfelds oder Medienberichte, die hauptsächlich über das Internet zugänglich waren.

Ziel dieses ersten Schrittes war es, Klarheit über verschiedene grundsätzliche Fragen zu erlangen und so das Politikfeld besser zu verstehen. Dazu gehörte die Frage, wie sich die Technologie der Grünen Gentechnik historisch überhaupt entwickelt hat, aber auch welche Arten von Akteuren und Akteuertypen sich auf der Policy-Arena versammeln. Es galt zu erarbeiten, wie unterschiedlich die Technologie bewertet wird, wie die Öffentlichkeit in Deutschland und den Niederlanden sich jeweils dazu positioniert und wie sich der Protest gegen die Grüne Gentechnik entwickelt hat. Ebenfalls von Interesse waren die Fragen, ob es Versuche der Vermittlung zwischen Befürwortern und Gegnern gegeben hat und welche Regulierungsbemühungen von staatlicher Seite jeweils unternommen wurden.

### *Zeitungsanalyse*

Die durch die Dokumentenanalyse ermittelten Informationen waren Grundlage dafür, mit welcher Art von Akteuren sich die Analyse der Untersuchung schwerpunktmäßig beschäftigt und wer in die engere Auswahl als Interviewpartner kommt. Konkret wurden die für die Fragestellung relevanten Akteure in einem zweiten Schritt mit Hilfe einer Zeitungsanalyse herausgearbeitet. Bei dieser *Kartierung* des Protests ging es darum, herauszufinden, welche intermediären Akteure am Protest gegen die Agro-Gentechnik in beiden Untersuchungsländern wie stark beteiligt sind und wer von diesen Akteuren eher allein und wer mehr in Bündnissen von mehreren Akteuren seinen Protest äußert.

Um einen möglichst umfassenden und objektiven Überblick über die für diese Untersuchung im Fokus stehenden Gegen-Akteure des Politikfelds der Grünen Gentechnik zu bekommen, wurde eine Analyse von themenbezogenen Artikeln in überregionalen Tageszeitungen beider Untersuchungsländer sowie in themenspezifischen Webportalen durchgeführt; jeweils einem auf Deutschland, einem auf die Niederlande und einem global ausgerichteten. Als „große“ Tageszeitungen flossen auf deutscher Seite die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (FAZ) sowie die *Süddeutsche Zeitung* (SZ), auf niederländischer Seite die drei

Blätter *de Volkskrant*, *NRC Handelsblad* und *Trouw* mit in die Analyse ein. Zusätzlich dazu wurden in Deutschland aufgrund ihrer Nähe zu den neuen sozialen Bewegungen auch noch die Artikel der *tageszeitung* (taz) und in den Niederlanden aufgrund der Schwerpunktlegung auf Agrarthemen die des Branchenblattes *Agrarisch Dagblad* mit einbezogen.

Zugriff auf die veröffentlichten Artikel der einzelnen Tageszeitungen war über einen Zugang zur *LexisNexis*-Onlinedatenbank gegeben, in der der Volltext aller genannten Publikationen der vergangenen Jahre archiviert und durchsuchbar gemacht wurde. Über die Suchfunktion bei *LexisNexis* wurden zunächst alle Artikel eines festgelegten Zeitraums aus den genannten Medien herausgefiltert, welche sich mit dem Thema Gentechnik befassen.<sup>38</sup> Als Suchbegriffe wurden dabei in beiden Untersuchungsländern vergleichbare – recht allgemein gehaltene – Schlüsselwörter und Suchabfragen verwendet, welche die jeweiligen Besonderheiten des einzelnen Landes berücksichtigen.<sup>39</sup> Als Untersuchungszeitraum für die Kartierung der Meldungen wurde ursprünglich von einer Periode von einem Jahr – vom 22. September 2010 an – ausgegangen. Vor allem in den niederländischen Medien ergaben sich im Ergebnis so allerdings nur sehr wenige relevante Artikel und Akteure, sodass bei eben diesen Medien der Suchzeitraum auf zwei Jahre – zurück bis zum 22. September 2009 – ausgedehnt wurde.

Neben den genannten Tageszeitungen wurden auch die aktuellen Nachrichten der drei themenspezifischen Internetportale *keine-gentechnik.de*, *gentech.nl* sowie *gmwatch.org* mit analysiert. Alle drei Seiten veröffentlichen in einer eigenen Rubrik regelmäßig aktuelle Berichte über Neuigkeiten und Entwicklungen auf dem Gebiet der Grünen Gentechnik. Im Gegensatz zu den Tageszeitungen wurde bei den Portalen aufgrund der bereits gegebenen Mono-

---

<sup>38</sup> Der Versuch, bereits durch die Einschränkung durch Suchwörter nur jene Artikel herauszufiltern, die sich speziell mit der Grünen Gentechnik – und noch spezieller mit Protestaktionen von Gegenakteuren – befassen, gelang nicht, sodass hier noch manuell weiter aussortiert werden musste.

<sup>39</sup> Bei den niederländischen Zeitungen wurde der Suchterm *genetisch!* ODER *gentech!* ODER *ggo* ODER *gmo* NICHT „*Gemeen-schappelijke Marktordering!*“ NICHT „*gemeenschappelijke marktondersteuning!*“ verwendet, bei den deutschen Zeitungen lautete die Suchabfrage *Genfood* ODER „*grüne! Gentech!*“ ODER „*Agro-Gentech!*“ ODER (*Gentech!* *Landwirtschaft*) ODER (*Gentech!* *Lebensmittel*) ODER *genmanipuliert*.

thematik der Berichte nicht weiter vorgefiltert, sondern alle vorhandenen Artikel des jeweiligen Analysezeitraums wurden auf ihre direkte Relevanz für die spätere Analyse geprüft. In die Analyse gingen dabei all jene Texte mit ein, welche thematisch das Feld der Grünen Gentechnik (und nicht etwa der Roten oder Weißen Gentechnik) behandeln. Zudem musste in den Berichten zwangsläufig über Protestaktionen berichtet werden, welche einen deutlichen Bezug zum Untersuchungsraum (also Deutschland und die Niederlande<sup>40</sup>) haben und wobei entweder Aktionen gegen die Grüne Gentechnik durchgeführt werden oder sich gegen diese Technik ausgesprochen wird.<sup>41</sup> Nicht in der Analyse berücksichtigt wurden Äußerungen oder Proteste von Politikern oder politischen Parteien. Zudem blieben Leserbriefe außen vor und wurden nicht weiter beachtet. Pressemitteilungen wurden lediglich dann verwendet, wenn sie von einer der drei Online-Themenportale in deren Meldungsrubrik veröffentlicht wurden. Am Ende waren es 186 Berichte, welche die Datengrundlage der Kartierung bildeten.

Handelte es sich bei Protestakteuren, über die innerhalb der Artikel berichtet wurde, um solche aus Deutschland oder den Niederlanden und entstammten sie aus einem der drei Bereiche Landwirtschaft, Umwelt- beziehungsweise Naturschutz oder Verbraucherschutz, dann wurden diese in die Liste der für die Untersuchung relevanten Akteure aufgenommen.<sup>42</sup> Es durfte sich bei diesen Akteuren jedoch nicht um einzig und allein auf regionaler – etwa kommunaler – Ebene verankerte und agierende Akteure handeln.<sup>43</sup> Zudem wurden

---

<sup>40</sup> Zusätzlich wurde auch noch die EU-Ebene als Prüf- und Vergleichskriterium mit aufgenommen, da hier für beide Untersuchungsländer der Großteil der Gesetzgebung zur Grünen Gentechnik entsteht.

<sup>41</sup> Als Protest kann zum Beispiel eine geplante oder durchgeführte Demonstration angesehen werden. Es kann sich aber auch um die Veröffentlichung eines Flugblattes, einer ausgelegten Unterschriftenliste, einem vor Gericht geführten Prozess, einer durchgeführten Kundgebung, einer Besetzung, Blockade oder einen Streik handeln, der sich schwerpunktmäßig auf die Grüne Gentechnik bezieht. Ebenfalls als Protest werden hier kritische Äußerungen angesehen, die öffentlich getätigt werden.

<sup>42</sup> Akteure wie etwa die Globalisierungskritiker von *attac* oder die Kampagnenorganisation *Avaaaz* vielen so bereits früh durch das Suchraster, da hierbei keiner der drei Bereiche als Schwerpunktfeld identifiziert werden konnte.

<sup>43</sup> Agieren solche lokalen Akteure aber nicht ausschließlich lokal – sind bei ihrer Interessenvertretung also auch über eine Kommune hinaus etwa in der Bündnis-

solche Organisationen nicht mit gewertet, die (wie etwa Unternehmen) kommerziell tätig waren. Nicht berücksichtigt wurden ferner solche Akteure, die sich schwerpunktmäßig auf den Gebieten Entwicklungszusammenarbeit, Forschung, Globalisierungskritik, Kirche oder Tierschutz engagierten – hier gab es aber durchaus Überschneidungen von Themensetzungen. Alle aufgenommenen Akteure mussten sich öffentlich gegen die Agro-Gentechnik ausgesprochen haben und dieses Thema musste als eines ihrer Schwerpunktthemen erkennbar sein.<sup>44</sup>

Bei der Dokumentation der an Protestaktionen beteiligten Akteure wurde stets unterschieden, ob sich die jeweiligen Akteure mit ihrem Protest aktiv oder passiv verhielten. Passiv agierte ein Akteur immer dann, wenn er eine Aktion beispielsweise lediglich kommentierte, ohne selbst Teil des direkten Protestes zu sein. Neben der Frage, ob aktiv oder passiv gehandelt wurde, wurde zudem festgehalten, um was für eine Art von Protest es sich gehandelt und auf welcher Ebene sich der Protest abgespielt hat. Sollte es sich bei dem jeweils identifizierten Protestakteur zudem um einen kollektiven Akteur mit jeweils vielen einzelnen Mitglieds- oder Unterstützungsakteuren handeln, dann wurden in einer gesonderten Auflistung von Bündnisakteuren alle relevanten (also in das soeben beschriebene Schema passende) Akteure aufgelistet.

Im Anschluss an die Auflistung und Auswertung aller relevanten Artikel des Kartierungszeitraumes wurde eine Liste angefertigt, in der alle relevanten und genannten Akteure aufgeführt wurden. Dabei wurde jeweils bestimmt, welchem der drei Bereiche Landwirtschaft Natur- und Umweltschutz sowie Verbraucherschutz der Akteur schwerpunktmäßig angehört. Bei einigen Akteuren erwies sich diese Zuordnung als schwierig, da aufgrund der Selbstdarstellung

---

arbeit oder Interessenvertretung aktiv oder werden in überregionalen Medien erwähnt – dann gelten diese Akteure hier auch als relevante Ansprechpartner.

<sup>44</sup> Schwerpunktthema war es dann, wenn die Thematik entweder im Namen des Akteurs selbst bereits vorkam (z.B. wie bei dem deutschen Akteur *Gendreck weg! – Freiwillige Feldbefreiung*). Alternativ reichte aber auch die Nennung des Themas auf der Startseite des Webauftritts des jeweiligen Akteurs. Auch erlaubt war es, wenn die Grüne Gentechnik als eines der Hauptthemen unter den Website-Rubriken mit dem Namen Aktionen, Hauptfelder, Kampagnen, Projekte oder Themen auftauchte oder alternativ diese Thematik auf der Homepage überdurchschnittlich oft angesprochen wurde.

und Selbstbeschreibung der Akteure keine überwiegende Schwerpunktsetzung erkennbar war. In solchen Fällen wurde jener Bereich als Schwerpunktbereich gewählt, der bei der Außendarstellung des Akteurs offensichtlich überwog. Bei wenigen Akteuren konnte aber auch so tatsächlich keine Schwerpunktgewichtung festgestellt werden. Allerdings waren diese von den Nennungen her auch derart unbedeutend, dass die Chance klein war, in die Auswahl der engeren Interviewpartner zu gelangen. Hierzu zählten etwa der niederländische Akteur *Aarde Boer Consument* (der ja bereits im Namen auf die drei Bereiche verweist) oder die deutsche *Stiftung Ökologie und Landbau*.

Zudem wurde bestimmt, ob der Akteur schwerpunktmäßig auf der Ebene der beiden untersuchten Staaten Deutschland oder den Niederlanden beziehungsweise der EU-Ebene aktiv ist. Solche mit einer anderen Schwerpunktsetzung kamen nicht in die engere Auswahl. Am Ende blieben rund 90 Akteure über, welche nicht durch das Raster gefallen waren und die als potenzielle Gesprächspartner in Frage kamen (siehe Tabelle 2).

Tabelle 2: *Potenzielle Gesprächspartner, deren Aktivität, Typ und Policy Level*

Name	Summe Bündnisse und Einzeln	Typ	Policylevel
Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland	33,25	U	D
Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e.V.	31,75	A	D
Greenpeace Nederland	26,25	U	NL
Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft e.V.	25,25	A	D
Bioland e.V.	24,00	A	D
Greenpeace European Union	17,75	U	EUI
ASEED	17,25	U	EUI
Greenpeace Deutschland	17,00	U	D
Save Our Seeds	17,00	A	EUI
Naturland e.V.	15,00	A	D
Friends of the Earth Europe	14,75	U	EUI
Demeter e.V.	14,00	A	D

Name	Summe Bündnisse und Einzeln	Typ	Policy level
Naturschutzbund Deutschland e.V.	12,75	U	D
Biokreis e.V.	12,50	A	D
Campact - Demokratie in Aktion	12,25	?	D
Agrar Koordination - Forum für internationale Agrarpolitik e.V.	11,50	A	D
Gen-ethisches Netzwerk	10,75	?	D
Gäa e.V. - Vereinigung ökologischer Landbau	9,75	A	D
Mellifera e.V.	9,00	A	D
Corporate Europe Observatory	8,25	?	EUI
Bionext (Biologica)	7,75	A	NL
Umweltinstitut München e.V.	7,50	U	D
Deutscher Naturschutzring	7,00	U	D
Deutscher Berufs und Erwerbs Imker Bund e.V.	6,75	A	D
Interessengemeinschaft für gentechnikfreie Saatgutarbeit	6,50	A	D
Deutscher Imkerbund e.V.	6,25	A	D
Zukunftsstiftung Landwirtschaft	6,25	A	D
Gentechnikfreies Europa	5,75	A	D
Witzenhäuser Agrar-Studierende, Landwirte und Gärtner für eine gentechnikfreie Landwirtschaft	5,25	A	D
Sambucus e.V.	5,25	U	D
The European GMO-free Citizens / De Gentechvrije Burgers	5,00	V	NL
Fairtrade Labelling Organizations International	4,75	?	EUI
Bundesverband Ökologischer Weinbau e.V.	4,75	A	D
World Fair Trade Organization	4,75	?	EUI
Bundesverband Deutscher Milchviehhalter e.V.	4,75	?	D
Interessengemeinsch. gg. Nachbaugesetze und Nachbaugebühren	4,75	A	D
Stiftung Gekko	4,50	A	D
Gendreck weg! - Freiwillige Feldbefreiung	4,25	?	D

Name	Summe Bündnisse und Einzeln	Typ	Policylevel
International Federation of Organic Agriculture Movements	4,00	A	EUI
Milieudefensie	4,00	A	EUI
Testbiotech e.V.	3,75	U	NL
Friends of the Earth International	3,50	U	D
Kein Patent auf Leben!	3,50	U	EUI
Initiative nahrungs-kette	3,25	A	D
Verdelg Monsanto	3,00	A	NL
Deutscher Verband für Landschaftspflege e.V.	3,00	U	D
Fördergemeinschaft Ökologischer Obstbau e.V.	3,00	A	D
Stiftung Ökologie und Landbau	3,00	A	D
Biopark e.V.	3,00	A	D
Slow Food Deutschland e.V.	3,00	V	D
European Coordination Via Campesina	3,00	A	EUI
Bio-Verbraucher e.V.	2,75	V	D
Netzwerk blühende Landschaft	2,75	A	D
Aktionsnetzwerk globale Landwirtschaft	2,50	A	D
Dachverband Kulturpflanzen- und Nutztiervielfalt e.V.	2,50	A	D
Freie-Saaten.org	2,50	A	D
Pesticide Action Network Europe	2,25	U	EUI
Kultursaat e.V.	2,25	A	D
Stichting Natuurwetmoeders	2,25	U	NL
Vereniging voor Biologisch-Dynamische Landbouw en Voeding	2,25	A	NL
Foodwatch Deutschland	2,00	V	D
Werkgroep "Burgers voor gentechvrij voedsel"	2,00	V	NL
La Via Campesina	2,00	A	EUI
World Wide Fund For Nature	2,00	U	D
Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz e.V.	2,00	U	D
Attac Deutschland	1,50	?	D
Copa-Cogeca	1,25	A	EUI

Name	Summe Bündnisse und Einzeln	Typ	Policy level
Food & Water Europe	1,25	V	EUI
Verbraucherzentrale Bundesverband	1,00	V	D
Earth Open Source	1,00	A	EUI
Nederlandse akkerbouw Vakbond	1,00	A	NL
Stichting Genethica	1,00	V	NL
AgrarBündnis e.V.	1,00	A	D
FaNaL - Verein zur Förderung einer nachhaltigen Landwirtschaft	1,00	A	D
Grüne Liga e.V.	1,00	U	D
Informationsdienst Gentechnik	1,00	?	D
Naturefund	1,00	U	D
NaturFreunde Deutschlands e.V.	1,00	U	D
Platform Aarde, Boer, Consument	1,00	A	NL
TransFair e.V.	1,00	?	NL
Verein zur Erhaltung der Nutzpflanzenvielfalt e.V.	1,00	A	D
Robin Wood Germany	0,75	U	D
Women in Europe for a Common Future	0,50	U	EUI
Pestizid Aktions-Netzwerk e.V.	0,50	U	D
Stichting Natuur en Milieu	0,50	U	NL
European Environmental Bureau	0,25	U	EUI
GM Watch	0,25	?	EUI
Wereld Natuur Fonds (WWF Niederlande)	0,25	U	NL
Goede Waar	0,00	V	NL

Quelle: Eigene Erhebung; A = Agrarbereich; U = Umweltschutzbereich; V= Verbraucherschutzbereich; ? = keine Schwerpunktsetzung ersichtlich; D = Deutschland; NL = Niederlande; EUI = Europäische Union oder international

### Interviewakteure

Im dritten Schritt ging es dann abschließend darum, herauszufiltern, welche Akteure, die sich in den beiden Untersuchungsländern gegen die Grüne Gen-

technik aussprechen, bezogen auf den Protest und kategorisiert nach Agrar-, Umwelt- und Verbraucherschutzakteuren am aktivsten sind. Hierzu wurde sodann quantitativ erhoben, wie oft jeder Akteur in den durch die Zeitungsanalyse herausgefilterten Artikeln erwähnt wurde. Sofern in den Artikeln ein Akteurbündnis oder eine Kampagne genannt wurde, die selbst wiederum aus Einzel- oder Gruppenakteuren besteht, wurde eine besondere Zählvariable für die Nennung in einem Bündnis bei allen diesen Akteuren jeweils um eins erhöht. Ähnlich wurde auch verfahren, wenn innerhalb dieser Bündnisse ebenfalls wiederum kollektive Gruppenakteure aktiv waren. In diesem Fall wurde die Zählvariable für die Nennung in einem Bündnis, welches wiederum in einem Bündnis aktiv war, hochgesetzt. Je nachdem, wie direkt ein Akteur an einer Protestaktion beteiligt war, wurde die Nennung am Ende unterschiedlich gewichtet. Direkte Nennungen gingen zu 100 Prozent, indirekte Nennungen durch die Mitgliedschaft in Bündnissen zu 50 Prozent und zweifachindirekte Nennungen durch Aktivitäten in Bündnissen, welche ebenfalls in einem Bündnis Mitglied waren, zu 25 Prozent in die letztendliche Wertung ein. Alle Nennungen mit ihrer jeweiligen Gewichtung wurden addiert und ergaben so eine nach dem Grad an Aktivität sortierte Rangliste der Akteure. Unterschieden nach Land standen sodann jene Akteure fest, welche sich in Deutschland und den im beobachteten Zeitraum als am aktivsten herausgestellt haben (siehe hierzu Kapitel 4.3).

### 2.7.2. Feldzugang und Feldkontakt

Nachdem durch die Erstellung der Rangliste deutlich war, an welche Akteure für ein Interview herangetreten werden sollte, mussten zunächst die für den Bereich Gentechnik zuständigen Personen bei diesen kritischen Akteuren ausgemacht werden. Bei den meisten war dies durch eine einfache Internetrecherche schnell erledigt, da die für die Agro-Gentechnik verantwortlichen Referenten und Campaigner auf den Websites der Akteure in der Regel mit Kontaktdaten aufgelistet sind. Für viele der deutschen Gentechnikkritiker half zudem eine Auflistung von Ansprechpartnern der Bewegung im Pressebereich der

Website [www.keine-gentechnik.de](http://www.keine-gentechnik.de).<sup>45</sup> Andere Personen konnte auf im Internet zugänglichen Dokumenten wie etwa Programmen von Fachtagungen oder Presseartikeln ausfindig gemacht werden. Für den Fall, dass wie etwa bei *Slow Food Deutschland* trotzdem nicht eindeutig geklärt werden konnte, wer innerhalb des Akteurs hauptsächlich für die Gentechnikthematik verantwortlich war, wurde das Anschreiben für die erste Kontaktaufnahme an eine leitende Person adressiert; eine Bitte um eventuelle Weiterleitung an die zuständige Person war ohnehin Teil aller Anschreiben.

Das Anschreiben (siehe Anhang 9.4) beinhaltete eine kurze Vorstellung des Forschungsprojektes und bat um Mithilfe bei dem Vorhaben, Interviews mit verschiedenen Gentechnikgegnern zu führen. Der Zeitaufwand für die Befragung wurde mit etwa einer Stunde angegeben und es wurde darauf hingewiesen, dass die Gespräche zum Zweck der Analyse aufgezeichnet werden sollten. Alle Aussagen würden am Ende aber nur anonymisiert in der Arbeit wiederzufinden sein.<sup>46</sup> Das Anschreiben wurde in der Regel postalisch verschickt. Der Brief zur Initiative *nahrungs-kette* kam aufgrund einer falschen Postfachadresse zurück und bei Akteuren wie *Verdelg Monsanto*<sup>47</sup> oder der *Werkgroep "Burgers voor gentechvrij voedsel"* war zudem keine Postadresse recherchierbar. In diesen Fällen wurde das Anschreiben elektronisch per E-Mail verschickt.

Von den angeschriebenen Personen meldeten sich einzelne Personen wenige Tage nach Erhalt des Anschreibens selbständig zurück. Dies geschah in der Regel per E-Mail. Bei den anderen wurde etwa eine Woche nach dem Versand telefonisch eine erneute Kontaktaufnahme gestartet und versucht, eine Zusage für ein Interview zu bekommen. Hier kam es insgesamt zu sehr unterschiedlichen Reaktionen: Einige waren schnell sehr aufgeschlossen, zeigten sich interessiert und

---

<sup>45</sup> Ansprechpartner, Online: <http://www.keine-gentechnik.de/netzwerk/ansprechpartner/>, Abruf: 14. Oktober 2015.

<sup>46</sup> Dazu werden sämtliche Verweise auf Interviewstellen in dieser Arbeit durchnummeriert, sodass die Aussagen nicht direkt auf die jeweiligen Personen zurückzuführen sind.

<sup>47</sup> Bei diesem Akteur, so klärte es sich später, handelt es sich um eine anonyme Aktionsgruppe des Akteurs *ASEED Europe*, die zu dem Zeitpunkt der Kontaktaufnahme bereits lange Zeit nicht mehr aktiv war. Aus diesem Grund blieb auch die die E-Mail mit dem Anschreiben unbeantwortet. Eine Vertreterin von *ASEED Europe* hingegen wurde erfolgreich kontaktiert und interviewt.

waren zu einem Gespräch bereit. Die konkrete Terminfindung war – vor allem mit Vertretern von größeren Organisationen – dann aber meist nicht ganz so leicht. Alle sprachen von vollen Terminkalendern und taten sich schwer, kurz- und mittelfristig ein Zeitfenster von anderthalb Stunden für ein Interview freimachen zu können. Letztendlich konnte aber immer ein Termin gefunden werden. Vertreter anderer Akteure waren nicht ganz so aufgeschlossen, zeigten sich oftmals skeptisch und wollten zunächst detailliert erklärt bekommen, was genau das Vorhaben ist, wie die Forschungsfragen lauten oder welche Fragen im Interview gestellt werden sollen. Der direkte telefonische Kontakt sorgte anschließend aber auch oft dafür, dass die erste Skepsis schnell verflog.

So hatte die zunächst per E-Mail kontaktierte Initiative *Werkgroep "Burgers voor gentechvrij voedsel"* relativ schnell geantwortet, dass man die Interviewanfrage ablehne. Man begründete dies damit, dass man mit wissenschaftlicher Forschung auf dem Gebiet der Gentechnik die Erfahrung gemacht habe, dass die Ergebnisse immer von den angeblichen „Auftraggebern“ dazu verwendet werden, die Gentechnik in ein besseres Licht zu rücken (vgl. Dongen/Buur 2013). Durch einen anschließenden direkten Telefonkontakt konnten die dortigen Aktivistinnen allerdings doch noch umgestimmt werden: Sie hatten durch ihr aufgebautes Misstrauen gegen Forschungsakteure für sich ein völlig falsches Bild von dem Forschungsvorhaben gezeichnet und durch eine Internetrecherche falsche Schlüsse über das Forschungsvorhaben gezogen. Denn wie sich während des Telefonats herausstellte, war man dort vom Wort „Grüne Gentechnik“ innerhalb des Arbeitstitels des Dissertationsprojektes fehlgeleitet worden. Da dieser Ausdruck für die genetische Manipulation im Lebens- und Futtermittelbereich in den Niederlanden nicht üblich ist, interpretierte man, dass es in der Arbeit eine gentechnikfreundliche Haltung vertreten wird – ein klassisches Sprachproblem.

Bei manchen Akteuren wie etwa dem für die gesamte Bewegung wichtigen Akteur *BUND* ließen sich die potenziellen Interviewpartner aber auch am Telefon nicht von einer Mitwirkung überzeugen. Die Gentechnik-Expertin des *BUND* trat am Telefon sehr forsch und ablehnend auf. Sie räumte anschließend zwei Minuten ein, in denen man sie von einer Notwendigkeit des Interviews überzeugen sollte. Der anschließende Versuch war allerdings nicht von Erfolg

gekrönt, die Dame ließ sich nicht überzeugen. Ihr Hauptargument waren sehr viele vergleichbare Anfragen von Studierenden, die die NGO regelmäßig erreichen und von denen sie genervt war; es fehle einfach die Zeit, um allen Ersuchen nachzukommen. Zudem würde die Referentin mit Personen außerhalb des *BUND* generell nicht über Interna der Organisation sprechen, da die Angst besteht, dass diese Informationen später in die Hände der Gegnerschaft fallen würden. Das Untersuchungsthema sei, so die Dame, zudem banal, denn man könne alles auch über das Internet nachvollziehen. Ein weiterer Versuch der Überzeugung schien zwecklos.

Mit zu vielen Anfragen von Studierenden und Schülern argumentierte man auch bei *Greenpeace Deutschland*, wo es jedoch trotz alledem eine Zusage für ein Interview mit dem zuständigen Campaigner gab. Dieses wurde dann jedoch kurzfristig aus Zeitmangel wieder abgesagt und auf unbestimmte Zeit verschoben. Zudem gab der Campaigner an, dass er erst seit zwei Jahren bei *Greenpeace* sei und Gentechnik seitdem nicht unbedingt ein Schwerpunkt seiner Arbeit war. Zur Historie sowie der Zusammenarbeit mit anderen Organisationen könne er nicht viel sagen. Auf die Rückfrage nach seinem Vorgänger oder einer kompetenteren Person leitete man die meine Anfrage an eine Kollegin weiter, die anschließend den Kontakt wieder aufnahm. Allerdings konnte sie nur antworten, dass sie nicht weiterhelfen kann. Zum einen wiederum aus Zeitgründen, zum anderen könne man bei dem konkreten Untersuchungsanliegen nach Interaktionen innerhalb der gentechnikkritischen Bewegung auch gar nicht weiterhelfen, da man äußerst selten mit anderen Akteuren kooperiere (siehe dazu Kapitel 6.3.3). Ein weiterer Kontaktversuch zu *Greenpeace Deutschland* bewirkte, dass die Campaignerin bat, einmal den Fragenkatalog zugeschickt zu bekommen. Nachdem die groben Fragen verschickt waren, erklärte sie sich bereit, ausgewählte Fragen einmal in einem halbstündigen Telefonat durchzugehen. Ihrem eigenen Terminvorschlag kam sie aber nicht nach und ließ später auch eine weitere Zusage, den Fragebogen schriftlich zu beantworten, verstreichen. Von einem weiteren Annäherungsversuch wurde sodann abgesehen.

Absagen gab es auch bei Akteuren wie *Milieudefensie* oder *Goede Waar & Co*, wo die Gentechnikthematik zur Zeit der Kontaktaufnahme kein Schwerpunktthema mehr war und die ehemaligen Gentechnik-Campaigner auch nicht mehr

tätig waren (siehe hierzu auch Kapitel 5.6). So schrieb *Milieudéfense*, dass man als Organisation mittlerweile andere Schwerpunkte setzt und der Gentechnik nur noch geringe Beachtung schenkt. Und auch bei *Goede Waar & Co*, dem ehemaligen *Alternatieve Konsumentenbond* (AKB), war die Expertise zum Thema Agro-Gentechnik seinerzeit nach eigener Aussage nicht groß. Man würde lediglich Studien von anderen Akteuren verfolgen und sofern nötig die eigene Anhängerschaft über die neuesten Entwicklungen informieren. Der ehemalige Gentechnik-Experte bei diesem Akteur – so ergab eine anschließende Recherche – hatte sich inzwischen mit einem Beratungsbüro zum Thema Gentechnik selbständig gemacht. Er wurde sodann angeschrieben, erklärte sich aber nicht bereit, über seine Zeit bei seinem vorherigen Arbeitgeber zu sprechen, da er dabei klar Stellung beziehen müsse, er in seiner aktuellen Funktion als Berater jedoch seine Unabhängigkeit wahren müsse.

Und auch die *Gentechvrije Burgers*, eine kleine private gentechnikkritische Initiative in den Niederlanden lehnte die Interviewanfrage – nach Rückkopplung mit den „Vordenkern“ des Akteurs – ab. Die Gründe hierfür waren allerdings nicht nachzuvollziehen. Man wollte zwar gerne die Fragen vorab zugeschickt bekommen, und der Bitte wurde mit der Begründung einer sauberen Methodik nur insofern nachgekommen, dass lediglich eine grobe Zusammenfassung des Fragebogens zugeschickt wurde. Die Begründung für die Ablehnung allerdings hatte hiermit nichts zu tun und war sehr abstrus. So verweist man in der knappen E-Mail-Absage als Begründung für diese lediglich auf eine angehängte PDF-Datei mit dem Dateinamen „130215 Genehmigt Versuch mit genverändertem Pferde-Impfstoff“, in der auf etwa vier Seiten und mit rund 30 teils sehr langen Fußnoten verschiedene, bunt zusammengewürfelte Zitate, Internetverweise und Bezugnahmen zu Aussagen von etwa JOACHIM GAUCK, ROUSSEAU, KÖNIGIN BEATRIX und JEROEN DIJSSELBLOEM ohne größeren Gesamtzusammenhang aufgeführt waren. Ein abstruses Bild, welches sich auch bereits beim Betrachten des Internetauftritts der Initiative gezeigt hatte.

Nachdem während der Untersuchung deutlich wurde, dass in den Niederlanden mittlerweile längst nicht mehr so viele Akteure wie noch vor Jahren gegen die Agro-Gentechnik aktiv waren und dass das Aktivitätsniveau dort auch viel

niedriger als in Deutschland war, wurde ein weiterer Anlauf unternommen, Antworten durch Befragungen zu bekommen. Ergänzt wurden diese Fragen um den Versuch der Überprüfung einer These, die zuvor in einem der Interviews aufgestellt wurde und nach der eine Konstruktion in der niederländischen Landwirtschaftspolitik (Gentechnikdreieck, siehe dazu Kapitel 5.7) unter anderem dafür verantwortlich sein soll, dass der Widerstand aus der Bevölkerung und von gesellschaftlichen Gruppen in den Niederlanden viel geringer als etwa in Deutschland ist. Kontakt wurde hierzu zunächst mit einem Umweltsoziologen der Universität Wageningen aus dem Bekanntenkreis aufgenommen, der den Kontakt zu anderen Wissenschaftlern vermittelte, mit denen anschließend ein Austausch per E-Mail stattfand. Im Rahmen dieser Kontakte kam zudem auch ein weiteres Leitfadeninterview mit einer ehemaligen Anti-Gentechnik-Lobbyistin, die lange Zeit für niederländische Entwicklungshilfeorganisationen tätig war, zustande. Im Anschluss daran wurde auch noch in Deutschland Kontakt zu zwei Entwicklungshilfeorganisationen gesucht. Während der Kontaktaufnahme per Telefon wurde aber für diese Akteure ziemlich schnell klar, dass man dort aktuell keine bedeutenden Aktivitäten zur Agro-Gentechnik unternimmt. Die Referenten dort waren zudem auch relativ neu auf ihren Posten und hatten die in Bezug auf die Gentechnikthematik aktivere Zeit dort selbst nicht miterlebt. Ein Interview mit ihnen machte somit keinen Sinn.

### 2.7.3. Interviewleitfaden

Wichtigstes Element für die durchzuführenden Befragungen war der Leitfaden, der als Ergebnis der Operationalisierung vor Beginn des ersten Interviews entwickelt wurde. Aus den vorhandenen Forschungsfragen (siehe Kapitel 2.4), den erarbeiteten Arbeitshypothesen der Untersuchung (siehe Kapitel 2.5) sowie den empirischen Ergebnissen aus der Fallbeschreibung (siehe Kapitel 3) wurde das wissenschaftliche Erkenntnisinteresse aufgegliedert und „*in den Kommunikationsraum des Interviewpartners*“ (Gläser/Laudel 2009: 115) übersetzt. Eine solche Übersetzung ist notwendig, da sich die Lebenswirklichkeit der Interviewpartner vom wissenschaftlichen Kontext der Untersuchung deutlich unterscheidet – Wissen, Beobachtungen und Handlungen werden jeweils anders

gedeutet. Das Erkenntnisinteresse muss deshalb in solche Fragen übersetzt werden, die in den kulturellen Kontext des Interviewpartners passen und die zum Erzählen anregen. Vermieden werden musste somit auf jeden Fall, dass die Untersuchungsfragen eins zu eins an die Gesprächspartner weitergereicht werden. Sie sollten vielmehr Raum für Analyse und Interpretation lassen. Der aus diesem Operationalisierungsprozess resultierende Leitfaden war ein mehr oder weniger strukturiertes Frageschema, welches in mehreren Themenblöcken die verschiedenen Dimensionen des Erkenntnisinteresses widerspiegelte.

Der Fragebogen als Erhebungsinstrument sollte die Interviewsituation zum einen strukturieren und damit bei der Orientierung helfen. Zum anderen sollte er aber auch als Gedächtnisstütze fungieren und so sicherstellen, dass alle wichtigen Aspekte auch angesprochen werden. Die in die Entwicklung des Leitfadens investierte Arbeit sorgte dafür, dass die entsprechende thematische Kompetenz verfügbar war, die für die Durchführung notwendig war (vgl. Meuser/Nagel 2009: 473ff.). Die jeweiligen Fragen sind in einem leitfadenorientierten Interview mehr oder weniger offen formuliert. Eine genaue Vorformulierung, Reihenfolge und Breite der Fragen würden das Erkenntnis über die Motivation des Befragten nach FLICK (2000) eher verstellen als eröffnen, weshalb eine flexible und non-direktive Gesprächsführung hier den ökonomischeren Weg darstellt (vgl. ebd.: 143). Neben allen wichtigen Fragen, die in Schlüsselfragen und optionale Fragen unterschieden wurden, gehörten zum hier entwickelten Leitfaden auch Hinweise, wie die einzelnen Blöcke eingeleitet wurden. Struktur und Inhalte des Leitfadens waren aber nicht in Stein gemeißelt und wurden im gesamten Verlauf der Interviewphase ständig kleineren Anpassungsprozessen unterzogen, durch die auf neue Erkenntnisse aus bereits durchgeführten Interviews reagiert wurde.

Die Interviews begannen jeweils mit einer Art *Vorbemerkung*, in der über die Ziele der Untersuchung sowie Sinn und Zweck des Interviews selbst gesprochen wurde. Es folgte ein Block mit *Fragen zur Person* und der Rolle innerhalb des kritischen Akteurs bzw. der gesamten Bewegung. Anschließend wurde auf die *Positionierung* des korporativen Akteurs eingegangen und die konkreten Positionen erfragt. Es folgte ein Block über die *Strategie* des Akteurs, in der nach Zielen und Mitteln gefragt wurde. Der anschließende Block über *Interaktionen*

bildete den Schwerpunkt des Leitfadens und ging auf Qualität und Quantität von Kontakten mit anderen Gentechnikkritikern ein. Ein letzter größerer Block widmete sich sodann noch dem *Blick in andere Länder* bzw. speziell ins andere Untersuchungsland und fragte nach Kontakten, die über Landesgrenzen hinweggehen, bevor abschließend im Schlussblock nach *offen gebliebenen Fragen* des Gegenübers gefragt wurde (siehe Anhang 14.1).

## 2.8. Interviewphase

Die Phase der qualitativen Leitfadeninterviews dauerte von Februar bis Mai 2013. Ein weiteres 13. ergänzendes Interview kam im Oktober 2014 noch hinzu. Sämtliche Gespräche wurden als *face-to-face*-Interviews in verschiedenen Orten in Deutschland und den Niederlanden durchgeführt. Pro Tag fand grundsätzlich ein Interview statt, einmal kam es zu zwei Terminen an einem Tag (siehe Anhang 9.1). Die Befragungen fanden in der Regel in den Räumen des jeweiligen korporativen Akteurs statt, für den die Interviewten tätig waren – teils wurden die Gespräche in den eigenen Büros der Gesprächspartner, teils aber auch in Aufenthalts- oder Besprechungsräumen geführt. Zweimal fanden die Interviews auch in Cafés statt, wo der öffentliche Charakter oder die höhere Geräuschkulisse aber keine nennenswerten Nachteile brachten. Drei Befragungen fanden auch zuhause bei den Interviewpartnern im privaten Wohn- oder Arbeitszimmer statt.

Nach der Versendung der Anschreiben Anfang Februar 2013 kamen die Interviewtermine unterschiedlich schnell zustande. Ein erstes Interview konnte bereits wenige Tage nach der telefonischen Kontaktaufnahme durchgeführt werden, bei anderen gestaltete sich die gemeinsame Terminfindung teils deutlich schwieriger, wobei die Schwierigkeiten in der Regel auf Seiten der Interviewpartner lagen. Der Interviewer selbst war bei der Terminfindung sehr flexibel, versuchte jedoch, Interviews an weiter entfernten Orten möglichst zeitlich nah zusammenzulegen, um Fahrtwege zu sparen. Die reinen Interviews dauerten zwischen 45 und 82 Minuten. Durchschnittlich lag die Befragungszeit bei 62 Minuten, wobei hier jeweils noch die Begrüßung sowie die Vor- und Nachbesprechung hinzukamen. In diesen Phasen wurde unter anderem auch

die Einrichtung der Audioaufnahme über einen Audiorecorder eingerichtet und die Interviewpartner über die Verwendung des Geräts aufgeklärt. Auch wurde im Zuge dessen auch noch einmal auf datenschutzbezogene Fragen eingegangen und das Einverständnis über den Umgang und die Verwendung der erhobenen Daten schriftlich von beiden Seiten durch Unterschrift fixiert (siehe Anhänge 9.5 und 9.6).

Die Zahl der geführten Interviews liegt mit 13 zwar nicht besonders hoch und auch die durchschnittliche Länge der Befragungen von rund einer Stunde ist nicht besonders lang. Anzahl und Länge haben aber durchaus ausgereicht, um einen guten Einblick in die Aktivitäten und Strategien der Interviewten und ihren Organisationenzu bekommen. Und auch wenn gerne noch jene Akteure interviewt worden wären, die ihre Mithilfe verweigert haben, so war dies zum Teil dadurch ausgeglichen, dass man in den stattgefundenen Interviews auch einen Einblick in die Aktivitäten und Denkweisen anderer Akteure bekam.

Bei den allermeisten Gesprächen bestand das Gegenüber aus einer Person. Ausnahmen bildeten zwei Interviews, bei denen zwei bzw. drei Interviewpartner teilnahmen. Dies schadete dem Gespräch nicht, sondern war im Gegenteil sehr fruchtbar, da sich die verschiedenen Personen ergänzen und korrigieren konnten und so weit mehr Informationen zusammenkamen als wenn nur eine Person allein befragt worden wäre. Etwas störend waren hingegen Unterbrechungen, zu denen es in drei der Interviews kam. In einem Fall hatte sich aufgrund eines an dem Tag bekanntgewordenen Betrugsskandals mit Bio-Eiern parallel kurzfristig ein Fernsehteam angekündigt, weshalb das Interview mehrmals für kurze Zeit unterbrochen werden musste und mehrfach der Raum gewechselt wurde. In einem anderen Fall kam für den Interviewpartner, der im Hauptberuf Tierarzt ist, ein Notfall dazwischen. Hier musste das Gespräch sogar für mehrere Stunden pausieren und konnte erst am Abend weitergeführt werden. Im dritten Fall wurde der Besprechungsraum, indem die Befragung stattfand, mittendrin durch andere Personen belegt, weshalb ein Alternativraum gesucht werden musste. Diese drei Personen bekamen zwischendrin zudem immer wieder Telefonanrufe, die sie auch annahmen. Die Brüche waren für die Durchführung der Interviews nicht sehr vorteilhaft, da

man teils sehr abrupt aus den Gesprächen gerissen wurde. Trotzdem funktionierte die Wiederanknüpfung jedes Mal doch wieder recht gut.

Das Ziel der Befragungen, Wissen und Erfahrungen der Interviewpartner möglichst umfassend rekonstruieren zu können, kann – soweit man dies als Außenstehender beurteilen kann – als durchaus gelungen bewertet werden. Die Interviewpartner waren während der Befragung allesamt sehr freundlich und zumeist herzlich und auskunftsfreudig. Ab und an wie etwa bei einer deutschen Branchenorganisation für biologische Landwirtschaft war beim Gegenüber zu Beginn aber auch eine gewisse Skepsis zu erkennen, die sich zum Beispiel in sehr kurzen Antworten äußerte und im Laufe des Interviews mehr und mehr verschwand. In einem anderen Interview mit einem niederländischen Ableger einer weltweit tätigen Umwelt-NGO war es weniger Skepsis sondern eher Vorsicht, die das gesamte Gespräch prägte. Zwar wurde nie explizit gesagt, dass man auf eine Frage nicht antworten könne, wolle oder dürfe. Trotzdem fiel an ausweichenden Antworten und vorsichtigen Formulierungen auf, dass der Interviewpartner nicht zu viele interne Informationen preisgeben wollte. Dies machte das Gespräch trotz alledem aber nicht unbedingt minder ergiebig. Bei einem anderen niederländischen Interviewpartner war es so, dass er leider weniger als erhofft zur konkreten Gentechnikthematik sagen konnte, was schade, aber auch Sinnbild der schwindenden Bedeutung des Themas in unserem Nachbarland war.

Die strukturierende Einteilung des Leitfadens in die verschiedenen Blöcke hatte sich während der Interviews als sehr gute Hilfe erwiesen. Die einzelnen Abschnitte dienten wie beabsichtigt als Orientierung und Gedächtnisstütze und erleichterten es auch, den Überblick zu behalten und zurück zur Struktur zu finden, wenn die Interviewpartner die für sie unbekannte Reihenfolge des Leitfadens durch ihre Erzählungen verließen. Trotz solcher Sprünge konnte der Bezug zum Leitfaden somit immer schnell wieder hergestellt werden.

## 2.9. Aufbereitung und Auswertung der erhobenen Daten

Die aus den Interviews gewonnenen Daten, die zunächst nur als Audiodateien vorlagen, mussten vor der Weiterverarbeitung von der mündlichen in die

schriftliche Sprachform übertragen werden. Für die Beantwortung der Untersuchungsfragen war es bei dieser Transkription nicht notwendig, Nichtgesprochenes wie Gesten, Nebengeräusche oder Gefühle mit darzustellen. Es reichte die reine Verschriftlichung der gesprochenen Worte. Die jeweilige Sprache der Gespräche wurde dabei beibehalten. Erst später, wenn einzelne Passagen der Interviews als Zitate Verwendung innerhalb der Untersuchung fanden, wurden niederländische Aussagen ins Deutsche übersetzt.

Neben den Interviewtranskriptionen bestanden die erhobenen Daten aber auch noch aus weiteren Texten. So wurden zum Teil auch die E-Mail-Konversationen mit den Interviewpartnern und mit anderen Experten des Politikfelds mit ausgewertet. Einen weiteren wichtigen Teil machten zahlreiche Presseartikel aus beiden Untersuchungsländern aus, die zum einen noch aus dem Samplingprozess vorlagen, zum andere aber auch unabhängig davon gefunden und mit aufgenommen wurden.

Sämtliche Texte wurden anschließend in die QDA-Software MAXQDA importiert und dort mithilfe der Methoden der computergestützten qualitative Daten- und Textanalyse aufbereitet. Diese Aufbereitung bestand vor allem aus dem Kategorisieren von Textabschnitten. Dazu wurde zunächst ein Kategoriensystem entwickelt, bei dem die Hauptkategorien deckungsgleich mit jenen Kategorien des Leitfadens waren: *Person*, *Akteur*, *Strategie*, *Interaktion* und *Nachbarland*. Diese Codes wurde anschließend weiter differenziert, sodass am Ende ein mehrgliedriges System mit Codes, die neben einer Kurzbeschreibung als Kommentar auch immer eine genaue Definition beinhalteten (siehe Anhang 9.3).

Als nächster Schritt in der Aufbereitung der Daten folgte die Zuordnung einzelner Textpassagen zu den erzeugten Codes. Bei dieser Codierung musste jedes Interview, jede importierte E-Mail und jeder herangezogene Presstext einmal oder mehrmals durchgegangen werden. Immer dann, wenn in einem Abschnitt Aussagen zu einem der Codes zu finden waren, erfolgte über die Software eine Zuordnung zu dem entsprechenden Code. Ein einzelner Abschnitt konnte so auch mit mehreren unterschiedlichen Codes verknüpft werden. Während dieser Codierung kam es nicht selten vor, dass noch Veränderungen am Codesystem durchgeführt wurden. So kamen während der Codierung immer wieder neue Codes hinzu oder bereits bestehende wurden zusammen-

gefasst, was am Ende dieses Prozesses ein nochmaliges Durchgehen des Codierungsschritts notwendig machte.

Die Möglichkeit der Codierung war der klare Vorteil der Verwendung des QDA-Programms. Vor allem die Tatsache, dass Textstellen mehrere Codes zugewiesen werden konnten, machte dieses Instrument unschlagbar. Die Codes konnten zudem ohne Probleme – und vor allem ohne Verluste – abgeändert oder erweitert werden. Daneben standen alle Texte gebündelt an einer Stelle zur Verfügung und konnten gemeinsam nach Schlagwörtern durchsucht werden.

Für die Auswertung der Daten brachte es eine hohe Arbeitserleichterung, dass alle Textpassagen, die mit einem speziellen Code codiert wurden, einfach per Mausklick ausgegeben werden konnten. Bei der Verschriftlichung des Analyseteils dieser Arbeit konnte somit schnell und unkompliziert auf diese Codes zurückgegriffen und die einzelnen Aussagen nebeneinanderlegt und miteinander verglichen werden. So entstand schnell ein Gesamtbild aller Aussagen zu einem bestimmten Untersuchungskriterium.

### 3. Fallbeschreibung

Bevor sich der Beantwortung der Untersuchungsfragen gewidmet wird, gilt es zunächst in Form einer Strukturanalyse des Politikfelds einen Überblick über das Politikfeld und die Politikarena der Grünen Gentechnik zu erlangen. Diese Analyse soll in drei Schritten vorgehen: Zunächst soll dabei anhand eines historischen Überblicks über die Entwicklung von Grüner Gentechnik und dem damit verbundenen öffentlichen Protest näher dargestellt werden, was genau dieses Politikfeld zu einem derart umstrittenen gemacht hat (siehe Kapitel 3.1). Anschließend soll sodann beschrieben werden, auf welchen politischen Ebenen und in welchen regionalen Kontexten die Technologie der Grünen Gentechnik politisch eine große Rolle spielt und wie unterschiedlich dabei zum Teil gehandelt wird (siehe Kapitel 3.3), bevor dann in Kapitel 4 der Fokus auf die Akteure der Policy-Arena gelegt wird. Dabei werden die beteiligten Akteure näher bestimmt und jene für die Untersuchung relevanten Organisationen, Verbände und Bewegungen herausgestellt.

#### 3.1. Chronologie und Analyse der Konfliktlage

Zu Beginn soll sodann erst einmal ein Überblick über die Entwicklung der Grünen Gentechnik von ihrer Entdeckung bis zum heutigen Tag gegeben werden, um die jüngsten Entwicklungen sowie Möglichkeiten und Schwierigkeiten dieser Technologie klar herauszustellen und den entstandenen Konflikt somit besser einzuordnen, zu analysieren und bewerten zu können.

##### 3.1.1. Aufkommen der Technologie

Um die Debatte über den Einsatz von gentechnologischen Methoden bei der Nahrungsmittelherstellung besser verstehen zu können, ist es notwendig, eine kurze Einführung in sowohl die wissenschaftlichen Grundlagen dieser Technologie als auch die historische Entwicklung des Gentechnikeinsatzes in Lebensmitteln zu geben. Historisch lässt sich die Entwicklung bis zum heutigen Tag nach CONRAD (2004: 15; 2005: 83f.) in drei Entwicklungsphasen einteilen, welche

durch Umbrüche bzw. Entwicklungssprünge voneinander abzugrenzen sind: Zu Beginn der Entwicklung steht die Phase der theoretischen Grundlegung (ca. 1944–1972), gefolgt von der Phase der experimentellen Praxis genetischer Neukombination (ca. 1973–1980) und der Phase der kommerziellen Nutzung (ca. 1981 bis heute).

#### *Entwicklungsphasen der (Grünen) Gentechnik*

- (1) Die *erste Phase* beginnt mit der Entdeckung der Trägerin der Erbinformation von Organismen, der DNA, im Jahr 1944. In der DNA befindet sich jenes genetische Material, welches in jeder Zelle eines Organismus vorhanden ist. Selbst besteht die DNA wiederum aus Genen, welche die Informationen beinhalten, die für die Generierung von Zellen und Proteinen wichtig sind. So bilden die innerhalb der DNA gelagerten Informationen stets den Bauplan eines Eiweißmoleküls sowie Informationen darüber, wann wie viele Moleküle erzeugt werden sollen. Bevor Naturwissenschaftler dieses Wissen auch für die Züchtung von Organismen anwenden konnten, bedurfte es zunächst noch weiterer Grundlagenforschung, aus welcher schließlich die molekularbiologische Beschreibung der DNA als Doppelhelix im Jahr 1953 und die anschließende Entschlüsselung des genetischen Codes im Jahr 1961 hervorgingen. Den Forschern war es somit möglich, individuelle Gene zu identifizieren und teilweise auch ihre spezifischen Eigenschaften festzustellen und zu encodieren (vgl. Conrad 2004: 15; Lelley 1998: 19; Meins 2003: 105).
- (2) In der anschließenden *zweiten Phase* der gentechnologischen Entwicklung standen die ersten experimentellen Versuche im Mittelpunkt, um die Erbinformationen von Organismen mit denen anderer Organismen zur rDNA – der rekombinanten DNA – zu rekombinieren. Auslösend für diesen neuen Entwicklungssprung war zunächst die im Jahr 1971 gefundene Möglichkeit, die vorher entzifferten Gene innerhalb der DNA-Moleküle aus der Gesamtmenge der DNA herauszuschneiden. Im Jahr 1972 waren die Techniken dann soweit entwickelt, dass isolierte Gene in das Genom eines anderen Organismus eingepflanzt werden konnten. Diese Technik des *genetic engineering* konnte in der weiteren Entwicklung immer mehr verbessert werden,

um eine oder mehrere Eigenschaften des Empfängerorganismus zu verändern. Mit dieser Praxis der *In-vitro*-Neukombination war so ein Übergang von rein grundlagenorientierter Forschung hin zur experimentellen Praxis gelegt worden (vgl. Conrad 2004: 15; Lelley 1998: 19; Meins 2003: 105; Saalbach 2008: 137).

Zeitgleich mit dem Übergang in die anwendungsbezogene Praxis der Gentransformation – noch bevor die Technologie weitgehend entwickelt und nutzbar war – begannen Anfang der 1970er Jahre erstmals auch Diskussionen um Schutzmaßnahmen vor potenziellen Gefahren der Gentechnik. Bis zum Jahr 1974 machte sich immer mehr grundsätzliche Skepsis breit und es wurde offen die Frage gestellt, ob die Neuentdeckungen überhaupt Grundlage neuer Forschungsarbeiten werden dürfen. Befürchtet wurden zum damaligen Zeitpunkt vor allem eine mögliche unkontrollierte Ausbreitung krebs erzeugender Virusgene sowie ein erhöhtes Krebsrisiko für die Menschheit. Als außergewöhnlich kann dabei die Tatsache angesehen werden, dass die Initiatoren der Diskussion nicht aus den Reihen von Öffentlichkeit oder Industrie, sondern direkt aus der Wissenschaft selbst stammten. So war es eine Gruppe führender Biochemiker und Mikrobiologen um den Stanford-Professor PAUL BERG, die im Jahr 1974 vorschlugen, bei der *National Academy of Sciences* in den USA ein Komitee zu gründen, welches die Sicherheit der Gentechnik diskutieren sollte. Dieses Komitee kam schließlich unter dem Vorsitz BERGS zustande und publizierte als Ergebnis ihrer Arbeit einen Report in Form eines Briefes, welcher in den beiden führenden naturwissenschaftlichen Zeitschriften *Science* und *Nature* veröffentlicht wurde (vgl. Berg et al. 1974a; 1974b). Dieser als „Berg letter“ bezeichnete offene Brief erhielt einen von elf führenden Wissenschaftlern unterzeichneten Aufruf, der neben vielen anderen Empfehlungen unter anderem die Einführung klarer Richtlinien für die Forschung mit rekombinanter DNA und die Einführung eines freiwilligen Moratoriums für spezielle rDNA-Experimente, bei dem zu einem vorläufigen Verzicht bestimmter gentechnischer Versuche aufgerufen wurde, forderte. Abschließend rief man auch dazu auf, eine internationale Forscherkonferenz zu organisieren, um die Sicherheitsaspekte der neuen Technologien

und Methoden erneut in einem größeren Rahmen zu diskutieren. Der offene Brief der US-amerikanischen Forscher trug maßgeblich dazu bei, die Debatte um Risiken der Gentechnologie weiter zu entfachen und führte so auch zu erheblichen Konflikten innerhalb der Forschergemeinschaft, da etliche Wissenschaftler gegen das geforderte Moratorium aufbegehrten. Die von BERG et al. geforderte Fachkonferenz, die im Jahr 1975 in dem Kalifornischen Ort Pacific Grove stattfand und als Asilomar-Konferenz<sup>48</sup> in die Geschichte einging, führte die entbrannte Debatte weiter und trug zu einem ersten Ausgleich bei. So wurde auf der Konferenz die Einschränkung der Forschungsaktivitäten bis zur Einführung verbindlicher Leitlinien durch das *National Institute of Health* (NIH) vereinbart. Diese Selbstbeschränkung der Forscher stieß trotz ihres freiwilligen Charakters auf positive Resonanz innerhalb der Forschergemeinschaft – wohl auch, so vermutet SAALBACH (2008: 137f.), weil die Industrie zum damaligen Zeitpunkt noch nicht nennenswert mit der Forschung verflochten war (vgl. Bandelow 1999: 88f.; Conrad 2005: 124; Saalbach 2008: 137f.).

- (3) Diese erstmaligen gesetzlichen Regelungen zur Forschungspraxis mit gentechnisch veränderten Organismen überschneiden sich in etwa mit dem Beginn der *dritten Phase* der Entwicklung gentechnologischer Forschungspraxis, in der die kommerzielle Nutzung im Mittelpunkt steht. In dieser bis heute andauernden Phase wurde die anwendungsbezogene ökonomische Erschließung des Forschungsfeldes begonnen, indem etablierte Industrieunternehmen aus dem chemisch-pharmazeutischen-, agroindustriellen- und Lebensmittel produzierenden Bereich nach und nach zu den bedeutenden Spielern dieses Politikfelds wurden und die wissenschaftlichen Akteure immer öfter in den Hintergrund traten (vgl. Conrad 2004: 15; Conrad 2005: 84).

#### *Möglichkeiten und Abgrenzung der Grünen Gentechnik*

Was unterscheidet die Methoden der modernen Gentechnik jetzt aber derart von den konventionellen Methoden der Züchtung, dass sie ökonomisch so

---

<sup>48</sup> Asilomar geht auf den Strandabschnitt Asilomar State Beach zurück, wo sich ein großes Konferenzzentrum befindet.

reizvoll erscheinen? Grundsätzlich, so argumentiert AMMANN, bedeutet der gentechnische Eingriff in die Evolution „in vielen Fällen zwar nicht ein Beschreiten absolut neuer Wege der Genübertragung“ (1995: 178), dafür bieten die modernen biotechnologischen Techniken aber etliche Vorteile. So steht bei konventionellen Zuchtprogrammen die Kreuzung am Anfang des Veredlungsprozesses von Organismen. Will man eine bestimmte Eigenschaft einer Sorte in einen anderen Organismus übertragen, dann wird zwischen beiden Kreuzungseltern – sowohl im funktionalen wie im nichtfunktionalen Bereich – viel DNA-Material ausgetauscht und bei den Nachkommen sehr viele Eigenschaften verändert. Um jedoch Organismen zu erlangen, die wiederum der Ursprungsorte ähneln und mit den gegebenen Anbaubedingungen auch zurechtkommen, bedarf es einer langwierigen Züchtungsarbeit mit wiederholender Kreuzung und Selektion. Im direkten Vergleich bieten die Methoden der modernen Gentechnologie so nicht nur eine wesentliche Beschleunigung der oft langwierigen Kreuzungsvorgänge, sondern sie eröffnen mehr Flexibilität, da die Übertragung von Eigenschaften nicht zwangsläufig an die Sexualität von Absender- und Empfängerorganismus gebunden ist (vgl. Ammann 1995: 178; Lelley 1998: 18ff.).

#### *Entwicklungsstadien gentechnischer Manipulation*

Im Entwicklungsverlauf der vergangenen rund dreißig bis vierzig Jahre kann man in der Grünen Gentechnik insgesamt drei Generationen gentechnisch veränderter Pflanzen unterscheiden, von welchen sich lediglich die ersten beiden auf die Lebensmittelproduktion beziehen und somit für diese Untersuchung relevant sind. So war die *erste Generation* gentechnisch veränderten Saatguts einzig und allein auf verbesserte agronomische Input-Eigenschaften zur Verbesserung der Kultivierung und des Ertrags ausgelegt – die Qualität des Endprodukts selbst konnte zunächst nicht beeinflusst werden. Direkte Vorteile ergaben sich aus dem genveränderten Saatgut somit nicht für die Verbraucher, sondern nur für die Landwirtschaft selbst, welche sich durch solche neuen Eigenschaften wie Insektenresistenz oder Herbizidtoleranz stark verbesserte Anbaubedingungen und enorme Zeitersparnisse versprachen.

Wo bei der ersten Generation lediglich ein oder zwei Gene verändert werden, setzt die *zweite Generation* gentechnisch veränderter Pflanzen komplexer an und zielt direkt auf die Output-Eigenschaften der Pflanzen ab. Hierbei wird direkt in den Stoffwechselprozess des Organismus eingegriffen, um im späteren Endprodukt veränderte Eigenschaften des Nahrungsmittels zu erzielen. Mit diesem als *functional food* bezeichneten Genfood ist es durch die Anpassung gleich mehrerer Gene beispielsweise möglich, den Fasern oder Körnern des Endproduktes andere, verbesserte Eigenschaften zu vergeben und somit die Ernährungsqualität zu erhöhen. Bei Eingriffen in den Stoffwechselprozess kommt es jedoch auch leicht zu unerwünschten Nebeneffekten, welche sich etwa durch nicht beabsichtigte Anfälligkeit gegen Pilze oder Kleinwuchs äußern. Aufgrund dessen dominieren genveränderte Lebensmittel der ersten Generation gegenüber jenen der zweiten Generation zahlenmäßig auch heute noch auf dem Markt. Solche *functional food*-Eigenschaften kommen somit heute nur in wenigen Lebensmitteln wie zum Beispiel Raps und Soja (veränderter Fettsäurenstoffwechsel), Tomaten (Anti-Matsch-Tomate mit verspätetem Reifeprozess) oder zukünftig auch Reis (Goldener Reis mit Anreicherung von Provitamin A) vor (vgl. Conrad 2004: 10f.; Conrad 2005: 81, 105; Meins 2003: 109f.).

### 3.1.2. Aufkommen des Protests

Da neben den vielfältigen Vorteilen und Chancen, die der Gentechnologie im Lebensmittelbereich bescheinigt werden, immer wieder auch unbeabsichtigte Nebenfolgen und somit potenzielle Gefahren attestiert werden, spricht man bei dieser Technologie von einer *Risikotechnologie*. Und so hat sich die Diskussion um den Einsatz der Gentechnik in Nahrungsmitteln durch die sehr unterschiedlichen Wahrnehmungen und Interessenlagen der beteiligten Akteure als einerseits technisch-ökonomische Innovation und andererseits Risiko für Mensch und Umwelt zu einem gesellschaftlichen Konflikt entwickelt. Die damit verbundenen Proteste machen dieses Thema auch für eine politikwissenschaftliche Betrachtung und Analyse interessant: Wurde das Politikfeld der Grünen Gentechnologie in den Anfangsjahren der Entwicklungsgeschichte nur sehr vereinzelt zum Gegenstand politikwissenschaftlicher Analysen, begannen

seit dem Ende der 1980er Jahre in einigen europäischen Ländern breitere politikwissenschaftliche Auseinandersetzungen um den sich anbahnenden Akzeptanz- und Wertekonflikt, der bis zum heutigen Tag mehr oder weniger stark anhielt (vgl. Bandelow 1999: 75; Behrens/Meyer-Stumborg/Simonis 1997: 43; Callies 2007: 1).

#### 3.1.2.1. Versprochene Vorteile der Grünen Gentechnik

Will man die Vorteile und Nachteile von Genfood gegeneinander abwägen, dann scheinen einigen Chancen etliche potenziellen Risiken gegenüber zu stehen. *Vorteile* ergeben sich dabei zum einen für die Hersteller der Produkte und zum anderen für die Verbraucher. Sowohl in der industriellen wie der landwirtschaftlichen Produktion und Verarbeitung gentechnisch veränderter Lebensmittel erhofft man sich durch den Einsatz der neuen Technologien etliche Vorteile, welche letztendlich auch zu einem ökonomischen Gewinn führen sollen.

So erzielten Unternehmen wie etwa Agrarbetriebe aus dem Bereich des Pflanzenschutzes beispielsweise eine erhöhte Widerstandsfähigkeit von Gewächsen gegen schädliche Insekten oder Pilze, indem man etwa wie beim Bt-Mais ein Gen des *Bacillus thuringiensis* in das Erbgut von Pflanzen einbrachte und so eine toxische Wirkung gegen unerwünschte Insekten hervorrief. Weiterhin konnte man durch den Einsatz der Gentechnologie eine Virusresistenz beispielsweise beim Obst erzielen und so den Einsatz von Pestiziden vermindern. Außerdem denkbar und vielfach durchgeführt ist im Bereich des Pflanzenschutzes eine Herbizidtoleranz bei Kulturpflanzen, welche mit Hilfe der gentechnischen Methoden ermöglicht wird. Diese führt dazu, dass der Einsatz von Unkrautvernichtungsmitteln wie das von der Firma *Monsanto* entwickelte Totalherbizid *Roundup* wohl auf Unkräuter, nicht jedoch auf das parallel angebotene genetisch veränderte Saatgut von Mais-, Soja-, Raps- und Baumwollpflanzen wirkt. Die *Roundup Ready*-Pflanzen überstehen durch die vorherige Manipulation des Erbgutes so den Einsatz des Herbizides (vgl. Meins 2003: 106; Pfannhauser 1998: 122f.).

Weitere Vorteile auf der Herstellerseite ergeben sich aus einer möglichen Verbesserung des Rohmaterials und der technologischen Verarbeitung des Produktes. So ist es dabei beispielsweise möglich, die Verträglichkeit von

Produkten auf die Zuführung großer Hitze zu verbessern und bei Lebensmitteln Temperaturresistenzen zu erzeugen. Auch denkbar ist es, den Nährwert von Futter- und Nahrungsmitteln zu verbessern (vgl. Meins 2003: 106; Pfannhauser 1998: 123f.; Rucht/Yang/Zimmermann 2008: 51).

Auf dem Gebiet der Produkteigenschaften werden Vorteile weiterhin bei den Festigkeitseigenschaften von Produkten gesehen. So lässt sich durch genverändernde Methoden zum Beispiel die Qualität von Teig durch eine höhere Elastizität erreichen. Auch kann – wie bei der seit Mai 1994 in den USA erhältlichen *Flavr-Savr-* oder *Anti-Matsch-Tomate* geschehen – die Viskosität eines Produktes durch einen Eingriff in das Erbgut angepasst und verbessert werden: Dabei kann durch Einführung des so genannten *Antisense*-Gens in Tomaten der Pektinabbau in der Frucht verlangsamt werden, ohne die anderen Reifungsprozesse zu behindern. Die gewünschte höhere und länger anhaltende Viskosität von Tomaten und Tomatenpüree kann somit ohne eine Verschlechterung des Aromas der Pflanzen erfolgen. Unter die verbesserten gentechnischen Methoden zur technologischen Verarbeitung von Nahrungsmitteln gehört auch die Verbesserung der Lagerdauer, die beispielsweise durch eine Verzögerung des Reifeprozesses hergestellt werden kann. So kann man bereits seit einigen Jahren durch die Einführung eines zusätzlichen Enzyms in Pflanzen die natürliche Biosynthese von Äthylen verhindern (vgl. Meins 2003: 106; Pfannhauser 1998: 124f.).

Während die Vorteile der Grünen Gentechnik für die Herstellerseite zwar deutlich erkennbar sind, werden sie heute jedoch außer in der Produktion von Tierfuttermitteln erst in wenigen Verfahren und Produkten eingesetzt. Anders sieht es auf der Seite der Verbraucher aus, denn für sie war ein persönlicher Nutzen von Genfood lange Zeit kaum erkennbar. Zwar wurden von Herstellerseite immer wieder Verbesserungen der Endprodukte angekündigt, diese kamen bislang jedoch eher selten zur Geltung. So versprach man den Verbrauchern höhere Hygienestandards genauso wie eine längere Haltbarkeit der Produkte, einen besseren Geschmack oder auf bestimmte Krankheitsbilder zugeschnittene Produkte (das bereits erwähnte *functional food*). Ferner verspricht man sich von Produktionsseite für die Zukunft das auf den Markt bringen von Produkten ohne unerwünschte allergene Eigenschaften oder schlichtweg gesünderen Lebensmittel

durch die gentechnische Erhöhung des Eisen-, Zink- oder Vitamingehaltes. Auch über die Veränderung von sensorischen Eigenschaften in Pflanzen wurde nachgedacht. So wurde beispielsweise mit Kartoffeln experimentiert, denen man ein Protein einsetzte, welches zu einem Süßgeschmack im Endprodukt führt und so als Zuckerersatz für Diabetiker taugen könnte. Auf die Verbraucherseite bezogen argumentiert die Industrie zudem noch mit dem Argument, dass mit Hilfe der Grünen Gentechnologie Nutzpflanzen derart manipuliert werden können, dass sie auch in trockenen und somit armen Landstrichen kultiviert werden können. Solche Lebensmittel für Arme könnten sodann die Nahrungsmittelnachfrage in diesen Gebieten befriedigen und das weltweite Hungerproblem lösen, so die Argumentation der Industrie (vgl. Bernauer 2003: 47; Conrad 2004: 47; Meins 2003: 106; Pfannhauser 1998: 125).

### 3.1.2.2. Nachteile und potenzielle Risiken der Grünen Gentechnik

Neben diesen aufgezeigten möglichen und erhofften Vorteilen für Hersteller und Verbraucher bestehen auch etliche Befürchtungen zur weiteren Verbreitung gentechnisch hergestellter Lebensmittel. Kritisch äußern sich vor allem Umwelt- und Verbraucherschützer über die möglichen Folgen eines erhöhten Gentechnikeinsatzes. Aber auch aus anderen Bereichen äußerte man sich besorgt zu potenziellen Gefahren. Im Zentrum der Debatte stehen dabei zum einen die menschliche Gesundheit und zum anderen das ökologische Gleichgewicht.

So behaupten Kritiker der neuen Technologien einerseits, dass die Markteinführung und anschließende regelmäßige Berührung des Menschen mit genmanipulierten Organismen in Lebensmitteln *langfristig zu Schäden der menschlichen Gesundheit führen* kann. Vorrangig werden dabei einige wenige Aspekte diskutiert, bei denen negative Folgen zurzeit nicht ausgeschlossen werden können: Gewarnt wird dabei zunächst vor einer Entstehung von schädlichen Produkten durch die Rekombination eines pflanzlichen Genoms und eine dadurch hervorgerufene Veränderung des Stoffwechsels des manipulierten Organismus. Auch die mögliche Schädigung durch den Übergang der weit verbreiteten genetisch veränderten Enzyme – die in der Nahrungsmittelproduktion in Lebensmittel eingeschleust werden – auf den menschlichen Körper, wird immer wieder diskutiert. Kritisch gesehen werden weiterhin die denk-

baren allergischen Wirkungen, welche rekombinante DNA bei anfälligen Menschen hervorrufen könnte. Abschließend steht die theoretische Möglichkeit eines schädlichen DNA-Transfers auf der Liste der diskutierten negativen gesundheitlichen Aspekte eines Gentechnikeinsatzes im Nahrungsmittelbereich. Da wir mit unserer Nahrung permanent fremd-DNA aufnehmen und Bakterien im menschlichen Darmbereich theoretisch zur Aufnahme von Genen fähig sind, wird von Kritikern die Übernahme von so eingeschleppten Antibiotikaresistenzen in den menschlichen Körper befürchtet (vgl. Katzek 1995: 159ff.; Lelley 1998: 24f.; Meins 2003: 107f.; Saalbach 2008: 177ff.).

Fast alle der geäußerten Befürchtungen von Genfood für die menschliche Gesundheit gründen auf Vermutungen und sind nicht empirisch belegt. So ist laut BERNAUER (2003: 24f.) bislang keine wirklich relevante Studie veröffentlicht worden, welche Gesundheitsrisiken durch die Zunahme genetisch manipulierter Nahrung festgestellt hat. Auch ist bis zum jetzigen Zeitpunkt von keinen offenkundig negativen Effekten berichtet worden. Allerdings befinden sich die Produkte auch erst seit etwa fünfzehn bis zwanzig Jahren überhaupt auf dem Markt, was bezüglich der Abschätzung und Beurteilung einer Langzeitwirkung dieser Produkte einen eher geringen Zeitraum darstellt (vgl. ebd.; Meins 2003: 107).

Mehr noch als die prophezeiten Risiken beim Menschen werden aus den Reihen der Kritiker die möglichen Schäden an der Umwelt betont. Seit der ersten Berührung von rekombinanter DNA mit dem ökologischen System im Jahr 1987 in den USA gab es bis zum Jahr 2003 mehr als 20.000 Feldversuche mit transgenem Saatgut. Sollten diese Ausbringungen langfristig zu negativen Umweltfolgen führen, dann gingen bis zu diesem Zeitpunkt von rund 44 Mio. Hektar Land potenzielle Gefahren aus. Denn sobald die neugeschaffenen Organismen die geschlossenen Räume der Forschungslaboratorien verlassen, kann deren Ausbreitung nicht mehr verhindert werden – eine Rückholbarkeit ist nicht mehr gegeben. Dementsprechend werden von skeptischen Forschern und anderen Kritikern verschiedene Risikoszenarien über eine mögliche Gefährdung des ökologischen Gleichgewichts diskutiert.

So können einzelnen Gene von Organismen durch vertikalen bzw. horizontalen Gentransfer auf artverwandte oder fremde Organismen weitergegeben werden. Die über gentechnische Methoden eingebrachten neuen Erbanlagen

können damit zum einen möglicherweise durch den natürlichen Pollenflug oder durch Tiere (etwa Bienen oder Blattläuse) auf andere Gewächse wie wildwachsende Verwandte übertragen werden. Aber auch ohne eine sexuelle Paarung kann eine Übertragung eines Fremdgens in das Genom einer Zielpflanze durch so genannten horizontalen Gentransfer erfolgreich verlaufen. Eine solche Transformation ist etwa dann möglich, wenn Pflanzenteile im Boden zurückbleiben und von Bakterien aufgenommen werden. Durch den natürlichen Gentransfer besteht somit die reelle Gefahr, dass durch Genmanipulation neu eingeführte Vorteile wie etwa eine Insekten- oder Herbizidtoleranz ihren Nutzen recht schnell verlieren, wenn Insekten und Unkräuter selbst auch gegen die eingesetzten Herbizide immun werden. Durch das Eintreten derartiger Szenarien wäre das ökologische Gleichgewicht irreparabel gestört und die biologische Vielfalt gefährdet (vgl. Ammann 1995: 179; Lelley 1998: 24ff.; Meins 2003: 108; Shiva 2002: 48).

### 3.1.2.3. Risikobegriff in Bezug auf neue Technologien

So unheimlich sich diese Szenarien auch anhören mögen, abschließend lässt sich die Frage nach der Höhe des gesundheitlichen und ökologischen Restrisikos, welches sich durch die beabsichtigten und unbeabsichtigten Wirkungen der Freisetzung genetisch manipulierter Organismen in die Natur und den Verzehr von Genfood ergibt, mit dem heutigen Stand der wissenschaftlichen Forschung nicht beantworten. Zwar erscheint die Grüne Gentechnik für die Vertreter der naturwissenschaftlichen Risikoforschung, welche mithilfe analytischer Verfahren labortechnisch beherrschbare Bereiche untersuchen, kontrollierbar. Dabei werden zunächst allerdings nur die direkten und zeitlich unmittelbaren Folgen der neuen Technologie untersucht. Fragen nach ganzheitlichen und vor allem langfristigen ökologischen und gesundheitlichen Folgen bleiben jedoch unbeantwortet, da solche Szenarien wegen ihrer Unüberschaubarkeit nicht unter geschlossenen Laborbedingungen untersucht werden und somit nur vage Vermutungen angestellt werden können (vgl. Gill/Bizer/Roller 1998: 15; Sauter/Meyer 2000: 7).

Die Frage nach nicht-intendierten Folgen spielt auf lange Sicht nicht nur bei der Grünen Gentechnik, sondern bei jeder Einführung von neuen Techno-

logien eine Rolle – ein Problem, welches sich mit dem gesteigerten Innovationsdruck heutiger Tage immer weiter zuspitzen wird. So wachsen laut GILL, BIZER und ROLLER (1998) bei den modernen leistungsfähigen Technologien zum einen die Missbrauchsmöglichkeiten, Unfallrisiken und unbeabsichtigten Effekte an. Zum anderen müssen neue Technologien und Produkte durch die steigenden Entwicklungskosten immer schneller auf den Markt gebracht werden, um betriebswirtschaftlich rentabel zu sein. Aus diesem Grund sei es notwendig, sich bereits vor der Einführung neuer Technologien über negative Folgen bewusst zu werden (vgl. ebd.: 17). Die Gegner der Grünen Gentechnik bestanden dabei auf eine sorgfältige Kontrolle der neuen Technologien mit allen zur Verfügung stehenden Möglichkeiten und beschworen ansonsten den Mythos der „Büchse der Pandora“ herauf. Dabei warnten sie vor nicht mehr rückgängig zu machenden Veränderung für das Ökosystem und die menschliche Gesundheit. Um solchen Entwicklungen vorzubeugen, wurde gefordert, Genfood auch ohne eine eindeutige wissenschaftliche Praxis restriktiv zu behandeln, um mögliche Gefahren ausschließen zu können (vgl. Rucht/Yang/Zimmermann 2008: 47; Saalbach 2008: 179).

Insofern ist es beachtenswert, dass auf dem Gebiet des Grünen Gentechnik – zumindest in Europa – bereits früh rechtliche Zulassungsverfahren etabliert wurden, und zwar noch bevor eine breite Einführung der neuen Technologie erfolgte und erste empirische Erfahrungen mit Schäden gemacht werden konnten. Im Gegensatz etwa zu den USA orientiert sich die europäische Regulierungspraxis dabei an dem sogenannten *Vorsorgeprinzip* oder *precautionary principle*, welches auf deutsche Umweltprogramme der 1970er und 1980er Jahre zurückgeht und zuletzt durch die Nachhaltigkeitsdebatte wieder an Bedeutung gewann. Es orientiert sich dabei an der Leitlinie eines *better safe than sorry* und setzt die Hürden für einen Markteintritt neuer gentechnisch veränderter Produkte sehr hoch. Hingegen bleiben die haftungsrechtlichen Auswirkungen bei einem auftretenden Schaden durch ein zugelassenes Produkt in Grenzen (vgl. Strünck 2006: 170ff.). Die konkrete Regulierungspraxis handhabt das Vorsorgeprinzip dabei so strikt, dass es bewusst auch über die wissenschaftliche Evidenzlage hinausgeht und auch potenzielle Gefahren mit in Betracht für die Abwägung einer Zulassung von gentechnisch Veränderten Produkten auf dem

gemeinsamen Markt zieht. Zumindest im strikt regulierten Europa steht dies einem zeitnahen Ertrag der investierten Forschungskosten entgegen und wirkt sich negativ auf die tatsächliche Wirtschaftlichkeit der neuen Produkte aus (vgl. Gill/Bizer/Roller 1998: 18; Saalbach 2008: 125).

#### 3.1.2.4. Gründe für die Ablehnung und Befürwortung der Technologie

Insgesamt ist der Prozess um die Einführung der Gentechnik im Nahrungsmittelbereich – und das nicht allein aufgrund der bescheinigten potenziellen Gefahren der Technologie – sowohl mit Ängsten als auch mit vielen Hoffnungen verbunden. Aus diesen gegensätzlichen Ansichten ergibt sich ein tiefgreifender Konflikt, an welchem die verschiedensten Akteure mit ihren sehr heterogenen Einstellungen beteiligt sind: Jene, welche die neue Technologie fürchten und vergeblich nach einem persönlichen Nutzen suchen genauso wie jene, die Schäden für Mensch und Umwelt befürchten, jene, die ihre Arbeitsplätze durch Rationalisierungsbestreben in Gefahr sehen oder jene, die sich durch die neuartigen Methoden hohe Innovationspotentiale versprechen.

Die Beteiligten an diesem Konflikt unterscheiden sich nach BEHRENS, MEYER-STUMBORG und SIMONIS (1997a: 45) durch verschiedene normative Grundsätze, Ideologien oder Welt- und Menschenbilder. Aber auch unterschiedliche individuelle Zukunftsentwürfe und Lebensstile tragen zu diesem Spannungsverhältnis bei, wodurch es sich im Kern um einen *Wertkonflikt* von auf der einen Seite innovations- und auf der anderen Seite traditionsorientierten Positionen handelt. Zumindest für die Bundesrepublik Deutschland geht dies so weit, dass BEHRENS, MEYER-STUMBORG und SIMONIS (ebd.: 102) aufgrund der konträren Wertvorstellungen und Positionen sogar von einem *Fundamentalkonflikt* sprechen. Neben den groben Positionen von Pro oder Contra sind in der Debatte um die Agro-Gentechnik jedoch viel differenziertere Interessen und Aspekte gesundheitlicher, sozialer, ethischer, religiöser und ökonomischer Art von Bedeutung, welche jeweils mit Erwartungen oder Befürchtungen verbunden sind (vgl. ebd.: 11ff.; Bernauer/Meins 2003: 644).

Auf der Seite der *Erwartungen* glauben die Befürworter der Grünen Gentechnik daran, dass die kritischen Stimmen nach einer flächendeckenden Einführung der Technologie, dem positiven Ausgang von Langzeituntersuchungen

und weltweit akuter werdenden Nahrungsproblemen automatisch verstummen werden. Grundsätzlich wird von diesen Akteuren dabei auch kein grundsätzlicher Unterschied zwischen einer gentechnischen Manipulation von Pflanzen oder den herkömmlichen Züchtungsmethoden gemacht. Molekularbiologen erscheinen die Methoden der Gentechnik oft sogar als berechenbarer und damit sicherer als die herkömmlichen Züchtungstechniken, da bei den modernen Methoden die jeweils übertragenen DNA-Sequenzen weitgehend bekannt sind. Bei der konventionellen Kreuzung hingegen würden Genome verschiedenster Organismen ihrer Meinung nach blind durcheinandergewürfelt. In Bezug auf wachsende Anbauflächen und positive Erfahrungsberichte von Landwirten verbinden Befürworter wie etwa Pharma- und Agrarunternehmen neue Innovationsmöglichkeiten und Wachstumschancen mit der Einführung der Grünen Gentechnik und erwarten langfristig somit wirtschaftliche Erfolge. Hiervon würden dann auch Landwirte und Verbraucher profitieren und als sozialer Effekt dauerhaft auch *neue Arbeitsplätze* entstehen (vgl. Bernauer 2003; Gill/Bizer/Roller 1998: 52; Rucht/Yang/Zimmermann 2008: 45ff.).

*Befürchtungen* ergaben sich hingegen bereits früh durch die von Anfang an geäußerten innerwissenschaftlichen Bedenken und geführten Diskussionen in den 1970er Jahren. Richtig stark wurde die Ablehnung der Grünen Gentechnik aber erst durch die vielen Lebensmittelskandale ab dem Ende der 1990er Jahre und dem stärker werdenden Wunsch nach möglichst naturbelassenen, technisch nicht veränderten Lebensmitteln unter den Verbrauchern. Viele Gegner sahen im Genfood somit eine Marktstrategie, welche diesen neuen Tendenzen diametral entgegenstand. Da potenziell alle Menschen in ihrer Rolle als Konsumenten von der Gentechnik im Lebensmittelbereich betroffen sind, erwirkte die BSE-Krise bei vielen Verbrauchern ein Umdenken und fungierte als Auslöser einer Vertrauenskrise: Die Tatsache, dass BSE-Erreger in Einzelfällen auf den Menschen überspringen können, vergrößerte die Angst nach unentdeckten Risiken in Lebensmitteln, welche auch bei der Grünen Gentechnik vermutet wurden. Verstärkt wurde dieses Misstrauen auch dadurch, dass sich für die Verbraucherschaft selbst überhaupt keine offenbaren Vorteile aus der neuen Technologie ergaben. So ist die Rote Gentechnik aufgrund ihres viel größeren persönlichen Nutzens sehr viel stärker akzeptiert als es die Grüne Gentechnik

jemals war. Die immer wieder geäußerten Befürchtungen von negativen Folgen für Gesundheit und Ökosystem, gepaart mit ethischen Bedenken wie etwa beim Einsatz eines gentechnisch hergestellten Rinderwachstumshormons verstärken die ablehnende Haltung in der Gegnerschaft da nur noch zusätzlich (vgl. Behrens/Meyer-Stumborg/Simonis 1997: 33f.; Conrad 2004: 32; Dreyer/Gill 2000: 142; Gill/Bizer/Roller 1998: 52; Rucht/Yang/Zimmermann 2008: 33; Saalbach 2008: 84ff.).

Neben den individuellen Befürchtungen führen Genfood-Gegner immer wieder auch globale Gründe für eine Ablehnung der Technologie an: So kritisiert man, dass die Entwicklung und Herstellung von Produkten der Grünen Gentechnik mittlerweile fast ausschließlich in den Händen weniger westlicher multinationaler Konzerne liegt. In den vergangenen Jahren ist es dabei zu einer hohen industriellen Konzentration gekommen, wonach den Weltmarkt mittlerweile nur noch eine kleine Anzahl von Gen-Giganten kontrolliert.<sup>49</sup> Genfood-Gegner in Europa und anderen Teilen der Welt sehen die Entwicklungen auf dem Markt der Grünen Gentechnik zudem fast ausschließlich als US-amerikanische Technologie an, welche von Konzernen in den USA vermarktet, von Landwirten in den USA angewendet und mit Hilfe der US-Regierung den Weltmarkt erobern sollte. Sie kritisieren diese verzerrte Marktkonzentration und befürchten eine einseitige Kontrolle des Nahrungsmittelmarktes von US-amerikanischer Seite (vgl. Bernauer 2003: 30ff.; Rucht/Yang/Zimmermann 2008: 48f.).

Verstärkt wird diese Angst weiter durch patentrechtliche Bestrebungen der großen Gentechnik-Firmen, die das von ihnen vermarktete Saatgut vermehrt mit der so genannten *Terminatortechnologie* ausstatten. Dabei fungieren natürliche Genbestandteile als eine Art Stoppschalter und verhindern eine erfolgreiche Wiedereinsaat des aus der Ernte gewonnenen Saatguts. Im Gegensatz zu konventionell vertriebenen Samen sind die Landwirte so gezwungen, immer wieder neues Saatgut beim Anbieter zu erwerben, was die Patent- und

---

<sup>49</sup> Gegen Ende der 1990er Jahre waren dies nur noch sechs Firmen, die fast 100 Prozent des Weltmarkts für gentechnisch verändertes Saatgut und zu 60 Prozent den gesamten Saatgutmarkt dominierten (vgl. Bernauer 2003: 32). Dieser Trend hat sich in den Folgejahren noch weiter fortgesetzt.

Lizenzrechte der Produzenten und somit auch ihre Geschäftsgrundlage automatisch sichert. Kritiker befürchten durch diese Praxis eine dauerhafte Abhängigkeit der Landwirte und am Ende sogar ganzer Entwicklungsländer. Langfristig könnten so kleine und mittelständige Agrarbetriebe in erhebliche finanzielle Bedrängnis geraten und vom Markt verdrängt, konventionell arbeitende Großbetriebe gestärkt und eine Verarmung von Kleinbauern vor allem in südlichen (Entwicklungs-)Ländern befördert werden (vgl. Katzek 1995: 161; Saalbach 2008: 84f.; Schneider 2003; Spangenberg 2003). Einer weiteren Ausbreitung der industriellen und hochtechnisierten Landwirtschaft scheint somit der Weg geebnet, weshalb die Gentechnik im Lebensmittelbereich für viele als „Speerspitze einer hochtechnisierten, hochchemisierten Landwirtschaft [gilt], die ihre Schreckensvisionen in Turbokühen, Hormonkälbern und BSE-Rindern hat, und bei der einseitige ökonomische Verwertungsinteressen gegen die Interessen der Konsumenten durchgesetzt werden“ (Hampel 1997: 161).

BERNHARD GILL (2008: 621) fasst die Befürchtungen über die Folgen der neuen Technologie in fünf häufig wiederkehrenden Themen und Motiven zusammen, die bezüglich der Anwendung der Grünen Gentechnik auszumachen sind: So kann zum einen das Motiv *Risiken für Mensch und Umwelt* innerhalb der Gegnerschaft beobachtet werden. Andererseits spricht GILL von Einwänden aufgrund von *Eingriffen in die Schöpfung und (Selbst-)Instrumentalisierung der menschlichen Physis* – also dem Eingriff in die Evolution. Ferner spielen *Ängste vor eugenischer Entsolidarisierung*, *Motive für die Erhaltung der Natur als gentechnikfreie Gegenwelt* sowie *Kommerzialisierungs-, Globalisierungs- und Amerikanisierungskritiken* eine Rolle, welche die technologiespezifischen Vorwürfe oftmals begleiten und vor allem mit antikapitalistischen Motiven verbunden sind (vgl. ebd.). Diese verschiedenen Motive der Befürwortergruppen treffen im Wertkonflikt um die Grüne Gentechnik mit jenen der Gegnergruppen aufeinander und offenbaren eine Vielzahl unterschiedlicher so genannter *belief systems* mit sehr vielfältigen differenzierten Technikeinstellungen. Die einzelnen Einstellungen zur Gentechnik bilden sich nach CONRAD (2005) jeweils durch eine zur Verfügung stehende Wissensbasis aus Informationen, Überzeugungen, Werten, Entscheidungsverfahren, Handlungserfahrungen und Emotionen, die zeitweilig konstruiert werden (vgl. ebd.: 143).

Somit kann auch erklärt werden, warum die verschiedenen Zweige der Gentechnik von ein und derselben Person teilweise ganz unterschiedlich beurteilt werden: Wer die Grüne Gentechnik verteufelt, muss deshalb nämlich nicht zwingend auch den Methoden der Roten Gentechnik kritisch gegenüberstehen. Diese, sich im Verlauf der vergangenen Jahrzehnte herausgebildeten *belief systems*, haben sich bezüglich ihrer konkreten Einstellung so zwar angepasst und erweitert, sie blieben – was ihre Kernüberzeugen betrifft – jedoch relativ stabil. Auf der Seite der Befürworter hat man diese Erkenntnis mittlerweile auch erkannt und reagierte deshalb mit dem Bemühen, einen Rollentausch in der öffentlichen Auseinandersetzung vorzunehmen und sich als Opfer einer übertriebenen Technikfeindlichkeit der Gentechnik-Gegnerschaft darzustellen (vgl. Conrad 2005: 125ff.; Rucht/Yang/Zimmermann 2008: 49).

#### 3.1.2.5. Wellen des Protests und Widerstands

Ihren Unmut haben die Gentechnik-Gegner in den vergangenen Jahrzehnten auf die verschiedensten Arten und Weisen öffentlich geäußert. CONRAD (2005) unterscheidet bezogen auf das allgemeine Politikfeld der Gentechnik „drei signifikante Wellen“ (ebd.: 166) des Protests:

- (1) Die *erste Protestphase* spielt sich dabei am Ende der 1970er Jahre ab und bezog sich inhaltlich vor allem auf die Risiken und Grenzen wissenschaftlicher Forschung sowie die Festlegung von Sicherheitsrichtlinien für die damals noch recht neue Gentechnik. Wie bereits weiter oben gezeigt, kann als Auslöser für die öffentlichen Proteste das von Wissenschaftlern rund um den Biochemiker und Mikrobiologen PAUL BERG selbst auferlegte Moratorium angesehen werden. Aber auch jene vorherrschende Skepsis vor den modernen Technologien, welche durch die seinerzeit geführten Kontroversen rund um die Atomtechnologie innerhalb eines großen Teils der Bevölkerung vorherrschte, führte zu jenen öffentlich-politischen Kontroversen (vgl. ebd.; Daele 1993).
- (2) Die *zweite Protestphase*, in der die generelle rechtliche Regulierung der Gentechnik im Vordergrund stand, kann vom Ende der 1980er bis zum Beginn der 1990er Jahre verortet werden. Zu jener Zeit war die Technologie durch

ihre tatsächliche wirtschaftliche Nutzung erstmals nicht mehr nur allein für die Wissenschaft, sondern auch für die Industrie von Bedeutung. Da sich die Diskussion um Risiken und Gefahren der Grünen Gentechnik zu jener Zeit nur innerhalb eines überschaubaren Kreises von technischen und wissenschaftlichen Experten sowie umweltpolitischen Aktivisten abspielte, zielten die Gentechnik-Proteste zu Beginn dieser zweiten Welle zu allererst auf eine stärkere öffentliche Behandlung des Themas hin. Die noch starke Unsicherheit innerhalb der Politik und die noch nicht erfolgte eindeutige Positionierung von Wirtschaftsverbänden erleichterten diesen öffentlichen Protest (vgl. Conrad 2005: 166; Rucht/Yang/Zimmermann 2008: 35).

- (3) Die *dritte Protestphase* spielte sich zum Ende der 1990er und zum Anfang der 2000er Jahre ab und fiel damit in jenen Zeitraum, in dem die Grüne Gentechnologie den europäischen Markt zu erobern versuchte und auf öffentlicher wie politischer Seite die Zulassung und die Regulierung dieser Technologie im Mittelpunkt der Diskussion standen (vgl. Conrad 2005: 166). Die größten Protestaktionen kamen dabei in Reaktion auf die ersten Importe von gentechnisch veränderter Soja und deren Ankunft in den beiden großen europäischen Seehäfen in Hamburg und Rotterdam im Jahr 1996 zustande und formten einen „*public outcry*“ (Meins 2003: 130). Das erstmalige Eintreffen und die Zulassung der Sojabohnen – die als Inhaltsstoff in mehr als der Hälfte aller produzierten Lebensmittel vertreten sind – als Lebensmittel in der Europäischen Union fiel zeitlich in dieselbe Periode wie der Bann von britischem Rindfleisch als Folge der damals einsetzenden BSE-Krise. Gentechnikkritische Gruppen wie etwa *Friends of the Earth Europe* oder *Greenpeace*, die sich nach einem internen Beschluss im Juni 1996 erst kurz vor der Ankunft der Gen-Soja im Themenfeld der Gentechnik umweltpolitisch engagierten, trugen den Protest nach Außen und sorgten so wiederum für eine große Medienaufmerksamkeit und eine beginnende öffentliche Debatte. Konkrete Fragen zum Gentechnikeinsatz in der Landwirtschaft und in der Lebensmittelproduktion nahmen quantitativ zu und ließen das Thema Genfood stärker in den Alltag der Menschen rücken. Die Genehmigung von Bt-Mais als zweites gentechnisch verändertes Produkt auf dem

europäischen Markt fachte die Proteste im Januar 1997 dabei nur noch weiter an (vgl. Rucht/Yang/Zimmermann 2008: 35; Shaffer/Pollack 2009: 275).

Im Verlauf dieser dritten Phase organisierte sich eine breite Bewegung, die sich aus den verschiedensten Sektoren wie Teilen des Agrarbereichs oder etwa Akteuren aus dem Umwelt- oder Verbraucherschutzbereich zusammensetzte und eine Opposition gegen GMOs in Europa bildete. Ausgehend von Großbritannien und Frankreich formierte sich eine starke öffentliche Front von Umwelt- und Verbraucherschutzorganisationen sowie alternativen Agrarverbänden, die sich schnell über die restlichen Mitgliedsstaaten der EU ausweitete und die politischen Agenden erreichte. Europaweit stellten sich zudem Agrar- und Erzeugerinitiativen auf und bildeten durch die Unterstützung von lokalen Gastronomie- und Tourismusverbänden regelrechte gentechnikfreie Zonen (vgl. Gill 2008: 619f.). Die ungleichen Akteure kooperierten dabei auf verschiedenen Ebenen, indem sie ihre Positionen den Medien oder lokalen und nationalen Entscheidungsträgern darlegten oder sie transnational koordinierten und ihre Interessen gegenüber europäischen Institutionen wie dem Europäischen Parlament oder der Kommission vertraten (vgl. Shaffer/Pollack 2009: 276). Konkret äußerte sich der Widerstand gegen die neuen Technologien durch kleinere Aktionen und größere Kampagnen des Protestes, die oftmals öffentlichkeitswirksam inszeniert wurden. Unter anderem veranstalteten die Genfood-Gegner etliche Protestzüge, Kundgebungen und andere demonstrative und symbolische Aktionen. Eine breite Medienöffentlichkeit wurde so etwa nach der Ankunft der ersten Gen-Soja 1996 im Hamburger Hafen durch die Besetzung der Deutschlandzentrale des Nahrungsmittel- und Kosmetikriesen *Unilever* in Hamburg von Aktivisten der NGO *Greenpeace* erreicht, die das öffentliche Interesse auf die eingeführten Gen-Produkte und deren Produzenten *Monsanto* lenken konnten (vgl. Behrens/Meyer-Stumborg/Simonis 1997: 21; Rucht et al. 2008: 53).

Etliche kleine Gruppen von Gentechnik-Gegnern gingen noch gewaltsamer vor, indem sie etwa versuchten, das Entladen von Schiffen mit gentechnisch verändertem Saatgut aus den USA zu verhindern. Beliebte sind innerhalb der Gegnerschaft auch Sabotageakte gegen Versuchsfelder oder reguläre Anbauflächen für gentechnisches Saatgut, was in etlichen europäischen Staaten zum

Problem geworden war (vgl. Ansell/Maxwell/Sicurelli 2006: 97f.): So wurden in Deutschland allein im Skandaljahr 1996 bis zum Herbst zwölf von 33 Versuchsfeldern durch militante Aktivisten zerstört und so ein Schaden von schätzungsweise ein bis drei Millionen Euro angerichtet (vgl. Bernauer 2003: 82; Schmitz 1996). Auch in den Niederlanden war die Zerstörung von Versuchsfeldern zu einem signifikanten Problem geworden. Im Jahr 2006 etwa wurden die vom niederländischen Wirtschaftsministerium genehmigten Feldversuche mit gentechnisch verändertem Mais durch *Greenpeace*-Aktivisten zerstört (vgl. Sleenhoff/Osseweijer 2008: 11-3; Somsen 2009: 197). Und auch in Deutschland kam und kommt es regelmäßig immer wieder zu Zerstörungen landwirtschaftlich genutzter Felder. Die Initiative *Gendreck weg*<sup>50</sup> fungierte hier als Plattform und führte die so genannten „Feldbefreiungen“ durch (vgl. Buse 2009; Rucht/Yang/Zimmermann 2008: 53). Von gewaltsamen Aktionen kann auch der Pflanzenwissenschaftler INGO POTRYKUS berichten, der an der *ETH Zürich* den Goldenen Reis entwickelte. Er war immer wieder Drohungen per Telefon oder Internet ausgesetzt und wurde von Studenten „niedergeschrien“ (Jerger/Berndorff 2001), was sein Forschungsinstitut dazu veranlasste, im Bereich der Pflanzenwissenschaft besondere Glastüren mit Innendraht einzubauen. In sein Gewächshaus ließ POTRYKUS zudem zehn Zentimeter dicke Glaswände installieren, um vor Handgranatenangriffen gerüstet zu sein (vgl. ebd.).

Der Großteil der öffentlichen Aktionen gegen den Gentechnikeinsatz läuft in Europa aber deutlich friedlicher als etwa bei den Feldzerstörungen ab. Im März 1997 startete *Greenpeace* etwa ihre Kampagne „Einkaufsnetz“, bei der sie Unterschriften gegen Genfood sammelten und tausende von „Gelben Karten“ an Supermarktkassen verteilten. Im April 2004 folgte eine weitere aggressive Kampagne gegen Genfood in Supermärkten, bei der *Greenpeace* deutsche Verbraucher aufforderte, sich als „Gen-Detektive“ zu engagieren und in ihrem Supermarkt nach Produkten mit auf der Verpackung ausgewiesenen GMOs zu suchen. Die Ergebnisse veröffentlichte *Greenpeace* anschließend im Internet. Gegen Lebensmittelproduzenten richteten sich zudem etliche Kampagnen, wie

---

<sup>50</sup> Einen Rückblick auf die Aktionen der Kampagne bietet deren Website: <http://www.gendreck-weg.de>.

jene gegen die Großmolkereien Müller (2004), Campina oder Landliebe (beide 2006), mit denen man auf den Einsatz von gentechnisch veränderten Futtermitteln bei Milchkühen und fehlende Deklarierungsvorschriften bei den Endprodukten aufmerksam machen wollte. Öffentlichkeitswirksam etikettierten Greenpeace-Aktivisten Milchprodukte damals nachträglich als Genfood (vgl. Pfaff/Pohl-Apel/Sachse 2008: 9-2; Rucht/Yang/Zimmermann 2008: 53f.).

Neben den vielen engagierten Bewegungen, die gegen den Einsatz der Grünen Gentechnik aktiv sind und waren, machen auch immer wieder Einzelpersonen im Kampf gegen die Technologie auf sich aufmerksam. Die indische Umweltschützerin und Bürgerrechtlerin VANDANA SHIVA etwa ist so eine Aktivistin. Sie gehört seit vielen Jahren zu den weltweit wichtigsten Aktivisten für Biodiversität und gegen großflächige Patentierung von genetisch modifiziertem Saatgut durch Weltkonzerne wie etwa Monsanto, die mit ihren globalen Aktivitäten längst auch in Asien aktiv sind. Für ihr besonderes Engagement erhielt SHIVA bereits 1993 den *Alternativen Nobelpreis* sowie den *Global 500 Award* des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (vgl. Harress 2008: 18f.). Ein anderes idealtypisches Beispiel für den Kampf eines Einzelnen gegen die weltweiten Bio-Konzerne ist jenes des kanadischen Landwirts PERCY SCHMEISER, der von der Firma Monsanto verklagt wurde, nachdem diese auf den Feldern des konventionell anbauenden Bauern signifikante Anteile des patentrechtlich geschützten firmeneigenen Saatguts des *round-up-ready*-Rapses fand. Die Anklage lautete auf illegalen Erwerb lizenzrechtlich geschützten Saatguts, was SCHMEISER jedoch vehement bestritt. Wie durch das Urteil bestätigt wurde, gelangten die nachgewiesenen Spuren durch Pollenflug von angrenzenden Feldern auf die Äcker SCHMEISERS. Insgesamt führten SCHMEISER und Monsanto einen zehn Jahre andauernden Rechtsstreit, was die Jury des *Alternativen Nobelpreises* im Jahr 2007 veranlasste, auch PERCY SCHMEISER den mit rund 200.000 Euro dotierten Preis zu verleihen. Die Klage des Saatgut-Riesen Monsanto gegen den kanadischen Landwirt entwickelte sich für die Gentechnikgegner als Paradebeispiel für eine unkontrollierte Ausbreitung von genverändertem Saatgut und die negativen Entwicklungen, die durch die Ausweitung von Biopatenten entstehen können (vgl. ebd.: 16ff.; Rucht/Yang/Zimmermann 2008: 48). Beide Personen spielen auch für die kritische Bewegung in Europa eine wichtige Rolle,

da die beiden Fälle für etliche der Aktivisten Motivation für das eigene Engagement war (vgl. Interviewpassage 1).

Um die Risiken und möglichen Gefahren dieser Technologie in die breite Öffentlichkeit zu tragen, bediente man sich schon früh einprägsamer Metaphern, welche die Verbraucher auf die Unnatürlichkeit der Gentechnik aufmerksam machen sollten und als Schreckensszenario taugten. Als populärste Deutung bestimmt dabei seit Mitte der 1970er Jahre die so genannte *Frankenstein-Rhetorik* die öffentliche Debatte. „Frankenstein“ soll dabei vor unkontrollierbaren Ergebnissen der jüngsten Forschungsaktivitäten warnen und steht stellvertretend als Gleichnis für eine politisch negativ belegte „*Technisierungs-vision*“ (Rammert 1992). Mit der Verwendung dieser Rhetorik erhofft sich die Gegenbewegung eine signifikante Verbreiterung des öffentlichen Diskurses und eine Erhöhung des Unterstützerpotentials für Kampagnen und Bewegungen (vgl. Heins 1992: 389). Slogans wie „*Monsanto is trying to force-feed Frankenstein food to Europeans*“ (zit. in Bernauer 2003: 82), Deutungen wie der vom „*Feld-versuch mit der Bevölkerung*“ (zit. in Rucht/Yang/Zimmermann 2008: 55) oder Bezeichnungen wie „*Killer-Tomaten*“ (zit. in Pfaff/Pohl-Apel/Sachse: 9-1) schafften es so, sich über die Reihen der Gegnerschaft hinaus zu etablieren und fanden sich schließlich etwa in der Medienberichterstattung wieder: So titelte *Der Tagesspiegel* als Antwort auf die Vorlage einer neuen EG-Verordnung zur Legalisierung von Genfood im Jahr 1992 zum Beispiel „*Aus Frankensteins Reich frisch auf den Tisch*“ (Gack 1992: 2) und trug durch die Chiffrierung mit dem Frankenstein-Mythos so mit dazu bei, dass sich die Gentechnik und die mit ihrer Hilfe hergestellten Produkte auf den europäischen Konsumgütermärkten nicht großartig etablieren konnten (vgl. Heins 1992: 390).

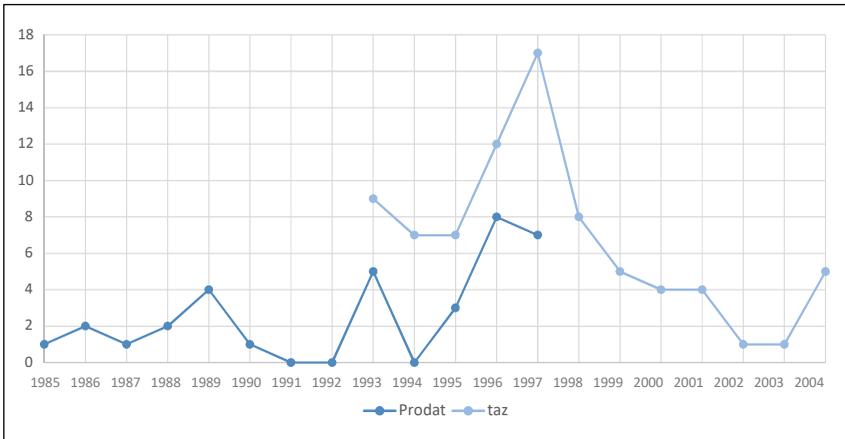
NGOs und andere kleine Gruppen von Genfood-Gegnern profitierten in ihrem Kampf gegen die Agro-Gentechnik neben der bereits latent vorhandenen öffentlichen Skepsis bezüglich technischer Innovationen im Agrarbereich auch von den vielen Lebensmittelskandalen in den 1990er Jahren und einem relativ geringen öffentlichen Vertrauen in die regulierenden staatlichen Instanzen. Die Aktivisten waren so in der Lage, zum Zeitpunkt der Einführung erster gentechnisch manipulierter Gensoja in Europa einen wirksamen öffentlichen Aufschrei zu provozieren. Dieser half schließlich dabei, sowohl die eigenen Mit-

glieder, darüber hinaus aber auch kritische Personen aus der Gesellschaft zu mobilisieren und so viele kleinere und größere Kampagnen gegen die Produzenten des genetisch manipulierten Saatgutes zu führen. Eine erste verborgene Verbraucheropposition konnte nach BERNAUER (2003: 78) so in eine starke politische Bewegung transformiert werden, wobei die großen NGOs zwar nicht als Anstifter, wohl aber als Verstärker der europäischen „*Verbraucherrevolte*“ (ebd.) agierten (vgl. Bernauer/Meins 2003: 653f.).

Wie RUCHT, YANG UND ZIMMERMANN (2008) beispielhaft für Deutschland zeigen, entwickelte sich das Protestgeschehen zu Genfood parallel zur Ausweitung des Themenspektrums. Je stärker die Marktreife genetisch veränderter Lebensmittel voranschritt und je mehr eine Ausweitung von Anbau von Handel gegeben war, desto häufiger kam es auch zu Protestaktionen (siehe Abbildung 10). Nach besonders intensiven Protestaktionen in den „Skandaljahren“ 1996 und 1997 flachte die Kurve jedoch auch wieder ab, wofür wohl jene weiter unten näher zu beschreibende Regulierungspolitik in der EU ab 1998 rund um das europaweite Moratorium verantwortlich ist (siehe dazu Kapitel 3.3.1). Neben Deutschland traten öffentliche Kontroversen um die Biotechnologie im Allgemeinen und die Gentechnik im Besonderen in vielen weiteren Ländern in unterschiedlicher Stärke, zu unterschiedlichen Zeitpunkten und mit unterschiedlichen Streitfragen auf. In Deutschland waren die Kontroversen um die Möglichkeiten der Gentechnologie allerdings mit am stärksten ausgebildet. So waren hierzulande aber nicht etwa die Befürchtungen übermäßig groß vertreten – es konnte laut CONRAD (2004: 26) eher eine größere Zurückhaltung bezüglich der versprochenen Vorteile der Technologie beobachtet werden (vgl. Ansell 2006: 103; Conrad 2004: 20).

Die Erfolge der Gentechnikkritiker zeigten sich aufgrund der geringen Nutzererwartung und der hohen Risikowahrnehmung durch das enorme Mobilisierungspotential, welches die kritischen Verbände durch ihre vielen Kampagnen aktivieren konnten. Gegenüber den Regulierungsinstanzen gelang es so zwar nicht, weitreichende Verbotsziele bezüglich der Zulassung und Verwendung der Grünen Gentechnik in Europa durchzusetzen, als Erfolg können aber durchaus die zunächst sehr einschränkenden, später dann jedoch etwas gelockerten Zulassungsregeln betrachtet werden. Bei den Verfechtern einer Anti-

Abbildung 10: Protestereignisse zu Gentechnik und Landwirtschaft



Quelle: Eigene Darstellung nach Rucht/Yang/Zimmermann 2008: 37; Prodat = überregionale Berichterstattung von Montagsausgaben der FR und SZ, taz = gesamte überregionale Berichterstattung; dargestellt ist die Anzahl der Proteste.

Gen-Politik handelt es sich so durchaus um einen politischen Machtfaktor (vgl. Conrad 2005: 167; Kaiser 1988: 92ff.). Durch dieses Unterstützer- und Sympathisantenpotential konnten und können Boykottdrohungen gegenüber der Industrie glaubhaft vermittelt werden und ließ diese immer öfter Dialogbereitschaft erkennen (vgl. Behrens 2001: 44, 167; Pfaff/Pohl-Apel/Sachse 2008: 9-3).

Neben dem direkten Weg erreichte der Druck der Verbraucher die Unternehmen der Nahrungsmittelindustrie auch über den indirekten Weg über den Einzel- und Großhandel. Als durch Umfragen und das Kaufverhalten mehr und mehr deutlich wurde, dass die Mehrheit der Verbraucher gentechnisch manipulierte Lebensmittel nicht kaufte, übernahmen viele europäische Einzelhandelsunternehmen die Position ihrer Kundschaft und holten Genfood-Produkte aus den Regalen (vgl. Behrens/Meyer-Stumborg/Simonis 1997: 29; Shaffer/Pollack 2009: 277). Deutsche Supermarktketten wie *Co-op*, *Edeka*, *Famila*, *Rewe*, *Tegut* oder *Markant* gaben bereits früh Versicherungen ab, dass man keine Grüne Gentechnik in ihren Geschäften führen werde oder man diese Produkte zumindest durch eine besondere Kennzeichnung herausstellen wolle. Auch

europaweit versprochen bedeutende Supermarktketten wie *Carrefour* (Frankreich), *Sainsbury* (Großbritannien) oder *Tesco* (Italien), auf Genfood vollständig zu verzichten (vgl. Behrens/Meyer-Stumborg/Simonis 1997: 21; Rucht/Yang/Zimmermann 2008: 54). Diesen Druck der Verbraucher gaben die Einzelhandelsunternehmen schließlich auch an die Lebensmittelkonzerne weiter, forderten diese zu einer Kennzeichnung der Produkte auf und verlangten verbindliche Erklärungen über den Verzicht eines Gentechnikeinsatzes. Da das Risiko eines weiteren Gentechnikeinsatzes im Lebensmittelbereich aufgrund der fehlenden Nachfrage der Konsumenten zu hoch war, haben große Konzerne schließlich die Zusammensetzung ihrer Produkte angepasst. Unter ihnen versicherten etwa deutsche Hersteller von Babynahrung wie *Alete*, *Hipp* oder *Milupa*, aber auch weltweit operierende Konzerne wie die Lebensmittelgiganten *Nestlé* und *Unilever* ihren Verzicht auf unmittelbar gentechnisch veränderte Inhaltsstoffe in ihren Produkten (vgl. Behrens/Meyer-Stumborg/Simonis 1997: 43; Pfaff/Pohl-Apel/Sachse 2008: 9-3; Rucht/Yang/Zimmermann 2008: 54).

Mit diesen Eingeständnissen an Einzelhandel und Verbraucher haben die Konzerne eine bedeutende Niederlage einstecken und sich eingestehen müssen, dass sie den enormen Widerstand der Konsumenten unterschätzt haben. Statt auf die Stimme der Kunden zu hören hatte man die neuartigen Produkte von Seiten der Industrie zu schnell und ohne einen konkreten Verbrauchernutzen auf den Markt gebracht. Mit verantwortlich ist dabei nach DREYER und GILL (2000) wohl auch ein sehr langer Entwicklungsvorlauf von häufig mehr als zwanzig Jahren bis zum Endprodukt, was einer schnellen Reaktion auf neue Anforderungen entgegensteht (vgl. ebd.: 142). Neben den Unternehmen haben es laut VAN DEN DAELE (bioSicherheit 2007) aber auch die mit der Gentechnikforschung beschäftigten Wissenschaftler verpasst, die Konsumenten direkt zu erreichen und so leichtsinnig Vertrauen verspielt. Die Forscher waren eher dazu geneigt, die eigene Diskussionen unter sich zu führen und nicht die Sprache der Verbraucher zu sprechen (vgl. BLL 1995: 176).

### 3.1.2.6. Öffentliche Einstellungen und Meinungen zum Genfood

Diese öffentliche Akzeptanz bzw. das Vertrauen der Verbraucher in die durch den Einsatz der Grünen Gentechnik hergestellten Nahrungs- und Futtermittel

war in der Vergangenheit des Öfteren Gegenstand von kleineren und größeren Umfragen und Erhebungen durch Meinungsforschungsinstitute, die durch öffentliche und private Stellen in Auftrag gegeben wurden. Neben vielen vereinzelt Erhebungen und Studien bietet vor allem die von der Europäischen Kommission in Auftrag gegebene Sonderreihe des *Eurobarometers*<sup>51</sup> zum Thema „Europeans and Biotechnology“, welche von 1991 bis 2010 sieben Mal erschienen ist<sup>52</sup>, einen guten Überblick über die Konsumenteneinstellung zur Grünen Gentechnik und anderen Zweigen der Biotechnologiebranche. Durch eine Befragung von zuletzt über 27.000 Befragten in den Mitgliedsstaaten der EU bilden die Eurobarometer-Erhebungen einen repräsentativen Querschnitt der EU-Bevölkerung ab. Alle Biotechnologie-Eurobarometer zusammen ergeben durch die ständig wiederkehrenden Schlüsselfragen innerhalb der Fragebögen eine gute Möglichkeit zur Analyse der Stabilität der Konsumenteneinstellung bezüglich Biotechnologie im Allgemeinen und Grüner Gentechnik im Besonderen (vgl. Gaskell et al. 2006: 3, 8).<sup>53</sup>

So kann aus diesen Datensätzen auch die vor einigen Jahren noch sehr stark vorhandene Politisierung abgelesen werden, welche im Politikfeld der Grünen Gentechnik vorherrschte. Denn die Ergebnisse der Eurobarometerumfragen indizierten, dass die europäische Öffentlichkeit bei Risikoaussagen zu dieser Technologie Umwelt- und Verbrauchergruppen lange Zeit mehr vertraut hat als Universitäten, Regierungsstellen oder der Industrie (vgl. Gaskell/Allum/Stares 2003: 29f.). Die Eurobarometer-Erhebung von 2005 relativiert diese Aussage, die zur Annahme einer Vertrauenskrise der Biotechnologie führte, jedoch. So lässt sich seit dem Jahr 1999 und besonders in der Erhebung von 2005 ein deutliches Vertrauenswachstum in Wissenschaftler aus Hochschulen und

---

<sup>51</sup> Website der Eurobarometerumfragen: <http://ec.europa.eu/COMMFrontOffice/PublicOpinion/>.

<sup>52</sup> 1991: EB 35.1, 1993: EB 39.1, 1996: EB 46.1, 1999: EB 52.1, 2002: EB 58.0, 2005: EB 64.3, 2010: EB 73.1.

<sup>53</sup> Laut Kritikern ist die Validität der Eurobarometer-Befragungen begrenzt (vgl. Berger 1974; Bierbrauer 1976; Pardo et al. 2002). Es fehlt insbesondere an längerfristigen Panel-Erhebungen, welche sowohl die Konstanz als auch die Entwicklungsdynamik von Einstellungen zur Gentechnik empirisch vergleichsweise eindeutig überprüfen könnten (vgl. Conrad 2004: 82f.).

der Industrie sowie in die Industrie selbst herauslesen.<sup>54</sup> Verbraucherorganisationen bilden aber auch im jüngsten Eurobarometer zum Thema Biotechnologie noch eine der vertrauensvollsten Schlüsselakteure und können im Vergleich zu den Eurobarometern aus 1999 und 2002 sogar noch an Vertrauen zulegen. Das Vertrauen in Umweltgruppen hingegen bricht in der Erhebung von 2005 dramatisch ein (vgl. Gaskell et al. 2006: 5, 46f.).

#### *Einstellungsmuster innerhalb der Europäischen Union*

War man in Europa bis zum Jahr 1996 nicht signifikant skeptischer gegenüber der Grünen Gentechnik eingestellt, so änderte sich dies mit dem Aufkommen der BSE-Krise und den ersten Importen von genverändertem Soja: Die Eurobarometer-Daten nach 1996 weisen europaweit eine deutliche, in einigen Ländern sogar eine sehr starke Änderung in den Einstellungen der Verbraucher auf (vgl. Gaskell/Allum/Stares 2003: 18). Andere Erhebungen beziehen sich auf die Biotechnologie insgesamt und zeigten bereits ab dem Jahr 1991 eine schnelle Abschwächung des Optimismus unter EU-Befragten (Bernauer 2003: 75). Und auch im Vergleich mit anderen Technologien zeigte sich die Europäische Bevölkerung eher kritisch. Die Biotechnologie im Allgemeinen schnitt dabei positiver ab als die Gentechnologie im Speziellen – im Vergleich zu den anderen Technologien nahm das Vertrauen am Ende der 1990er Jahre bei Bio- und Gentechnologie jedoch besonders stark ab. Gingen 1996 noch 43 Prozent der Europäer davon aus, dass sich ihr Leben durch die modernen Methoden der Gentechnologie verbessern wird, waren es 1999 nur noch 37 Prozent. Während die Opposition zur Grünen Gentechnik zwischen 1996 und 1999 in allen EU-Staaten erstarkte, sanken also die erwarteten Vorteile durch die moderne Biotechnologie und damit auch die allgemeine Akzeptanz kontinuierlich ab. Noch skeptischer wurde und wird lediglich die Kerntechnologie von den Europäern gesehen, während die moderne Informationstechnologie oder etwa die Solartechnologie sehr positive Zustimmungswerte verzeichnen konnten (vgl. Gaskell/Allum/Bauer 2000: 938; INRA 2000: 1, 8).

---

<sup>54</sup> Die Eurobarometer-Erhebung 73.1 aus dem Jahr 2010 fällt inhaltlich aus dem Rahmen, da hierbei andere Fragen als in den Vorjahren gestellt wurden.

Mit dem Jahrtausendwechsel wurden oppositionelle Stimmen zur Grünen Gentechnik in einigen wenigen EU-Mitgliedsstaaten wieder leiser, sie blieben im Durchschnitt jedoch weiterhin sehr stark. Selbst wenn von den Befragten die potenziellen Vorteile der neuen Technologie explizit genannt werden, sahen 69 Prozent der Europäer die Technologie als unnatürlich an und weigerten sich, solche Produkte privat zu kaufen. So hielten in den meisten europäischen Ländern durchschnittlich mehr als die Hälfte der Bevölkerung gentechnisch manipulierte Organismen für eine Gefahr und fordern, dass GMOs nicht gefördert werden sollen (vgl. Ayers 1998: 714; Gaskell et al. 2006: 4). In Europa wirkten sich jedoch auch die vielen Futter- und Lebensmittelskandale viel stärker auf das öffentliche Meinungsbild aus – auch wenn zwischen diesen Skandalen und der Grünen Gentechnik keine direkte Verbindung besteht (vgl. Strünck 2006: 211).

Unterschiedliche Einstellungen ergeben sich auch im Vergleich der einzelnen Mitgliedsstaaten innerhalb der Europäischen Union. Obwohl sich für die Bio- und Gentechnik im Allgemeinen seit etwa Mitte der 1990er Jahre eine zunehmende Angleichung in den Grundmustern der Einstellungen beobachten lässt und die Positionen zur Grünen Gentechnik in vielen EU-Ländern über die Zeit deutliche Ähnlichkeiten aufweisen (vgl. Conrad 2004: 22; Gaskell et al. 2006: 21), gab und gibt es über die letzten Jahre immer einige abweichende Staaten in Europa, in denen die Bevölkerung gegenüber dem Einsatz der Grünen Gentechnik stark ablehnend oder stark zustimmend eingestellt ist. Vergleicht man das Unterstützerpotential für Genfood in den 15 Mitgliedsstaaten der EU seit dem Jahr 1996 (siehe Tabelle 3), dann kann bis auf wenige Ausnahmen in den Erhebungsjahren bei allen Mitgliedsstaaten von gemeinsamen Unterstützungsleveln gesprochen werden. Insgesamt gesehen überwiegt laut dem Eurobarometer aus 2005 innerhalb der europäischen Öffentlichkeit, die eine feste Meinung zum Thema gentechnisch veränderte Lebensmittel hat, die Ablehnung. Sie liegt bei 58 Prozent gegenüber einer Zustimmung von 42 Prozent unter dieser Personengruppe. Ein entgegengesetztes Bild ergibt sich nur bei Spanien, Portugal, Irland, Italien, Malta, der Tschechischen Republik und Litauen, bei denen die Zustimmung zu GMOs überwiegt. Unter allen Befragten variiert das Unterstützerpotential zwischen minimal 13 Prozent in Luxemburg

Tabelle 3: Absolute Befürwortung und Risikotoleranzbefürwortung von GV-Nahrungsmitteln

Land	1996	1999	2002	2005
Spanien	80	70	74	74
Portugal	72	55	68	65
Irland	73	56	70	55
Italien	61	49	40	54
<b>Niederlande</b>	<b>78</b>	<b>75</b>	<b>65</b>	<b>48</b>
Vereinigtes Königreich	67	47	63	48
Finnland	77	69	70	46
Belgien	72	47	56	45
Dänemark	43	35	45	42
Schweden	42	41	58	32
<b>Deutschland</b>	<b>56</b>	<b>49</b>	<b>48</b>	<b>30</b>
Frankreich	54	35	30	29
Österreich	31	30	47	25
Luxemburg	56	30	35	20
Griechenland	49	19	24	12
Malta	-	-	-	66
Tschechien	-	-	-	64
Litauen	-	-	-	54
Slowakei	-	-	-	48
Ungarn	-	-	-	37
Polen	-	-	-	36
Slowenien	-	-	-	33
Estland	-	-	-	31
Lettland	-	-	-	19
Zypern	-	-	-	19

Quelle: Eigene Darstellung nach Gaskell et al. 2006: 21 (Eurobarometer 2005)

bzw. 14 Prozent in Griechenland und 15 Prozent in Litauen und Zypern. Den höchsten Wert erreicht mit 46 Prozent die Tschechischen Republik, wobei der

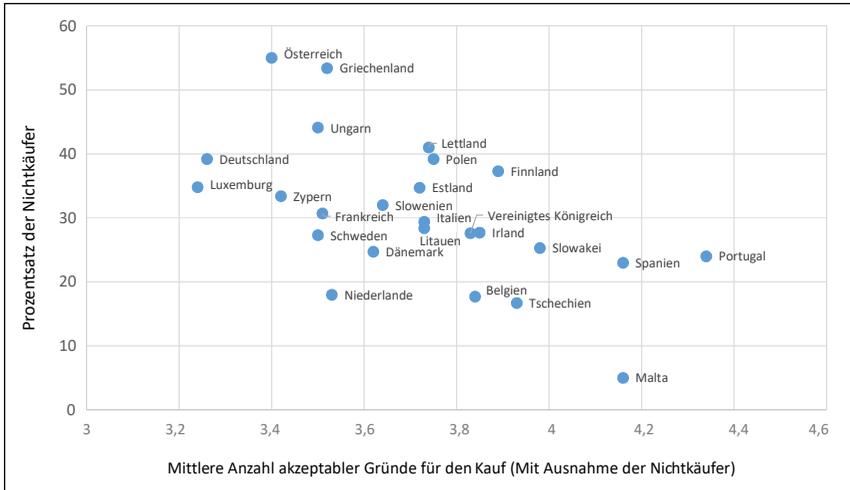
EU-Durchschnitt bei 27 Prozent und die beiden Untersuchungsstaaten Deutschland und die Niederlande bei 21 bzw. 25 Prozent an Unterstützern liegen (vgl. Gaskell et al. 2006: 4, 19).

#### *Einstellungen in den beiden Untersuchungsländern*

Die allgemeine Haltung der Bevölkerung in beiden Untersuchungsstaaten bewegt sich – was die Unterstützer den Grünen Gentechnik angeht – somit im europäischen Mittelfeld. Beide gehören mit zur Gruppe jener Länder, die sich bereits recht früh politisch und ökonomisch im Bereich der Biotechnologie engagiert haben. Dies zeigt sich auch an dem hohen Bekanntheitsgrad der Grünen Gentechnik von 89 Prozent in beiden Ländern. Dort, wo bei der Frage nach der Unterstützung der Grünen Gentechnik in Europa über die Jahre hinweg recht parallele Entwicklungen stattfanden, gehörten Deutschland und die Niederlande mit zu jenen Ausnahmäländern, in denen sich das Unterstützerpotential nach dem niedrigen Level am Ende der „turbulenten“ 1990er Jahre nicht wieder erholte und anstieg, sondern kontinuierlich weiter abnahm (siehe Tabelle 3). Die Niederlande bewegte sich dabei jedoch stets auf einem um etwa 17 Prozentpunkte höheren Unterstützerlevel als Deutschland (vgl. ebd.: 15ff.). Deutlich wird dieser Unterschied in der Zustimmung zur Grünen Gentechnik auch bei jenen Bevölkerungsteilen in beiden Staaten, die definitiv keine genveränderten Produkte im Supermarkt kaufen würden. Sprechen sich in den Niederlanden im Jahr 2005 mit unter 20 Prozent vergleichbar wenige Befragte gegen den Kauf derartiger Produkte aus, liegt der Wert der Nichtkäufer in Deutschland mit um die 40 Prozent sehr viel höher (siehe Abbildung 11). Bei der Frage nach Ängsten vor genetisch modifizierten Organismen im Essen und Trinken zeigen sich die Niederländer in der EU mit 42 Prozent am wenigsten besorgt. Deutschland liegt mit 62 Prozent auf demselben Niveau des Durchschnitts der 25 EU-Mitglieder (vgl. Europäische Kommission 2006: 25).

Eine aktuellere Studie der Rundfunkanstalt RTL und des Meinungsforschungsinstituts TNS NIPO kam zu dem Ergebnis, dass 56 Prozent der Niederländer Produkte kaufen würden, die als genetisch modifiziert gekennzeichnet sind. 73 Prozent täten dies, wenn sich die Produkte als gesünder als konventionelle Waren erweisen

Abbildung 11: Akzeptable Gründe für den Kauf von transgenen Lebensmitteln



Quelle: Eigene Darstellung nach Gaskell et al. 2006: 23 (Eurobarometer 2005)

würden. Die meisten niederländischen Konsumenten seien somit gewillt – so das Fazit der Studie<sup>55</sup> –, ihre Bedenken allmählich beiseite zu legen (vgl. RTL 2007). Für Deutschland ergaben Studien jener Zeit ein anderes Bild. Aus einer Erhebung von TNS Emnid aus dem Jahr 2003 geht hervor, dass es für knapp 75 Prozent der Befragten eher unwahrscheinlich oder auf keinen Fall denkbar wäre, dass sie sich mit genetisch veränderten Lebensmitteln ernähren würden (vgl. TNS Emnid 2003: 10). Eine Forsa-Umfrage aus dem Jahr 2009 ermittelt sogar noch einen höheren Ablehnungswert: Auf die Frage, ob man Genfood ablehne, auch wenn es kostengünstiger sein sollte, antworteten 78 Prozent der Befragten mit ja. 19 Prozent war es dahingegen egal, ob sich gentechnisch veränderte Bestandteile in der Nahrung befinden (vgl. Forsa 2009: 2).

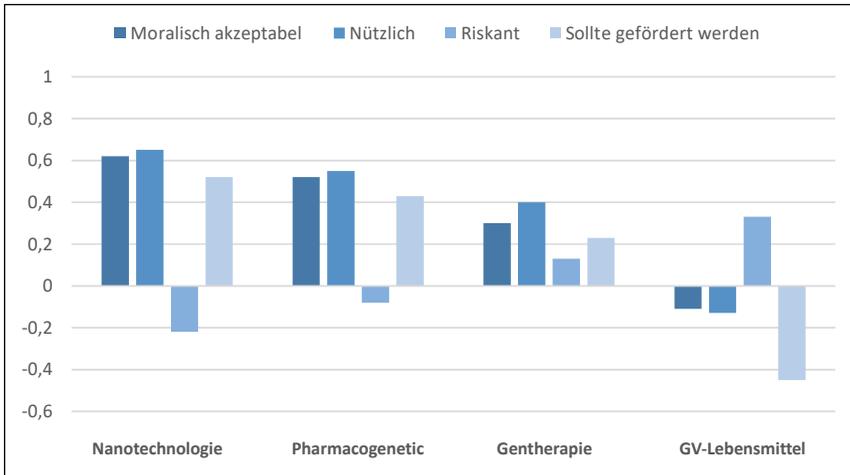
<sup>55</sup> An dieser Untersuchung wurde nach der Veröffentlichung der Ergebnisse Kritik geübt, da den Befragten durch die Art der Fragestellung angeblich eine Meinung aufgedrängt worden ist (vgl. Tiemeijer 2008).

*Unterschiedliche Bewertung der Sparten*

Vergleicht man die europäischen Einstellungen zur Grünen Gentechnik mit jenen zu den verschiedenen anderen Anwendungsgebieten der Gentechnologie, dann ergeben sich innerhalb Europas sehr unterschiedliche Bewertungsmuster. Je nach Land werden die einzelnen Sparten wie Rote-, Grüne- oder Weiße Gentechnik bzw. deren einzelne Anwendungsfelder wie Lebensmittel, Nutzpflanzen, Gentests, Impfstoffe, Transplantationen oder etwa das Klonen sehr unterschiedlich bewertet. Diesseits des Atlantiks findet der medizinische wie industrielle Zweig der Gentechnologie – verglichen etwa mit den USA – eine vergleichsweise breite Zustimmung und nur die landwirtschaftliche Agro-Gentechnik stößt in fast allen EU25-Staaten auf eine deutliche Ablehnung (vgl. Gaskell et al. 2006: 3; Kohtes Klewes 2000). Stellt man gentechnisch veränderte Lebensmittel Bereichen wie der Nanotechnologie, der Pharmakogenetik und der Gentherapie gegenüber, dann ergibt sich bei allen drei alternativen Anwendungsgebieten fast durchgängig ein umgekehrtes Bild in der öffentlichen Bewertung in Europa (siehe Abbildung 12). Bei den Fragen nach der moralischen Akzeptanz, dem Nutzen oder der Förderungsfähigkeit verzeichnen von allen vier Methoden nur die gentechnisch veränderten Lebensmittel negative Werte. Als risikvoll wird neben dem Genfood zusätzlich auch die Gentherapie bezeichnet. Europaweit erfahren die anderen Sparten somit deutlich mehr Unterstützung als die Grüne Gentechnik. Während diese von 27 Prozent der Europäer unterstützt wird, können die anderen untersuchten Sparten hier Werte von mindestens 50 Prozent aufweisen (siehe Abbildung 13) (vgl. ebd.: 17ff.).

Im gesamteuropäischen Bereich dominiert insgesamt keine feindliche, sondern eine deutlich skeptische Haltung gegenüber der Gentechnik (vgl. Conrad 2004: 22). Die vergleichsweise schlechten Unterstützungswerte für die Agro-Gentechnik ergeben sich laut den Eurobarometer-Erhebungen daraus, dass diese Technologie mehrheitlich als unnützlich, moralisch inakzeptabel und riskant für die Gesellschaft bewertet wird. Bei potenziellen Käufern transgener Lebensmittel würden am ehesten gesundheitliche Gründe oder positive Auswirkungen auf die Umwelt wie etwa durch eine Reduzierung des Pestizideinsatzes und den daraus entstehenden Rückständen überzeugen. Preisvorteile oder

Abbildung 12: Evaluation von vier Technologien



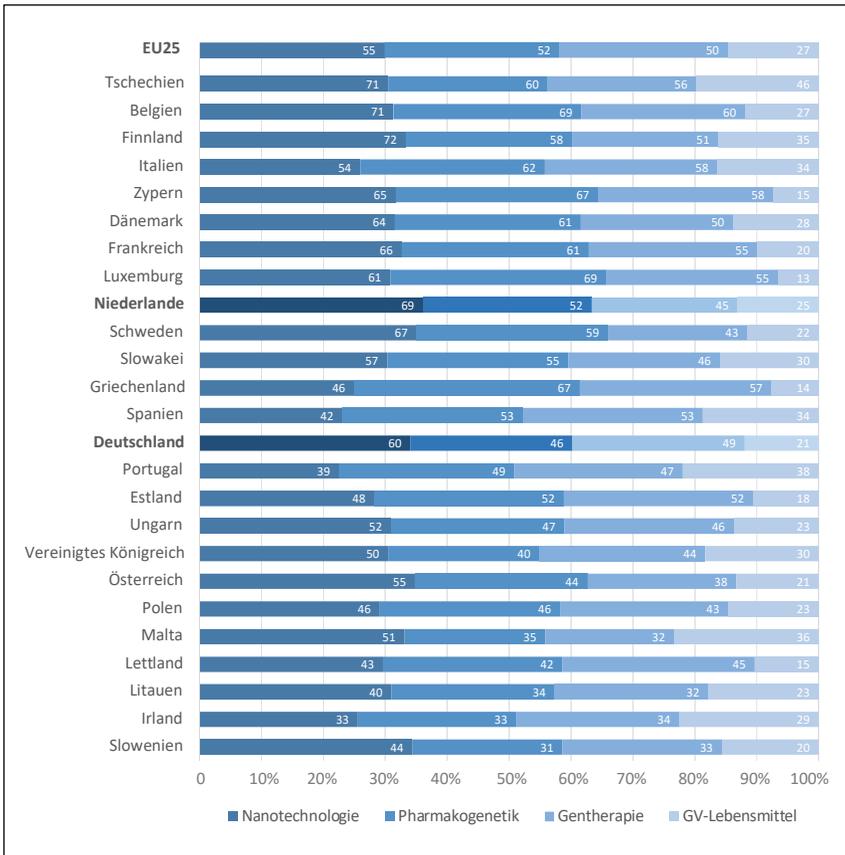
Quelle: Eigene Darstellung nach Gaskell et al. 2006: 17 (Eurobarometer 2005)

eine Genehmigung durch die Regulierungsbehörden überzeugt die europäischen Konsumenten hingegen nicht (vgl. Gaskell et al. 2006: 4). Ängste vor gesundheitlichen Risiken für die Menschheit oder einer möglichen Umweltgefährdung überwiegen bei den europäischen Verbrauchern trotz der geführten sozialen, ethischen, religiösen und moralischen Debatten zum Gentechnikeinsatz im Lebensmittelbereich noch immer (vgl. Meins 2003: 131).

#### *Unterschiede zwischen Personengruppen*

Unterscheidet man auf europäischer Ebene nicht einzelne Länder, sondern Personengruppen nach diversen Einflussgrößen, dann lassen sich die Einstellungsmuster weiter differenzieren. So geht aus verschiedenen Untersuchungen hervor, dass ein höherer Kenntnisstand bezüglich der Gentechnik tendenziell zu mehr Klarheit in den persönlichen Einstellungen führt (vgl. Conrad 2004: 21). Bei den in den Eurobarometern untersuchten Gentechnikzweigen Gentherapie, Pharmakogenetik und Nanotechnologie konnten unter jenen Befragten, die behaupteten, bereits einmal etwas über diese Methoden gehört zu haben, deutlich positivere Bewertungen der Technologien beobachtet werden. Bei der Grünen

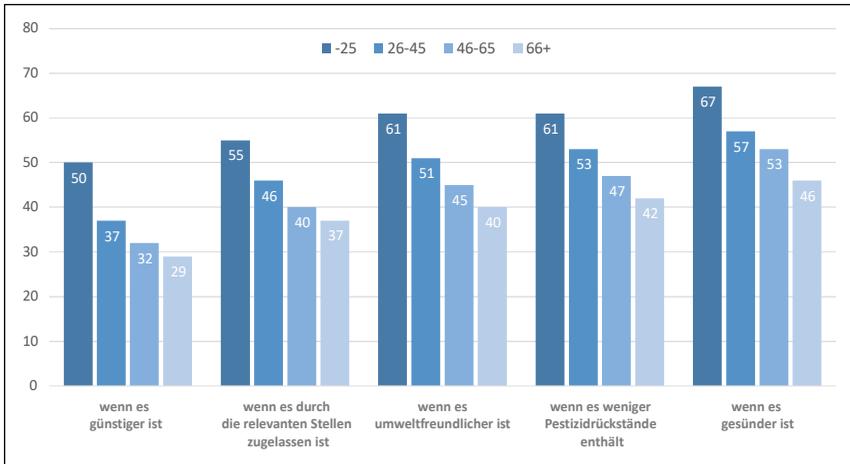
Abbildung 13: Unterstützung für vier Technologien



Quelle: Eigene Darstellung nach Gaskell et al. 2006: 19 (Eurobarometer 2005)

Gentechnik war allerdings nicht nachweisbar, dass mit einem höheren Wissen auch eine positivere Beurteilung einhergeht. Es finden sich dort keine signifikanten Unterschiede zwischen jenen, die bereits mit der Technologie vertraut sind und jenen, die es nicht sind (vgl. Gaskell et al. 2006: 18). Zu einem anderen Ergebnis kam das niederländische Institut für Verbraucherschutz SWOKA (vgl. Hamstra 1993), welches anhand der eigenen Erhebungsdaten aus den Niederlanden schlussfolgert, dass die ablehnende Haltung der Verbraucher zu

Abbildung 14: Alter und Motive, um GV-Lebensmittel zu kaufen

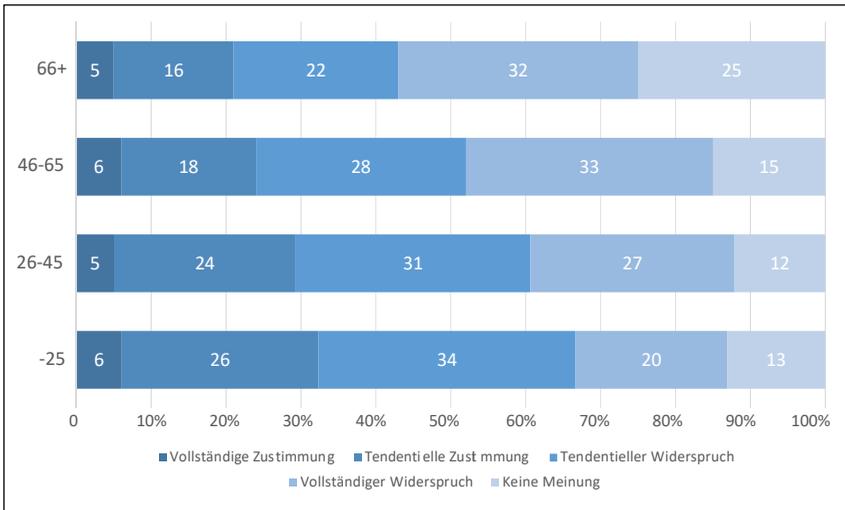


Quelle: Eigene Darstellung nach Gaskell et al. 2006: 71 (Eurobarometer 2005)

Grüner Gentechnik mit einem höheren Kenntnisstand zunimmt. Würde diese Einschätzung stimmen, dann haben die vielen auf Manipulation ausgerichteten PR-Strategien und die durchaus plurale Berichterstattung in den Medien nicht nur nichts an der grundlegenden Ablehnung der europäischen Verbraucher geändert – sie hätten sich sogar gegenteilig auf die Unterstützungswerte ausgewirkt (vgl. ebd.; Rucht/Yang/Zimmermann 2008: 54).

Kenntnis oder Unkenntnis über die Materie der gentechnischen Manipulation ist allerdings nicht alleinige Ursache für eine ablehnende oder zustimmende Haltung. Dass auch der Bildungsstand der befragten eine wichtige Rolle bei der Beurteilung von Genfood spielt, zeigen Analysen, die vor allem bei Verbrauchern mit einem höheren Schulabschluss ein kritisches Verhältnis zu dieser Technik feststellen. Unterscheidet man diejenigen, die sich ihrer persönlichen Einschätzung nach durch gentechnisch veränderte Lebensmittel bedroht fühlen (insgesamt 52 Prozent der Befragten), nach dem höchsten erreichten Schulabschluss, dann stehen jene mit Abitur (58 Prozent) dem Genfood im Vergleich zu jenen mit einem Realschulabschluss (49 Prozent) bedeutend kritischer gegenüber (vgl. WBA 1996).

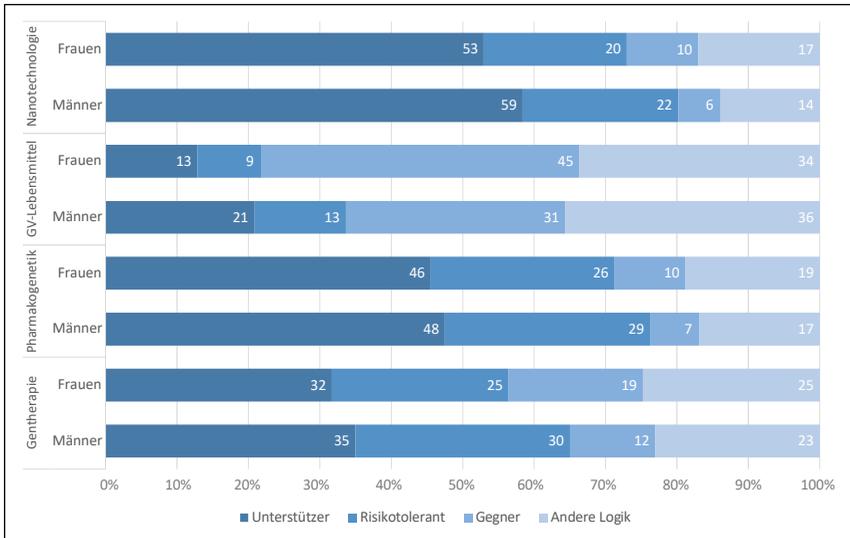
Abbildung 15: Alter und Unterstützung für GV-Lebensmittel



Quelle: Eigene Darstellung nach Gaskell et al. 2006: 70 (Eurobarometer 2005)

Interessante Unterschiede in den Bewertungen ergeben sich auch, wenn man die Befragten in Altersgruppen unterteilt. So fand bei der letzten Eurobarometer-Erhebung eine Kategorisierung in vier Gruppen statt: 15 bis 25 Jahre, 26 bis 45 Jahre, 46 bis 65 Jahre sowie 66 Jahre und älter. Ähnlich wie bei den drei anderen abgefragten Gentechnikmethoden zeigte sich bei fortschreitendem Alter auch bei der Grünen Gentechnik eine deutliche Abnahme der kritischen Einstellung zu biotechnologischen Methoden. Jüngere Menschen sind demnach viel eher bereit zu sagen, dass sie gentechnisch veränderte Lebensmittel kaufen würden und tendieren seltener als ältere Menschen dazu, Genfood als Bedrohung anzusehen (siehe Abbildung 14). Die jüngste der vier Altersgruppen zeigte bei der Eurobarometer-Erhebung eine deutlich positivere Einstellung: Die Befragten im Alter von 25 Jahren oder jünger äußerten sich gegenüber der Grünen Gentechnik zu 32 Prozent (totale und tendenzielle Übereinstimmung) unterstützend. Je höher das Alter der Befragten wurde, desto geringer wurde auch das Unterstützungspotential: So zeigten sich in der Gruppe der 26- bis 45-Jährigen noch 30 Prozent und bei den 46- bis 65-Jährigen nur noch 24 Prozent

Abbildung 16: Geschlecht und Logik der Unterstützung von vier Technologien

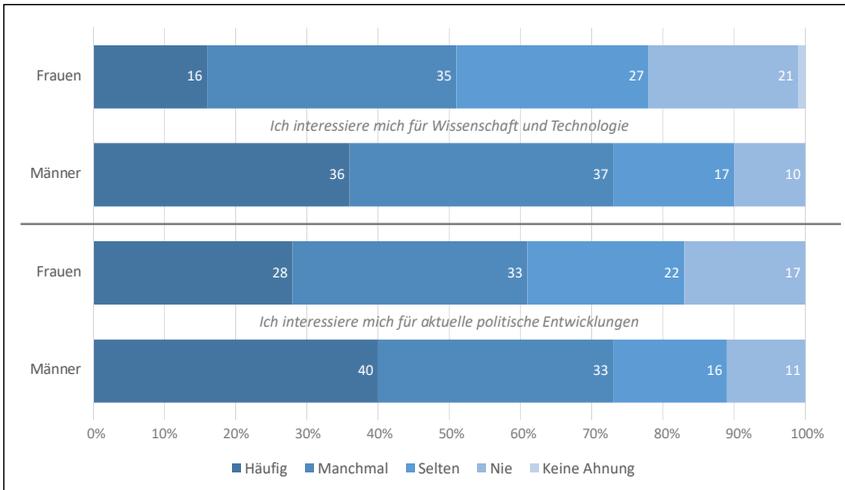


Quelle: Eigene Darstellung nach Gaskell et al. 2006: 78 (Eurobarometer 2005)

überzeugt. Jene Gruppe der über 65-Jährigen ist mit 26 Prozent am wenigsten positiv gegenüber Genfood eingestellt – in dieser Gruppe gibt es jedoch auch die meisten neutralen Antworten bei dieser Fragestellung (siehe Abbildung 15).

Ein ungleiches Bild bei den Bewertungen der Grünen Gentechnik ergibt sich auch bei einer separaten Betrachtung der beiden Geschlechter. Gefragt nach ihrer Positionierung als Unterstützer oder Gegner gentechnisch hergestellter Nahrungsmittel, äußern sich Frauen viel kritischer als Männer. Während 45 Prozent der Frauen angeben, einen oppositionellen Standpunkt einzunehmen und sich in der Summe (unterstützende und risikotolerante Einstellung) 22 Prozent von ihnen mit dieser Technologie anfreunden können, sind es bei den Männern lediglich 31 Prozent an Gegnern und ganze 34 Prozent an Sympathisanten (siehe Abbildung 16). Dieser genderspezifische Effekt lässt sich neben der Grünen Gentechnik – wenn auch in einer abgeschwächten Form – auch in den drei weiteren vom Eurobarometer untersuchten Gentechniksparten erkennen. Deutliche Unterschiede zwischen Frauen und Männern ergeben sich jedoch

Abbildung 17: Geschlecht und Interesse in Wissenschaft und Technologie bzw. Politik



Quelle: Eigene Darstellung nach Gaskell et al. 2006: 76 (Eurobarometer 2005)

auch schon aus dem ungleichen Verhältnis der Geschlechter zu wissenschaftlichen und technologischen Themen (siehe Abbildung 17). Hier gibt ein im Vergleich zu den Frauen (51 % interessieren sich gelegentlich oder oft) deutlich höherer Prozentsatz an Männern (73 % interessieren sich gelegentlich oder oft) an, sich für Wissenschaft oder Technologie zu begeistern (vgl. Behrens/Meyer-Stumborg/Simonis 1997: 27, 44; Gaskell et al. 2006: 76f.).

### 3.1.2.7. Versuche der Vermittlung und Aufklärung

Durch die relativ hohe Anzahl an Personen und Gruppen in Europa, die gegenüber der Grünen Gentechnik und anderen Formen des Eingriffs in das Erbgut lebender Organismen kritisch eingestellt sind, standen und stehen sich die gegensätzlichen Auffassungen von Befürwortern und Gegnern dieser Technologie konträr gegenüber. Die vielen, teils friedlichen aber teils auch militanten Proteste, wie die etlichen Protestkampagnen kritischer Gruppen oder die gewalttätigen Zerstörungsaktionen gentechnischer Anbaufelder in der Landwirtschaft haben offensichtlich gemacht, dass die Errungenschaften der modernen Gentechnologie weder von Wissenschaft und Industrie durchgesetzt,

noch von staatlicher Seite widerspruchlos verordnet werden können. Die an einer großflächigen Einführung interessierten wissenschaftlichen, ökonomischen und teils auch staatlichen Akteure gerieten somit vor allem auf dem Höhepunkt der Proteste in den 1990er Jahren unter Handlungsdruck und begaben sich auf die Suche nach Möglichkeiten, um den festgefahrenen Konflikt zu bewältigen (vgl. Behrens/Meyer-Stumborg/Simonis 1997: 209).

Konkret sind von den Akteuren verschiedene Strategien eingeschlagen worden, die zum einen auf öffentliche Aufklärung setzen, zum anderen aber auch auf einen Konsens zwischen den Akteuren abzielen. Durch ein Zusammenführen der Akteure aus den rivalisierenden Kommunikationsnetzwerken in eine gemeinsame Kommunikationssituation sollte der Konflikt in geregelte Bahnen gelenkt und damit entschärft und im besten Fall sogar gelöst werden. Eine solche Zusammenkunft der gegensätzlichen Akteure wurde in Form von *Diskursen*, *Verhandlungen* oder *Dialogen*<sup>56</sup> organisiert, welche zum Teil durch die Industrie selbst, teilweise aber auch durch wissenschaftliche und oftmals durch staatliche Akteure initiiert wurden und an denen zum Teil auch Vertreter der gentechnikkritischen Gruppen vertreten waren. Die jeweiligen Interessen der beteiligten Akteure, um sich gemeinsamen an einen Tisch zu setzen und am Ende womöglich auch Verpflichtungen einzugehen, sind dabei recht unterschiedlich: So versprechen sich die kritischen Verbände und Organisationen zunächst einen Informationsgewinn und eine bessere Einschätzung der Strategien der anderen Akteure. Auf Seiten von Wissenschaft und Industrie stehen Konsense mit den Gentechnik-Gegnern wie etwa über eine durchgängige Kennzeichnung von gentechnisch veränderten Produkten an erster Stelle, da

---

<sup>56</sup> Der *Diskurs* wird hier fast durchgängig im Sinne HABERMAS' verstanden, sodass die am Diskurs beteiligten Personen versuchen, auf der Basis belegter Tatsachen zu argumentieren und somit eine verallgemeinerungsfähige Wahrheit zu erschließen und einen gemeinsamen Konsens zu erlangen. Wichtigste Bedingung ist dabei, dass sich alle beteiligten Akteure auf gleicher Augenhöhe gegenüberstehen und „kein Zwang außer dem des besseren Argumentes ausgeübt wird“ (Habermas 1973: 148). Die Kommunikationsform der *Verhandlung* findet hingegen nicht in einem herrschaftsfreien Raum statt, da hier weniger die besseren Argumente und mehr das vorhandene Machtpotential über den Ausgang entscheiden. Bei einem reinen *Dialog* muss es nicht zwangsläufig eine Lösung geben. Dort stellen sich die einzelnen Parteien gegenseitig lediglich ihre Positionen vor und tauschen Informationen aus (vgl. Behrens/Meyer-Stumborg/Simonis 1997: 210f.).

sie so eine Vermarktung ihrer Produkte ohne weitere Proteste erwarten. Der Verlauf vieler Zusammenkünfte zeigte aber auch, wie schwierig die Erreichung einer Übereinstimmung in diesem konfliktgeladenen Politikfeld sein kann. So dienten verwendete Argumente innerhalb der Zusammenkünfte weniger oft der allgemeinen Wahrheitsfindung, sondern wurden als „Waffe“ gegen den jeweiligen Gegner eingesetzt. Da gemeinsame Erklärungen mit der gegnerischen Industrie in den eigenen Reihen der kritischen Verbände zudem nicht selten auf Unverständnis trafen, kam es so auch nicht selten vor, dass Vertreter von Umwelt- oder Verbraucherverbänden die gemeinsamen Konsultationen frühzeitig und unter Protest verließen (vgl. Bandelow 1999: 81; Behrens 2001: 141).

#### *Getroffene Maßnahmen in den Niederlanden*

In den Niederlanden entstand der gesellschaftliche Konflikt über Risiken und Nutzen der Gentechnologie im Zuge des Innovationsprozesses der neuen Verfahren zum Beginn der 1990er Jahre. Verbraucher standen den neuen Möglichkeiten bei der Produktion von Nahrungsmitteln eher ablehnend gegenüber, was auch den niederländischen Staat unter Zugzwang setzte (vgl. Behrens 2001: 145). Die Überwindung des Akzeptanzdefizits beim neuen Genfood sahen die zuständigen Ministerien jedoch nicht als primäre Aufgabe des Staates an. Vielmehr sollten die verschiedenen gesellschaftlichen Interessenverbände die existierenden Meinungsverschiedenheiten durch Dialoge klären (vgl. MinEZ 1994: 13; MinLNV 1993: 21).

Diese staatliche Strategie, auf die Kräfte der Selbstregulierung durch die sozioökonomischen Akteure zu vertrauen, ging von Anfang an jedoch nicht immer auf. So initiierte das niederländische Landwirtschaftsministerium bereits im Jahr 1991 durch Absprachen mit den niederländischen Verbraucherverbänden und finanzielle Zuschüsse für zwei Personalstellen die Errichtung einer Stiftung mit dem Namen *Consument en Biotechnologie*, welche direkt der größten niederländischen Verbraucherschutzorganisation *Consumentenbond* unterstellt war. Das Ministerium erhoffte sich durch die Erhöhung der fachlichen Kompetenz, einer möglichen Fundamentalisierung des sehr kritisch eingestellten Verbraucherschutzakteurs entgegenzuwirken und so die Informationspolitik

des Verbandes gegenüber den Konsumenten in ihrem Sinn zu beeinflussen (vgl. Behrens 2001: 45). Im Jahr 1994 gründete sich auf Vorschlag des Wirtschaftsministeriums der *Arbeitskreis Communicatie-overleg Biotechnologie* (CoB), an dem insgesamt 13 Vertreter aus verschiedenen betroffenen Unternehmen, der niederländischen Biotechnologievereinigung *NIABA*, Vertreter aus den beteiligten Ministerien sowie Umwelt- und Verbraucherverbänden teilnahmen. Der Arbeitskreis existierte bis einschließlich 1997 und stellte abschließend die einzelnen Positionen der Teilnehmer vor und informierte über gemeinsam entwickelte Zukunftsszenarien. Ziel war die gegenseitige Verständigung über die jeweiligen Positionen und Strategien und der Aufbau eines Kommunikationsnetzwerkes für zukünftige Dialoge und Diskurse (vgl. ebd.: 138f.).

Bei einem solchen Diskurs, der als Selbstregulierungsversuch organisiert wurde und später auch in Deutschland als Vorbild gesehen werden sollte, kamen die gegensätzlichen Akteure sodann auch ohne die Hilfe des Staates zusammen: Mit *Unilever*, einem der weltweit größten Nahrungsmittelkonzerne mit einem der Hauptsitze in den Niederlanden, sah sich ein großes Unternehmen zu Beginn der 1990er Jahre in der Pflicht, einen Schritt auf die Gentechnikgegner zuzugehen und sich gemeinsam mit dem *Consumentenbond* an einen Tisch zu setzen. Da Unilever sehr stark von der gesellschaftlichen Akzeptanz seiner Produkte abhängig ist und man in der Produktion zukünftig auch gentechnisch veränderte Enzyme einzusetzen gedachte, wollte man durch einen Diskurs dem Widerstand und der mangelnden Akzeptanz entgegenwirken.<sup>57</sup> Dies gelang insoweit, dass bis zum Jahr 1996 innerhalb der Diskursgruppe neun gentechnisch manipulierte Zusatzstoffe und Enzyme anerkannt wurden und man sich in selbstregulierender Form auf den Kompromiss einer deutlichen Etikettierung gentechnisch veränderter Nahrungsmittelprodukte einigte. Zugeständnisse wurden dabei von beiden Seiten gemacht, jedoch kamen die Unterredungen nicht ohne Konflikte zwischen den Parteien aus und auch nicht

---

<sup>57</sup> Nach einem ersten Treffen im September 1991 wurde die Runde der Diskursteilnehmer im April 1992 erstmals erweitert. Im Jahr 1994 setzten sich die regelmäßigen Treffen aus Vertretern von Verbraucherschutzverbänden, Umweltschutzorganisationen, Saatgutherstellern, verschiedenen Nahrungsmittelproduzenten und Einzelhandelsunternehmen zusammen (dazu ausführlich Behrens/Meyer-Stumborg/Simonis 1995: 67ff.).

alle involvierten Akteure hielten bis zum Ende des Diskurses durch: Nachdem *Unilever* nach den ersten Importen von Gensoja im Jahr 1996 bekanntgab, dieses selbst auch verarbeiten zu wollen, stieg mit der Umweltschutzorganisation *Stichting Natuur en Milieu* (SNM) auch der letzte der beteiligten Umweltverbände aus den Beratungen aus (vgl. ebd.: 142ff.). Wie auch im Rest Europas gelangte das Thema Grüne Gentechnik nach den ersten Importen von GMOs ganz weit nach oben auf die gesellschaftliche und politische Tagesordnung. Wurden die Debatten bis zur Hälfte der 1990er Jahre in den Niederlanden lediglich von einer kleinen Elite geführt, änderte sich dies durch die Ereignisse im Jahr 1996 und den Folgejahren. Durch diese Skandale wurden auch die niederländischen Nichtregierungsorganisationen zunehmend kritischer, was auch den jähen Ausstieg von SNM aus dem *Unilever*-Diskurs erklärt (vgl. Sleehoff/Osseweijer 2008: 11-2; Somsen 2009: 199).

Neben den Versuchen der Verständigung zwischen den konkreten Akteuren des Politikfelds gab es in den Niederlanden parallel auch immer wieder Versuche der Informationsvermittlung an die Bevölkerung. So führte man von 1993 bis 1995 so genannte Konsenskonferenzen durch, die direkt an das Parlament angegliedert waren. Während der Zeit der starken Proteste nahm das Parlament im Jahr 1999 darüber hinaus eine Resolution an, welche die Regierung dazu drängte, eine breite öffentliche Debatte mit Interessenvertretern über den Gentechnikeinsatz in Lebensmitteln zu organisieren und so zur politischen Willensbildung beizutragen. Diese öffentlichen Unterredungen scheiterten jedoch bei dem auferlegten Ziel, das öffentliche Misstrauen zu entschärfen (vgl. Somsen 2009: 199). Einen weiteren Versuch einer öffentlichen Debatte startete die niederländische Regierung im Jahr 2000 unter dem Titel *Eten en Genen* (Essen und Gene), nachdem im Jahr zuvor ein interministerieller Bericht veröffentlicht wurde (vgl. Terlouw 2002). Neben der Erhöhung der Information zum Thema Genfood sollte die Kampagne auch die Bedingungen ermitteln, unter denen der Einsatz der Grünen Gentechnik für die Bevölkerung akzeptabel sei (vgl. Sleehoff/Osseweijer 2008: 11-2f.).

*Getroffene Maßnahmen in Deutschland*

Auf deutscher Seite verblieb die Diskussion um die Anwendung und Einführung gentechnischer Methoden in der Lebensmittelproduktion fast ausschließlich innerhalb elitärer Zirkel und es kam kaum zur Einbindung einer breiten Öffentlichkeit. Gleichzeitig sah und sieht man sich in der Bundesrepublik jedoch auch einer im Vergleich zu anderen Staaten besonders kontroversen Austragung des Konfliktes um die Einführung der Gentechnik gegenüber (vgl. Bandelow 1999: 81). Dass man es auf gesellschaftlichem wie politischem Parkett mit stark verhärteten Fronten zu tun hatte, zeigte sich bereits im Jahr 1984, als das Thema Gentechnik weltweit erstmals zum Gegenstand eines eigenen parlamentarischen Ausschusses wurde. Die Enquete-Kommission zu „Chancen und Risiken der Gentechnologie“ ging dabei auf zwei unterschiedliche Anträge der Fraktionen von *SPD* und *DIE GRÜNEN* zurück, von welchen sich jener viel moderatere und auf die gesellschaftlichen Folgen der Gentechnik abzielende Antrag der *SPD* gegenüber dem progressiveren der *GRÜNEN*, der eine Unterbindung von Gentechnik-Experimenten forderte, am Ende durchsetzte.<sup>58</sup> Was die Unterschiedlichkeit der beiden Anträge bereits vor Einsetzung der Kommission vermuten ließ, zeigte sich auch während der Arbeit der Kommission und an deren Ende: Schien ein gemeinsamer Kompromiss zunächst noch möglich, wurde im Verlauf der Beratungen deutlich, dass die Vertreterin der *GRÜNEN* eher auf die ethische und ökologische Verträglichkeit eingehen wollte und im Jahr 1985 so auch ein Sondervotum ihrer Partei ankündigte (vgl. Behrens 2001: 150ff.; Catenhusen/Neumeister 1987).

Der Grund für jene in Deutschland zu beobachtende starke Zuspitzung des Gentechnik-Konfliktes wird von BORA und DÖBERT (1993) zu großen Teilen mit einer Überlagerung des zu führenden technisch-wissenschaftlichen Diskur-

---

<sup>58</sup> Neben neun Vertretern aus den Bundestagsfraktionen wurden in die Arbeit der Enquete-Kommission auch Sachverständige aus der naturwissenschaftlichen Forschung sowie Abgesandte von Interessenorganisationen, aus Rechtswissenschaft und Moralthologie eingebunden – Umwelt- und Verbraucherschutzorganisationen wurden zu den Sitzungen der Kommission nicht eingeladen (vgl. Catenhusen/Neumeister 1987).

ses durch den politischen Diskurs erklärt.<sup>59</sup> Dieser Entwicklung wollte man in Deutschland durch einen mehr rationalen Umgang mit der Gentechnik in Form einer wissenschaftlichen Technikfolgenabschätzung entgegenwirken und richtete am Wissenschaftszentrum Berlin (WZB) von 1991 bis 1993 ein Projekt zum „Anbau von Kulturpflanzen gentechnisch erzeugter Herbizidresistenz“ unter der Leitung eines Sozialwissenschaftlers (VAN DEN DAELE) und zweier Biologen (PÜHLER und SUKOPP) ein.<sup>60</sup> An dem vom damaligen Bundesministerium für Forschung und Technik (BMFT) bewilligten Projekt nahmen in etwa 50 Experten teil und versuchten, an einer Rationalisierung der kontroversen Meinungen beizutragen. Als Ergebnis des Diskurses hielten die Veranstalter des WZB-Projektes fest, dass die These besonderer Risiken der untersuchten gentechnischen Methoden zur Erzeugung einer Herbizidresistenz wissenschaftlich nicht gestützt werden kann und objektiv somit zurückzuweisen sei (vgl. Daehle 1996). Dieses Ergebnis wurde von Umweltvertretern wie wissenschaftlichen Beobachtern jedoch scharf kritisiert und veranlasste die Vertreter der beteiligten Umweltschutzverbände schließlich auch dazu, das Projekt unter starkem Protest zu verlassen (vgl. Bandelow 1999: 81).

Trotz der Schwierigkeiten des Berliner Diskursprojektes gab es in der Folgezeit auch in anderen deutschen Bundesländern erneute Anläufe zu Dialogen oder Diskursen, welche teils von staatlicher, teils aber auch von gesellschaftlicher Seite initiiert wurden.<sup>61</sup> Nach dem beschriebenen Erfolg des von

---

<sup>59</sup> Während unter dem *politischen Diskurs* hier der Wettbewerb der Interessengruppen um Macht und Ressourcen durch eine bestmögliche Außendarstellung und der damit verbundenen Mobilisierung der Öffentlichkeit verstanden wird, meint der *wissenschaftlich-technische Diskurs* die gemeinsame Aussprache und Lösungsfindung auf einer von wissenschaftlich belegten Fakten bestimmten Sachdiskussion (vgl. Bora/Döbert 1993).

<sup>60</sup> Näheres zum Ablauf und den Ergebnissen des WZB-Projektes ergibt sich aus der durchgeführten Begleitforschung von BORA/DÖBERT (1993), GILL (1993) und SARETZKI (1996), sodass für Einzelheiten darauf verwiesen werden soll.

<sup>61</sup> So fand von 1993 bis 1995 ein Diskurs in der *Akademie für Technikfolgenabschätzung* in Baden-Württemberg statt, an dem 194 Laien teilnahmen und über die Zukunftschancen von Bio- und Gentechnologie diskutierten. In Niedersachsen wurde in der evangelischen Akademie in Loccum ebenfalls ein öffentlich geförderter Diskurs organisiert, in dem sich von 1995 bis 1996 etwa 98 Experten und Laien gemeinsam über die Gentechnologie in Niedersachsen austauschten (dazu ausführlich Behrens 2001: 177ff.; Behrens/Meyer-Stumborg/Simonis 1997: 235ff.).

*Unilever* in den Niederlanden initiierten Gentechnik-Dialoges versuchte die deutsche *Unilever* auch für Deutschland ein vergleichbares Dialogprojekt entstehen zu lassen. Im Jahr 1994 einigte man sich dazu mit dem Umweltverband *BUND* auf die Einrichtung eines vergleichbaren informellen Arbeitskreises mit insgesamt zehn Vertretern aus Unternehmen sowie Gewerkschaften, Umwelt- und Verbrauchergruppen. Inhaltlich verlief das deutsche Pendant ähnlich dem niederländischen Vorbild, denn auch hier stand die Markteinführung von Lebensmitteln mit gentechnisch manipulierten Zusatzstoffen im Mittelpunkt der Debatten. Als Ziel galten eine gemeinschaftliche Bewertung der Lebensmittel und einvernehmliche Absprachen bezüglich der Kennzeichnung dieser Produkte. Die Erzielung eines von allen Akteuren getragenen Konsenses gestaltete sich jedoch ähnlich wie in den Niederlanden schwer, da der *BUND* noch vor der Veröffentlichung von ersten Zwischenergebnissen im Herbst 1996 den Dialog vorzeitig verließ, da verbandsintern von Seiten den *BUND*-Vorstandes Widerstand geäußert wurde. Neben dem Vertreter des *BUND* sah sich auch der Abgesandte des Verbraucherschutzverbandes *Verbraucher Initiative* (VI) wiederholt scharfer Kritik aus den eigenen Reihen ausgesetzt und zum Rücktritt aufgefordert – er wurde jedoch nachträglich gestützt und blieb weiterhin Teil des *Unilever*-Dialoges (vgl. Behrens 2001: 179ff.; Behrens/Meyer-Stumborg/Simonis 1997: 242ff.).

Am Ende der langen Reihe von runden Tischen, Dialogen und Diskursen stand in Deutschland der von der ehemaligen Umwelt- und Verbraucherschutzministerin RENATE KÜNAST (Bündnis 90/Die Grünen) im Jahr 2001 initiierte *Diskurs Grüne Gentechnik*, zu dem die Ministerin Experten und Interessenvertreter offiziell einlud. In etlichen Zusammenkünften und Diskussionsrunden ergab sich wiederum eine Pattsituation, da keine Seite einen Versuch machte, die eigenen Auffassungen zu revidieren oder anzupassen (vgl. Pfaff/Pohl-Apel/Sachse 2008: 9-1f.). In Deutschland waren die einzelnen Meinungen der Akteure des Politikfelds so noch mehr festgefahren als im Nachbarland, was sich dann letztendlich auch in dem erhöhten Konfliktpotential und den deutlichen Umfragewerten zeigte und zeigt.

### 3.1.3. Zwischenfazit

Ungeachtet der kritischen Haltungen zur Grünen Gentechnik in Europa hat sich der Anbau transgener Pflanzen in den 2000er Jahren global gesehen weiterhin rasch ausgedehnt: War die weltweite Anbaufläche im Jahr 1996 noch gut 1,7 Millionen Hektar groß, weitete sich die Fläche des mit gentechnisch verändertem Saatgut bewirtschafteten Agrarlandes über die Jahre stetig aus und war im Jahr 2008 bei 125 Millionen Hektar angelangt – 2008 hat so insgesamt eine Rekordanzahl von 13,3 Millionen Landwirten in 25 Ländern gentechnisch veränderte Nutzpflanzen angebaut (vgl. James 2009: 8). Im Ganzen waren seinerzeit weltweit somit über 90 verschiedene genetisch veränderte Pflanzen für den Freilandanbau zugelassen (vgl. Rucht/Yang/Zimmermann 2008: 41). Der Anbau konzentriert sich dabei hauptsächlich auf einige wenige Länder wie die USA, wo im Jahr 2008 insgesamt 62,5 Millionen Hektar Land mit Gentechnik bearbeitet wurden, Argentinien (21,0 Mio. ha), Brasilien (15,8 Mio. ha), Indien und Kanada (beide 7,6 Mio. ha) sowie China (3,8 Mio. ha). Die restlichen 18 Länder (davon sieben aus der EU) blieben 2008 jeweils unter drei Millionen Hektar Anbaufläche für die Grüne Gentechnik – die EU-Länder mit ihrem gentechnisch veränderten Mais kamen insgesamt sogar nur auf 0,1 Millionen Hektar (vgl. James 2009: 5).

Diese geringen Anbauflächen in Europa spiegeln die beschriebene *Akzeptanzblockade* der Grünen Gentechnik wider. Während sich in den anderen Biotechnologiezweigen wie vor allem der Roten Gentechnologie die neu entwickelten Methoden weitgehend etabliert haben und auch ökonomische Erfolge verbuchen können, ist eine breitenwirksame Akzeptanz transgener Pflanzen aus wirtschaftlichen, technischen und biologischen Gründen zumindest auf absehbare Zeit gesehen noch eher fraglich (vgl. Vogel/Potthof 2003). Der gesellschaftliche Konflikt hat innerhalb Europas zu einer so genannten *Diffusionsblockade* geführt, da die vollständige Durchdringung des Marktes mit gentechnisch veränderten Lebensmitteln nicht eingetreten ist. Für die Unternehmen und Wirtschaftsverbände aus dem Politikfeld der Grünen Gentechnik war das Risiko einer Markteinführung dieser Produkte aufgrund der fehlenden Nachfrage durch die Konsumenten, sowie durchgeführter Protestkampagnen und angedrohter Boy-

kotte durch gesellschaftliche Verbände viel zu hoch (vgl. Behrens/Meyer-Stumborg/Simonis 1997: 43).

Auf ihnen lastete ein erheblicher Druck, denn sie waren es, die an erster Stelle an einer Beilegung des Akzeptanzkonfliktes interessiert waren. Die Bereitschaft der Industrie, sich in Dialogen und Diskursen mit den gentechnikkritischen Verbänden auseinanderzusetzen und zu versuchen, die wirtschaftlichen Risiken einer Markteinführung gentechnisch veränderter Nahrungsmittel zu verringern, hat verdeutlicht, dass den kritischen Verbänden in diesem Konflikt eine nicht zu unterschätzende Macht zukommt und sie sich so auch mitgestaltend am Einführungsprozess der Grünen Gentechnik beteiligen konnten (vgl. ebd.: 104). Durch die Proteste und das entsprechend kritische Kaufverhalten der Verbraucher wurde der Druck auf die Nahrungsmittelindustrie und den Handel in Europa derart stark, dass sich die produzierenden Unternehmen vor allem nach den vielen gescheiterten Versuchen der Markteinführung gentechnisch veränderter Lebensmittel in den späten 1990er Jahren schließlich auf eine gemeinsame Strategie gentechnikfreier Lebensmittel verständigten und diese zu Beginn dieses Jahrtausends auch weitgehend umgesetzt hatten<sup>62</sup> (vgl. Conrad 2004: 65f.). Gemeinsam mit der staatlichen Regulierung in Europa (siehe dazu Kapitel 3.3) führten diese Absprachen in den vergangenen Jahren immer öfter dazu, dass immer mehr Gentechnikkonzerne ihre Forschung, Entwicklung und Produktion in andere europäische Staaten oder gar in Länder ganz außerhalb der EU verlagerten (vgl. Becher/Schuppenhauer 1996: 27). Zuletzt äußerte sich auch der deutsche Chemiegigant BASF kritisch zu einem Verbleib der Gentechniksparte in Europa und kündigte später die Verlegung seiner Aktivitäten in die USA an (vgl. Lugt 2009).

Trotz dieser Abwanderungen und der anhaltenden negativen Einstellung in der europäischen Bevölkerung ist es jedoch nicht so, dass die Grüne Gentechnik in unseren Supermärkten gar keine große Rolle spielt. So gibt es in den Nieder-

---

<sup>62</sup> Während Stichprobenuntersuchungen der *Stiftung Warentest* im Jahr 2000 noch in 31 von 82 getesteten nicht gekennzeichneten Lebensmitteln Spuren von gentechnisch verändertem Mais oder Soja feststellen konnten, wiesen die gleichen Lebensmittel zwei Jahre später keinerlei nennenswerte transgene Anteile mehr auf (vgl. Stiftung Warentest 2002).

landen zwar eine Hand voll Produkte und in Deutschland sogar gar keine, die mit einer Kennzeichnung bezüglich gentechnisch veränderter Inhaltsstoffe versehen sind (siehe dazu Kapitel 1), diese müssen europaweit jedoch auch erst ab einem Anteil von über 0,9 Prozent deklariert werden. Hinzu kommt, dass in der Lebensmittelproduktion viele gentechnisch behandelte Produkte eingesetzt werden, die im späteren Endprodukt nur sehr schwierig oder gar nicht mehr nachzuweisen sind. Auf dem deutschen Markt befinden sich so beispielsweise gentechnisch veränderte Agrarrohstoffe aus Sojabohnen, Mais, Raps oder Baumwolle genauso wie gentechnisch manipulierte Zusatzstoffe in Form von Vitaminen, Enzymen, Aromen und Geschmacksverstärkern oder transgene Futtermittel, die für die Erzeugung von Fleisch, Eiern und Milch verwendet werden. Bei den Ursprungspflanzen dominieren dabei immer noch Manipulationen bezüglich der Input-Eigenschaften der Pflanzen in Form einer Insektenresistenz oder Herbizidtoleranz, während noch kaum transgene Organismen mit veränderten Output-Eigenschaften auf dem Weltmarkt vorhanden sind (vgl. Conrad 2004: 65ff.; Rucht/Yang/Zimmermann 2008: 41).

Für die Zukunft bleibt dabei die Frage bestehen, ob sich auch in Europa künftig vermehrt kennzeichnungspflichtige Produkte in den Supermärkten finden werden und ob sich transgene Organismen mit veränderten Output-Eigenschaften in absehbarer Zeit durchsetzen werden. Da die Entwicklungszeit transgener Pflanzen in der Regel sechs bis zwölf Jahre dauert, die reinen Entwicklungskosten oft eine Höhe von 50 Millionen Euro erreichen und das Einfügen von Fremdgenen ein diffiziles Unterfangen ist, wird sich die Forschung und Entwicklung zukünftig weiterhin auf große multinational operierende Unternehmen wie *Beyer-Monsanto*, *Syngenta*, *Unilever* oder *Nestlé* beschränken und die vor allem in Deutschland vorherrschenden mittelständischen Unternehmen dieser Branche nicht berühren (vgl. Conrad 2004: 65). Ihre Kapazitäten für Forschungs- und Entwicklungsausgaben liegen lediglich bei rund 0,7 Prozent, weshalb sie aus eigener Kraft derartige Aktivitäten nicht leisten können. Zudem fehlt es hierzulande an ausreichenden finanziellen Anreizen von Seiten des Staates und liegt die Risikohürde einer Markteinführung für die meisten Unternehmen viel zu hoch (vgl. Behrens/Meyer-Stumborg/Simonis 1997: 39). Die

wirtschaftlichen Vorteile der transgenen Pflanzen halten sich für die Landwirtschaft zudem sehr in Grenzen und variieren sehr stark nach der verwendeten Pflanzenart, der Art des landwirtschaftlichen Betriebes und den existierenden regulativen Rahmenbedingungen (vgl. Bernauer 2003: 37).

Den zukünftigen Verlauf dieser aktuell schwierigen Phase, in der sich die Agro-Gentechnik europaweit befindet, hängt somit ganz klar von noch nicht vorhandenen Vorteilen für die Verbraucher und einer anschließenden gesellschaftlichen Akzeptanz und Durchsetzung ab. Möglich sind somit noch immer die unterschiedlichsten Entwicklungsverläufe in den kommenden Jahren. Vor allem die dargelegten ungünstigen ökonomischen Bedingungen machen ein Scheitern der Technologie in Bezug auf gentechnisch manipulierte Endprodukte nicht unwahrscheinlich.

### 3.2. Politikfeldspezifische Interessenvertretungsmuster

Betrachtet man die Mechanismen der Interessenvertretung in verschiedenen Ländern, dann wird deutlich, dass sich ganz unterschiedliche national-spezifische Entscheidungsregeln entwickelt haben. Diese verschiedenen Muster politischer Netzwerkbeziehungen in den Referenzländern Deutschland und Niederlande sollen in diesem Kapitel vorgestellt werden. Die gewachsenen *Staat-Verbände-Beziehungen* und *Governance-Strukturen* orientieren sich an denen in Kapitel 2.2.1.2 vorgestellten typischen traditionellen Erklärungsmodelle der theoretischen Verbändeforschung für die Einbindung von Verbänden: *Pluralismus* und *Korporatismus*.

#### 3.2.1. Deutschland

In Deutschland sind die rechtlichen Grundlagen für Interessenvertretungsakteure im Grundgesetz geregelt. Im direkten Vergleich mit den Parteien<sup>63</sup> werden Verbände zwar nicht explizit in der Verfassung erwähnt, sie können aber als „*Sonderfälle*“ (Reutter 2001: 78) von Artikel 9 GG angesehen werden, der

---

<sup>63</sup> Vgl. hierzu Artikel 21 GG, der den Parteien in Deutschland das direkte Mitwirken bei der Willensbildung des Volkes und somit eine herausgehobene Stellung im Staatsgebilde zugesichert.

ihnen die Vereinigungs- und Koalitionsfreiheit zusichert. Trotzdem verbleiben sie nach dem Wortlaut des Grundgesetzes aber deutlich im gesellschaftlichen Bereich und wird ihre Rolle als Interessenvertreter nach außen nicht thematisiert (vgl. Alemann/Heinze 1981a: 14; Schubert 1995: 407).

### *Historische Entwicklung*

Im Rückblick wurde zwischen deutschen Regierungen und gesellschaftlichen Gruppen – hier vor allem Unternehmensverbände und Gewerkschaften – schon lange Zeit eng zusammengearbeitet. Diverse Formen korporatistischer Kooperation zwischen dem Staat und Unternehmen, Verbänden, Parteien und Vertretern aus der Wissenschaft haben den „*Netzwerkstaat*“ (Lehmbruch 1997) schon lange Zeit charakterisiert (vgl. Kleinfeld 2000: 191). CZADA und DITTRICH (1980) verorten die Wurzeln von staatlicher Einflussnahme auf Verbände durch gezielte Steuerungsprozesse in Deutschland im 19. Jahrhundert, als Vertreter der staatlichen Agrarverwaltung an der Gründung agrarischer Vereine beteiligt waren und diese auch förderten (vgl. ebd.). Einfluss auf eine andere Akteurgruppe, die auch für diese Untersuchung relevant ist, fand später ebenfalls durch staatliche Akteure statt: Um nämlich den Umweltschutz in der Bevölkerung zu stärken, wurden von Seiten der Bundesministerien Umweltschutzinitiativen gezielt unterstützt und damit der bundesweite Aufbau von Umweltschutzverbänden gefördert (vgl. Thränhardt 1996: 217f.).

In der Zeit vor der Wiedervereinigung wurden korporatistische Aktionen hauptsächlich als Mechanismen der gesamtwirtschaftlichen Steuerung gebildet, indem – vor allem in den 1970er Jahren – der Staat mit Unternehmensverbänden und Gewerkschaften eng in tripartistischen Arrangements zusammenarbeitete. Eine Renaissance erlebten derartige korporatistische Kooperationen bzw. Steuerungshandlungen in Deutschland zum Ende der 1990er Jahre mit der Initiierung vom *Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit*, welches eine Wiederbelebung einer Konzertierung auf Makroebene war (vgl. Lehmbruch 2003: 156). Dieser und ähnliche Versuche eines formellen Tripartismus waren im Gegensatz zur langen Tradition informeller Kooperationen in der Regel aber nicht von Dauer (vgl. Schröder 2003), sondern eher kurzlebig, was unter anderem auch mit

einer abnehmenden Fähigkeit von (Unternehmens-)Verbänden zur Kompromissfindung oder spezifischer Entwicklungen im Parteiensystem erklärt wurde (vgl. Lehbruch 1996b: 18ff.). Auf der Mesoebene hingegen kam es in den 1980er und 1990er Jahren sehr wohl zu zahlreichen korporatistischen Arrangements, so dass der Trend hin zum sektoralen Korporatismus einzelner Politikfelder wie etwa der Umweltpolitik verlief (vgl. Voelzkow 2000: 189).

Heute finden sich in Deutschland in manchen Politikfeldern weiterhin Strukturen vor, die als korporatistisch eingestuft werden können. Neben der Tarifpolitik finden sich solche dauerhaften Netzwerkstrukturen bzw. institutionalisierte Zusammenarbeitsformen auch in den in dieser Untersuchung relevanten Sektoren der Umwelt- und Landwirtschaftspolitik. Im Zuge von Gesetzgebungsverfahren werden gesellschaftliche Gruppen gezielt eingebunden, um Stellungnahmen und Änderungswünsche abzugeben (vgl. Kleinfeld 2000: 191). Insgesamt betrachtet konnte Deutschland laut REUTTER (2001) durch die je nach Sektor stark unterschiedlichen Einbindungstraditionen und Einbindungsstrategien aber nie zu den stark korporatistisch geprägten Ländern gezählt werden (vgl. ebd.: 96). Durch eine generelle „*Expansion, Pluralisierung und Diversifizierung des Interessenspektrums*“ (Sebaldt 2004: 24), die sich auch im untersuchten Politikfeld durch die Entstehung immer neuer Akteure in den vergangenen Jahrzehnten feststellen lässt, wurde das korporatistisch geprägte Verbandssystem in Deutschland so zugunsten einer Interessenvertretungsstruktur pluralistischer Prägung immer weiter zurückgedrängt (vgl. ebd.).

#### *Politikfeldspezifische Entwicklung*

Auf dem Politikfeld der Bio- und Gentechnologie waren es zu Beginn der 1980er Jahre in Deutschland zunächst vor allem korporatistische Kernstrukturen, die sich in den Staat-Verbände-Beziehungen etablierten. Auslöser hierfür war die Befürchtung, dass der seinerzeit konstatierte Rückstand der bundesdeutschen Genforschung in internationaler Perspektive weiter zunehmen werde. Um die Wettbewerbsfähigkeit der Branche zu sichern, leistete der Staat eine milliardenschwere Anschubfinanzierung und installierte mit finanzieller Beteiligung

und der Einbindung großer Industriekonzerne sogenannte *Genzentren* an vier deutschen Standorten (siehe hierzu auch Kapitel 4.1.2). In diesen relativ geschlossenen Arrangements hatte man die „Großinteressen“ von Wissenschaft, Industrie und Staat gebündelt (vgl. Aretz 2000b: 177; Conrad 2005: 132).

Aus diesen ersten Arrangements erwuchsen über Jahre hinweg starke korporatistisch geprägte Kernstrukturen biotechnologischer Entscheidungsfindung in diesem Politikfeld, die durch eine eng begrenzte, exklusive Mitgliedschaft charakterisiert waren. Sie wurden von Wissenschaftsorganisationen, Wirtschaftsverbänden und zum Teil auch Gewerkschaften und Kirchen dominiert und bildeten sich in den 1990er Jahren sogar noch stärker als noch ein Jahrzehnt zuvor (vgl. Dolata 2003a: 288f.). Diese Strukturen ergaben trotz der komplexen risikopolitischen Auseinandersetzung um die Gentechnik und den damit verbundenen vielfältigen sicherheitsrelevanten und ethischen Fragen ein „stark korporatistisch geprägtes Gesamtbild“ (Conrad 2005: 131) industrie-gesellschaftlich formierter Großgruppen, die das gesellschaftliche Zentrum der konfliktbeladenen Policy-Arena bildeten (vgl. auch Aretz 2000a: 97f.). Entscheidungen zu Fragen bezüglich Innovationen sowie der Technologie- und Wirtschaftspolitik in diesem Bereich wurden in der Regel im Rahmen sehr stabiler und exklusiv besetzter korporatistischer Arrangements zwischen Vertretern von politischen Akteuren aus den etablierten Parteien und Ministerien sowie Wissenschaft und chemisch-pharmazeutischer Industrie vorbereitet und durchgeführt und entsprechen damit laut CONRAD (ebd.) „dem klassischen, für die Bundesrepublik seit langem bestehenden Bild administrativer Interessenvermittlung und politischer Entscheidungsfindung“ (ebd.: 131). Der Staat trat in dieser gesellschaftlichen Auseinandersetzung nicht als der aus den Pluralismustheorien bekannte passive Schiedsrichter auf, sondern war aktiver Akteur. Und die gesellschaftlichen Akteure hatten nicht einfach nur den Charakter von *pressure groups*, sondern waren Verhandlungspartner und wurden auf gemeinsame Verhandlungsergebnisse verpflichtet (vgl. Aretz 2000a: 99).

Die Funktionseliten, die hier eng mit dem Staat zusammenarbeiteten, waren laut ARETZ (ebd.) nicht am Wettbewerb einzelner Standpunkte, sondern am Elitenkonsens orientiert. Wie das Beispiel des ersten Gentechnikgesetzes (GenTG) zeigt, welches im Jahr 1990 in Kraft trat (siehe dazu auch Kapitel 3.3.1.2), mussten

kritische Einwände in der Gentechnikdiskussion wie Forderungen nach einer Einbindung der Öffentlichkeit oder einer sozialverträglichen Technikgestaltung von der verhandelnden Funktionselite selbst – und da vor allem von der SPD, von Gewerkschaften sowie Kirchen – in den Diskussionsprozess hineingetragen werden. Und auch bei der Diskussion im politischen Bereich konzentrierte sich die Diskussion seinerzeit auf die traditionellen Parteien. So wurden die eng mit einzelnen Protestgruppen verbundenen *Grünen* als genuines parteipolitisches Sprachrohr von Kritikern der Gentechnologie innerhalb der Diskussion bereits frühzeitig ins Abseits gedrängt (vgl. Aretz 2000a: 98f., 2000b: 176f.).

Dieses Muster der Konzentrierung auf ein Zusammenspiel funktionaler Eliten kann man auch bei der Besetzung verschiedener Beratungsgremien, Kommissionen oder Arbeitsgruppen wiederfinden. Beispiele hierfür sind etwa die im Jahr 1984 installierte *Benda-Kommission* oder die zeitgleich stattfindende *Enquete-Kommission* zu „Chancen und Risiken der Gentechnologie“ (siehe dazu Kapitel 3.1.2.7), die durch ein enges Beziehungsgeflecht von staatlichen Vertretern und solchen aus Großverbänden und Kirchen gekennzeichnet waren. Aber auch diverse Bund-Länder-Arbeitsgruppen oder die *Zentrale Kommission für Biologische Sicherheit* (ZKBS), die die Bundesregierung und die Bundesländer noch heute in Fragen zur Sicherheit der Gentechnik berät und deren Stellungnahmen großes Gewicht in den Entscheidungsfindungsprozessen haben, sind Beispiele von sehr geschlossenen Elitengremien. Interessenvertreter, deren Organisationen nicht genügend gesellschaftlichen Einfluss und eine zu geringe Konfliktfähigkeit besitzen, wie seinerzeit (viele) Protestakteure, verfügten kaum über Zugangschancen zu den Gremien (vgl. Arents 2000a: 99, 2000b: 177f.). Diese fragmentierten Gruppen wurden „in einem solchen Strukturgefüge vielmehr verdrängt oder marginalisiert, wie beispielsweise die Grünen in der *Enquete-Kommission* oder aber kritische Stimmen werden vom ‚Elitekonsens‘ einfach ins ‚Irrationale‘ abgedrängt“ (Aretz 2000b: 177f.). Auch Umwelt- und Verbraucherschutzakteure wurden im Gegensatz zu Sachverständigen aus den Bereichen der naturwissenschaftlichen Forschung, Rechtswissenschaft und Theologie sowie Vertretern der wirtschaftlichen Interessenorganisationen nicht zu den Kommissionssitzungen eingeladen (vgl. ebd.).

Kritische Diskussionen fanden zwar statt, hauptsächlich wurden strittige Zukunftsfragen aber nicht innerhalb des elitären Zentrums, sondern in der *Peripherie* als themenspezifische Subdiskussionen in „*offener strukturierten, themenspezifischen und fluiden Kommunikationszusammenhängen thematisiert*“ (Conrad 2005: 131). Die Akteurkonstellation auf dem Politikfeld hatte sich institutionell in die beiden Sphären Zentrum und Peripherie verfestigt. Die Protestgruppen der Peripherie waren zahlenmäßig viel mehr und setzten sich viel heterogener als die Zentrumsakteure zusammen (vgl. Arets 2000a: 98). Vor allem ab der zweiten Hälfte der 1990er Jahre konnten sie über die Medien ihre Bedenken verstärkt öffentlich machen und so über Umwege mehr und mehr Einfluss auf die Entscheidungsfindung in der Biotechnologiepolitik einwirken und erste Kurskorrekturen bewirken. Im Vergleich zur Situation in den 1970er und 1980er Jahren drängte sich in der Peripherie laut CONRAD zwar das Bild eines „*bemerkenswert ausdifferenzierten und pluralen Unterbaus korporatistischer Entscheidungsstrukturen in der Biotechnologie*“ (ebd.: 132) auf, „*er ähnelt jedoch mehr einem fragmentierten und lose gekoppelten Patchwork von Kommunikations- und Kontaktstrukturen als einem kohärenten, wechselseitig abgestimmten System der Politikberatung und -beeinflussung*“ (ebd.: 132). Und so musste auch konstatiert werden, dass die korporatistischen Beziehungen umso geschlossener wurden, je näher man an die politische Entscheidungsfindung kam. Diese Asymmetrien von Macht und Einfluss bei nichtstaatlichen Akteuren bezeichnete Conrad als „*asymmetrisch strukturierten Pluralismus*“ (ebd.: 133).

Im Laufe der Jahre kam es aufgrund der festgefahrenen und stark polarisierten Diskussion durch Initiativen von staatlicher wie wirtschaftlicher Seite aber immer auch wieder zu Versuchen, den festgefahrenen Konflikt um die Agro-Gentechnik zu entzerren. So gab es vor allem in den 1990er Jahren diverse Unternehmungen, die verschiedenen Akteure des Politikfelds durch Diskurs- oder Dialogveranstaltungen an einen Tisch zu bringen zu pragmatischen Absprachen zu kommen. Diese endeten aber jeweils damit, dass die Vertreter von Umwelt- und Verbraucherschutzverbänden die Runden Tische vorzeitig und zumeist unter Protest verließen (siehe dazu auch Kapitel 3.1.2.7). Zu keinem Ergebnis kamen auch erneute Versuche der Einigung, die in den 2000er Jahren stattfanden. So wurde eine durch Bundeskanzler GERHARD SCHRÖDER initiierte

Gesprächsrunde 2001 nach nur wenigen Sitzungen ergebnislos beendet und auch ein durch Bundesforschungsministerin ANNETTE SCHAVAN 2009 eingerichteter *Runder Tisch Gentechnik* war von Protesten der Gentechnikgegner begleitet, die die kritischen Stimmen nicht ausreichend genug vertreten sahen (siehe dazu auch Kapitel 4.1.3).

Die Jahre und Jahrzehnte andauernde institutionelle Beibehaltung von Zentrum und Peripherie, bei der kritischen Stimmen kaum Möglichkeiten des Einflusses eingeräumt wurden, führte unter diesen zu einer Bildung und Verhärtung von „*dichten sozialen und moralischen Milieus*“ (Arets 2000a: 100), was zu der beschriebenen Polarisierung und Zuspitzung der Debatte führte und eine auf Verständnis und Lernbereitschaft angelegte Auseinandersetzung zwischen den konkurrierenden Akteuren des Politikfelds mehr und mehr unmöglich machte. Durch den geschlossenen Charakter der Elitenkartelle wurde die Entstehung von Basisprotesten so nur noch mehr forciert (vgl. ebd., 2000b: 178). Später sah es auf dem Politikfeld sodann auch so aus, dass durch die Institutionalisierungs- und Professionalisierungstendenzen früherer kleinerer Protestgruppen und Bewegungsakteure die Seite der Kritiker ein größeres Gewicht und ihre Akteure somit auch mehr Mitsprachemöglichkeiten bekommen haben und das beschriebene Zentrum-Peripherie-Modell aufgebrochen wurde. Allerdings nur zum Teil, wie etwa die beim *Runden Tisch Gentechnik* 2009 angeführten Argumente der Gentechnikkritiker oder die aktuellen Mitglieder des immer noch bestehenden staatlichen Beratungsgremiums ZKBS<sup>64</sup> deutlich machen – bis auf ein stellvertretendes Mitglied aus den Reihen der Verbraucherzentrale Bundesverband finden sich von gentechnikkritischen Akteuren anno 2018 keine Vertreter.

### 3.2.2. Niederlande

Im Vergleich zu Deutschland geht die niederländische Verfassung bei ihren Ausführungen zur Rolle von Interessenorganisationen über das Grundgesetz

---

<sup>64</sup> Mitglieder und Stellvertretende Mitglieder der Zentralen Kommission für die Biologische Sicherheit (ZKBS), Online: [http://www.bvl.bund.de/SharedDocs/Downloads/06\\_Gentechnik/ZKBS/00\\_allgemein/ZKBS-Mitglieder.doc](http://www.bvl.bund.de/SharedDocs/Downloads/06_Gentechnik/ZKBS/00_allgemein/ZKBS-Mitglieder.doc), Abruf: 3. Januar 2016.

hinaus. So regelt Artikel 79 explizit auch die Einrichtung von ständigen Beratungsorganen der Regierung, in denen in der Regel Verbände beteiligt sind (vgl. Kleinfeld 2001: 289). Diese Gremien – sogenannte *vaste colleges van advies* – dienen dem Parlament und der Regierung in den Niederlanden als Beratungsorgane und bekommen laut KLEINFELD (2001) so eine „*besonders hervorgehobene Stellung innerhalb des parlamentarischen Regierungssystems*“ (ebd.: 289) zugewiesen. Als Rechtsformen können die Verbände entweder die der *vereniging* (Vereinigung) oder die der *stichting* (Stiftung) wählen, wobei bei ersterer kein Unterschied zwischen nach innen ausgerichteten Vereinen und nach außen ausgerichteten Verbänden gemacht wird und bei letzterer Form im Vergleich zu Deutschland nur sehr wenige staatliche Auflagen bei der Gründung verlangt werden (vgl. ebd.: 289ff.).

#### *Historische Entwicklung*

Lange Zeit wurde der unitaristische Staat der Niederlande aufgrund des vorhandenen starken Gewichts auf Aushandlungs- und Verhandlungsprozessen – und nicht auf dem Prinzip der Stimmenmehrheit – als Idealtypus einer *Konkordanzdemokratie*<sup>65</sup> angesehen. Als Merkmale dieses Typs gelten neben zentralisierten Entscheidungsprozessen auch die förmliche Einbindung von gesellschaftlichen Gruppen in die politische Willensbildung, die tragenden Entscheidungsaxiome von Kompromiss und Proporz sowie besonders wichtig für die Frage nach den Interessenvertretungsmustern eine starke Bedeutung von Politiknetzwerken und politischen Elitekartellen (vgl. Kleinfeld 1997: 220). Erklärt wird die Entstehung starker konkordanzdemokratischer Elemente in den Niederlanden durch eine historisch bedingte starke gesellschaftliche Konfliktstruktur (vgl. Czada 2000: 4). Aushandlungsprozesse sind dabei nach LIJPHART (1975 [1968]) und LEHMBRUCH (1967) ein probates Mittel, um für kleinere europäische Staaten mit konfessionellen, ethnischen, sprachlichen, ideologischen oder sozioökonomischen Minderheiten ein auf Dauer angelegtes demokrati-

---

<sup>65</sup> Zum Begriff siehe LEHMBRUCH 1976. Synonym werden auch die Begriffe *pacificatiedemokratie* (Befriedungsdemokratie) oder *overlegdemokratie* (Verhandlungsdemokratie) verwendet.

schen System zu garantieren. ANDEWEG und IRWIN (2009) sprechen von einer „*considerable fragmentation*“ (ebd.: 169), welche die politische Arena in den Niederlanden charakterisiere. Sie habe zu einer Tradition der kooperativen Entscheidungsfindung – der sogenannten *overlegcultuur* – in den Niederlanden geführt, da nur durch Verhandlungen Fortschritte erzielt werden konnten. Entgegen vielfacher Ansicht – darauf weist WIELENGA (2012) hin, – kann bezüglich des Inhalts von Aushandlungsergebnissen nicht von einem breiten politischen *Konsens*, sondern vielmehr von *Pragmatismus* gesprochen werden (vgl. ebd.: 426ff.). Durch die Einbindung vieler gesellschaftlicher Gruppen in die Entscheidungsfindung war dieser Prozess in den Niederlanden lange Zeit sehr zähflüssig und oftmals auch wenig transparent (vgl. Deth/Vis 2006: 216).

Zusätzlich zur (Parteien-)Konkordanz bildet der korporatistische Charakter der niederländischen Staat-Verbände-Beziehungen einen weiteren Mechanismus zur politischen Konfliktregelung (vgl. Czada 2000: 11). ANDEWEG und IRWIN (2009) begründen das Vorhandensein des niederländischen Korporatismus durch verschiedene Voraussetzungen, darunter eine lange korporatistische Tradition, die als Merkmal der traditionell starken Christdemokratie aus dem katholischen Subsidiaritätsprinzip entspringe. Aber auch schon viel früher, als im Mittelalter Wasserkontrollgremien (heute *waterschappen*) im Polderland errichtet und etabliert wurden und diese über Verhandlungsprozesse eigenständig zu Ergebnissen kommen mussten, seinen Wurzeln heutiger korporatistischer Muster gelegt worden (vgl. ebd.: 177ff.). Nach dem Ende der deutschen Besatzung im Jahr 1945 zeigte sich der korporatistische Charakter unseres westlichen Nachbarlandes in einer Vielzahl unterschiedlicher weitgehend institutionalisierter Konsultations-, Beratungs- und Verhandlungsorgane, die sich mit der Zeit herausgebildet haben. Sie bedeuteten eine frühzeitige Inkorporation verschiedener gesellschaftlicher Interessengruppen in den politischen Entscheidungsfindungsprozess, die von Regierungsseite bewusst beabsichtigt war. Durch Organe wie Beratungsgremien, tripartistische Gremien zwischen dem Staat sowie Unternehmensorganisationen und Gewerkschaften oder quasi-autonomen Nichtregierungsorganisationen (Quangos) wurde die Staat-Verbände-Kooperationen erleichtert und wurden neue vernetzte Entscheidungsstrukturen geschaffen (vgl. Andeweg/Irwin 2006: 169; Czada 1988).

Ein oft zitiertes Beispiel für derartige Gremien ist der *Sociaal-Economische Raad* (SER), der Regierung und Parlament bis heute in sozialen und wirtschaftlichen Fragen und bei neuen Vorhaben berät. Andere Gremien wie etwa die unter dem Schlagwort *publiekrechtelijke bedrijfsorganisatie* (PBO) geführten Anstalten des Öffentlichen Rechts konnten sogar selbst neue bindende Bestimmungen erlassen. Sie waren als *productschappen* und *bedrijfschappen* lange Zeit vor allem im Landwirtschafts- und Lebensmittelbereich als vom Staat oder den Sozialpartnern initiierte Fachverbände aktiv, bevor man das System im Jahr 2014 abschaffte (vgl. Andeweg/Irwin 2009: 172). Ende der 1960er Jahre konstatierten etliche Politiker und Wissenschaftler in den Niederlanden, dass sich durch die mal mehr und mal weniger geschlossenen Beratungsstrukturen ein eiserner Ring um die demokratisch legitimierte Institutionen gelegt hatte, was die teils mangelnde Transparenz und Legitimierung dieser Gremien verdeutlichte (vgl. Berg/Molleman 1974).

Strukturelle Grundlage für den Korporatismus in den Niederlanden des 20. Jahrhunderts war das bereits beschriebene Phänomen der *Versäulung*, bei der die Einwohner des Landes zwischen den 1920er und 1970er Jahren in weltanschaulichen Segmenten nahezu abgeschirmt und isoliert nebeneinander lebten (siehe dazu auch Kapitel 2.2.2.2). Innerhalb dieses verfestigten Partikularismus kam es auf der Ebene der Politik zu einer Zusammenarbeit der jeweiligen Säuleneliten in verschiedenen Sektoren, die von Konzertierung und Kooperation geprägt war. Die Elitenkompromisse sicherten die politische Stabilität im Land (vgl. Kleinfeld 1997). Mit dem Einsetzen der *Entsäulung* seit den 1960er Jahren, durch die sich die bisherigen gesellschaftlichen Trennungslinien aufzulösen begannen, kam es zu bedeutenden Veränderungen im politischen System der Niederlande – unter anderem auch im Bereich der Interessenvermittlung (vgl. ebd.). Das konkordanzdemokratische System wurde mehr und mehr durch konkurrenzdemokratische Elemente ergänzt und auf der Ebene der Eliten bestanden Interessenvertretung und Interessenvermittlung immer öfter aus konkurrierenden Elementen wie etwa wechselnden Koalitionen oder der verstärkten Suche nach spezifischen Vorteilen für die jeweiligen Organisationen und Gruppen. Es kam immer öfter zu bilateralen Konzertierungsabsprachen zwischen Sozialpartnern aus einzelnen Sektoren und einem selektiven

Korporatismus, welcher Staat und gesellschaftliche Gruppen wieder mehr voneinander entfernte. Viele der zuvor installierten Beratungsgremien lösten sich mit der Zeit auf oder wurden verschmolzen, die engen Beziehungen zwischen politischen Parteien und Interessenvertretern wurden schwächer und so wirkte sich die Entsäulung auch stark negativ auf den Korporatismus in den Niederlanden aus (vgl. Andeweg/Irwin 2006: 174).

Während der 1980er und 1990er Jahre verschwanden die traditionellen Konzertierungsstrukturen auf der Makroebene zunehmend und siedelten auf die sektorale Mesoebene um. Von einem Verschwinden des niederländischen Korporatismus konnte allerdings keine Rede sein. Es handelte sich vielmehr um eine Anpassung. Und so führte der Prozess der Entsäulung – entgegen der Prognose vieler Beobachter – viel weniger stark zum Abbau verhandlungsdemokratischer Strukturen. Die Staat-Verbände-Beziehungen ließen sich auch weiterhin durch unzählige Verflechtungen institutioneller Art und die Suche nach pragmatischen Kompromissen charakterisieren (vgl. Andeweg/Irwin 2009: 176; Deth/Vis 2006: 217). Korporatistische Arrangements zur Konfliktregelung fanden sich in angepasster Form in unterschiedlichen Politiksektoren wieder (Waarden 2002: 59). Laut KLEINFELD (2000) sind die institutionalisierten Konsultationsstrukturen zu Beginn der 1990er Jahre sogar noch komplexer geworden, da die Verhandlungsprozesse zwar konfliktreicher, aber auch ergebnisoffener und ritualisierter geworden seien (vgl. ebd.: 203). Gleichzeitig wurde die traditionelle Kompromiss- und Verhandlungskultur aber auch immer öfter angezweifelt und zur Disposition gestellt. Das mit dem *Abkommen von Wassenaar* im Jahr 1982 initiierte *Poldermodell* der 1980er und 1990er Jahre, mit welchem sich der Staat und die Sozialpartner zusammenschlossen und in einem tripartistischen Arrangement auf gemeinsamen Maßnahmen gegen die bedrohende Rezession verständigten, bildete hier eine Zäsur. Es kann sogar als eine Art Weiterentwicklung der aus der Zeit der Versäulung erfahrenen Prinzipien und Strukturen angesehen werden und bildete in den sich weiter polarisierenden Niederlanden einen weiteren temporären Rückgriff auf die altbewährten Instrumente der Verständigung (vgl. Kleinfeld 2000: 204).

Drehte sich die Stimmung bezüglich des Einsatzes von Aushandlungsprozessen und korporatistischer Zusammenarbeit durch das Abkommen von

Wassenaar zeitweise wieder hin zu einer positiveren Sichtweise, bildete das Jahr 2002 einen wichtigen Wendepunkt, führte die Niederlande in eine tiefe Krise und zurück in Zeiten der Polarisierung. Ausschlaggebend war das Auftreten des Populisten Pim Fortuyn mit seiner Partei *Lijst Pim Fortuyn* (LPF) auf der politischen Bühne, der die Kompromisskultur des Landes – und da vor allem das Elitensystem der Den Haager Politik – erneut stark anzweifelte und den gesellschaftlichen Konsens so aufbrach. Fortuyn wurde 2002, kurz vor der Parlamentswahl, die seine Liste in Parlament und Regierungsverantwortung brachte, durch einen radikalen Umweltaktivisten ermordet (vgl. Andeweg/Irwin 2009: 177).

Heute finden die Entscheidungsfindungsprozesse von Regierung und Parlament in einem „*Kraftfeld*“ (Deth/Vis 2006: 217) statt, indem Interessengruppen (weiterhin) in Phasen wie der Vorbereitung von Beschlüssen, der Entscheidungsfindung sowie der Umsetzung eine wichtige Rolle spielen und auf verschiedene Art und Weise versuchen, die politischen Prozesse zu beeinflussen. Interessengruppen werden von Seiten des Staates proaktiv eingeladen, um etwa bei Anhörungen des Parlaments ihre Sichtweise und Positionen zu präsentieren. Das niederländische politisch-administrative System bedient sich bei der Durchführung von Gesetzesinitiativen gerne der speziellen Expertise von Interessengruppen und bindet diese zum Teil auch direkt in der Phase der Politikimplementierung ein (vgl. ebd.: 217f., 233). Bei der Interessenvertretung bedienen sich die meisten Interessenakteure auch in den Niederlanden heute professioneller Lobbying- und Netzwerktechniken. Sie versuchen, ihre eigenen Forderungen so gut wie möglich mit wissenschaftlichen Daten zu unterfüttern und bedienen sich der Medien (vgl. Kleinfeld 2001: 309). Die Staat-Verbände-Beziehungen sind demnach auch weiterhin durch zahlreiche institutionelle Verflechtungen geprägt, obwohl man die Niederlande laut KLEINFELD (ebd.) aufgrund der beschriebenen Pluralisierung der Akteurstrukturen, der Zunahme des Parteienwettbewerbs und der abgeschwächten Bedeutung von Elitenkompromissen nur noch als „*modifizierte Konkordanzdemokratie*“ (ebd.: 292) bezeichnen kann und korporatistische Beziehungen im engeren Sinn auch immer seltener geworden sind. Im Vergleich mit der Situation in Deutschland wurden

die Niederlande aufgrund des historisch bedingten und weiterhin vorhandenen konkordanzdemokratischen Charakters aber auch in jüngster Zeit noch immer als ein Staat mit starken korporatistischen Zügen eingestuft (vgl. Sebald 2004: 27). Den in dieser Untersuchung im Zentrum des Interesses stehenden Bewegungsakteuren und Protestgruppen fehlt es im Gegensatz zu den sozial-ökonomischen Interessenorganisationen allerdings oftmals an den konstatierten festen Kontakten in das politisch-administrative System. Sie versuchen dann auch noch stärker als andere, ihren Einfluss durch ein Einwirken auf die öffentliche Meinung, durch den Gang des Rechtsweges, über Einspruchsverfahren, Demonstrationen, Unterschriftenaktionen und Petitionen geltend zu machen (vgl. Deth/Vis 2006: 234).

Allerdings hat sich das Gewicht dieser Gruppen mit ihren vermeintlich „schwachen“ Interessen im Laufe der vergangenen Jahrzehnte auch geändert: Während andere Akteure wie etwa Kirchen oder Gewerkschaften deutlich an Zulauf eingebüßt und damit an Einfluss verloren haben, zählen Freiwilligenorganisationen wie etwa Akteure aus dem Bereich des Umweltschutzes immer mehr Mitglieder und Unterstützer. Der niederländische Ableger der internationalen Umwelt-NGO *Greenpeace* kann so etwa die prozentual meisten Unterstützer weltweit verzeichnen. Beim nationalen *WWF*-Ableger gibt es nur in der Schweiz höhere Mitglieder- und Spenderzahlen (vgl. Andeweg/Irwin 2009: 13). Und auch bei den Zahlen des bürgerschaftlichen Engagements belegen die Niederlande seit der zweiten Hälfte der 1980er Jahre eine weltweite Spitzenposition und gelten als Musterland (vgl. Wielenga 2008: 343).

Es hat sich in den vergangenen Jahrzehnten also einiges verändert in den niederländischen Interessenvertretungsmustern. Nach Ansicht vieler Verbände ist der Staat heute oftmals – in einigen Politikfeldern mehr, in anderen weniger – nicht mehr als zentralen Akteur anzusehen. Wie KLEINFELD (2001) beschreibt, haben sich vielmehr sehr viel komplexere Politiknetzwerke entwickelt und unterscheiden sich diese zudem von Politikfeld zu Politikfeld (vgl. ebd.: 309). Indiz dafür sind auch die höchst divergenten Kulturen und Strukturen, die in den niederländischen Ministerien vorherrschen. Wie ANDEWEG und IRWIN (2009) beschreiben, ist jedes Ressort weitgehend autonom und unterscheidet sich – angefangen bei der Art der Rekrutierung des Beamtenapparates – derartig von den

anderen, dass sich dieses auch auf die jeweiligen Strategien und Instrumente (der Einbindung von gesellschaftlichen Interessen) und die Art und Weise auswirkt, wie und mit wem Politik gemacht wird (vgl. ebd.: 179ff.).

#### *Politikfeldspezifische Entwicklung*

In den Niederlanden bildete die Interessenvertretung im landwirtschaftlichen Bereich unter anderem aufgrund der versäulten Strukturen wie gezeigt bis in die 1960er Jahre den Prototyp eines korporatistisch gesteuerten Politikbereichs. Zwischen Agrarakteuren und dem politisch-administrativen System bestanden traditionell gut ausgebaute Kommunikationskanäle. Das beschriebene System öffentlicher Körperschaften (u.a. *landbouwschap*), in denen Vertreter des Staates gemeinsam mit Arbeitnehmern und Arbeitgebern zusammenarbeiteten, Kompromissgespräche führten und so über Grundsatzfragen der Landwirtschaftspolitik entschieden, erfüllte in diesem Politikbereich eine ähnlich bedeutende Stellung wie es der *Sociaal-Economische Raad* im Bereich der sozial-ökonomischen Politik tat (vgl. Kleinfeld 2001: 301). Bekannt waren diese exklusiven und geschlossenen korporatistischen Staat-Verbände-Beziehungen auch unter dem Namen *gouden driehoek* (goldenes Dreieck) oder *ijzeren driehoek* (eisernes Dreieck) – abhängig von der jeweiligen Wertschätzung des korporativen Arrangements (siehe dazu auch Kapitel 5.8).<sup>66</sup> Die sehr enge Zusammenarbeit zwischen dem niederländischen Landwirtschaftsministerium, der ständigen Parlamentskommission für Landwirtschaftsfragen, der *landbouwschap* – „die seinerzeit als Mitentscheidungsträgerin und im Tausch gegen Zusagen über die Mitarbeit bei der Implementierung von Politikinhalt oft mit am Tisch saß“ (Loeber 2014) und dem System von agrarbezogener Lehre und Forschung im Form der Landwirtschaftsuniversität Wageningen war viele Jahre ein besonderes Vorbild für viele andere Branchen (vgl. ebd.; Weijden 2014) und wurde auch als Grund für den internationalen Erfolg des niederländischen Agrarsektors angesehen (vgl. Grin 2010). Dieser Zugang ermöglichte es den Landwirtschaftsakteuren, bereits in einem frühen Stadium des Policy-Cycle an Informationen zu gelangen, zudem Druck auf Ministerien und Regierung auszuüben und so das Ziel einer für sie

---

<sup>66</sup> Für die historischen Wurzeln des Dreiecks vgl. etwa Frouws 1993: 15, 230.

positiven Markt- und Preispolitik durchzusetzen (vgl. Deth/Vis 2006: 228). Eine nicht unbedeutende Rolle bei der Verbindung in das politische System bildet seit dem Ende der 1970er Jahre bis in die 1990er Jahre und später auch noch einmal in den 2000er Jahren die christdemokratische Partei CDA, die als starke Vorkämpferin landwirtschaftlicher Interessen – auch was die Bio- und Gentechnologie angeht – auftrat und ihre dominante Rolle in Parlament und Regierungen zu nutzen verstand (vgl. Loeber 2014; siehe dazu auch Kapitel 4.1.3).

Die beschriebene Strukturkrise in den 1980er Jahren und den durch Pluralisierung hervorgerufenen Ausbruch aus den versäulten Strukturen seit Mitte der 1990er Jahre, welcher durch die Auflösung der *landbouwschap* und die Gründung konkurrierender Interessenverbände<sup>67</sup> in eine Transformation des Verbändewesens mündete, bedeutete ein vermehrtes Abrücken – aber keine komplette Aufgabe – von korporatistischen Strukturen und Politikmustern im Agrarbereich. Das eiserne Dreieck bestand nicht mehr und auch die politikfeldbezogenen Forschungsinstitute lösten sich von den staatlichen Universitäten ab und wurden finanziell vom Landwirtschaftsressort entkoppelt (vgl. Kleinfeld 2001: 302; Loeber 2014). Ging es allerdings um (technologische) Erneuerungen im Agrarbereich wie etwa die modernen Möglichkeiten der Gentechnologie, dann finden sich auch heute noch Elemente der früheren Dreiecksbeziehungen wieder. Geht es um Innovationen, dann spricht man auch von einem Dreieck von *overheid* (Staat), *ondernemen* (Unternehmen) und *onderzoek* (Forschung). Bei diesen wiederum recht exklusiven und geschlossenen Verhandlungsstrukturen sind anderen politischen und gesellschaftlichen Akteuren zwar bestimmte Mitspracherechte eingeräumt worden, diese sind aber sehr begrenzt und so haben etwa Umwelt- und Verbraucherschutzverbänden in diesen Strukturen keine größere Bedeutung (vgl. Vriend/Schenkelaars 2008: 231; Vriend 2014).

Auf dem Politikfeld der Bio- und Gentechnologie haben sich die Interessengruppen der Biotechnologiebranche im Gegensatz zu Deutschland bereits sehr früh zu einem gemeinsamen Biotechnologieverband zusammengeschlossen. Er wurde 1978 gegründet und vereinte Vertreter aus dem wissenschaftlichen und

---

<sup>67</sup> Etwa die durch Fusion entstandene *Land- en Tuinbouworganisatie* (LTO) oder der *Nederlandse Akkerbouw Verbond* (NAV), aber auch viele kleine landwirtschaftliche Verbände.

dem industriellen Bereich, die Ihre Interessen und Ressourcen bündelten und sich im politisch-administrativen System für eine bessere Förderung der Biotechnologie in den Niederlanden einsetzten. Der Zusammenschluss war insofern erfolgreich, als dass bereits ein Jahr später die *Nota Technologische Vernieuwing* als staatlich finanziertes Innovationsprogramm verabschiedet und die Biotechnologie als Schlüsseltechnologie des 21. Jahrhunderts und Schwerpunkt der wirtschaftlichen Erneuerung des Landes angesehen wurde. Zudem legte der Staat seinerzeit auch ein Förderprogramm auf, dass sich direkt an Unternehmen richtete und dort die Entwicklung neuer Technologien fördern sollte. Beide Programme waren sehr erfolgreich, erfüllten die von Wirtschafts- und Agrarministerium gesteckten Ziele einer engeren Zusammenarbeit von Universitäten und privaten Forschungseinrichtungen und brachten das Land bei Forschung und Entwicklung im Biotechnologiebereich somit schnell an die europäische Spitze. Mit dazu bei trugen auch fünf<sup>68</sup> eigens eingerichtete Genzentren an Universitäten, die eng mit Biotechnologieunternehmen kooperierten (vgl. Behrens 2001). Insgesamt stand die Politik gegenüber der (Grünen) Gentechnik in den Niederlanden bis zum Jahr 2015 immer sehr aufgeschlossen gegenüber. Vor allem die Regierungen unter Leitung von christdemokratischen Ministerpräsidenten waren für ihre gentechnikfreundliche Politik und Aufgeschlossenheit gegenüber der Biotechnologiebranche bekannt. Die Landwirtschaftsressorts waren dabei sehr oft auf derselben Linie wie die sehr umsatzstarken und bedeutenden Industriebereiche der Lebens-, Futtermittel- und Pflanzenzuchtbranche (vgl. Lugt 2008: 6; siehe hierzu auch Kapitel 4.1). Für gentechnikkritische Akteure bedeutete dies für eine lange Zeit, dass es nur sehr geringe Chancen gab, mit ihren Positionen Gehör zu finden. Und auch unter dem zurzeit amtierenden rechtsliberalen Ministerpräsidenten MARK RUTTE wird der Förderung der Biotechnologiebranche große Bedeutung zugemessen. Im sogenannten *topsectorenbeleid* wurden viele Milliarden Euro an Subventionen für sieben Industriesektoren ausgeschüttet. In vier der Sektoren – *Agri & Food*, *Chemie*, *Life Sciences & Health* sowie *Tuinbouw* – sind Akteure vertreten, die direkt von Entwicklungen auf dem Gebiet der Gentechnik betroffen

---

<sup>68</sup> Sogar eins mehr als in ganz Deutschland (siehe dazu Kapitel 3.2.1).

sind. Zwei dieser Sektoren fallen in den Bereich des Agrosektors und in den Vorständen dieser Topsektoren findet sich wiederum die altbekannten geschlossen-korporativen Dreiecksstrukturen zwischen Vertretern von Staat, Unternehmen und der Universität Wageningen, die hier exklusive Elitengremien formen (vgl. Loeber 2014; siehe dazu die Kapitel 4.1.3 und 5.8).

Auch in den Niederlanden zeigte sich die öffentliche Diskussion über Vor- und Nachteile der Gentechnik ähnlich – wenn auch längst nicht so stark – festgefahren und polarisiert wie in Deutschland. Dortzulande gab es ebenfalls verschiedene Versuche, Befürworter und Gegner an einen Tisch zu bringen und den Konflikt zu befrieden. In der Gesamtzahl waren es sogar mehr Initiativen als in Deutschland und in Teilbereichen kam es in den Niederlanden sogar zu Kompromissen zwischen Vertretern beider Lager. Initiiert hatte die Diskursinitiativen mehrheitlich der niederländische Staat, dem aus Gründen der Wettbewerbsfähigkeit der eigenen Biotechnologiebranche sehr an einer Befriedung des Konflikts gelegen war. Eine aktive Rolle wollten die staatlichen Vertreter jedoch in der Regel nicht spielen, weshalb Akteure wie das Wirtschafts- oder das Landwirtschaftsministerium auch direkt auf gesellschaftliche Akteure zugehen und sie zu verschiedenen Zeitpunkten aufforderte, sich zusammensetzen und zu einer Selbstregulierung unter den Marktparteien zu kommen. Die untereinander zu treffenden Absprachen sollten von den Ministerien anschließend akzeptiert werden (vgl. Behrens/Meyer-Stumborg/Simonis 1995: 68). Auf dem Höhepunkt des Konfliktes in den 1990er Jahren war der Handlungsdruck wie auch in Deutschland am höchsten und sodann sah sich der niederländische Lebensmittelriese *Unilever* in der Pflicht und nahm die Initiative, sich gemeinsam mit der Verbraucherschutzorganisation *Consumentenbond* an einen Tisch zu setzen. Später folgten weitere gesellschaftliche Akteure und man einigte sich auf Kennzeichnungsregelungen für verschiedene transgene Lebensmittelinhaltsstoffe (vgl. ebd.: 50ff.; siehe auch Kapitel 3.1.2.7). In den Folgejahren kam es immer wieder zu ähnlichen Zusammentreffen, die jedoch keine vergleichbaren Erfolge erzielen konnten und deutlich machten, wie festgefahren der Konflikt zwischen Gegnern und Befürwortern der Agro-Gentechnik wirklich war. Etliche Vertreter von Umwelt- und Verbraucherschutzorganisationen sahen sich vor dem Hintergrund unakzeptabler Forderungen der Gentechnikbefürworter sowie auf-

keimender interner Kritik aus Reihen von Mitgliedern und Unterstützern zudem nicht selten dazu genötigt, derartige Verständigungsprozesse und Diskursrunden frühzeitig unter großem Protest zu verlassen (vgl. Behrens 2001: 141).

Um dem entgegenzusteuern wurde wiederum der Staat aktiv und initiierte 1991 die Errichtung der *Stichting Consument en Biotechnologie*, in der zwei vom Landwirtschaftsministerium bezahlte Kräfte unter dem Dach der Verbraucherschutzorganisation *Consumentenbond* für eine bessere Aufklärung der Bevölkerung über die Technologie sorgen und eine drohende Fundamentalisierung der Organisation in dieser Frage entgegenwirken sollten (vgl. ebd.: 45). Im gleichen Jahr setzten sich Vertreter des Staates, der Industrie und von Verbraucherschutzorganisationen zusammen, um unter dem Dach des Beratungsgremiums *Nederlandse Advies Commissie Warenwet* über die Verwendung des ersten in den Niederlanden produzierten transgenen Lebensmittelzusatzstoffs – einem Mikroorganismus der Firma *Gist-brocades* (heute *DSM*) – zu beraten. In den Jahren 1993 bis 1995 folgten zudem ähnlich wie in Deutschland mehrere sogenannte Konsenskonferenzen, die direkt an das niederländische Parlament angegliedert waren. Parallel wurde 1994 auch das Wirtschaftsministerium erneut aktiv und gründete den Arbeitskreis *Communicatie-overleg Biotechnologie* (CoB), an dem auch Akteure gentechnikkritischer Organisationen teilnahmen, die gemeinsam mit Vertretern aus Industrie und Wissenschaft ein Kommunikations- und Verständigungsnetzwerk aufbauen sollten. Eine weitere Initiative der niederländischen Regierung, Informationen zum Thema Biotechnologie bereitzustellen, war die unabhängige wissenschaftliche *Comissie Genetesche Modificatie* (COGEM), die 1998 gegründet wurde und noch heute als Beratungsgremium der Regierung für Fragen zu Umweltaspekten genetisch modifizierter Organismen sowie ethischer Aspekte dieser Technologie aktiv ist. Eine der Maßnahmen, die von COGEM getroffen wurden, war die Festlegung von Koexistenzregeln für transgene Pflanzen im Jahr 2005 (vgl. Behrens 2001: 45; Vriend/Schenkelaars 2008: 142ff.; siehe auch Kapitel 3.1.2.7). Unter den Mitgliedern der Kommission finden sich mehrheitlich Naturwissenschaftler und Human- bzw. Veterinärmediziner verschiedener niederländischer Universitäten und Forschungseinrichtungen. Aber auch Vertreter aus der Biotechnologiebranche sowie ein unabhängiger Berater, der für Verbraucheraspekte verantwortlich ist und ein Ver-

treter einer Naturschutzorganisation sind hier heute (Stand: 2016) vertreten – wirklich kritische Stimmen finden sich dort aber nicht.<sup>69</sup>

Zu einem auch international beachteten Kompromiss über Koexistenzregeln zur Verhinderung von Auskreuzungen, an dem neben Dachverbänden von Landwirten und Pflanzenzüchtern mit den Verbänden *Biologica* und *Platform Aarde, Boer, Consument* auch zwei gentechnikkritische Vertreter mitgewirkt haben, kam es im Jahr 2005. Die beiden Kritiker wurden im Rahmen von Anhörungen der Parlamentskommission *Van Dijk* angehört und vor allem der frühere Ökolandbauverband *Biologica* hatte es geschafft, auf die am Ende beschlossenen Mindestabstände von transgenen zu konventionellen Pflanzen einzuwirken. Vor allem *Biologica* fiel die Entscheidung, den Kompromiss am Ende mit zu tragen, aber schwer und wurde dafür aus der gentechnikkritischen Bewegung heraus auch kritisiert. Man blieb bei der klaren Ablehnung gegenüber der Agro-Gentechnik, wählte aus pragmatischen Gründen aber die Einigung mit den anderen Akteuren, da man ansonsten nicht hätte einwirken können. Kritisiert wurde von mehreren Kommissionsmitgliedern verschiedener politischer Parteien auch, dass weder Vertreter von Verbraucherschutz- noch von Umweltschutzakteuren zu den Anhörungen eingeladen wurden (vgl. Transgen 2005; Tweede Kamer der Staten-Generaal 2005). Und auch eine letzte Initiative aus dem Jahr 2009, bei der das Ministerium der damaligen christdemokratische Landwirtschaftsministerin GERDA VERBURG zwei Konferenzen zum Thema Gentechnik organisierte, um die Debatte nicht verebben zu lassen, erntete viel Kritik aus den Reihen der Gentechnikgegner. Vier von ihnen sprachen nach Ablauf einer der Debatten von einer voreingenommenen Ministerin, die den Kritikern zwischenzeitlich sogar das Wort verboten hatte. Andere kritisierten zudem ein deutliches Übergewicht von Gentechnikbefürwortern gegenüber den Kritikern (vgl. Lugt 2010; Sprangers 2009, Vriend 2014; siehe dazu auch Kapitel 4.1.3).

---

<sup>69</sup> Für die Zusammensetzung der Kommission, siehe COGEM: Leden. Online: <http://www.cogem.net/index.cfm/nl/cogem/cogemfoto/leden-1>, Abruf: 6. Januar 2016.

In den Niederlanden wurden die korporatistischen Strukturen aufgebrochen und damit ist es für Interessenvertreter außerhalb von Unternehmerorganisationen und Gewerkschaftern einfacher geworden, in politische Entscheidungsfindungsprozesse einzuwirken. Trotzdem wurden auf dem Politikfeld der Grünen Gentechnik bei staatlichen initiierten Debatten und Anhörungen zumeist nur sehr ausgewählte kritische Akteure beteiligt. Verbraucherschutzakteure, vor allem aber Umweltschutzakteure waren nur sehr selten darunter. Und das, obwohl beide Bereiche in den Niederlanden im internationalen Vergleich über eine sehr große Anhängerschaft verfügen (vgl. dazu Andeweg/Irwin 2009: 171; Deth/Vis 2006: 219). Das verwundert insofern, als dass gerade Vertreter der Umweltschutzbewegung durch gezielte öffentlichkeitswirksame Protestaktivitäten und unter Verwendung der modernen Kommunikationsmittel im Laufe der Jahre immer mehr Gewicht bekommen haben und deshalb auch immer öfter von staatlicher Seite berücksichtigt, ernst genommen und eingebunden wurden (vgl. Kriesi/Giugni 1996: 339). Es drängt sich deshalb die Vermutung auf, dass dies auf dem Gentechnikpolitikfeld nicht gilt und die früheren geschlossenen Verhandlungsstrukturen in den Niederlanden hier immer noch nachwirken.

### 3.2.3. Zwischenfazit

Wie gezeigt wurde, fanden bis in die 1990er Jahre in beiden Referenzländern etliche Verhandlungen zwischen dem Staat und Verbänden statt. Sie bildeten vielfach auf Dauer angelegte und mehr oder weniger formalisierte korporatistische Netzwerke, in denen Vertrauen herrschte und Ressourcen ausgetauscht wurden. Wie FINK (2003) darstellte, führten mehrere Untersuchungen die erfolgreiche Entwicklung einer Biotechnologiepolitik – auch in Deutschland und den Niederlanden – „auf funktionierende Netzwerke zwischen den relevanten Akteuren“ (ebd.: 8) zurück. Bezüglich der Geschlossenheit von Verhandlungssystemen hat sich in den vergangenen Jahren – wie beschrieben – vieles getan. Die in beiden Referenzländern sehr starken korporatistischen Strukturen im Agrarbereich, die sich auch im Politikfeld der Agro-Gentechnik lange Zeit widerspiegeln, wurden durch die beschriebene Pluralisierung nach und nach

aufgebrochen. Ganz verschwunden sind diese alten Muster aber bis heute nicht, weshalb sich viele zivilgesellschaftliche Akteure – und hier vor allem die Gentechnikgegner – in den Entscheidungsprozessen beider Referenzländer nicht ausreichend eingebunden und angehört fühlen. Vor allem in den Niederlanden drängt sich die Vermutung auf, dass gentechnikkritische Akteure es hier immer noch besonders schwer haben, ihre Interessen direkt bei den Institutionen des politisch-administrativen Systems zu vertreten – zumindest was den Punkt der direkten Einbindung mancher Akteurgruppen in Kommissionen, Beratungsorganen oder bei Aussprachen und Dialogveranstaltungen anbelangt.

Dort, wo dies – in den Niederlanden, aber auch in Deutschland – der Fall ist, ist es denkbar, dass die kritischen Akteure aus strategischen Erwägungen noch mehr den Weg über die Medien zu gehen versuchen, um mit Hilfe von medienwirksamen unorthodoxen Mitteln und Aktionen Druck auszuüben und sich und seine Forderungen ins Gespräch zu bringen – dafür müssten die Medien aber auch mitspielen und über die Aktionen und Positionen der kritischen Akteure berichten. Auch der Weg über einen Zusammenschluss mit gleich oder ähnlich gesinnten Akteuren wäre eine Möglichkeit, um die eigene Konfliktfähigkeit zu erhöhen.

### 3.3. Verortung von Regulierung und Protest

Wie gezeigt wurde, hängt es nicht allein von einer offenbaren technisch-wissenschaftlichen Überlegenheit ab, ob eine neue Technologie auch wirklich erfolgreich auf dem Markt eingeführt wird. Auch die *politisch-administrativen Rahmenbedingungen* und der *gesellschaftliche Kontext* spielen eine Rolle und entscheiden über die Verbreitung einer neuen Technologie mit (vgl. Dreyer/Gill 2000: 126; Rammert 1994: 8). Interessant und wichtig ist dabei die Frage, auf welchen Ebenen die Grüne Gentechnik wie reguliert wird (siehe dazu Kapitel 3.3.1), wo überall sich der gesellschaftliche Protest gegen sie formiert und an welcher Stelle er ansetzt (siehe dazu Kapitel 3.3.2).

### 3.3.1. Regulierung

Nach welchen Regeln gentechnisch manipulierte Organismen in den beiden Untersuchungsländern hergestellt und verarbeitet werden dürfen, richtet sich nach den getroffenen politisch-administrativen Bestimmungen, die konkret für die einzelnen Unternehmen und Landwirte gelten. Diese rechtlichen und organisatorischen Rahmenbedingungen gliedern sich zum einen nach Ebenen, zum anderen aber auch nach Sachgebieten auf. Bei den Ebenen ist jedoch nicht allein die des jeweiligen Nationalstaats für die Regelsetzung verantwortlich. Es sind vielmehr verschiedene Ebenen eines globalen Systems an Zuständigkeiten, die bei der Regulierung des Gentechnikeinsatzes in Lebens- und Futtermitteln mitbestimmen. So lassen sich zum einen internationale Verträge und Organisationen nennen, welche durch bilateral oder multilateral geschlossene Verträge gegründet wurden. Für die beiden Untersuchungsländer greift zudem das supranationale Gemeinschaftsrecht der EU oder im Europarat getroffene Vereinbarungen. Allein auf die jeweiligen Staaten bezieht sich die nationale Gentechnologie-Gesetzgebung mit ihren spezifischen Gesetzen und Verordnungen (vgl. Saalbach 2008: 126).

Für die untersuchten Länder hat sich die Rolle des Hauptgesetzgebers dabei bereits seit etlichen Jahren von der nationalen auf die supranationale EU-Ebene verlagert, wo mittlerweile der Hauptschwerpunkt der Genfood-Gesetzgebung stattfindet. Insgesamt kann man von einem „*nicht-hierarchischen Mehrebenensystem*“ (ebd.) sprechen, bei dem die Ebenen zwar auf rechtlichem, personellem und materiellem Weg miteinander verbunden sind, die Ressourcenkontrolle der jeweils nachfolgenden Ebene jedoch unvollständig ist. Neben dieser Unterteilung in horizontale Rechtsebenen kann aber auch vertikal bzw. sektoral zwischen den einzelnen Politikfeldern und den dafür verantwortlichen Stellen unterschiedliche Zuständigkeiten beobachtet werden, die sich auf EU-Ebene beispielsweise an den vielen involvierten Generaldirektionen in der Kommission oder den verschiedenen betroffenen Ressorts wie Wirtschaft, Umwelt oder Landwirtschaft bei den nationalen Ministerien zeigt (vgl. ebd.).

### 3.3.1.1. Regulierung auf globaler und EU-Ebene

Weltweit haben zum einen die *Welthandelsorganisation* (WTO), zum anderen aber auch die *Vereinten Nationen* (UN) Vorschriften zur Regulierung der Biotechnologie erlassen, da die Frage von Zulassung und Kennzeichnung von Genfood längst zu einem handelspolitischen Streitpunkt herangewachsen ist. Innerhalb des WTO-Regimes gehört so zum Beispiel das weltweite Patentabkommen TRIPS<sup>70</sup> zu den Regeln, die den weltweiten Handel gentechnisch veränderter Organismen mitbestimmen. International spielen zudem auch jene Regelungen eine bedeutende Rolle, die unter dem Dach der *Vereinten Nationen* getroffen wurden. Zugrunde liegt hier das Übereinkommen über die biologische Vielfalt von Rio de Janeiro<sup>71</sup>, welches 1992 entwickelt wurde, eine nachhaltige, sozialverträgliche und faire Nutzung biologischer Ressourcen sicherstellen sollte sowie erstmals genetische Vielfalt als schützenswertes Gut einstuft (vgl. Bundesregierung 1997; TAB 1997). Zweck dieser Übereinkunft war dabei vor allem die Verhinderung der von den Entwicklungsländern befürchteten Ausplünderung von Ressourcen durch die so genannte Biopiraterie. Als Weiterentwicklung der Rio-Konvention ist seit dem Jahr 2000 das so genannte *Cartagena-Protokoll* in Kraft getreten (vgl. Convention on Biological Diversity 2000). Dieses Biosicherheitsprotokoll der *Vereinten Nationen* wurde von 180 Vertragsstaaten angenommen und bezieht sich auf den internationalen Handel mit genetisch veränderten Organismen, die zur Freisetzung bestimmt sind (vgl. Rucht/Yang/Zimmermann 2008: 59; Saalbach 2008: 143). Im Jahr 2003 wurden die Bestimmungen des Cartagena-Protokolls durch eine europäische Verordnung schließlich auch zu unmittelbar geltendem EU-Recht, welches den innergemeinschaftlichen grenzüberschreitenden Verkehr von gentechnisch veränderten Organismen regelt (vgl. Schenkelaars 2004: 26).

---

<sup>70</sup> Agreement on Trade-Related Aspects of Intellectual Property Rights, Anhang 1C der Marrakesch-Vereinbarung vom 15. April 1994, Online: [http://www.wto.org/english/docs\\_e/legal\\_e/27-trips.pdf](http://www.wto.org/english/docs_e/legal_e/27-trips.pdf), Abruf: 2. Juni 2010.

<sup>71</sup> Convention on biological diversity (CBD) vom 5. Juni 1992, Online: <http://www.cbd.int/doc/legal/cbd-un-en.pdf>, Abruf: 2. Juni 2010.

### *Regulative Polarisation*

Die Einbindung in die internationalen Regime macht deutlich, welchem Regelungsgerüst sich die EU und ihre Mitgliedsstaaten auf dem Gebiet der Grünen Gentechnik gegenübersehen. Aufgrund von kritischer Konsumenteneinstellung und einer strikten Regulierungspraxis sieht sich die Gentechnologie-Gesetzgebung der Europäischen Union dabei immer stärker von den globalen Regeln herausgefordert. Im internationalen Vergleich haben einzelne Länder den Umgang mit Genfood gar nicht, andere Länder wie beispielsweise die USA wiederum sehr großzügig und die EU mit ihren 28 Mitgliedsstaaten sehr strikt geregelt. Denn hier bestehen die weitaus größeren Bedenken, die sich sodann auch in der gemeinschaftlichen Rechtslage widerspiegeln (vgl. Heine/Heyer/Pickardt 2002; Sauter/Meyer 2000). Die Unterschiede in der weltweiten Regulierungspraxis sind der Kern eines Trends, den THOMAS BERNAUER als „*regulative Polarisation*“ (2003: 8) bezeichnet. Dabei entwickelt sich eine große Diskrepanz zwischen Ländern, die Genfood ablehnend und jenen, die ihm befürwortend gegenüberstehen. Der Kern der Pro-GMO-Gruppe gruppiert sich dabei um die USA und beinhaltet ebenfalls Staaten wie Argentinien oder Kanada. Ihr gegenüber bildet die EU das Zentrum der Contra-GMO-Gruppe und scharft dabei auch die Anrainerländer Norwegen und Schweiz um sich (vgl. ebd.). Von gentechnikfreundlichen Staaten wie den USA wurde dabei immer öfter bilateraler Druck auf die Europäische Kommission ausgeübt, sich an die WTO-Regeln zu halten und einen freien Welthandel zu ermöglichen. Später drängen die USA sogar auf harte Konsequenzen, sollte die restriktive Gentechnikpolitik der EU nicht aufgegeben werden. Man sieht in der gemeinschaftlichen Gentechnik-Gesetzgebung und verschärften Zulassungspraxis eine indirekte Form des Protektionismus, während man sich EU-intern auf den Konsumentenwillen und den Stand der Forschung beruft (vgl. Shaffer/Pollack 2009: 289; Strünck 2006: 186).

Die beschriebene regulative Polarisation besteht dabei nicht bereits seit Beginn der Gentechnikforschung und -anwendung. So waren die Politiken auf dem Gebiet der Biotechnologie der Länder Westeuropas und der USA in der Mitte der 1980er Jahre noch weitgehend miteinander vergleichbar und begannen erst zum Ende der 1980er Jahre langsam voneinander abzuweichen. Seit

Beginn der 1990er Jahre verabschiedete man sich in der Europäischen Union sodann von der politischen Ablehnung einer speziellen Gentechnik-Gesetzgebung und entwickelte recht zügig vergleichsweise stringente Genehmigungs- und Kennzeichnungsstandards. So kam es auf der Ebene von EU und Nationalstaaten zur Verabschiedung einer Reihe teils restriktiver rechtsverbindlicher Regelungen (vgl. Bernauer 2003: 7f.; Conrad 2004: 19). Dominierend für die europäische Regulierungspraxis wirkt heute das so genannte Vorsorgeprinzip (siehe zum Begriff Kapitel 3.1.2.3), bei dem die Markteintrittshürden für die Zulassung gentechnisch modifizierter Produkte vergleichsweise hoch sind (siehe dazu Kapitel 4.2.2.1). In der EU setzt man die Hürden dabei sogar noch höher an, indem man bewusst über die wissenschaftlichen Erkenntnisse hinausgeht und potenzielle Gefahren als Kriterium für die Markteinführung von GMOs mit in Betracht zieht (vgl. Conrad 2004: 19; Saalbach 2008: 125).

#### *Zuständigkeiten der Gemeinschaftsebene*

Den Konflikt über Handelsbarrieren, den die EU mit der WTO und den USA austrägt, musste Sie zu Beginn der Gentechnikgesetzgebung zunächst auch noch mit den eigenen Mitgliedsstaaten austragen, die von Beginn der Gentechnikdiskussion an selbst für die Regulierung zuständig waren. Denn durch die Gründung der EWG mit dem Vertrag von Rom im Jahr 1957 wurden in jenen für die agrarische Biotechnologie relevanten Bereichen Umweltschutz und Lebensmittelsicherheit noch keine Zuständigkeiten an die Gemeinschaftsebene begründet. Nachdem die EG im Jahr 1987 durch die Einheitliche Europäische Akte eine Rechtsgrundlage für eine gemeinsame Umweltpolitik bekam, entwickelte man auf der Gemeinschaftsebene nach und nach auch eine *de facto*-Zuständigkeit für das Politikfeld der Biotechnologie, indem die Kommission – basierend auf der Annahme, dass das nationale Recht in diesem Bereich durch die Gemeinschaftsgesetzgebung unterstützt werden müsse – begann, sich mit dem Lebensmittelrecht zu beschäftigen. Als Begründung für die Initiative der Kommission führte sie an, einen uneingeschränkten Handel mit Lebensmitteln innerhalb der EU-Grenzen garantieren zu wollen. Viele der erlassenen Regulierungen in diesem Politikfeld begründeten sich aus *spillover*-Effekten durch die

europäische Zuständigkeit für den Binnenmarkt. Um einen freien Verkehr von Waren zwischen den Mitgliedsstaaten gewährleisten zu können, versuchten die Gemeinschaftsinstitutionen mehr und mehr Hindernisse in Form von Handelsbarrieren für die Mitgliedsstaaten zu entfernen und berührten so auch das Lebensmittelrecht sowie Umwelt- und Verbraucherschutzthemen (vgl. Gray 1993; Shaffer/Pollack 2009: 270).

Diese Bereiche unterschieden sich aufgrund der verschiedenartigen nationalen Traditionen teilweise sehr stark voneinander, weshalb die Kommission es sich als Aufgabe gesetzt hatte, im Lebensmittelbereich zu einer Harmonisierung zu kommen. Ein Eingreifen in die nationale Gesetzgebung in diesem Bereich wurde aber nicht selten als Angriff auf die jeweilige Kultur und die gewachsenen Werte aufgefasst, sodass eine Gemeinschaftszuständigkeit letztendlich nur durch die fortwährende Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes (EuGH) erreicht wurde. Nach der Verkündung einiger grundsätzlicher Entscheidungen des EuGH<sup>72</sup> zum Spannungsverhältnis von Lebensmittelrecht und Gemeinsamen Markt konnte die Kommission 1985 schließlich einen neuen Weg im Lebensmittel- und Verbraucherrecht einschlagen und eine Gesetzgebung zum Schutz der Volksgesundheit, zur Information der Verbraucher, dem unbeschränkten Handel mit Lebensmittelprodukten und einer öffentlichen Kontrolle schaffen (vgl. Behrens/Meyer-Stumborg/Simonis 1997: 109f.).

Von den Gemeinschaftsorganen ist – neben der Kommission als Inhaberin des Initiativmonopols in der Gemeinschaftsgesetzgebung – durch die Anwendung des Mitentscheidungsverfahrens bei der Regulierung der Grünen Gentechnik neben dem Rat heute auch das Europäische Parlament (EP) für diesen Bereich zuständig. Die großen europäischen Verträge wie die Einheitliche Europäischen Akte (1986), der Maastrichter- (1992) oder Amsterdamer Vertrag (1997) ließen die Kompetenzen des EP deutlich anwachsen und machten

---

<sup>72</sup> Am bedeutendsten ist hierbei wohl sicherlich die so genannte *Cassis-de-Dijon*-Entscheidung aus dem Jahr 1979 anzusehen, in der der EuGH urteilte, dass jedes Produkt, das gemäß geltender Gesetze in einem Mitgliedsstaat der Europäischen Gemeinschaft produziert, vermarktet und gekennzeichnet worden ist, freien Zugang zum gesamten Gemeinsamen Markt bekommen muss und somit auch in anderen Mitgliedsstaaten vertrieben werden darf (EuGH Rechtssache 120/78, Urteil vom 20. Februar 1979, Slg. 1979, 649).

es zu einem wichtigen Akteur in diesem Politikfeld. Seither ist seine institutionelle Stellung innerhalb des Organgefüges der EU auch keineswegs mehr als schwach zu bezeichnen (vgl. Bernauer 2003: 79f.; Hix/Kreppel/Noury 2003; Wallace/Young 1997).

Wie bereits kurz erwähnt, bildet die Gentechnologie ein typisches Querschnittsfeld im politisch-administrativen System, welches selbst wiederum viele andere Politikfelder – vom Binnenmarkt über den Welthandel, bis hin zu Wissenschafts- und Entwicklungspolitik – berührt. Auf der Gemeinschaftsebene zeigt sich dies allein schon dadurch, dass sich innerhalb der *Kommission* acht verschiedene Generaldirektionen auf ganz unterschiedliche Art und Weise mit der Durchführung von EU-Programmen in diesem Politikfeld beschäftigen: Dazu gehören die Bereiche Außen- und Handelsbeziehungen, Industriepolitik, Beschäftigung und Arbeitsplatzsicherheit, Landwirtschaft, Umwelt, Forschungsförderung, Binnenmarkt sowie Verbraucherschutz (vgl. Saalbach 2008: 127f.; Shaffer/Pollack 2009: 269; Strünck 2006: 205).

#### *Entwicklung der Gemeinschaftsgesetzgebung*

Nachdem die weltweiten Regeln für die Forschung an gentechnologischen Methoden durch das aus der Wissenschaft selbst aufgrund einer grundsätzlichen Skepsis initiierte Moratorium bis zur Konferenz von Asilomar 1975 (siehe dazu Kapitel 3.1.1) auf ein sehr hohes Niveau angestiegen waren, kam es in Europa bis zum Ende der 1980er Jahre sodann zu Abweichungen am starren Anforderungsniveau. Diese können unter anderem damit erklärt werden, dass der Großteil der die Gentechnologie ablehnenden Protestakteure nicht an der Entscheidungsfindung in diesem Politikfeld beteiligt waren (vgl. Bandelow 1999: 144). Gab es in der Mitte der 1980er Jahre europaweit noch keine gemeinsamen Regulierungen zur agrikulturellen Biotechnologie, wurden in der Folgezeit mit ansteigender Geschwindigkeit Vorschriften bezüglich der Genehmigung und Kennzeichnung erlassen. Da es absehbar war, dass innerhalb der folgenden Jahre aufgrund der Entwicklungen in der Gentechnologie Lebensmittel und Inhaltsstoffe entwickelt werden könnten, die bis zu dem Zeitpunkt noch nicht auf dem Markt waren, begann die Kommission bereits im Jahr 1986 damit,

eine Gesetzgebung zu so genannten „Neuartigen Lebensmitteln“ zu entwerfen. Bis eine solche Regelung in Kraft trat, sollten schließlich aber noch mehr als zehn Jahre vergehen (vgl. Behrens/Meyer-Stumborg/Simonis 1997: 111; Meins 2003: 119; Patterson 2000: 320).

Zuvor kam es jedoch bereits 1990 zu einer erneuten Erhöhung des Anforderungsniveaus für Antragsteller gentechnischer Arbeiten, als die beiden Richtlinien 90/219/EWG<sup>73</sup> und 90/220/EWG<sup>74</sup> in Kraft traten, die fortan das Herzstück der europäischen Regulierungspraxis im Bereich der Gentechnik bilden sollten (vgl. Bandelow 1999: 99, 125; Strünck 2006: 202). Die sogenannte *Systemrichtlinie* 90/219/EWG regelte dabei die Arbeit mit gentechnisch veränderten Organismen in geschlossenen Räumen wie Laboratorien oder Fabriken. Da von der Forschungstätigkeit alleine keine Handelshemmnisse zwischen den Mitgliedsstaaten abzuleiten sind, erfolgen alle Genehmigungen nach dieser Richtlinie national und es war auch kein Informationsaustausch zwischen den Staaten vorgesehen. Die sogenannte *Freisetzungsrichtlinie* 90/220/EWG hingegen regelt neben der Freisetzung gentechnisch veränderter Organismen zu Forschungszwecken durch Feldversuche auch das Inverkehrbringen von GVOs oder Produkten mit gentechnisch veränderten Inhaltsstoffen. Bei letzterem Fall schreibt die Richtlinie ein Gemeinschaftsverfahren für die europaweite Zulassung vor: Die Mitgliedsstaaten müssen für ihre national genehmigten Produkte demnach auch europaweit einen Vermarktungsantrag stellen. Sollten andere Mitgliedsstaaten Einwände gegen die Beantragung vorbringen, bedarf es nach Art. 21 für die Zulassung einer qualifizierten Mehrheit in einem der Kommission angegliederten Ausschuss, in welchem Vertreter der Mitgliedsstaaten unter Vorsitz eines Kommissionsvertreters zusammenkommen (vgl. Behrens/Meyer-Stumborg/Simonis 1997: 106).

Ausschlaggebend für die Verabschiedung der beiden Gentechnik-Richtlinien im Jahr 1990 war die policy-bezogene Überzeugung, dass Gentechnik grundsätzlich zu akzeptieren sei und die Technologie mit Chancen verbunden ist. Jedoch waren sich die europäischen Gesetzgeber auch darüber bewusst,

---

<sup>73</sup> RL 90/219/EWG vom 23. April 1990, ABl. EG Nr. L 117.

<sup>74</sup> RL 90/220/EWG vom 23. April 1990, ABl. EG Nr. L 117.

dass gentechnologische Experimente grundsätzlich Risiken beinhalten können, die sich jedoch durch Vorsichtsmaßnahmen begrenzen lassen. Dabei vertrat man die Überzeugung, dass auch hypothetische Risiken eine verbindliche Regelung rechtfertigen und neben ökonomischen Interessen der Gentechnik-Industrie auch dem Schutz von Mensch und Umwelt ein ebenso hoher Stellenwert eingeräumt werden müsse (vgl. Bandelow 1999: 105f.). Das somit gestiegene Anforderungsniveau erklärt BANDELOW (ebd.) mit dem Zusammenwirken einer Reihe von policy-externen Faktoren auf der EG-Ebene. So fehlte der Gentechnik verarbeitenden Industrie zunächst eine effektive verbandliche Organisation. Außerdem waren die marktwirtschaftlich orientierten Stellen in der Kommission zur Zeit des Gesetzgebungsprozesses überlastet, so dass die Kampagnen einzelner Umweltschutzakteure vergleichsweise erfolgreich waren. Vereinzelte Regulierungsversuche in den Mitgliedsstaaten erhöhten zudem den Druck auf die Kommission, zu einer gemeinschaftsweiten Regelung zu kommen (vgl. ebd.: 125). Ein weiteres Merkmal des gestiegenen Anforderungsniveaus durch die Gemeinschaftsgesetzgebung im Jahr 1990 zeigt sich im Artikel 16 der Freisetzungsrichtlinie, indem eine *Schutzklausel* für die Mitgliedsstaaten begründet wird: Bei einer berechtigten Gefährdung der Gesundheit der Bevölkerung oder aus Gründen des Umweltschutzes wird den EU-Mitgliedern das Recht eingeräumt, den Einsatz und die Vermarktung einzelner gentechnisch veränderter Produkte zeitweise einzuschränken oder zu verbieten. Der Mitgliedsstaat muss die Kommission und die Vertreter der anderen Mitgliedsstaaten jedoch unmittelbar in Form einer begründeten Stellungnahme von seinem Vorhaben unterrichten – ein Vorgang, der im Lauf der weiteren Entwicklung nicht gerade selten eintreten sollte.

Eine nächste Stufe der Gemeinschaftsgesetzgebung zur Grünen Gentechnik bildete die bereits kurz erwähnte Gesetzgebung zu den so genannten „Neuartigen Lebensmitteln“, für die aus der Kommission bereits 1986 erste Entwürfe präsentiert wurden, und die bis 1992 immer wieder angepasst wurden. In Kraft trat die unter dem Namen „Novel Food“ bekannt gewordenen Verordnung 258/97<sup>75</sup> dann jedoch erst am 14. Mai 1997, nachdem zuvor die Mitgliedsstaaten

---

<sup>75</sup> VO Nr. 258/97/EG vom 27. Januar 1997, ABl. EG Nr. L 43/1.

der EU im Dezember 1996 einem Vermittlungsergebnis zustimmten und sodann schließlich auch das EP im Januar 1997 einwilligte. Die Novel Food-Verordnung ersetze mit ihrem Inkrafttreten die vorhergehenden Regelungen zum Gentechnikeinsatz in Lebensmitteln und stellte den ehrgeizigen Versuch dar, konsumentenbezogene Ziele mit jenen des Gemeinsamen Marktes zu vereinen. Die Kommission erkannte die Notwendigkeit eines harmonisierten Ansatzes, um das reibungslose Funktionieren des Binnenmarktes garantieren zu können und von Beginn an stand für sie fest, dass die Verbindung von Binnenmarkt und Verbrauchersicherheit ausschließlich durch eine Verordnung erreicht werden kann, die im Gegensatz zur Richtlinie in allen Mitgliedsstaaten unmittelbar bindendes Recht darstellt und nicht erst in die jeweiligen Rechtssysteme integriert werden muss (vgl. Behrens/Meyer-Stumborg/Simonis 1997: 107ff.; Bernauer/Meins 2003: 651; Meins 2003: 121f.).

Inhaltlich setzte die Novel Food-Verordnung detaillierte Regeln zu Versuchsprozeduren und schuf so ein spezielles Anmelde- und Zulassungsverfahren für GMOs auf der Gemeinschaftsebene. Nach den neuen Regeln mussten Importeure und Produzenten nachweisen, dass die von Ihnen hergestellten oder verarbeiteten Lebensmittel und Lebensmittelinhaltsstoffe für die Umwelt und die menschliche Gesundheit nicht schädlich sind (vgl. Behrens/Meyer-Stumborg/Simonis 1997: 111; Bernauer/Meins 2003: 651f.). Vor allem waren es aber die Vorschriften zur Kennzeichnung aus Artikel 8, welche vor und nach dem Inkrafttreten der Verordnung die größte Beachtung fanden. Sie bestimmten die öffentliche Diskussion, da sich hier die Auffassungen von Industrie und Verbrauchern gegenüberstanden. Die Forderung einer deutlichen Etikettierung von gentechnisch hergestellten Erzeugnissen konnte nach Ansicht der Industrie nicht ausreichend mit dem Informationsbedürfnis der Verbraucher begründet werden. Die Befürworter gingen zudem lange Zeit davon aus, dass eine Kennzeichnung in jenen Fällen, wo die gentechnische Veränderung im Endprodukt technisch nicht mehr nachweisbar ist, auch nicht zu erfolgen hat. Auf der anderen Seite standen Verbraucher, die Genfood oder aus GMO hergestellte Produkte – aus welchen Gründen auch immer – nicht konsumierten. Für sie besteht die Möglichkeit der richtigen

Auswahl nur durch eine entsprechend deutliche Etikettierung der Produkte (vgl. Katzek 1995: 163; Rucht/Yang/Zimmermann 2008: 55).

Konkret brachte die Novel Food-Verordnung in Bezug auf Genfood-Produkte sehr wohl eine weitreichende, jedoch keine umfassende Kennzeichnungspflicht. Zwar sieht die Verordnung grundsätzlich eine Kennzeichnungspflicht für alle GMO enthaltenden Lebensmittel und Lebensmittelinhaltsstoffe vor. Doch analog zur Meinung der Genfood-Befürworter bestand die Einschränkung, dass gentechnisch veränderte Lebensmittel nur dann als solche gekennzeichnet werden müssen, sofern die Manipulation im Endprodukt auch nachweisbar ist. Somit konnte dann auf eine Etikettierung verzichtet werden, wenn sich die Gentechnik-Erzeugnisse beispielsweise als gleichwertig zu den konventionellen Produkten erwiesen haben – sich im Endprodukt also keine stofflichen oder ernährungsphysiologischen Unterschiede feststellen ließen. Nur wenn sich das neu eingeführte Protein oder die neueingeführte DNA im Endprodukt nachweisen lässt, muss eine Kennzeichnung auf der Verpackung<sup>76</sup> erfolgen. Tatsächlich waren somit also viele gentechnisch veränderte Enzyme, Vitamine, Geschmacksverstärker, Aromen und andere Lebensmittelzusatzstoffe von der Verordnung ausgenommen (vgl. Bandelow 1999: 138; Jany/Greiner 1998; Jany et al. 2000: 2ff.; Strünck 2006: 204). Die letztendliche Fassung der Novel Food-Verordnung wich somit zwar deutlich von den Forderungen der Umwelt- und Verbraucherschutzverbände nach einer transparenten und tiefgreifenden Kenntlichmachung von Gentechnikeinsätzen ab, kann laut BANDELOW (1999: 139) grundsätzlich aber wohl als partielle Erhöhung des Anforderungsniveaus interpretiert werden. Dies kann damit erklärt werden, dass innerhalb des Entwicklungsprozesses der Verordnung innerhalb der Kommission in der ersten Phase zunächst wirtschaftliche Überlegungen und Interessen überwogen. Erst mit der Ausweitung des Mitentscheidungsverfahrens und der Einbeziehung des Europäischen Parlaments in den Gesetzgebungsprozess wurde auch den Anliegen anderer Interessengruppen größere Beachtung geschenkt und Verbraucherschutzanlie-

---

<sup>76</sup> Der Hinweis muss „aus gentechnisch veränderten xxx hergestellt“ oder „aus genetisch veränderten xxx hergestellt“ lauten und im Rahmen der Zutatenliste erfolgen.

gen standen sodann den rein ökonomischen Interessen gegenüber (vgl. ebd.; Behrens/Meyer-Stumborg/Simonis 1997: 105f.).

Trotz der verschärften Kennzeichnungsregeln erwies sich die Verordnung 258/97/EG laut BERNAUER und MEINS (2003: 652) aber weitgehend als funktionslos. Neben einigen anderen Ausnahmen lag dies vor allem daran, dass sich die Vorschrift nicht auf bereits gewährte oder noch ausstehende Genehmigungen bezog, sondern nur neue Beantragungen davon betroffen waren. Für den zum Zeitpunkt des Inkrafttretens der Novel Food-Verordnung bereits genehmigten Sorten „Roundup Ready Soja“ und „Bt-Mais“ galten die neuen Regeln somit nicht. Die Abwesenheit einer gemeinschaftsweiten Vorschrift für diese Produkte motivierte sodann einige EU-Staaten dazu, eigene Kennzeichnungsregeln einzuführen – eine Entwicklung, welche potenziell wiederum dazu führte, dass der freie Verkehr von Waren in der Gemeinschaft gehemmt wurde (vgl. Chege 1998: 179ff.; Meins 2003: 122f.). Diese Entwicklung bewog die Kommission in den Jahren nach dem Inkrafttreten der Novel Food-Verordnung gemeinsam mit dem Rat dazu, weitere zusätzliche Regelungen zu schaffen, um diesen Trend der wieder zunehmenden nationalen Gesetzgebung im Politikfeld der Grünen Gentechnik zu stoppen. Um das entstandene Loch schnellst möglichst zu stopfen, verabschiedete man noch im selben Jahr des Inkrafttretens der Novel Food-Verordnung die Verordnung 1813/97/EG<sup>77</sup>, in der die Kommission die Kennzeichnungsvorschriften auch auf jene Lebensmittel ausweitete, welche eines der in der EU bereits zugelassenen Gentechnikgewächse beinhalten. Die neue Vorschrift erwies sich jedoch schnell als nicht anwendbar, weswegen Sie im Jahr 1998 durch die Verordnung 1139/98 EG<sup>78</sup> ersetzt und somit weiter verschärft<sup>79</sup> wurde. Die anderen diagnostizierten Mängel der Novel Food-Gesetzgebung lösten die beiden Verordnungen jedoch nicht, denn auch nach deren Inkrafttreten wurden die Kennzeichnungsvorschriften von den Mitgliedsstaaten unterschiedlich interpretiert. Zudem wurden die Testmetho-

---

<sup>77</sup> VO Nr. 1813/97/EG vom 19. September 1997, ABl. Nr. L 257/7.

<sup>78</sup> VO Nr. 1139/98/EG vom 26. Mai 1998, ABl. Nr. L 159/4.

<sup>79</sup> War für transgene Mais- und Sojaprodukte zuvor lediglich der Zusatz „kann gentechnisch veränderte Stoffe enthalten“ vorgeschrieben, wurde dieser ab 1998 zur Formulierung „gentechnologisch verändert“ angehoben.

den immer präziser und man konnte bereits sehr geringe Mengen von modifizierten Proteinen oder DNA in den Endprodukten nachweisen. Damit die Kennzeichnungsregeln auch handfest waren, bedurfte es entweder eines Null-Prozent-Standards oder einer anderen Schwelle für gentechnisch veränderte Inhaltsstoffe, unter der es keiner Kennzeichnung bedurfte (vgl. Jany/Greiner 1998; Meins 2003: 123ff.).

Man einigte sich schließlich auf eine *Ein-Prozent-Schwelle*, die nach Auffassung der Kommission die nötige rechtliche Sicherheit für Hersteller und Verbraucher verbessern würde und formulierte diesen neuen Standard in der Verordnung 49/2000/EG<sup>80</sup>. Eine Kennzeichnung von Lebensmitteln mit transgenen Inhaltsstoffen war somit immer erst dann obligatorisch, wenn sich insgesamt minimal ein Prozent des Endproduktes aus genetisch modifizierten Bestandteilen zusammensetzt. Auf der Produzentenseite hatte dies zur Folge, dass veränderte Produkte noch sorgfältiger von nichtveränderten getrennt werden mussten – einer der Hauptgründe für den zum Jahrtausendwechsel weiterhin schwelenden Handelsstreit zwischen den USA und der EU. Doch kaum war die neue Verordnung in Kraft getreten, kam es unter den Mitgliedsstaaten wiederum zu einem Versuch einer weiteren Verschärfung der Gentechnikgesetzgebung: So wurde in Österreich der Vorschlag in den nationalen Gesetzgebungsprozess eingebracht, um die Kennzeichnung von Genfood auch auf Lebensmittel auszudehnen, welche transgene Zusatzstoffe und Aromen beinhalten. Dies zwang die Kommission wiederum zum Handeln und führte zur Verordnung 50/2000/EG<sup>81</sup>, welche die gemeinschaftsweiten Kennzeichnungsregeln auch auf diese Lebensmittelzusatzstoffe erweiterte. Neben Österreich verfolgten ab Mitte der 1990er Jahre aber auch andere Länder in der Kennzeichnungsfrage ihre eigenen Regeln und führten in Abwesenheit einer EU-weiten Regelung beispielsweise selbst einseitige obligatorische Kennzeichnungsregeln ein. Während Dänemark so zum Beispiel eine vollständige Offenlegung aller transgenen Inhaltsstoffe forderte, verlangte Großbritannien für substantiell gleiche Lebensmittel keine Kennzeichnung. Da sich die Mitgliedsstaaten mit den strin-

---

<sup>80</sup> VO Nr. 49/2000/EG vom 10. Januar 2000, ABl. Nr. L 6/13.

<sup>81</sup> VO Nr. 50/2000/EG vom 10. Januar 2000, ABl. Nr. L 6/15.

generen Regeln nicht zuletzt auch aufgrund starker NGO-Interessen und einer generellen Verbraucheropposition unwillig zeigten, entstand über die Jahre hinweg so ein umfassendes Kennzeichnungssystem, bei dem es zu einer schrittweisen Harmonisierung auf ein höheres Anforderungsniveau kam. Grund dafür war, dass der kleinste gemeinsame Nenner im Anforderungsniveau der Mitgliedsstaaten aufgrund der jeweiligen Aktivitäten Einzelner immer weiter erhöht wurde (vgl. Bernauer/Meins 2003: 111, 652; Meins 2003: 125f.; Strünck 2006: 204).

Die Differenzen zwischen Mitgliedsstaaten und Kommission in der letzten Hälfte der 1990er Jahre führte laut BERNAUER (2003: 45) dazu, dass die EU-Genehmigungspolitik im Jahr 1997 in Unordnung war. Verschiedene anti-Gen-Kampagnen von Nichtregierungsorganisationen trugen dabei dazu bei, dass mehrere Staaten – darunter Italien, Luxemburg und Österreich – direkt nach der EU-weiten Genehmigungserteilung für Bt-Mais im Jahr 1998 dessen Zulassung im eigenen Land aussetzten. Die Länder beriefen sich dabei auf die bereits erwähnte Schutzklausel in Artikel 16 der Richtlinie 90/220/EG, um den Import des genmanipulierten Maises in ihre Länder zu untersagen. Konkret bezog man sich dabei analog zur Vorschrift des Artikels auf neue wissenschaftliche Erkenntnisse zu den potenziellen Gefahren, welche die ursprünglichen Gründe der Genehmigungserteilung als überholt erscheinen ließen. Neben dem direkten Bann der drei Länder durch das ausgesprochene Importverbot untersagte auch die französische Regierung den Anbau der gerade von der Kommission zugelassenen Maissorte. Gegen alle diese durchgeführten einseitigen Widerstände kam es jedoch niemals zu einer rechtlichen Verfolgung – weder die Kommission, noch die Gentechnik befürwortenden Regierungen oder die Biotech-Firmen gingen gerichtlich gegen die sich quer stellenden Mitgliedsstaaten vor (vgl. Bernauer 2003: 111; Bernauer/Meins 2003: 655; Saalbach 2008: 174).

Im Jahr 1998 betrat dann auch noch Griechenland das Parkett der kritischen Staaten, indem es alle 15 EU-Mitgliedsstaaten zur Unterzeichnung eines Statements aufforderte, in welchem Griechenland ein Aussetzen neuer Produktzulassungen favorisierte. Durch all diese Entwicklungen war es politisch seit dem Frühjahr 1998 faktisch nicht mehr möglich, EU-weite Genehmigungen nach der Richtlinie 90/220/EG durchzusetzen – es begann ein *Moratorium*, welches in

Europa bis in das Jahr 2004 andauern sollte. Dieser Zulassungsstopp deutete sich an, als deutlich wurde, dass etwa die Hälfte aller Mitgliedsstaaten gewillt war, einseitig ein solches Moratorium zu verhängen. *De jure* konnte die Kommission zwar weiterhin Genehmigungen gegen den Willen der EU-Staaten aussprechen – *de facto* war ihre Autorität in diesem Bereich jedoch ausgesetzt und seit 1998 durch die Mitgliedsstaaten übernommen worden. Diesen Fakt bestätigte man im Sommer 1999 schließlich auch offiziell in einer Zusammenkunft des Ministerrates, bei dem sich die EU-Umweltminister auch offiziell auf das *de facto*-Moratorium einigten und damit das ratifizierten, was ohnehin schon seit 1998 der Fall war (vgl. Bernauer 2003: 111; Dreyer/Gill 2000: 131; Saalbach 2008: 174). Als Auslöser für die *regulative Blockade* führen DREYER und GILL (2000: 131) vor allem rechtssystematische und situative Gründe, weniger jedoch die reine Ablehnung spezieller Produkte, an. So wäre zum einen die flexible Auslegung des erweiterten Vorsorgeprinzips ebenso für das Moratorium verantwortlich wie etwa das Recht aller 15 Mitgliedsstaaten, bei der Zulassung neuer gentechnischer Organismen für die Aussetzung und den Handel mit zu entscheiden. Ebenso sehen DREYER und GILL die damaligen politischen Umbrüche in Frankreich und Großbritannien sowie die Neustrukturierung der Kommission in Folge der BSE-Krise als Gründe des Moratoriums an (vgl. ebd.).

Während des insgesamt sechs Jahre andauernden *de facto*-Moratoriums von April 1998 bis Mai 2004 gab es gegenüber dem Zulassungsstopp eine nur schwache Opposition, die neben der Kommission lediglich die Regierungen Großbritanniens und der Niederlande umfasste. Zu den stärksten Unterstützern gehörten Ende des Jahres 2002 Dänemark, Frankreich, Griechenland, Italien, Luxemburg und Österreich. Sie hielten konsequent an ihrem Standpunkt fest, dass sie bis zur Einführung strikter Kennzeichnungs- und Handelsregeln keine neuen Produkte genehmigen würden. Moderat hingegen gaben sich Belgien, Deutschland, Finnland, Portugal und Schweden, die gemeinsam die Einhaltung des Vorsorgeprinzips unterstrichen und bis zu jenem Zeitpunkt keine neuen Genehmigungen forderten, an dem von Unternehmerseite gezeigt würde, dass die transgenen Produkte keine negativen Auswirkungen auf Mensch und Umwelt aufweisen (vgl. Bernauer 2003: 45f.; Meins 2003: 118). Die Debatte um den zukünftigen Umgang mit der Grünen Gentechnik in Europa hielt jedoch auch

während des *de facto*-Moratoriums an und fokussierte sich in den Jahren 2001 bis 2003 auf die Frage, wie man einen Ausweg aus der Sackgasse im Genehmigungsprozess finden kann und wie existierende Kennzeichnungsregeln gemeinschaftsweit implementiert und erweitert werden konnten. Als ersten Schritt nahmen Rat und Europäisches Parlament dazu Beginn 2001 die Richtlinie 2001/18/EG<sup>82</sup> an, welche die Freisetzungsrichtlinie 90/220/EG ersetzte und Genehmigungen ab dem Zeitpunkt des Inkrafttretens auf maximal zehn Jahre befristete; eine anschließende Erneuerung der Genehmigung war möglich. Zusätzlich führte man explizite Prozeduren und Pläne für jede Phase des Genehmigungsprozesses ein und schrieb den Mitgliedsstaaten erstmals die Einführung öffentlicher Register mit einer detaillierten Verortung aller freigesetzten GMOs vor (vgl. Bernauer 2003: 47; Bernauer/Meins 2003: 652).

Und auch in Bezug auf die Kennzeichnung und Rückverfolgbarkeit der manipulierten Produkte ergaben sich während dieser Phase legislative Änderungen: So beschlossen Rat und EP im September des Jahres 2003 die beiden neuen Verordnungen 1829/2003/EG<sup>83</sup> über die Kennzeichnung und Zulassung sowie 1830/2003/EG<sup>84</sup> über die Rückverfolgbarkeit gentechnisch veränderter Organismen, welche im Gegensatz zur früheren Praxis auf dem Anwenderprinzip basieren. Somit war ab deren Wirksamwerden am 18. April 2004 grundsätzlich jede direkte Anwendung gentechnischer Methoden in Lebens- und Futtermitteln kennzeichnungspflichtig – egal, ob die transgenen Bestandteile im Endprodukt nachweisbar waren oder nicht. Für die Industrie ergaben sich dadurch neue, aufwendigere Kontrollsysteme, die eingerichtet werden mussten, um die neuen Transparenzregeln für die Verbraucher anzuwenden. Mit der Durchführung der neuen Regeln wurde die im Jahr zuvor errichtete *Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit* (EFSA) betraut, die fortan als Gutachterinstanz in Fragen der Grünen Gentechnik auftreten sollte.<sup>85</sup> Durch diese neue Gesetzeslage war erstmals wieder eine Regelung getroffen worden, mit der sich

---

<sup>82</sup> RL Nr. 2001/18/EG vom 12. März 2001, ABl. Nr. L 106/1.

<sup>83</sup> VO Nr. 1829/2003/EG vom 22. September 2003, ABl. L 268/1.

<sup>84</sup> VO Nr. 1830/2003/EG vom 22. September 2003, ABl. L 268/24.

<sup>85</sup> Die Errichtung der EFSA wurde durch die Verordnung Nr. 178/2001/EG vom 28. Januar 2002 erreicht.

die Mitgliedsstaaten anfreunden konnten. Daraufhin konnte im Mai 2004 dann auch erstmals wieder eine gentechnisch veränderte Maissorte zugelassen und das *de facto*-Moratorium beendet werden (vgl. Ansell/Maxwell/Sicurelli 2006: 97; Rucht/Yang/Zimmermann 2008: 58f.).

#### *Aktuelle Situation der europäischen Genfood-Regulierung*

Die seit April 2004 geltende europäische Rechtslage für den Umgang mit der Grünen Gentechnik hat die alten Regelungen der Novel Food-Verordnung ersetzt. Mit der Verordnung 1829/2003/EG gilt nun nur noch eine einzige Vorschrift für sowohl Lebens- als auch Futtermittel mit gentechnischer Veränderung, die verschärfte Sicherheitsanforderungen, erweiterte Kennzeichnungsvorgaben und gestärkte Informationsrechte der Verbraucher vorschreibt. Erfasst werden von der Bestimmung sowohl Lebensmittelendprodukte als auch Zutaten, Zusatzstoffe und Aromen, welche aus gentechnisch veränderten Organismen stammen oder hergestellt sind bzw. mit deren Hilfe produziert wurden. Eine Ausnahme bilden dabei solche Stoffe, die lediglich mit Hilfe von GMOs hergestellt wurden. So ist beispielsweise Milch von Kühen, die transgenes Futter erhalten haben genauso wie mit GMO-Nährstoffen angereicherte Mikroorganismen für die Produktion von Zusatzstoffen wie Aromen, Vitaminen oder Enzymen von der Kennzeichnungspflicht ausgenommen. Zudem wird eine explizite Kennzeichnung laut Artikel 24 dann nicht notwendig, wenn es sich bei dem GMO-Anteil um unbeabsichtigte Beimischungen von EU-weit bereits zugelassenen Organismen handelt und deren Anteil den Schwellenwert von 0,9 Prozent des Gesamtproduktes nicht übersteigt. Der Hersteller muss dabei stets darlegen können, dass die Beimischungen zufällig erfolgten und technisch unvermeidbar waren. Mit der neuen Verordnung ist es nun auch nicht mehr der Fall, dass auf eine Kennzeichnung dann verzichtet werden kann, wenn die bei der Herstellung und Verarbeitung eingesetzten transgenen Organismen im Endprodukt soweit abgebaut sind, dass sie nicht mehr nachgewiesen werden können (vgl. Transgen 2007).

Um ein gentechnisch verändertes Lebens- oder Futtermittel innerhalb der EU anzubauen oder zu verarbeiten, müssen sich Hersteller und Produzenten an

ein gemeinschaftsweites *Zulassungsverfahren* halten, welches sich grundsätzlich in die zwei Phasen der Bewertung und der Entscheidung gliedert. Im *ersten Schritt* bedarf es für neue Produkte zunächst einer wissenschaftlichen Bewertung der Produktsicherheit durch die EFSA und ein unabhängiges Expertengremium, welche auf Basis der Antragsunterlagen sowie anhand von Daten und Untersuchungen des Herstellers urteilen. Sie dürfen sich zur Überprüfung der Anträge zudem an Prüfbehörden wenden oder Labore mit Untersuchungen beauftragen. Im *zweiten Schritt* steht die Entscheidung über die Zulassung an, welche durch die Kommission und den zugeordneten ständigen Lebensmittelausschuss erfolgt, in dem Vertreter aller Mitgliedsstaaten sitzen. Eine Zulassung neuer transgener Produkte ist in Europa dabei stets auf zehn Jahre befristet (vgl. ebd.).

Erfolgreich kann das Zulassungsverfahren für die Antragsteller nur dann beendet werden, wenn die neuen Lebens- und Futtermittel die verschiedenen Voraussetzungen Sicherheit, Wahlfreiheit, Koexistenz und Rückverfolgbarkeit erfüllen. Das *Sicherheitskriterium* schreibt dabei vor, dass die Produkte nachweislich keine nachteiligen Auswirkungen auf Mensch und Tier oder die Umwelt haben dürfen, ihr Verzehr im Vergleich zu konventionell hergestellten Vergleichsprodukten nicht zu Ernährungsmängeln führen darf und die Konsumenten durch das neue Produkt nicht irreführt werden dürfen. Grundsätzlich werden transgene Lebensmittel in der Regel dann als sicher angesehen, wenn sie als ebenso gesundheitlich unbedenklich wie vergleichbare konventionelle Produkte eingestuft werden. Für das Kriterium der *Wahlfreiheit* müssen die besonderen Regeln, die für die Anwendung und Vermarktung von GMO-Produkten gelten, eingehalten werden. Sie sollen dafür Sorge tragen, dass Konsumenten wie Landwirte oder Unternehmen jeweils die Wahl haben, ob sie transgene Produkte nutzen wollen. Dazu zählt zu allererst die Kennzeichnung als wichtigstes Instrument, welche eine eindeutige Deklaration auf dem Etikett der transgenen Lebensmittel vorschreibt und die Konsumenten zu einer bewussten Entscheidung verhelfen kann. Weiterhin muss der Grundsatz der *Koexistenz* gewahrt bleiben, nach dem gewährleistet sein muss, dass es zu keiner unkontrollierten Vermischung von genmanipulierten und konventionellen Organismen kommen darf und so der Anbau und die Verarbeitung konventioneller Lebensmittel auch zukünftig möglich sein muss. Abschließend gilt für

zugelassenes Genfood in der EU das Kriterium der *Rückverfolgbarkeit*. Nach der Verordnung 1829/2003/EG sind alle Hersteller und Händler dazu verpflichtet, ihre Kunden über die Verwendung von GMOs in ihren Produkten zu informieren. Diese Pflicht der Rückverfolgbarkeit besteht dabei auf jeder Verarbeitungsebene und erfordert detaillierte Dokumentations- und Informationssysteme auf sämtlichen Stufen des Produktions- und Verkaufsprozesses (vgl. ebd.; Transgen 2008a).

Die jüngste größere Änderung an der Gentechnikregulation der EU trat im April 2015 in Kraft. Die sogenannte *Opt out-Richtlinie*<sup>86</sup> änderte die Richtlinie 2001/18/EG ab und brachte den EU-Mitgliedsstaaten die Möglichkeit, den Anbau – nicht aber den Handel – von gentechnisch veränderten Pflanzen in ihrem eigenen Hoheitsgebiet zu beschränken oder ganz verbieten zu können. Als Begründung für ein nationales *opt out* können von den Mitgliedsstaaten strengere umwelt- oder agrarpolitische Ziele, die Vermeidung nichtgewünschter sozio-ökonomischer Auswirkungen oder Gründe des Allgemeinwohls angeführt werden. Einzelne Staaten können seitdem den Anbau beispielweise von transgenen Maispflanzen in ihrem Land verbieten, selbst wenn eine Anbauzulassung auf der EU-Ebene existiert.

#### *Die langfristige Entwicklung des Anforderungsniveaus*

Schaut man sich einmal die langfristige weltweite Entwicklung des Anforderungsniveaus für die Freisetzung und Zulassung gentechnisch manipulierter Lebensmittel vom Beginn der Gentechnikdiskussion in den 1970er Jahren an, so ergibt sich in der langfristigen Tendenz für Europa eine kontinuierliche Absenkung des Anspruchsniveaus. Nach VAN DEN DAELE entsprach die zeitliche Entwicklung bis zum Beginn der 1990er Jahre einem „schrittweisen Rückzug [...] der Beweislastumkehr“ (Daele 1991: 48): Wurde die Beweislast für die Sicherheit der Versuche mit Beginn der Gentechnikdiskussion weitgehend den Anwendern zugewiesen, ging man im Lauf der folgenden Jahre immer mehr davon aus, dass Gentechnologie an sich kein spezifisches Risiko ausweise (vgl. Bandelow 1999: 145). In Europa kam es mit einem zunehmenden Wissen über

---

<sup>86</sup> RL Nr. (EU) 2015/412 vom 11. März 2015, ABl. Nr. L 68/1.

die Risiken der Gentechnik und dem wachsenden Engagement und Einfluss der Biotechnologieindustrie immer öfter zu Erleichterungen in den Sicherheitsvorschriften (vgl. Conrad 2004: 19). Betrachtet man jedoch nicht die globale, sondern die europaweite Regulierung der Biotechnologie, dann lässt sich festhalten, dass sich Europa von einer Situation ohne Gesetzgebungszuständigkeit in der Mitte der 1980er Jahre hin zu einer sehr stringenten Regulierung bei der Zulassung gentechnisch modifizierter Organismen im Nahrungsmittelbereich entwickelt hat (vgl. Bernauer/Meins 2003: 652f.).

Trotz der langfristig sinkenden Tendenz im Schutzniveau kam es an mehreren Zeitpunkten zu gegenläufigen Entwicklungen. So erhöhten die europäischen Gentechnik-Richtlinien aus dem Jahr 1990, die laut BANDELOW (1997: 153ff.) keineswegs industriefreundlich waren und für Freisetzen durchaus hohe Hürden setzten, das Schutzniveau wiederum. Erst zum Ende der 1990er Jahre konnte das Anspruchsniveau mit den Novellen der Richtlinien dann wieder signifikant absinken und einen zwischenzeitlichen Schwenk begründen. So waren die Entwürfe für die Novellierungen der Gentechnik-Gesetzgebung wesentlich deutlicher auf eine stärkere Deregulierung und Vereinfachung der Genehmigungsverfahren ausgelegt<sup>87</sup>, da sich mittlerweile auch die Industrievertreter dichter organisiert hatten und die Kommission mehr und mehr mit ökonomiefreundlichen Beamten besetzt war (vgl. Bandelow 1999: 142ff.; Strünck 2006: 203).

Eine Wende bedeutete dann jedoch die verabschiedete neue Regulierungswelle rund um die Novel Food-Verordnung im Jahr 1997 und das ab 1998 folgende europaweite *de facto*-Moratorium für Genfood, die beide den restriktiven Charakter des europäischen Anspruchsniveaus wieder erhöhten. Mit dem ersten Eintreffen von genveränderter Soja und transgenem Mais in Europa sorgte die kritische Bevölkerung zusammen mit verschiedenen *public interest groups* dafür, den kritischen Stimmen in Europa wieder mehr Gewicht zu verleihen. Ein Prozess, der sich auch in der aktuell geltenden europäischen Rechtslage mit ihren strengen Sicherheitsvorschriften und detaillierten Rückverfolgbarkeitsregeln fortsetzt und das Schutzniveau im Vergleich zur Mitte der 1990er Jahre somit weit höher einstuft (vgl. Ansell/Maxwell/Sicurelli 2006: 97ff.; Strünck 2006: 203f.).

---

<sup>87</sup> Vgl. dazu Europäische Kommission 1995.

### 3.3.1.2. Regulierung auf der Ebene der Nationalstaaten

Wie gezeigt wurde, liegen die Kompetenzen der europäischen Gesetzgebung zur Grünen Gentechnik seit Mitte der 1990er Jahre bei den Gesetzgebern auf der Gemeinschaftsebene. Die Mitgliedsstaaten sind bei der Regulierung von gentechnischen Lebens- und Futtermitteln sowie deren Inhaltsstoffen seitdem neben den beschriebenen internationalen Abkommen im Wesentlichen von den europäischen Vorgaben direkt abhängig. EU-Recht muss demnach – wenn es etwa um Fragen wie Zulassungsprozeduren oder Kennzeichnungsvorschriften geht – zwar in nationales Recht überführt werden. Insgesamt ist der parlamentarische Spielraum in diesem Politikfeld auf nationaler Ebene jedoch stark eingeschränkt. Trotzdem spielen die Parlamente und Regierungen der Mitgliedsstaaten hierbei keine ganz unbedeutende Rolle. Denn zum einen sind die nationalen Regierungen durch die Vertreter der zuständigen Fachministerien wiederum selbst im Rat der Europäischen Union vertreten und können dort mitgestalten. Zum anderen haben die Mitgliedsstaaten – wie gezeigt – durch ihr teilweise höheres Anspruchsniveau auch die europäische Gesetzgebung immer wieder zum Handeln gezwungen und eine Harmonisierung der Vorschriften hin zu strengeren Anforderungen erreicht (vgl. Behrens/Meyer-Stumborg/Simonis 1997: 54; Rucht/Yang/Zimmermann 2008: 57).

#### *Regulierungspraxis in Deutschland*

In der Bundesrepublik begann man mit ersten Überlegungen über eine bundeseinheitliche Regelung auf dem Gebiet der Gentechnologie im Jahr 1975. Der Vorstoß dazu ging von der *Deutschen Forschungsgemeinschaft* (DFG) aus, woraufhin das noch junge *Bundesministerium für Forschung und Technologie* (BMFT) im Dezember 1976 einen *ad-hoc*-Ausschuss aus Sachverständigen<sup>88</sup> einberief. Dieser legte erstmals im März 1977 einen Richtlinienentwurf für den Umgang mit der Gentechnologie vor, woraufhin schließlich im März 1978 erste Leitlinien des BMFT für Deutschland in Kraft traten. Als Vorbild dienten – wie auch für viele andere europäische Staaten – die bereits 1976 in den USA angenommenen

---

<sup>88</sup> Sachverständigenausschuss „Sicherheitsrichtlinien für Forschungsarbeiten über die in-vitro-Neukombination von Nukleinsäuren“ (vgl. Deutscher Bundestag 1977).

Richtlinien des dortigen *National Institute of Health* (NIH) für die Arbeit mit rekombinanter DNA. Und ebenso wie in den USA wurde in den Folgejahren bis zur Mitte der 1980er Jahre das Anforderungsniveau auch in Deutschland stufenweise gelockert (vgl. Bandelow 1999: 91ff.).

Da es ab 1987 auf der EG-Ebene erste Vorschläge für gemeinschaftsweite Richtlinien gab und man sich bewusst wurde, dass nach deren Inkrafttreten eine Implementierung der Vorschriften in den nationalen Rechtssystemen zu erfolgen hatte, begann man in Deutschland spätestens seit 1988 damit, erste rechtliche Anpassungen an die bisherige Regulierungspraxis anzubringen. So wurden neben der Verabschiedung neuer Regulierungen auch bestehende Gesetze wie beispielsweise die „Unfallverhütungsvorschrift Biotechnologie“ oder das „Bundes-Immissionsschutzgesetz“ angepasst. Trotz dieser Implementierung neuer Vorschriften in die bestehende Gesetzeslage bestanden weiterhin rechtliche Unklarheiten, weshalb man Ende der 1980er Jahre damit begann, erste Entwürfe für eine umfassende Regelung des Gentechnik-Politikfelds in Deutschland zu erarbeiten (vgl. Behrens 2001: 152f.). Trotz der sich zunehmend durchsetzenden Überzeugung in Wissenschaft, Politik und Verwaltung, dass sich aus der Gentechnologie weitaus geringere Risiken als zunächst befürchtet ergeben, verabschiedete der Bundesgesetzgeber 1990 ein Gesetz zur Regelung der Gentechnik<sup>89</sup> (GenTG) und ließ es im Sommer des Jahres offiziell in Kraft treten. Für die Umsetzung der Regelungen waren im föderalen Deutschland weitestgehend die Länder und die ihnen untergeordneten Behörden zuständig. Gemeinsam mit der im selben Jahr erlassenen Gemeinschaftsrichtlinie wurde für Deutschland so erstmals ein verbindliches Recht zur Kontrolle gentechnischer Arbeiten begründet. Man unterschied dabei vier spezielle Anwendungsbereiche der Gentechnikforschung und -produktion: 1) die Errichtung und der Betrieb gentechnischer Anlagen, 2) die gentechnischen Arbeiten im geschlossenen System, 3) die Freisetzung veränderter Organismen und 4) das Inverkehrbringen von Produkten (vgl. Bandelow 1999: 98; Behrens 2001: 154f.).

Der Umgang mit der Gentechnologie ist zudem auch in den verschiedenen Rechtsbereichen – für die Rote Gentechnik beispielweise im Arzneimittel- und

---

<sup>89</sup> Gesetz zur Regelung der Gentechnik (GenTG) vom 20. Juni 1990, BGBl. I, S. 1080.

für die Agro-Gentechnik im Lebensmittelrecht – geregelt. Zudem sind über die Jahre auch etliche, das Gentechnikgesetz begleitende Verordnungen<sup>90</sup> entstanden, um konkrete Verfahren und Sicherheitsmaßnahmen zu regeln. Das eigentliche GenTG brachte – sehr zum Leidwesen der Gentechnikindustrie – mit seinem Inkrafttreten erstmals eine deutliche Erhöhung des Anforderungsniveaus mit, was BANDELOW (1999: 126) mit dem Zusammentreffen mehrerer *policy-interner* wie *policy-externer Faktoren* während der Zeit des Gesetzgebungsprozesses erklärt. So kam es bereits wenige Monate nach der Verabschiedung des Gentechnikgesetzes zu heftiger Kritik von Anwenderseite, die sich auf tatsächlich vorhandene Mängel bezog, die durch eine übereilte Verabschiedung des Gesetzes in der Schlussphase zustande kamen. In der anfänglichen Fassung von 1990 sollte das GenTG somit nicht lange bestehen bleiben. Hinzu kam auch der sich zuspitzende Konflikt zwischen der nationalen und der europäischen Gesetzgebung, sodass es bereits im Jahr 1993 zu einer ersten Novelle des GenTG<sup>91</sup> in Deutschland kam (vgl. Bandelow 1999: 127; Behrens 2001: 157). Zu weiteren Novellen, die auch die jeweils aktuelle EU-Regulierung berücksichtigten, kam es in den Jahren 1997, 2002, 2004, 2008 und 2009.<sup>92</sup> Im weiteren Verlauf der 1990er Jahre kam es in der bundesdeutschen Gentechnikgesetzgebung so zu einer zunehmenden Verrechtlichung der Gentechnologie, während inhaltlich gleichzeitig zunächst eine Lockerung des Anforderungsniveaus stattfand (vgl. Conrad 2005: 139). Vor allem während der Zeit der rot-grünen Koalition auf Bundesebene von 1998 bis 2005 kam es unter der grünen Verbraucherschutzministerin RENATE KÜNST jedoch wieder zu einer Anhebung der Anforderungen, da während dieser Phase parlamentarische Kräfteverhältnisse und parteipolitische Einflüsse auf die Ministerien und Behörden von einer deutlich

---

<sup>90</sup> Mit am wichtigsten sind dabei die „Verordnung über die Sicherheitsstufen und Sicherheitsmaßnahmen bei gentechnischen Arbeiten in gentechnischen Anlagen“ (GenTSV), die „Verordnung über die Zentrale Kommission für die Biologische Sicherheit“ (ZKBSV), die „Verordnung über Aufzeichnungen bei gentechnischen Arbeiten“ (GenTAufzV), die „Verordnung über Anhörungsverfahren“ (GenTAnhV), die „Gentechnikgesetz-Kostenverordnung“ (GenTKostV) und die „Verordnung über Antrags- und Anmeldeunterlagen“ (GenTVfV).

<sup>91</sup> Neubekanntmachung vom 16. Dezember 1993, BGBl. I S. 2066.

<sup>92</sup> 1997 (BGBl. I, S. 2390), 2002 (BGBl. I S. 3220), 2004 (BGBl. I, S. 454). 2008 (BGBl. I, S. 499). 2009 (BGBl. I, S. 2542, 2575).

kritischen Einstellung zur Grünen Gentechnik bestimmt waren. Durch die parallel stattfindende BSE-Krise kam es zudem auch in den zur Gentechnik traditionell eher freundlich eingestellten Ressorts Wirtschaft und Landwirtschaft zu einer deutlichen Verschiebung zugunsten der Kritiker (vgl. Rucht/Yang/Zimmermann 2008: 56f.; Saalbach 2008: 187). Diese Verschiebung wurde jedoch durch die nachfolgenden Regierungen unter der konservativen Bundeskanzlerin ANGELA MERKEL zum Teil wieder wettgemacht.

#### *Regulierungspraxis in den Niederlanden*

Wie in vielen anderen westlichen Industriestaaten diskutierte man die neuen Möglichkeiten, die sich durch den Einsatz der Gentechnik ergaben, auch in den Niederlanden anfänglich sehr kritisch. Man sah die neue Technologie in den 1970er Jahren vor allem als Risikotechnologie an und begründete aus den sich eröffnenden Sicherheitsgründen einen restriktiven Regulierungsbedarf. So riet die niederländische Regierung bis zum Jahr 1977 auch zu einer höchstmöglichen Zurückhaltung bei der Anwendung der neuen Methoden und nahm selbst eine reservierte Haltung zur Gentechnik ein – man wollte den Einsatz modifizierter DNA-Strukturen durch Regulierung eher begrenzen als fördern (vgl. Kroon 1986). In den 1980er Jahren fand in den Niederlanden jedoch ein Wandel in der Wahrnehmung und Behandlung der Gentechnologie statt. Fortan sah man die neuen Methoden in der Regierung – jedoch ganz im Gegensatz zur Bevölkerung (siehe dazu Kapitel 3.1.2.6) – nicht mehr als Risiko, sondern vielmehr als Chance an und bewarb die Gentechnik als wichtige Schlüsseltechnik, die den Niederlanden zu einem wirtschaftlichen Wachstum verhelfen sollte. Man war der festen Auffassung, dass die Möglichkeiten, welche die moderne Biotechnologie eröffnete, den immer wieder diskutierten Risiken weit überwiegen und entsprach in diesem Bereich somit überhaupt nicht jenem Bild des umweltpolitischen Pioniers der ersten Stunde, welches viele noch von den Niederlanden hatten. Viele überraschte so auch die niederländische Haltung zum 1998 begonnenen europäischen *de facto*-Moratorium, bei dem die Niederlande gemeinsam mit Großbritannien als einzigem Staat den Zulassungsstopp ablehnten (vgl. Behrens 2001: 111; Somsen 2009: 188).

Diese liberale Einstellung, welche die niederländische Gentechnikpolitik seit den 1980er Jahren angetrieben hat, zeigte sich überall in den politischen Dokumenten<sup>93</sup> und Gesetzen, die von da an zum Umgang mit der Gentechnik erschienen. Im Vergleich zu Staaten wie beispielsweise auch Deutschland oder Dänemark gibt es in den Niederlanden bis heute allerdings kein einheitliches, alle Aspekte umfassendes Gentechnikgesetz. Über eine solche Option wurde Ende der 1970er Jahre diskutiert und die niederländische Regierung sah sich im Laufe der 1980er Jahre immer mehr in einen Zwiespalt zwischen dem Ziel der Technologieförderung auf der einen und der Wahrung bestehender Werte und der Minimierung potenzieller Risiken auf der anderen Seite. Dieses Spannungsverhältnis drängte die niederländische Exekutive auch zur Gründung der *Voorlopige commissie genetische modificatie* (VCOGEM<sup>94</sup>), einer Kommission, welche die Risiken der Gentechnologie untersuchen sollte und in der fast ausschließlich wissenschaftliche Experten vertreten waren. Gesellschaftliche Stimmen wurden nicht an den Sitzungen beteiligt, weshalb die abschließenden Empfehlungen der Kommission auch weniger kritisch ausfielen: Die Regierung sah die Gentechnik so nicht länger als Risikotechnologie an und verabschiedete sich in den 1980er Jahren von dem Plan einer einheitlichen Gentechnikregulierung. Man entschied sich vielmehr für die Regelung der Gentechnikregulierung im Rahmen bestehender Gesetze: Transgene Organismen wurden so im Wesentlichen wie konventionelle Organismen oder chemische Substanzen behandelt (vgl. Behrens 2001: 122f.; Hodgson 1990: 284).

---

<sup>93</sup> So im Weißbuch „Beleidsnota Biotechnologie“ (Kamerstukken II 2000-2001, 27428, nr. 2), im Regierungsstandpunkt „Beslissen over Biotechnologie“ (Kamerstukken II 2002-2003, 27428, nr. 40), oder im Dokument „Verantwoord en zorgvuldig toetsen, Een integraal toetsingkader voor biotechnologische ontwikkelingen“ (Kamerstukken II 2002-2003, 27428, nr. 39), im Regierungsstandpunkt „Kabinetsreactie op de Trendanalyse Biotechnologie 2004“ (Kamerstukken II 2004-2005, 27428, nr. 57) oder im Weißbuch des Ministeriums VROM „Integrale Nota Biotechnologie“ (Kamerstukken II 2000-2001, 27428, nr. 7) (vgl. Somsen 2009: 194).

<sup>94</sup> VCOGEM wurde am 1. März 1990 als Nachfolger der *ad hoc*-Kommission *recombinant DNA werkzaamheden* gegründet. Auf sie folgte am 1. Januar 1995 wiederum die *Commissie Genetische Modificatie* (COGEM). Sie hat laut §2.3 des „Wet milieubeheer“ die Aufgabe, die niederländische Regierung über mögliche Umweltrisiken von gentechnisch modifizierten Organismen zu beraten und auf ethische Probleme hinzuweisen (vgl. COGEM 2010).

So gibt es in den Niederlanden seit 1990 mit dem „Besluit GGO“<sup>95</sup> zwar eine Art Gentechnikgesetz, welches sich zusammen mit der technischen „Regeling GGO“<sup>96</sup> vor allem mit den Zulassungsmodalitäten für die Forschung mit und die Freisetzung von GMOs beschäftigt und von Beginn an die europäische Gesetzgebung national umsetzt. Und auch 1993 wurde der niederländische Gesetzgeber mit einem vollständig auf Gentechnik bezogenen Gesetz aktiv: Als man merkte, dass auf europäischer Ebene vorerst keine Einigung über die Reichweite einer Novel Food-Verordnung zu erwarten war, verabschiedete man in den Niederlanden eine spezifische Übergangsregelung zu neuartigen Lebensmitteln<sup>97</sup>. Trotz dieser speziell auf die Grüne Gentechnik bezogenen Regelungsinitiativen waren und sind viele der für den Gentechnologieeinsatz relevanten Vorschriften noch weit über der niederländischen Gesetzeslandschaft verstreut.<sup>98</sup>

Die beschriebene positive Einstellung der Regierung zeigte sich bis in die Mitte der 1980er Jahre auch anhand einer breiten finanziellen Unterstützung in Form von Forschungsförderung für die Akteure der Biotechnologie. Anschließend fand jedoch ein Rückzug aus der Gentechnikförderung statt – ohne jedoch die generelle Unterstützung für die Technologie aufzugeben. Während die umliegenden Staaten der Biotechnologie weiterhin finanziell unter die Arme griffen – auch in Deutschland investierte der Staat etliche hundert Millionen Euro in die Biotechnologie – verabschiedeten sich die Niederlande von der Förderungspolitik und sollten so ab Mitte der 1990er Jahre auf diesem Gebiet an Konkurrenzfähigkeit verlieren (vgl. Behrens 2001: 73; Brugh 2000).

---

<sup>95</sup> „Besluit Genetisch Gemodificeerde Organismen Wet milieugevaarlijke stoffen“ vom 25. Januar 1990, Stb. 1990, 53.

<sup>96</sup> „Regeling Genetisch Gemodificeerde Organismen“ vom 22. September 1993, Stcrt. 1993, 186.

<sup>97</sup> „Warenwetregeling Nieuwe Voedingsmiddelen“ vom 28. Juni 1993, Stcrt. 1993, 139.

<sup>98</sup> So beispielsweise im „Wet milieubeheer“ (Stb. 1979, 442), im „Inrichtingen- en vergunningenbesluit milieubeheer“ (Stb. 1993, 50) oder dem „Besluit informatie inzake rampen en zware ongevallen“ (BIRO, Stb. 1994, 463). Auf genetisch modifizierte Organismen finden jedoch auch alle jene Vorschriften Anwendung, die auch für genetisch nicht veränderte vergleichbare Stoffe gelten. So spielen beispielsweise das „Arbeidsomstandighedenwet“ (Arbowet, Stb. 194, 597), das „Bestrijdingsmiddelenwet“ (Stb. 1962, 288) oder die Produktgesetzgebung „Warenwet“ (Stb. 1935, 793) eine Rolle (vgl. VROM 2010).

Negativ wirkte sich auf die Gentechnikbranche auch das Aufkommen gentechnikkritischer Stimmen aus, die in den Niederlanden mehr und mehr zu Wort kamen. Da gesellschaftliche Interessen in der Kommission VCOGEM zu den Risiken der Gentechnologie nicht vertreten waren, richtete man bezüglich der Wertfragen mit der *Breda-Kommission* ein zweites Beratungsorgan ein, in der nun auch Akteure aus den Bereichen Tier-, Umwelt- und Verbraucherschutz vertreten waren. Zu einer Übereinkunft in der ethischen und sozioökonomischen Bewertung der Gentechnik kam es zwischen den Kommissionsteilnehmern allerdings nicht und vor allem in den Einsatzbereichen Lebensmittel und Tiere kam es zu einem Dissens. Folge davon war schließlich ein gesellschaftlicher Konflikt in diesem Politikfeld, der die Politik dazu zwang, die Positionen der gesellschaftlichen Verbände vermehrt in die Regulierung der Gentechnik einfließen zu lassen. Dies erfolgte schließlich durch eine Anpassung der Produktgesetze mit Regelungen für die Kennzeichnung von Lebensmitteln und war recht einfach möglich, da die Gentechnikgesetzgebung in den Niederlanden auf viele Vorschriften verteilt war (vgl. Behrens 2001: 123f.).

#### *Nationale Akteure der Genfood-Regulierung*

Was die konkrete Gestaltung der Gentechnikpolitik durch Regulierungs- und Förderungsmaßnahmen betrifft, stellen die beiden Untersuchungsländer Deutschland und Niederlande recht unterschiedliche Systeme dar, die unter Berücksichtigung ihrer jeweiligen Struktur den ökonomischen, gesellschaftlichen sowie staatlichen Akteuren des Politikfelds jeweils spezifische Handlungs- und Gestaltungsspielräume eröffnen (vgl. Behrens 2001: 189). Nachdem sich die Gentechnologie nach Ansicht der niederländischen politischen Entscheidungsträger in den 1980er Jahren zu einem wichtigen Innovationsfaktor entwickelt hat, große Teile der Bevölkerung jedoch analog zu vielen gesellschaftlichen Verbänden weiterhin durchaus kritische Positionen zum Einsatz der neuen Technologie im Agrar- und Lebensmittelbereich einnahmen, musste der Staat zwischen den beiden sich gegenüberstehenden Lagern von privaten und korporativen Interessen vermitteln. Die vom Politikfeld betroffenen Ministerien (siehe dazu Kapitel 4.1.3) griffen dazu auf neue Steuerungsinstrumente

zurück, indem sie Methoden gesellschaftlicher Selbstregulierung in den Prozess staatlicher Entscheidungsfindung aufnahmen. Der Staat trat so nicht mehr länger als steuernder Akteur auf, sondern nahm fortan eine moderierende Rolle ein. Bei der Technologieförderung kam es somit beispielsweise zu einem Elitenkonsens zwischen wissenschaftlichen, industriellen und ministeriellen Vertretern und der Entstehung eines dichten Kommunikationsnetzwerkes, um die zukünftige Konkurrenzfähigkeit der Biotechnologieforschung zu gewährleisten (vgl. ebd.: 72, 111f., 123).

Als ursächlich für diese Bereitschaft zur Zusammenarbeit der verschiedenen Akteure in einem gemeinsamen Verhandlungssystem kann nach BEHRENS (ebd.: 72) die politische Verhandlungskultur und die damit verbundene hohe Konsensfähigkeit gesehen werden, die durch die traditionelle Versäulung (siehe zu diesem Begriff auch Kapitel 2.2.2.2) des Landes gegeben ist. Eine gesellschaftliche Selbstregulierung des Gentechnikdissenses sei in den Niederlanden so eher möglich als beispielsweise in Deutschland. Durch seinen föderativen Staatsaufbau könnte man dieses Aushandlungssystem auch gar nicht so leicht auf Deutschland übertragen, da die Gesetzgebung in diesem Politikfeld zu wesentlichen Teilen auch von der Haltung der 16 Bundesländer abhängt. Sind diese mit der Bundesregierung nicht auf einer gemeinsamen Linie, kommt es zu Verzögerungen und teilweise regelrechten Blockaden im Gesetzgebungs- und Aushandlungsprozess auf Bundesebene (vgl. ebd.: 189).

Als Beispiel für die unterschiedliche Rolle des Staates in der Gentechnologieregulierung zwischen Deutschland und den Niederlanden kann auch die in Deutschland unter dem Schlagwort der „verschuldensunabhängigen Gesamtschuldnerschaft“ geführte Debatte gesehen werden. Dabei ging es um Haftungsfragen für jenen Fall, dass sich auf dem Feld eines auf Gentechnik verzichtenden Landwirtes fremdverschuldet gentechnisch manipulierte Organismen abgesetzt haben. Während in Deutschland in dieser konkreten Frage wiederum der Staat als treibende Kraft zur Findung einer gemeinwohlorientierten Lösung auftrat, verzichtete man in den Niederlanden auf die Erarbeitung gesetzlicher Vorgaben und ließ die betroffenen Akteure wie Landwirte, Produzenten, Verbraucher und Züchter gemeinsam Regeln für die Koexistenz von genmanipulierten und konventionellen Gewächsen aushandeln (vgl. Transgen 2005).

### 3.3.2. Protest

Wie soeben beschrieben wurde, ziehen sich die Zuständigkeiten für die Regulierung der Grünen Gentechnologie quer durch die verschiedensten politischen und administrativen Ebenen und gehen beispielsweise in Deutschland bis hinunter auf die Ebene der Bundesländer. So hatte die Einführung gentechnisch veränderter Organismen auf dem Markt außerhalb der Forschungslaboratorien simultan eine lokale, nationale, europäische wie auch internationale Dimension. Die Kompetenzen für die Gesetzgebung zum Gentechnologieeinsatz im Lebensmittelbereich haben sich dabei über den Zeitverlauf zudem verschoben und sind für die beiden Untersuchungsländer heute vor allem auf der Gemeinschaftsebene verortet (vgl. Ansell/Maxwell/Sicarelli 2006: 99; Behrens/Meyer-Stumborg/Simonis 1997: 23). Das Wissen über die konkreten Zuständigkeiten in diesem Politikfeld ist vor allem für jene Akteure wichtig, die selbst Einfluss auf die konkrete Ausgestaltung der Regulierungspolitik nehmen wollen. Die Akteure innerhalb des Politikfelds der Grünen Gentechnik können zunächst grob in die drei Dimensionen Politik, Markt und Verbände aufgeteilt werden. Vor oder innerhalb des Entscheidungsfindungsprozesses versuchen die Akteure aus dem Bereich der *Politik*, ihre Interessen durch Mehrheiten durchzusetzen, während Unternehmen und Verbände aus dem gesellschaftlichen und ökonomischen Bereich den Weg der Interessenvertretung zu gehen haben. Ökonomisch agieren dabei auch die multinationalen Konzerne, die durch ihre Stellung neben dem Weg über die Wirtschaftsverbände auch selbst über ausreichend finanzielle Mittel verfügen, um ihre Interessen direkt gegenüber staatlichen und verbandlichen Organisationen zu vertreten (vgl. Behrens/Meyer-Stumborg/Simonis 1997: 52).

Die Interessenvertreter aus den beiden Dimensionen *Markt* und *Verbände* bilden hauptsächlich auf der nationalen Ebene die zentralen Akteure und vertreten dort ihre sehr unterschiedlichen Interessen: Während Wirtschaftsverbände reine Marktinteressen verfolgen, geht es den gesellschaftlichen Organisationen auf der anderen Seite um Gemeinwohlinteressen wie dem Umwelt- oder Verbraucherschutz. Die Wahl der optimalen Strategie ihrer Interessenvertretungsaktivitäten hängt dabei unter anderem mit den Erfolgsaussichten politischer Partizipation zusammen: Während Einflussmöglichkeiten durch

Beteiligungen in skandinavischen Ländern oder den Niederlanden vielfältig vorhanden sind, teils recht weit gehen und im Politikfeld der Grünen Gentechnik auch intensiv genutzt werden, herrschen in Ländern wie Deutschland, Frankreich oder Großbritannien eher radikalere und expressivere Aktionsformen vor (vgl. Gill 2008: 628).

Lag die politische Regulierung der Gentechnologie bis zum Beginn der 1990er Jahre hauptsächlich in den Händen der Nationalstaaten und setzten Interessenvertreter idealtypischer Weise auch dort bei den nationalen Entscheidungsträgern mit ihrer Arbeit an, hat sich die Dimensionierung seit Beginn der 1990er Jahre grundlegend verändert. Seither wird die Debatte um Gentechnologie und genmanipulierte Organismen in Lebensmitteln hauptsächlich vor dem Hintergrund der Globalisierung ausgetragen. So beherrschen seit diesem Zeitpunkt internationale Forscherteams und multinationale Konzerne den Genfoodmarkt und die Produkte werden ohne Rücksicht auf eventuelle Landesgrenzen vertrieben (vgl. Hampel 2005). Für Europa änderten sich die Zuständigkeiten gegen Ende des 1990er Jahre mit dem Beginn des europäischen Regulierungsprozesses zudem dahingehend, dass die Hauptregelungskompetenz für alle Mitgliedsstaaten seitdem auf der Gemeinschaftsebene lag und es zunächst Kommission und Ministerrat – später mit der Ausweitung des Mitentscheidungsverfahrens auch dem Europäischen Parlament – oblag, Entscheidungen über die gentechnischen Erzeugnisse zu treffen (vgl. Bernauer 2003: 73; Rucht/Yang/Zimmermann 2008: 38; Strünck 2006: 212). Da jedoch für die jeweilige Implementierung der auf der Gemeinschaftsebene beschlossenen Regeln immer noch die nationale wie regionale Verwaltung zuständig ist, sollten Interessenvertreter wie Protestakteure auch diese Ebene nicht ganz außer Acht lassen.

Wo und wie die Akteure ihren Protest aber genau verorteten, dass hängt zunächst einmal mit dem jeweils betrachteten Zeitpunkt im Politikfeld der Grünen Gentechnik zusammen. Kritische Verbände aus dem Umwelt- und Verbraucherbereich sind auf europäischer Ebene so erst seit etwa Mitte der 1980er Jahre aktiv, da die damalige Europäische Gemeinschaft selbst erst 1987 mit der „Einheitlichen Europäischen Akte“ eine Rechtsgrundlage für die gemeinsame Umweltpolitik erhielt. Zuvor wurde die Diskussion über Risiken der Gentech-

nologie sowohl bei europäischen Umweltverbänden als auch bei Anhängern eines umweltschutzorientierten Zugangs in der Kommission kaum aufgegriffen (vgl. Bandelow 1999: 99f.). Neben dem zeitlichen Aspekt kann die Verortung des Protestes in erster Linie an der Strukturiertheit der Protestakteure selbst festgemacht werden. So gibt es insgesamt nur sehr wenige Gruppen wie etwa *Greenpeace*, die auf allen Ebenen aktiv sind. Verantwortlich für die Breite der Aktivitäten sind dabei zum einen die vorhandenen Ressourcen und zum anderen der Institutionalierungsgrad der Organisation. Durch die internationale Aufstellung verfügt *Greenpeace* jedoch über genügend finanzielle und personelle Ressourcen, um auch weltweit agieren zu können. Bei Akteuren wie dem deutschen *Bund für Umwelt und Naturschutz* (BUND) konzentriert man sich überwiegend auf die nationale Ebene, versucht jedoch über die Mitgliedschaft in den Dachorganisationen *Friends of the Earth Europe* und *Friends of the Earth International* auch außerhalb der nationalstaatlichen Ebene Einfluss auf europäische oder weltweite Entscheidungsprozesse zu nehmen. Und auch auf lokalem Niveau versucht der *BUND* durch die Gründung von Landes- und Ortsverbänden tätig zu sein. Es gibt jedoch auch andere Verbände, die sich ausschließlich lokal, regional, oder auf der europäischen Ebene engagieren. Diese sind jedoch weit in der Minderheit und stellen die wenigen Ausnahmen dar (vgl. Behrens/Meyer-Stumborg/Simonis 1997: 85f., 126). Auf der anderen Seite kann man bei der Höhe des Engagements von Verbänden auch gewisse Konjunkturen erkennen: So ist es immer wieder beobachtbar, dass große Verbände ihr Interesse am Thema verlieren, sobald politische Entscheidungen oder ein geringeres Medieninteresse das *issue* wieder in den Hintergrund rückt. Insofern konnte laut GILL (2008: 627) noch nicht von einem stabilen Engagement auf einer breiten organisationellen Ebene gesprochen werden.

Insgesamt ist die nationale Ebene aus europäischer Sicht heute derjenige Ort, an dem bevorzugt Massenproteste gegen die Agro-Gentechnik organisiert werden – und das obwohl die Regelungskompetenz heute fast ausschließlich auf europäischer Ebene angesiedelt ist (siehe Tabelle 4). Umwelt- und Verbraucherschutzverbänden fällt es viel leichter, ihre Proteste auf Länderebene anzusetzen und dort Druck auf die Entscheidungsträger auszuüben. Grund dafür ist für BEHRENS, MEYER-STUMBORG und SIMONIS (1997a: 53) das höhere Mobilisie-

Tabelle 4: Aktivitätslevel von NGOs

Aktivitätslevel	Anzahl der Notizen
International	41
Europäisch	47
National	80
Subnational	13
unkodiert	23

Quelle: Eigene Darstellung nach Ansell/Maxwell/Sicarelli 2006: 102; Zahlen ergeben sich aus einer Auswertung des GNET-Mailingarchivs im Zeitraum vom Januar 1999 bis Juni 2003

rungspotential, welches sich aufgrund der – auf der nationalen Ebene angelegten – verbandlichen Organisationsstrukturen ergibt. Für STRÜNCK (2006: 211) hingegen sind für diese nationale Konzentration zwei Hauptgründe ursächlich: Zum einen fehlt es den nationalen Verbänden an ausreichenden personellen, finanziellen und logistischen Ressourcen für ein europäisches Lobbying. Zum anderen mangelt es aber auch an einer nicht vorhandenen europäischen Öffentlichkeit, welche generell für *public interest groups* von großer Wichtigkeit ist. Zwar agieren die nationalen Verbände hin und wieder bei wichtigen Entscheidungen auch auf europäischem Parkett, um ihre Interessen gegenüber ihren nationalen Europaparlamentariern darzulegen – Einfluss auf die Abgeordneten aus den anderen Mitgliedsstaaten der EU haben die nationalen Verbandsvertreter jedoch kaum. Und auch die europäischen Dachverbände erscheinen nur selten als die starken Organisationen, in denen sich die Kraft der nationalen Verbände bündelt. Beim europäischen Verbraucherschutzverband BEUC hat man es so mit zahlreichen unterschiedlichen nationalen Verbraucherschutztraditionen und Verbraucherschutzbewegungen zu tun, weshalb die gemeinsame Verständigung auf europäischer Ebene nicht immer leicht ist (vgl. Ansell/Maxwell/Sicarelli 2006: 116; Behrens/Meyer-Stumborg/Simonis 1997: 126; Strünck 2006: 212).

Bei den Versuchen von Protest oder Einflussnahme von *public interest groups* im Politikfeld der Grünen Gentechnik können mehrere Typen unterschieden

werden. So können sich die Kampagnen wie beispielsweise im Mai 2003 geschehen, als man den Protest auf den europäischen Zweig des Saatgutherstellers *Monsanto* bezog, zum einen direkt gegen die Forschungslaboratorien oder Herstellerfirmen der gentechnisch manipulierten Produkte richten. Daneben wurde die Ablehnung gegenüber GMOs zum anderen aber auch gegenüber den am Regulierungs- und Entscheidungsprozess beteiligten politischen Organen geäußert. Aktionen wurden so – wie etwa bei einer Kundgebung von mehreren europäischen grünen Parteien vor dem Europäischen Parlament im Juli 2000 – direkt gegenüber den EU-Institutionen durchgeführt. Anfangs protestierte man dabei noch ausschließlich gegen die Europäische Kommission, um die Sichtweise der dortigen Beamten zu beeinflussen. Im späteren Prozess richtete man sich dann auch gegen den Ministerrat, um Einfluss auf die Entscheidungsfindung auszuüben. Seitdem in der Bio- und Gentechnologie das gemeinschaftliche Mitentscheidungsverfahren Anwendung findet, sind sowohl der Ministerrat als auch das Europäische Parlament Ziele des Protestes. Neben den politischen Organen der EU spielt seit einigen Jahren zudem der EuGH als Recht sprechendes Organ eine Rolle als Protestziel: So gab es von 1998 bis 2006 ganze 18 Fälle bezüglich GMOs, die vor dem höchsten europäischen Gericht gelandet sind und von Umwelt-, Agrar- oder Verbraucherverbänden angestrengt wurden. Neben der europäischen Ebene, auf der Einfluss auf die inhaltliche Ausgestaltung der Gesetzgebung ausgeübt werden kann, gilt es für die gesellschaftlichen Verbände aber auch auf nationaler Ebene präsent zu sein und dort gegenüber dem Einführungsprozess gentechnisch manipulierter Organismen und Nahrungsmittel aktiv zu werden (vgl. Ansell/Maxwell/Sicurelli 2006). Während die nationale Ebene für die gesellschaftlichen Gruppen zunächst die Hauptebene der versuchten Einflussnahme war, konzentrierten sich Wirtschaftsverbände und einzelne multinationale Unternehmen hingegen zunächst auf die europäische Lobbyarbeit und wurden erst durch den zunehmenden Konflikt in den Nationalstaaten auch auf dieser Ebene aktiv (vgl. Bandelow 1997).

Ein starkes nationales Engagement der gesellschaftlichen Verbände war zum Beispiel während der Entwicklungsphase der Novel Food-Verordnung in Deutschland zu beobachten. Hier versuchten die Verbände, ihre nationalen Mitglieder zu mobilisieren, um so über den entstandenen bundesdeutschen

Konflikt einerseits Druck auf Regierung und Parteien auszuüben und auf das nationale Stimmverhalten im Rat, Ministerrat oder EP einzuwirken. Andererseits ging es aber auch darum, spezielle nationale Nutzungsbedingungen auszuhandeln. Die Kampagnen der Verbände und NGOs haben den europäischen Regulierungsprozess so also mehr indirekt als direkt beeinflusst. Konkret führten die Maßnahmen einiger EU-Länder wie beispielsweise die Einführung von freiwilligen Kennzeichnungen oder die Berufung auf die Schutzklausel und die somit erzeugte Importsperr über den Umweg der Mitgliedsstaaten zu Verschärfungen des europäischen Regulierungsprozesses durch höhere Standards oder das beschriebene *de facto*-Moratorium (vgl. Behrens/Meyer-Stumborg/Simonis 1997: 53; Bernauer/Meins 2003: 655).

In den vergangenen Jahren lassen sich neben den von einer einzigen Ebene ausgehenden Protestaktionen auch immer öfter *cross level*-Allianzen beobachten. Erste Vorläufer einer solchen horizontalen Verflechtung der organisierten Interessen von gesellschaftlichen Verbänden in den verschiedenen Staaten der Europäischen Union gab es bereits Ende der 1990er Jahre mit den ersten Importen von Gen-Soja und Gen-Mais nach Europa und der anschließenden europaweiten Welle des Protestes. SEIFERT (2002) vermutete damals eine internationale „Synchronisierung“ von zuvor noch eher national gelagerten Protestsituationen. Transnational agierende Organisationen, aber auch grenzüberschreitende Kooperationen nationaler Verbände, scheinen beim Protest gegen GMOs heute stärker als zuvor eine Rolle zu spielen: Bi- oder multinational werden immer öfter Protestaktionen koordiniert und Ressourcen gebündelt (vgl. Ansell/Maxwell/Sicurelli 2006: 116; Behrens 2001: 126; Rucht/Yang/Zimmermann: 38).

#### 3.4. Zwischenfazit

In diesem Kapitel, das sich mit der Beschreibung des vorliegenden Falls befasste, wurde ein Überblick über das Politikfeld der Grünen Gentechnik gegeben. Es wurden die historischen Entwicklungen der Technologie aufgezeigt und auf Hoffnungen und Ängste zu transgenen Lebensmitteln von Wissenschaftlern, Industrievertretern sowie Konsumenten eingegangen. In diesem

Missverhältnis zwischen potenziellen Vorteilen und potenziellen Risiken – so wurde deutlich – liegt auch der Kern der beschriebenen und für diese Untersuchung bedeutenden Protestwelle von Einzel- und Gruppenakteuren.

Die Akteurkonstellation, wie sie sich ergibt, ist die zweier verhärteter Fronten, die sich auf der Politikarena der Grünen Gentechnik gegenüberstehen: Auf der einen Seite große weltweit operierende Konzerne wie etwa der Biotechnologie-Riese *Monsanto* und auf der anderen Seite eine ganze Reihe kritischer intermediärer Akteure. Da beide Seiten verschiedenen Ideologien anhängen und konträre normative Grundsätze, Welt- sowie Menschenbilder vertreten, konnte sich ein *Wertkonflikt* um das Für und Wider der Grünen Gentechnik entwickeln, welcher letzten Endes zu einem *Fundamentalkonflikt* führte. Vor allem innerhalb Europas hat der Protest gegen die Technologie so zeitweise zu einer *Diffusionsblockade* geführt, die durch ein kritisches und angepasstes Kaufverhalten von Konsumentenseite zustande kam und später ein mehrjähriges Moratorium sowie immer öfter auch die Verlagerung von Forschungsaktivitäten aus Europa heraus zur Folge hatte.

Doch trotz der beiden streng voneinander getrennten Lager von Gentechnik-Befürwortern und -Gegnern kann auf der politischen Arena nicht automatisch von nur zwei unterschiedlichen *belief systems* ausgegangen werden. Auf beiden Seiten spielen eher viel differenziertere Interessen eine Rolle, welche in diesem *Wertkonflikt* aufeinandertreffen. Bei Befürwortern wie Gegner muss man so etwa zwischen gesundheitlichen, ethischen, religiösen, wissenschaftlichen und ökonomischen Motiven und Argumentationsmustern unterscheiden, was im folgenden Kapitel der Akteuranalyse systematisch angegangen und differenziert aufgezeigt werden soll.

Erste große Akteure der europäischen Gegenbewegung, die im Mittelpunkt dieser Untersuchung steht, stiegen erst zu Beginn der bis heute andauernden dritten Protestphase am Ende der 1990er Jahre in den Kampf gegen die Grüne Gentechnik ein. Damals wurde die drohende Gefahr erstmals konkret, da transgene Produkte wie Mais oder Soja erstmals auf dem europäischen Markt eingeführt werden sollen. Große intermediäre Akteure wie etwa *Greenpeace* oder *Friends of the Earth Europe* beteiligten sich seinerzeit erstmals an den Protesten und sorgten durch ihr Engagement für die nötige Medien-

öffentlichkeit, durch welche die Debatte öffentlich in Gang gebracht wurde. Hieraus entwickelte sich eine breite Bewegung, die in der dritten Protestphase Gruppenakteure aus verschiedensten Akteurgattungen wie Agrarverbänden oder Umwelt- und Verbraucherschutzakteuren vereinte und durch verschiedenste gemeinsame wie alleinige Protestkundgebungen und -aktionen immer wieder Aufmerksamkeit erregte.

Bedingt durch den internationalen Charakter der Gentechnik-Thematik sowie über verschiedene politische administrative Ebenen verteilte Zuständigkeiten bei der Gesetzgebung und Regulierung der Technologie haben Erforschung wie Einführung neuer transgener Produkte aus hiesiger Sicht immer gleichzeitig eine lokale, nationale, europäische wie internationale Dimension. Trotzdem gibt es – auch bedingt durch die vorhandenen Ressourcen sowie den eigenen Institutionalierungsgrad – heute nur sehr wenige Gruppen, die gleichzeitig auf allen Ebenen gegen gentechnisch veränderte Lebensmittel ins Gefecht ziehen. Zumeist sind es Kollektivakteure, die sich ausschließlich auf einer Ebene engagieren. Und obwohl sich die Gesetzgebungskompetenzen über die Jahre verschoben haben, die Rolle des Hauptregulierers in Europa heute der EU-Kommission zukommt und jene der Nationalstaaten stark eingeschränkt sind, ist es – wie auch im nächsten Kapitel belegt werden wird – die nationale Ebene, auf der sich der Protest gegen die Grüne Gentechnik heute immer noch mehrheitlich abspielt.

Die deutlich gewordene breit angelegte Verortung des Politikfelds der Grünen Gentechnik auf mehreren politischen Ebenen, macht es für die Akteure beider Seiten zum einen leicht, da für die Akteure der Gegenbewegung mit den jeweiligen Ebenen und den dortigen politischen und administrativen Institutionen eine viel größere Zahl an Zugangspunkten existiert, an denen sie ihre Lobbyingtätigkeiten ansetzen können. Zum anderen bedeutet die Zuständigkeitsverteilung innerhalb des Politikfelds auf lokale, regionale, nationale, europäische und internationale Ebene aber auch, dass die Akteure, um ihre Forderungen durchzusetzen, im Idealfall auf allen relevanten Ebenen präsent sein müssen. Für strategische Kooperation mit anderen, gleichgesinnten Kollektivakteuren heißt es zudem, dass man sich dabei nicht nur auf die eigene Ebene

---

beschränken kann und sollte. Allerdings kann eine solche Präsenz auf möglichst vielen Ebenen aber auch eben *durch* Kooperationen mit gleichgesinnten Akteuren auf den jeweils anderen Ebenen oder die Vernetzung durch die Mitgliedschaft in Dachverbänden kompensiert werden.



## 4. Analyse des Politikfelds

Nach der Analyse der Protestdimension stellt sich nun die Frage, wie das Politikfeld der Grünen Gentechnik strukturiert ist, wer die Akteure und Akteurgruppen sind, die sich innerhalb des Politikfelds positioniert haben und jeweils eigene Interessen vertreten. Dabei gilt es zu untersuchen, was konkret die Auslöser für die jeweiligen Auseinandersetzungen und Konflikte auf dem Politikfeld waren, bevor anschließend weiter unten darauf zu schließen sein wird, auf welcher der beteiligten Ebenen des politisch-administrativen Systems sich der Konflikt konzentriert.

Ein wichtiger, nicht zu unterschätzender Akteur im Konflikt um die Agrogentechnik sind zweifelsohne die Medien, die eine bedeutende Rolle für die Meinungsbildung und auch Interessenvertretung leisten. Sie haben sich in den letzten Jahren und Jahrzehnten in diesem Themenfeld zu einem wichtigen politischen Vermittler zwischen verschiedenen Akteurgruppen wie Wirtschaftsvertretern, Forschern, Politikvertretern, Protestakteuren und der Bevölkerungsmeinung entwickelt (vgl. Rucht/Yang/Zimmermann 2008: 29). Allerdings soll auf die Medien in der weiteren Analyse der Akteurstypen nicht explizit eingegangen werden, da sie zum einen kein genuines eigenes Interesse innerhalb des Politikfelds vertreten. Auf der anderen Seite stechen innerhalb der Gruppe der Medienvertreter und Medienorgane keine einzelnen Akteure hinaus, was eine tiefergehende Analyse rechtfertigen könnte.

Insgesamt kann die politische Arena der Grünen Gentechnik als sehr heterogen bezeichnet werden. Ursächlich dafür ist der Querschnittscharakter der Technologie, durch den sehr verschiedene Organisationen aus ganz unterschiedlichen Anwendungsfeldern auf das Politikfeld aufmerksam werden und eigene Interessen ausbilden. So interessieren sich Produzenten vor allem für Betriebssicherheit, staatliche Organisationen wollen die formulierte Umweltpolitik ausführen und intermediäre Akteure stellen ihre eigenen Forderungen. Mit diesen drei Gruppen aus den Sektoren Markt, Staat und Gesellschaft ist die Aufschlüsselung der Interessenakteure jedoch nicht abgeschlossen – sämtliche Gruppen

lassen sich wiederum in sehr breit gefächerte Interessenvertreter mit höchst unterschiedlichen Zielen zerlegen (vgl. Bleumink et al. 1998: 13; Gill 2008: 625).

Erschließt man sich das gesamte breite Spektrum an Interessenakteuren innerhalb der Genfood-Kontroverse, dann wird der Verlauf der vielen Konfliktlinien deutlich. Gegenüberstellen kann man so – wie in jedem kommerziell geprägten Politikfeld – (1) zunächst die Angebots- und die Nachfrageseite. Durch den Technologiebezug stehen hierbei auf der Seite der ökonomischen Interessen nicht allein Unternehmen aus der chemischen- und pharmazeutischen Industrie. Auch die vielen kommerziellen und universitätsnahen Forschungszentren, ohne die es die Technologie gar nicht erst gäbe, spielen eine entscheidende Rolle auf der Angebotsseite. Die Nachfrageseite hingegen bildet den gesamten Verlauf der Produktions- und Konsumkette, angefangen von den Landwirten über die Nahrungsmittelindustrie und den Handel bis hin zu den Verbrauchern wider, und ist direkt von den für die Entwicklung der Grünen Gentechnik verantwortlichen Akteuren abhängig (vgl. Strünck 2006: 189). (2) Neben der Unterscheidung zwischen Angebots- und Nachfrageakteuren lassen sich die mit der Grünen Gentechnik beschäftigten Verbände und Einzelakteure ebenfalls anhand ihrer eher materialistisch oder postmaterialistisch geprägten Einstellung und Zielsetzung unterscheiden. In diesem Fall ist es von Interesse, ob das Handeln der Akteure grundsätzlich von einem „starken“ eigenen oder von einem eher „schwachen“ – weil an Organisations- und Konfliktfähigkeit mangelnden – allgemeinen Interesse geprägt ist (siehe dazu Kapitel 2.2.2.2). Hier lautet die Frage, ob es bei der Zielsetzung des eigenen Handelns also zum Beispiel um die Erwirtschaftung von eigenen monetären Gewinnen geht, oder ob die eigenen Aktivitäten des Engagements innerhalb des Politikfelds auf die Erreichung keines individuellen, sondern mehr allgemeinen Gutes wie beispielsweise einer intakten Umwelt, dem Sieg über den Hunger oder einen gerechten Handel zielen. (3) Eine dritte Unterscheidung lässt sich machen, wenn man Akteure, welche eine Interessenvertretung für Mitglieder betreiben, solchen gegenüberstellt, die eine Interessenvertretung für Dritte betreiben (siehe dazu Kapitel 2.2.1.1). Aber auch hiermit hat man die sich in diesem Konflikt gegenüberstehenden Gruppen nicht trennscharf separiert, denn die Besonderheit des Politikfelds liegt hier ja darin, dass unter den kritischen Akteuren auch

die in dieser Untersuchung eine große Rolle spielenden (alternativen) Agrargruppen vertreten sind und Landwirtschaftsverbände als Lobbyingakteure für die eigenen Interessen grundsätzlich zu den starken Interessen zählen.

In den Konflikt zwischen Angebot und Nachfrage wie auch dem zwischen Materialismus und Postmaterialismus oder der Interessenvertretung für Mitglieder und der für Dritte treffen zwar unterschiedliche Interessen aufeinander, die Hauptkonfliktlinie innerhalb der Auseinandersetzung um die Grüne Gentechnik verläuft jedoch zum Teil etwas anders: Konträr gegenüber stehen sich nämlich die Befürworter und die Gegner der Technologie. So verläuft der Konflikt – zuge-spitzt formuliert – zwischen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Akteuren. Aber auch hierbei muss man genau unterscheiden und zwischen Teilinteressen differenzieren. So kann man Vertreter des Agrarsektors zwar ohne Einschränkungen der wirtschaftlichen Seite zuordnen, sie aber wie soeben dargelegt nicht pauschal als Befürworter der Grünen Gentechnik klassifizieren. Genauso wenig sind Verbraucher nicht pauschal zu den Gegnern der Technologie zu rechnen. Hier muss exakt differenziert werden, denn wie die Meinungsumfragen gezeigt haben (siehe dazu Kapitel 3.1.2.6), sind die Ansichten differenziert und die Meinung der Verbraucher kann zudem schnell umschlagen. Bemüht man jedoch trotz alledem ein antagonistisches Bild des Interessenkonflikts, dann stehen Umwelt- und Verbraucherverbände mit ihren Ansichten in aller Regel jenen der Anbieter und Nachfrager der Grünen Gentechnik konträr gegenüber (vgl. Behrens 2001: 149; Behrens/Meyer-Stumborg/Simonis 1997: 105; Strünck 2006: 187ff.).

Sämtliche am Konflikt um die Agro-Gentechnik beteiligten Akteure lassen sich zur besseren Analyse am einfachsten in die drei Bereiche *Politik*, *Markt* und *Haushalte* unterteilen. Der erste Bereich umfasst dabei sowohl staatliche wie auch parteipolitische Akteure, im zweiten Bereich sammeln sich die Unternehmen und dem dritten Bereich werden die Verbraucher zugeordnet. Verbandliche Zusammenschlüsse einzelner Akteure bewegen sich dabei intermediär zwischen den drei Bereichen und übernehmen Mittlertätigkeiten (siehe Abbildung 6). Die intermediäre Funktion, durch welche die verschiedenen Verbände im Gentechnikkonflikt eine zentrale Rolle spielen, gründet sich dabei auf der von den eigenen Mitgliedern übertragenen Vertretungskompetenz. Verbände, Unternehmen sowie staatliche Akteure bilden also ein Interaktionsverhältnis

(vgl. Behrens 1997a: 49ff.). Dabei werden die einzelnen Akteure in dieser Untersuchung in ihrer Gesamtheit – also auf der ökologischen Ebene (siehe dazu Kapitel 2.2.2.3) – betrachtet. Sie operieren als Ganzes in einem großen System unterschiedlicher Akteure und vielschichtiger Beziehungen, was in diesem Politikfeld durch die natürliche Nähe nahezu aller Konsumenten zur Thematik – aufgrund der Abhängigkeit der Menschheit von Lebensmitteln – gegeben ist.

Der Kreis der Betroffenen hat sich dabei über die Jahre hinweg – je nachdem wie nah der wirkliche Einsatz der Gentechnik in Nahrungs- und Futtermitteln rückte – stetig verändert und ausgeweitet: Waren es in der Mitte der 1980er Jahre allein technische und wissenschaftliche Experten sowie ein kleiner Kreis umweltpolitischer Aktivisten, welche sich auf der politischen Arena des Gentechnikkonflikts bewegten, wurden vor allem in der ersten heißen Phase des Genfood-Konflikts Mitte bis Ende der 1990er Jahre (siehe dazu Kapitel 3.1.2.5) – zeitgleich mit den ersten Importen von transgener Soja und transgenem Mais auf den europäischen Markt – neue Fragestellungen bezüglich Verbraucherrechten, Lebensmittelsicherheit sowie der Rolle der Landwirtschaft aufgeworfen und es erschienen neue Akteure auf der Konfliktarena.<sup>99</sup> So beteiligten sich an der Auseinandersetzung um Pro oder Contra Grüne Gentechnik seitdem auch vermehrt Verbraucherschutzorganisationen, Parteien, Gewerkschaften, der Lebensmittelhandel, ökologisch oder konventionell wirtschaftende Agrarbetriebe sowie Globalisierungskritiker wie die NGO *Attac* an der öffentlichen Auseinandersetzung. Ebenso wie das Netzwerk der Genfood-Gegner verfügen auch die Genfood-Befürworter über eine Vielzahl sehr unterschiedlicher Akteure und Interessen, die von Biotechnologieunternehmen über Saatgutproduzenten, Industriebetrieben bis hin zu naturwissenschaftlichen Forschungsinstituten innerhalb und außerhalb von Universitäten reicht. Trotz dieser breiten Akteurkonstellation kann man auf beiden Seiten der Konfliktlinie einen

---

<sup>99</sup> Wie Untersuchungen für Deutschland gezeigt haben, sind 1989/1990 sowie 1993/1994 die meisten Verbände in die Debatte eingestiegen. An ersterem Zeitpunkt war dabei der Vorstoß der Europäischen Kommission zur Schaffung einer eigenen rechtlichen Regelung für die so genannten Neuartigen Lebensmittel ausschlaggebend. Der zweite Zeitpunkt ergibt sich aus der sich aufdrängenden Markteinführung gentechnisch manipulierter Lebensmittel auf dem europäischen Markt (vgl. Behrens/Meyer-Stumborg/Simonis 1997: 74f.).

zentralen Akteur benennen: So steht auf der Befürworterseite deutlich der weltweit tätige Konzern *Monsanto*, der mittlerweile zur Bayer AG gehört, und auf der Gegenseite als wichtigster Akteur unter vielen die Umweltschutz-NGO *Greenpeace* im Mittelpunkt beider Lager (vgl. Ansell/Maxwell/Sicurelli 2006: 104; Rucht/Yang/Zimmermann 2008: 35f.).

Bei beiden zentralen Akteuren handelt es sich um weltweit tätige Organisationen, was die globale Relevanz der Grünen Gentechnik nochmals verdeutlicht. Unter den Vorzeichen der Globalisierung steht die Auseinandersetzung um die Agro-Gentechnik seit den 1990er Jahren, da wir es vor allem auf der Seite der Befürworter mit seinen multinationalen Großunternehmen und international vernetzten Forscherteams zu tun haben und das transgene Saatgut seit dieser Zeit grenzüberschreitend vertreiben wird. Trotz dieses globalen Charakters spielt sich die Forschung und Entwicklung zuvorderst in den USA und der Europäischen Union ab – wichtige Nebenrollen nehmen Australien und Japan ein (vgl. AKB 1994: 98; Hampel 2005; Rucht/Yang/Zimmermann 2008: 38). Innerhalb der Europäischen Union, in der sich der Protest der zum Teil auch global operierenden Gegner der Grünen Gentechnik konzentriert, ist es nach STRÜNCK (2006: 210) für die Analyse der Akteurguppen hilfreich, zwei Arenen zu unterscheiden: So sollte man zum einen zwischen dem Institutionengefüge der EU im engeren Sinn und zum anderen zwischen den verschiedenen Mitgliedsstaaten als Betätigungsfeld von nationalen und internationalen Interessengruppen differenzieren (vgl. ebd.).

Neben den Bereichen der wirtschaftlichen und der gesellschaftlichen Verbände nehmen die staatlichen und politischen Akteure eine Sonderstellung ein, die zum Teil abseits der Hauptkonfliktlinie verortet ist, zum Teil aber auch mitten durch diese verläuft. Denn es bestehen nicht nur innerhalb der Parteienlandschaft, sondern auch innerhalb der staatlichen und supranationalen Exekutiven wesentliche Meinungsverschiedenheiten bezüglich der Bewertung der modernen Biotechnologie. Denkt man an die verschiedenen Ressorts wie Forschung, Wirtschaft oder etwa Umwelt, die es sowohl in den nationalen Regierungen wie auch bei der Europäischen Kommission gibt, dann lassen sich die verschiedenen Interessen und Positionen bereits erahnen (vgl. Strünck 2006: 187f.).

Gleichwohl hat sich die Grüne Gentechnik in den vergangenen Jahren immer mehr zu einem eigenständigen Politikfeld entwickelt und sich somit von der allgemeinen Gentechnikkontroverse abgelöst. Zwar ist die Frage nach den gesundheitlichen, gesellschaftlichen und ökologischen Folgen der Grünen Gentechnik auch weiterhin eng mit der Risikobewertung von Bio- und Gentechnologie allgemein verbunden. Durch die stets mehr in den Vordergrund getretenen landwirtschaftlichen und verbraucherrechtlichen Gesichtspunkte gewann das Themenfeld nach RUCHT, YANG und ZIMMERMANN (2008: 60f.) aber immer mehr ein eigenständiges und zusammenhängendes Profil. Wie bereits weiter oben deutlich wurde (siehe dazu Kapitel 3.1.2.4), verhält sich die Konfliktstruktur trotz dieser diagnostizierten Eigenständigkeit wenig einheitlich. Im Zeitverlauf des Konfliktes wurden so auch immer wieder neue Teildiskurse eröffnet, die sich beispielsweise mit der Rolle von Genfood für das Hungerproblem in Entwicklungs- und Schwellenländern oder der Auslegung von europäischem Recht befassten. Keine der beiden sich gegenüberstehenden Seite hat es jedoch geschafft, einzelne Themenfelder vollständig für sich zu besetzen (vgl. ebd.: 61).

Im Folgenden soll nun anhand einer vereinfachten Mischung aus Netzwerk- und Politikfeldanalyse auf die drei zuvor beschriebenen Sektoren wirtschaftlicher, gesellschaftlicher und politischer Akteure eingegangen und innerhalb der Sektoren die wichtigsten Akteurtypen beschrieben und analysiert werden. Dabei wird zunächst kurz auf die nicht-fallspezifischen Akteure eingegangen, die auf dem Politikfeld eine Rolle spielen (siehe Kapitel 4.1), um den Fokus in einem zweiten Schritt dann auf die für die Beantwortung der Untersuchungsfrage wichtigen fallspezifischen gesellschaftlichen und Agrarakteure zu legen. Mit Hilfe einer Kartierung von kritischen Einzelakteuren (siehe Kapitel 4.3) wird die Analyse nochmals spezifiziert und auf jene Akteure aus den drei Untersuchungskategorien Landwirtschaft, Umweltschutz sowie Verbraucherschutz verdichtet. Diese für die Untersuchung relevanten Akteure werden sodann im weiteren Verlauf dieses Kapitels vorgestellt und in Kapitel 5 analysiert.

## 4.1. Nicht-fallspezifische Akteure

### 4.1.1. Industrie

Innerhalb des Lebensmittelsektors umfasst der wirtschaftliche Bereich eine Vielzahl divergierender Interessen zwischen den einzelnen Teilbranchen des Entwicklungs-, Produktions- und Vertriebssektors. Dies wird allein schon deutlich, wenn man die Interessenlagen von der Nahrungsmittelindustrie auf der einen sowie des Groß- und Einzelhandels auf der anderen Seite nebeneinanderstellt und vergleicht. Während sich die produzierende Industrie vor allem für mehr Effizienz innerhalb des Produktionsprozesses einsetzt, um mit weniger Einsatz mehr produzieren zu können, sind die Handelsunternehmen unmittelbar an die Nachfrage von Kundenseite gebunden. Und dann, wenn die Verbraucher eine mehrheitlich skeptische Haltung gegenüber einzelnen Produkten einnehmen, übernehmen im Anschluss auch die Einzelhandelsverbände diese Kundenmeinung (vgl. Behrens 2001).

Die ungleiche Interessenlage wird auch deutlich, wenn man sich einmal die Vielzahl der betroffenen wirtschaftlichen Teilbranchen im Politikfeld der Grünen Gentechnik anschaut. Nimmt man den Produktionsprozess als Richtschnur, dann steht an dessen Anfang die wissenschaftlich oder kommerziell geprägte Grundlagen- und Produktforschung. Ihr folgt der große und weit verzweigte Sektor der Biotechnologieunternehmen, der unter anderem Aktivitäten der Saatgutentwicklung, Pflanzenzüchtung und -veredelung, Enzymherstellung sowie Düngemittelproduktion umfasst und für die Bereitstellung von Vorprodukten zur Lebensmittelproduktion dient. Solche Vorprodukte liefert auch die Landwirtschaft, sie ist aber wiederum von den Erzeugnissen der Saatgut- und Agrochemiebranche abhängig. Die eigentliche industrielle Nahrungsmittel-Endproduktion findet dann in einem weiteren Schritt bei den Lebensmittel produzierenden Unternehmen statt, bevor die Waren anschließend in den Handel gelangen und über Groß- und Einzelhandelsunternehmen an die Verbraucher gebracht werden. Allein schon bei der Betrachtung jener, dem eigentlichen Produktionsprozess vorgelagerte Industrie, macht die enorme Breite der am Politikfeld der Grünen Gentechnik interessierten Ak-

teure deutlich. Diese Unternehmen versorgen die Landwirte mit dem jeweiligen transgenen Saatgut, liefern die ebenfalls benötigten zugeschnittenen Schädlingsbekämpfungsmittel und stellen die benötigten Erntemaschinen her (vgl. Ribbe 2001).

Wie bereits kurz angerissen wurde, ist die Einheit des ökonomischen Sektors besonders bei der Genfood-Thematik Spannungen ausgesetzt, die durch zu starken öffentlichen Druck letztendlich auch zur Spaltung des Sektors führten. So hat die konzentrierte Durchführung von anti-Genfood-Kampagnen durch Akteure der Gegnerschaft bei den Konsumenten in Europa wie beschrieben mehrheitlich zu einer kritischen öffentlichen Wahrnehmung des Gentechnikeinsatzes bei Nahrungsmitteln geführt. Diese wiederum erzeugten in der Koalition von Landwirten, Biotechnologieunternehmen sowie dem Handel einen Riss und führten zu beschriebenen Sonderstellung der (alternativen) Agraraktive: Während die einzelnen Unternehmen und Dachverbände des Agrobiotechnologie-Sektors ihre Positionen beibehielten, begannen einzelne Vertreter aus Landwirtschaft und Handel sich teilweise oder gänzlich den Forderungen der Genfood-Gegner anzuschließen. Zum Ende der 1990er Jahre beugte sich auch die Lebensmittelbranche dem Druck der Verbraucher und akzeptierte langsam eine Kennzeichnung von transgenen Produkten. Versuchte man sich zunächst noch gegen freiwillige oder gesetzliche Kennzeichnungsvorschriften zu widersetzen, da man sich vor den entstehenden Kosten und möglichen Konsumentenboykotten bei gekennzeichneten Produkten fürchtete, erwies sich der Marktdruck als zu hoch und der Handel beschäftigte sich erstmals mit Fragen von Rückverfolgbarkeit, Trennung und Kennzeichnung transgener Produkte (vgl. Bernauer 2003: 86; Bernauer/Meins 2003: 655).

Wie wichtig das Ernährungsgewerbe und die mit ihr in Verbindung stehenden Branchen für die Gesamtwirtschaft der beiden Untersuchungsländer Deutschland und Niederlande sind, kann aus den Wirtschaftszahlen abgelesen werden: Demnach folgen in den Niederlanden bereits direkt nach dem wichtigsten Sektor der Metallverarbeitung die Branchen Nahrungs- und Futtermittel sowie Landwirtschaft und (Petro-)Chemie. Anteilig verfügt der Bereich Landwirtschaft und Nahrungsmittel dort über einen Wert von zehn Prozent am Brutto-

sozialprodukt (vgl. MinLNV 2000). Bei den multinationalen Unternehmen führt in den Niederlanden *Royal Dutch Shell* mit einem Umsatz von 164 Mrd. Euro die Liste der großen fünf an. Es folgen *Unilever* (41 Mrd. Euro), *Philips* (32 Mrd. Euro), *DSM* (6 Mrd. Euro) und *AKZO* (12 Mrd. Euro)<sup>100</sup>. Für den Sektor der Biotechnologie und speziell der Grünen Gentechnik spielen vor allem der Lebensmittelkonzern *Unilever* und die beiden Chemiekonzerne *AKZO* und *DSM* eine wichtige Rolle (vgl. Behrens 2001: 31).

Das Nachbarland Deutschland glänzte Anfang der 1990er Jahre vom Umsatz her in den Wirtschaftszweigen Fahrzeugbau (283 Mrd. DM) und Maschinenbau (258 Mrd. DM), sowie der Ernährungsbranche (222 Mrd. DM) und der Chemieindustrie (216 Mrd. DM). Relevant für die Grüne Gentechnik sind vor allem die beiden letztgenannten Wirtschaftszweige, die sich bezüglich der internationalen Orientierung jedoch sehr voneinander unterscheiden: Während deutsche Chemie- und Pharmaunternehmen wie *BASF*, *Bayer* und *Hoechst* zu den wichtigsten globalen Akteuren der Branche zählen, spielt das Ernährungsgewerbe vom Umsatz gesehen zwar eine vergleichbar wichtige Rolle; außer der Firma *Südzucker* stammen aber nur relativ wenige multinationale Unternehmen aus Deutschland. Vielmehr ist die Branche hierzulande noch immer eher mittelständisch geprägt. In den Unternehmen findet eher eine *low-tech*-Entwicklung statt und man investiert eher in die Entwicklung von Produktvariationen als in Produktinnovationen. Dies leisten vielmehr die global tätigen Nahrungsmittelkonzerne aus dem Ausland wie der Konzern *Nestlé* aus der Schweiz, *Unilever* aus den Niederlanden, sowie Hersteller von Vorprodukten wie *Gist-brocades* aus den Niederlanden oder *Novo Nordisk* aus Dänemark (vgl. Behrens/Meyer-Stumborg/Simonis 1995).

#### *Biotechnologiebranche*

Das, was man gemeinhin als die Biotechnologie-Branche bezeichnet, ist eher ein Konglomerat von verschiedenen, mit der Biotechnologie in Verbindung stehenden Wirtschaftszweigen wie der (Agro-)Chemiebranche, den Pharmakonzernen, Saatgutherstellern oder Pflanzenzüchtern. Existierten diese einzel-

---

<sup>100</sup> Die Umsatzzahlen ergeben sich aus den jeweiligen Geschäftsberichten der Unternehmen für das Jahr 2000 (vgl. Behrens 2001: 31).

nen Zweige noch zu Beginn des Biotechnologie- und Gentechnikbooms parallel zueinander, hat über die Jahre eine Annäherung stattgefunden. Angefangen in den 1970er Jahren orientierte sich die Mehrheit der damals zum Thema Biotechnologie forschenden Akteure zunächst an den Unternehmen der chemischen Industrie. Das Bewusstsein, zu einer gemeinsamen, speziellen Biotechnologie-Branche zu gehören, war für viele Unternehmen erst gar nicht vorhanden, da man ganz unterschiedliche Herstellungsmethoden verwendete (vgl. Ronit 1997: 85; Greenwood/Ronit 1994).

Mit der fortschreitenden Wichtigkeit und Dominanz dieser Unternehmen gab es jedoch auch immer mehr den Versuch, sich von den übergeordneten Verbänden loszulösen und man errichtete eigene Verbände, welche die Interessen der noch jungen Biotechnologiebranche vertreten sollten (vgl. Saalbach 2008: 203). Vom Ende der 1980er bis zur Mitte der 2000er Jahre entstanden so Dachorganisationen wie die *Nederlandse Biotechnologie Associatie* (NIABA) und *BioFarmin* in den Niederlanden oder *BIO Deutschland e.V.*, die *Deutsche Industrievereinigung Biotechnologie* (DIB) und die *Vereinigung deutscher Biotechnologie-Unternehmen* (VBU) in Deutschland. Sie sind auf europäischer Ebene allesamt in dem 1996 durch Fusion gegründeten Dachverband *European Association für Bioindustries* (EuropaBio)<sup>101</sup> zusammengeschlossen. *EuropaBio* repräsentierte im Jahr 2010 insgesamt 68 einzelne europäische Mitgliedsunternehmen und fungierte als Dachverband von 25 Biotechnologie-Verbänden in 19 Ländern.<sup>102</sup>

Parallel zur Entwicklung erster Produkte der Grünen Gentechnik begann sich neben den zuvor beschriebenen Zusammenschlüssen einzelner Branchenverbände in eigenen Biotechnologievereinigungen zudem die gesamte Struktur des Sektors substanziell zu verändern. Zuerst kam es in der Mitte der 1980er Jahre unter den Unternehmen der pharmazeutischen Industrie zu ersten Aktivitäten, um die eigene Branche um das Tätigkeitsfeld der Biotechnologie zu erweitern. Man begann zunächst damit, strategische Allianzen zu formen, indem

---

<sup>101</sup> *EuropaBio* entstand durch den Zusammenschluss der 1989 gegründeten *Senior Advisory Group on Biotechnology* (SAGB) und dem *European Secretariat for National Bioindustry Association* (ESNBA).

<sup>102</sup> Members, Online: [http://www.europabio.org/eu\\_membership.htm](http://www.europabio.org/eu_membership.htm), Abruf 26. Februar 2010.

man kleine Biotechnologiefirmen aufkaufte, um ihren Forschungsabteilungen durch das zugekaufte Know-how die Entwicklung neuer Medikamente zu ermöglichen. Anschließend gesellten sich zudem große Agrarunternehmen im Biotechnologiebereich und begannen sich zu engagieren. Genetische Modifizierung wurde folglich zu einer Technologie, die sich mehr und mehr auf sehr unterschiedliche industrielle Sektoren verteilte. Diese Entwicklung änderte sich erst ab etwa der Mitte der 1990er Jahre, als die Idee der *Life Science*-Industrie geboren wurde. Unter diesem Schlagwort versteht man Unternehmen, in denen durch großflächige Fusionen und Firmenübernahmen nebeneinander Sparten aus den Bereichen Landwirtschaft, Pharmazie und Ernährung bestehen. Durch diese Homogenisierung des Biotechnologiesektors erhofften sich die Firmen durch die Zusammenlegung der einzelnen Zweige Synergien in der Grundlagenforschung (vgl. Meins 2003: 109f.).

Eine weltweite Welle von Unternehmenszusammenschlüssen begann im Jahr 1998 und formte mit der Zeit schnell eine neue industrielle Struktur im Bereich der Bio- und Gentechnologiebranche. So investierte der Biotechnologieriese *Monsanto* ab 1996 beispielsweise insgesamt acht Milliarden USD zum Erwerb von Agrobiotechnologie- und Saatgutfirmen. Und auch bei anderen US-amerikanischen Großkonzern kam es zu Übernahmen. In Europa sah es seinerzeit ähnlich aus, denn auch hier kam es zu Zusammenlegungen von Firmen. So fusionierten das deutsche Chemie- und Pharmaunternehmen *Hoechst AG* mit seiner Landwirtschaftstochter *Hoechst Schering AgrEvo* und der französische Pharma- und Chemiekonzern *Rhône-Poulenc* im Jahr 1999 zu *Aventis*. Das neu entstandene *Aventis* mit seiner Pharmasparte *Aventis Pharma AG* und der Pflanzenschutzmittelparte *Aventis Crop Science S.A.* blieb selbst nicht lange bestehen, denn wenige Monate später schlug der deutsche Chemie- und Pharmariese *Bayer AG* zu und übernahm *Aventis Crop Science S.A.* zum neu gegründeten Teilkonzern *Bayer CropScience* (vgl. RAFI 1998, 1999). Anno 2018 gestaltete sich die Situation nach weiteren Übernahmen – *DuPont* fusionierte 2017 mit *Dow Chemical* zu *DowDuPont* und *Bayer* schluckte Mitte 2018 *Monsanto* für den Rekordwert von 63 Milliarden US-Dollar – noch kompakter. Diese Beispiele stehen stellvertretend für viele derartige Fusionen und Übernahmen innerhalb der Branche (siehe Abbildung 18). Die so entstandene *Life Science*-Industrie verfügte somit

Abbildung 18: Konsolidierungsprozess in der Agrochemie

1990	1995	2000	2008	2018
DuPont	DuPont	DuPont	DuPont	DowDuPont
Monsanto	Monsanto	Monsanto	Monsanto	Bayer AG
Dow	Dow	Dow	Dow	BASF SE
Bayer	Bayer	Bayer	Bayer CS	Syngenta
Rhône Poulenc	AgrEvo	Aventis CS	BASF	
Hoechst/Roussel	Rhône Poulenc	BASF	Syngenta	
Schering	BASF	Syngenta		
BASF	Am. Cyanamid			
Am. Cyanamid	Ciba Geigy			
Shell	Zeneca			
Ciba Geigy	Sandoz			
ICI				
Sandoz				

Quelle: Eigene Darstellung auf Basis von Ott 2009: 22

mit zuletzt nur vier großen Unternehmen über einen nahezu hundertprozentigen Marktanteil bei transgenem Saatgut, kontrollierten große Teile der Agrochemie und verdienten durch Patente bei den weltweiten Saatgutverkäufen mit (vgl. Saalbach 2008: 75).

Der Trend zur Marktkonzentration durch *Life Science*-Konzerne hielt nicht lange an und stoppte abrupt, als den Unternehmen deutlich wurde, dass die Kosten der Verschmelzung von agrochemischen und pharmazeutischen Unternehmenszweigen die Vorteile einer gemeinsamen Grundlagenforschung weit überstiegen. Trotz der grundsätzlichen Verwandtschaft von Grüner, Roter und Weißer Gentechnik waren die Synergieeffekte geringer als erwartet und die Pharmafirmen begannen in den späten 1990er Jahren damit, die Agrarsparten wieder aus den Konzernen auszugliedern und sich von dem gemeinsamen Standbein in den Bereichen Agrochemie, Ernährung und Arzneimittel zu verabschieden. Die Unternehmen *AstraZeneca* und *Novartis* kamen so beispielsweise im Jahr 1999 überein, um ihre landwirtschaftlichen Sparten unter dem gemeinsamen Namen *Syngenta* zu vereinen. Mit verantwortlich für die Aufgabe der *Life Science*-

Strategie war laut SAALBACH (2008: 75) auch der seinerzeit wachsende politische Druck auf die Agro-Gentechnik (vgl. Dolata 2003a, 2003b; Hoffmann 2001: 19; Meins 2003: 110; Saalbach 2008: 75; The Economist 2000).

Auch nach dem Ende der *Life Science*-Ära war der globale Agrochemie- und Agrobiotechnologie-Sektor hochgradig konzentriert. Kein anderer der genannten Unternehmen profitierte von der Grünen Gentechnik bisher so stark wie der US-Konzern *Monsanto* – er baute den Markt auf und hat ihn über Jahre hinweg dominiert, bis er 2018 von der *Bayer AG* geschluckt wurde. *Monsantos* Umsatz im Saatgutgeschäft stieg im Jahr 2007 nochmals um ein Viertel auf knapp fünf Milliarden US-Dollar an und Anfang 2008 beherrschte das global operierende Unternehmen etwa drei Viertel des Weltmarktes für Grüne Gentechnik. Daneben mischten im Geschäft von Saatgutherstellung und -vertrieb vor allem das Schweizer Unternehmen *Syngenta*, die US-Konzerne *DuPont* und *Dow AgroSciences* sowie *Bayer CropScience* mit. Auch der *BASF*-Konzern nahm einen wichtigen Platz in diesem Sektor ein. Neben der Saatgut-Sparte spielen diese Unternehmen auch bei der Herstellung und Vermarktung von Pflanzenschutzmitteln eine entscheidende, den Markt beherrschende Rolle und gehören somit zu den führenden Unternehmen im Geschäftsfeld der Grünen Gentechnik (siehe Tabelle 5) (vgl. agrar heute 2009; Dolata 2003c; Hofmann 2008).

#### *Produzierende Industrie*

Eine ähnlich wichtige Rolle beim Einsatz von biotechnologischen Verfahren wie die biotechnologischen Unternehmen nahm in jener Zeit noch vor den großen Skandalen um Genfood und transgenes Saatgut zu Beginn der 1990er Jahre auch der *Lebensmittelsektor* ein. So gehörten von den 18 wichtigsten europäischen Unternehmen, die sich damals mit Biotechnologie beschäftigten, allein sechs dem Lebensmittelsektor an. Die restlichen Konzerne entsprungen dem Agrochemie-, Petrochemie- oder Pharmasektor und produzierten den Großteil der Grund- und Hilfsstoffe für den Agrar- und Nahrungsmittelsektor (vgl. AKB 1994: 98). Allein dieses Verhältnis macht deutlich, für wie bedeutend die Nahrungsmittelbranche die Möglichkeiten des Einsatzes von genetisch veränderten Organismen in Nahrungs- und Futtermitteln einschätzte. Selbst gehört das

Tabelle 5: Die führenden Firmen der grünen Biotechnologie anno 2002

Agro Biotech-Firma	Erlöse 2002 im Bereich der Agrochemie	Erlöse 2002 durch Saatgut
Syngenta	5,3	0,937
Bayer	3,8	0,294
Monsanto	3,1	1,6
BASF	2,5	--
Dow	1,8	0,190
DuPont/Pioneer Hi-Bred	1,8	2,0
<b>Gesamt</b>	<b>19,3</b>	<b>5,02</b>

Quelle: Saalbach 2008: 75; Angaben in Mrd. USD

Ernährungsgewerbe in beiden Untersuchungsländern zu den Branchen der verarbeitenden Industrie mit den höchsten Umsätzen und Beschäftigungszahlen. So nahm die Branche in Deutschland im Jahr 2008 mit einem Umsatz von rund 168 Mrd. Euro den dritten Platz hinter den starken Branchen Fahrzeug- und Maschinenbau ein und belegte im Vergleich der Beschäftigtenzahlen mit rund 311.000 den vierten Rang (vgl. Statistisches Bundesamt 2010). In den Niederlanden führt sie sogar die Rangliste von 2007 mit einem Umsatz von rund 62 Mrd. Euro vor den Herstellern von Chemie- und Metallerzeugnissen an. Und auch bei den Beschäftigtenzahlen lässt das niederländische Gewerbe der Nahrungs- und Genussmittelunternehmen die Konkurrenz in der verarbeitenden Industrie mit rund 155.000 Beschäftigten klar hinter sich (vgl. CBS 2010).

Vergleicht man beide Untersuchungsländer, dann fällt auf, dass die Nahrungsmittelindustrie in Deutschland zum Großteil immer noch mittelständisch geprägt ist und nur geringe Aktivitäten bei Forschung und Entwicklung zeigt. Trotz eines Konzentrationsprozesses zu Beginn der 1990er Jahre gestaltet sich die Unternehmenskonzentration heute noch recht gering: Im Jahr 2007 vereinten die zehn wichtigsten Unternehmen der Branche lediglich 11,8 Prozent des Umsatzes auf sich. Zwar nehmen einige Unternehmen wie *Coca-Cola*, *Nestlé* oder

*Unilever* in wichtigen deutschen Teilmärkten eine sehr bedeutende Stellung ein, diese multinationalen Konzerne – und damit auch die gentechnischen Verfahren und Produkte – kommen allerdings auch allesamt aus dem Ausland. Durch die mittelständische Struktur und die damit zusammenhängende größere Marktnähe der Betriebe war und ist man in Deutschland viel mehr als beispielsweise in kleineren Staaten wie Dänemark oder den Niederlanden, wo das Kommunikationsnetzwerk unter den Betrieben insgesamt engmaschiger ist und nicht so große Berührungsgänge zwischen den Konkurrenten vorherrschen, von der Akzeptanz neuartiger Technologien und Verfahren wie der Gentechnik abhängig (vgl. Behrens/Meyer-Stumborg/Simonis 1995: 51ff.; Bundesregierung 2007).

Bei den Interessen der Nahrungsmittel produzierenden Industrie stehen Anwendungsvorteile wie bessere Analyseverfahren, eine höhere Ausbeute, bessere Qualität der Produkte und Vorprodukte sowie eine erhöhte Prozessstabilität im Vordergrund. Lange Zeit war man außerdem gegen eine verpflichtende Kennzeichnung der Produkte, da man die finanziellen Folgen von Überwachungs- und Testprogrammen fürchtete. Seit der zweiten Hälfte der 1990er Jahre sehen sich die Unternehmen zudem mit den vermehrt auf dem Weltmarkt angebotenen transgenen Produkten wie Soja und Mais konfrontiert (vgl. Behrens/Meyer-Stumborg/Simonis 1995; Meins 2003: 138). Vertreten werden die Interessen der Nahrungsmittelindustrie in Europa sowohl innerhalb der einzelnen Staaten als auch auf EU-Ebene selbst. Als Dachverband der jeweiligen nationalen Föderationen und Branchenverbände auf europäischer Ebene ist seit 1982 die *Confederation of the Food and Drink Industries of the EU* (CIAA) aktiv. Auf dem Gebiet der Grünen Gentechnik hat sich der Verband erstmals zu Beginn der 1990er Jahre mit einem Positionspapier gegen eine Kennzeichnung von Produkten mit transgenen Inhaltsstoffen positioniert (vgl. Meins 2003: 139; Strünck 2006: 210).

Die Position der CIAA bezüglich der Grünen Gentechnik war so zunächst sehr freundlich. Grundsätzlich wünschte man sich von der Politik dabei einen erleichterten Zugang (vgl. CIAA 2008: 15). Ganz so strikt für eine Liberalisierung der europäischen Gentechnikregulierung wie noch zu Beginn setzte sich die CIAA später aber nicht mehr in allen Bereichen ein. Wie die meisten Nahrungsmittelhersteller hatte auch die CIAA ihre Positionierung bezüglich der gefor-

dernten Kennzeichnung, Trennung und Rückverfolgbarkeit der Waren um die Jahrtausendwende aufgrund des entgegengebrachten Drucks von Verbraucherseite angepasst. Der Verbraucherprotest und die Forderung nach transparenten Kennzeichnungsregeln wurde Ende der 1990er Jahre derart groß, dass sich große Lebensmittelkonzerne wie *Nestlé* (1997) und *Unilever* (1998) und später auch Firmen wie *Danone*, *Kellogg's* oder *Mars* (alle 2000) um ihr eigenes Image sorgten und schließlich nachgaben (vgl. Food Labeling News 1998; Friends of the Earth Europe 2000: 4; Het Financieele Dagblad 1998).

Auf nationalstaatlicher Ebene gliedert sich die CIAA in insgesamt 24 nationale Föderationen, wobei in Deutschland der bereits vorgestellte *Bund für Lebensmittelrecht und Lebensmittelkunde* (BLL) und in den Niederlanden die *Federatie Nederlandse Levensmiddelen Industrie* (FNLI) direkte Mitglieder der CIAA sind. In Deutschland ist – durch den doch recht breiten Vertretungsanspruch des BLL für den gesamten Produktionsprozess – zudem die *Bundesvereinigung der Deutschen Ernährungsindustrie* (BVE) als direkter Akteur aktiv (vgl. Behrens/Meyer-Stumborg/Simonis 1997: 94). Bezüglich der Grünen Gentechnik hat die BVE 2010 eine radikale Positionsänderung durchgeführt: War man zuvor immer strikt gegen eine Kennzeichnung von Produkten mit gentechnisch modifiziertem Inhalt, sprach sich der Verband Anfang 2010 überraschend für eine klare Kennzeichnung für ausnahmslos alle Genfood-Produkte aus. Da nicht wenige Produkte gentechnisch veränderte Zusatz-, Aroma oder Hilfsstoffe enthalten, müssten bei der vom BVE vorgeschlagenen Regulierung viele konventionell hergestellte Lebensmittel den Gentechnik-Hinweis tragen und den Verbrauchern bewusst werden lassen, in wie vielen Produkten auch jetzt schon transgene Inhalte verarbeitet sind (vgl. topagrar 2010).

Neben der BVE versuchte der BLL als zweiter deutscher Akteur, die lebensmittelrechtlichen wie verbraucherpolitischen Interessen seiner Mitglieder vor allem im Gesundheitsministerium des Bundes zu vertreten. Er stellte bezüglich der Grünen Gentechnik vor allem die Nutzungsvorteile der Technologie heraus und wies auf die Optimierung von Produktionsabläufen, die Herstellung reinerer Stoffe sowie die Möglichkeit der Energieeinsparung bei der Produktion von Enzymen hin. Der BLL verfolgt dabei ebenso wie auch die BVE im Gegensatz zu einigen Branchenverbänden, die vor allem den Imageverlust befürchten, das

Ziel, die Akzeptanz der Grünen Gentechnik innerhalb der Bevölkerung herzustellen (vgl. Behrens/Meyer-Stumborg/Simonis 1997: 95f.; BLL et al. 2002).

In den Niederlanden bildet der Verband *FNLI* strukturell eher das Pendant zur BVE als zum BLL, da er ausschließlich Unternehmen und Branchenverbände der verarbeitenden Industrie vertritt. Inhaltlich positionierte man sich aber eher ähnlich wie er deutsche BLL. So gab sich die *FNLI* auf ihrem Internetauftritt betont Innovationsfreundlich und vertrat die Meinung, dass Gesetzgebung die Aufgabe hat, Innovationen auf dem Gebieten Gesundheit und Nachhaltigkeit eher zu stimulieren als zu bremsen. Diskussionen über GMOs müssten sodann auch auf der Basis wissenschaftlicher und nicht emotionaler Argumente geführt werden (vgl. *FNLI* 2010).

#### *Groß- und Einzelhandel*

Das letzte Glied in der Nahrungsmittelkette, bevor die Lebensmittel die Kunden erreichen, bildet der Handel. Die Vertreter aus dem Groß- und Einzelhandel waren nicht seit dem Beginn des sich entwickelnden Gentechnikkonflikts zwischen Produzenten auf der einen sowie Umwelt- und Verbraucherverbänden auf der anderen Seite im Politikfeld der Grünen Gentechnik engagiert. Man stand lange Zeit vielmehr abseits der Hauptkonfliktlinie und wurde erst mit der Einführung transgener Soja und deren sich abzeichnender zeitnahen Verbreitung durch Verarbeitung und Vermarktung in den 1990er Jahren mehr ungewollt als gewollt in den Konflikt hineingezogen. Denn ab dem Zeitpunkt der Markteinführung von genmanipulierten Nahrungsmittelendprodukten wurden die Supermärkte laut MEINS (2003: 140) geradezu zu „*Schlachtfeldern*“ (ebd.), auf denen Konsumenten den genmanipulierten Produkten begegneten. Vor dem Hintergrund sich immer weiter intensivierender Aktivitäten gesellschaftlicher Verbände und NGOs gegen die Ausbreitung und Weiterentwicklung der Grünen Gentechnik entstand vor allem bei den Akteuren des Einzelhandels langsam eine gewisse Angst vor möglichen Boykotten von Produkten mit Gen-Soja-Inhalt (vgl. Behrens/Meyer-Stumborg/Simonis 1997: 98; Meins 2003: 140f.).

Aus diesem Grund kam es zu jener Zeit auch des Öfteren zu regelrechten Ausbrüchen einzelner Dachverbände aus dem sonst sehr geschlossenen öko-

nomischen Kommunikationsnetzwerk von Unternehmen und Wirtschaftsverbänden. Neben konkreten Stellungnahmen geschah die Überschreitung der bestehenden Konfliktlinie nicht nur bildlich, sondern es bahnten sich auch konkrete Annäherungen zwischen Einzelhandelsverbänden und den bezüglich Grüner Gentechnik strikt negativ eingestellten grünen Parteien an. Konkret kam es auf europäischer Ebene sogar zu einer Kooperation der *EuroGreens* mit dem 1993 gegründeten Handelsverband *EuroCommerce*. Der Dachverband bildet die europäische Vertretung von Verbänden des Einzel-, Groß- sowie Außenhandels aus 31 Ländern und wechselte 1996 die Fronten, um gemeinsam mit dem neuen Bündnispartner die Chancen auf die Durchsetzung der eigenen Interessen zu erhöhen (vgl. Behrens/Meyer-Stumborg/Simonis 1997: 209).

Zu erklären waren die ausbrechenden Aktivitäten des europäischen Handelsverbandes zum einen durch konkrete Ängste der Branche vor der Macht der sich in der strategischen Umwelt des Verbandes befindenden Konsumenten. Andererseits ist das Engagement von *EuroCommerce* aber auch auf das persönliche Engagement des damaligen Vorsitzenden HENRIK KRÖNER und seinen persönlichen Einfluss auf den strategischen Kompass von *EuroCommerce* zurückzuführen und so kam es auch dazu, dass es bei den gentechnikkritischen Aktivitäten von *EuroCommerce* auch bei einem kurzen Zwischenspiel bis 1997 bleiben sollte. Trotzdem ist dieses Intermezzo von *EuroCommerce* nicht zu unterschätzen, da es den ersten Riss in der Koalition der Produzenten formte und sich stark auf den damaligen Regulationsprozess um die Novel Food-Verordnung ausgewirkt hat (vgl. Meins 2003: 141).

Trotz der beschriebenen Ausbrüche in der Mitte der 1990er Jahre waren und sind die Vertreter des Lebensmittelhandels nicht prinzipiell gegen den Einsatz der Gentechnik in Nahrungsmitteln. Ihre Interessen liegen traditionell eher bei einer transparenten und harmonisierten Regulierung. Da sämtliche Kennzeichnungsregeln immer auch Kosten für die Trennung der Produkte sowie für Stichproben mit sich bringen, bevorzugen die Akteure im Allgemeinen lockere Regelungen der Produktkennzeichnung. Aus diesem Grund haben Groß- und Einzelhandel bis zum Jahr 1996 auch aktiv versucht, sich gegen eine verpflichtende Kennzeichnung transgener Lebensmittel einzusetzen. Ebenso wie die finanziellen Folgen einer Kennzeichnung fürchtete vor allem der Ein-

zelhandel zudem die Folgen von negativen Verbraucherreaktionen – die Branche kommt selbst am ehesten in direkten Kontakt mit den Verbrauchern. Aus diesem Grund begann man ab 1996 auch damit, sich den Forderungen der gesellschaftlichen Verbände zu beugen und einer Genfood-Kennzeichnung nicht mehr im Weg zu stehen. Dieses Handeln analog der Verbraucherinteressen geschah somit vor allem aufgrund taktischer Überlegungen (vgl. Behrens 2001: 169; Behrens/Meyer-Stumborg/Simonis 1997: 98; Bernauer/Meins 2003: 659; Meins 2003: 140).

Heute zeigt sich die gesamte Branche bezogen auf eine klare Positionierung bezüglich der Grünen Gentechnik, wenn überhaupt dann eher zurückhaltend und beschränkt jegliche Stellungnahme auf den Bereich der Lebensmittelkennzeichnung. Dabei positionieren sich die Großhandelsverbände traditionell liberaler als die dichter am Konsumenten operierenden Einzelhandelsverbände.

#### 4.1.2. Wissenschaft

Ganz zu Beginn des Prozesses der Lebensmittelerzeugung standen und stehen jene Akteure der Forschung, die es überhaupt erst ermöglicht haben, derart in die genetische Struktur von Organismen einzugreifen, wie es die Methoden der Grünen Gentechnik heute ermöglichen. Sie könnten ebenfalls getrost den ökonomischen Akteuren zugerechnet werden, wenn man sich die vielfältigen Verschränkungen und Abhängigkeiten zwischen wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Akteuren vergegenwärtigt. So können Forschungsinstitute durchaus öffentlich initiiert sein und sich den objektiven Standards wissenschaftlicher Forschung unterworfen haben – die enorme Zeit- und Kostenintensivität der Forschung in der Grünen Gentechnik zeigt jedoch die Abhängigkeit von privaten Geldern aus den zum Teil bereits vorgestellten wirtschaftlichen Unternehmen auf (vgl. Rucht/Yang/Zimmermann 2008: 43f.).

Bei jenen, im Politikfeld der Grünen Gentechnik aktiven Naturwissenschaftlern, handelt es sich fast ausschließlich um grundsätzliche Befürworter der Technologie. Auch die wissenschaftlichen Verbände in der Bundesrepublik Deutschland sehen Genfood als Errungenschaft an und bewerten seine Möglichkeiten mehrheitlich positiv. Nach ihrer Meinung seien die politischen

Gegner der Technologie schlecht informiert und würden durch ihre Aussagen die Forschungsfreiheit gefährden. Der ehemalige Präsident der *Union der deutschen Akademien der Wissenschaften*, GERHARD GOTTSCHALK, warnte so 2004 in einem offenen Brief vor einem Verlust von Arbeitsplätzen durch *Brain-Drain*. Grund für diese Abwanderung von Spezialisten und Unternehmen ins Ausland sei die kritische deutsche Einstellung bezüglich des Genfoods (vgl. Akademienunion 2004). Neben der *Akademienunion* äußerten sich auch viele andere wissenschaftliche Verbände kritisch über eine zu starke Zurückhaltung und Regulierung von staatlicher Seite. Ausdrücklich für die Grüne Gentechnik sprachen sich so immer wieder die *Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften*, die *Akademie der Naturforscher Leopoldina* und die *Deutsche Forschungsgemeinschaft* (DFG) als staatlich initiierte Institution zur Wissenschaftsförderung aus (vgl. Rucht/Yang/Zimmermann 2008: 45). Die DFG betonte so etwa stets die forschungs- und innovationsfeindliche Stoßrichtung der staatlichen Eingriffe und wies auf die möglichen negativen ökonomischen Effekte hin (vgl. Behrens 2001: 78; DFG 1995; DFG 2004: 34; Martens/Neubacher/Sauga 2004: 114f.).

Anfang der 1980er Jahre begannen zudem auch die staatlichen Akteure über eine konkrete Förderung der neuen Technologien nachzudenken. Man diskutierte viele Modelle der Subventionierung und entschied sich schließlich für den Aufbau sogenannter *Genzentren* an den vier deutschen Standorten Berlin, Heidelberg, Köln und München, an denen bereits zuvor eine gute Forschungslandschaft bestand. Durch eine millionenschwere Anschubfinanzierung des *Bundesministeriums für Forschung und Technologie* sowie der Bundesländer und mit einer finanziellen Beteiligung der Industrie sollte durch den Aufbau der Forschungszentren der Rückstand Deutschlands auf dem Gebiet der Genforschung wettgemacht werden: Man erhoffte sich die Etablierung der modernen Molekularbiologie in Deutschland sowie den Ausgleich strukturell vorhandener Defizite auf diesem Gebiet durch die Bündelung der regional vorhandenen Forschungskapazitäten. Durch die Einbindung der großen Industriekonzerne erhoffte man zudem eine Verlangsamung der beschriebenen Abwanderungstendenzen (vgl. Becker 1987; Behrens 2001: 82f.; BMBF 2008).

Ähnlich Erfahrungen mit dem Auswandern der Forschung hat man in den 1970er Jahren auch in den Niederlanden gemacht. War der Staat auch dort zuvor

noch eher kritisch gegenüber den neuen Möglichkeiten der Bio- und Gentechnologie eingestellt – was sich in teils strengen rechtlichen Regelungen äußerte –, fand sodann mehr und mehr ein Umdenken statt und die Regierung formulierte gegen Ende der 1970er Jahre das Ziel einer technologischen Erneuerung auf diesem Gebiet. Im Jahr 1978 gründete sich sodann auch die *Nederlandse Biotechnologische Vereniging* (NBV) als Organisation von Wissenschaftlern aus öffentlichen und privaten Forschungseinrichtungen. Das ausdrückliche Ziel des neuen Akteurs – die Förderung der Biotechnologie in den Niederlanden – erreichte man bereits sehr schnell, als man durch erfolgreiche Interessenvertretung Einfluss auf die Ausgestaltung der ersten staatlichen Förderprogramme Anfang der 1980er Jahre nehmen konnte. Mitbeteiligt an den ersten Förderungsinitiativen war auch die *Nederlandse Organisatie voor Wetenschappelijk Onderzoek* (NWO), das niederländische Pendant zur *DFG*. Sie koordinierte die ersten Förderprogramme im Bereich der Biotechnologie seinerzeit durch eine eigens dafür gegründete Kommission (vgl. Behrens 2001: 45f.; Rip/Nederhoff 1985).

Konkret gliederte sich der staatliche Fördervorstoß in den 1980er Jahren in zwei konkrete Programme – einem Innovationsprogramm und einer unternehmensorientierten Technologieförderung. So entstanden im Rahmen der Innovationsförderung insgesamt fünf Forschungszentren in Amsterdam, Delft/Leiden, Groningen, Utrecht und Wageningen, welche jeweils an die bestehenden Hochschulen angegliedert wurden und wie die deutschen Genzentren eng mit der Industrie zusammenarbeiteten. Die niederländische Initiative erwies sich als derart erfolgreich, dass sich das Land gemeinsam mit Großbritannien schnell an die europäische Spitze bei Forschung und Entwicklung setzen konnte. Der Staat zog sich anschließend weitgehend aus der Förderung zurück und überließ die weitere Entwicklung dem Markt. Da andere Länder wie auch Deutschland jedoch weiterhin Gelder in die Biotechnologie pumpen, verlor die Niederlande in den 1990er Jahren allerdings schnell ihre Spitzenposition und fiel weit zurück. Dies war unter anderem auch der Grund dafür, dass man zuletzt mit dem Programm „Actieplan Life Sciences 2000-2004“<sup>103</sup> versuchte, die verlorene Spitzenstellung wiederzugewinnen (vgl. Behrens 2001: 45ff.).

---

<sup>103</sup> Vgl. Kamerstukken II, 1998-1999, 25518, nr. 17.

Tabelle 6: Regierungskoalitionen in Deutschland von 1994 bis 2017

Beginn	Ende	Name	Parteien
1994	1998	Kohl V	CDU/CSU, FDP
1998	2002	Schröder I	SPD, Grüne
2002	2005	Schröder II	SPD, Grüne
2005	2009	Merkel I	CDU/CSU, SPD
2009	2013	Merkel II	CDU/CSU, FDP
2013	2017	Merkel III	CDU/CSU, SPD

Quelle: Eigene Darstellung

Als wichtiger Akteur für das Zusammenspiel zwischen den wissenschaftlichen Forschungszentren und der Industrie spielte und spielt die *Nederlands Organisatie voor Toegepast Natuurwetenschappelijk Onderzoek* (TNO) eine entscheidende Rolle und nimmt eine wichtige Klammerfunktion ein. Sie unterstützt vor allem kleine und mittlere Unternehmen mit ihrer Forschung. Darüber hinaus sind die Universitätsinstitute auf dem Feld der Grünen Gentechnik natürlich auch direkt mit den großen nationalen Industrieunternehmen wie *AVEBE*, *DSM*, *Gist-brocades* und *Unilever* vernetzt und arbeiten mit diesen eng zusammen. Die Forschungszentren unterhalten aber auch gute Kontakte zu multinationalen Konzernen wie *Monsanto*, *Nestlé* oder *Schering* (vgl. ebd.: 64ff.).

#### 4.1.3. Politik

Unter den politischen Entscheidungsträgern hängt die Einstellung zur Grünen Gentechnik in den beiden Untersuchungsländern stark von den jeweiligen Machtverhältnissen auf Regierungsseite ab. Betrachtet man die vergangenen 15 bis 20 Jahre, dann hat es sowohl in Deutschland (siehe Tabelle 6) also auch in den Niederlanden (siehe Tabelle 7) viele Wechsel in der Zusammensetzung der Regierungskoalitionen gegeben. Die unterschiedliche Positionierung der jeweiligen Koalitionsparteien hat sich dadurch auch auf die generelle Einstellung der jeweiligen Regierungen ausgewirkt, die diese sowohl innerhalb des Landes als auch in den Gremien der Europäischen Union vertreten haben.

Tabelle 7: *Regierungskoalitionen in den Niederlanden von 1998 bis 2017*

Beginn	Ende	Name	Parteien
1998	2002	Kok II	PvdA, VVD, D66
2002	2003	Balkenende I	CDA, VVD, LPF
2003	2006	Balkenende II	CDA, VVD, D66
2006	2007	Balkenende III	CDA, VVD
2007	2010	Balkenende IV	CDA, PvdA, CU
2010	2012	Rutte I	VVD, CDA, (PVV)
2012	2017	Rutte II	VVD, PvdA

Quelle: Eigene Darstellung

### Deutschland

Betrachtet man zunächst Deutschland und dort die jeweiligen Koalitionsverträge der vergangenen Wahlperioden, dann fällt auf, dass die Agro-Gentechnik seither ständig ein Thema war. Begonnen in der 13. Wahlperiode (1994–1998) hatten sich *CDU*, *CSU* und *FDP* darauf geeinigt, innerhalb der Legislaturperiode ihre Bemühungen zur Erschließung neuer Beschäftigungsfelder und da etwa bei der Bio- und Gentechnologie zu erhöhen. Betrachtet man die damaligen Wahlprogramme von *CDU/CSU* sowie *FDP*, dann entstammt diese Position gleichermaßen aus beiden Programmen. Mehr ins Detail geht lediglich die *FDP*, die bei der gentechnischen Sicherheit zusätzliche Verfahrensvereinfachungen verlangte, andererseits aber auch für die Festsetzung globaler Mindeststandards sowie die Gewährleistung des Verbraucherschutzes eintrat.<sup>104</sup>

Diese, der Agro-Gentechnik gegenüber, freundliche bis sehr freundliche Einstellung in der Regierung unter HELMUT KOHL wurde durch eine zurückhal-

<sup>104</sup> Vgl. Bundestagswahlprogramm FDP 1994, Online: [http://www.freiheit.org/files/288/1994\\_Bundestagswahlprogramm.pdf](http://www.freiheit.org/files/288/1994_Bundestagswahlprogramm.pdf), Abruf: 25. August 2015, S. 22, 40, 111, 113; Bundestagswahlprogramm CDU/CSU 1994, Online: [http://www.kas.de/upload/ACDP/CDU/Programme\\_Bundestag/1994\\_Regierungsprogramm\\_Wir-sichern-Deutschlands-Zukunft.pdf](http://www.kas.de/upload/ACDP/CDU/Programme_Bundestag/1994_Regierungsprogramm_Wir-sichern-Deutschlands-Zukunft.pdf), Abruf: 25. August 2015, S. 20f.; Koalitionsvertrag CDU/CSU/FDP vom 11. November 1994, Online: <http://www.kas.de/upload/ACDP/CDU/Koalitionsvertraege/Koalitionsvertrag1994.pdf>, Abruf: 25. August 2015, S. 11.

tend-kritische Meinung der Regierung aus SPD und Bündnis 90/Die Grünen in der 14. Wahlperiode (1998–2002) abgelöst. So war man hier bezüglich der Anwendung der Biotechnologie in der Medizin nicht abgeneigt, was allerdings die Anwendung im Lebensmittelbereich betrifft, fiel der Abschnitt des Koalitionsvertrages bezüglich möglicher Vorteile sehr zurückhaltend bis kritisch aus. Die Koalitionsparteien benannten die gesellschaftlichen Ängste, verlangten für die Zukunft die Entwicklung alternativer Verfahren und forderten die Einrichtung zahlreiche Sicherheitsmaßnahmen.<sup>105</sup> Betrachtet man die jeweiligen Wahlprogramme beider Koalitionsparteien, dann wird der Grund für die zurückhaltende, nicht klar positionierende Haltung der ersten SCHRÖDER-Regierung deutlich. Denn während die SPD ähnlich wie die Vorgängerregierung noch fordert, dass Deutschland eine internationale Spitzenposition im Bio- und Gentechnologiesektor einnehmen soll,<sup>106</sup> formuliert das Programm des grünen Koalitionspartners eine klare ablehnende Einstellung gegen die Grüne Gentechnik. Sie wäre eine genetische Umweltverschmutzung, deren folgen unbeherrschbar wären.: „Essen aus dem Genlabor - Nein Danke!“ Zudem wurden vom kleinen Koalitionspartner im Wahlprogramm erweiterte Maßnahmen zum Verbraucherschutz und zur Produktsicherheit sowie strengere Haftungsregeln gefordert.<sup>107</sup> Bundeskanzler SCHRÖDER kam Mitte 2000 selbst mit einer Initiative im Bereich der Grünen Gentechnik und schlug vor, ein dreijähriges Untersuchungs- und Anbauprogramm mit transgenen Pflanzen zu starten. Die Initiative sollte sich verpflichten, während dieser Zeit nur in diesem engen Forschungsrahmen anzubauen und gleichzeitig sollte ein gesellschaftlicher Konsens über den zukünftigen Umgang mit der Agro-Gentechnik ausgehandelt werden (vgl. Transgen 2001). Gentechnikbefürworter wie -kritiker begrüßten die Initiative des Kanzlers: Während die Unternehmen sie als politische Unterstützung und Weg hin

---

<sup>105</sup> Vgl. Koalitionsvertrag SPD/Grüne vom 20. Oktober 1998, Online: [https://www.gruene.de/fileadmin/user\\_upload/Bilder/Redaktion/30\\_Jahre\\_-\\_Serie/Teil\\_21\\_Joschka\\_Fischer/Rot-Gruener\\_Koalitionsvertrag1998.pdf](https://www.gruene.de/fileadmin/user_upload/Bilder/Redaktion/30_Jahre_-_Serie/Teil_21_Joschka_Fischer/Rot-Gruener_Koalitionsvertrag1998.pdf), Abruf: 25. August 2015, S. 13f.

<sup>106</sup> Vgl. Bundestagswahlprogramm SPD 1998, Online: <http://library.fes.de/pdf-files/bibliothek/retro-scans/a98-04467.pdf>, Abruf: 25. August 2015, S. 16f.

<sup>107</sup> Vgl. Bundestagswahlprogramm Grüne 1998, Online: [http://www.boell.de/sites/default/files/assets/boell.de/images/download\\_de/publikationen/1998\\_Wahlprogramm\\_Bundestagswahl.pdf](http://www.boell.de/sites/default/files/assets/boell.de/images/download_de/publikationen/1998_Wahlprogramm_Bundestagswahl.pdf), Abruf: 25. August 2015, S. 27f.

zur Einführung neuer transgener Pflanzen ansahen, verstanden ihn die Kritiker – und dabei auch der grüne Koalitionspartner – als Moratorium für den Anbau derartiger Organismen (vgl. ebd.). Nach etlichen – oftmals gescheiterten – Gesprächsrunden beendete das Kanzleramt bereits im Januar 2001 die Initiative, legte sie für unbestimmte Zeit auf Eis und begründete dies mit einer starken Verunsicherung der Verbraucher durch die Entwicklungen in der BSE-Krise rund um den Jahrtausendwechsel (vgl. FAZ 2001).

Sicherlich auch vor dem Hintergrund dieser Nahrungsmittelkrise verschieben sich in der zweiten Regierung unter GERHARD SCHRÖDER (2002–2005) auch die Äußerungen im Koalitionsvertrag zur Grünen Gentechnik deutlich in die kritische Richtung. Die Standpunkte bei der SPD waren viel weniger euphorisch geworden und innerhalb des Koalitionsvertrages betonten SPD und Grüne vor allem die Wichtigkeit von Transparenz und Wahlfreiheit für die Verbraucher. Man wollte sich dafür einsetzen, dass die Technologie durch eine entsprechende Kennzeichnung der transgenen Erzeugnisse rückverfolgbar ist. Zudem verlangte man die Einführung eines nach dem Verursacherprinzip aufgebauten Haftungsrechts, welches jene schützen soll, die ohne Gentechnik arbeiten.<sup>108</sup> Die SPD hatte in ihrem Wahlprogramm zuvor zwar betont, dass man sich dafür einsetzt, die Potentiale der Grünen Gentechnik weiter zu erforschen, allerdings sollten dabei auch Chancen und Risiken immer wieder neu bestimmt und moralische und ethische Einwände ernst genommen und diskutiert werden.<sup>109</sup> Der grüne Koalitionspartner war in seinem Bundestagswahlprogramm wiederum noch deutlicher und sprach sich gegen jegliche Verwendung von Chemie, Gentechnik und Antibiotika in der Lebens- und Futtermittelproduktion ein, da dies ein „unkalkulierbares Risiko für Mensch und Umwelt“ darstellen würde.<sup>110</sup>

---

<sup>108</sup> Vgl. Koalitionsvertrag SPD/Grüne vom 16. Oktober 2002, Online: <https://www.nachhaltigkeit.info/media/1248173898php7wc9Pc.pdf>, Abruf: 29. August 2015, S. 47.

<sup>109</sup> Vgl. Bundestagswahlprogramm SPD 2002, Online: <http://library.fes.de/pdf-files/bibliothek/retro-scans/a02-03539.pdf>, Abruf: 4. März 2019, S. 34.

<sup>110</sup> Vgl. Bundestagswahlprogramm Grüne 2002, Online: [https://www.boell.de/sites/default/files/assets/boell.de/images/download\\_de/publikationen/2002\\_Wahlprogramm\\_Bundestagswahl.pdf](https://www.boell.de/sites/default/files/assets/boell.de/images/download_de/publikationen/2002_Wahlprogramm_Bundestagswahl.pdf), Abruf: 29. August 2015, S. 25f.

Die sieben Jahre Regierungsbeteiligung von *Bündnis 90/Die Grünen* haben die Einstellung der deutschen Politik und Bevölkerung zur Agro-Genetechnik nachhaltig geprägt. Nach der Ablösung des rot-grünen Bündnisses durch die sogenannte große Koalition in der 16. Wahlperiode (2005–2009) wurde die Politik jedoch auch wieder industrie- und damit gentechnikfreundlicher. Unter der Überschrift „*Grüne Gentechnik verantwortlich nutzen*“ betonten die Koalitionspartner *CDU/CSU* und *SPD* in ihrem Koalitionsvertrag die Wichtigkeit der Biotechnologie als „*Zukunftsbranche für Forschung und Wirtschaft*“. Oberstes Ziel des Gentechnikrechts bleibe jedoch der Schutz von Mensch und Umwelt. Wahlfreiheit und Koexistenz müssten nach Ansicht der großen Koalition gewährleistet sein und die Industrie sollte für Schäden aufkommen, die trotz geltender Sicherheitsregeln eintreten, indem man sich auf einen Ausgleichsfonds und später eine Versicherungslösung verständigt.<sup>111</sup> Die Bezeichnung des damaligen ersten Bundeslandwirtschaftsministers der Koalition, HORST SEEHOFER (*CSU*), als „*Genhofer*“ (Schwägerl/Wärmke 2011) machte deutlich, wie positiv die Politik seinerzeit für die Technologien der Grünen Gentechnik eingetreten ist. In den beiden Wahlprogrammen von *Union* und *SPD* zur Bundestagswahl 2005 findet die Gentechnologie lediglich im Rahmen von Aussagen zu Wirtschaftswachstum und Arbeitsplatzausbau Erwähnung. So stellten *CDU* und *CSU* fest, dass die Technologiefindlichkeit in Deutschland Spitzentechnologien wie die Gentechnologie samt der damit verbundenen potenziellen Arbeitskräfte ins Ausland vertrieben habe und man diese zurückholen möchte.<sup>112</sup> Die *SPD* plädierte für ein „*Bündnis für Arbeit und Umwelt*“, indem Informationstechnologien zusammen mit unter anderem der Bio- und Gentechnologie dafür genutzt werden sollten, die globale Vorreiterrolle Deutschlands bei der ökologischen Modernisierung weiter aus-

---

<sup>111</sup> Vgl. Koalitionsvertrag *CDU/CSU/SPD* vom 11. November 2005, Online: <http://www.kas.de/upload/ACDP/CDU/Koalitionsvertraege/Koalitionsvertrag2005.pdf>, Abruf: 29. August 2015, S. 61.

<sup>112</sup> Vgl. Deutschlands Chancen nutzen. Wachstum. Arbeit. Sicherheit, Bundestagswahlprogramm 2005, Online: [http://www.kas.de/upload/ACDP/CDU/Programme\\_Bundestag/2005-2009\\_Regierungsprogramm\\_Deutschlands-Chancen-nutzen\\_Wachstum-Arbeit-Sicherheit.pdf](http://www.kas.de/upload/ACDP/CDU/Programme_Bundestag/2005-2009_Regierungsprogramm_Deutschlands-Chancen-nutzen_Wachstum-Arbeit-Sicherheit.pdf), Abruf: 29. August 2015, S. 9.

zubauen.<sup>113</sup> Gegen Ende der Wahlperiode hatte Bundesumweltminister SIEGMAR GABRIEL (SPD) gegen die Aufhebung des Anbauverbotes für transgene Organismen gestimmt und damit klang die Einstellung der SPD gleich viel kritischer. Im Frühjahr 2009 hatte der Minister erklärt, dass er nicht erkennen könne, warum man „den Interessen eines einzigen amerikanischen Konzerns folgen“ (zit. in: Spiegel Online 2009a) und die Bürger in der EU gegen sich aufbringen solle. Und auch bei den beiden Koalitionspartnern der Union waren zu jener Zeit längst nicht mehr alle gleich euphorisch. Zwar gilt Kanzlerin MERKEL (CDU) bis heute uneingeschränkt als starke Befürworterin der Gentechnik im Lebensmittelbereich und auch die frühere Bundesforschungsministerin ANNETTE SCHAVAN (ebenfalls CDU) trat immer wieder als große Unterstützerin der Industrie auf (vgl. Fischer 2009; Spiegel Online 2009b): Teilnehmer des Runden Tisch Gentechnik, den SCHAVAN in ihrer Amtszeit initiierte, berichteten von einem Ungleichgewicht zwischen gentechnikfreundlichen und gentechnikkritischen Vertretern und einer sehr industriefreundlichen Stimmung bei diesen Treffen (vgl. Interviewpassage 2). Bei der CSU jedoch wurde seinerzeit die Zahl der Kritiker immer größer: So wurde Parteichef HORST SEEHOFER bereits seit dem Jahr 2006 immer wieder von bayerischen Wählern unter Druck gesetzt, eine gentechnikkritische Haltung einzunehmen (vgl. Süddeutsche Zeitung 2009: 15). 2007 noch hatte das Bundesamt für Verbraucherschutz in der Zeit von SEEHOFER als Bundesagrarminister einen Antrag der BASF genehmigt (vgl. Spiegel Online 2009b). Zwei Jahre später, das Ministerium hatte seit Ende Oktober 2008 SEEHOFERS Parteikollegin ILSE AIGNER übernommen, setzte der Amtsvorgänger die neue Ministerin aus Bayern heraus erfolgreich unter Druck, den kommerziellen Anbau des Genmais „MON 810“ in Deutschland zu untersagen. AIGNER, die die Gentechnik anno 2006 noch als bedeutende Schlüsseltechnologie des 21. Jahrhunderts gefeiert habe, sagte 2009, dass die Agro-Gentechnik den Menschen hierzulande keinen erkennbaren Nutzen bringe, die Verbraucher die Technologie ablehnen würden und die Landwirte sie nicht wollen. AIGNER wandelte sich somit wie auch ihre bayerische Mutterpartei von einer

---

<sup>113</sup> Vgl. Bundestagswahlprogramm SPD 2005, Online: <http://library.fes.de/pdf-files/bibliothek/down/wahlmanifest2005.pdf>, Abruf: 29. August 2015, S. 12.

strengen Befürworterin zu einer klaren Gegnerin der Gentechnik (vgl.: Schäffer 2009b; Spiegel Online 2009a). Denn der CSU sei vor dem Hintergrund eines schlechten Wahlergebnisses bei der Landtagswahl 2008 und bevorstehender Europa- und Bundestagswahlen bewusst geworden, dass sie mit einem Ja zur Agro-Gentechnik in ländlichen Gebieten keine Wahl mehr gewinnen könne. Der Umschwung sei also letztendlich keine fachliche, sondern eine strategisch-politische Entscheidung gewesen (vgl. Fischer 2009). Dieses Bewusstwerden geschah vor allem durch Proteste bayerischer Wähler, die sich etwa in dem Rosenheimer Verein *Zivil Courage* zusammenschlossen. Glaubt man Beobachtern, dann muss es eine Großveranstaltung der *Zivil Courage* im Februar 2009 in der Rosenheimer Inntalhalle gewesen sein, welche die CSU-Führung zum Umdenken bewegt hatte. Seinerzeit hatten sich rund 3.500 Zuhörer versammelt, um sich einen Vortrag der indischen Bürgerrechtlerin und Gentechnikkritikerin VANDANA SHIVA anzuhören – unter ihnen neben Vertretern von Umweltschutzverbänden auch Vertreter „biedere[r] Imker- und Gartenbauvereine ebenso wie die großen Kirchen, Trachtler und Volksmusiker, Jäger, sogar Freiwillige Feuerwehren. Sie alle eint, dass sie Fleisch vom Fleisch der CSU sind“ (Süddeutsche Zeitung 2009; siehe hierzu auch Kapitel 5.4.6).

In der 17. Wahlperiode (2009–2013) ist die FDP erstmals wieder Teil einer Bundesregierung, was eine Liberalisierung des politischen Gentechnikkurses der Region zur Folge hat. So wird im Koalitionsvertrag betont, dass die Biotechnologie für die Ressorts Forschung, Wirtschaft und Landwirtschaft eine bedeutende Zukunftsbranche darstellt und man die zu verantwortenden Potentiale der Gentechnologie nutzen wolle. *Union* und *FDP* traten zu Beginn ihrer Regierungszeit für effizientere Zulassungsverfahren von transgenen Organismen auf der EU-Ebene und eine stärkere Orientierung auf die Wirtschaft ein. Laut Forschungsministerin ANNETTE SCHAVAN würden genveränderte Pflanzen ein großes Potential bedeuten und vor allem für die Welternährung sowie beim Thema Bioenergien zukünftig eine zentrale Rolle spielen (vgl. Schwägerl/Wärmke 2001: 30). SCHAVAN<sup>114</sup> hatte aber mit ILSE AIGNER eine große Widersa-

---

<sup>114</sup> Die Ministerin gehörte nur bis zum 14. Februar 2013 dem Kabinett an und wurde von JOHANNA WANKA abgelöst.

cherin auf dem Politikfeld der Grünen Gentechnik und so blieb auch der Schutz von Mensch und Umwelt als oberstes Ziel des deutschen Gentechnikrechts im Koalitionsvertrag erhalten.<sup>115</sup> Die Formulierungen im Koalitionsvertrag fielen dann auch gar nicht so sehr liberal aus, wie sich die FDP den Standpunkt der Bundesregierung gewünscht hat, da vor allem die CSU ihren beschriebenen Sinneswandel vollzogen hatte. Denn während die Freien Demokraten in ihrem Wahlprogramm die Bedeutung einer freien Forschung betonten sowie „*Denkblockaden und ideologische Fixierung auf bestimmte Technologien*“ wie der Grünen Gentechnik abgelehnt hatten,<sup>116</sup> waren die Aussagen der Union erstmals deutlich weniger euphorisch. So sprach man in dessen gemeinsamen Wahlprogramm von einer ethischen Diskussion, welche die wissenschaftliche Auseinandersetzung zur modernen Bio- und Gentechnologie dringend benötige. Die Politik sollte die Sorgen und Ängste der Bevölkerung ernst nehmen und keine unnötigen Risiken eingehen.<sup>117</sup>

In der „großen“ Regierungskoalition zwischen CDU, CSU und SPD der 18. Wahlperiode (2013–2017) überherrscht durch den Meinungswandel in der CSU und den vorher schon eher verhalten optimistischen bis kritischen Kurs der SPD eine ablehnend-passive Sicht auf die Grüne Gentechnik. Die Regierung erkannte die großen gesellschaftlichen Vorbehalte an, trat auf EU-Ebene für eine Kennzeichnungspflicht für Tierprodukte ein, die mit transgenem Pflanzen gefüttert wurden und hielt an Nulltoleranz und Saatgutreinheit fest.<sup>118</sup> Durch den nicht-einheitlichen Standpunkt innerhalb der Union fand sich im Wahlprogramm von CDU und CSU zur Bundestagswahl 2013 auch keine spezielle Passage zur Agro-Gentechnik. Lediglich im Zuge von Aussagen zur klaren Kennzeich-

---

<sup>115</sup> Vgl. Koalitionsvertrag CDU/CSU/FDP vom 26. Oktober 2009, Online: [https://www.csu.de/common/\\_migrated/csucontent/091026\\_koalitionsvertrag.pdf](https://www.csu.de/common/_migrated/csucontent/091026_koalitionsvertrag.pdf), Abruf: 24. Februar 2019, S. 49f.

<sup>116</sup> Vgl. Bundestagswahlprogramm 2009, Online: [http://www.fdp.de/files/565/Deutschlandprogramm09\\_Endfassung.PDF](http://www.fdp.de/files/565/Deutschlandprogramm09_Endfassung.PDF), Abruf: 29. August 2015, S. 52.

<sup>117</sup> Vgl. Bundestagswahlprogramm CDU/CSU 2009, Online: [http://www.kas.de/upload/ACDP/CDU/Programme\\_Bundestag/2009-2013\\_Regierungsprogramm\\_Wirhaben-die-Kraft-Gemeinsam-fuer-unser-Land.pdf](http://www.kas.de/upload/ACDP/CDU/Programme_Bundestag/2009-2013_Regierungsprogramm_Wirhaben-die-Kraft-Gemeinsam-fuer-unser-Land.pdf), Abruf: 29. August 2015, S. 66.

<sup>118</sup> Vgl. Koalitionsvertrag CDU/CSU/SPD vom 27. November 2013, Online: <https://www.cdu.de/sites/default/files/media/dokumente/koalitionsvertrag.pdf>, Abruf: 29. August 2015, S. 87.

nung von Lebensmitteln wird die Grüne Gentechnik, für die eine Kennzeichnung laut CDU und CSU explizit notwendig ist, kurz erwähnt.<sup>119</sup> Viel deutlicher wurde da die SPD, die die Beibehaltung des Vorsorgeprinzips forderte und sich klar auf die Seite der Mehrheit der Bevölkerung stellte: „Wir lehnen – wie 80 Prozent der deutschen Bevölkerung – den Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen ab, denn die Grüne Gentechnik darf den Menschen nicht aufgezwungen werden.“<sup>120</sup> Rund ein Jahr nach Verabschiedung des Koalitionsvertrages beschloss die CDU auf einem Parteitag ein neues Programm und schärfte in diesem Zusammenhang auch ihr gentechnikfreundliches Profil weiter. Unter der Überschrift „Offenheit für neue Technologien fördern“ plädierte man für einen offeneren und sachlichen gesellschaftlichen Dialog über die Vorzüge der Technologie sowie verstärkte Förderung für Forschungsaktivitäten auf dem Gebiet der Agro-Gentechnik.<sup>121</sup> Die Junge Union zeigte sich zur selben Zeit noch liberaler und sprach in einem Antrag auf jenem Bundesparteitag statt von „Risiken“ von „heraufbeschworenen Risiken“<sup>122</sup>. Die CSU hingegen positionierte sich etwa zeitgleich auf einem Parteitag uneingeschränkt kritisch und beschloss vor dem Hintergrund der Verhandlungen zum Freihandelsabkommen TTIP, dass die bestehenden strengen Regeln nicht aufgeweicht werden dürfen.<sup>123</sup> Die TTIP-Verhandlungen mit US-Unterhändlern und der Druck aus der forschenden Wirtschaft waren auf der anderen Seite aber wohl auch einer der Gründe, weshalb Teile der Bundesregierung und vor allem das Kanzleramt bei ihrer gentechnikfreundlichen

---

<sup>119</sup> Vgl. Bundestagswahlprogramm CDU/CSU 2013, Online: <https://www.cdu.de/sites/default/files/media/dokumente/regierungsprogramm-2013-2017-langfassung-20130911.pdf>, Abruf: 29. August 2015, S. 62.

<sup>120</sup> Bundestagswahlprogramm SPD 2013, Online: [https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Beschluesse/Bundesparteitag/20130415\\_regierungsprogramm\\_2013\\_2017.pdf](https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Beschluesse/Bundesparteitag/20130415_regierungsprogramm_2013_2017.pdf), Abruf: 4. März 2019, S. 95.

<sup>121</sup> Siehe dazu den Beschluss D 1 des 27. CDU-Parteitags im Dezember 2014 in Köln, Online: <http://www.koeln2014.cdu.de/sites/default/files/media/docs/beschluss-d1.pdf>, S. 5f., Abruf: 1. September 2015.

<sup>122</sup> Antrag Nr. C 13 der BV Junge Union auf dem CDU-Parteitag im Dezember 2014 in Köln, Online: [http://www.koeln2014.cdu.de/sites/default/files/media/docs/141124\\_antraege\\_parteitag.pdf](http://www.koeln2014.cdu.de/sites/default/files/media/docs/141124_antraege_parteitag.pdf), S. 29, Abruf: 1. September 2015.

<sup>123</sup> Beschluss vom CSU-Parteitag im Dezember 2014 in Nürnberg, Online: [http://www.csu.de/common/csu/content/csu/hauptnavigation/politik/beschluesse/Beschlussbuch\\_PT2014\\_komplett.pdf](http://www.csu.de/common/csu/content/csu/hauptnavigation/politik/beschluesse/Beschlussbuch_PT2014_komplett.pdf), S. 60, Abruf: 1. September 2015.

Haltung blieben (vgl. Vollmer 2015). Wie bereits auch in vergangenen Legislaturperioden waren es bei den Bundesministerien vor allem das Umwelt- und das Forschungsressort, die in der Gentechnikfrage unterschiedlicher Meinung waren. Das zeigte sich nicht zuletzt bei der Frage nach Zulassung einer transgenen Sojabohne des Unternehmens *Monsanto* für den europäischen Markt, in der die Ministerien nach Aussage des Landwirtschaftsministeriums „*keine einheitliche Auffassung erreicht*“ (zit. in: ebd.) hätten und sich die Vertreter Deutschlands im zuständigen EU-Ausschuss bei der Frage nach der Zulassung nur enthalten konnten und so eine qualifizierte Mehrheit nicht zustande gekommen sein soll (vgl. ebd.). Allen voran das *Bundesumweltministerium* und seine Ministerin pochten im Vorlauf der Zulassungsentscheidung in einem Positionspapier auf ein lückenloses Verbot der Agro-Gentechnik in Deutschland (vgl. Bauchmüller 2015): „*Die grüne Gentechnik hat sich als Holzweg erwiesen*“ (ebd.), so BARBARA HENDRICKS (SPD) Anfang 2015 in der *Süddeutschen Zeitung*.

### *Niederlande*

In den Niederlanden wird die Biotechnologie seit der *Nota Technologische Vernieuwing (Innovatienota)* von 1979 (vgl. Trier 1979) als einer der Schwerpunkt der wirtschaftlichen Modernisierung des Landes angesehen. Es wurde erwartet, dass diese Branche die Schlüsseltechnologien für das 21. Jahrhundert entwickeln würde, und so wurden in jener Zeit öffentliche Gelder bereitgestellt, um neue Biotechnologieunternehmen in den Niederlanden anzusiedeln und Wissen und Techniken an die Industrie zu übertragen (Vriend/Schenkelaars 2008: 123, 126; siehe auch Kapitel 3.3.1.2). Einflussreichste Partei war seit dem Ende der 1970er Jahre der christdemokratische *CDA*, der bis Mitte 1990er Jahre und in etwas abgeschwächter Weise auch von 2001 bis 2010 laut einer Expertin einen bedeutenden Machtblock bildete und als starker Vorkämpfer für Agrarinteressen eine dominante Rolle im Parlament und – abgesehen von den beiden Regierungen unter Premier WIM KOK – auch der Regierung spielte (vgl. Loeber 2014). Innerhalb der Regierung verteilten sich die Zuständigkeiten beim Thema Gentechnologie auf drei Ministerien: So ist das niederländische Wirtschaftsministerium für den Bereich der Züchtung verantwortlich, während Feldversu-

che und die Risikobewertung vom Umweltministerium verantwortet und Fragen der Wahlfreiheit in den Aufgabenbereich des Gesundheitsministeriums fallen (vgl. Interviewpassage 3).

Im Gegensatz zu Deutschland hat es das Gentechnikthema in den Niederlanden trotz dieser politischen Schwerpunktsetzung in den vergangenen 15 bis 20 Jahren in keinen einzigen Koalitionsvertrag geschafft. Dies hat aber nicht zu bedeuten, dass die einzelnen Parteien hierzu keinen Standpunkt hatten, denn in etlichen Wahlprogrammen finden sich dezidierte Aussagen zur Grünen Gentechnik. Allerdings haben im Gegensatz zu Deutschland längst nicht alle Parteien eine eigene Meinung hierzu veröffentlicht.

Im zweiten sogenannten lilafarbenen Kabinett unter Premier WIM KOK (1998–2002) war es 1998 mit D66 dann auch nur einer von drei Koalitionspartnern, der eine Passage seines Wahlprogramms der genetischen Modifizierung von Pflanzen widmete. Die D66 betonte dabei, dass sie die Technologie nicht prinzipiell verurteile, man aber wohl behutsam mit ihr umgehen müsse. Ihr Einsatz dürfte nicht auf Kosten der Biodiversität gehen und eine Etikettierung wurde als notwendig angesehen, um so Koexistenz und Wahlfreiheit zu ermöglichen. Weiterhin betonte die linksliberale Partei, dass es strenge Regeln geben müsse, die die Interessen von Gesundheit und Umwelt beachten würden. Auch sollte verhindert werden, dass multinationale Konzerne zur Monopolisierung der Landwirtschaft beitragen oder Entwicklungsländer Opfer der Patentierung von Saatgut, Pflanzen und Tieren werden.<sup>124</sup> Die beiden anderen größeren Koalitionsparteien PvdA und VVD äußern sich in ihren Wahlprogrammen nicht zum Thema.

In der nachfolgenden Koalition der Regierung *Balkenende I* (2002–2003) regieren CDA, LPF und VVD ab 2002 das Land. Der christdemokratische CDA als größte Partei im Parlament betonte seinerzeit in seinem Wahlprogramm, dass gentechnische Modifikationen bei Pflanzen und Mikroorganismen wünschenswert sind und bei einem Streben hin zu einer nachhaltigen Landwirtschaft mithelfen können. Der Gentechneinsatz dürfte die Biodiversität allerdings nicht in Gefahr bringen und das Vorsorgeprinzip müsse stets Beachtung finden.

---

<sup>124</sup> Vgl. Parlamentswahlprogramm D66 1998, Online: <http://pubnpp.eldoc.ub.rug.nl/FILES/root/verkiezingsprogramma/TK/d661998/d6698.pdf>, 29. August 2015, S. 9.

Außerdem müsste auch eine gentechnikfreie Lebensmittelkette garantiert sein.<sup>125</sup> Die rechts-liberale VVD äußerte sich weit weniger ausführlich und sagte lediglich, dass die Grüne Gentechnik aufgrund ihrer Potentiale bei der Bekämpfung des Welthungers nicht per se ausgeschlossen werden wird.<sup>126</sup> Von der populistischen LPF von Parteichef PIM FORTUYN gab es hingegen keine Aussagen zum Gentechnikthema. Sie war es auch, die nur rund ein halbes Jahr nach Beginn der Regierung die Koalition durch ihren Austritt zu Fall brachte und Neuwahlen herbeiführte. Bei der Wahl im Mai 2003 kamen CDA, VVD und D66 an die Regierung und bildeten das Kabinett *Balkenende II* (2003–2006). Wahlprogramme wurden keine neuen entwickelt und so blieb es bei den Standpunkten der Parteien von vor der Wahl im Herbst 2002. Die D66, die nun wieder Teil der Regierung war, hatte in ihrem Wahlprogramm 2002 eine „Ja, mits“-Einstellung zur Agro-Gentechnik vertreten. Demnach unterstützte man die Chancen, welche die Biotechnologie für die Landwirtschaft, die Umwelt und eine bessere Gesundheit bietet – allerdings nur unter der Voraussetzung, dass es sehr strenge Regeln und Bedingungen gibt und die Technologie sicher und ethisch annehmbar ist. Zudem müsse eine Wahlfreiheit für Hersteller und Verbraucher möglich sein, was eine bestmögliche Koexistenz von transgenen und konventionellen Produkten voraussetzt.<sup>127</sup>

Auch das Kabinett *Balkenende II* konnte nicht bis zum Ende der Wahlperiode regieren, da die D66 im Juni 2006 die Koalition verlas. Das Kabinett regierte als Minderheitsregierung *Balkenende III* (2006–2007) mit CDA und VVD weiter. Im November 2006 folgten vorgezogene Neuwahlen, nach denen sich im Februar 2007 ein Dreierbündnis aus CDA, sozialdemokratischer PvdA und orthodox-calvinistischer *ChristenUnie* zum Kabinett *Balkenende IV* (2007–2010) zusammensetzte. Großer Kritiker der Grünen Gentechnik war hierbei vor allem die *ChristenUnie*, die PvdA ging in ihrem Wahlprogramm gar nicht auf die Technologie ein und

---

<sup>125</sup> Vgl. Parlamentswahlprogramm CDA 2002, Online: [https://www.cda.nl/fileadmin/Organisaties/Visiegroepen/Publicaties/verkiezingsprogramma\\_2002.pdf](https://www.cda.nl/fileadmin/Organisaties/Visiegroepen/Publicaties/verkiezingsprogramma_2002.pdf), Abruf: 29. August 2015, S. 74.

<sup>126</sup> Vgl. Parlamentswahlprogramm VVD 2002, Online: [http://www.parlement.com/9291000/d/vtk2002\\_vp\\_vvd.pdf](http://www.parlement.com/9291000/d/vtk2002_vp_vvd.pdf), Abruf: 29. August 2015, S. 26.

<sup>127</sup> Vgl. Parlamentswahlprogramm D66 2002, Online: <http://pubnpp.eldoc.ub.rug.nl/FILES/root/verkiezingsprogramma/TK/d662002/d6602.pdf>, Abruf: 29. August 2015, S. 13.

der CDA schrieb lediglich, dass die Gentechnik im Lebensmittelbereich nicht zulässig und in der Pflanzenzucht nur unter strengen Bedingungen möglich sein soll.<sup>128</sup> Die Meinung der *ChristenUnie* war hier viel kritischer und dezidierter und betonte vor allem die immer noch unbekanntem langfristigen Folgen des Technologieeinsatzes für Umwelt und Biodiversität. Dieser würde den Grundsätzen von Gottes Schöpfung entgegenstehen, weshalb man eine größere Bescheidenheit und Sorgfalt forderte. Die *ChristenUnie* verfolgte eine „Nee, tenzij“-Politik, wonach die Agro-Gentechnik solange abgelehnt wird, bis die möglichen Risiken und negativen Folgen widerlegt werden. Bis dahin solle das Vorsorgeprinzip gelten.<sup>129</sup>

Diese Kritik konnte allerdings nicht verhindern, dass in der Zeit des Kabinetts *Balkenende IV* von der Regierung eine sehr gentechnikfreundliche Politik betrieben wurde. Die Regierung in Den Haag wollte seinerzeit – im Gegensatz zur Mehrheit der restlichen europäischen Staaten – die Zulassungsverfahren für Genpflanzen reformieren und Nachhaltigkeit als neues wichtiges Kriterium einführen (vgl. Lugt 2010). Vor allem die damalige Ministerin für Landwirtschaft, Natur und Lebensmittelqualität, GERDA VERBURG vom CDA, setzte sich in dieser Zeit für eine Lockerung der Gentechnikgesetzgebung ein und stand dabei auf derselben Linie wie die niederländische Lebens- und Futtermittelindustrie und die Pflanzenzüchter der Landwirtschaftsuniversität im niederländischen Wageningen. VERBURGS Ministerium trat seinerzeit für eine zügige Zulassung von transgenen Pflanzen auf nationaler Ebene ein und vertrat diese Position auch innerhalb der EU-Gremien (vgl. Lugt 2008: 6; Interviewpassage 4). Unter anderem auf die CDA-Ministerin gehen auch Vorschläge für die Jahre später (2015) eingeführte EU-Richtlinie zurück, nach der es den einzelnen EU-Mitgliedsstaaten selbst überlassen bleiben soll, ob sie national den Anbau für bestimmte genpflanzen verbieten soll (vgl. Braakman 2010e: 3) – ganz zum Unbehagen der Gentechnikkritiker (vgl. Sprangers 2010b). Im Jahr 2009 organi-

---

<sup>128</sup> Vgl. Parlamentswahlprogramm CDA 2006, Online: [https://www.cda.nl/fileadmin/Organisaties/Visiegroepen/Publicaties/verkiezingsprogramma\\_2006.pdf](https://www.cda.nl/fileadmin/Organisaties/Visiegroepen/Publicaties/verkiezingsprogramma_2006.pdf), Abruf: 29. August 2015, S. 90.

<sup>129</sup> Parlamentswahlprogramm CU 2006, Online: [https://www.parlement.com/9291000/d/vtk2006\\_vp\\_christenunie.pdf](https://www.parlement.com/9291000/d/vtk2006_vp_christenunie.pdf), Abruf: 29. August 2015, S. 59, 73f.

sierte das Ministerium von GERDA VERBURG zwei Konferenzen, um die Debatte weiterhin am Laufen zu halten und neue Zulassungskriterien zu entwickeln. VERBURG trat dafür ein, für jedes transgene Gewächs separat die gesellschaftlichen Vorteile zu bestimmen (vgl. Lugt 2010). Die zweite Konferenz stand unter dem Titel „GVOs in der europäischen Landwirtschaft und Lebensmittelproduktion“ und vor allem viele gentechnikkritische Akteure kritisierten die Veranstaltung sehr. Vier teilnehmende NGOs berichteten am Ende der Konferenz von der Voreingenommenheit und dem Selbstdarstellungsdrang der Ministerin, aufgrund der keine konstruktive Debatte hätte zu Stande kommen können (vgl. Sprangers 2009; Vriend 2014; Interviewpassage 5).

Auf *Balkenende IV* folgte im Jahr 2010 das von der rechtspopulistischen PVV tolerierte wiederum durchaus gentechnikfreundliche Bündnis *Rutte I* (2010–2012) aus rechtsliberaler VVD und christdemokratischem CDA. Die VVD als größter Koalitionspartner blieb seinem Wahlprogramm dabei, dass der Agrarsektor in den Niederlanden es sich nicht erlauben könne, bei der Agro-Gentechnik ins Hintertreffen zu geraten. Die Voraussetzungen für die Forschung müssten verbessert werden – allerdings unter strengen Vorgaben: Dort, wo ökonomische gesundheitlichen Interessen entgegenstünden, sollten die Gesundheitsaspekte nicht unter den Tisch fallen.<sup>130</sup> Der CDA argumentierte auch im offiziellen Wahlprogramm erstmals seit Jahren ähnlich positiv wie sein Koalitionspartner. Wurde tierisches und pflanzliches Leben im Wahlprogramm 1998 noch als Teil der Schöpfung bezeichnet,<sup>131</sup> betonte man anno 2010, dass die Pflanzen-Biotechnologie eine wichtige Rolle bei der Bekämpfung der weltweiten Hungerproblematik und Klimaerwärmung spielen kann. Die Sicherheit für Mensch, Tier und Umwelt müsste dabei aber immer garantiert sein.<sup>132</sup>

---

<sup>130</sup> Vgl. Parlamentswahlprogramm VVD 2010, Online: [http://www.parlement.com/9291000/d/2010\\_vvd\\_verkiezingsprogramma.pdf](http://www.parlement.com/9291000/d/2010_vvd_verkiezingsprogramma.pdf), Abruf: 29. August 2015, S. 29.

<sup>131</sup> Vgl. Parlamentswahlprogramm CDA 1998, Online: [https://www.cda.nl/fileadmin/Organisaties/Visiegroepen/Publicaties/verkiezingsprogramma\\_1998.pdf](https://www.cda.nl/fileadmin/Organisaties/Visiegroepen/Publicaties/verkiezingsprogramma_1998.pdf), Abruf: 29. August 2015, S. 57.

<sup>132</sup> Vgl. Parlamentswahlprogramm CDA 2010, Online: [http://www.parlement.com/9291000/d/2010\\_cda\\_verkiezingsprogramma.pdf](http://www.parlement.com/9291000/d/2010_cda_verkiezingsprogramma.pdf), Abruf: 29. August 2015, S. 58.

VERBURGS Nachfolger, CDA-Landwirtschaftsstaatssekretär<sup>133</sup> HENK BLEKER setzte die Politik seiner Vorgängerin mit unvermindertem Einsatz fort. Er betrachtete die Agro-Gentechnologie als Technologie, die zu einer effektiveren und nachhaltigeren Agrarproduktion führen kann (vgl. Reijn 2011: 28). Ein Gentechnik-Kritiker sagte seinerzeit über die CDA-Minister, dass diese sehr stark auf die Forderungen des nationalen Futtermittelsektors sowie der vielen Biotechnologieunternehmen im Land mit ihrer starken Lobby hören würden (vgl. Interviewpassage 6). Lediglich im Wahlprogramm des kleinen Duldungspartner PVV, der für einen kontrollierten Abbau der Bioindustrie argumentierte, konnte man kritische Töne lesen.<sup>134</sup>

Bei der anschließenden sozialliberalen niederländischen Regierung aus VVD und PvdA, dem Kabinett Rutte II (2012–2017), hatte sich zu Beginn an der gentechnikfreundlichen Haltung der VVD nicht viel geändert. Der Abschnitt innerhalb des Wahlprogramms von 2012 lautet sehr ähnlich wie der aus 2010 und stellte die wirtschaftlichen Chancen, welche die Technologie für die Niederlande bedeuten könnte, heraus. Die Forschung müsste zudem ausgebaut werden, ohne aber mögliche Gesundheitsrisiken zu vernachlässigen.<sup>135</sup> Die PvdA äußert sich in ihrem Programm wieder an keiner Stelle zum Thema Gentechnik. Laut einer ehemaligen gentechnikkritischen Aktivistin müssen sich die Sozialdemokraten als kleinerer Koalitionspartner, und da vor allem deren Fraktionsvorsitzender, der ehemalige Umwelt-Aktivist DIEDERIK SAMSOM, aufgrund der Machtverhältnisse in der Regierung der VVD unterordnen. Denn als SAMSOM noch für *Milieudefensie* arbeitete, trat er stets gegen die Gentechnik ein, so die Aktivistin (vgl. Interviewpassage 7). Trotzdem hatten die gentechnikkritischen Akteure insgeheim die Hoffnung, dass sich mit der neuen Regierung etwas für sie verbessert hatte (vgl. Interviewpassage 8). Und tatsächlich schien sich die

---

<sup>133</sup> Beim Amtsantritt der Regierung Rutte I kam es auch zu einem anderen Zuschnitt der Ministerien und Zuständigkeiten, weshalb der Landwirtschaftsbereich von 2010 bis 2017 vorübergehend im Ministerium für Wirtschaft, Landwirtschaft und Innovation beheimatet und nur noch von einem Staatssekretär verwaltet wurde.

<sup>134</sup> Vgl. Parlamentswahlprogramm PVV 2010, Online: [https://www.parlement.com/9291000/d/2010\\_pvv\\_verkiezingsprogramma.pdf](https://www.parlement.com/9291000/d/2010_pvv_verkiezingsprogramma.pdf), Abruf: 29. August 2015, S. 53.

<sup>135</sup> Vgl. Parlamentswahlprogramm VVD 2012, Online: <https://www.parlement.com/9291000/d/vvd2012.pdf>, Abruf: 29. August 2015, S. 40.

niederländische Politik in letzter Zeit etwas mehr in Richtung der Gentechnik-kritiker zu bewegen. Gab es bis zu Beginn des Kabinetts *Rutte I* noch eine starre Haltung bezüglich dem Handel und der Zucht von transgenen Pflanzen, begann das Ministerium für Infrastruktur und Umwelt nach Ansicht einer Interviewpartnerin Ende 2014 seine Positionen auf dem Gebiet der biologischen Landwirtschaft spürbar anzupassen und offener für Interessen der Bio-Branche zu sein (vgl. Vriend 2014; Interviewpassage 9) Rund ein Jahr vor diesem Umschwung von Ministeriumsseite aus ergab sich innerhalb des niederländischen Unterhauses ebenfalls eine Kehrtwende. Während der Debatte zur Genehmigung der transgenen Maissorte 1507 der Firma *Pioneer* reichte die kleine Oppositionsfraktion der Tierschutzpartei *PvdD* im Februar 2014 einen Antrag in der Zweiten Kammer ein<sup>136</sup>, nach dem die niederländische Regierung auf EU-Ebene gegen die Zulassung der neuen Maissorte stimmen und sich nicht wie geplant enthalten solle. Die *PvdD*-Fraktion konnte seinerzeit davon profitieren, dass der *CDA* nicht mehr in der Regierung saß und bei den vergangenen Wahlen nur noch 13 der insgesamt 150 Sitze erreichen konnte. Bis auf die Christdemokraten, die Fraktion der *VVD* und vereinzelt andere Abgeordnete stimmten alle anderen Parlamentsfraktionen für den Antrag und sorgten so für eine große Mehrheit. Diese Abstimmung bedeutete eine deutliche Kursänderung in der Politik der niederländischen Regierung, die fortan vom Parlament unter Druck gesetzt wurde (vgl. *PvdD* 2014). Ein weiteres Indiz für diesen Umschwung in der Regierung ist der Mitte 2014 von Umwelt-Staatssekretärin WILMA MANSVELD (*PvdA*) an das Parlament vorgelegten Erlass zu GVOs. Im Gegensatz zur bestehenden Gesetzgebung wurde seinerzeit erstmals von einem „annehmbaren“ an Stelle von einem „zu vernachlässigenden“ Risiko bei transgenen Organismen gesprochen (vgl. Braakman 2014). Und auch im Jahr 2015 wurde die Kursänderung weiter fortgesetzt, als sich Anfang Oktober auch die Niederlande als eines von 17 EU-Mitgliedsstaaten gegen das Anbauverbot des transgenen Mais *MON810* in ihrem Land aussprach (vgl. Bron 2015).

---

<sup>136</sup> Motie Ouwehand, 33750 XIII, Nr. 112 vom 6. Februar 2014.

## 4.2. Fallspezifische Akteure

### 4.2.1. Agrarbranche

Während sich andere ökonomische Akteure teils bereits in den 1970er Jahren mit dem Thema Bio- oder Gentechnologie beschäftigten, betraten die landwirtschaftlichen Akteure erst vergleichsweise spät gegen Ende der 1990er Jahre die Policy-Arena und beteiligten sich am Regulierungsprozess. Von den europäischen Bauern, die größtenteils in kleinen und mittelgroßen, wenig industrialisierten Betrieben zuhause waren, erwartete man zunächst eine große Opposition bezüglich der neuen transgenen Methoden. Diese Erwartung begründete sich aus dem Unterschied der europäischen zu den zumeist viel größeren, stark industrialisierten Farmen in den USA, die nach Einschätzung von Marktbeobachtern aufgrund ihrer Struktur viel mehr von den Produkten der Agro-Biotechnologie durch geringere Einkaufs- und Produktionskosten profitieren konnten. So weckten die seinerzeit auf dem europäischen Markt introduzierten transgenen Mais- und Sojasorten bei europäischen Landwirten zwar keine große Begeisterung, sie bedeuteten für den überwiegenden Teil entgegen den Voraussagen aber auch keine ökonomische Bedrohung. Die direkten wirtschaftlichen Folgen der Genfood-Importe aus den USA waren somit vernachlässigbar. Die Gründe dafür unterscheiden sich je nach Gentechnikpflanze: So konnte Soja aufgrund des unvorteilhaften Klimas in Europa großflächig nicht angebaut werden und wurde bereits seit je her nach Europa importiert. Die ersten Gensoja-Importe im Jahr 1996 stellten somit auch keine besondere Bedrohung für die europäische Landwirtschaft dar. Bei den ersten Importen von gentechnisch verändertem Mais im Jahr 1997 in Europa gestaltete sich die Interessenlage zwar etwas anders, aber auch hier waren die wirtschaftlichen Folgen eher marginal. Denn der klare Vorteil des Bt-Maises, die Resistenz gegen Insekten wie dem europäischen Maiszünsler oder dem amerikanischen Maiswurzelbohrer, war seinerzeit aufgrund des relativ seltenen Auftretens der Schädlinge in Europa nur für wenige Landwirte im Elsas und einigen spanischen Regionen interessant (vgl. Bernauer 2003: 83f.; Bernauer/Meins 2003: 658; Meins 2003: 136f.).

Tabelle 8: Anbau von genveränderten Pflanzen in der EU

Land	2005	2006	2007	2008	2009
Spanien	53.225	53.667	75.148	79.269	76.057
Frankreich	492	5.000	21.147	-	-
Tschechien	150	1.290	5.000	8.380	6.480
Portugal	750	1.250	4.500	4.851	5.094
Deutschland*	342	947	2.685	3.171	-
Slowakei	-	30	900	1.900	875
Rumänien	110.000**	90.000**	350	7.146	3.244
Polen	-	100	320	3.000	3.000
<b>Summe gv-Mais</b>	<b>54.959</b>	<b>62.284</b>	<b>110.050</b>	<b>107.717</b>	<b>94.750</b>

Quelle: Transgen 2013 auf Basis von Zahlen folgender Akteure: Industrieverband EuropaBio/ISAAA/USDA Foreign Agriculture Service;\* = Standortregister des Bundesamts für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL); \*\* = Anbau von transgener Soja

Dies änderte sich in den folgenden Jahren, als sich die Anbauggebiete innerhalb Europas immer weiter ausdehnten. Führend beim Anbau von Bt-Mais waren und sind durchgängig die spanischen Landwirte aufgrund des dort stark vorkommenden Befalls mit Maiszünslern: Trat der Insektenbefall zunächst nur in südlichen Regionen Europas auf, hat sich das Verbreitungsgebiet der winzigen Schmetterlinge in den vergangenen Jahren immer weiter nach Norden ausgedehnt, so dass sie ab 2004 sogar im norddeutschen Bundesland Brandenburg gesichtet wurden. Dementsprechend wird die Genpflanze in den vergangenen Jahren auch immer mehr in anderen Ländern angepflanzt (siehe Tabelle 8). Insgesamt geht die Größe der europäischen Anbaufläche jedoch immer weiter zurück (vgl. Transgen 2008b, 2009, 2010b).

Abgeschreckt haben einen Großteil der europäischen Landwirte vor allem das Auftreten und die Vermarktungsstrategien der großen Hersteller von transgenem Saatgut. So wurde der Markteintritt des Branchenriesen *Monsanto* durch den Kauf verschiedenster Saatgutunternehmen und die Einführung

des nicht für die Wiederausaat geeigneten Saatguts mit seinen Terminator-Genen mit großer Sorge verfolgt. Die europäischen Landwirte befürchten zu großen Teilen eine vermehrte Abhängigkeit von den Gentechnik-Firmen durch deren patentrechtlich geschützte Pflanzen sowie eine „Microsoftisierung“ analog dem Softwaremarkt, bei der ein großer Monopolist den Markt bestimmt. Echte wirtschaftliche Vorteile beim Anbau von transgenem Saatgut lassen sich für die Landwirte diesseits des Atlantiks bislang zudem nur selten feststellen (vgl. Conrad 2005: 94f.; Meins 2003: 137; Rucht/Yang/Zimmermann 2008: 48).

Befürworter der Grünen Gentechnik gibt es aber auch in Europa, wie die Anbauzahlen von knapp 95.000 Hektar Gen-Mais im Jahr 2009 beweisen. Und wäre die Regulierung auf nationaler wie europäischer Ebene weniger strickt, würden die Zahlen wohl noch viel höher liegen, wie die Standort-Anmeldungen in Deutschland im Jahr 2010 trotz des bestehenden Anbauverbots für Mon810-Mais vermuten lassen (vgl. Transgen 2010a). Die Spaltung innerhalb der Bauernschaft ist zum einen natürlich auf die jeweilige geografische Verortung ihrer Höfe und die dortigen Probleme mit Schädlingen wie dem Maiszünsler zurückzuführen. Sie lässt sich aber auch an der Betriebsgröße festmachen: Stärker industrialisierte Höfe sind aufgrund von finanziellen Vorteilen oftmals eher bereit, Gentechnikprodukte einzusetzen. Sehr starke Unterschiede bei der Bewertung der Grünen Gentechnik ergeben sich zudem bei der Art der Ausrichtung der landwirtschaftlichen Betriebe als konventionell oder ökologisch wirtschaftend. So vertreten die Akteure der ökologischen Landwirtschaft grundsätzlich die strikte Position, dass der Gentechneinsatz mit ihrer nachhaltigen Wirtschaftsweise nicht vereinbar ist. Diese Einstellung kann für die Betriebe aufgrund der mehrheitlich kritischen Einstellung zur Grünen Gentechnik unter den Konsumenten durchaus einen Marktvorteil bedeuten, während Betriebe der konventionellen Landwirtschaft bei Verwendung der Technologie die Verwüstung und Zerstörung ihrer Felder und Ernten durch gewaltbereite Protestaktionen zu befürchten haben (vgl. Behrens/Meyer-Stumborg/Simonis 1997: 91ff.).

Auf europäischer Ebene haben sich so in den letzten Jahren und Jahrzehnten mit *COPA-COGECA* und der *European Coordination Via Campesina* (ECVC) auch zwei

unterschiedliche Dachverbände der Landwirte herausgebildet, die sich jeweils unterschiedlich bezüglich des Gentechnikeinsatzes aufstellen. Während *COPA-COGECA* als wichtigster Dachverband die europäischen Landwirtschaftsverbände (*COPA*) bzw. die landwirtschaftlichen Genossenschaften (*COGECA*) vertritt, gehören der *ECVC* als Nachfolgeorganisation der *Coordination Paysanne Européenne* (*CPE*) eher Agrarverbände an, welche zumeist kleine Betriebe vertreten und sich durchaus radikal für eine nachhaltige Landwirtschaft einsetzen. Gemeinsam ist den *ECVC*-Mitgliedern dann auch der Einsatz für eine solidarischere, gerechtere und nachhaltigere Lebensmittel- und Agrarpolitik, weshalb sie für die Gewährleistung der biologischen Vielfalt eintreten und so auch ein Verbot von gentechnisch modifizierten Organismen und deren Patentierung fordern (vgl. *ECVC* 2008a; *ECVC* 2008b; Egdell/Thomson 1999: 123).

Weniger radikal in ihren Ansichten verhält sich *COPA-COGECA* als große Schwester der *ECVC*. Sie hat in den Anfangsjahren der europäischen Regulierung kein aktives Lobbying bei den zuständigen Stellen der Europäischen Kommission betrieben und bezüglich der Grünen Gentechnik eine nur latent widersprechende Position eingenommen. So befürwortete der Verband beispielsweise das Vorantreiben einer ausgewogenen und umfassenden Debatte über die Grüne Gentechnik und betonte in einem seiner Positionspapiere die besondere Bedeutung von Verbrauchersicherheit, Verbrauchervertrauen und Biodiversitätsgesichtspunkten. Laut ihrem Standpunkt (vgl. *COPA-COGECA* 2000) müsse dem Einsatz der Technologie stets eine umfassende wissenschaftliche Bewertung zugrunde gelegt und den Konsumenten eine Wahlfreiheit zwischen GMO-beinhaltenen und GMO-freien Produkten geboten werden. Transparente Verfahren und ein dementsprechendes Etikettierungssystem seien dabei Pflicht. Als ursächlich für diese latent kritische Positionierung in der Zeit um den Jahrtausendwechsel kann zu gewissen Teilen die Störung des europäischen Lebensmittelmarktes durch Skandale wie beispielsweise die BSE-Krise am Ende der 1990er Jahre herhalten (vgl. Bernauer/Meins 2003: 658; *COPA-COGECA* 1997: 2; *COPA-COGECA* 2000).

Als Tochterverbände der beiden europäischen Dachorganisationen *ECVC* und *COPA-COGECA* finden sich in beiden Untersuchungsländern nationale Ableger.

In der Bundesrepublik vertreten so der *Deutsche Bauernverband* (DBV) als Vertreter der deutschen Landwirte und Mitglied von *COPA* sowie der *Deutsche Raiffeisenverband e.V.* (DRV) als Vertreter der deutschen Agrargenossenschaften und Mitglied von *COGECA* die allgemeinen Interessen der Branchen. Spezielle Positionen nimmt hingegen die *Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e.V.* (AbL) als direktes Mitglied von *ECVC* ein.

Mächtigster deutscher Akteur innerhalb des Landwirtschaftssektors ist zweifelsohne der *DBV*. Er erhebt mit seinen 18 Landesverbänden sowie 45 assoziierten Verbänden den Anspruch, alle deutschen Landwirte gegenüber der Politik zu vertreten und ist für die Ideen und Positionen der Agroindustrie generell sehr aufgeschlossen. So ist auch zu erklären, dass bezüglich der Grünen Gentechnik lange Zeit eine unkritische Haltung eingenommen wurde. Dabei sah man sowohl die versprochenen ökonomischen Potentiale als auch die prognostizierten Risiken des Technologieeinsatzes für überzogen an. Gentechnik sei – so die Position in der Mitte der 1990er Jahre – grundsätzlich ein Instrument, um die Landwirtschaft zu verbessern. Mehr als zehn Jahre später hatte sich die Einstellung des *DBV* – vor allem auch aufgrund der aufgekommenen Haftungsfragen bei gentechnischen Verunreinigungen benachbarter Felder etwa durch Pollenflug – angepasst und der *DBV* riet den eigenen Mitgliedern regelrecht ab, transgene Pflanzen anzubauen (vgl. Behrens/Meyer-Stumborg/Simonis 1997: 92f.; *DBV* 2009a; Gill 2008: 620).

Radikal gegen die Technologie positionierte sich der Verband jedoch nicht. Der *DBV* setzte sich anno 2009 dafür ein, dass man die Debatte um die Agro-Gentechnik nun mit einem offenen Ergebnis zu Ende führt. Wenn sich die Gesellschaft am Ende des Diskussionsprozesses immer noch gegen die Grüne Gentechnik entscheide, dann stelle man sich diesem Votum, so *DBV*-Präsident GERD SONNLEITNER auf der *Grünen Woche* 2010 in Berlin. Erst, wenn die Grüne Gentechnik einen überzeugenden Nutzen auch für die Verbraucher brächte, könne unter den Konsumenten eine offenere Haltung gegenüber der Technologie entstehen (vgl. *DBV* 2009b, 2010).

Weniger kritisch stellte sich der *Deutsche Raiffeisenverband* gegenüber transgenen Lebens- und Futtermitteln auf. So nahm man im Jahr 2009 beispielsweise gemeinsam mit Verbänden wie dem *BLL*, der *BVE* oder dem *BGA* Stellung zu

diesem Themenfeld und forderte eine verlässliche Gentechnikpolitik, um den Innovationsstandort Deutschland zu sichern (vgl. DRV et al. 2009). Man nahm dabei zum Beispiel mit Nachdruck die Position ein, dass beschleunigte Zulassungsverfahren nötig wären, um mit den internationalen Entwicklungen in diesem Politikfeld Schritt halten zu können (vgl. dlz agrarmagazin 2008: 4). Ein besonderes Augenmerk legen die Vertreter und Mitglieder des DRV dabei aufgrund ihrer engen Bindung an die genossenschaftlich organisierten Unternehmen der Agrar- und Ernährungswirtschaft auf die Verwendung und vor allem die Kennzeichnung Grüner Gentechnik in Futtermitteln. Hierbei lehnt man die in der Diskussion befindliche selektive Ausweitung der Kennzeichnungsvorschriften auf tierische Produkte, die unter Einsatz gentechnisch veränderter Futterpflanzen erzeugt wurden, ab. Denn wenn konsequent jede Gentechnik-Anwendung im Lebensmittelbereich kennzeichnungspflichtig und somit für die Verbraucher sichtbar würde, würde allen deutlich werden, dass eine gentechnikfreie Agrar- und Ernährungswirtschaft nur eine Illusion sei (vgl. Döring 2010: 8).

Eine durch und durch kritische Einstellung unter der deutschen Landwirtschaft nimmt die AbL ein. Der Verband setzt sich als bäuerliche Interessenvertretung von zumeist kleineren und mittelgroßen Betrieben (siehe auch Kapitel 4.4.1) für eine verantwortungsvolle Landbewirtschaftung, für die Erzeugung natürlicher Lebensmittel, eine artgerechte Tierhaltung und gegen die Agro-Gentechnik ein. Letztes Engagement ist eines der Hauptthemen des Verbandes, der seit dem Jahr 2003 die Entstehung von gentechnikfreien Regionen initiiert sowie unterstützt und am Ende des Jahres 2008 deutschlandweit bereits 186 dieser Landstriche mit insgesamt 28.000 beteiligten Bäuerinnen und Bauern präsentieren konnte. Dabei setzt man sich für einen transparenten Herstellungsprozess und die Wahlfreiheit von Landwirten und Verbrauchern zwischen transgenen und gentechnikfreien Produkten ein. Außerdem ist die AbL strikt gegen die Patentierung von Organismen aller Art und setzt sich für detaillierte Haftungsregelungen ein (vgl. AbL/BUND 2009; Hohlfeld 2000: 75).<sup>137</sup>

---

<sup>137</sup> Vgl. auch Gentechnikfreie Regionen, Online: <http://www.abl-ev.de/themen/gentechnikfrei/gentechnikfreie-regionen.html>; Positionen, Online: <http://www.abl-ev.de/themen/gentechnikfrei/positionen.html>, Abrufe: 15. März 2010.

In den Niederlanden, wo innerhalb der Bevölkerung traditionell weniger kritische Stimmen bezüglich der Grünen Gentechnik zu vernehmen sind (siehe dazu Kapitel 3.1.2.6), fällt auch die Positionierung der Agrarverbände qualitativ wie quantitativ weniger stark aus als im Nachbarland Deutschland. Auf der Website der *Land- en Tuinbouworganisatie* (LTO) als direktem Mitglied des europäischen Landwirtschaftsverband *COPA* und Pendant zum *DBV* stieß man so auch nur auf ein einziges Imagedokument, in dem man bezüglich der Technologie Stellung bezog. In diesem wird die eigene Positionierung durchweg an jener der Konsumenten ausgerichtet. So sei man sich durchaus der verschiedenen Risiken, aber auch der Chancen der Technologie durch beispielsweise nachhaltige, sichere und gesunde Produktion, bewusst – es bedarf jedoch einer ständigen Abwägung des Für und Wider. Der GMO-Einsatz könnte nach Ansicht der *LTO* etwa durch einen verminderten Einsatz von Pflanzenschutzmitteln die Umweltbelastung verringern oder durch wärme- und salztolerante Pflanzen den Wasserverbrauch herunterfahren und so einen positiven Effekt haben. Aus diesen Gründen ist man beim *LTO* auch für eine verantwortungsvolle Anwendung der Technologie und stellt in Richtung der Politik zusätzliche Forderungen: Demnach möchte man den gemeinsamen europaweiten Zulassungsprozess schneller machen und für Organismen, die einen geringeren Eingriff in ihre Genstruktur erfahren haben, einen angepassten, einfachen Zulassungsprozess erlauben (vgl. *LTO* 2009).

Für das niederländische *COGECA*-Mitglied, den *Nationale Coöperatieve Raad voor land- en tuinbouw* (NCR) als Pendant zum *DRV*, ist die Grüne Gentechnik nach eigenen Aussagen (vgl. Griffioen 2010) zwar ein Thema, welches selbstverständlich Beachtung innerhalb des Genossenschaftsverbandes findet. Selbst gibt es vom *NCR* allerdings keinen offiziellen Standpunkt bezüglich gentechnisch modifizierter Organismen. Zuletzt äußerte man sich in der Mitglie-derzeitschrift *Coöperatie* differenziert bezüglich der Anwendung transgener Nahrungs- und Futtermittel und betonte dabei die Wichtigkeit, auch in Zukunft eine Wahlfreiheit für Konsumenten und Produzenten zu garantieren, um nachhaltige Lösungen für die weltweite Nahrungsmittelversorgung entwickeln zu können (vgl. Bie 2009: 6f.).

Zurückhaltend hat sich auch die nationale Mitgliederorganisation der *ECVC*, der *Nederlandse Akkerbouw Verbond* (NAV) aufgestellt. Denn trotz der Mitgliedschaft in der nachdrücklich auf ein Verbot von GMOs drängenden *ECVC* positioniert sich der NAV nicht gegen genetisch modifizierte Organismen. Er setzt sich vielmehr für bestmögliche Koexistenzregeln ein und ist der Ansicht, dass jene Züchter, die sich für einen gentechnikfreien Einsatz entscheiden, vor einer möglichen Auskreuzung geschützt werden müssen (vgl. NAV 2009a: 9). Jene Betriebe, die sich bewusst gegen den Einsatz transgener Pflanzen entschieden haben, sollen dazu auch die Möglichkeit haben (vgl. NAV 2004, 2009a, 2009b).

Glaukt man bilanzierend einigen Analysten, dann waren die europäischen Agrarvertreter Teil einer „*unholy alliance*“ (Bernauer/Meins 2003: 658) zwischen bewahrenden Landwirten sowie Umwelt- und Verbraucherorganisationen, welche gemeinsam für die strikten EU-Restriktionen bei der Grünen Gentechnik gesorgt haben. Allerdings handelt es sich bei den kritischen Landwirtschaftsvertretern vor allem um kleinere Betriebe zumeist biologischer Wirtschaftsweise, die europaweit vor allem durch den kleineren Agrarverband *ECVC* vertreten werden. Dieser Teil der Landwirte kann durchaus als Teil einer verbändeübergreifenden Protestbewegung bezeichnet werden. Man darf allerdings auch nicht vergessen, dass der weitaus größere Teil der Landwirte innerhalb der Diskussion sichtbar abwesend war. Der Landwirtschaftssektor vertrat somit – nicht nur im Politikfeld der Grünen Gentechnik – teils sehr gegensätzliche Ansichten und Interessen, sodass die europäische Branchenorganisation *COPA-COGECA* es nie sehr leicht hatte, ein einheitliches Mandat und somit so etwas wie Verhandlungsfreiheit vor den europäischen Institutionen zu bekommen, um effektive Kompromisse auszuhandeln (vgl. Ansell/Maxwell/Sicurelli 2006: 101; Bernauer/Meins 2003: 6557f.; Bleumink 1998: 61).

#### 4.2.2. Gesellschaftliche Akteure

Den ökonomischen Akteuren stehen grundsätzlich jene Zusammenschlüsse gegenüber, welche sich – wie etwa Aktionsbündnisse, neue soziale Bewegungen oder Glaubensgemeinschaften – aus der Gesellschaft heraus entwickelt haben

und die Interessen von Dritten oder der Allgemeinheit vertreten. Während die Seite der wirtschaftlichen Akteure mit ihren speziellen Interessen generell eine relativ starke Position einnimmt, bezeichnet man gesellschaftliche Interessen – und hier im Besonderen jene des Umwelt- und Verbraucherschutzes – als *allgemein* und damit *schwach*, da sie von Natur aus eine mangelhafte *Organisations-* und *Konfliktfähigkeit* besitzen und damit eine Mobilisierung großer Menschenmassen schwieriger und das Durchsetzungsvermögen begrenzt ist. Innerhalb des Politikfelds der Grünen Gentechnik kommt für die gegnerischen Verbände erschwerend hinzu, dass es sich bei den von ihnen vertretenen Interessen um relativ abstrakte handelt. So sind die immer wieder als Argument in die Diskussion geworfenen gesundheitlichen wie umweltbezogenen Gesichtspunkte gleichermaßen abstrakt, da sie zum einen nicht vollständig bewiesen werden können und sie zum anderen ähnlich wie beispielsweise der Klimawandel auf den ersten Blick auch nicht sichtbar sind. Umweltschäden würden ebenso wie Gesundheitsschäden wohl erst nach einer gewissen Zeitspanne von etlichen Jahrzehnten deutlich werden.

Wie die Theorie besagt, ist die Organisations- wie die Konfliktfähigkeit bei allgemeinen Interessen grundsätzlich schwach ausgebildet. Forscher haben allerdings auch beobachtet, dass die Verbände diese Defizite durch verschiedenste Maßnahmen kompensieren können (siehe ebenfalls Kapitel 2.2.2.2). Unter bestimmten Umständen können also auch Umwelt- und Verbraucherschutzgruppen innerhalb eines Politikfelds Einfluss ausüben und so die Politik oder den Markt durch eine Verhaltensänderung bei Konsumenten und indirekt auch Produzenten verändern. Eine solche Beeinflussung des Verhaltens kann mit verschiedenen Mitteln der Kampagnenführung, wie etwa der Organisation oder Androhung eines Boykotts bestimmter Produkte oder Unternehmen, sowie durch klassische Interessenvertretung oder der Androhung eines Wählerentzugs im politischen Bereich erreicht werden. Und so gewannen innerhalb des Gentechnikkonflikts im Laufe der Jahre auch mehr und mehr die Interessen der „schwachen“ Organisationen an Macht und Einfluss. Der zunehmende Druck von Umwelt- und Verbrauchervertretern zerbrach das Bündnis, da Teile des Handels in ihrer Positionierung zur Grünen Gentechnik distanziertere Hal-

tungen einnahmen (vgl. Behrens/Meyer-Stumborg/Simonis 1997: 103; Bernauer/Meins 2003: 653).

Ebenso wie die Akteure des wirtschaftlichen Bereichs bilden auch die gesellschaftlichen Zusammenschlüsse durch die verschiedenen Typen von Akteuren wie NGOs, Mitgliederverbände oder soziale Bewegungen sowie den weniger bis stark differierenden konkreten Positionen und Einstellungen keine in sich homogene Gruppe. Wo die Einstellungen bei den Wirtschaftsakteuren zwischen der Forschung, den Produzenten, dem Handel und den Agrarvertretern enorm variieren, lassen sich auch außerhalb von Markt und Staat im dritten Sektor verschiedene Einstellungen und Argumentationsmuster erkennen (siehe Abbildung 3).

So zielen längst nicht alle Akteure hier in die gleiche, Genfood-kritische Richtung, sondern vertreten differenzierte Zielvorstellungen: Demnach stehen für eine Reihe von Interessenvertretern wie beispielsweise auch den europäischen Verbraucherverband *BEUC* gesundheitliche Aspekte im Vordergrund, weshalb eine Wahlfreiheit propagiert wird und man sich für striktere Kennzeichnungsregeln einsetzt. Für andere Akteure wie beispielsweise *Greenpeace* oder *Friends of the Earth* stehen die Auswirkungen des GMO-Einsatzes auf Natur und Umwelt im Mittelpunkt des Interesses, weshalb ein Verbot gefordert wird. Umweltschutzorganisationen sehen die Einführung von Genfood zudem ebenso wie umweltfreundlich eingestellte Verbraucherverbände oder Verfechter eines ökologischen Landbaus aus dem wirtschaftlichen Sektor als Marktstrategie an, welche aktuellen Tendenzen auf dem Lebensmittelmarkt zu qualitativ hochwertigen Produkten oder nachhaltigeren Produktionsmethoden diametral entgegenstünde (vgl. Bernauer/Meins 2003: 653; Conrad 2004: 31; Rucht/Yang/Zimmermann 2008: 53).

Wieder andere Akteure beschäftigen sich mit entwicklungspolitischen Fragestellungen und betrachten die Chancen und Risiken der transgenen Pflanzen als Mittel gegen Armut und Hunger auf der Welt – hierbei werden die neuen Technologien von Organisationen wie beispielsweise dem *Hilfswerk Misereor* oder *Brot für die Welt* mehrheitlich kritisch bewertet (vgl. *Brot für die Welt* 2004; Misereor 2005). Chancen für die Bekämpfung des Hungerproblems in den Entwicklungsländern sehen unterdessen immer weniger gesellschaftliche Grup-

pen. Von einem kollektiven Widerstand mit gleichen Zielen, Argumentationsmustern und einem deckungsgleichen strategischen Kompass (siehe dazu Kapitel 2.2.2.4) unter den gesellschaftlichen Akteuren kann also nicht gesprochen werden. Es handelt sich vielmehr um eine bunte Mischung von Akteuren und Meinungen, die aus dem gesellschaftlichen Bereich auf das Politikfeld trifft. Als kleinster gemeinsamer Nenner der kritischen Organisationen konnte und kann wohl am ehesten die Forderung nach umfassenden Kennzeichnungsregeln bezeichnet werden, die bereits seit den Anfängen des Protests propagiert wird. Sie wird als grundlegendste Voraussetzung für die Entstehung so genannter Nischenmärkte angesehen, in denen gentechnikfreie Produkte eindeutig identifiziert werden können (vgl. Dreyer/Gill 2000: 135; Meins 2003: 129f.).

Neben den vielen Motiven und Zielen der gesellschaftlichen Akteure hat man es unter den Genfood-Gegnern zudem mit einer Vielzahl verschiedener Rollen sowie Methoden der Interessenvertretung und -durchsetzung zu tun (siehe hierzu auch Kapitel 7). Das Spektrum reicht dabei von vergleichsweise stillem Protest über starke öffentlich-verbale Kritik und öffentliche Kampagnen bis hin zu stark gewalttätigen Aktionen. So setzen einige Gruppen mehr auf das direkte politische Lobbying, während andere den Weg über die Öffentlichkeit gehen und wie die großen internationalen Umweltverbände *Greenpeace* und *Friends of the Earth* spektakuläre Ereignisse als Aufhänger für Kampagnen nehmen. Wieder andere belassen es nicht bei friedlicher verbaler Kritik, gehen mit kollektiven Sabotageakten gegen Freilandversuche und den Anbau transgener Pflanzen vor und zerstören die Pflanzen auf den entsprechenden Feldern durch frühzeitiges illegales Abmähen der Gewächse (vgl. Behrens 2001: 137; Rucht/Yang/Zimmermann 2008: 52; Strünck 2006: 213).

#### 4.2.2.1. Verbraucherschutz

Am direktesten von der Verwendung der Biotechnologie im Lebensmittelbereich sind innerhalb des gesellschaftlichen Bereichs die Konsumenten betroffen, welche durch die Nahrungsaufnahme täglich in unmittelbaren Kontakt mit Lebensmitteln kommen. Im Gegensatz zu den anderen Zweigen wie der Roten und Weißen Gentechnik berührt die Grüne Gentechnik als Technologie für die Anpassung von Pflanzen und Nahrungsmitteln die Interessen von Verbrau-

chern somit unmittelbar, weshalb sich hier auch ein breites Interesse der jeweiligen Verbände ableiten lässt (vgl. Strünck 2006: 187). Im Mittelpunkt des Interesses stehen für Verbraucherschützer und Konsumenten dabei vor allem klassische Verbraucherschutzaspekte wie die gesundheitliche Verträglichkeit der neuen Technologie oder der Nutzen der gentechnisch veränderten Nahrungsmittel. Vorteile sind momentan jedoch, wenn überhaupt, nur für die Landwirtschaft ersichtlich und lassen bei den für den Markt versprochenen funktionellen Lebensmitteln der zweiten Gentechnikgeneration weiterhin auf sich warten. Nachgelagert spielt für die Beurteilung der transgenen Produkte zudem auch die ökologische Verträglichkeit eine Rolle für die Verbraucher (vgl. Behrens/Meyer-Stumborg/Simonis 1997: 80).

Zentral stehen für die Verbrauchervertreter bezüglich der Grünen Gentechnik somit vor allem zwei Forderungen. Zum einen ist man starker Verfechter des Vorsorgeprinzips (siehe dazu Kapitel 3.1.2.3) und setzt sich aufgrund der bisher ungeklärten potenziellen Risiken für Gesundheit und Umwelt für hohe Hürden beim Markteintritt neuer transgener Pflanzen und Produkte ein. Zum anderen folgt aus dem Vorsorgeprinzip wiederum die Forderung einer Wahlfreiheit etwa durch Koexistenzregeln und eine transparente Kennzeichnung als Voraussetzung für ein bewusstes Handeln der Konsumenten beim täglichen Einkauf. Solange also für die Verbraucher keine direkten Vorteile ersichtlich sind und gleichzeitig auch noch Unklarheiten bezüglich der Risiken transgener Produkte bestehen, sehen Verbraucherverbände den Gentechnikeinsatz in Nahrungsmitteln mehrheitlich kritisch. Man ist somit zwar nicht unbedingt für ein direktes Verbot transgener Produkte, sondern möchte für die Verbraucher vielmehr gewährleisten, dass eine irgendwie gelagerte Gefährdung jener Klientel ausgeschlossen ist (vgl. Strünck 2006: 170ff.).

Allerdings bestehen ebenso wie beispielsweise unter den Vertretern der Landwirtschaft auch im Bereich des Verbraucherschutzes verschiedene Argumentationsmuster und Schwerpunktsetzungen innerhalb des Politikfeldes. So kann man die Verbrauchervertretung auf nationaler wie europäischer Ebene grundsätzlich in zwei Stränge aufteilen. Der erste Argumentationsstrang nimmt dabei allgemeine Verbraucherpositionen ein, während der zweite eher einen alternativen und ökologisch geprägten Verbraucherschutzansatz ver-

folgt: Auf europäischer Ebene gehört der mit Abstand wichtigste Verbraucherschutzverband, das *Bureau Européen des Unions de Consommateurs* (BEUC), jener ersten Gruppe an. Der Verband vertritt vor den europäischen Institutionen 43 nationale Verbraucherschutzorganisationen aus 31 europäischen Ländern und war im Politikfeld der Grünen Gentechnik unter anderem während der Erarbeitung der Novel Food-Verordnung sehr aktiv. Der in Brüssel beheimatete Dachverband hat sich dabei seit 1997 für Koexistenzvorschriften und eine obligatorische Kennzeichnung jeder Art von transgenen Produkten eingesetzt und die bestehenden Vorschriften als unzureichend kritisiert. Eine Kopplung von Kennzeichnungsvorschriften lediglich an die Rückverfolgbarkeit der genetischen Veränderung galt bei BEUC so auch immer als nicht umfassend genug (vgl. BEUC 2001, 2003 2005; Meins 2003: 129; Strünck 2006: 210).

Die Größe von BEUC ist zum einen ein großer Vorteil bei der Interessenvertretung vor den europäischen Institutionen, zum anderen aber auch ein Problem. Denn verschiedene nationale Traditionen der Verbraucherbewegung machen den Verband auch zu einem sehr heterogen strukturierten Akteur mit nur mäßiger Durchschlagskraft. Unterschiede in der jeweiligen Zusammensetzung und Aufstellung der nationalen Tochterverbände mit staatliche finanzierten und teils fremdorganisierten Verbänden wie in Deutschland, großen selbstorganisierten Serviceorganisationen wie in den Niederlanden oder Akteuren mit einer starken Graswurzelkultur wie in Frankreich schwächen letztendlich das europäische Mandat des Dachverbandes (vgl. BEUC 2000; Strünck 2006: 211).

Ein zweiter Argumentationsstrang verfolgt weniger allgemeine Ziele, sondern setzt sich bewusst für einen nachhaltigen und ökologischen Verbraucherschutz ein. Auf europäischer Ebene führt die *Alliance for Social and Ecological Consumer Organizations* (ASECO) unter diesen Vorzeichen verschiedene national operierende alternative Verbraucherverbände in einem offenen Netzwerk zusammen. Der Dachverband und seine nationalen Ableger sehen eine nachhaltige Entwicklung als wichtiges Zukunftsziel und man setzt sich unter anderem für die Sicherheit von Lebensmitteln ein. Den Genteikeinsatz in Lebensmitteln sieht man als Bedrohungen für die Gesundheit an, weshalb man sich für ein Verbot der Technologie einsetzt (vgl. ASECO 2010; Europäische Kommission 2004: 2).

Auf nationaler Ebene gehört in den beiden Untersuchungsnationen jeweils ein Akteur dem Verband ASECO an. Dabei setzt sich in Deutschland der alternative Verbraucherschutzverband *Verbraucher Initiative e.V.* (VI) mehr oder weniger kritisch mit der Grünen Gentechnik auseinander. Der aus der Ökologiebewegung stammende Verband mit seinen 7.000 Einzelmitgliedern wurde im Jahr 1985 mit dem Ziel gegründet, den ökologischen Landbau zu fördern. Da man zwischen einer nachhaltigen ökologischen Wirtschaftsweise und dem Einsatz der Grünen Gentechnik einen natürlichen Widerspruch sah, lehnte man deren Einsatz auch ab. Dies neben den möglichen ökologischen Folgen auch aufgrund nicht abschließend erforschter gesundheitlicher Folgen des Technologieeinsatzes und nicht vorhandener Vorteile für die Verbraucherschaft. Aus diesem Grund beschäftigte sich die VI zu Beginn der 1990er Jahre schon recht früh mit dem Einsatz transgener Organismen in der Nahrungsmittelproduktion und beteiligte sich an kritischen Kampagnen (vgl. Behrens/Meyer-Stumborg/Simonis 1997: 81; Janning 2009: 141; Katzek 1995: 156). Aus dieser Überzeugung heraus ging die VI im Jahr 1997 dann auch in die Offensive und gründete als ideelle Trägerin das Internetportal *TransGen*. Mit dieser Internetseite wollte man das Thema Gentechnik im Lebensmittelbereich sachlich beleuchten und den Verbrauchern somit eine objektive Informationsquelle zur Grünen Gentechnik anbieten. Das Konzept ging auf und wurde von vielen Interessierten als zuverlässige Informationsquelle geschätzt, musste sich aber auch etliche Kritik gefallen lassen.<sup>138</sup> Durch das monothematische Portal hatte man das Thema Gentechnik in den vergangenen Jahren auf der eigenen Verbandswebsite dann auch fast komplett ausgeklammert (vgl. Schmelzberg 2009; Verbraucher Initiative 2007).

In den Niederlanden setzte sich als ökologischer Verbraucherverband auf dem Feld der Grünen Gentechnik die 1982 gegründete *Vereniging voor gebruikers van Ekologische Producten* ein, welche später unter dem Namen *Alternatieve Konsumentenbond* (AKB) besser bekannt wurde. Der AKB lehnte den Gentechnik-

---

<sup>138</sup> Ab dem Jahr 2009 verabschiedete sich die VI aus der Trägerschaft des Portals und die Trägerschaft ging auf das *Forum Bio- und Gentechnologie – Verein zur Förderung der gesellschaftlichen Diskussionskultur e.V.* über. Kritiker sehen das Portal seit seiner Gründung als Quelle einer „trojanische Gentechnikpropaganda“ (Schmelzberg 2009) an, da sich *TransGen* hauptsächlich durch große Biotechnologieunternehmen wie *Bayer CropScience*, *BASF* oder *Monsanto* finanziert (vgl. ebd.).

einsatz im Agrarbereich grundsätzlich ab und setzte sich nachdrücklich für ein Moratorium ein. Nach Ansicht des Verbandes führte der Einsatz der Grünen Gentechnik zu einer vermehrten Zunahme der Industrialisierung der Landwirtschaft und gleichzeitiger Abnahme der Artenvielfalt (vgl. Behrens 2001: 135).<sup>139</sup> Seit dem Jahr 2002 stellt sich der alternative Verbraucherverband unter dem neuen Namen *Goede Waar & Co* auf, hat an seiner kritischen Sicht auf die Agro-Gentechnik allerdings nichts eingebüßt. So stuft man mit Verweis auf den heutigen Stand der Forschung sämtliche transgenen Methoden bei der Produktion von Kleidung und Lebensmitteln als feindlich für Menschen, Tiere und die Umwelt ein. Ihren Schwerpunkt in der Argumentation legt *Goede Waar & Co* dabei neben den potenziellen Risiken für Gesundheit wie Umwelt auch auf die gefährdete Existenz kleiner Landwirte in den Entwicklungsländern, die durch Abhängigkeiten von den großen Konzernen zustande kommt.<sup>140</sup>

Neben diesen speziellen Verbraucherinteressen vertreten in beiden Untersuchungsländern jeweils auch allgemein aufgestellte Verbände die Interessen der Verbraucher. In Deutschland nimmt diese Rolle der *Verbraucherzentrale Bundesverband e.V.* (vzbv) ein, der als fremdorganisierter Dachverband spezieller Verbraucherverbände im Jahr 2000 aus der *Arbeitsgemeinschaft der Verbraucherverbände* (AgV) hervorgegangen ist (vgl. Janning 2009; Mäkelburg 2012). Der Akteur erarbeitete bereits zu Beginn der 1990er Jahre eine öffentliche Stellungnahme bezüglich der Grünen Gentechnik und nahm durchgehend eine kritische Haltung ein. Bis heute hat sich dabei an der Argumentation des Verbandes nicht viel geändert. So argumentiert man mit der Einhaltung des Vorsorgeprinzips und fordert für dieses einen Vorrang vor wirtschaftlichen Interessen: Solange für die Verbraucher kein ersichtlicher Nutzen bestünde und die möglichen Folgen noch nicht abschließend geklärt sind, sollte nach Ansicht der vzbv ein vermeidbares mögliches Risiko nicht eingegangen werden. Für die Verbraucher-

---

<sup>139</sup> Vgl. Historie, Online: [http://www.goedewaar.nl/index.php?option=com\\_content&view=article&id=289&Itemid=644](http://www.goedewaar.nl/index.php?option=com_content&view=article&id=289&Itemid=644), Abruf: 24. März 2010.

<sup>140</sup> Vgl. Onderzoeksrapport, Online: [http://www.goedewaar.nl/index.php?option=com\\_content&view=article&id=235&Itemid=614](http://www.goedewaar.nl/index.php?option=com_content&view=article&id=235&Itemid=614); *Gentech/GMO's – achtergrondinformatie. Producten zonder gentechnologie*, Online: [http://www.goedewaar.nl/index.php?option=com\\_content&view=article&id=236&Itemid=550&phpMyAdmin=pDuXvAoX81OKrhRmZ95dKP97sN5](http://www.goedewaar.nl/index.php?option=com_content&view=article&id=236&Itemid=550&phpMyAdmin=pDuXvAoX81OKrhRmZ95dKP97sN5), Abrufe: 24. März 2010.

schützer steht die Forderung an erster Stelle, seiner Klientel die Freiheit zu ermöglichen, selbständig zwischen Lebensmitteln mit genmanipulierten Inhalten und solchen ohne transgene Organismen zu wählen. Diese Wahlfreiheit müsse nach Ansicht der vzbv durch strengere Kennzeichnungs- und Rückverfolgbarkeitsregeln ermöglicht werden (vgl. Behrens/Meyer-Stumborg/Simonis 1997: 80f.; Katzek 1995: 155; vzbv 2009a; 2009b).

Beim niederländischen *Consumentenbond* als selbstorganisiertem Pendant zur deutschen vzbv sieht man den Nutzen der Grünen Gentechnik ebenso wenig. Der nach eigenen Aussagen mitgliederstärkste Verbraucherband Europas nimmt gegenüber den Verfahren der modernen Bio- und Gentechnologie im Nahrungsmittelbereich eine eher moderate Haltung ein. So ist man zwar ausdrücklich für ein Marktverbot für derartige Produkte, wenn berechtigte Zweifel über deren Sicherheit bestehen. Die Grüne Gentechnik ist für den Verband allerdings keine simple Abwägung zwischen Ja oder Nein. Anstatt pauschale Schlüsse über die Technologie zu ziehen, müssten vielmehr Chancen und Risiken von Fall zu Fall neu beurteilt und abgewogen werden (vgl. Behrens 2001: 135; Consumentenbond 2004).

#### 4.2.2.2. Umwelt-, Tier- und Naturschutzverbände

Ähnlich wie bei den gesellschaftlichen Akteuren des Verbraucherschutzes, ergeben sich auch im Bereich der Ökologiebewegung verschiedene Argumentationsrichtungen innerhalb des Akteurbereiches. So unterscheidet beispielsweise RUCHT (1989) zwischen unterschiedlichen Motiven des Aktivismus in den Bereichen Naturschutz (*conservationism*), Umweltschutz (*environmentalism*) und Ökologie (*ecogolism*). Dabei verweist der *Naturschutzgedanke* auf den Schutz der natürlichen Gegebenheiten aufgrund von ästhetischen, ethischen und/oder religiösen Gründen. *Umweltschutz* wird von RUCHT hingegen als eine Haltung zur Verbesserung der menschlichen Umwelt bezüglich Immissionen, Umweltbelastung gesunder Lebensmittel etc. definiert und beschrieben. Der *Ökologiegedanke* als dritter Zweig basiert laut RUCHT auf einer ganzheitlichen Vision einer Gesellschaft, die im Einklang mit der Natur steht (vgl. ebd.). Sämtliche Sichtweisen und Argumentationsmuster sind in Westeuropa mal mehr und mal weniger stark miteinander verknüpft und vereinen sich gemeinsam in dem, was man als *Umwelt- oder Ökologiebewegung* bezeichnet. Einzelne setzen sie jedoch jeweils ihre

eigenen Schwerpunkte und nehmen zu konkreten Fragen eigenständige und differenzierte Positionen ein. Für das Themenfeld der Gentechnologie spielen aus dem gesellschaftlichen Bereich zudem auch noch Interessen eine wichtige Rolle, die sich für den Schutz und die artgerechte Behandlung und Haltung von Tieren einsetzen (vgl. Heijden/Koopmans/Giugni 1992: 2).

Erste Aktivitäten der Umweltbewegung im Gentechnikpolitikfeld gehen auf den Anfang der 1980er Jahre zurück, als es in den USA durch das Ausbringen von Bakterienkulturen zur Verhinderung der Frostbildung auf empfindlichen Pflanzen zu ersten Freisetzungen von transgenen Organismen im Ökosystem kam. Die Kritik weitete sich sodann auch auf andere Zweige der Umweltbewegung aus, fand unter anderem bei Umweltschutzorganisationen Anklang und führte zu vereinzelt direkten Aktionen gegen die ersten Freilandversuche mit transgenen Organismen. Zu einer zweiten großen Protestwelle kam es dann zu Beginn der 1990er Jahre, als hauptsächlich auf lokaler und regionaler Ebene in Deutschland und anderen Staaten auf die ersten staatlichen Regulierungen reagiert wurde. Grund für die erneute Besetzung von Gentechnik-Feldern, für Demonstrationen und Sabotageakte waren die zu jener Zeit verabschiedeten ersten Sicherheitsrichtlinien für den Gentechneinsatz auf EU-Ebene und in einzelnen Mitgliedsstaaten (vgl. Gill 2008: 617f.).

Die Umweltbewegung selbst hatte sich seit ihrer Entstehung in den 1970er Jahren bis heute immer weiter zentralisiert und institutionalisiert. Zählten etwa zu Beginn der 1970er Jahre die lokalen und regionalen Gruppen noch bei weitem zu den wichtigsten Akteuren der Bewegung, änderte sich dies bereits in den 1990er Jahren. Dieser Trend zur Professionalisierung verfestigte sich bis heute noch weiter, sodass heute vor allem nationale und transnationale Umwelt-, Naturschutz- und Ökologieverbände im Gentechnikkonflikt eine Rolle spielen (siehe auch Kapitel 2.2.1.3 und 2.2.1.4). Neben diesen eher generellen Entwicklungen hat sich die Umweltbewegung aber nicht unbedingt auch in allen Ländern in dieselbe Richtung entwickelt. So hatte Deutschland nach den Analysen von VAN DER HEIJDEN, KOOPMANS und GIUGNI (1992) eine der stärksten Umweltbewegungen mit einer hohen Zahl an unkonventionellen Aktionen, während etwa die niederländische Bewegung – gemessen an der Beteiligung an konkreten Kampagnen und Aktionen – hierbei nicht so stark abschneidet. Die

niederländischen Verbände und Gruppen aus diesem Bereich verzeichnen traditionell hingegen viel höhere Mitgliederzahlen (vgl. ebd.: 13ff.).

Der weiterhin anhaltende Professionalisierungstrend der Akteure der Umweltschutzbewegung – am besten zu sehen bei den hoch professionalisierten NGOs – lässt sich heute unter anderem auch an der internationalen Ausrichtung und Positionierung mancher Organisationen erkennen. Zu den mächtigsten Akteuren gehören so vor allem jene Organisationen, die von der nationalen bis zur internationalen Ebene überall vertreten sind und durch ihre finanziellen oder humanen Ressourcen und somit eine gesteigerte Organisations- wie Konfliktfähigkeit über enormes Machtpotential verfügen. Einer dieser global agierenden Verbände ist die NGO *Greenpeace*, welche von ihrem Büro in Amsterdam aus weltweit und zudem in vielen Ländern und auf vielen Ebenen tätig ist (siehe dazu Kapitel 4.4.8). Im Politikfeld der Grünen Gentechnik ist *Greenpeace* erst seit 1996 aktiv. Aufgrund von ökologischen Argumenten beschloss man damals, das Themenfeld mit in die Kampagnenpolitik aufzunehmen. Heute gilt die kritische Auseinandersetzung mit dem Gentechnikeinsatz im Agrar- und Lebensmittelbereich als eines der wichtigsten Themen (vgl. Behrens/Meyer-Stumborg/Simonis 1997: 79f.; Heijden/Koopmans/Giugni 1992: 17).<sup>141</sup>

Nach Ansicht von *Greenpeace* sollten GMOs – solange keine wissenschaftliche Erkenntnis über die Folgen für Gesundheit und Natur besteht – nicht in die Umwelt ausgesetzt werden. Aus diesem Grund setzen sich die Aktivisten auch für klare Kennzeichnungs- und Trennungsregeln ein und sprechen sich gegen die Patentierung des Lebens durch die Lizenzierung einzelner Gene aus. Leben sollte dementsprechend auch nicht wie eine Handelsware behandelt werden. Güter wie Biodiversität oder die ökologische Integrität der weltweiten Nahrungsmittelversorgung sind den Aktivisten zu wichtig, als dass man sie einer derartigen Gefahr aussetzen sollte (vgl. Greenpeace 2010b; Greenpeace 2010c).<sup>142</sup>

---

<sup>141</sup> Vgl. How is Greenpeace structured?, Online: <http://www.greenpeace.org/international/about/how-is-greenpeace-structured>, Abruf: 31. März 2010.

<sup>142</sup> Say no to genetic engineering, Online: <http://www.greenpeace.org/international/campaigns/genetic-engineering>; Sustainable agriculture and GMOs, Online: <http://www.greenpeace.org/eu-unit/campaigns/say-no-to-genetic-engineering>, Abruf: 31. März 2010.

Auf ähnlich starke organisationale Ressourcen wie Greenpeace kann auch die Organisation *Friends of the Earth International* (FoEI) als internationaler Zusammenschluss von nationalen Umweltschutzorganisationen zurückgreifen, die in den späten 1960er Jahren gegründet wurde. Die Organisation bezeichnet sich selbst als weltgrößtes Graswurzelnetzwerk im Umweltbereich und vereinigt dabei weltweit 77 nationale Ableger und auf jedem Kontinent zusätzlich rund 5.000 lokale Aktivistengruppen unter einem gemeinsamen Dach. Der europäische Ableger *Friends of the Earth Europe* (FoEE) vertritt dabei zurzeit 30 nationale Organisationen. In den beiden Untersuchungsländern Deutschland und Niederlande gehören die beiden Organisationen *Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland* (BUND) und *Milieudefensie* dem *Friends of the Earth*-Netzwerk an (vgl. Ansell/Maxwell/Sicurelli 2006: 104; Heijden/Koopmans/Giugni 1992: 15).<sup>143</sup> In Bezug auf die Agro-Gentechnik nimmt die Organisation eine sehr kritische Haltung ein. So sieht FoEE das Risiko einer Verunreinigung von biologisch wie konventionell hergestellten Lebensmitteln als grundlegendes Problem an und setzt sich auf europäischer Ebene nachdrücklich für strengere Vorschriften bei der Freisetzung von GMOs, deren Kennzeichnung sowie Rückverfolgbarkeit ein und ruft zum öffentlichen Protest auf. Regelmäßig geht die Organisation dabei auch im Schulterschluss mit anderen Organisationen in öffentlichen Stellungnahmen gegen den Einsatz der Grünen Gentechnik vor.<sup>144</sup> Auf der nationalen Ebene setzt sich sowohl der deutsche Ableger BUND als auch die niederländische *Milieudefensie* gegen die Grüne Gentechnik ein. Während der BUND vor den Risiken für die Gesundheit, Umwelt sowie Wirtschaft warnt und für eine größtmögliche Wahlfreiheit plädiert (vgl. BUND 2010b), argumentiert *Milieudefensie* ähnlich, widerlegt die Vorteile von GMOs für Entwicklungsländer und spricht sich insgesamt für eine gentechnikfreie biologische Landwirtschaft aus, welche als

---

<sup>143</sup> Vgl. About friends of the earth international, Online: <http://www.foei.org/en/who-we-are/about>, Abruf: 31. März 2010; About us, Online: <http://www.foeeurope.org/about/english.htm>, Abruf: 3. März 2010.

<sup>144</sup> Vgl. FoEE Campaigns, Online: <http://www.foeeurope.org/activities/general.htm>; Hidden uncertainties. What the European Commission doesn't want us to know about the risks of GMOs, Online: [http://www.foeeurope.org/publications/2006/hidden\\_uncertainties.pdf](http://www.foeeurope.org/publications/2006/hidden_uncertainties.pdf); EU animal feed imports and GMO policy, Online: [http://www.foeeurope.org/GMOs/animal\\_feed/Briefing\\_animal\\_feed\\_GMOs\\_May\\_2008.pdf](http://www.foeeurope.org/GMOs/animal_feed/Briefing_animal_feed_GMOs_May_2008.pdf), Abrufe: 31. März 2010.

Gegenentwurf zu den durch den Gentechnikeinsatz geplanten Störung der Ökosysteme entgegengestellt (vgl. Milieudefensie 2010).

Neben den beiden großen NGOs *Greenpeace* und *Friends of the Earth* ist auf der internationalen wie nationalen und lokalen Ebene auch noch der *World Wide Fund for Nature* (WWF) aktiv, der sich seit seiner Gründung im Jahr 1961 als reine Naturschutzorganisation versteht und heute zu den weltweit größten Netzwerken im Bereich Naturschutz zählt. Der WWF ist in rund 100 Ländern der Erde aktiv und oftmals auch mit eigenen Büros vor Ort vertreten. Eine eigene europäische Vertretung existiert seit 1989 und befindet sich am Herz der Gemeinschaftspolitik in Brüssel.<sup>145</sup> Die Grüne Gentechnik gehört im Gegensatz zu den beiden anderen vorgestellten global operierenden Umweltakteuren für den WWF nicht zu den Hauptschwerpunkten. Die jüngsten Stellungnahmen des internationalen Büros zu diesem Themenbereich datieren sodann auch vom Anfang des Jahrtausends. Darin stellt man dann auch noch einmal die eigentliche Mission des WWF heraus, nämlich die Erhaltung von Natur und ökologischen Prozessen. Aus diesem Blickwinkel äußerte man sich entsprechend auch vorsichtig besorgt über die möglichen Gefahren bei der Freisetzung von GMOs durch die Landwirtschaft und forderte 2001 eine starke Anwendung des Vorsorgeprinzips für die Verwendung und Freisetzung transgener Organismen in die Natur.<sup>146</sup> Als wirkliches Thema wird die Gentechnik lediglich auf der Website des deutschen WWF-Ablegers genannt. WWF Deutschland lehnt Gentechnik-Organismen dabei nachdrücklich ab und verlangt, dass deren Einsatz solange zurückgehalten wird, bis wissenschaftliche Untersuchungen eindeutig deren Ungefährlichkeit für die Natur belegen.<sup>147</sup> Erst jüngst hat sich der WWF aber auch Kritik von anderen Umweltschutz-Akteuren bezüglich des Umgangs mit dem Thema Agro-Gentechnik gefallen lassen müssen. So kam es beispielsweise in den Niederlanden im Jahr 2009 zu einer

---

<sup>145</sup> Vgl. Who we are, Online: [http://www.panda.org/what\\_we\\_do/how\\_we\\_work/policy/wwf\\_europe\\_environment/about\\_us/](http://www.panda.org/what_we_do/how_we_work/policy/wwf_europe_environment/about_us/); Who we are, how we came about, and what we're about, Online: [http://www.panda.org/who\\_we\\_are/](http://www.panda.org/who_we_are/), Abrufe: 1. April 2010.

<sup>146</sup> Vgl. Genetically modified organisms. Position Statement, Online: <http://assets.panda.org/downloads/gmospositionpaperwwfinternational1999.pdf>, Abrufe: 1. April 2010.

<sup>147</sup> Vgl. Position des WWF Deutschland zur Gentechnik. Baseler Kriterien für Soja-Anbau entwickelt, Online: <http://www.wwf.de/themen/landwirtschaft/gentechnik/>, Abrufe: 1. April 2010.

medienwirksamen Aktion von Anti-Gen-Aktivist\*innen vor den Türen des Büros des niederländischen WWF-Ablegers *Wereld Natuur Fonds* (WNF) in Zeist. Anlass war die zuvor bekundete Unterstützung eines neuen Labels für „verantwortlich“ produzierte Sojaprodukte durch den WWF. Während sich andere Organisationen wie unter anderem *Milieudéfensie* offiziell von den Label-Kriterien, laut denen die Agro-Gentechnik durchaus als Weg zur Erreichung der angestrebten Ziele angesehen wird, distanzieren, da sie mit Verantwortlichkeit nichts zu tun hätten, unterstützte der WWF diese weiter. Man begründete diesen Schritt damit, dass man so Probleme wie die Entwaldung, den immer weiter ansteigenden Pestizideinsatz oder die Verletzung von Landrechten in den für den Sojaanbau verwendeten ehemaligen Regenwaldgebieten so besser angehen und beeinflussen könne (vgl. ASEED Europe 2009; Milieudéfensie 2009).

Einen Fokus, der vor allem auf Nachhaltigkeit setzt, nimmt im Umweltbereich die Aktionsgruppe *Action for Solidarity, Equality, Environment and Diversity* (ASEED) – vor allem durch ihren europäischen Ableger *ASEED Europe* – ein (siehe hierzu Kapitel 4.4.2). Das im Jahr 1991 gegründete dezentrale Netzwerk mit Sitz in den Niederlanden verfolgt das Ziel, Menschen in ganz Europa, die sich für soziale und ökologische Gerechtigkeit einsetzen, zu vernetzen. Die Gentechnik ist eines der wenigen Hauptthemen der Netzwerkorganisation, die selbst gerne als Koordinatorin der gesamten Anti-Gentechnik-Bewegung auftreten möchte. Der eigene Fokus liegt dabei auf Themen wie Umweltzerstörung und sozialer Ungerechtigkeit durch die Einführung transgener Pflanzen und Lebensmittel auf dem Weltmarkt (vgl. Ansell/Maxwell/Sicurelli 2006: 101).<sup>148</sup>

Schaut man sich die mehr traditionellen und mehr regional arbeitenden Umweltschutzakteure an, dann hat man es in den einzelnen Ländern mit vielen recht unterschiedlichen Verbänden und Gruppen zu tun. Einem gemeinsamen Standpunkt finden diese nationalen Organisationen durch das *European Environmental Bureau* (EEB), welches seit dem Jahr 1974 als Dachverband für Umweltorganisationen aus ganz Europa fungiert. Sprachen VAN DER HEIJDEN,

---

<sup>148</sup> Vgl. Über uns, Online: [http://www.aseed.net/index.php?option=com\\_content&task=view&id=19&Itemid=38](http://www.aseed.net/index.php?option=com_content&task=view&id=19&Itemid=38) vom 15. Dezember 2008, Abruf: 13. April 2010.

KOOPMANS und GIUGNI noch 1992 vom *EEB* als kleinem europaweitem Büro, bündelte die Dachorganisation anno 2010 die Interessen von mehr als 140 nationalen und lokalen Graswurzelakteuren aus 31 Ländern. Sie kämpft für eine bessere Umwelt in Europa und vertritt die Interessen seiner Mitglieder vor den Institutionen der Europäischen Union (Heijden/Koopmans/Giugni 1992: 34).<sup>149</sup> In Bezug auf die Grüne Gentechnik hat sich das *EEB* in den vergangenen Jahren immer wieder klar positioniert. So fordert man vom *Europäischen Parlament*, sich dafür einzusetzen, dass Europa sich aus der Abhängigkeit von außereuropäischen Importen mit mehrheitlich transgenem Pflanzeneiweiß losreißt, dem Druck einer Lockerung der Regulierung widersteht, und sich weltweit für hohe Gesundheits- und Sicherheitsstandards einsetzt. Das *EEB* setzt sich deshalb für strikte Reinheitsstandards von Pflanzen und einem maximalen Grenzwert von 0,1 Prozent ein und verlangt das Recht für jeden Mitgliedsstaat, um auf lokaler und regionaler Ebene gentechnikfreie Zonen einrichten zu dürfen (vgl. *EEB* 2008a: 4ff.; *EEB* 2008b: 10ff.).

Zu den Mitgliedsverbänden des *EEB* in den beiden Untersuchungsländern gehören neben anderen – hier teilweise bereits genannten – wichtigen Verbänden auch zwei, die eine herausragende Rolle in ihrem jeweiligen Land spielen: der *Deutsche Naturschutzring e.V.* (*DNR*) für Deutschland und die *Stichting Natuur en Milieu* (*SNM*) für die Niederlande. Ersterer besteht seit dem Jahr 1950, stellt sich als Dachorganisation von 94 im Natur- und Umweltschutz aktiven Mitgliedsverbänden auf und vertritt so auch die meisten der anderen deutschen Verbände, die direkt dem *EEB* oder auch *Friends of the Earth Europe* angehören. Bezüglich der Grünen Gentechnik positioniert sich der *DNR* insgesamt sehr kritisch. In ihrem Grundsatzprogramm lehnt man die Anwendung wie auch die Vermarktung von transgenen Lebensmitteln strikt ab, fordert einen europaweiten Stopp der Zulassungen und eine lückenlose Kennzeichnungspflicht für sämtliche transgenen Produkte (vgl. *DNR* 2002: 15).

Als nationaler Dachverband von Umwelt- und Naturschutzakteuren fungierte auch die 1972 in den Niederlanden ins Leben gerufene *Stichting Natuur en*

---

<sup>149</sup> Vgl. auch The environmental voice of European citizens, Online: <http://www.eeb.org/index.cfm/about-eeb/>, Abruf: 1. April 2010.

*Milieu* über Jahre, bis sie sich vor einigen Jahren auf Koordinierungsaufgaben zwischen Umweltorganisationen beschränkte.<sup>150</sup> Wie der Name der Stiftung bereits vermuten lässt, vereint die Organisation sowohl Umwelt- als auch Naturschutzinteressen unter einem Dach. Obwohl es zwischen beiden Positionen – dem schwerpunktmäßigen Erhalt von Natur und dem schwerpunktmäßigen Kampf gegen Naturzerstörung – in vielen Punkten unterschiedliche Ansichten gibt, positioniert sich der Verband hinsichtlich der Grünen Gentechnik einheitlich. So gehört man in diesem Politikfeld zu den grundsätzlich kritischen Akteuren und lehnt beispielsweise gentechnisch hergestellte Totalherbizide strikt ab (vgl. Behrens 2001: 136f.). Im Vergleich etwa zum *DNR* scheint die Agro-Gentechnik bei der *SNM* jedoch keine allzu große Rolle zu spielen – auf deren Website finden sich so auch nur sehr schwer konkrete Positionen. Das, was sich findet, geht aber deutlich in eine Richtung: So nimmt der Verband aufgrund der nur schwer abschätzbaren Risiken in der Entwicklung von GMOs eine zurückgenommene bis kritische Haltung ein und verfolgt den Standpunkt, dass GMOs solange bekämpft werden müssen, bis der Beweis erbracht ist, dass sie keine nachteiligen Effekte haben (vgl. *SNM* 2001: 16). Zuletzt hat sich die *SNM* im Schulterschluss mit anderen Organisationen vor allem zu transgener Soja geäußert und sich kritisch bezüglich deren attestierter Nachhaltigkeit positioniert. Dabei stellte man heraus, dass der Einsatz dieser Nutzpflanze zu einem erhöhten Gebrauch an Pflanzenschutzmitteln sowie zur Entstehung großer industrieller Monokulturen und dem Verlust an Biodiversität führt. Landwirte würden sich von dem teuren patentierten Saatgut sowie den zugehörigen Unkrautvernichtungsmitteln zudem immer mehr abhängig machen (vgl. *SNM* 2008; *SNM et al.* 2008).

#### 4.2.2.3. Akteure aus dem Entwicklungshilfebereich

Neben den bereits erwähnten Verbänden darf auch die Gruppe jener gesellschaftlichen Akteure nicht vergessen werden, die sich in der weltweiten

---

<sup>150</sup> Waren 2001 noch zwischen 20 und 25 Verbände und Vereine in der *SNM* organisiert, koordiniert die Stiftung heute mehrmals pro Jahr Koordinierungsberatungen zwischen einer guten Hand voll Umweltakteuren (vgl. Behrens 2001: 136; E-Mail-Kontakt vom 12. April 2010).

Entwicklungszusammenarbeit engagieren. Aus ihrem Kreis widmen sich einige Organisationen thematisch ebenfalls der Grünen Gentechnik und machten dies durch ihre Schwerpunktsetzung auf die Themen Armut, Nachhaltigkeit und die Autonomie der Landwirtschaft in den Entwicklungsländern zu einem wichtigen Mobilisierungsthema. Eine Bewertung von Chancen und Risiken fällt dabei von Organisation zu Organisation sehr unterschiedlich aus. So gehören einige entwicklungspolitische Aktivisten durchaus zu den Befürwortern von transgenen Pflanzen und erhoffen sich von ihnen die Lösung von spezifischen Nahrungsmittelproblemen in Armutsregionen (vgl. Ansell/Maxwell/Sicurelli 2006: 101; Strünck 2006: 185f.). Aus diesem Grund zieht auch die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation *FAO* der Vereinten Nationen mit den sich ergebenden Vorteilen von Genpflanzen Parallelen zur sogenannten „grünen Revolution“ in den 1960er Jahren, durch welche sich die Ernährungslage in den Ländern des Südens etwa durch die Entwicklung ertragreicher Sorten durch die chemische Industrie verbessert hatte. Man spricht offiziell sogar von einer zu erwartenden „gene revolution“, durch welche die Hungerproblematik in den Entwicklungsländern effektiv angegangen werden könnte und bekommt dabei auch Unterstützung vom Entwicklungsprogramm *UNDP* der *Vereinten Nationen* (vgl. Pingali/Raney 2005; UNDP 2001).

Auf der anderen Seite befürchten andere Akteure der Entwicklungszusammenarbeit jedoch eine sich durch den Gentechnikeinsatz erhöhende technologische und finanzielle Abhängigkeit der Entwicklungsländer von den Industriestaaten und multinationalen Konzernen aufgrund der technischen Überlegenheit des Westens und den auf vielen transgenen Gewächsen ruhenden Biopatenten. Die Finanzierung von transgenen Organismen vor Ort zöge nach Ansicht vieler Kritiker Ressourcen in derartiger Höhe an sich, die man besser zur Bekämpfung der grundsätzlichen Ursachen von Hunger und Unterentwicklung durch soziale Hilfsmaßnahmen einsetzen sollte. Der Import der Gentechnologie in den Ländern des Südens bedeute nach Ansicht vieler Kritiker zudem eine Verstärkung des Trends hin zu mehr landwirtschaftlichen Großbetrieben und in dessen Folge die zunehmende Enteignung und Verarmung von landwirtschaftlichen Kleinbetrieben. Die indische Bürgerrechtlerin und Kämpferin gegen die Patentierung von Pflanzen und Genen, *VANDANA SHIVA*, sieht die Grüne

Gentechnik so auch als logische Fortsetzung des Trends der Grünen Revolution an, der zur sozialen Ausbeutung und ökologischen Zerstörung geführt habe. Durch neue Formen der Biopiraterie würde sich ein moderner Kolonialismus so ungestört weiter fortsetzen können (vgl. Rucht/Yang/Zimmermann 2008: 49f.; Strünck 2006: 185ff.).

#### 4.2.2.4. Aktionsbündnisse und Kampagnennetzwerke

Abschließend kam und kommt es innerhalb des gesellschaftlichen Bereichs immer wieder dazu, dass sich neugegründete oder bereits bestehende NGOs jenseits der bereits vorgestellten organisationalen Strukturen mit dem Thema Grüne Gentechnik beschäftigen und kritisch Stellung beziehen. Diese Akteure stammen aus den verschiedensten Bereichen und verwenden dementsprechend auch sehr unterschiedliche Argumentationsmuster. Unter jenen Gruppen, die vor allem globalisierungskritisch auftreten, ist die *Association pour une taxation des transactions financières pour l'aide aux citoyens* (attac) sehr aktiv. Das im Jahr 1998 gegründete Netzwerk hat sich zum Ziel gesetzt, Alternativen für die heutige, von den internationalen Finanzmärkten abhängige und von Gewinnmaximierung geprägte Gesellschaft anzubieten.<sup>151</sup> Die Gentechnik im Nahrungsmittelbereich ist bei *attac international* lediglich ein Randthema – in manchen nationalen Untergruppierungen wie beispielsweise in Deutschland oder Frankreich wird das Thema jedoch vermehrt in regionalen Arbeitskreisen und -gruppen thematisiert. So sieht man die aktuellen Entwicklungen in diesem Politikfeld bei *attac* höchst kritisch, bezeichnet sie wie etwa die „AG Gentechnik Bielefeld“ als „*moderne Form totalitärer Entmündigung und Bevormundung*“<sup>152</sup> und ruft zum gesellschaftlichen Widerstand auf. Der Argumentationsschwerpunkt liegt dabei vor allem auf globalen Aspekten, da man durch die Weiterentwicklung und Weiterverbreitung der neuen Technologien eine dramatische Veränderung der weltweiten menschlichen Nahrungsgrundlagen sieht.<sup>153</sup>

---

<sup>151</sup> Vgl. Was ist attac?, Online: <http://www.attac.org/de/was-ist-attac>, Abruf: 13. April 2010.

<sup>152</sup> Vgl. Über die AG Gentechnik, Online: <http://www.attac-netzwerk.de/bielefeld/ag-gentechnik/>, Abruf: 13. April 2010.

<sup>153</sup> Vgl. ebd.; AK Gentechnologie, Online: <http://www.attac-netzwerk.de/bonn/arbeitsgruppen/ag-gentechnologie/>, Abruf: 13. April 2010.

Als eines von vielen Themen gilt die Gentechnikdebatte auch bei der 2004 gegründeten jungen deutschen Kampagnenorganisation *Campact*. Sie will mit ihren Kampagnen und Aktionen „ein wirksames Gegengewicht zur Macht der Wirtschafts- und anderer Lobbies“<sup>154</sup> bilden. Der kollektive Protest über das Internet und auf der Straße ist dabei nur ein Bereich unter vielen, der durch die Aktivist:innen von *Campact* in unregelmäßigen Abständen geführt wird. Zuletzt wendete man sich in der Kampagne zur Gentechnik dabei im Februar 2010 an die ehemalige deutsche Bundeslandwirtschaftsministerin ILSE AIGNER (CSU) und übergab rund 35.000 Unterschriften mit dem Appell „Blauer Brief an Aigner – Kein Comeback der Gentechnik“ an die Ministerin. Mit dieser Aktion wollten die Aktivist:innen die Ministerin auffordern, zu einer nach Ansicht von *Campact* verantwortungsvollen Politik zurückzukehren und im damals anstehenden Treffen im EU-Ministerrat gegen die Zulassung von transgenem Mais in Europa zu stimmen (vgl. *Campact* 2010a). Im Gegensatz zu den mehr unabhängig operierenden zuvor vorgestellten Akteuren wird *Campact* in ihrer Kampagne zur Gentechnik von verschiedenen Organisationen unterstützt. Darunter befinden sich auch sehr namhafte Verbände wie etwa der *Deutsche Naturschutzring*, der *Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft*, der Anbauverband *Bioland* sowie die beiden Bewegungsnetzwerke *Grüne Liga* und *BBU*.<sup>155</sup>

Auf eine ähnlich breite Basis von Unterstützerorganisationen kann auf europäischer Ebene auch das *European NGO Network on Genetic Engineering* (GENET) zurückgreifen. Der Verbund von 41 Non-Profit-Organisationen aus 21 Ländern wurde 1995 gegründet und engagiert sich in der kritischen Debatte um die Gentechnik. Als Hauptaufgabe sieht das Netzwerk selbst die Bereitstellung von Informationen zum Themenfeld genetische Manipulation für die eigenen Mitglieder und die interessierte Öffentlichkeit sowie die Koordination von Aktivitäten und Kampagnen. Auf europäischer Ebene sind dabei unter anderem bekannte Verbände wie etwa *Friends of the Earth Europe* oder *Greenpeace Europe* Mitglied des Netzwerks. In Deutschland zählen Akteure wie die *Arbeitsgemeinschaft*

---

<sup>154</sup> Campact im Überblick. Demokratie in Aktion, Online: <http://campact.de/campact/about/home>, Abruf: 13. April 2010.

<sup>155</sup> Vgl. Kampagne Gentechnik, Online: <http://www.campact.de/gentec/home>, Abruf: 13. April 2010.

bäuerliche Landwirtschaft und das *Gen-ethische Netzwerk* zu den Mitgliedern, in den Niederlanden ist *ASEED Europe* Teil des *GENET*-Netzwerks.<sup>156</sup>

Informationsdienstleister wie *GENET* bestehen auch in den beiden Untersuchungsländern – sie richten sich mit ihren Inhalten aber vermehrt an die breite Öffentlichkeit. So bildet der deutsche *Informationsdienst Gentechnik* mit seinem Internetportal [www.keine-gentechnik.de](http://www.keine-gentechnik.de) eine kritische Informationsquelle zum Thema Gentechnik im Lebensmittelbereich, stellt aktuelle Nachrichten sowie Termine bereit und informiert über Aktionen gegen die Gentechnik. Er wurde durch Umwelt-, Wirtschafts-, Verbraucher- und Landwirtschaftsverbände gemeinsam ins Leben gerufen und bildet ein Gemeinschaftswerk von Verbänden und Organisationen, welches durch bekannte Akteure getragen und unterstützt wird. Dazu gehören etwa die *Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft*, der *Bund ökologische Lebensmittelwirtschaft*, der *BUND*, der *NABU* und etliche Anbaugemeinschaften des ökologischen Landbaus (vgl. Informationsdienst Gentechnik 2010). Einen ähnlichen Ansatz verfolgt auch die niederländische Webseite [www.gentech.nl](http://www.gentech.nl), welche als Initiative aus einer Koalition kritischer NGOs hervorgegangen ist, um auch in den Niederlanden den leichten Zugriff auf allgemeine und kritische Informationen zum Thema Gentechnologie zugänglich zu machen. Zu den Unterstützern des Dienstes gehören dabei so namhafte Organisationen wie die Kampagnenorganisation *ASEED Europe*, die Umwelt- und Naturschutzakteure *Friends of the Earth Europe* und *Milieudedefensie*, der Verbraucherschutzverband *Goede Waar & Co* sowie aus dem Entwicklungshilfebereich etwa *Oxfam Novib* oder die protestantische Hilfsorganisation *Kerk in Actie*.<sup>157</sup>

Während die vorgestellten Initiativen ihren Unmut allesamt durch friedliche Mittel äußern, geht eine andere Gruppe von Akteuren den gegensätzlichen Weg, schließt Gewalt gegen genetisch manipulierte Pflanzen nicht aus und macht durch öffentlichkeitswirksame Feldzerstörungen auf sich aufmerksam. Obwohl durch die Aktionen oftmals großer Schaden angerichtet wird, stellen

---

<sup>156</sup> Vgl. *GENET information sheet*, Online: [http://www.genet-info.org/fileadmin/files/genet/Membership/GENET\\_info\\_2008.pdf](http://www.genet-info.org/fileadmin/files/genet/Membership/GENET_info_2008.pdf), S. 1; *Member organisations*, Online: <http://www.genet-info.org/member-organisations/>, Abrufe: 13. April 2010.

<sup>157</sup> Vgl. *Wie zijn wij?*, Online: [http://www.gentech.nl/wie\\_zijn\\_wij](http://www.gentech.nl/wie_zijn_wij), Abruf: 13. April 2010.

gewalttätige Aktivisten lediglich eine Minderheit innerhalb des Gentechnikkonfliktes dar. Derartige autonome Gruppen sind bereits sehr lange aktiv. So machten Anfang der 1990er Jahre in den Niederlanden bereits etliche Gruppen mit sehr fantasievollen Namen wie „Razende Rooiers“ (Rasende Rote), „Ziedende Bintjes“ (Siedende Kartoffeln) oder „Woedende Escorts“ (Tobende Begleiter) durch die fortwährende Zerstörung von Versuchsfeldern auf sich aufmerksam. „*Um jäten zu können muss man kein Experte sein*“ hieß es noch 1991 in einer Presseerklärung, nachdem die *Razende Rooiers* am 27. Juli des Jahres an drei Versuchsstandorten zugeschlagen hatten: Im Ort Rilland wurden Maispflanzen abgeschnitten, in Wageningen wurde ein Kartoffelfeld umgegraben und in der Ortschaft Bant riss man damals ganze Kartoffelpflanzen aus der Erde (vgl. AKB 1994; Alex 1998; Behrens 2001: 137).

Neben autonomen Gruppen beteiligten sich in den Niederlanden im Jahr 2008 in einem Fall auch die gesellschaftlich anerkannten Aktivisten von *Greenpeace Nederland* an der Unbrauchbarmachung von Versuchsfeldern. Bei einem von *Monsanto* durchgeführten Versuch in der Gemeinde Lelystad schoss die Umwelt-NGO ihre „Konfettikanone“ aus konventionellem Saatgut über dem Gelände ab. Einen Monat nach der Sabotageaktion wuchsen auf dem Acker Pflanzen vielerlei Art und Größe. Mit dieser einmaligen Aktion wollte *Greenpeace* seinen Unmut äußern, da *Monsanto* die Feldversuche trotz eines gerade begonnenen gerichtlichen Verfahrens durchführte. Auch wenn es bei *Greenpeace Nederland* bei einer einmaligen Aktion blieb, kam es auch in den ersten Jahren des neuen Jahrtausends in den Niederlanden immer wieder zu vereinzelten Anschlägen auf transgene Äcker (vgl. Boersma 2009: 7; Lugt 2008: 6). Das Ausmaß der niederländischen Aktionen war dabei jedoch nicht annähernd so groß wie etwa in Frankreich im August 2004, als rund 1.500 Aktivisten ein Feld stürmten und das transgene Getreide vorzeitig abmähten. Und auch in Deutschland wurden immer wieder Felder demonstrativ „befreit“. So veranstaltet die ursprünglich von Imkern und Landwirten im Jahr 2004 gegründete Initiative *Gendreck weg! - Freiwillige Feldbefreiung* regelmäßig solche Befreiungsaktionen, denen meist Kundgebungen, Protestzüge und andere symbolische Aktionen vorweggehen. Zu allen Aktionen wurde – im Gegensatz zu den Zerstörungen in den Niederlanden – öffentlich eingeladen, sie wurden zuvor im

Tabelle 9: *Aktivste Akteure in Deutschland (Herbst 2010 bis Herbst 2011)*

<b>Herkunft</b>	<b>Name</b>	<b>Nennungen</b>
Landwirtschaft	Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e.V.	32
	Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft e.V.	25
	Bioland e.V.	24
Umweltschutz	Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland	33
	Greenpeace Deutschland	17
	Naturschutzbund Deutschland e.V.	13
Verbraucherschutz	Bio-Verbraucher e.V.	3
	Initiative Nahrungs-kette	3
	Slow Food Deutschland e.V.	3

Quelle: Eigene Darstellung

Internet angekündigt und endeten in den meisten Fällen mit Verhaftungen. Sofern es zum Prozess kommt, werden in der Regel Geldstrafen verhängt, für deren Begleichung die Kampagne mit Spendeneinnahmen einspringt. Als Kopf und Gesicht der deutschen Bewegung gilt der Imker MICHAEL GROLM, der zu den fundamentalsten Gentechnik-Kritikern gehört und als erster deutscher Feldzerstörer 2009 für seine Taten aus Überzeugung ins Gefängnis ging (vgl. Buse 2009: 66ff.; Cine Rebelde 2009; Rucht/Yang/Zimmermann 2008: 53).<sup>158</sup>

<sup>158</sup> Vgl. Widerstand, Online: <http://www.gendreck-weg.de/?id=25&lg=de>, Abruf: 13. April 2010.

Tabelle 10: *Aktivste Akteure in den Niederlanden (Herbst 2009 bis Herbst 2011)*

<b>Herkunft</b>	<b>Name</b>	<b>Nennungen</b>
Landwirtschaft	Bionext (ehemals Biologica)	8
	Verdelg Monsanto	3
	BD-vereniging	2
Umweltschutz	Greenpeace Nederland	26
	ASEED	17
	Milieudefensie	4
Verbraucherschutz	Gentechnvrije Burgers	5
	Werkgroep "Burgers voor gentechnvrij voedsel"	2
	-	-

Quelle: Eigene Darstellung

### 4.3. Kartierung aktiver Akteure

Wie gezeigt sind auf dem Politikfeld der Grünen Gentechnik insgesamt etliche ganz unterschiedliche Akteure und Gruppen aktiv, die unterschiedlichen Hintergründen entspringen und sich mit den verschiedensten Mitteln und mit unterschiedlich starkem Engagement und Härte gegen gentechnisch veränderte Organismen im Lebensmittelbereich engagieren. Um einen Gesamtüberblick über die vertretenen Akteure auf den Untersuchungsebenen der beiden Staaten Deutschland und den Niederlanden zu bekommen, musste zu Beginn erst einmal eine Art „Kartierung“ der Landschaft von Gegenakteuren stattfinden, bei der nach Herkunft, Art sowie Häufigkeit des Engagements der einzelnen Akteure unterschieden werden sollte. Analysiert wurden dabei Akteure aus den drei Untersuchungskategorien Landwirtschaft, Umweltschutz sowie Verbraucherschutz.

Neben dem Hauptzweck, einen detaillierten Überblick über die aktiven Akteure zu bekommen, half diese Kartierung zudem dabei, die Auswahl der

Interviewpartner zu vereinfachen und so als Basis für das Sampling (siehe hierzu Kapitel 2.7.1) zu dienen. Sämtliche sich durch das Sampling für die Untersuchung als relevant herausgestellten Akteure wurden anhand ihrer eigenen Protestaktivitäten auf dem Politikfeld der Grünen Gentechnik gewichtet. Dabei ergab sich zunächst das Bild, dass es bei der jeweiligen Aktivität deutliche Unterschiede zwischen den Akteuren der einzelnen Schwerpunktkategorien gibt. So beherrschen Akteure aus dem Agrar- und dem Natur-/Umwelt-Bereich ganz klar das Feld. Verbraucherschutzakteure sind hingegen weit abgeschlagen und können nur wenige Nennungen verzeichnen. Vor allem in den Niederlanden war es hier schwierig bis unmöglich, mehr als zwei den Kriterien entsprechende Akteure herauszufiltern. Vergleicht man beide Länder, dann sticht Deutschland wie erwartet überdeutlich als jenes Land heraus, auf das am meisten Aktivität herrscht. Für die Niederlande hingegen ist es äußerst schwierig, mehr als nur ein paar wenige Akteure auszumachen. Glaubt man den untersuchten Meldungen, dann ist es oft die nationale *Greenpeace*-Einheit allein, welche in den Niederlanden gegen die Agro-Gentechnik aktiv ist.

Für die zwei Untersuchungsländer beziehungsweise die einzelnen Akteurentypen ergeben sich nach Auswertung aller in die Analyse aufgenommen Meldungstexte nun zwei Tabellen mit den jeweils drei „aktivsten“ Akteuren in Deutschland (siehe Tabelle 9) und den Niederlanden (siehe Tabelle 10).

#### 4.4. Portrait der interviewten Akteure

Aus den beschriebenen Gründen (siehe dazu Kapitel 2.7.2) kam es bei den in der Kartierung herausgefilterten 17 Akteuren lediglich bei zwölf Akteuren zu einem Interview. Diese interviewten Akteure sollen nun zunächst einmal grob vorgestellt werden, damit ein Eindruck bekommen wird, um was für (unterschiedliche) Akteure es sich handelt. Dabei wurde hauptsächlich auf Informationen zurückgegriffen, die sich auf den Websites der jeweiligen Akteure befinden – teilweise wurde aber auch auf die mit den Akteuren geführten Interviews zurückgegriffen.

#### 4.4.1. AbL

Die *Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e.V.* (AbL) ist ein deutscher gemeinnütziger Verein mit Sitz im westfälischen Hamm, der als Interessenverband organisiert ist. Der Verein wurde 1980 gegründet und setzt sich seitdem für eine bäuerliche und ökologische Landwirtschaft ein, die sozial- und umweltverträglich wirtschaftet. Zentrales Anliegen der AbL ist laut der Vereinswebsite die Thematisierung der sozialen Frage in der Landwirtschaft. Zudem möchte man ein Gegengewicht zu einseitig ökonomischen oder ökologischen Sichtweisen bieten.<sup>159</sup> Den Großteil der AbL-Mitglieder bilden kleinere und mittelgroße Betriebe. Das Besondere der Arbeitsgemeinschaft ist nach eigener Aussage, dass deren Mitglieder sowohl konventionelle als auch ökologisch wirtschaftende Landwirte sind und man hauptsächlich darauf setzt, eine *bottom-up*-Bewegung aufzubauen (vgl. Interviewpassage 10). Damit bildet man bewusst einen Gegenpol zum *Deutschen Bauernverband* (DBV) als dem allgemeinem Vertretungsorgan der Branche.

Gemäß der Vereinssatzung vereinigt die AbL Bauern, Schäfer, Imker, Gärtner sowie interessierte Bürger und möchte laut einem Beschluss der Mitgliederversammlung selbst ein Gegengewicht zur „Agrarindustrie“ und zu „multinationalen Konzernen“ bilden. Die Vereinsziele sollen durch Maßnahmen wie etwa die Auseinandersetzung mit agrarpolitischen Themen, der Herausgabe von Publikationen, dem zur Verfügung stellen der eigenen Expertise auf Veranstaltungen, der politischen Interessenvertretung, der Zusammenarbeit in Bündnissen sowie der Organisation des bäuerlichen Widerstands erreicht werden.<sup>160</sup>

Untergliedert ist die AbL in deutschlandweit neun Landesverbände. International ist die AbL in der *European Coordination Via Campesina* (ECVC) sowie der weltweiten Bewegung *La Via Campesina* organisiert. In der ECVC gehört die AbL zu den Gründungsmitgliedern (siehe zur ECVC auch Kapitel 4.2.1).<sup>161</sup>

---

<sup>159</sup> Vgl. Über uns. Online: <https://www.abl-ev.de/ueber-uns/>, Abruf: 2. Januar 2019.

<sup>160</sup> Vgl. Satzung der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft/Bauernblatt e.V. vom 19. November 2016, Online: [https://www.abl-ev.de/fileadmin/Dokumente/AbL\\_ev/Neu\\_%C3%9Cber\\_uns/SATZUNG\\_19\\_November\\_2016.pdf](https://www.abl-ev.de/fileadmin/Dokumente/AbL_ev/Neu_%C3%9Cber_uns/SATZUNG_19_November_2016.pdf), Abruf: 2. Januar 2019.

<sup>161</sup> Vgl. Via Campesina. Online: <https://www.abl-ev.de/ueber-uns/via-campesina/>, Abruf: 2. Januar 2019.

#### 4.4.2. ASEED Europe

Die Kampagnenorganisation *ASEED Europe* ist ein vergleichsweise kleiner Akteur der neuen sozialen Bewegungen. *ASEED* wurde 1991 durch mehrere junge Leute als Reaktion auf den UN-Klimagipfel in Rio de Janeiro gegründet. Ziel war es seinerzeit, die Zusammenarbeit zwischen Jugendorganisationen, die sich weltweit mit den Themen Umwelt und soziale Gerechtigkeit befassen, zu fördern. Ab 1992 wurde *ASEED* zu einem dezentralisierten Netzwerk mit sechs weltweiten unabhängigen regionalen Knoten, wovon der Europäische seinen Sitz in Amsterdam hat. Seit etwa 2004 fokussierte man sich dort hauptsächlich auf die Niederlande – auch weil immer mehr Niederländer für die Organisation arbeiteten. Hauptthema war seinerzeit die Gentechnikthematik in den Niederlanden, da man fand, dass dem Thema von anderen Organisationen zu wenig Beachtung geschenkt wurde (vgl. Interviewpassage 11). Zuletzt arbeiteten laut der Website von *ASEED Europe* sechs Personen für die Organisation, wobei ein Großteil der Arbeit unbezahlt von ehrenamtlichen Helfern oder Personen aus dem *Europäischen Freiwilligendienst* (EFD) geleistet wurde. Bei *ASEED Europe* legt man Wert auf flache Hierarchien und trifft Entscheidungen grundsätzlich im Konsens.<sup>162</sup>

*ASEED Europe* möchte laut eigener Aussage strukturelle Ursachen von Umweltproblemen und sozialer Ungerechtigkeit bekämpfen, indem man Kampagnen gegen multinationale Unternehmen sowie deren nationale und internationale Einflussbereiche und Machtinstrumente führt. Der Schwerpunkt liegt dabei seit Jahren auf der globalen Nahrungsmittelkette und hier speziell Themen wie schwindender Biodiversität, Verfügbarkeit von Saatgut, Gentechnik und die zunehmende Machtposition globaler Agrobiotechnologieunternehmen. Dies will man durch – in erster Linie friedliche – *Grassroot*-Aktionen, Bildungsangebote sowie Mobilisierungsaktionen erreichen; jedoch nicht oder nur kaum durch politisches Lobbying. Zusätzlich zur Kampagnenarbeit möchte

---

<sup>162</sup> Vgl. Over ASEED Europe. Online: <http://aseed.net/over-aseed/>, Abruf: 4. Januar 2019; Annual report 2017. Online: <http://aseed.net/wp/wp-content/uploads/2018/06/2017ASEED-annual-report.pdf>, Abruf: 4. Januar 2019.

man bei *ASEED Europe* aber auch nachhaltige Alternativen zu den kritisierten Themen/Entwicklungen propagieren.<sup>163</sup>

Finanziell verkehrte *ASEED Europe* nach eigener Aussage zuletzt in einem schweren Fahrwasser und war auf der Suche nach stabileren Einkommensquellen. Im Jahr 2016 konnte man rund 62.000 Euro einnehmen, wobei der größte Teil (38,61 %) aus Zuschüssen aus dem *EFD* stammten. Der Rest setzte sich hauptsächlich aus Einnahmen von Veranstaltungen sowie Projekteinnahmen und kleineren Spenden zusammen. Ausgegeben wurden die Gelder für die jeweils laufenden Kampagnen.<sup>164</sup>

#### 4.4.3. BD-vereniging

Bei der *Vereniging voor Biologisch-Dynamische Landbouw en Voeding* (BD-Vereniging) handelt es sich um einen 1927 gegründeten kleinen gemeinnützigen niederländischen Verein. Zwei bezahlte Teilzeitkräfte unterstützen den ehrenamtlichen Vorstand bei der Arbeit. Der Verein richtet sich an anthroposophisch arbeitende Landwirte sowie an Verbraucher, die sich für eine Landwirtschaft mit einer mensch-, tier-, pflanzen- und bodenfreundlichen Arbeitsweise einsetzen und ebenfalls ein Gegengewicht zur industriellen Landwirtschaft und dem großen Einfluss multinationaler Unternehmen auf dem Saatgutmarkt setzen wollen.

Ziel der *BD-Vereniging* ist die Entwicklung und Förderung von biologisch-dynamischer Landwirtschaft und Ernährung. Dafür werden Projekte durchgeführt und unterstützt, Veranstaltungen organisiert, regelmäßig eine Mitgliederzeitung sowie Bücher veröffentlicht und angeschlossene Landwirte unterstützt. Auch arbeitet man mit anderen Organisationen zusammen, um die speziellen Interessen und Beiträge der biologisch-dynamischen Wirtschaftsweise sichtbar zu machen.<sup>165</sup>

---

<sup>163</sup> Vgl. Over *ASEED Europe*. Online: <http://aseed.net/over-aseed/>, Abruf: 4. Januar 2019; *ASEEDs missie*. Online: <http://aseed.net/aseeds-missie/>, Abruf: 4. Januar 2019.

<sup>164</sup> Vgl. *Beleidsplan 2015-2017*. Online: [http://aseed.net/pdfs/ASEED\\_Beleidsplan\\_2015-2017.pdf](http://aseed.net/pdfs/ASEED_Beleidsplan_2015-2017.pdf), Abruf: 4. Januar 2019; *Financial overview 2016*. Online: <http://aseed.net/pdfs/ASEED-financialoverview-2016.pdf>, Abruf: 4. Januar 2019.

<sup>165</sup> Vgl. *BD-Vereniging*. Online: <https://bdvereniging.nl/vereniging-voor-biologisch-dynamische-landbouw-en-voeding>, Abruf: 4. Januar 2019; ANBI-status *BD-*

Der *BD-Vereniging* gehören laut dem Jahresbericht 2017 knapp 1.900 Mitglieder an, wobei rund 20 Prozent davon Landwirte sind. 2017 standen dem Verein insgesamt 136.623 Euro an Einkünften zur Verfügung, die sich hauptsächlich aus den Mitgliedsbeiträgen (72 %) sowie aus Spenden (18 %) zusammensetzten. Weitere Einnahmen stammten aus dem Verkauf von Anzeigenplätzen und dem Verkauf von Büchern sowie aus Einnahmen durchgeführter Veranstaltungen.<sup>166</sup>

#### 4.4.4. Bioland

Der Verein *Bioland – Verband für organisch-biologischen Landbau* oder kurz *Bioland e.V.* ist der mit Abstand größte ökologische Anbauverband in Deutschland und hat seinen Sitz in Mainz. Der Interessenverband wurde 1971 gegründet, ist als Verein organisiert und vereint über 7.300 ordentlich Mitglieder – Landwirte, Gärtner, Imker und Winzer – unter einem Dach. Darüber hinaus vertritt *Bioland* zudem rund 1.000 Partner aus den Bereichen Handel und Herstellung – etwa Bäckereien, Gastronomiebetriebe oder Metzgereien und Molkereien. *Bioland* unterteilt sich in neun Landesverbände in Deutschland und Südtirol und steht über diese Ebene in direktem Kontakt zu den Landwirten und Vertragspartnern vor Ort.<sup>167</sup>

Bedeutende Aufgaben und Ziele des Bundesverbandes liegen laut seiner Satzung in einer wirksamen Öffentlichkeitsarbeit für die Idee des ökologischen Landbaus und dessen Förderung sowie der Vertretung der Mitgliederinteressen gegenüber Institutionen auf nationaler wie europäischer Ebene.<sup>168</sup> Die *Bioland*-Idee beruht auf vom Verband entwickelten strengen Erzeugungsrichtlinien für eine nachhaltige Lebensmittelerzeugung, die eine hohe Biodiversität sowie einen aktiven Klima- und Umweltschutz bedingen. Demnach will Bioland

---

Vereniging. Online: <https://bdvereniging.nl/vereniging-voor-biologisch-dynamische-landbouw-en-voeding/anbi>, Abruf: 4. Januar 2019.

<sup>166</sup> Vgl. Jaarverslag 2017. Online: <https://bdvereniging.nl/wp-content/uploads/2018/05/jaarverslag2017.pdf>, Abruf: 4. Januar 2019.

<sup>167</sup> Vgl. Zahlen und Fakten. Online: <https://www.bioland.de/ueber-uns/zahlen-und-fakten.html>, Abruf: 2. Januar 2019; Bioland und seine Strukturen. Online: <https://www.bioland.de/ueber-uns/bioland-ev.html>, Abruf: 2. Januar 2019.

<sup>168</sup> Vgl. Bioland-Satzung. Fassung vom 26. November 2013. Online: [https://www.bioland.de/fileadmin/dateien/HP\\_Dokumente/Allgemeine\\_Informationen/Satzung\\_2013.11.pdf](https://www.bioland.de/fileadmin/dateien/HP_Dokumente/Allgemeine_Informationen/Satzung_2013.11.pdf), Abruf: 2. Januar 2019.

eine „ökologisch, ökonomisch und sozial verträgliche Alternative zur intensiven, von Industrie und Fremdkapital abhängigen Landwirtschaft“<sup>169</sup> sein. Die Bioland-Mitglieder verpflichten sich vertraglich zur Einhaltung dieser Richtlinien und werden dazu regelmäßig kontrolliert.

#### 4.4.5. Bionext

Die Stiftung *Bionext* ist ein niederländischer Dachverband der gesamten ökologischen Wertschöpfungskette und vertritt als zentrale Lobbyorganisation den gesamten biologischen Sektor in den Niederlanden. *Bionext* wurde 2011 durch biologisch wirtschaftende Landwirte und Gärtner, Vertreter des biologischen Handelns und von Verarbeitungsbetrieben sowie der Vereinigung der Bioläden gegründet. Sie ging hervor aus der 1993 gegründeten Organisation *Biologica*, die durch die Umwandlung 2011 erneuert wurde und sich den wandelnden Gegebenheiten anpasste – unter anderem reformierte der niederländische Staat seinerzeit seine Förderpolitik und setzte mehr auf Projektförderung anstelle von struktureller Förderung (vgl. Interviewpassage 12). *Bionext* hat seinen Sitz Anfang 2017 von Zeist ins direkte Umfeld der Landwirtschaftsuniversität Wageningen nach Ede verlagert.<sup>170</sup>

Ziel und Zweck von *Bionext* ist laut deren Gemeinnützigkeitserklärung die Förderung von biologischer Landwirtschaft und Ernährung. Dies will man mit Hilfe von Öffentlichkeitskampagnen, der Erhöhung gesellschaftlicher Akzeptanz für biologische Produkte, der Zusammenarbeit mit Vertretern der konventionellen Land- und Ernährungswirtschaft, der Durchführung von (Innovations-)Projekten sowie der Initiierung von Forschungsprojekten erreichen.<sup>171</sup> Dafür arbeitet man neben den Akteuren der biologischen Wertschöpfungskette nach eigenen Informationen auch mit staatlichen Stellen, Forschungseinrich-

---

<sup>169</sup> Vgl. Bioland – Landwirtschaft der Zukunft. Online: <https://www.bioland.de/ueber-uns.html>, Abruf: 2. Januar 2019.

<sup>170</sup> Vgl. Contact. Online: <https://bionext.nl/contact>, Abruf: 3. Januar 2019; Jaarverslag 2017. Online: <https://bionext.nl/documents/20182/0/Jaarverslag+2017/26b5129c-31f4-40de-b785-1460b153901a>, Abruf: 3. Januar 2019.

<sup>171</sup> Vgl. ANBI informatie Stichting Bionext 2016. Online: <https://bionext.nl/documents/20182/1785902/ANBI+informatie+Stichting+Bionext+2016.pdf/034fbb15-7426-42fa-bb7c-79dc5fa5e923> Abruf: 3. Januar 2019.

tungen, Interessenvertretungen und einer Vielzahl von Unternehmen und gesellschaftlichen Organisationen zusammen. International ist man zudem im Dachverband *IFOAM* und der *IFOAM EU Group* engagiert, über den man die Mitgliederinteressen in Brüssel vertritt.<sup>172</sup>

*Bionext* konnte im Jahr 2017 Einnahmen in Höhe von rund 2,2 Millionen Euro vorweisen, die sich fast ausschließlich aus Projekteinnahmen zusammensetzten. 18 Prozent stammte dabei von angeschlossenen Mitgliedsvereinigungen, 35 Prozent von Unternehmen für ausgeführte Aufträge, 14 Prozent von Verbrauchern. 33 Prozent der Einnahmen setzten sich zudem aus Fördergeldern zusammen, wobei 21 Prozent von der EU-Ebene und 12 Prozent vom niederländischen Staat stammten.<sup>173</sup>

#### 4.4.6. Bio-Verbraucher e.V.

Der kleine gemeinnützige deutsche Verein *Bio-Verbraucher e.V.* versteht sich als Interessenvertretung für Verbraucher von biologisch produzierten Lebensmittelprodukten und will damit eine Lücke schließen, da Verbraucher im Spitzenverband der Bio-Branche selbst nicht repräsentiert sind. Mitglieder des Vereins sind sowohl Bio-Verbraucher als auch Erzeuger und Händler von biologisch produzierten Produkten, trotzdem kann der Verein eher als sozialer Bewegungsakteur denn als Lobbygruppe eingestuft werden. Der *Bio-Verbraucher e.V.* finanziert sich durch Einnahmen von Mitgliedsbeiträgen sowie Spenden und öffentliche Zuwendungen und wurde 2004 gegründet – unter anderem aufgrund der Entscheidung der Europäischen Union, den Anbau von genmanipulierten Feldfrüchten zur Herstellung von Futtermitteln und Lebensmittelrohstoffen zuzulassen. Seinerzeit und in den folgenden Jahren hat der ehrenamtliche Vorstand vermehrt mit Briefen an verschiedene Politiker auf Bundes- und Europaebene versucht, seinen Unmut gegenüber der erstarkten Gentechnik-Politik kund zu tun.

---

<sup>172</sup> Vgl. Organisatiestructuur. Online: <https://bionext.nl/organisatiestructuur>, Abruf: 3. Januar 2019.

<sup>173</sup> Vgl. Jaarverslag 2017. Online: <https://bionext.nl/documents/20182/0/Jaarverslag+2017/26b5129c-31f4-40de-b785-1460b153901a>, Abruf: 3. Januar 2019.

Gegründet wurde der Verein in Nürnberg als dem Ort der jährlich stattfindenden weltweiten Leitmesse *BIOFACH*, auf der der Verein auch immer mit einem Stand vertreten ist. Vor Ort arbeitet man ferner in der Arbeitsgemeinschaft *BioMetropole Nürnberg* mit. In Nürnberg hat der Verein auch weiterhin seinen Sitz. Fokussierte man sich zunächst auch auf die lokale Ebene, ist man mittlerweile bundesweit auf Mitgliederwerbung und veröffentlicht auf der eigenen Website Adressen und Informationen zu deutschlandweit tätigen Unternehmen der Bio-Branche. Auch wird vierteljährlich ein Newsletter erstellt und verbreitet. So möchte man unter anderem Verbraucher biologischer Produkte (besser) mit den Produzenten und Händlern dieser Produkte verbinden. Dazu wird auch eine Zusammenarbeit mit den Verbänden der biologischen Wertschöpfungskette angestrebt.<sup>174</sup>

#### 4.4.7. BÖLW

Der *Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft e.V.* (BÖLW) ist ein deutscher Dach- und Lobbyverband der gesamten ökologischen Wertschöpfungskette und vertritt von seinem Berliner Büro aus landwirtschaftliche Erzeuger, Verarbeiter sowie Händler der Branche. Er wurde im Jahr 2002 nach der Auflösung der früheren *Arbeitsgemeinschaft Ökologischer Landbau* (AGÖL) gegründet und sieht als seine Kernaufgabe die Interessenvertretung seiner Mitglieder gegenüber der Bundesregierung im Sinne einer „Politikberatung“ sowie die Öffentlichkeitsarbeit zum Thema ökologisch produzierte Lebensmittel an. Der BÖLW steht für den Ansatz, mit den Bereichen Agrar und Lebensmittel anders bzw. alternativ umzugehen – etwa was die Themen Pestizideinsatz, Düngung oder Kreislaufwirtschaft angeht (vgl. Interviewpassage 13).

Der BÖLW bündelt nach eigenen Angaben die Interessen der ökologischen Lebensmittelwirtschaft und vertritt sie mit einer gemeinsamen Stimme gegenüber den beiden Empfängern Politik und Gesellschaft. Gegenüber der Politik setzt sich der Verband dafür ein, dass auf Bundesebene Rahmenbedingungen

---

<sup>174</sup> Vgl. Unsere Bio-Arbeit. Online <http://netz.bio/unsere-bio-arbeit/>, Abruf: 6. Januar 2019; Über uns. Online: <http://netz.bio/ueber-uns/>, Abruf: 6. Januar 2019; Vereinsgründung. Online: <http://netz.bio/vereinsgruendung/>, Abruf: 6. Januar 2019.

geschaffen werden, die eine Weiterentwicklung des Ökolandbaus ermöglichen. Zudem möchte man, dass die ökologischen, ökonomischen und sozialen Leistungen der Branche bei der Exekutive sowie bei den Verbrauchern so gut wie möglich wahrgenommen werden.<sup>175</sup>

Zu den Mitgliedern des *BÖLW* (Stand: 2018) gehören zum einen 14 Mitgliedsverbände der Biobranche, darunter die großen ökologische Anbauverbände sowie Vertreter aus den Bereichen Handel und Lebensmittelproduktion. Daneben zählt der *BÖLW* noch 24 Fördermitglieder, die sich aus Wirtschaftsunternehmen, Forschungseinrichtungen und Kontrollinstanzen zusammensetzen.<sup>176</sup> Der *BÖLW* ist auf europäischer Ebene durch den Dachverband *IFOAM EU Group* vertreten, wo man regelmäßig Zuarbeit leistet und sich in regem Austausch befindet (vgl. Interviewpassage 14).

#### 4.4.8. Greenpeace Nederland

Die *Stichting Greenpeace Nederland* ist der niederländische Ableger der international tätigen Umwelt-NGO *Greenpeace*. Die Geschichte von *Greenpeace* begann Ende der 1960er Jahre, als eine Gruppe von Aktivisten sich mit einem Schiff, welches Sie „Greenpeace“ taufte, gegen Nukleartests in Alaska zur Wehr setzten. Seit 1971 setzt man sich dann unter dem Markennamen *Greenpeace* weltweit – in mittlerweile 55 Ländern – gegen Natur- und Umweltsünden wie etwa Kernenergie, Walfischfang oder Umweltverschmutzung ein. Nach eigenen Aussagen ist *Greenpeace* heute die weltweit größte Kampagnenorganisation. Ihr Name ist über die Jahre zu einer sehr starken globalen Marke angewachsen. *Greenpeace Nederland* wurde 1979 gegründet, sein Sitz ist in Amsterdam. Zuletzt beschäftigte man in den Niederlanden rund 100 Personen und konnte auf einen Stamm von etwa 2.000 ehrenamtlichen Helfern zurückgreifen. Seit 1986 betreibt *Greenpeace* zudem ein eigenes unabhängiges Forschungslaboratorium, welches an der englischen Universität Exeter angesiedelt ist und wo auch im

---

<sup>175</sup> Vgl. Was wir machen. Online: <https://www.boelw.de/ueber-uns/was-wir-machen/>, Abruf: 2. Januar 2019.

<sup>176</sup> Vgl. *BÖLW*-Mitglieder und -Fördermitglieder. Online: <https://www.boelw.de/ueber-uns/mitglieder/>, Abruf: 2. Januar 2019.

Auftrag von *Greenpeace Nederland* Studien erstellt und Untersuchungen durchgeführt werden.<sup>177</sup>

Die Mission von *Greenpeace Nederland* ist laut dessen Satzung, „das Leben auf der Erde in all seiner Diversität zu hegen und zu beschützen“<sup>178</sup>. Dies soll vor allem dadurch erreicht werden, dass man große Umweltprobleme öffentlich anprangert und nachhaltige Lösungswege mittels wissenschaftlicher Forschung, Lobbying, Demonstrationen und friedlichen kreativen Konfrontationen stimuliert. Hauptmittel ist somit der Aufbau von öffentlichem Druck. Sofern es dem Ziel dienlich ist, arbeitet man dafür auch mit Partnern aus der Politik, von Unternehmen oder gesellschaftlichen Akteuren zusammen.<sup>179</sup> Die Herangehensweise ist dann in der Regel so, dass man selbst forscht und recherchiert, anschließend mit den Verantwortlichen das Gespräch sucht und nicht-öffentlich Lobbying betreibt. Sofern dies nicht hilft, beginnt man damit, eine Kampagne zu lancieren – die von Onlineaktivitäten über Demonstrationen bis hin zu spektakulären Aktionen verschiedene Facetten beinhalten kann (vgl. Interviewpassage 15).

Was die Finanzierung der Aktivitäten von *Greenpeace Nederland* angeht, betont man ebenso wie auch die globale *Greenpeace*-Einheit immer wieder die (finanzielle) Unabhängigkeit, denn nur so könne man nach eigener Ansicht so objektiv und neutral wie möglich handeln. Unabhängigkeit bedeutet für die NGO, dass man aus Prinzip keine Gelder von staatlichen Stellen oder Unternehmen annimmt. Das Stiftungsvermögen darf so laut der Satzung von *Greenpeace Nederland* ausschließlich durch Spenden, Einnahmen aus Aktionen, Schenkungen und Erbschaften gespeist werden. Laut ihrem Jahresbericht 2017 erhielt die NGO in jenem Jahr rund 25 Millionen Euro an Einnahmen – davon kamen 19 Millionen von Privatpersonen, 4 Millionen von anderen gemeinnützigen Organisationen und 2 Millionen von Lotterien. Diese Gelder flossen 2017 zu

---

<sup>177</sup> Vgl. Geschiedenis. Online: <https://www.greenpeace.org/nl/over-ons/geschiedenis/>, Abruf: 3. Januar 2019; Over Greenpeace. Online: <https://www.greenpeace.org/nl/over-ons/>, Abruf: 3. Januar 2019.

<sup>178</sup> Vgl. Statuten. Online: <https://storage.googleapis.com/planet4-netherlands-stateless/2018/12/21065588-afschrift-akte-statutenwijziging-stichting-greenpeace-nederland-12-10-20...-1.pdf>, Abruf: 3. Januar 2019.

<sup>179</sup> Vgl. Missie. Online: <https://www.greenpeace.org/nl/over-ons/onze-missie/>, Abruf: 3. Januar 2019.

35 Prozent in internationale Kampagnen, zu 24 Prozent in nationale Kampagnen, zu 19 Prozent in die Spendenakquise, zu 17 Prozent in Kommunikations- und Mobilisierungsaktivitäten und zu 5 Prozent in Administrationsaufgaben.<sup>180</sup>

#### 4.4.9. Initiative nahrungs-kette

Die *Initiative nahrungs-kette* ist ein loser Zusammenschluss von Münchener Frauen, der sich im Jahr 2000 gegründet hat. Die Initiative hat keine festen Strukturen, ist nicht ins Vereinsregister eingetragen und ist von der freien Zeit und dem Engagement der Frauen abhängig. Auslöser für den Zusammenschluss war seinerzeit der BSE-Skandal, der die Hauptinitiativnehmerin, eine studierte Agraringenieurin und damals junge Mutter, zum Handeln veranlasste. Sie suchte sich Mitstreiterinnen aus ihrem Freundes- und Bekanntenkreis, die alleamt auch junge Mütter waren und die Entwicklungen auf dem Gebiet der Landwirtschaft kritisch verfolgten. Schnell entwickelten sich Schwerpunktthemen wie Gentechnik, Rückstände von Pflanzenschutzmitteln in Obst und Gemüse oder Antibiotikaeinsatz in der Tiermast. Die Frauen – die Kerngruppe bestand aus zehn Personen – entstammten nicht der typischen Umweltbewegung, sondern entwickelten ihr Engagement aus einer persönlichen Angst vor den Auswirkungen der heutigen Landwirtschaft mit großflächigen Anbaugeländen und Massentierhaltung für sich und ihre Familien (vgl. Interviewpassage 16).

Die Initiative tritt oder trat – die letzte Veröffentlichung auf der Website stammt von 2014 – laut eigener Aussage für sichere und gesunde Lebensmittel sowie den Erhalt von natürlichen Ressourcen ein. Dabei ist die gesamte Nahrungskette inklusive dem Bodenleben und der biologischen Vielfalt ein großes Anliegen. Gesundheitsinteressen sowie ethische Grundsätze müssten im Lebensmittelbereich Vorrang vor Wirtschaftsinteressen haben, so die Initiativnehmerinnen. Ziel der Initiative ist, durch Zusammenarbeit mit Verbrau-

---

<sup>180</sup> Vgl. Onafhankelijkheid. Online: <https://www.greenpeace.org/nl/onafhankelijk/>, Abruf: 3. Januar 2019. Statuten. Online: <https://storage.googleapis.com/planet4-netherlands-stateless/2018/12/21065588-afschrift-akte-statutenwijziging-stichting-greenpeace-nederland-12-10-20...-1.pdf>, Abruf: 3. Januar 2019; Jaarverslag 2017. Online: <https://storage.googleapis.com/planet4-netherlands-stateless/2018/06/Greenpeace-Jaarverslag-en-Jaarrekening-2017.pdf>, Abruf: 3. Januar 2019.

chern sowie Vertretern aus Politik, Wirtschaft und den Medien aufzuklären und zum Nachdenken anzuregen und so einen nachhaltigen Umgang mit Lebensmitteln durchzusetzen. Dazu haben Informationsveranstaltungen, Unterschriftenaktionen und Demonstrationen stattgefunden, auf denen Aufklärungsarbeit geleistet wurde, es wurden Pressemitteilungen verfasst und Newsletter verschickt. Die Vernetzung mit anderen Gruppen und Initiativen wurde vorangetrieben und schließlich ein Forderungskatalog erstellt, der sich an Verbraucher, Politiker, Wirtschaftsvertreter sowie Wissenschaftler richtet.

Mitmachen kann in der Initiative jeder, der sich engagieren möchte. Es gibt aber keine Mitgliedschaftsgebühr und es werden auch keine fremden Gelder eingeworben – sämtliche Aktionen werden ausschließlich mit eigenen Mitteln finanziert bzw. es wird das Know-how sowie der Arbeitseinsatz jedes Einzelnen eingebracht. Lediglich Sachspenden werden bei Veranstaltungen von Kooperationspartnern angenommen.<sup>181</sup>

#### 4.4.10. NABU

Der *Naturschutzbund Deutschland e.V.* (NABU) ist ein föderal organisierter gemeinnütziger Verein mit Sitz in Stuttgart. Dort wurde der Verein 1899 auch als *Bund für Vogelschutz* gegründet. 1966 änderte er seinen Namen in *Deutscher Bund für Vogelschutz* um, bis er nach der Wiedervereinigung und dem Zusammenschluss mit dem *Naturschutzbund* der DDR 1990 schließlich zum NABU wurde. Die Bundesgeschäftsstelle befindet sich heute in Berlin. Der NABU ist föderal organisiert und vereinigt rund 40.000 aktive ehrenamtliche Helfer in etwa 2.000 lokalen NABU-Gruppen. Mitglieder besitzt der Naturschutzverband rund 660.000 und ist damit deutschlandweit der Mitgliederstärkste Umweltverband. Und auch international ist die NGO über die Mitgliedschaft im Dachverband *BirdLife International* aktiv.

Zweck des NABU ist laut dessen Satzung die Förderung des Naturschutzes, der Landschaftspflege sowie des Tierschutzes sowie das Eintreten für Umwelt-

---

<sup>181</sup> Vgl. Home. Online: <http://www.nahrungs-kette.de/index.html>, Abruf: 4. Januar 2019; Warum nahrungs.kette. Online: <http://www.nahrungs-kette.de/warum.html>, Abruf: 4. Januar 2019; Ziele der nahrungs-kette. Online: <http://www.nahrungs-kette.de/ziele.html>; Abruf: 4. Januar 2019.

schutz-Belange. Dies soll auf vielfältige Weise erreicht werden, etwa dadurch, dass öffentlich für die Ziele des Natur- und Umweltschutzes eingetreten wird oder die Grundlagen des Natur- und Umweltschutzes erforscht werden. Aber auch konkret durch Maßnahmen zum Erhalt, zur Schaffung und zur Verbesserung von Lebensgrundlagen für eine artenreiche Tier- und Pflanzenwelt oder die Zusammenarbeit mit anderen Organisationen und Einrichtungen sollen die Vereinsziele erreicht werden. Der NABU betont dabei, dass er seine Aufgaben stets auf wissenschaftlicher Grundlage ausführt.<sup>182</sup>

Die für diese Tätigkeiten notwendigen finanziellen Mittel nimmt der NABU hauptsächlich durch Mitgliedsbeiträge, Spenden und sonstige Zuwendungen – wie etwa Einnahmen aus Lizenzverträgen, wirtschaftliche Einnahmen oder Mieteinnahmen – ein. Im Jahresbericht 2017 stammte von den insgesamt rund 44 Millionen Euro der überwiegende Großteil (49,48 %) aus Mitgliedsbeiträgen. Danach folgen (öffentliche) Zuschüsse (18,89 %) sowie Spenden (14,41 %).<sup>183</sup>

#### 4.4.11. Slow Food Deutschland e.V.

Der eingetragene Verein *Slow Food Deutschland e.V.* (Slow Food) ist Teil der internationalen Bewegung *Slow Food International*, die 1989 in Italien als Verein zur Erhaltung der Esskultur gegründet wurde. Ursprünglich wollte man für gutes Essen und kulinarischen Genuss eintreten. Heute setzt man sich dafür ein, dass alle Menschen auf der Welt Zugang zu Nahrungsmitteln erhalten und es ihnen, den Lebensmittelproduzenten sowie der Umwelt dabei gut geht. Der Sitz des seit 1992 existierenden Ablegers *Slow Food Deutschland* ist Berlin. Dort beschäftigt der Verein heute insgesamt 13 Personen hauptamtlich, den Großteil bilden aber ehrenamtliche Strukturen. Deutschlandweit zählt der Verein (Stand 2018) 13.313 Mitglieder und 1.333 Unterstützer, die sich in 86 regionalen

---

<sup>182</sup> Vgl. Bundessatzung des NABU (Naturschutzbund Deutschland) e.V. in der Fassung vom 5. November 2017. Online: [https://www.nabu.de/imperia/md/content/nabude/nabu\\_satzung.pdf](https://www.nabu.de/imperia/md/content/nabude/nabu_satzung.pdf), Abruf: 2. Januar 2019; Wir sind, was wir tun. Die Naturschutzmacher. Online: <https://www.nabu.de/wir-ueber-uns/index.html>, Abruf: 2. Januar 2019.

<sup>183</sup> Vgl. Jahresbericht 2017. Online: <https://www.nabu.de/imperia/md/content/nabude/nabu/180731-nabu-jahresbericht-2017.pdf>, Abruf: 2. Januar 2019.

und überregionalen Ortsgruppen organisiert haben. Damit kann *Slow Food Deutschland* in Teilen mittlerweile schon eher als NGO denn als soziale Bewegung eingestuft werden.<sup>184</sup>

Laut der *Slow Food*-Website lauten die vereinseigenen Ideale „gut, sauber und fair“. Lebensmittel sollten nach Ansicht von *Slow Food Deutschland* demnach geschmacklich und gesundheitlich einwandfrei sein und auf eine Art produziert werden, die keinen Schaden an Mensch, Tier und Natur anrichtet. Produzenten sollten zudem eine faire Entlohnung erhalten.<sup>185</sup> Gemäß der Satzung will man die eigenen Ziele hauptsächlich mittels Aufklärung erreichen. Dies kann etwa über Veranstaltungen geschehen, auf denen hochwertige Lebensmittel hergestellt werden, Geschmackserziehung stattfindet oder über Artenschutz berichtet wird. Ein weiteres Mittel ist die Verbraucheraufklärung sowie die Vertretung von Verbraucherinteressen durch politische Lobbyarbeit.<sup>186</sup>

Seine Einnahmen schöpft *Slow Food Deutschland* im ideellen Bereich hauptsächlich von den Vereinsmitgliedern. So kamen im Jahr 2017 von den insgesamt rund 630.000 Euro an Einnahmen 73,78 Prozent aus Mitgliedsbeiträgen, 23,03 Prozent stammten aus (öffentlichen) Zuschüssen und 3,19 Prozent aus sonstigen Einnahmen. Weitere Einnahmen ergeben sich etwa aus Umsatzerlösen aus dem Verkauf von Publikationen oder von Eintrittsgeldern.<sup>187</sup>

---

<sup>184</sup> Vgl. Der Verein. Online: [https://www.slowfood.de/wirueberuns/slow\\_food\\_deutschland/der\\_verein](https://www.slowfood.de/wirueberuns/slow_food_deutschland/der_verein), Abruf: 3. Januar 2019; Initiative Transparente Zivilgesellschaft. Online: [http://www.slowfood.de/wirueberuns/slow\\_food\\_deutschland/initiative\\_transparente\\_zivilgesellschaft](http://www.slowfood.de/wirueberuns/slow_food_deutschland/initiative_transparente_zivilgesellschaft), Abruf: 3. Januar 2019; Die Geschichte. Online: [https://www.slowfood.de/wirueberuns/slow\\_food\\_deutschland/die\\_geschichte](https://www.slowfood.de/wirueberuns/slow_food_deutschland/die_geschichte), Abruf: 3. Januar 2019.

<sup>185</sup> Vgl. Unsere Philosophie. Online: [https://www.slowfood.de/wirueberuns/unsere\\_philosophie](https://www.slowfood.de/wirueberuns/unsere_philosophie), Abruf: 3. Januar 2019.

<sup>186</sup> Vgl. Satzung von Slow Food Deutschland e.V. Online: [https://www.slowfood.de/w/files/wir\\_ueber\\_uns/satzung\\_slow\\_food\\_deutschland\\_ev\\_stand\\_09\\_12\\_2015.pdf](https://www.slowfood.de/w/files/wir_ueber_uns/satzung_slow_food_deutschland_ev_stand_09_12_2015.pdf), Abruf: 3. Januar 2019.

<sup>187</sup> Vgl. Jahresabschluss zum 31. Dezember 2017. [https://www.slowfood.de/w/files/initiative\\_transparente\\_zivilgesellschaft/jahresabschluss-zum-31.12.2017-slow-food-deutschland-e.v.pdf](https://www.slowfood.de/w/files/initiative_transparente_zivilgesellschaft/jahresabschluss-zum-31.12.2017-slow-food-deutschland-e.v.pdf), Abruf: 3. Januar 2019.

#### 4.4.12. Werkgroep „Burgers voor gentechvrij voedsel“

Die *Werkgroep „Burgers vooroer gentechvrij voedsel“* ist ein im niederländischen Nimwegen 2009 begonnener Zusammenschluss von hauptsächlich vier engagierten Bürgern, die es sich zur Aufgabe gemacht haben, Konsumenten und Unternehmen über die (möglichen) Folgen von transgenen Pflanzen zu informieren und aufzuklären.<sup>188</sup>

Anlass zur Gründung der Arbeitsgruppe war der Dokumentationsfilm „The world according to Monsanto“ der Autorin Marie-Monique Robin, den zwei der Initiativnehmer Ende 2008 gesehen hatten und der in beiden den Wunsch eröffnet hatte, ihr neu erlangtes Wissen über die Grüne Gentechnik auch an andere Menschen weiterzugeben. Man versuchte dies zunächst mit einem Informationsabend im lokalen Naturkostladen, in dem eine der Initiativnehmerinnen arbeitete. Hier nahmen jedoch nur lediglich eine Hand voll Interessierte teil, weshalb man am Ball blieb und weitere Informationsabende plante, auf denen Filme gezeigt wurden und man anschließend darüber diskutierte.

Aber auch hier hielt sich das Interesse in Grenzen und so überlegte man, wie man effektiver vorgehen könnte. Hieraus entstand die Idee, Unterschriften für eine Bürgerinitiative „Nijmegen Gentechvrij“ zu sammeln, welche schließlich auch erfolgreich war, da genug Unterschriften gesammelt wurden und der Gemeinderat in Nimwegen im Sommer 2011 beschloss, den gesamten Flächennutzungsplan der Stadt zu einer gentechnikfreien Zone zu erklären. Mit dieser Aktion konnte die Arbeitsgruppe seinerzeit landesweit das Interesse von anderen gentechnikkritischen Akteuren sowie der Politik und den Medien auf sich ziehen (vgl. Interviewpassage 17).

#### 4.5. Zwischenfazit

In diesem Kapitel wurde mit Hilfe einer vereinfachten Mischung aus Netzwerk- und Politikfeldanalyse aufgezeigt, welche Gruppen von Akteuren sich auf der politischen Arena des Politikfelds Grüne Gentechnik bewegen. Es wurde beschrieben, aus welchen verschiedenen Hintergründen die einzelnen Akteur-

---

<sup>188</sup> Vgl. Home. Online: <http://gentechvrijvoedsel.nl/>, Abruf: 2. Dezember 2016.

gattungen und wichtigen Kollektivakteure entspringen und in welche Netzwerke aus Unterorganisationen und Dachverbänden sie eingebunden sind. Dabei kristallisierte sich eine Liste konkreter Akteure aus den drei für die Untersuchung relevanten Kategorien Agrar, Umwelt- sowie Verbraucherschutz heraus, welche sich in der Zeit rund um das Jahr 2010 im Politikfeld als aktiv erwiesen haben (siehe dazu Kapitel 4.3). Die jeweils aktivsten Akteure aus jeder Rubrik dienen für die weitere Analyse als Anknüpfungspunkte für die Durchführung der qualitativen Interviews mit Vertretern der Akteure selbst.

Beim Blick auf das Politikfeld wurden große Gegensätze bei den einzelnen Akteurgruppen zum einen zwischen den jeweiligen Anhängern der Hauptkonfliktlinie Befürwortern vs. Gegner genmanipulierter Lebensmittel deutlich, welche grob gesagt zwischen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen – und somit gleichzeitig auch starken speziellen und schwachen allgemeinen – Interessen verläuft. Gegensätze ergaben sich aber auch durch eine sehr starke interne Differenzierung der jeweiligen Akteurgruppen und -kategorien. So wäre es zu einfach, davon auszugehen, dass die ökonomischen Akteure des Politikfelds allesamt eine einzige Richtung verfolgen. Es ist vielmehr so, dass je dichter man in der Entwicklungs- und Produktionskette an die Konsumenten herankommt, man es mit immer stärker differenzierteren Meinungsbildern zu tun hat: Mag man so für die Biotechnologiebranche und die mit ihr stark vernetzten biotechnologischen Forschungsinstitute noch davon ausgehen, dass dort eine uneingeschränkte Zustimmung zu den neuartigen Technologien stattfindet, muss man dies bei Akteuren der produzierenden Industrie, wo sich einzelne Vertreter mittlerweile auch für eine Kennzeichnung transgener Lebensmittel aussprechen, schon einschränken. Noch weniger gilt es dann für die Vertreter des Groß- und Einzelhandels, bei denen sich vor allem die letztere Gruppe, seit sie in den 1990er Jahren mit in den Konflikt involviert wurde, immer öfter auf die Seite der Verbraucher geschlagen hat. Grund hierfür sind klar geänderte strategische Überlegungen, zu denen man sich nach dem teils heftigen Druck der Konsumenten mehr oder weniger genötigt sah.

Eine Differenzierung wie bei den ökonomischen Akteuren ist ebenso bei den gesellschaftlichen Akteuren notwendig, denn auch sie sind weit davon entfernt, eine homogene Gruppe zu bilden. Wie gezeigt wurde, existieren unter

den sehr ungleich aufgestellten Verbänden, NGOs und Bewegungsakteuren sehr unterschiedliche Einstellungen und Argumentationsmuster und es werden differenzierte Zielvorstellungen verfolgt. So geht es manchen um den Schutz von Natur und Umwelt, anderen um gesundheitliche Aspekte, wieder andere führen eine nachhaltige Produktionsweise als Argument an. Als das Mindestmaß an Übereinstimmung zwischen den verschiedenen kritischen Ge- genakteuren kann dabei so auch lediglich die Forderung nach einer ausreichenden Kennzeichnung transgener Produkte und keineswegs das sofortige Verbot von derartigen Nahrungsmitteln angesehen werden. Für ausreichende Kennzeichnungs- sowie Koexistenzregeln treten etwa Vertreter aus dem Bereich der Verbraucherschutzakteure auf. Dabei vertreten diese Akteure wiederum nicht die Ansicht der gesamten „Verbraucherschutzbranche“, denn die unterteilt sich ja wie gezeigt wiederum in eher allgemeine und eher alternativ- ökologische Verbände mit jeweils angepassten Argumentationsmustern.

Noch stärker gespalten sind Vertreter von Entwicklungshilfeorganisatio- nen oder von den Agrarakteuren. Letztere sind grundsätzlich den ökonomi- schen Akteuren zuzuordnen, da sie ihre eigenen Interessen vertreten und selbst finanziell von dem Einsatz der Grünen Gentechnik betroffen sind. Trotz- dem können sie auf der politischen Arena ähnlich wie die Entwicklungshilfe- organisationen nicht auf einer der beiden Seiten der Hauptkonfliktlinie verort- et werden, sondern genau auf dieser Scheidelinie. Denn bei beiden gibt es wie- derum große Teile, die sich für die Agro-Gentechnik aussprechen und ebenso große Teile, die streng dagegen sind. Ähnlich wie auch bei den Akteuren aus dem Verbraucherschutzbereich kann man Agrarakteure in beiden Untersuchungs- ländern – je nachdem ob sie konventionell oder ökologisch wirtschaften – in „normale“ und „alternative“ Vertreter unterteilen. Agrarverbände sind also, geht es um eine klare Positionierung zur Grünen Gentechnik, nicht selten zwi- schen zwei Polen hin und hergerissen.

Und auch die soeben kurz portraitierten interviewten zwölf Akteure haben alle einen sehr unterschiedlichen Hintergrund was etwa Mitglieder-/Unter- stützerstruktur, den eigenen Professionalitätsgrad, den Organisationszweck und die zu seiner Erreichung zur Verfügung stehenden und präferierten Mittel angeht. Selbst bei ihnen, die sich im Sampling als aktivste Gruppen im Zeitraum

2009/2010 herausgestellt haben, kann man nicht von einer homogenen Gegnerschaft sprechen. Vielmehr bringt jeder Akteur seinen individuellen Hintergrund und seine ganz speziellen Ziele mit in den Gentechnikkonflikt mit ein.

Diese deutliche Differenziertheit im jeweiligen Hintergrund sowie der Positionierung unter der Gegnerschaft, so mag man meinen, macht es den Akteuren nicht unbedingt sehr leicht, strategische Kooperationen mit anderen kritischen Kollektivakteuren einzugehen. Denn die sich teils stark unterscheidenden Hintergründe, Ziele und Argumentationsmuster stehen strategischen Interaktionen auf den ersten Blick vielmehr im Weg oder bremsen diese. Denn sollen Allianzen geschmiedet oder gemeinsame Strategien entwickelt und verfolgt werden, dann muss man sich jeweils auf die potenziellen „Mitreiter“ zubewegen und die eigenen Ziele und Mittel eventuell auch anpassen. Inwieweit die Akteure jedoch bereit waren und sind, ihren strategischen Kompass zur Formung von Interessenkoalitionen anzupassen, sollten die Interviews zeigen. Auch galt es in den Gesprächen mit den entsprechenden Handlungsträgern zu analysieren, wie einfach beziehungsweise wie schwierig sich ein kollektives Handeln mit anderen Vertretern der Bewegung konkret gestaltet und mit welchen konkreten Akteuren eine Zusammenarbeit leichter und mit welchen schwerer fiel. Dabei ist vorrangig von Interesse, ob sich Kooperationen über Ländergrenzen hinweg ergeben haben und ob diese vielleicht sogar einfacher entstehen konnten als mit vergleichbaren Akteuren im selben Land. Aber auch die Beantwortung der Frage, ob sich Interaktionen mit „befreundeten“ Akteuren derselben Akteurgattung als einfacher erwiesen haben, oder ob etwa die konsensorientierte Struktur der Niederlande die Überbrückung der differenzierten Interessen erleichtert, ist für die Analyse der Interviews von Bedeutung.



## 5. Analyse untersuchungsrelevanter Akteure

Nachdem in Kapitel 4 das gesamte Politikfeld der Agro-Gentechnik strukturiert und vorgestellt wurde, wird der Betrachtungsschwerpunkt in diesem Teil der Analyse auf die für die Beantwortung der Untersuchungsfrage relevanten Akteurgruppen gelegt. Innerhalb der Politikfeldanalyse erfolgt somit eine Fokussierung auf den Aspekt der Interessenvertretung. Als Basis für die getroffenen Aussagen dienen hauptsächlich die durchgeführten Interviews mit den ausgewählten Gentechnikkritikern. Die Aussagen der Befragten ergaben ein Bild über die Zusammensetzung der Bewegung, sowie die konkreten Eigenschaften und Besonderheiten der einzelnen aktiven – teils sehr unterschiedlichen – Akteure. Konkret werden dabei zunächst abstrahierte Unterscheidungskriterien entwickelt, mit denen die mannigfaltigen kritischen Akteure eingeordnet und gruppiert werden (siehe Kapitel 5.1). Anschließend wird dann konkret auf die unterschiedlichen Ressourcen eingegangen, die den gentechnikkritischen Akteuren zur Verfügung stehen (siehe Kapitel 5.2), es geht um den Grad an Aktivität der Bewegungsakteure auf dem Politikfeld der Grünen Gentechnik (siehe Kapitel 5.3), aber auch um die jeweilige konkrete Positionierung (siehe Kapitel 5.4) und die verwendeten Strategien (siehe Kapitel 5.5). Anschließend wird dann noch auf jene Akteure eingegangen, die sich mittlerweile aus dem Politikfeld zurückgezogen haben (siehe Kapitel 5.6), bevor dann ein vergleichender Blick auf die beiden Untersuchungsländer gelegt und geschaut wird, wie sich die Situation dort unterscheidet (siehe Kapitel 5.7) und welche spezifischen Voraussetzungen dort nach Ansicht der Interviewpartner das Handeln der gentechnikkritischen Akteure mitbestimmen (siehe Kapitel 5.8).

### 5.1. Unterscheidungskriterien der kritischen Akteure

Sämtlichen gentechnikkritischen Akteuren ist gemeinsam, dass sie alle ein Teil einer sozialen Bewegung mit einem kollektiven Willen zu Unruhe und Veränderung sind, der sich durch Protest äußert. Trotzdem ist jeder Akteur aber ein Unikat, der sich in zahlreichen Punkten von seinen Mitstreitern unterscheidet.

Die Bewegung in beiden Referenzländern kann so als sehr bunte Mischung der verschiedensten Akteure beschrieben werden, bei der das Spektrum von Einzelkämpfern und kleinen Vereinen über lokale Bürgerinitiativen bis hin zu nationalen Kampagnenorganisationen, Ablegern weltweit operierender NGOs oder Branchenspitzenverbänden reicht. Dabei ist nicht nur anhand der verschiedenen Akteurgattungen bzw. dem jeweiligen Hauptinteresse der einzelnen Anti-Gentechnik-Gruppen eine Differenzierung möglich: PURDUE (2000) etwa hatte in einer Analyse der britischen Gentechnikkritiker seinerzeit die Kategorien *Membership*, *Key Interest*, *Primary Network*, *Main Discursive Frame* und *Policy Level* zur Unterscheidung der dortigen kritischen Akteure verwendet (ebd.: 60). Diese fünf Kriterien sollen hier aufgegriffen und auf insgesamt elf erweitert werden, um die Heterogenität der Bewegung darzustellen.

Jede dieser Kategorien bildet dabei selbst wiederum nur ein Spektrum, auf dem einzelne Akteure abgebildet und eingeordnet werden können: Kleine lokale Gruppen mit einer lockeren Struktur sind dabei genauso in der Bewegung vertreten wie große Massenorganisationen mit vielen Ressourcen im Hintergrund. Vertreter der eigenen (kommerziellen) Interessen bilden genauso einen Teil der Bewegung wie Anwälte von mehr ideellen Interessen. Sie agieren alle höchst unterschiedlich was Protestinstrumente, Protestebene und Zielgruppe betrifft und sind mal mehr Einzelgänger und mal mehr Teamplayer.

#### 5.1.1. Mitgliedschaft und Struktur

Schaut man sich zunächst die Mitglieder, aber auch die Anhängerschaft und die Unterstützer an, dann wird unter den gentechnikkritischen Akteuren bereits ein sehr breites Spektrum unterschiedlicher Akteurtypen sichtbar. Grundsätzlich kann man hier nach Anzahl und nach Art der Mitglieder bzw. Unterstützer unterscheiden:

So gibt es zum einen gentechnikkritische korporative Akteure wie etwa der Verein *nahrungs-kette* in München, die über wenige aktive Mitstreiterinnen verfügen, eher als private Initiative von wenigen Einzelpersonen auftreten, in losen Strukturen organisiert sind und zumeist auf der lokalen Ebene mehr oder weniger regelmäßig aktiv sind. Etwas professionalisierter treten zum Beispiel

Akteure wie beispielsweise der kleine Nürnberger Verein *Bio-Verbraucher e.V.* auf, die über einen gewählten Vorstand verfügen und auch Mitglieder aufnehmen. Sie können sowohl regional als auch überregional tätig sein, spielen durch ihre geringe Größe, den eher regional-lokalen Schwerpunkt und fehlende Macht innerhalb des Politikfelds aber eher eine Nebenrolle. Die soeben aufgezählten Akteuertypen können allesamt als Teil der sozialen Bewegung gegen die Grüne Gentechnik charakterisiert werden, da sie wie weiter vorne geschildert mehrheitlich einen lockeren Verbund von Menschen darstellen, die sich überwiegend mit eher spontanen Äußerungen zu Wort melden und aktiv sind. Strukturell kann man solche Bewegungsakteure wie sie etwa auch *Gendreck wegl*, die Rosenheimer *Zivil Courage*, aber auch *ASEED Europe* oder die *Werkgroep "Burgers voor gentechvrij voedsel"* darstellen, am ehesten als Netzwerke beschreiben, bei denen unter den Aktivisten, Teilnehmern und Unterstützern keine strenge Arbeitsteilung oder Hierarchisierung herrscht, sie durch ihre enge Vernetzung aber trotzdem große Effektivität entwickeln können (siehe dazu Kapitel 2.2.1.5).

Viel strukturiertere Organisationen mit einer langfristigeren Strategie und einer professionelleren Führung bilden die NGOs innerhalb des Politikfelds. Sie, wie in Deutschland etwa der *NABU* oder der *BUND* mit seinen etwa 500.000 Mitgliedern sowie 2.000 Kreis- und Ortsgruppen und dessen ehemals gegen Gentechnik aktiven niederländischen Pendant *Milieudefensie*, agieren ebenfalls aus einem moralisch-ethischen Hintergrund, sind aber föderal von der lokalen bis zur europäischen Ebene und zum Teil auch darüber hinaus aufgestellt und verfügen über eine Vielzahl von aktiven – teils ehrenamtlichen – Mitgliedern und Spendern. Sie sind professionell geführt, bilden – im Gegensatz zu den kleineren Bewegungsakteuren – einen starren Verbund und verfügen über langfristige Strategien. Die gentechnikkritischen NGOs setzen sich für die Rechte anderer oder aller Menschen ein und vertreten die schwachen Interessen, die nicht die nötige Konfliktfähigkeit aufweisen (siehe dazu Kapitel 2.2.1.5). Bei einigen NGO-Akteuren wie Beispielsweise *Greenpeace* oder *foodwatch* ist allerdings gar keine aktive Mitgliedschaft möglich. Mitglieder sind hier mehr Unterstützer und können die Organisationen als sogenannte Fördermitglieder lediglich als Spender unterstützen. Sie sind hochgradig professio-

nalisiert und stehen hinsichtlich ihrer Arbeitsweise und Organisation großen Unternehmen in nichts nach (siehe dazu Kapitel 2.2.1.4).

Neben Akteuren mit einem moralisch-ethischen Hintergrund sind aber auch viele Organisationen gegen die Agro-Gentechnik aktiv, die einen kommerziellen Hintergrund haben. Ganz ohne Mitglieder und teils viel professioneller als andere Bewegungsakteure sind Ein-Personen-Akteure wie etwa die niederländische *Stichting Genethica* aufgestellt, dessen einköpfiger Vorstand, ein ehemaliger Aktivist bei einem Verbraucherschutzverband, sich auf Beratungsdienstleistungen innerhalb des Politikfelds spezialisiert hat. Aber auch Verbände wie der deutsche *BÖLW* oder der niederländische *Bionext*, die in ihrem jeweiligen Land die gesamte Biobranche (von der Produktion bis zum Handel) vertreten, engagieren sich sehr stark gegen die Gentechnik. Ihre Mitglieder bestehen im Gegensatz zu den NGO- oder Bewegungsakteuren nicht aus Einzelpersonen, sondern wiederum aus einzelnen Verbänden wie etwa biologischen Anbauverbänden. Und auch einzelne Interessenverbände wie beispielsweise Imkerverbände, deren Mitglieder durch den Gentechnikeinsatz ihre wirtschaftliche Existenz gefährdet sehen, oder Agrarverbände, die Landwirte und damit starke Interessen vertreten, sind als Akteure gegen die Gentechnik aktiv und verfolgen eigene kommerzielle Interessen und Nutzenkalküle. Sie gehen strukturell zumeist einen Mittelweg zwischen einem Netzwerk und einer professionell geführten Organisation, wobei das Gewicht deutlich auf dem Organisationscharakter liegt.

### 5.1.2. Finanzielle Ressourcen

Wie auch bei der Mitgliedschaft wird bei den finanziellen Mitteln, die den einzelnen korporativen Akteuren zur Verfügung stehen, die große Heterogenität der Gentechnikkritiker deutlich. Unterschieden werden kann hierbei zum einen nach der Höhe der zur Verfügung stehenden Gelder und zum anderen nach Art und Ursprung der Geldressourcen:

Betrachtet man die Höhe der jeweils für die gentechnikkritische Arbeit zur Verfügung stehenden finanziellen Ressourcen, dann könnten die Unterschiede größer nicht sein. So gibt es auf der einen Seite die eben genannten kleinen

privaten, meist lokalen Initiativen wie etwa die Münchener Initiative *nahrungskette*, die Nimwegener Arbeitsgruppe *Burgers voor gentechvrij voedsel* oder die Gruppe *De Gentechvrije Burgers*. Diese Akteure finanzieren ihre Aktivitäten in der Regel mehrheitlich oder vollständig aus dem eigenen Portemonnaie der Mitstreiterinnen und Mitstreiter – teils auch um frei und unabhängig von anderen Interessen zu bleiben. Viel Geld haben sie alle nicht zur Verfügung. Ihnen gegenüber stehen große Verbände und NGOs wie etwa der *BUND*, *NABU* oder *Greenpeace*, die jährlich jeweils um die 50 Millionen Euro an Spenden zur Verfügung haben.<sup>189</sup> Zwar fließt das Geld neben der kritischen Gentechnikarbeit auch in die vielen anderen Kampagnen, trotzdem bleibt am Ende noch ein enormer Betrag für die gentechnikkritischen Kampagnen und Aktionen übrig, von dem viele andere Akteure des Politikfelds nur zu träumen wagen.

Neben Spendeneinnahmen oder Geld aus der eigenen Tasche finanzieren die gentechnikkritischen Akteure ihre Aktivitäten aber auch noch über andere Geldressourcen. Zumeist ist es ein sehr differenzierter Finanzierungsmix, aus dem viele große NGOs ihre Einnahmen speisen. Im Einzelnen zu nennen wären hier in erster Linie die Mitgliedsbeiträge, die sowohl bei NGOs als auch bei Branchenverbänden regelmäßig in die Kassen fließen und das Handeln ermöglichen. Ein weiteres Mittel sind Einnahmen aus Sponsoring, wozu in diesem Politikfeld vor allem Hersteller von Bio-Produkten wie bis 2011 etwa der Getränkehersteller *Bionade* bereit sind (vgl. n-tv 2011). Einzelne Akteure wie etwas *Greenpeace* verweigern sich aber auch ausdrücklich der Annahme von Sponsorengeldern, um die eigene Unabhängigkeit nicht zu gefährden (siehe dazu Kapitel 4.4.8 und 6.3.3). Aber auch andere Einnahmequellen wie staatliche Subventionen oder Projektgelder, die für viele andere Akteure ganz normal dazugehören, sind für die auf Unabhängigkeit pochenden Akteure streng tabu.

---

<sup>189</sup> Zahlen aus den jeweiligen Jahresberichten: Greenpeace Deutschland: [https://www.greenpeace.de/sites/www.greenpeace.de/files/publications/greenpeace-jahresbericht-2013-b00326\\_0.pdf](https://www.greenpeace.de/sites/www.greenpeace.de/files/publications/greenpeace-jahresbericht-2013-b00326_0.pdf); BUND: [http://www.bund.net/fileadmin/bund-net/publikationen/sonstiges/140717\\_bund\\_sonstiges\\_jahresbericht\\_2013.pdf](http://www.bund.net/fileadmin/bund-net/publikationen/sonstiges/140717_bund_sonstiges_jahresbericht_2013.pdf); NABU: [http://www.nabu.de/imperia/md/content/nabude/nabu/nabu\\_jahresbericht\\_2013\\_2.pdf](http://www.nabu.de/imperia/md/content/nabude/nabu/nabu_jahresbericht_2013_2.pdf); Greenpeace Nederland: <http://www.greenpeace.nl/Global/nederland/2014/Jaarverslag%202013/Greenpeace%20Nederland%20verkort%20jaarverslag%202013.pdf>, Abrufe: 15. Dezember 2015.

Andere Natur- und Umweltschutzverbände wie etwa der *NABU* in Deutschland sowie sämtliche Entwicklungshilfeorganisationen sehen es hingegen nicht als Problem an, wenn sie im Auftrag des Staates Projekte durchführen, sich dafür bezahlen lassen und so die eigene finanzielle Situation aufbessern. Auch die Annahme von staatlichen Subventionen ist bei Organisationen wie etwa *Milieudefensie* in den Niederlanden keine Seltenheit und macht große Teile des Organisationshaushalts aus. Derartige externe Projektgelder und Einnahmen aus Fundraising werden bei den anhaltenden Professionalisierungstendenzen zudem immer wichtiger, um die eigenen Organisationsstrukturen langfristig bewahren und die eigene Existenz sichern zu können (siehe dazu Kapitel 2.2.2.4).

### 5.1.3. Personelle Ressourcen

Die beteiligten Personen in organisationalen Gebilden gehören mitunter zu deren wichtigsten Komponenten, denn sie leisten mit ihrem Engagement einen wichtigen Beitrag für den Fortbestand des Akteurs (siehe dazu Kapitel 2.2.2.3). Bei den kritischen Gentechnikakteuren sind die personellen Ressourcen unter den verschiedenen Akteuren ebenfalls sehr divergent verteilt. Angefangen von der eine Hand voll Aktive umfassenden Arbeitsgruppe in Nimwegen, die dort eine lokale Bürgerinitiative startete, geht es bis hin zu großen NGOs wie dem *BUND*, der im Referat Gentechnik gleich mehrere ganze Stellen geschaffen hat. Der *BUND* bildet aber selbst unter den gentechnikkritischen NGOs in den beiden Untersuchungsländern einen Sonderfall, denn nur sehr selten und vielleicht nur noch bei *Greenpeace Deutschland* kann ansatzweise von derartigen personellen Möglichkeiten gesprochen werden. In der Regel ist Gentechnik bei NGOs vielmehr eines unter vielen Kampagnenthemen und besteht die Personalstruktur viel eher aus wenigen festen halben oder gar Projektstellen, die speziell zur Gentechnikthematik eingerichtet wurden. Bei den großen NGOs stehen den Aktivisten und Campaignern durch die vielfältigen organisationalen Ressourcen allerdings auch viele Experten für etwa rechtliche Fragen oder Medienkontakte zur Seite, die bestimmte Zeitkontingente auch für die kritische Gentechnikarbeit freihalten. Kleinere NGOs wie zum Beispiel *ASEED Europe*

in den Niederlanden setzen ganz auf einen Mix von Teilzeitstellen und freiwilligen Helfern.

Bei Sozialen Bewegungen sind es ebenfalls vermehrt auch ehrenamtliche Kräfte, welche die Arbeit leisten. So ist etwa die bei *Slow Food Deutschland e.V.* für Gentechnik zuständige Person ehrenamtlich im Vorstand des Verbands aktiv und geht hauptamtlich seinem Beruf als Tierarzt nach. Anders sieht es bei den kommerziellen Akteuren aus, bei denen ehrenamtliche Mitarbeiter eher die Ausnahme sind. Von großen personellen Ressourcen kann aber auch hier nicht die Rede sein. So sitzen die Gentechnikverantwortlichen – und das ist bei Verbänden wie *Bionext* oder dem *BÖLW* in der Regel eine Person – zwar auf vollen Stellen, neben Gentechnik sind sie aber zumeist auch noch für viele andere Themenbereiche zuständig. Ein Beispiel dafür ist auch der Gentechnikverantwortliche beim deutschen Bioanbauverband *Bioland*, der innerhalb des Bundesverbandes auch für die gesamte Agrarpolitik zuständig sowie als Pressesprecher des Verbandes tätig ist.

#### 5.1.4. Primäres Netzwerk

Als ein weiteres Unterscheidungskriterium der gentechnikkritischen Verbände kann das primäre Netzwerk dienen, in welches die einzelnen Akteure eingebunden sind. Bei *Single-Issue*-Akteuren wie etwa der *Aktion Genklage*, *De Gentechvrije Burgers*, *Gendreck wegl*, *dem Gen-ethischen Netzwerk*, der *Stichting Genethica* oder *Testbiotech*, die einzig und allein die Bio- und Gentechnologie als Thema haben, gehört die gesamte gentechnikkritische Bewegung zum primären Netzwerk. Andere Akteure finden ihr Hauptnetzwerk jedoch in teils sehr unterschiedlichen Bereichen.

So bewegen sich Akteure wie die *AbL*, *Bionext*, der *BÖLW*, die *Zukunftsstiftung Landwirtschaft* oder die *Stichting Boerengroep Wageningen* mit anderen – der Gentechnik nicht unbedingt ablehnend gegenüber stehenden – Landwirtschaftsverbänden wie etwa dem *Deutschen Bauernverband* in erster Linie im Netzwerk Landwirtschaft. Gentechnik ist bei ihnen nur eines von zahlreichen Themenbereichen. Ähnliches gilt für Akteure wie *Greenpeace Nederland*, den *NABU* oder das *Umweltinstitut München* für den Bereich Umweltschutz, wo man gemeinsam

mit NGOs wie etwa dem *WWF* ein Netzwerk bildet. Ein anderes Netzwerk, welches unter den kritischen Gentechnikakteuren auszumachen ist, ist jenes der Verbraucherschützer. Hier bewegen sich kritische Verbände wie etwa *Bio-Verbraucher e.V.* oder *Slow Food Deutschland e.V.* gemeinsam mit Verbänden wie dem *Consumentenbond* oder dem *Verbraucherzentrale Bundesverband*, die sich beide aktuell öffentlich nicht mehr zum Thema Gentechnik positionieren.

Einen wiederum anderen Ursprung haben gentechnikkritische Akteure wie *Brot für die Welt*, *Oxfam Novib* oder *Misereor*, die sich allesamt hauptsächlich im Entwicklungshilfenetzwerk befinden. Gentechnik ist bei ihnen lediglich ein Randthema und kein echtes Kampagnenthema. Ab und an mischen sie aber auch in gemeinsamen Kampagnen zur Agro-Gentechnik mit. Wiederum anderen Hauptnetzwerken gehören die kommerziellen Akteure wie etwa die verschiedenen Bienenzüchter an. Verbände wie *Mellifera e.V.* oder die beiden deutschen Imkerverbände *DBIB* und *DIB* sind primär in ihrem eigenen Netzwerk vereint. Das Netzwerk der Gentechnikkritiker spielt bei ihnen nur eine – für manche von ihnen in den vergangenen Jahren aber eine durchaus wichtige – Nebenrolle.

Bei manchen Akteuren ist es aber auch schwierig, sie ohne weiteres einem Hauptnetzwerk zuzuordnen. Nimmt man etwa *ASEED Europe*, *Campact* oder die *Platform Aarde*, *Boer*, *Consument (Platform ABC)*, dann sind die primären Interessen nicht eindeutig den genannten Bereichen Landwirtschaft, Umwelt- oder Verbraucherschutz zuzuordnen. Selbst versteht man sich dann auch jeweils eher als Querschnittsakteur.

#### 5.1.5. Hauptinteresse

Ebenfalls ganz unterschiedlich stellen sich die Anti-Gentechnik-Akteure auf, wenn man ihr Hauptinteresse bzw. den Schwerpunkt ihrer Kampagnen betrachtet. Differenzieren kann man dabei zwischen mehr oder weniger direkt mit der Gentechnikthematik verbundenen Interessen.

Direkt mit der Gentechnik verbunden ist so etwa das Interesse der Verhinderung von Zulassungen oder Freisetzen transgener Organismen in die Natur. Akteure wie die auf die juristische Verhinderung von Zulassungen spezialisierte *Aktion Genklage* mit ihren Klagen vor dem *Europäischen Gerichtshof* oder

die radikalen „Feldbefreier“ von *Gendreck weg!*, die bis vor ein paar Jahren immer wieder Felder mit transgenen Pflanzen medienwirksam zerstört haben, gehören zu dieser Gruppe. Ein weiteres, eng mit der Gentechnikfrage verbundenes Interesse ist das der Koexistenz von und der Wahlfreiheit zwischen transgenen und konventionellen Pflanzen. Dies wurde vor allem von Verbraucherschutzverbänden beider Untersuchungsländer, in Deutschland zum Beispiel dem *Verbraucherzentrale Bundesverband* verfolgt, als diese sich noch aktiv an der Gentechnikdiskussion beteiligten. Heute bildet die Wahlfreiheit etwa bei *foodwatch* noch die Hauptforderung in der Gentechnikdiskussion. Die Verbraucher, so deren Hauptargumentation, sollen frei wählen können, ob ihre Nahrungsmittel transgene Inhaltsstoffe enthalten dürfen oder nicht. Ein dritter Bereich, auf den manche Akteure ihr Hauptinteresse legen, ist die Verhinderung der Patentierung von Saatgut. Akteure wie *ASEED Europe*, die *Interessengemeinschaft für gentechnikfreie Saatgutarbeit (IG Saatgut)*, die *Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugesetze und Nachbauggebühren (IGN)*, *No patents on seeds!* oder *Save Our Seeds (SOS)* setzen sich gegen eine Deklaration von Pflanzenzuchtmethoden als geistiges Eigentum ein. So sollen zusätzliche Abhängigkeiten von mächtigen multinationalen Konzernen verhindert werden. Bezogen auf mögliche Abhängigkeiten der Kleinbauern in Entwicklungsländern von den großen Saatgutproduzenten verfolgen hier auch Entwicklungshilfeorganisationen wie *Miseror* ein ganz eigenes Interesse. Ein letztes, eng an die Gentechnikfrage gekoppeltes Interesse ist das der Verhinderung eines ansteigenden Pestizidverbrauchs in der Landwirtschaft. Besonders die Verwendung der auf Glyphosat basierenden Herbizide aus dem Haus *Monsanto* und den damit verbundenen herbizidresistenten transgenen Pflanzen aus der Reihe *RoundUp-Ready* sind dabei ein Dorn im Auge spezieller Akteure wie etwa dem *Pestizid Aktions-Netzwerk e.V. (PAN Germany)* oder der niederländischen *Gifsoja-Kampagne*.

Weniger direkt auf die Gentechnik bezogen sind allgemeinere Hauptinteressen, denen in der Regel auch die eher weniger speziellen Akteure mit einem breiten Aktionsfeld zuzuordnen sind. Für Organisationen wie etwa den *BUND* ist das Hauptinteresse so zum Beispiel der Umweltschutz – der Kampf gegen die Gentechnik ist nur eines von vielen Zielen, die dem Hauptinteresse untergeordnet sind. Ähnlich sieht es auch bei Naturschutzverbänden wie etwa dem

NABU aus, der primär das Interesse der Erhaltung der Natur verfolgt. Oder auch bei Verbraucherschützern, bei denen der Ausgleich des Ungleichgewichts zwischen Konsumenten und Produzenten an erster Stelle kommt und wo die Gentechnikfrage nur einen Teilaspekt darstellt. Hauptinteresse kann aber – wie etwa bei *Slow Food* der Fall – auch schlichtweg darin bestehen, ein Angebot von guten, fair produzierten und geschmackvollen Lebensmitteln zu garantieren. Und bei Akteuren wie etwa *Attac* oder *Campact* steht die kritische Auseinandersetzung mit den Auswirkungen der Globalisierung an vorderster Stelle der eigenen Interessen. Anders sieht es hingegen auch in dieser Kategorie wiederum bei den kommerziellen Akteuren aus dem landwirtschaftlichen Bereich aus. Bio-branchenverbänden, Anbau- oder Imkerverbänden gemeinsam ist das Hauptinteresse des eigenen wirtschaftlichen Überlebens, der Gewinnmaximierung oder des Wohlergehens der Branche.

#### 5.1.6. Hauptdiskursrahmen

Ferner können die kritischen Akteure auch anhand dessen unterschieden werden, wie sie hauptsächlich gegen die Gentechnologie argumentieren. Am häufigsten wird dabei von Anbeginn der Diskussion auf mögliche Umweltrisiken hingewiesen. Vor allem Umwelt- und Naturschutzorganisationen wie etwa *BUND*, *Milieudefensie* oder *NABU* haben immer wieder darauf hingewiesen, dass die biologische Vielfalt durch den Einsatz von gentechnischen Pflanzen möglicherweise in Gefahr gerate. Eine unkontrollierte Ausbreitung von transgenen Organismen und die Mutationen bei verwandten oder fremden Gewächsen können nicht ausgeschlossen werden. Durch den Einsatz von Glyphosat und anderer Pflanzenherbizide seien außerdem Resistenzen vorprogrammiert, was eine immer höhere Dosis an Unkrautvernichtungsmitteln zur Folge hätte und die Umwelt zusätzlich gefährden würde.

Ein weiteres Hauptargument ist die Gesundheit von Menschen und Tieren. Hier wurde vor allem in der Anfangszeit der Gentechnikdiskussion in den 1970er Jahren mit einer nicht auszuschließenden Gesundheitsgefährdung durch den Einsatz von gentechnisch veränderten Organismen argumentiert. Aufgrund fehlender Krankheitsfälle, die direkt mit der Agro-Gentechnik in

Verbindung gebracht werden können, wird dieser Diskursrahmen heutzutage aber immer weniger verwendet. Bedeutende Akteure wie etwa der *BUND* vermeiden es bewusst, eine Verbindung zwischen Gentechnik und der Gesundheit zu ziehen. Andere Akteure wie etwa der *Bio-Verbraucher e.V.* oder *Misereor* ziehen dies aber noch immer als Gegenargument heran. Heute wird vor allem der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln wie dem eben genannten Glyphosat von den Gentechnikkritikern als stark gesundheitsgefährdend angesehen.

Andere Kritiker wie etwa die Globalisierungskritischen Akteure *attac* und *Campact*, aber auch *ASEED Europe* in den Niederlanden argumentieren hauptsächlich mit den neuen Abhängigkeiten, die durch das patentierte transgene Saatgut zwischen Landwirten und den großen Gentechnikkonzernen entstehen würden. Vor allem Entwicklungshilfeorganisationen beider Länder beziehen dieses Hauptargument gerne auf Landwirte in Entwicklungs- und Schwellenländern, bei denen sich diese Abhängigkeiten noch stärker auswirken würden. Sie sprechen hier von Ausbeutung der indigenen Bevölkerung und sehen die Rechte dieser Menschen durch die strengen Richtlinien der Saatgutproduzenten gefährdet.

Ein weiterer Diskursrahmen wird vor allem von Kirchenvertretern gerne als Hauptargument verwendet. So sind diese Akteure der Meinung, dass der großflächige Einsatz von gentechnischen Pflanzen und die von den Befürwortern versprochenen besseren Anbaueigenschaften in trockenen Regionen der Welt keine Lösung für den Welthunger sind. Man sollte nach Ansicht der gentechnikkritischen Akteure eher daran arbeiten, die ausreichend vorhandenen Nahrungsmittel auf der Welt besser zu verteilen – eine Steigerung der Ernteerträge sei überhaupt nicht notwendig.

#### 5.1.7. Politikebene

Was die Verortung der Akteure und deren Protest angeht, ergibt sich ebenfalls ein sehr heterogenes Bild. Beim Blick auf die beiden Untersuchungsländer wird deutlich, dass es von denen in dieser Untersuchung Befragten Gentechnikkritikern sowohl auf der lokalen als auch auf der regionalen und der landesweiten Politikebene Aktive gibt. Und je nachdem, wo genau sich ihr Hauptaktivitäts-

feld befindet, richten sie ihre Aktivitäten und ihre Strategie auch ganz anders aus als Akteure auf anderen politischen Ebenen. Anschaulich wird die Verteilung der Akteure über die verschiedenen Ebenen etwa, wenn man sich die Mitglieder des *Bündnisses für gentechnikfreie Landwirtschaft in Niedersachsen, Bremen und Hamburg* anschaut.<sup>190</sup> In diesem Zusammenschluss auf Länderebene finden sich so zum einen lokale gentechnikkritische Initiativen wie etwa der *Arbeitskreis gegen Gentechnologie* aus Göttingen, die *BürgerInnen gegen Essen aus dem Gendlabor* aus Holzminden oder die *Initiative Gentechnikfreie Nordheide* aus Handeloh-Wörme. Aber auch (über-)regionale Akteure wie etwa die *Interessengemeinschaft Kritische Bioethik Niedersachsen* mit Sitz in Braunschweig oder der *Verein Entwicklungspolitik Niedersachsen e.V.* mit Sitz in Hannover hat sich in diesem Bündnis zusammengeschlossen. Ob die Aktivitäten dieser Akteure auch über die lokale und regionale Ebene hinwegstrahlen und sie somit die Samplingkriterien aus Kapitel 2.7.1 erfüllt hätten, kann bezweifelt werden. Wohl gilt dies für die interviewten, lokal angesiedelten und überregional agierenden Akteure, die *Initiative nahrungs-kette* aus München, dem *Bio-Verbraucher e.V.* aus Nürnberg sowie der *Werkgroep "Burgers voor gentechvrij voedsel"*, deren Aktivitäten zudem auch in überregionalen Medien wahrgenommen wurden.

Und auch für Akteure, die auf der Staatsebene agieren, kann das *Bündnis für gentechnikfreie Landwirtschaft in Niedersachsen, Bremen und Hamburg* als Beispiel angeführt werden. Denn unter den Mitgliedern finden sich mit *Bioland Niedersachsen-Bremen e.V.*, den *BUND-Landesverbänden Hamburg und Niedersachsen* sowie dem *NABU Niedersachsen* auch Landesbüros von Verbänden, die auch bundesweit aktiv sind, dort eine bedeutende Rolle in der kritischen Gentechnikarbeit spielen und es auch allesamt ins Sampling dieser Untersuchung geschafft haben. Hinzu kommt bei ihnen die Besonderheit, dass sie deutschlandweit auf nahezu allen politischen Ebenen mit Untergliederungen aktiv sind, die mal mehr und mal weniger kritisch zur Gentechnik eingestellt sind. So sind die Mitglieder des *NABU* etwa in 2.000 lokalen Gruppen organisiert (siehe dazu Kapitel 4.4.10). Und selbst

---

<sup>190</sup> Mitgliederliste des Bündnisses, Online; [http://www.gentechnikfreie-regionen.de/fileadmin/content/aktionsbueundnisse/niedersachsen\\_buendnispartner\\_neu.pdf](http://www.gentechnikfreie-regionen.de/fileadmin/content/aktionsbueundnisse/niedersachsen_buendnispartner_neu.pdf), Abruf: 3. Oktober 2015.

sind diese landesweiten NGOs in der Regel selbst wieder Mitglieder von europä- oder weltweiten Netzwerken (beim *BUND* etwa *Friends of the Earth Europe* und *Friends of the Earth International*), die jeweils wieder ihre ganz eigenen Strategien verfolgen und anders ausgerichtet sind. Aber auch losgelöst von den über mehrere Ebenen aktiven Großakteuren gibt es gentechnikkritische Verbände und Organisationen wie etwa *ASEED Europe* in den Niederlanden, *Testbiotech e.V.* in Deutschland oder die Koalition *No patents on seeds!* auf europäischer Ebene, die einzig und allein auf einer Ebene aktiv sind.

#### 5.1.8. Instrumente und Zielgruppe

Besonders große Unterschiede lassen sich bei der Wahl der Protestmittel der einzelnen Akteure ausmachen (siehe dazu Kapitel 5.5.2). Aber auch die jeweilige Zielgruppe der eigenen Aktivitäten – diejenigen also, die man von seinen Standpunkten überzeugen oder die man beeinflussen möchte – hängt ab, welche Instrumente man einsetzt. Denn nicht alle Mittel sind gleich gut geeignet, die eigene Zielgruppe zu erreichen. Landwirte schrecken die Methoden von Akteuren wie *Greenpeace* so auch eher ab und lassen sich eher durch auf sie zugeschnittenen Informationsveranstaltungen oder Kampagnen und von „eigenen“ Leuten aus dem Agrarbereich überzeugen (siehe dazu Kapitel 6.3.1). Grob lassen sich die Hauptaktivitäten der Gentechnikkritiker am besten entlang eines Spektrums einteilen, welches von öffentlichen Protestaktionen auf der einen Seite hin zu Instrumenten und Prozessen reicht, die außerhalb des Blickfelds der Massen eher im Hintergrund ablaufen.

Öffentlichkeits- und medienwirksam tritt etwa *Greenpeace* auf, wenn Mitglieder der NGO Frachter mit transgener Ladung im Hafen besetzen und mit Protesttransparenten versehen. Mit Demonstrationen, Unterschriftenaktionen oder etwa Bauernsternfahrten kommen aber auch noch viele andere Mittel in Frage, um öffentlich Aufmerksamkeit zu erregen und das Interesse der Massenmedien und damit auch indirekt der Entscheidungsträger auf sich zu ziehen. Eine Besonderheit bilden hierbei Akteure, die wie etwa *foodwatch* fast ausschließlich mit skandalträchtigen und zugespitzten Aktionen auf sich aufmerksam machen. Unterscheiden kann man zudem, ob die Akteure ihren öffent-

lichen Protest eher mit friedlichen oder mit radikalen, gewalttätigen Mitteln durchführen. Regulär angemeldete Demonstration wie die vielen vom Bündnis *Wir haben es satt!* organisierten Massenkundgebungen haben so eine ganz andere Qualität wie etwa Werkstor-Besetzungen des *ASEED Europe*-Ablegers *Verdelg Monsanto* oder Feldzerstörungsaktionen von *Gendreck weg!*, wo der Gewaltaspekt bewusst im Vordergrund steht und man direkt die Gentechnikunternehmen treffen will. Und auch die Frage der Einbeziehung der neuen Medien und die Schwerpunktsetzung auf entweder Offline- oder Onlinekampagnen kann als Unterscheidungskriterium der unterschiedlichen Methodik herangezogen werden. Ein Akteur wie *Campact* setzt seinen Schwerpunkt so auf Online-Kampagnen und versucht über diesen Weg, Druck auf Entscheidungsträger auszuüben und damit seinen Teil zum Erfolg der Bewegung beizutragen.

Zu den Instrumenten, die eher im Hintergrund ablaufen, kann in erster Linie das klassische Lobbying bei den politischen Institutionen angesehen werden. Schwerpunktmäßig verwenden etwa Akteure wie *Bionext* oder der *BÖLW* dies als Instrument und zielen damit auf die verantwortlichen Personen in Politik und Verwaltung ab. Diese Aktivitäten lassen sich von außen nicht transparent einsehen, aber anhand von Indizien wie dem Vorhandensein eines Hausausweises beim nationalen Parlament oder der Qualität und Quantität von Gesprächen zwischen Aktivisten und Vertretern aus Politik und Verwaltung ablesen. Im Gegensatz zum Druck von unten, wie er durch Gentechnikkritiker wie etwa der *Abl* oder *ASEED Europe*, die mehrheitlich auf *Grassroot*-Aktionen und Instrumente der Bürgerbeteiligung setzen, praktiziert wird, haben sich andere Akteure eher auf den Druck von oben spezialisiert. Aber nicht nur das Lobbying bei den für die Gentechnologie zuständigen Institutionen gehört zu den Instrumenten, die im Hintergrund angewendet werden. Auch kritische Akteure, die anderen Gentechnikkritikern zuarbeiten und wie etwa *Testbiotech* regelmäßig (wissenschaftliche) Expertise bereitstellen oder wie die *Aktion Genklage* regelmäßig gegen Zulassungen transgener Pflanzen bei Gerichten klagen, operieren mehrheitlich im Hintergrund.

### 5.1.9. Kompromissfähigkeit

Ein weiteres Kriterium, anhand dessen man die kritischen Akteure unterscheiden kann, ist die jeweilige Bereitschaft zu Kompromissen mit anderen Gentechnikkritikern, mit staatlichen Akteuren oder sogar mit Gentechnikbefürwortern. Besonders bei Verhandlungen mit der letztgenannten Gruppe kann man die Gentechnikkritiker in ideologisch sehr verbissene sowie in solche unterscheiden, die offen für Kompromisse sind. Als Paradebeispiel für einen auf Kompromisse bezogen sehr unbeweglichen Akteur kann in beiden Untersuchungsländern *Greenpeace* angeführt werden. Mit den Umweltschützern könne man keine Absprachen treffen, so der ehemalige niederländische Spitzenpolitiker BORIS VAN DER HAM in einem Zeitschriftenartikel über die Umwelt-NGO. Und auch andere Akteure wie die europäische Dachorganisation der biologischen Landwirtschaft *IFOAM* können bezogen auf mögliche Kompromisse als sehr verschlossen charakterisiert werden. Andere Akteure seien sehr wohl zu Kompromissen und zur Zusammenarbeit bereit (vgl. Logger/Menkhorst 2012; siehe auch Kapitel 6.3.3). Als bestes Beispiel kann hier wohl die Mitgliedschaft des *WWF* am *Runden Tisch für verantwortungsvolle Soja (RTRS)* angeführt werden, für die sie von vielen anderen Bewegungsakteuren stark kritisiert wurden, da die weltweit operierende Naturschutzorganisation dort mit Saatgutriesen wie *Monsanto* an einem Tisch sitzt und es mitträgt, dass die Verwendung von transgener Soja für die *RTRS*-Akteure nicht explizit ausgeschlossen ist (siehe auch Kapitel 5.4.5 sowie 6.3.3).

Ebenfalls sehr kompromissbereit stellten sich zu Beginn der 1990er Jahre Verbraucherverbände in den Niederlanden wie der bedeutende *Consumentenbond* auf, als er sich gemeinsam mit dem Lebensmittelriesen *Unilever* an den Verhandlungstisch setzte. Am Ende der mehrere Jahre dauernden Gespräche und Verhandlungen standen im Jahr 1996 schließlich neun transgene Lebensmittelzusatzstoffe und Enzyme, deren Verwendung der *Consumentenbond* unter der Voraussetzung einer selbst verpflichtenden Etikettierungszusage der Nahrungsmittelhersteller zustimmte (siehe auch Kapitel 3.1.2.7). Und auch bei einer 2003 in den Niederlanden begonnen Selbstregulierung zwischen Industrie und Gentechnikkritikern zu Koexistenzregeln für transgene und konventio-

nelle Kartoffeln und Mais konnte die Industrie mit kritischen Akteuren wie *Biologica* (heute *Bionext*) oder der *Plattform ABC* einen Kompromiss erzielen (siehe auch Kapitel 5.5).

In Deutschland tritt unter anderem ein deutscher Naturschutzverband der Gegenseite in der Gentechnikfrage offener gegenüber als andere. Das zeigt sich zum einen daran, dass die für den Gentechnikbereich verantwortliche Person dort viel offener für Gespräche mit Vertretern der großen Saatgutkonzerne ist. Zudem bewertet man die Gentechnik dort viel differenzierter und weniger ideologisch als viele andere Partnerverbände. Man schaut sich die Technologie lieber von Fall zu Fall an als sie pauschal zu verurteilen. Allerdings steht die zuständige Gentechnikreferentin mit ihrem Hintergrund als promovierte Veterinärmedizinerin und ihrem daraus abgeleiteten liberalen Kurs auch nicht unbedingt stellvertretend für die gesamte NGO und ihre Anhängerschaft (siehe auch Kapitel 5.4.4).

#### 5.1.10. Interaktion

Ebenfalls unterscheiden kann man die gentechnikkritischen Akteure anhand ihrer Interaktionstätigkeiten. Wie weiter hinten herausgearbeitet wurde, kann die große Mehrheit der Gentechnikkritiker als Teamplayer charakterisiert werden. Besonders was Deutschland als Untersuchungsland angeht, herrscht unten den meisten Gentechnikkritikern durch eigens geschaffene Plattformen wie dem regelmäßig durchgeführten Runden Tisch der Bewegung oder durch verschiedene andere Akteurbündnisse und (Einzel-)Kooperationen eine enge Zusammenarbeit und ein starker Austausch an Informationen und Ressourcen. Als gute Beispiele für sehr starke Interaktionsaktivitäten lassen sich etwa der *BUND* als große Umweltschutz-NGO oder der *BÖLW* als Dachverband der Biobranche herausstellen, denn beide nehmen im Rahmen der Runden Tisch-Gespräche auch eine stark koordinierende Rolle für die gesamte Bewegung ein. Insgesamt betrachtet laufen die Interaktionsprozesse zwischen den Gentechnikkritikern mal mehr und mal weniger formell ab – abhängig auch davon, wie oft und wie intensiv Akteure jeweils miteinander kooperieren und wie gut sich die einzelnen Aktivisten untereinander verstehen (siehe dazu Kapitel 6.1).

Es gibt aber auch in diesem Politikfeld Akteure, die weniger mit anderen Bewegungsakteuren interagieren – nicht, weil sie es nicht wollen, sondern eher, weil ihnen dazu die Mittel fehlen. So sind für viele – vor allem kleine – aktive Gentechnikkritiker wie etwa dem *Bio-Verbraucher e.V.* aus Nürnberg oder den *Gentechvrije Burgers* aus Lelystad die begrenzten Personal-, Zeit- und Geldressourcen oftmals der Grund, warum sich die Qualität und Quantität der Interaktionen hier auf einem sehr viel niedrigeren Level befindet. Zudem bringt eine Kooperation mit kleinen Bewegungsakteuren den größeren Bewegungen, Verbänden und NGOs nur in Ausnahmefällen einen Vorteil. Austauschprozesse laufen hier deshalb in der Regel auch nur in eine Richtung und beschränken sich oftmals auf das Weiterleiten von Informationen (siehe dazu Kapitel 6.1.1).

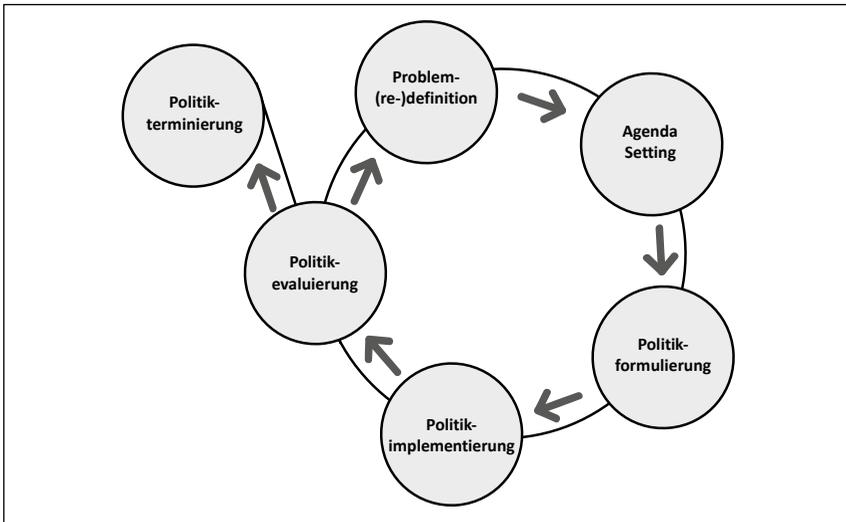
Wiederum andere Akteure könnten von ihrem Potential her zwar viel mehr mit anderen Gentechnikkritikern zusammenarbeiten, tun dies aber wie etwa *Greenpeace* oder *foodwatch* bewusst nicht oder nur eingeschränkt und treten eher als Einzelgänger der Bewegung auf. Sie distanzieren sich aus Gründen wie etwa der Bewahrung der eigenen Unabhängigkeit damit bewusst von möglichen Kooperationen (siehe dazu Kapitel 6.3.3).

#### 5.1.11. Politikzyklus

Unterschieden werden kann abschließend auch danach, in welcher Phase des Politikzyklus (vgl. Jann/Wegrich 2003; siehe auch Kapitel 2.2.1.1) die kritischen Lobbyingakteure in diesem Politikfeld Einfluss nehmen können. Theoretisch besteht die Möglichkeit, von der Problemdefinition über das Agenda Setting, die Politikformulierung, die Politikimplementierung und die Politikevaluation bis hin zur Politikterminierung oder Politikredefinition an vielen Stellen Einfluss auszuüben (siehe Abbildung 19).

(1) Die Phase der *Problemdefinition* initiieren Gentechnikgegner etwa durch Protestaktionen oder Interessenvertretungsaktivitäten, mit denen sie auf sich und ihre Forderungen aufmerksam machen. (2) Und auch beim *Agenda Setting*, in das das zuvor definierte Problem auf die (politische) Tagesordnung gehoben wird, wirken Gentechnikgegner auf den Politikprozess ein, indem sie ihr Thema durch öffentlichen medialen Druck oder den Weg über verwandte poli-

Abbildung 19: Der „idealtypische“ Policy-Cycle



Quelle: Eigene Darstellung nach Jann/Wegrich 2003: 82

tische, etwa grüne, Parteien auf die Agenda bringen. Hierzu bedarf es Akteuren, die allein konfliktfähig genug sind oder im Bündnis arbeiten, um diesen Druck von unten erzeugen zu können. (3) Bei der *Politikformulierung* kommen die Entscheidungsträger dann zu der Überzeugung, dass bei dem Thema eine Gesetzesänderung notwendig ist oder Beschlüsse gefasst werden müssen. Durch Interessenvertretung bei den Entscheidungsträgern – also zum Beispiel durch Gespräche, die im Vorfeld von Entscheidungen auf Regierungs-, Ministerial-, Parlaments- oder Parteebene stattfinden – können Gentechnikgegner hier Einfluss ausüben. Dazu müssen sie aber auch über die entsprechenden Zugänge zu den jeweiligen Ebenen der Entscheidungsträger verfügen. (4) In der Phase der *Politikimplementierung*, bei der getroffene Entscheidungen in Gesetzestexte transferiert werden, bestehen im Vergleich beider Untersuchungsländer vor allem im föderalen deutschen politischen System die Möglichkeiten der Einflussnahme von Interessenvertretern, indem sie versuchen, Politikinhalte über den Rechtsweg oder die Bundesländer zu beeinflussen oder zu blockieren. (5) Bei der *Politikevaluation*, bei der nach möglichen Mängeln in den neuen Vor-

schriften gesucht wird, können Bewegungsakteure wiederum durch Gerichtsurteile Einfluss ausüben und so auf Probleme hinweisen. (6) Wird eine Politik nicht terminiert, da bei der Evaluation Änderungsbedarf festgestellt wurde, kommt es zur *Politikredefinition*, bei der Gentechnikgegner wieder verstärkt von der *input*-Seite aktiv werden und das Thema durch die Einbringung neuer bzw. angepasster Argumente oder der Verknüpfung mit anderen, verwandten Themen, wiederum nach vorne zu bringen versuchen.

Entscheidend dafür, in welcher Phase des Politikzyklus ein gentechnikkritischer Akteur jeweils aktiv wird und Einfluss auf den Politikprozess auszuüben versucht, hängt wiederum von den anderen, in diesem Kapitel vorgestellten, Unterscheidungskriterien ab: Je nach konkretem Akteurstyp etwa, dem jeweiligen Hintergrund und den zur Verfügung stehenden oder präferierten Protestinstrumenten, aber auch anhand dessen, wie das jeweilige politische System aufgebaut ist und wo sich für Interessenvertreter welche Einflussmöglichkeiten und Zugangspunkte finden, richten sich Ort und Zeitpunkt des möglichen individuellen oder kollektiven Eingriffs.

## 5.2. Personelle und zeitliche Ressourcen

Von den Hauptverantwortlichen der bei der Kartierung aktiver Akteure (siehe Kapitel 4.3) herausgefilterten bedeutendsten Akteure der drei Gattungen war oder ist die Mehrheit bereits seit etwa zehn Jahren für die jeweilige Organisation tätig. Bei den professionell tätigen Akteuren sind sie etwa als „Kampagnenleiter“, „Projektleiter gentechnikfreie Landwirtschaft“, „Kampagnenleiter Gentechnik und nachhaltige Landwirtschaft“, „Koordinatoren gentechnikfreie Land- und Lebensmittelwirtschaft“, „Bundesgeschäftsführer“, „Stellvertretende Geschäftsführer“, „Gentechnikexperten“, „Vorstandmitglied und Landwirtschaftsverantwortlicher“, „Abteilungsleiter Gentechnik“ oder „Campaigner“ beschäftigt. Sie können dabei die unterschiedlichsten Ausbildungen wie Sozialpsychologie, Sozialwissenschaften, Umweltwissenschaften, Agraringenieurwissenschaften, Philosophie, Biologie, Angewandte Kulturwissenschaften, den Diplomstudiengang Landwirtschaft oder Tiermedizin vorweisen.

Betrachtet man konkret die personelle Ausstattung, die den kritischen Akteuren für ihre Kampagnenarbeit gegen die Grüne Gentechnik im Vergleich untereinander zur Verfügung steht, dann sind diese teils sehr unterschiedlich aufgestellt. Setzt man die Anzahl von Personen bei den jeweiligen Akteuren jedoch jenen in den Unternehmen der Biotechnologiebranche gegenüber, wird ein noch viel größeres Missverhältnis deutlich: So erzählte eine Interviewpartnerin, dass sie während ihrer Brüsseler Zeit im selben Haus wie ein Lobbyist des Saatgutriesen *Monsanto* gewohnt habe und sie dabei erfuhr, dass bei *Monsanto* täglich 32 Lobbyisten mit dem Thema beschäftigt sind, während sie selbst nur einen halben Tag in der Woche dafür Zeit hatte (vgl. Interviewpassage 18). Die Interviewpartnerin kann hierbei als gutes Beispiel für viele Akteure im Kampf gegen die Agro-Gentechnik angesehen werden, denn die Beschreibungen anderer Personen in den kritischen Organisationen ähneln sehr ihrer Darstellung. So träumte auch eine weitere Interviewpartnerin einer niederländischen Branchenorganisation für biologische Landwirtschaft mit Blick auf den landesweiten Verband für konventionelle Landwirtschaft davon, einen eigenen Juristen im Haus und genug eigene Kapazitäten für die Thematik zu haben (vgl. Interviewpassage 19). Und auch der Interviewpartner des größten deutschen ökologischen Anbauverbandes wünscht sich angesichts der Bedeutung der Gentechnikthematik mit Blick die Umweltverbände, die ganze Stellen zum Thema eingerichtet haben, für seinen Verband mehr personelle und finanzielle Mittel. So fehle dem Anbauverband das Geld für eigene Kampagnen zu dem Thema, dies kompensiere man nach Aussage des Interviewpartners jedoch durch die Zusammenarbeit mit anderen kritischen Akteuren (vgl. Interviewpassage 20; mehr dazu in Kapitel 6).

Mit Respekt blickten auch die Vertreter eines deutschen alternativen Agrarverbandes auf die in Deutschland aktivsten Akteure wie den *BUND* oder *Greenpeace*, waren trotzdem aber stolz, dass sie, ohne eine Massenorganisation zu sein oder ein großes Spendenaufkommen zu haben, eine wichtige Funktion innerhalb der Bewegung innehaben (vgl. etwa Interviewpassage 21). Und auch die Vertreterin eines deutschen Naturschutzverbandes verglich ihre Möglichkeiten anerkennend mit denen des deutschen Ablegers eines internationalen

Umweltschutznetzwerkes, bei dem die Kollegin dort gemeinsam mit drei festen Kollegen das Referat zum Thema bildet (vgl. Interviewpassage 22).

Von ähnlich guten Voraussetzungen berichteten mehrere Kampagnenleiter großer Umwelt- und Naturschutz-NGOs, die darlegten, dass man als Kampagnenleiter eine Art Spinne im Netz ist und sich um einen herum mehrere Spezialisten bewegen – etwa Experten aus der Abteilung Öffentlichkeitsabteilung, Juristen oder Spezialisten für medienwirksame Aktionen. Diese arbeiten dann aber hauptsächlich für andere Themen und nicht allein zur Gentechnikthematik (vgl. Interviewpassagen 23, 24).

Von den Interviewten, die bei Ihrer Organisation allein für das Gentechnikthema zuständig sind und waren, aber teilweise auch von denen, die ein kleines Team um sich hatten, hörte man auch immer wieder, wie viel mehr zeitliche Ressourcen es für Ihre Arbeit eigentlich benötige. So erzählte eine Interviewpartnerin, dass es nur sehr schwer zu schaffen war, alle notwendigen Aufgaben zum Thema Gentechnik – organisieren, lobbyieren, mobilisieren, kommunizieren, Standpunkte erarbeiten, Dokumente lesen – in der gegebenen Zeit von einem halben Tag in der Woche zu erledigen (vgl. Interviewpassage 25).

Von gentechnikkritischem Akteur zu Akteur unterscheidet es sich zum Teil sehr, wie breit oder speziell das Aufgabenspektrum ist, das von den Akteuren in Ihren jeweiligen Funktionen bei den gentechnikkritischen Akteuren ausgefüllt wird. Eher die Ausnahme ist es, dass die gentechnikverantwortlichen sich ausschließlich mit dieser Thematik beschäftigen. Zumeist kümmern sich die Personen um den gesamten Bereich der Agrarpolitik und ist die Gentechnik maximal ein Besonderer unter vielen anderen Themenbereichen (vgl. etwa Interviewpassage 26). Manchmal kommen dann aber auch noch ganz andere Funktionen hinzu, die nur begrenzte Schnittmengen mit der kritischen Gentechnikarbeit haben. Etwa, wenn von den Gentechnikhauptverantwortlichen auch noch – ebenfalls nicht unwichtige – Verwaltungsaufgaben erfüllt werden müssen, da ein großer personeller Hintergrund bei den kleinen Akteuren nicht vorhanden ist. Beispiele hierfür sind Tätigkeiten als Pressesprecher in der Organisation oder die Verantwortlichkeit für das Fundraising oder die finanzielle Projektabwicklung (vgl. Interviewpassagen 27, 28).

Je spezieller ein Akteur thematisch arbeitet, desto größer ist auch der Stellenwert, den er auf das Thema Gentechnik und damit verwandte Themenfelder legt. Bei größeren NGOs und Verbänden ist es eher eines unter vielen Themenbereichen bzw. Kampagnen und dabei auch nicht immer unbedingt das wichtigste. Es hänge aber auch immer vom genauen Zeitpunkt ab. Wenn gerade eine neue Gentechnikkampagne lanciert wird oder das Thema auf der öffentlichen oder politischen Agenda aktuell weiter oben steht, legt man durchaus auch einmal mehr Gewicht hierauf (vgl. Interviewpassage 29). Unabhängig davon gäbe es zwangsläufig aber auch „*ein ständiges Grundrauschen*“ (Interviewpassage 30) zum Thema Gentechnik (siehe zu den Konjunkturen auch Kapitel 5.3.2).

Eine viel größere Priorität als andere Fragen kann die Gentechnikfrage allerdings auch bei der eigenen Anhängerschaft haben. So führte ein kleiner deutscher Agrarverband eine Verbandsbefragung über die Wichtigkeit von und Zufriedenheit mit Themen unter den Mitgliedern durch und kam zu dem Ergebnis, dass das Thema in der Mitgliederschaft einen sehr hohen Stellenwert einnimmt, obwohl es in Wirklichkeit innerhalb des Verbandes lediglich eine mittelmäßige, aber konstante Rolle spielt (vgl. Interviewpassage 31).

Die konkrete Arbeit zum Thema Gentechnik bzw. zu stark damit verbundenen Thematiken macht für die meisten Gentechnikverantwortlichen zumeist nur einen Bruchteil der wöchentlichen Arbeitszeit aus. Eine Interviewpartnerin einer aus den Niederlanden heraus operierende Kampagnenorganisation aus dem Umweltbereich berichtete zwar, dass sie anno 2013 etwa 80 Prozent ihrer halben Stelle zum Thema Gentechnik arbeitet (vgl. Interviewpassage 32). Eine derart starke personelle Fixierung auf das Gentechnikthema ist jedoch eher die Ausnahme und sonst nur bei den großen NGOs im Politikfeld der Fall. Die Aussage eines deutschen Vertreters eines biologischen Anbauverbandes, dass man sich einen speziellen Fachreferenten zum Thema Gentechnik nicht leisten könne, kann da schon eher als Regel angesehen werden (vgl. Interviewpassage 33). Und so sah es ebenfalls bei einer niederländischen Branchenorganisation für biologische Landwirtschaft aus: Dort widmete sich die zuständige Person etwa einen halben bis ganzen Tag in der Woche der Gentechnikthematik – den Themenbereich der Patentierung von Saatgut mit eingeschlossen (vgl.

Interviewpassage 34). Bei ihrem deutschen Pendant, einem hiesigen Spitzenverband für die ökologische Lebensmittelbranche ist die Arbeitszeit der zuständigen Person zum Thema je nachdem, wie stark sich das Thema jeweils in der aktuellen öffentlichen Diskussion befindet, sehr unterschiedlich und bewegt sich in einer Spanne von 10 bis 60 Prozent seiner Vollzeitstelle (vgl. Interviewpassage 35; zu den Konjunkturen siehe auch Kapitel 5.3.2).

### 5.3. Aktivität

In einem weiteren Schritt geht es nun um den (wechselnden) Grad der Aktivität der Bewegungsakteure sowie den Gründen für ihren jeweiligen Einstieg auf dem Gentechnik-Politikfeld.

#### 5.3.1. Erstmaliges Engagement

So ergibt sich bei der Frage, wann die kritischen Akteure sich das erste Mal gegen die Grüne Gentechnik engagiert haben, ein ebenso heterogenes Bild wie bei der zuvor beantworteten Frage nach der Unterschiedlichkeit der einzelnen Akteure. Es werden die verschiedensten Schlüsselereignisse genannt, die für den jeweiligen Akteur oder auch einzelne Aktivisten dafür verantwortlich waren, sich fortan kritisch mit der Gentechnologie im Lebens- und Futtermittelbereich auseinanderzusetzen. So haben sich manche schon zu Zeiten gegen die Technologie engagiert, als sie für Europa in ihren Augen noch eher eine theoretische „Bedrohung“ darstellte, da auf dieser Seite des Atlantiks noch keine transgenen Produkte auf dem Markt waren. Für andere Akteure war dies jener Zeitpunkt, an dem die ersten Frachtschiffe mit genverändertem Mais die europäischen Häfen erreichten und wieder andere wurden erst noch einmal rund zehn Jahre später von der Thematik erfasst. Für wieder andere wie etwa biologische Anbauverbände war Gentechnik aufgrund des für die Ökobauern existenzbedrohenden Charakters immer schon Thema, da die Auseinandersetzung zumeist schon lange vor der Verbandsgründung begann (vgl. Interviewpassagen 36, 37).

Während der 1970er Jahre, jener Zeit, in der Forscher erste Erfolge bei der Rekombination von DNA feiern konnten, entsprang die Kritik an den neuen Methoden in erster Linie noch aus den eigenen Reihen. Kritische Wissen-

schaftler forderten eine Selbstbeschränkung der Forscher in Form von klaren Forschungsrichtlinien und einem Moratorium für gentechnische Experimente (siehe dazu Kapitel 3.1.1). Die Umweltbewegung selbst steckte seinerzeit noch in den Kinderschuhen, war viel zu sehr mit dem Thema Kernenergie beschäftigt und noch weit davon entfernt, sich der Gentechnologiethematik anzunähern (vgl. Vriend/Schenkelaars 2008: 122).

Unter den interviewten Akteuren wurde als erster ein kleiner deutscher Agrarverband Ende der 1980er Jahre auf dem Politikfeld aktiv. Schlüsselereignis war damals ein Antrag der vier US-amerikanischen Unternehmen *Cyanamid*, *Upjohn*, *Eli Lilly* und *Monsanto* an die Europäische Kommission, das aus genetisch veränderten Bakterien produzierte Rinderwachstumshormon rBST auf den Markt zu bringen, mit dessen Hilfe die Milchproduktion bei Kühen gesteigert werden sollte. Für den heutigen Bundesgeschäftsführer des deutschen Agrarverbandes war dies jenes Ereignis, welches den Anfang von zahlreichen Aktivitäten gegen die Gentechnik begründete und den Start der bundes- und europaweiten Kampagne bedeutete (vgl. Interviewpassage 38).

Gegen die erwähnten ersten Freisetzungen engagierten sich gesellschaftliche Organisationen seit 1990, indem sie seinerzeit auf die ersten Zulassungsanträge für transgene Pflanzen, auf die möglichen Risiken der Freisetzung und auf eine Abwägung von Nutzen und Notwendigkeit der neuen Technologien hinwiesen (vgl. Vriend/Schenkelaars 2008: 11). Im Dezember des Jahres folgte in den Niederlanden dann die von staatlicher Seite unterstützte Gründung der Stiftung *Consument en Biotechnologie* durch die beiden Verbraucherschutzverbände *Consumentenbond* und *Konsumenten Kontakt* (siehe dazu Kapitel 3.1.2.7). Ab 1991 nahmen die niederländischen Verbraucherschutzorganisationen eine Vorreiterrolle beim Lobbying für eine verbraucherfreundliche Gentechnikgesetzgebung auf europäischer Ebene ein, indem sie ihre europäischen Schwesterorganisationen mit wissenschaftlichen Studien versorgten (vgl. Vriend/Schenkelaars 2008: 131f.).

Ebenfalls in den 1990er Jahren wurden von europäischen gesellschaftlichen Organisationen erste Klagen gegen die Patentierung von Leben geführt – erst gegen die sogenannte „Krebsmaus“ und ab 1993 auch gegen gentechnisch veränderte Pflanzen und Lebensmittel. Die ersten Berufungsverfahren beim Euro-

päischen Patentamt waren der Grund für die Gründung der Initiative *Kein Patent auf Leben!*, einem Zusammenschluss aus 100 deutschen Organisationen und Teil der europaweiten Koalition *No patents on life!*, aus der sich später auch die Koalition *No patents on seeds!* mit Gründungsmitgliedern wie *Greenpeace Deutschland*, dem Hilfswerk *Misereor* oder dem niederländischen Branchenverband *Bionext* ausgründete (vgl. Vriend/Schenkelaars 2008: 45ff.).

Ein sehr bedeutender Zeitpunkt, um mit Kampagnen und Aktionen zum Thema Gentechnik zu beginnen, war das Jahr 1996, als der Kontakt mit gentechnisch veränderten Pflanzen erstmals konkret wurde: seinerzeit kamen zunächst in Rotterdam und später auch in anderen europäischen Häfen erste Ladungen von gentechnisch verändertem Mais und Soja an (siehe auch Kapitel 3.1.2.5). Dieses einschneidende Ereignis wurde für viele Akteure zum Schlüsselereignis, um sich von da an – vermehrt oder erstmalig – kritisch mit der Gentechnologie auseinanderzusetzen. Bestes Beispiel hierfür sind etwa die deutschen und niederländischen Ableger einer weltweit tätigen Umwelt-NGO. Während der deutsche Ableger nach einem internen Beschluss erst kurz vor der Ankunft mit der Kampagne begann (vgl. Rucht/Yang/Zimmermann 2008: 35), war es für die niederländische Schwesterorganisation eher ein Neustart der Kampagne, mit der sie das Thema auf die politische Agenda bringen wollte. Die NGO beschäftigte sich bereits seit 1992 – eher im Hintergrund – mit der neuen Technologie, betrieb viel Recherche und baute so eine erste Expertise auf (vgl. Interviewpassage 39).

Der öffentlichkeitswirksame Einsatz der NGO war Grund dafür, dass auch die Massenmedien dem Thema der Agro-Gentechnik und der gesellschaftlichen Diskussion darum erstmals ein echtes Interesse entgegenbrachten. Europaweit begann dann spätestens 1997 die Debatte über Sicherheit und Nutzen der Technologie richtig Fahrt aufzunehmen (vgl. Vriend/Schenkelaars 2008: 136f.). Und auch für andere Akteure waren die ersten transgenen Gewächse auf europäischem Boden Grund, die Gentechnologie mit als Kampagnenthema aufzunehmen. So hatte auch eine aus den Niederlanden heraus operierende Kampagnenorganisation aus dem Umweltbereich das Thema seinerzeit für sich entdeckt, auch um ein Gegengewicht zu Unternehmen der Biotechnologiebranche sowie des niederländischen Agrarsektors aufzubauen, die seinerzeit Lobbying

für die Genehmigung der neuen Pflanzen betrieben. Neu und mitausschlaggebend für das Engagement des Akteurs war zudem die Tatsache, dass es sich erstmals um patentierte Pflanzen handelte (vgl. Interviewpassage 40).

Ab dem Jahr 1998 folgte dann ja das europaweite *de facto*-Moratorium für gentechnisch manipulierte Pflanzen (siehe dazu Kapitel 3.3.1.1), welches bis 2004 andauern sollte. Zum Ende dieser Periode hin waren es dann wieder einige engagierte Akteure, die mit einem eigenen Engagement gegen die Gentechnik ihre bisherigen Aktivitäten nochmals verstärkten oder neu begannen. Dies gilt etwa auch für einen kleinen regionalen biologischen Verbraucherschutzverein, für den das Ende des *de facto*-Moratoriums der Gründungsgrund war (vgl. Interviewpassage 41).

Bereits 2003, ein Jahr vor Ende des Moratoriums, nahm eine niederländische Branchenorganisation für biologische Landwirtschaft die Genehmigung von Feldversuchen zum Anlass, eine neue Stelle zum Thema Gentechnik zu schaffen. Man wollte gegen die Genehmigungen vorgehen und brauchte dafür eine zusätzliche Person, welche Erfahrungen mit Einspruchsverfahren hat. Und seitdem war das Thema auch nicht mehr von der Agenda verschwunden (vgl. Interviewpassage 42).

Andere Akteure wie etwa ein deutscher Naturschutzverband oder eine aus den Niederlanden heraus operierende Kampagnenorganisation aus dem Umweltbereich nahmen das Ende des *de facto*-Moratoriums zum Anlass, weitere Kapazitäten für die kritische Gentechnikarbeit freizumachen oder sich sogar ausschließlich auf dieses Thema zu konzentrieren (vgl. Interviewpassagen 43, 44). Legt man die Aussagen beider Akteure nebeneinander, dann fällt jedoch auf, dass der niederländische Akteur auf der einen Seite auch deshalb seine Aktivitäten auf die Gentechnik zu konzentrieren begann, weil immer weniger Akteure im eigenen Land sich hiermit beschäftigten und das Thema liegen ließen (vgl. Interviewpassage 45). Der deutsche Akteur allerdings berichtet auf der anderen Seite von einer genau gegenteiligen Situation in Deutschland, wo alle großen NGOs sowie auch die großen biologischen Anbauverbände das Thema schon länger mit eigenen Kampagnen besetzten, als der deutsche Akteur nachzog und die Gentechnikthematik vom Agrarreferat in ein eigenständiges Referat überführte: „Also als ich anfang war das schon so ein bisschen ‚Willkommen im

*Klub, wie schön, dass ihr jetzt auch einmal in die Potte kommt“* (Interviewpassage 46). Die Anzahl von kritischen Stimmen unterschied sich zu diesem Zeitpunkt bereits kräftig zwischen beiden Ländern (siehe dazu Kapitel 5.3.2).

Ein weiteres Motiv für den Beginn von Aktivitäten zur Gentechnikthematik wird aber sowohl in Deutschland als auch in den Niederlanden immer wieder genannt: So waren berühmte internationale „Gallionsfiguren“ der gentechnik-kritischen Bewegung wie VANDANA SHIVA oder PERCY SCHMEISER (siehe hierzu auch Kapitel 3.1.2.5), die Mitte der 2000er Jahre verstärkt auch mit Auftritten in beiden Ländern viel Sympathie ernteten, oft der Grund, warum einzelne Akteure mit der Gentechnik in Kontakt gekommen sind: *„Das war das absolute Highlight und das hat ja auch die politische Szene verändert [...] und damit wurde das auch ein nationales Thema.“* (Interviewpassage 47) Der Film über Percy Schmeiser feierte 2009 in Deutschland Premiere. Aber auch etliche andere Kino- und Fernsehdokumentationen zum Thema wurden rund um das Jahr 2008 veröffentlicht. Sie wurden immer wieder als Grund genannt, warum sich einzelne Akteure genauer mit der Gentechnikfrage beschäftigten. So waren sie beispielsweise für eine niederländische Bürgerinitiative der Grund, warum eine der ersten Initiatorinnen letztendlich eine erste lokale Initiative gegen die Agro-Gentechnik gründete (vgl. Interviewpassage 48).

### 5.3.2. Konjunkturen

Wenn ein Akteur Gentechnik erst einmal als Protestthema aufgenommen hat, heißt dies aber nicht automatisch auch, dass er zu jeder Zeit gleich stark engagiert ist. Denn zum einen ist die Aktivität eines Akteurs für ein bestimmtes Thema immer auch von Personen Abhängig. Innerhalb der kritischen Bewegung gibt es auf diesem Politikfeld eine recht überschaubare Anzahl an Aktivisten, die einem bei der Recherche immer wieder über den Weg laufen. Im Laufe der Jahre kann es so schon einmal gut vorkommen, dass bestimmte Personen mehrmals den Akteur wechseln und bei anderen Organisationen für die Gentechnik- oder eine ganz andere Thematik zuständig sind – da kann es dann ganz automatisch zu Schwankungen bei der Intensität der Gentechnik-Kampagne kommen: *„das ist genauso wie in einem Unternehmen, wenn ein bestimmter Manager weggeht oder er*

während seiner Arbeitszeit andere Aufgaben bekommt, dann kann man seine Expertise nicht mehr für die Kampagne einsetzen.“ (Interviewpassage 49)

Die Intensität, mit der ein Akteur sich der Gentechnologie widmet, hängt aber auch mit anderen internen Faktoren wie etwa der generellen Schwerpunktsetzung und der Gewichtung anderer Themen beim Akteur ab. Und hier ist man nicht zuletzt auch oftmals den Einflüssen der Mitgliedschaftslogik unterworfen: „Wir sind eine Organisation, die abhängig von Spenden individueller Menschen ist und da muss man Entscheidungen treffen.“ (Interviewpassage 50) Bei diesen internen Entscheidungen spielen aber auch immer wieder externe Faktoren wie etwa aktuelle Entwicklungen auf der politischen Agenda und sich dadurch eröffnende politische Gelegenheiten (siehe hierzu Kapitel 2.2.2.5) eine Rolle. So werden von den Interviewpartnern gentechnikbezogene Entscheidungen von EU-Institutionen oder von den nationalen Regierungen und Parlamenten als Ereignisse angeführt, die zumeist zu einer verstärkten Beschäftigung mit dem Thema beitragen – etwa, wenn Entscheidungen über Genehmigungen oder Patentierungen stattfanden oder wenn Gesetzgebungsverfahren liefen oder Anbauentscheidungen getroffen wurden.

Und wenn solche Ereignisse ihre Schatten vorauswerfen oder bereits passiert sind, erhöhen die Akteure die Intensität ihrer kritischen Gentechnikerarbeit (vgl. Interviewpassagen 51, 52): „Gentechnik ist ja wirklich ein schwankendes Schiff, das kann man ja so gar nicht auf fünf Jahre planen. Weil es eben von Brüssel abhängt sehr stark. Dann hier von den nationalen Politiken.“ (Interviewpassage 53) In der restlichen Zeit, wenn es gerade keine Freisetzung und keinen Anbau in Europa gibt, dann fährt man das Engagement wiederum zurück (vgl. Interviewpassage 54). Trotz alledem war die Grüne Gentechnik – zumindest was Deutschland betrifft – eigentlich ständig ein Thema, da die gesellschaftliche Diskussion über Jahre nicht abbrach. Das Thema wurde immer weiterentwickelt und neue – verwandte – Aspekte von den kritischen Akteuren mit in die Diskussion eingebracht (vgl. Interviewpassagen 55, 56; siehe hierzu auch Kapitel 5.4.1).

Neben gesetzgeberischen Ereignissen oder Zulassungs- und Anbauentscheidungen bildeten aber immer auch Wahlen einen Grund für die Gentechnikgegner, um vor allem Lobbyingtätigkeiten auszuweiten. So war es beispielsweise auch vor der Europawahl 2009, als man sich in Deutschland die damalige

Bundeslandwirtschaftsministerin ILSE AIGNER als Kampagnenziel ausgesucht hatte und den Druck auf die zwischen dem Gentechnikstandpunkt der Bundesregierung und ihrer CSU-Heimat hin und hergerissene Politikerin zum Wahltag hin immer mehr verstärkte (vgl. Stroh 2009: 31; zur Einstellung der Politik siehe Kapitel 4.1.3).

## 5.4. Positionierung

Ein weiterer Schwerpunkt soll nun auf der Art und Weise liegen, wie sich die einzelnen Gegner (öffentlich) positionieren, wie sie argumentieren und sich auch gegenüber anderen abgrenzen.

### 5.4.1. Verwandte Themenfelder

Während der Interviews mit den gentechnikkritischen Akteuren argumentierten die Gesprächspartner sehr regelmäßig auch am Rande oder abseits der Gentechnikthematik. Immer wieder fielen innerhalb der Gespräche Schlagwörter wie etwa „Monopolbildung“, „Patente“, „Welthunger“, „Glyphosat“, „Cisgenese“, „Bioökonomie“ oder „Globalisierung“ – Themen, die auf den ersten Blick gar keinen direkten Bezug zur Gentechnikthema haben. Auf den zweiten Blick jedoch haben aber alle eine mehr oder weniger enge Verbindung zur Thematik. So ist das Politikfeld der Grünen Gentechnik an sich zwar ein relativ klar abgestecktes Themenfeld. In der Realität ist die Diskussion über das Für und Wider dieser Technologie oftmals allerdings nicht ganz klar zu begrenzen, da von Befürwortern wie von Gegnern immer wieder diese mehr oder weniger mit der Gentechnik verwandten Themen- und Problembereiche mit in die Diskussion eingebracht und zur Untermauerung des jeweiligen Pro- oder Kontraarguments angeführt werden.

Und ähnlich wie die Präsenz der Gentechnikthematik innerhalb der öffentlichen Diskussion gewissen Konjunkturen ausgesetzt ist, veränderte sich über die Jahre hinweg auch immer wieder der Schwerpunkt der von beiden Seiten in die Diskussion eingebrachten verwandten Themengebieten, um ihre jeweiligen Positionen zu untermauern. Vor einigen Jahren etwa wurde die Frage der *Patentierung von Saatgut* in die Diskussion mit aufgenommen und lange Zeit von

gentechnikkritischen Akteuren als ein Schwerpunkt in die Diskussion eingebracht. War es in der Zeit vor dem Aufkommen transgenem Saatguts auf dem Markt gang und gäbe, dass in der Landwirtschaft Nachbau betrieben wurde – also ein Teil der Ernte zurückbehalten und später wieder ausgesät wurde –, ist dies mit modernem gentechnisch verändertem Saatgut und den bei der Entwicklung oftmals verwendeten sogenannten „Terminator-Technologien“ (siehe Kapitel 3.1.2.4) zum einen nicht mehr möglich und zum anderen oftmals sogar strafbar, Saatgut mehr als einmal zu verwenden.

Und dadurch, dass die Zahl der Produzenten von transgenem Saatgut durch Aufkäufe und Fusionen über die Jahre hinweg immer überschaubarer geworden ist (siehe dazu Kapitel 3.1.2.3) und der Markt heute von wenigen großen multinationalen Unternehmen wie *Bayer*, *Syngenta* oder *BASF* regelrecht beherrscht wird, ist diese Patentfrage wiederum sehr eng mit Fragen von *Machtkonzentration* und *Monopolisierung* dieser Unternehmen verbunden: *„Deswegen sind die Felder viel breiter als Gentechnik Ja oder Nein. Es geht schon auch um die Grundsatzfrage Abhängigkeiten, also gerät der Landwirt und damit auch der Verbraucher in immer mehr Abhängigkeiten von ganz wenigen Konzernen, die Pakete [...] verkaufen wollen.“* (Interviewpassage 57) Aus Sicht vieler Landwirte in Deutschland und den Niederlanden bekommen sie selbst als erste die Folgen dieses Machtspiels der globalen Konzerne und der damit verbundenen neuen Abhängigkeiten zu spüren. Auf dieser Angst bauen die gentechnikkritischen Akteure ihre Kampagnen auf und versuchen so immer mehr Menschen von den Nachteilen der Gentechnik zu überzeugen.

Ein weiteres eng mit der Gentechnik verwandtes Themenfeld wurde zuerst von den Saatgutfirmen selbst mit in die Diskussion eingebracht. Sie waren es, die seit vielen Jahren beteuern, welche positiven Auswirkungen gentechnisch modifizierte Pflanzen für die Bekämpfung des *Welthungers* haben könnten. In von Ernährungsproblemen geplagten Regionen Asiens wie den Philippinen oder Bangladesch soll etwa transgener „Goldener“ Reis mit erhöhten Vitaminanteil das Ende von Mangelernährung sein. Oder trocken- und salzresistente Pflanzen, die auch in solchen Regionen wachsen, wo konventionelle Gewächse nicht überleben können. Kritiker hingegen weisen darauf hin, dass nach jahrelanger Diskussion noch keine dieser Pflanzen in großem Stil an-

gebaut wird und befürchten, dass Kleinbauern in Entwicklungsländern zukünftig ebenfalls von den wenigen Saatgutkonzernen und ihrem patentierten Saatgut abhängig werden und die sozialökonomischen Folgen und sozialen Folgen nicht abzuschätzen sind (vgl. etwa Interviewpassage 58).

*Sozialökonomische Folgen* sehen die kritischen Akteure auch für Landwirte mit einem Gentechnikeinsatz in anderen Erdteilen wie etwa in Indien oder den USA. So betonen die Akteure immer wieder, dass Praxiserfahrungen gezeigt haben, dass die Preise für die Kombination aus transgenem Saatgut und passendem Pflanzenschutzmittel letztendlich viel höher sind als bei konventionellen Anbaumethoden: „Monsanto holt eigentlich alles aus dem Markt was es herausholen kann. Teureres Saatgut mit höherem Einsatz von Pflanzenschutzmitteln, das bekommt man dann auch nicht gratis, da muss man mehr für bezahlen. Und letztendlich sind die Ernten, die man hieraus gewinnt, nur gleich hoch oder selbst kleiner.“ (Interviewpassage 59)

Und je mehr Pflanzenschutzmittel die Bauern verwenden müssen, desto höher sind nicht nur die Kosten für Landwirte und Verbraucher. Glaubt man Studien, die einzelne kritische Akteure zitieren, birgt vor allem das von Monsanto produzierte Totalherbizid *RoundUp* mit seinem Wirkstoff *Glyphosat* eine enorme Gefahr für die menschliche Gesundheit (bis hin zum Krebs) sowie für Natur und Umwelt mit sich, da es über den Boden direkt ins Grundwasser gelangt und auch die Arbeiter nicht vernünftig geschützt werden – ein Umstand, den sich die kritischen Akteure in ihrer Arbeit zu Nutzen machen, um weitere Argumente gegen den Gentechnikeinsatz anzubringen: „Das kranke ist, diese ganzen Spritzmittel – man braucht ja keinen Waffenschein – es sind Waffen. Ich meine das sind teilweise Leute, die nicht lesen und schreiben können, die sich die Sachen kaufen und einfach auf die Felder bringen. Das ist doch krank.“ (Interviewpassage 60)

Die verwandten Themenfelder, die von den gentechnikkritischen Akteuren immer wieder in ihre Argumentation eingebunden werden, unterliegen einem stetigen Veränderungsprozess. Zuletzt legte man die Schwerpunkte in der Diskussion dabei etwa auf Veredelungstechniken wie die *Cisgenese*, einer genetischen Modifikation mit sorteneigenen Genen – etwa aus einer wilden Variante der Pflanze –, die von vielen Entscheidungsträgern als unkritisch, von den Anti-

Gentechnik-Akteuren jedoch als und Bedrohung für die Koexistenz und somit als Ende der Wahlfreiheit der Verbraucher zwischen herkömmlichen und transgenen Pflanzen angesehen wird. Für sie ist es reine Taktik der Biotechnologiekonzerne, die Diskussion in Technologien wie Cisgenese und Transgenese aufzusplitten und so zu verlagern (vgl. Interviewpassage 61).

Ein weiteres verwandtes Thema ist die *Globalisierung der Märkte*, durch welche viele kritische Akteure ihre bisher erreichten Erfolge gefährdet sehen. Stichworte wie TTIP und CETA oder andere transatlantische Abkommen werden von den Kritikern bemüht, um nicht nur auf die mögliche Einfuhr sogenannter „Chlorhühnchen“ aus Übersee, sondern auch auf eine mögliche ungehemmte Einfuhr von in den USA zugelassenen zahlreichen Gentechnikpflanzen und -Produkten durch die Hintertür hinzuweisen (vgl. Maurin 2013).

Ebenfalls eng mit der Gentechnikdiskussion wurde – federführend von einem großen deutschen Naturschutzverband – das Thema *Bioökonomie* verknüpft. Der Verband wollte damit aufzeigen, wie die Finanzierung von Forschungstätigkeiten in der biobasierten Wirtschaft durch die öffentliche Hand funktioniert, wie viel an Fördergeldern für Biotechnologieforschung ausgegeben wird und wer jeweils im Hintergrund für die Verteilung der Gelder zuständig ist. Man kritisierte dabei vor allem die Visionen des von der Bundesregierung eingesetzten Bioökonomierats, der uneingeschränkt auf technischen Fortschritt, Produktionssteigerung und Biotechnologie setzte (vgl. Interviewpassage 62; Informationsdienst Gentechnik 2011c).

#### 5.4.2. Standpunkte

Schaut man sich die Forderungen bzw. die Ziele der Protest- und Kampagnenaktivitäten kritischer Akteure an, dann sind diese mannigfaltig und sehr differenziert. Viele Akteure eint dabei aber vor allem der grundlegende Standpunkt, dass man die Gentechnologie im Nahrungs- und Futtermittelbereich – wie etwa *Greenpeace Deutschland* – „rundweg ablehnt“ (Schwägerl/Wärmke 2011: 30). Sie fordern deshalb von den jeweiligen Gesetzgebern und Verantwortlichen auf der politischen Ebene immer wieder ein Anbaumoratorium, wonach sämtliche Aussaat und kommerzieller Anbau transgener Pflanzen untersagt werden und eine

möglichst gentechnikfreie Welt geschaffen werden soll. Das „Nein“ gegen die Grüne Gentechnologie ist dabei zum Teil sehr grundsätzlich, und gilt dann auch für Fall, dass durch die Technologie sehr wohl größere Vorteile bei der Nachhaltigkeit wie etwa die Produktion von umweltfreundlicheren Pflanzen oder Pflanzen mit einem höheren Ertrag erreicht werden könnten (vgl. etwa Interviewpassage 63). Etliche Akteure haben sich aber auch zum Ziel gesetzt, Alternativen zur Gentechnik zu erarbeiten, öffentlich zu machen sowie zu bewerben und somit nicht nur eine Position „gegen“ etwas, sondern auch „für“ etwas einzunehmen. So treten etwa nicht nur alternative Agrarverbände, sondern auch viele Umweltschutz- und Entwicklungshilfeorganisationen für die Stimulierung alternativer Anbaumethoden wie etwa Biolandbau ein, bei dem man auf traditionelle Methoden und lokale Rassen setzt (vgl. Vriend/Schenkelaars 2008: 189).

Abgesehen vom großen Ziel eines Verschwindens der Gentechnologie von Äckern, von Tellern und aus Futtertrögen wird von den Akteuren sehr oft als Ziel von Kampagnen oder Aktionen genannt, dass man damit Aufklärungsarbeit bei der Bevölkerung leisten und auf die Risiken und möglichen Folgen der Technologie hinweisen möchte. Gepaart ist dies oftmals gleichzeitig mit dem Ziel, auch bei politischen Akteuren – etwa über die Medien – ein Bewusstsein zu schaffen und den für eine Änderung von Gesetzen notwendigen Druck von der Basis heraufzubringen (vgl. etwa Interviewpassagen 64, 65).

Weiterhin zielen etliche der Aktivitäten von kritischen Akteuren auf die großen Saatgutkonzerne ab. So fordert man etwa, dass sich Konzerne wie *Bayer*, *BASF* und *Syngenta* – und vor der Übernahme durch Bayer vor allem aber *Monsanto* – aus dem Saatgutmarkt zurückziehen und man so die Patentierung von lebenden Organismen beenden kann, da die globale Ernährungsproblematik etwa ganz anderer Lösungen bedürfe. Unterdessen beantragen die großen Industriekonzerne aber immer weiter neue Zulassungen und machen sich damit zum bedingungslosen Feindbild mancher gentechnikkritischen Akteure, die keine positiven inhaltlichen Argumente gelten lassen (vgl. Severt 2010b: 3; NRC Handelsblad 2013).

Ferner sehen viele kritische Akteure die Wahrung eines Nebeneinanders von gentechnisch veränderten und konventionellen Pflanzen sowie eine Wahlfreiheit für die Verbraucher als Ziel ihrer Arbeit. Sie wollen verhindern,

dass es in Zukunft kein Nebeneinander mehr gibt und sowohl die konventionelle wie auch die biologische Landwirtschaft noch gentechnikfrei erzeugen können (vgl. Interviewpassage 66). Erreichen wollen die gentechnikkritischen Akteure Nebeneinander und Wahlfreiheit zum einen durch die Beibehaltung der bisherigen Nulltoleranzregelung für Saatgut<sup>191</sup> in der EU und ausreichende Abstände zwischen Feldern mit transgenen und konventionellen Pflanzen. Die Forderungen gehen dabei von Abständen bis zu zehn Kilometern (vgl. Informationsdienst Gentechnik 2011e) aus. Zum anderen muss eine ausreichende Kennzeichnung von Produkten mit transgenen Inhaltsstoffen – auch für tierische Produkte, wo im Stall transgene Futtermittel verfüttert wurden – gewährleistet werden und für den Fall, dass es zu einer Vermischung kommt, die Haftungsfrage geklärt sein. Für die Anbau- und Branchenverbände der ökologischen Landwirtschaft steht dieser Aspekt aufgrund der möglichen wirtschaftlichen Folgen sogar im Vordergrund. Sie bezeichnen ein friedliches Nebeneinander zudem nicht selten als unrealistisch, da aus ihrer Sicht ein Nebeneinander von konventionellen und transgenen Pflanzen wie beispielsweise Raps in vermehrungsfähigen Systemen nicht möglich ist (vgl. Interviewpassage 67).

#### 5.4.3. Argumentation

Lenkt man den Blick nun darauf, wie die kritischen Akteure gegen die Grüne Gentechnologie argumentieren, dann wird deutlich, dass hier bereits 2013 nicht mehr vorwiegend die möglichen Gefahren von Gentechnikanbau und -konsum für die Umwelt und die menschliche Gesundheit angeführt werden. Dies mag daran liegen, dass sich nach jahrzehntelangem Einsatz der Technologie entgegen vieler Erwartungen keines der vorher gezeichneten Horror-szenarien von Mutationen oder Gesundheitsschäden in großem Stil bewahrt hat.

---

<sup>191</sup> Im Gegensatz zu Lebens- und Futtermitteln, wo der Schwellenwert für unbeabsichtigte GVO-Beimischungen mit innerhalb der EU zugelassenen Sorten EU-weit auf maximal 0,9 Prozent festgelegt ist, gibt es einen solchen verbindlichen Schwellenwert beim Saatgut bislang nicht. Die gentechnikkritischen Akteure lehnen dies auch grundsätzlich ab.

*Macht der Konzerne*

Was heutzutage bei der Argumentation gegen die Technologie mindestens gleich oft angeführt zu werden scheint, ist, dass die Technologie vor allem einer Seite nutzt: den großen Konzernen. Als schwarzes Schaf wird von den Gentechnikkritikern dabei sehr öffentlichkeitswirksam zumeist der Name *Monsantos* ins Spiel gebracht: „Hört man dem Vortrag eine Weile zu, hat man das Gefühl, es geht nicht um eine Firma, die auch mit moralisch zweifelhaften Methoden um das kämpft, was sie für ihr Recht hält, sondern um einen Dämon, so total ist das Feindbild.“ (Buse 2009) Dem Chemieriesen und den anderen multinationalen Konzernen der Biotechnologiebranche wird vorgeworfen, es auf die bestehende große Machtkonzentration auf dem Gentechnikmarkt regelrecht angelegt und sich bewusst zu einer Art „*Microsoft des Landwirtschaftssektors*“ (Interviewpassage 68) entwickelt zu haben. Jedwede Moral wird den Konzernen dabei aberkannt und ausschließlich das Geld als Antrieb ihrer Arbeit unterstellt. Patente auf Saatgut würden diese Monopolisierung in der Nahrungskette noch nach Ansicht der Gentechnikkritiker weiter verstärken und so eine Gefährdung für die Biodiversität sowie die Freiheit und das Einkommen von Landwirten, Züchtern und Wissenschaftlern darstellen. Dies würde die Entwicklung von Innovationen in der Pflanzenzucht sowie das Angebot an neuen Rassen einschränken und würde die Nahrungsmittelsicherheit somit direkt bedrohen (vgl. Coenen 2010b; Biologica 2010).

Die kritischen Akteure verknüpfen die Debatte dabei auch geschickt mit dem Thema Welthunger: „*Das Unternehmen Monsanto ist auf dem Weg, seinen Gewinn durch die Beantragung von Patenten zu maximieren, während im selben Moment eine Milliarde Menschen an Hunger leiden*“ (zit. in Coenen 2010a), so ein Vertreter der Koalition *No patents on seeds!* Aber auch mit Themen wie der aktuell populären Kapitalismus- oder Globalisierungskritik wird die Konzernkritik, nach der aktuelle wirtschaftliche Krisen aufgrund der Dominanz der Welt durch wenige große Konzerne verursacht werden, ab und an verknüpft (vgl. Interviewpassage 69).

### *Betonung von Alternativen*

Ein weiterer Aspekt, der in der Argumentation gegen die Grüne Gentechnik ebenfalls sehr oft verwendet wird, ist die Forderung und Herausstellung von (ökologischen) Alternativen zu den mit dem Gentechnikeinsatz verbundenen Züchtungs- und Anbaumethoden; etwa, wenn man betont, dass für die transgene Stärkekartoffel *Amflora* bereits durch traditionelle Züchtung hergestellte Alternativen verfügbar sind (vgl. Severt 2010a: 3). Dies geht bis zu einer Verurteilung der gesamten „industriellen“ Landwirtschaft, die für die Verursachung vieler Umwelt- und Nahrungsmittelprobleme verantwortlich sei (vgl. Interviewpassage 70).

Viele legen den Hauptschwerpunkt ihrer Arbeit dabei auf die Betonung der Alternativen. So stellt sich der Gentechnik-Campaigner des niederländischen Ablegers einer weltweit tätigen Umwelt-NGO stets als „Kampagnenleiter Gentechnik und nachhaltige Landwirtschaft“ vor und betont, dass man gegen Gentechnik, aber für nachhaltige Landwirtschaft eintritt (vgl. Interviewpassage 71). Man ist der festen Überzeugung, dass man eine nachhaltige Nahrungsmittelversorgung auch mit den traditionellen Techniken bewerkstelligen kann. Grund dafür ist auch ein komplett anderer Ansatz, den die von den meisten Kritikern präferierte ökologische Landwirtschaft verfolgt. So stehe sie für einen kooperativen Ansatz, der anders mit der Natur umgehen möchte. Gentechnik hingegen würde zu noch mehr Gift führen, dass in die Landschaft gebracht würde. Man will mit den alternativen, traditionellen Ansätzen bewusst auf den Einsatz von chemischen Pestiziden verzichten, anders düngen und eine Kreislaufwirtschaft mit weiteren Fruchtfolgen und ohne Monokulturen betreiben. Die Interessen der Gentechnikbefürworter laufen diesen Ansätzen klar entgegen (vgl. Interviewpassagen 72, 73, 74).

### *Gesundheitliche und ökologische Folgen*

Auch wenn die beiden soeben aufgezeigten Argumentationsmuster der kritischen Akteure sich weniger auf die Gentechnik selbst, sondern eher auf damit verwandte Effekte oder alternative Ansätze bezog, bleiben konkrete Argumente gegen die Technologie der Grünen Gentechnik sehr wichtig – nur

vielleicht nicht mehr ganz so wichtig wie noch vor 15 oder 20 Jahren. Konkret betont man so immer wieder, dass nicht abschließend untersucht sei, wie die gentechnischen Organismen sich auf das Ökosystem oder die Gesundheit von Mensch und Tier auswirken. Die Langzeitfolgen wären laut eines niederländischen *Greenpeace*-Campaigners nicht zu überblicken. 15 Jahre Erfahrung mit bestimmten genetischen Anpassungen sein dafür einfach ein zu kurzer Zeitraum, um zu garantieren, dass es keine Langzeitfolgen gibt (vgl. Keulemans 2014; Bron 2010b: 11).

Die Kritiker werden nicht müde zu betonen, dass es sich bei der Gentechnik um eine Risikotechnologie handele, sie befürchten unvorhersehbare Folgen durch einmal freigesetzten gentechnische Organismen und betonen deshalb die möglichen Risiken von genetischen Experimenten und die Wichtigkeit des Vorsorgeprinzips bei der Beurteilung von Freisetzungsanträgen, da niemand abschätzen könne, welche Folgen die Eingriffe ins Erbgut für die menschliche Gesundheit wie auch die Umwelt haben. Viele Fragen bleiben für die Kritiker weiterhin unbeantwortet (vgl. Blaue Narzisse 2010; Engwerda 2010: 14). Bezogen auf die Folgen für die menschliche Gesundheit wird zwar ebenfalls von möglichen Risiken des Gentechnikeinsatzes in Lebensmitteln gesprochen. Mangels entsprechender Fälle wird von den kritischen Akteuren hier zumeist aber nur gemutmaßt, was auch einem *taz*-Redakteur bei der Betrachtung der Aussagen einer Gentechnikaktivistin des *BUND* auffiel: „*Heike Moldenhauer behauptet nie, dass Gentech-Essen die Gesundheit schädige. Sie sagt: ‚Die berühmte Risikofrage ist nicht abschließend beantwortet.‘*“ (Maurin 2013) Und so formulierten vier NGOs im November 2009 in einer Erklärung in Den Haag auch lediglich solche möglichen Schadensszenarien für Mensch und Umwelt, die nichts mit der Wirkung der transgenen Pflanzen selbst, sondern vielmehr mit der Art und Weise des Anbaus zu tun haben und forderten, Erfahrungen wie Gesundheits- und Umweltschäden durch Pestizideinsatz, die Entwaldung in Südamerika, Biodiversitätsverluste oder den Zerfall ländlicher Gemeinschaften in Schwellenländern zu berücksichtigen (vgl. *gentech.nl* 2009).

### *Wirtschaftliche Folgen*

Die Grüne Gentechnik bedrohe die wirtschaftlichen Existenzen einer Vielzahl von Akteuren. So lautet ein weiteres Argument aus dem gentechnik-kritischen Lager. Als Gründe werden hier wiederum die Folgen von Patentierungen und der Monopolisierung auf dem Saatgutmarkt angeführt. Die Zusammenwirkung von beidem bilde eine Bedrohung für die freien Einkommen von Landwirten, Züchtern und Forschern. Und auch in Entwicklungsländern würde eine Zulassung der Gentechnik durch die Abhängigkeiten von Monopolisten kleinbäuerliche Betriebe dazu bringen, sich unnötig zu verschulden und damit die Hungerproblematik bei ihnen noch weiter vergrößern. Die Kontrolle Weniger über das Gut von Vielen und den daraus resultierenden Abhängigkeiten und steigender Preise ist den Gentechnik-kritikern ein Dorn im Auge, der ihrer Ansicht nur durch striktere Patentierungsregeln angegangen werden kann (vgl. Coenen 2010b; Brot für die Welt 2014; No patents on seeds! 2010).

Mittelfristig, so der BÖLW-Vorsitzende FELIX PRINZ ZU LÖWENSTEIN in der taz, sei der ökologische Landbau „in seiner Existenz bedroht“ (Maurin 2011a), da sich transgene Gewächse ungewollt auf Biofeldern ausbreiten würden. Da biologische Produkte sich dann nicht mehr verkaufen ließen müssten die ökologischen Landwirte schließlich für die Folgen eintreten. Die bestehenden Haftungsregeln würden hierzu laut Ansicht der Branche nicht ausreichen und durch die Errichtung von Abschirmungsmaßnahmen müssten die Ökobauern immense Geldsummen investieren (vgl. Interviewpassage 75; Maurin 2011a). Für die Vertreter des Ökolandbaus bleiben die möglichen wirtschaftlichen Schäden somit das Hauptargument gegen die Gentechnik. Aber auch für andere Akteure aus dem Agrarbereich wie etwa Imker, die ohne Gentechnik arbeiten und deren Honig durch geringste gentechnische Verunreinigungen mit einem Schlag unverkäuflich werden würde, kann die Technologie Existenzbedrohend sein, weshalb sie sich nicht selten immer wieder als Anschieber der Diskussion herausgestellt haben (vgl. Interviewpassage 76).

### *Koexistenz und Wahlfreiheit*

Und so war es auch ein (Hobby-)Imker, der 2010/2011 einen Prozess gegen die *Bayerische Landesanstalt für Landwirtschaft* angespannt hatte, da diese in rund zwei Kilometer Entfernung von seinen Bienenstöcken Anbauversuche mit dem transgenen Mais *MON 810* durchführte. Der Imker klagte auf Unterlassung oder wenigstens die Errichtung von Schutzmaßnahmen und bekam Recht, nachdem bewiesen werden konnte, dass sich in dem von ihm produzierten Honig geringe Mengen genveränderten Mais-Erbguts nachweisen ließen (vgl. Rath 2011).

Um eine Koexistenz von transgenen und konventionellen Pflanzen zu garantieren, bedarf es zunächst eines ausreichenden Abstandes zwischen den Feldern, um die ohne Gentechnik arbeitenden Landwirte, aber genauso auch Imker vor Verunreinigungen zu schützen. Geltende gesetzliche Mindestabstände von wenigen hundert Metern würden aber nach Ansicht der Kritiker oft nicht effektiv sein, würde man bedenken, dass eine Biene etwa rund drei Kilometer weit fliegen kann (vgl. Interviewpassage 77). Im weiteren Verlauf der Produktion und Weiterverarbeitung sind zudem auch separate Vertriebswege vonnöten, um dort Verunreinigungen zu vermeiden.

Ob Koexistenz und Wahlfreiheit in einer Landwirtschaft, in der auch Gentechnik eingesetzt wird, aber überhaupt garantiert werden können, viele kritische Akteure bezweifeln dies: Eine deutsche Branchenorganisation für biologische Landwirtschaft beispielsweise spricht Raps diese Koexistenzfähigkeit entscheiden ab und sagt, dass ein Nebeneinander hier nicht möglich ist (vgl. Interviewpassage 78). Und auch der niederländische Ableger einer weltweiten Umwelt-NGO sieht hier große Schwierigkeiten und spricht von einer „*Art lebender Ölfleck, der sich im Landwirtschaftsumfeld immer weiter fortpflanzt*“ (Interviewpassage 79), da sich Pflanzen wie Raps oder Mais durch Pollenflug, ihre Samen oder Knollen nach außen unsichtbar und unkontrolliert fortpflanzen können.

### *Abhängigkeit und mangelnde Transparenz*

Für weitere Argumente gegen die Agro-Gentechnik sorgen nach Ansicht der Kritiker die Saatgutkonzerne und staatliche Institutionen durch gegenseitige Abhängigkeiten und eine mangelnde Transparenz in ihren Entscheidungen. So

sei beispielsweise der „Goldene Reis“ nach Ansicht eines *Brot für die Welt*-Vertreter überhaupt noch nicht ausreichend erforscht, um für die Aussaat zugelassen zu werden (vgl. Regeniter 2013).

Hauptziel der Kritik zu Abhängigkeiten und mangelnder Transparenz ist aber vor allem die europäische Lebensmittelbehörde *EFSA*, deren Handeln von den Gentechnikgegnern immer wieder beanstandet wird. So wird etwa von *Greenpeace Deutschland* kritisiert, dass die Experten, die dort eingesetzt werden, hauptsächlich Biochemiker sind und nur selten aus dem Umweltbereich stammen (vgl. Bron 2010a). Und eine Studie des *BÖLW* attestiert der *EFSA* eine Verletzung der Sorgfaltspflicht, da diese die möglichen Risiken weder mit der gebotenen Sorgfalt untersuche, noch nach ihrer Zulassung ein funktionierendes Überwachungssystem entwickelt habe (vgl. *BÖLW* 2014).

Hauptkritikpunkt an der europäischen Lebensmittelbehörde ist aber deren mutmaßliche Abhängigkeit durch Verflechtungen mit der Industrie. Die Vertreterin einer regionalen gentechnikkritischen Initiative bewertete die *EFSA* in einem Interview dann auch als nichtobjektiv und in einer Petition<sup>192</sup> beim *Deutschen Bundestag* schrieben die Petenten, dass man aufgrund der oftmals engen beruflichen Nähe von *EFSA*-Experten zu den großen Biotechnologiekonzernen die Unabhängigkeit der Lebensmittelbehörde anzweifele. Laut dem kritischen Akteur *Testbiotech* würden die für die Zulassung herangezogenen Daten keinen wissenschaftlichen Standards genügen, da sie nicht selten von den Unternehmen selbst und nicht aus unabhängigen Quellen stammen (vgl. Interviewpassage 80; Maurin 2011a; *BÖLW* 2014). Diese Beobachtung kann auch die Vertreterin eines deutschen Naturschutzverbandes unterschreiben, die sich bei ihrer Arbeit schwerpunktmäßig mit dem Thema Bioökonomie beschäftigt und den Einfluss kritisiert, den die Konzerne auf Forschungsstrategien auf nationaler wie europäischer Ebene nehmen. Verglichen mit dem Geld, was in die Förderung der ökologischen Landwirtschaft fließt, handele es sich hierbei um ein Vielfaches (vgl. Interviewpassage 81).

---

<sup>192</sup> Petitionsnummer 16941.

*Vorteile bislang noch nicht zu sehen*

Ebenfalls verwiesen wird in der Argumentation der gentechnikkritischen Akteure darauf, dass die vielen positiven Eigenschaften, die Saatgut, Lebens- und Futtermittel durch die Gentechnik bekommen sollten, bislang nicht realisiert wurden. So sei *Monsantos* Versprechen, den Prozess der Unkrautvernichtung einfacher und kostengünstiger gemacht zu haben, laut dem Gentechnikcampaner von *Greenpeace Nederland* schlicht nicht wahr, da eben gerade mehr Insektengifte gespritzt und weniger Biodiversität vorhanden sei. Transgene Pflanzen seien eine kostenintensive Technologie und scheiterten nicht nur auf den Äckern, sondern auch auf den Absatzmärkten (vgl. Sprangers 2011a; Engwerda 2010: 9; Bron 2010b: 11; Interviewpassage 82).

Auch entspreche die Vision, dass Gentechnikpflanzen Krankheiten verhindern können, nicht der Wahrheit. Laut *Greenpeace Nederland* existieren derartige transgene Sorten nicht (vgl. Agrarisch Dagblad 2010). Gentechnik soll nach Ansicht der Hersteller zudem als Lösung für den Welthunger erhalten und die Konzerne würden sich hierbei laut eines *Misereor*-Vertreterers auch zunehmend als wichtigster Akteur positionieren (vgl. Informationsdienst Gentechnik 2013). Konkrete Beispiele für trockenresistente Pflanzen würde es laut einer Vertreterin von *Greenpeace Deutschland* bislang allerdings nicht geben (vgl. Blaue Narzisse 2010).

Hunger und Armut seien nach Ansicht von Aktivisten auch vielmehr ein politisches oder soziales Problem. Der als Vitamin A-reichere sogenannte „Goldene Reis“ wird von Gegnern so auch mehr als Behelfsmittel gesehen, während tiefgreifende Probleme wie Armut oder Ungleichheit weiterhin bestehen. Ökonomisch, so die Ansicht der Gentechnikkritiker, sei es viel besser, zunächst die Symptome der Armut zu bekämpfen (vgl. Keulemans 2014; Interviewpassage 83). Und außerdem sei es ja nicht ohne Grund, dass der Reis seit seiner Entwicklung in den 1980er Jahren noch nirgendwo zugelassen ist, so ein *Misereor*-Vertreter (vgl. Regeniter 2013).

*Weitere Argumente*

Als weiteres Argument, um gegen die Technologie zu argumentieren oder zumindest, um Entscheidungsträger zum Handeln zu bewegen, machen sich die Gentechnikkritiker oft auch die mehrheitlich ablehnende Haltung der Verbraucher zu Eigen. So verweist man regelmäßig gerne auf die neuesten demoskopischen Erhebungen oder die jüngsten Zahlen gezeichneter Petitionen, um auf die Brisanz der Thematik, die Notwendigkeit eines Handelns sowie die Ablehnung der Verbraucher hinzuweisen (vgl. Interviewpassage 84).

Gegenüber Landwirten selbst argumentieren die gentechnikkritischen Akteure allerdings anders. Hier versucht man die Argumentation, die in den einschlägigen, von den alternativen Verbänden kritisch beäugten Landwirtschaftspublikationen verwendet wird, zu wiederlegen. So würden diese etwa von einer Museumslandwirtschaft sprechen, die man nur noch sei, wenn man sich der Gentechnik verwehre und damit die Einbindung in den Weltmarkt bewusst ignoriere. Durch das Aufzeigen anderer Möglichkeiten, die Schärfung eines Bewusstseins, dass es viele gentechnikkritische Stimmen gibt, sowie mit konkreten inhaltlichen Argumenten versuchen Umwelt- und alternative Bauernverbände, die Landwirte von einer möglichen Entscheidung für die Gentechnik abzuhalten (vgl. Interviewpassage 85).

Ebenfalls eine Rolle – wenn auch keine sehr große – spielen in der Argumentation gegen die Grüne Gentechnik ethische Vorbehalte. So wird das „*Aneignen von Stücken der Natur*“ (Coenen 2010c), wie eine Campaignerin von *ASEED Europe* es kritisch umschreibt, von einem Vertreter der biologisch-dynamischen Landwirtschaft in den Niederlanden als Gegenteil vom Arbeiten „aus der Natur heraus“ (Interviewpassage 86) beschrieben. Mit Eingriffen auf DNA-Niveau sei auch für eine niederländische Branchenorganisation für biologische Landwirtschaft eine Grenze überschritten, da man mit dem Leben zusammenarbeiten und das Leben nicht unterdrücken wolle (vgl. Interviewpassage 87). Und um den Aspekt der „Unnatürlichkeit“ der Technologie noch weiter zu bekräftigen, ist man sich – wie die Gentechnikspezialistin von *Greenpeace Deutschland* – nicht zu schade, Bilder zu bemühen, die aus Horrorfilmen oder Frankenstein-Geschichten stammen könnten: „Die Agro-Gentechnik tut etwas, was in der

*Natur so nicht geschieht: Mit Hilfe der Gentechnik können zum Beispiel Rattengene in die DNA des Kopfsalates eingebaut werden oder Spinnengene in die Kartoffel. Die Gentechnik durchbricht auf aggressive Art und Weise die natürliche Genregulation der Pflanzen und muss mit Hilfe sogenannter Promoter die Pflanzenzelle dazu ‚zwingen‘, dass die fremden Gene aktiv bleiben.“ (Blaue Narzisse 2010)*

Ebenfalls Verwendung findet bei der Argumentation gegen die Agro-Gentechnik der Verweis auf die Situation in anderen Teilen der Welt, in denen anders als hierzulande sehr wohl ein großflächiger Anbau mit transgenen Gewächsen stattfindet. In den Ländern Nord- und Südamerikas beispielsweise, wo man ja bereits auf eine über 25-jährige Anbaugeschichte zurückblicken kann, würde es regelmäßig zu Problemen kommen. Für die USA wird dann oft der bereits beschriebene Fall PERCY SCHMEISER bemüht, um auf die Praktiken der großen Saatgutfirmen und die Folgen des Pestizideinsatzes hinzuweisen. Für Lateinamerika ist das Beispiel zumeist Brasilien, wo auf den herbizidresistenten Anbau von transgener Soja und den Folgen für die Biodiversität hingewiesen wird. Und da ist dann auch schnell die Verbindung zur industriellen Massentierhaltung und Fleischerzeugung gelegt, da der Großteil der angebauten – oft transgenen – Soja später für Futtermittel verwendet wird. Dem Verbraucher müsse nach Ansicht vieler Gentechnikkritiker hier noch mehr verdeutlicht werden, welche Verantwortung er mit seiner Essensentscheidung täglich hat (vgl. Interviewpassagen 88, 89, 90, 91, 92). Aber auch auf die Situation in Indien mit der Aktivistin VANDANA SHIVA als eine Art intellektuelle Führerin der Bewegung und den vielen schlechten Erfahrungen der dortigen Landwirte mit Gentechnik wird regelmäßig hingewiesen.

#### *Veränderung der Standpunkte*

Auf die Frage, ob die kritischen Akteure ihre Standpunkte über die Jahre hinweg auch einmal angepasst haben, verlautete von allen Interviewten ein klares „nein“. Von der kritischen Haltung hat sich keiner der befragten Akteure abbringen lassen. Was jedoch die Differenziertheit des eigenen Wissens und der eigenen Argumentation angeht, da haben bei vielen Interviewpartnern sehr wohl Anpassungsvorgänge stattgefunden und ihr Blick auf die Thematik sei

facettenreicher geworden (vgl. etwa Interviewpassage 93). Ein Akteur erzählte, dass vor allem auch durch den Austausch mit der deutschen, europäischen und weltweiten Bewegung (siehe hierzu auch Kapitel 6.2.1) viele Erkenntnisse dazugewonnen werden konnten und sich die Kritik durch diese neuen Erkenntnisse eher noch verstärkt habe (vgl. Interviewpassage 94). Aber auch durch den Umgang mit den verschiedenen Zielgruppen wie Verbrauchern Landwirten oder Umweltaktivisten, mit denen viele der kritischen Akteure auf Veranstaltungen immer wieder zusammentrafen, hat sich der Standpunkt der Akteure ebenfalls weiter differenziert, indem neue Aspekte in die eigene Argumentation mit aufgenommen wurden (vgl. Interviewpassage 95).

Andere fühlten sich in ihrer jahrelangen Argumentation geradezu bestätigt. So erinnerte sich der Vertreter eines niederländischen Ablegers einer weltweit tätigen Umwelt-NGO, dass man 1996 medienwirksam noch an den Wänden von Schiffen und Lebensmittelkonzernen gehangen und gesagt hat, dass man Gentechnologie aus dem Vorsorgeprinzip heraus ablehnt. Man sagte seinerzeit, dass die Folgen der Technologie nicht vorhersehbar seien, die Landwirte weniger Wahlfreiheit haben, es Auskreuzungen geben wird und Monopole auf dem Saatgutmarkt geschaffen werden: *„Wir sind nun im Jahr 2013, das ist siebzehn Jahre später, und eigentlich, die fünf Argumente die ich soeben sagte, die wir seinerzeit aus Vorsorge nannten, die sieht man jetzt in der Wirklichkeit.“* (Interviewpassage 96)

#### 5.4.4. Abweichende persönliche Meinungen

Ein interessanter Aspekt der durchgeführten Interviews war es, dass zwei der Befragten Personen zugaben, dass ihre persönliche Meinung zur Gentechnik und die Ihres Verbandes bzw. dessen Mitgliedern nicht unbedingt immer kongruent verlaufen. Beide Personen haben Veterinärmedizin studiert und besitzen durch ihre naturwissenschaftliche Ausbildung einen ganz anderen Hintergrund als die meisten anderen Aktivisten. Und durch Ihre Profession ist ihnen auch sehr bewusst, welche Vorteile etwa Produkte der medizinischen Gentechnik wie Insulin oder Clenbuterol für die Arbeit in der Tier- und Humanmedizin haben.

Im ersten Fall gab es beispielweise bei einer mit Mitgliedern besetzten Vertreterversammlung heraus den Beschluss, dass der Verband die Grüne Gentechnik relativ pauschal ablehnt. Dem gegenüber steht auf der anderen Seite eine allgemeine Direktive, nach der der Verband wissenschaftlich basiert arbeitet und einen eher ausgewogenen Standpunkt einnimmt, indem aufgrund wissenschaftlicher Erkenntnisse über die Auswirkungen von Gentechnik auf das Leitmotiv Biodiversität entschieden wird. Die Interviewte Person geht demnach offen an das Thema heran und differenziert in ihrer Abwägung von Fall zu Fall und bewertet die möglichen Risiken bei Raps etwa ganz anders als etwa bei Kartoffeln. Für die Anhänger der NGO sei eine solche Argumentation jedoch nicht leicht zu verstehen, sie würden einfachere Antworten viel leichter akzeptieren (vgl. Interviewpassage 97).

Im zweiten Fall argumentiert die Organisation ähnlich wie viele andere gentechnikkritische Akteure, dass die Technologie ausschließlich zur Schaffung von dauerhaften Abhängigkeiten und langfristigem Profit, nicht aber für eine erhöhte Nachhaltigkeit, Gesundheitsvorteile oder bessere weltweiten Versorgung mit Nahrungsmitteln verwendet wird. Aber in der Rolle als Privatmensch und Naturwissenschaftler würde die Person doch viel stärker differenzieren und kann sich auch vorstellen, dass es gentechnische Anwendungsfälle gibt, die hilfreich und nützlich wären. Unterm Strich bleibt die Person jedoch auch als Privatmensch bei der pauschalen Ablehnung der Gentechnik, da es keine Möglichkeit für eine objektive Kontrollinstanz von staatlicher Seite gebe. *„Und deswegen sage ich, [...] also wenn man jetzt wirklich eine Sache fände, wo man sagt, da kann man jetzt sagen, wenn wir das in die Welt entlassen, richtet es keinen dauerhaften Schaden an und bringt wirklich nachhaltigen Nutzen, dann wäre ich trotzdem dagegen“* (Interviewpassage 98), da bei dieser Technologie ausschließlich auf Profit orientierte Akteure aktiv sind und ihre Interessen durchzusetzen versuchen (vgl. Interviewpassage 99).

#### 5.4.5. Gegner und Feindbilder

Fragt man die gentechnikkritischen Akteure, wen sie selbst als ihre konkreten Gegner bezeichnen, dann werden schnell die verhärteten Fronten deutlich.

Grundsätzlich eignen sich die gegenüberstehenden Lager recht gut zur Modellbildung, dennoch kann und muss auch hier von Akteur zu Akteur differenziert werden. Denn oft ist es vom jeweiligen kritischen Akteur selbst und von dessen Argumentation abhängig, wer aus ihrer Sicht als Haupt- und wer als Nebengegner anzusehen ist. Und auch im Zeitverlauf können sich die jeweiligen Feindbilder durchaus verändern – abhängig auch davon, wer gerade Ziel der aktuellen Kampagne ist.

*ASEED Europe* beispielsweise führte im Jahr 2013 eine Kampagne mit dem Titel *Gentech friet eet ik niet!* (etwa „Gentechnikpommess esse ich nicht!“) durch, mit der man sich direkt und sehr vehement gegen das an der Landwirtschaftsuniversität im niederländischen Wageningen durchgeführte „DuRPh“-Projekt für phytophthoresistente Kartoffeln richtete (vgl. Interviewpassage 100). *Greenpeace Nederland* hingegen führte im gleichen Zeitraum eine Kampagne gegen das Glyphosat-Produkt *RoundUp* und hatte somit dessen Hersteller *Monsanto* im Fadenkreuz ihrer Aktivitäten (vgl. Interviewpassage 101). Ein deutscher Naturschutzverband führte gleichzeitig eine Kampagne zum Thema Gentechnikforschung und setzte sich dabei sehr stark mit dem Berliner *Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit* (BVL) als Zulassungsbehörde oder dem *Bundesministerium für Bildung und Forschung* (BMBF) als federführendem Organ der Biosicherheitsforschung auseinander. Aber auch gegen den Konzern *BASF* und seine Industriekartoffel *Amflora* richtete sich der Naturschutzverband – genauso wie auch ein kleiner deutscher Agrarverband, der Ende 2012 eine Kampagne gegen die Stärkekartoffel führte und vor dem Werkstor des Entwicklers *BASF* protestierte (vgl. Interviewpassagen 102, 103). Und für eine niederländischen Branchenorganisation für biologische Landwirtschaft, die sich seinerzeit stark mit dem Patentierungsaspekt beschäftigte, war der Hauptgegner damals die niederländische Regierung (vgl. Interviewpassage 104).

Abgesehen von diesen individuellen Gegnern lässt sich hier aber auch abstrahieren und ein allgemeines Feindbild der gentechnikkritischen Bewegung feststellen. Demnach werden die großen Gentechnikunternehmen und gentechnikfreundlichen Chemie- und Saatgutkonzerne, die ihre Technologien und Produkte mit gezielten Strategien auf den Markt bringen, von den Befragten am meisten als ihre Gegner benannt. Andere sprechen schlicht von den Vertretern

der ökonomischen Macht, die sie als Gegner definieren würden, meinen damit grundsätzlich aber dieselben Akteure (vgl. etwa Interviewpassagen 105, 106).

Als mit deutlichem Abstand zweitwichtigster Gegner – von wenigen Akteuren aber auch als Hauptgegner – genannt wurden von deutschen wie niederländischen Akteuren gleichermaßen Vertreter von Exekutive und Legislative, die für die Ausgestaltung der Gentechnikgesetzgebung verantwortlich sind und sich dabei von der Gentechnikindustrie beeinflussen lassen (vgl. Interviewpassagen 107, 108). Konkret genannte Gegner sind dabei einzelne – gentechnikfreundliche – Parteien wie etwa der niederländische konservative *CDA*, dessen Minister nach Ansicht eines Befragten besonders stark danach handeln, was die Viehfutterunternehmen wünschen, aber auch konkrete Ministerien oder Bundesbehörden wie oben beschrieben das *BMBF* oder das *BVL*, sowie auch europäische Behörden wie die *EFSA* mit ihren Verbindungen zur Industrie (vgl. Interviewpassagen 109, 110, 111).

Gefragt nach ihren Hauptgegnern, fällt es den Befragten teilweise aber auch schwer, eine klare Abstufung zwischen den großen Gentechnikkonzernen und gentechnikfreundlichen Politikern zu machen. Für sie gehören beide durch die starken Lobbyingtätigkeiten von Unternehmensvertretern bei Politikern wie Verwaltungsmitarbeitern vielmehr untrennbar zusammen und sind daher ein großer Gegner. Für sie gehören sich beide eng verknüpft derselben Einfluss-sphäre an und bilden einen eng verknüpften Machtfaktor (vgl. Interviewpassagen 112, 113).

Und mit Forschungsinstitutionen, die auch in der Technologieentwicklung eine wichtige Rolle spielen, befindet sich für mache Gentechnikkritiker auch ein dritter gegnerischer Akteurstyp auf derselben Ebene wie Konzerne und Politik. Gemeinsam mit der Industrie und dem niederländischen Landwirtschaftsministerium, so die Meinung eines befragten Umweltschützers, bilde die weltweit renommierte niederländische Agraruniversität *Wageningen* eine Art „Dreiecksbeziehung“ (siehe dazu auch Kapitel 5.5) und habe jahrelang die Grundlinien der Agrarpolitik bestimmt. Und aus diesem Grund sind für ihn alle drei Akteure gleichwertige Gegner, die je nach aktuellem Kampagnenschwerpunkt mal mehr und mal weniger im Vordergrund stehen (vgl. Interviewpassage 114).

Von manchen Befragten wurden – neben den soeben beschriebenen drei Hauptgegnergruppen der Bewegung – vereinzelt auch noch andere Akteure genannt, gegen die man seine gentechnikkritische Arbeit ausrichtet. So wurden unter anderem auch Bauern als Gegner bezeichnet, die Gentechnik auf ihren Feldern einsetzen (vgl. Interviewpassage 115). Immer wieder waren es aber auch Namen von einzelnen Personen, welche die Gentechnologie gefühlt manchmal stärker als die Konzerne selbst vorantreiben und unterstützen, die bei der Frage nach der eigenen Konkurrenz fielen. Dabei wurden Namen wie der niederländischen Gentechnikbefürworterin und ehemaligen FAO-Forschungsdirektorin LOUISE FRESCO genannt, die einen Lehrstuhl für nachhaltige Entwicklung innehat. Oder jene von anderen Forschern wie den Wageninger Wissenschaftlern RUDY RABBINGE und BERT LOTZ (vgl. etwa Interviewpassage 116). Von deutschen Akteuren wurde zum einen die ehemalige Bundesministerin ILSE AIGNER, die bis September 2013 auch für das Thema Gentechnik zuständig war, als eine direkte Gegnerin bezeichnet (vgl. etwa Interviewpassage 117). Ein anderer Name, der zum anderen fiel, war der der FDP-Politikerin und ehemaligen Bundestagsabgeordneten CHRISTEL HAPPACH-KASAN, die in einem Interview als die Gentechnik-Lobbyistin schlechthin im *Deutschen Bundestag* bezeichnet wurde (vgl. Interviewpassage 118).

Einen Gegner der besonderen Art benannte dann auch noch ein niederländischer Bewegungsakteur aus dem Umweltbereich. Denn im Zuge einer Kampagne gegen die Zertifizierungsorganisation *Round Table on Responsible Soy* (RTRS), die sich für eine nachhaltige Sojaproduktion einsetzen, die Verwendung von Gentechnik dabei aber nicht ausschließen, protestierte man 2011 dann auch sogar gegen zwei andere niederländische NGOs, die Entwicklungshilfeorganisation *Solidaridad* und den nationalen WWF-Ableger, die selbst Teil der RTRS-Koalition sind, die keine eindeutig kritische Position einnahmen oder eine in Augen der kritischen Akteure dubiose Rolle spielten (vgl. Interviewpassage 119).

#### 5.4.6. Erfolge

Der Widerstand der gentechnikkritischen Akteure hat viel erreicht. Von den beiden Untersuchungsländern konnte vor allem die deutsche Bewegung viele Erfolge vorweisen (vgl. Schwägerl/Wemke 2011: 30). Aber auch in den Niederlanden und darüber hinaus vor allem europaweit konnten die Gentechnikkritiker in den vergangenen Jahren viele Erfolge verbuchen.

Schaut man zunächst auf die Bewegung selbst, dann fällt laut einer *Greenpeace Deutschland*-Campaignerin auf, dass die gesamte Anti-Gentechnik-Bewegung im ersten Jahrzehnt des neuen Jahrtausends sehr stark gewachsen ist (vgl. Baue Narzisse 2010). Ihre Kollegin einer niederländischen Kampagnenorganisation aus dem Umweltbereich nennt hierzu vor allem Personen, die sich etwa mit Themen wie *urban gardening* beschäftigen und die man in der jüngsten Vergangenheit auch für das Gentechnikthema sensibilisieren konnte. Aber auch Studenten der internationalen Landwirtschaftsuniversität im niederländischen Wageningen seien nach einer Periode von mehreren Jahren wieder kritischer geworden und schließen sich den Protesten der Bewegung an (vgl. Interviewpassage 120). Doch auch generell diagnostizierten die Gentechnikkritiker eine stärkere Vernetzung der Bewegung und eine größere Kooperationsbereitschaft der Akteure und bewerteten dies als Erfolg. Es sei eine große Leistung aller kritischen Organisationen, die über die Jahre immer weiter gekämpft haben, dass in Europa keine mit den USA vergleichbaren Zustände herrschen (vgl. etwa Interviewpassage 121).

Weitere Erfolge konnte die Bewegung aber nicht nur bei sich selbst, sondern auch außerhalb der eigenen Grenzen erzielen; etwa bei der öffentlichen Meinungsbildung, bei politischen Akteuren oder gegenüber den Gentechnikkonzernen selbst.

#### *Erfolge bei der öffentlichen Meinungsbildung*

So freuten sich viele der Befragten etwa darüber, dass man es durch die Arbeit der eigenen Bewegung geschafft habe, Europa als kritisches Bollwerk zu erhalten, da die öffentliche Meinung auch nach vielen Jahren der Auseinandersetzung durch die vielen geführten Proteste noch unvermindert kritisch war.

Diese nicht kleiner werdende kritische Masse ist in den Augen vieler Aktivisten ein sehr wichtiger Erfolgsfaktor, da mit ihr im Rücken auch andere Akteure wie etwa Politiker oder mit der Gentechnik liebäugelnde Landwirte überzeugt werden können, da diese aufgrund der unvermindert kritischen Haltung in der Bevölkerung die Idee auch schnell wieder vergessen (vgl. Interviewpassage 122; Berndorff 2009). Dazu spielt den Aktivisten nach Ansicht einer Vertreterin eines Naturschutzverbandes zu großen Teilen auch die eigene Glaubwürdigkeit in die Karten, gegen die es die anderen Akteure des Politikfeldes nur schwer aufnehmen können. Denn Umweltverbänden wird eher Glauben geschenkt als Politikern oder Unternehmen. Und selbst Wissenschaftlern – so die Einschätzung der Aktivistin – vertraut man hierbei weniger als etwa *Greenpeace* (vgl. Interviewpassage 123).

Und auch das Bewusstsein für das Thema Gentechnik und die damit verknüpften Problemfelder konnte nach Ansicht der kritischen Akteure zuletzt stark gesteigert werden. Man beobachtete, dass man sich öffentlich immer stärker mit angrenzenden Problematiken wie dem ansteigenden Pestizidgebrauch und den möglichen Folgen für Mensch und Natur auseinandersetzt und dies zu einer weiteren Zurückdrängung transgener Organismen geführt hat. Oder zum Beispiel auch durch derartige Erfolge wie den im niederländischen Nimwegen, wo es eine Bürgerinitiative auf den Weg brachte, die Stadt als erste gentechnikfreie des Landes zu erklären und damit ein breites, überregionales medienwirksames Zeichen zu setzen (vgl. Interviewpassagen 124, 125).

Wie viele der Forderungen und Argumente exakt bei den jeweiligen Zielgruppen ankommen, mag allerdings niemand sagen, wohl wird von den Kritikern aber behauptet, dass man viel dazu beitragen konnte, dass Zweifel an der Argumentation der Gentechnikkonzerne gestreut wurden. Vor allem aber auch eine differenzierte, stark inhaltliche Argumentation wird von den Aktivisten als großer Verdienst angesehen, durch die man viele Personen von der Gefährlichkeit der Gentechnik überzeugen konnte. Aber auch durch das Aufzeigen von möglichen bestehenden Alternativen habe man nach eigener Aussage einen wichtigen Beitrag zur gesellschaftlichen Debatte geleistet (vgl. etwa Interviewpassagen 126, 127).

Durch die gestiegene öffentliche Aufmerksamkeit und das größere Bewusstsein haben es die kritischen Akteure in Deutschland nach eigener Aussage auch geschafft, das Thema Gentechnik hierzulande auf der politischen Agenda und in der Mitte der Gesellschaft zu verankern (vgl. Maurin 2013). War es fünf Jahre zuvor oftmals noch so, dass Aktivisten kein Gehör für ihre Kritik ernteten, wurden anno 2013 Gentechnik oder verwandte Themenbereiche wie etwa Antibiotikaeinsatz, Biodiversität oder Tierschutz auf die politische Agenda aufgenommen und von der Gesellschaft wahrgenommen (vgl. Interviewpassage 128). Für die Niederlande konnten derartige Aussagen nicht angetroffen werden, was das Bild bestätigt, das hier bereits zuvor über das Land und den dortigen geringeren Stellenwert der Gentechnikthematik gezeichnet wurde. Mit zur beschriebenen „Popularität“ des Themas in Deutschland beigetragen habe auch die seit 2011 jährlich anlässlich der *Grünen Woche* und der Agrarministerkonferenz in Berlin stattfindenden und von einem breiten Bündnis aus Verbänden und NGOs getragenen Demonstration „Wir haben es satt!“<sup>193</sup>. Bei der jährlichen Großdemonstration bilden die Teilnehmer nach Ansicht eines Interviewpartners ein sehr breites gesellschaftliches Spektrum ab, welches viel breiter als das bei vielen anderen von der Umweltschutzbewegung und Vertretern aus verwandten Bereichen organisierten Veranstaltungen ist: „*Es gibt auch 70-jährige pensionierte Regierungsdirektoren oder sonst etwas, die bei ‚Wir haben es satt!‘ mit der Fahne in der Hand mitmarschieren.*“ (Interviewpassage 129). Die Demonstration, so der Bewegungsvertreter, habe Deutschland verändert – das nicht zuletzt auch deshalb, weil die Meinungshoheit der landwirtschaftlichen Organisationen wie etwa der *DLG* immer weiter verloren gegangen sei und sich so auch kritische Meinungen zur Produktionsweise von Nahrungsmitteln etablieren konnten (vgl. ebd.).

---

<sup>193</sup> Im Jahr 2013 demonstrierten nach Aussage der Veranstalter rund 25.000 Menschen vor dem Bundeskanzleramt (vgl. *Der Tagesspiegel* 2013). Und auch in anderen Städten wie München Dresden oder Hannover organisierte man in den vergangenen Jahren Ablegerveranstaltungen mit jeweils mehreren tausend Teilnehmern (vgl. [www.wir-haben-es-satt.de](http://www.wir-haben-es-satt.de)).

### *Erfolge bei politischen Akteuren*

Ein Erfolg, der allein von Befragten der niederländischen Akteure genannt wurde, liegt bereits rund 15 Jahre zurück: die Kennzeichnungspflicht für Einzelhandelsprodukte mit transgenen Inhaltsstoffen (siehe dazu Kapitel 3.3.1.1). Zwar gilt die entsprechende Richtlinie europaweit, von den deutschen NGO- und Verbandsvertretern wurde sie aber gar nicht als Erfolg der Bewegung erwähnt – vermutlich da man hierzulande mehr Erfolge feiern konnte und man sich bei den Aussagen auf die jüngsten beschränkte. Hinzu kommt wohl auch, dass sich die Anzahl von Produkten mit einem entsprechenden Anteil gentechnisch veränderten Inhaltsstoffe nach Einführung der Kennzeichnungsrichtlinie in den Niederlanden von noch rund 200 verschiedenen im Jahr 2003 auf nur einige wenige deutlich verringerte; in Deutschland hingegen lag die Anzahl auch zuvor bereits auf einem sehr geringen Niveau (vgl. Interviewpassage 130; siehe hierzu auch Kapitel 1).

Eine große Signalwirkung auf die politischen Entscheidungsträger hatte in Deutschland auch eine Online-Petition des *Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft* (BÖLW) gegen den Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen in Deutschland, bei der der Verband im Jahr 2011 die Debatte um Risiken der Gentechnologie noch einmal anfachte und damit eine beachtliche Summe von 100.000 Unterschriften sammeln konnte (vgl. Interviewpassage 131). Mit dieser und ähnlichen Aktionen wie etwa auch Demonstrationen zum Thema Patentierung bekam man in Deutschland ein nicht unbedeutendes Druckmittel gegenüber Politikern, Entscheidungsträgern und Regierungsvertretern in die Hand und konnte bei nachfolgenden Entscheidungen zur Agro-Gentechnik Erfolge erzielen. So etwa bei einem Antrag der Bundesländer Baden-Württemberg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein zur Aufhebung der Nulltoleranz im Saatgut, der im Agrarausschuss des Bundesrates zwar einstimmig angenommen, im Plenum später jedoch abgelehnt wurde – und das kurz nachdem Ländervertretern vom BÖLW und weiteren 41 Organisationen und Initiativen ein erster Schwung von 65.000 Unterschriften überreicht wurde (vgl. SOS/Campact 2011). Als ein anderes Beispiel des Erfolgs der Bewegung bei politischen Entscheidungen wurde von einem Interviewpartner ein fraktionsüber-

greifender Beschluss im *Deutschen Bundestag* im Februar 2012 gegen die Patentierung konventionell gezüchteter Pflanzen und Tiere gesehen<sup>194</sup>, der von einer breiten Mehrheit von *CSU* bis hin zu *Die Linke* getragen wurde. Diese deutliche Entscheidung gab es nach Ansicht eines Akteurs aber nicht ohne Gegenleistung, da die Bewegung das Thema bereits zwei bis drei Jahre zuvor auf die Tagesordnung gesetzt, man zudem etliche Demonstrationen vor dem europäischen Patentamt in München organisiert aber auch Lobbying in Richtung Berlin und Brüssel betrieben hatte (vgl. Interviewpassage 132).

Hinsichtlich der Überzeugung von Politikern wird auch gerne auf das Beispiel der *CSU* in Bayern verwiesen, die dadurch, dass die Besetzung des *Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft* in Berlin seit 2005 – durch HORST SEEHOFER, ILSE AIGNER, HANS-PETER FRIEDRICH und CHRISTIAN SCHMIDT – ununterbrochen durch eine Ministerin oder einen Minister mit *CSU*-Parteibuch erfolgte, bei den bundespolitischen Gentechnikentscheidungen eine nicht unbedeutende Rolle spielt. Und sah der früher als „Genhofer“ titulierte HORST SEEHOFER die Technologie zunächst auch noch sehr positiv, vollzog er bald darauf einen deutlichen Gesinnungswandel, der mit dazu beitrug, dass in Bayern keine Feldversuche mehr stattfanden (vgl. Interviewpassage 133). Ausschlaggebend für dieses Umdenken war nach Ansicht vieler die bereits weiter oben (siehe dazu Kapitel 5.4.6) beschriebene Veranstaltung der Initiative *Zivil Courage* im Februar 2009 in der Rosenheimer Inntalhalle. Ein Journalist der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* bezeichnete die Veranstaltung, bei der auch die indische Aktivistin VANDANA SHIVA auftrat, als „*Fanal für die CSU*“ (Schäffer 2009a), da den *CSU*-Politikern bewusst wurde, wie breit das Bündnis gegen Gentechnik aufgestellt war und wie sehr es dem normalen Wählerklientel der Partei glich: „*da haben die sich von der CSU gekniffen und gesagt, das kann ja doch nicht sein: da ist der Pfarrer, da ist die Blasmusik, da sind die Goßlschnalzer, die haben alle Tracht an, die trinken alle Bier, und es ist keine CSU-Veranstaltung. Und es waren 3.000 Leute da.*“ (Interviewpassage 134) Der zitierte *FAZ*-Artikel, hauptsächlich aber ein Bericht von CHRISTIAN SEBALD in der *Süddeutschen Zeitung* über die Initiative *Zivil Courage* und

---

<sup>194</sup> Beschluss „Keine Patentierung von konventionell gezüchteten landwirtschaftlichen Nutztieren und -pflanzen“ vom 9. Februar 2012, Plenarprotokoll 17/158, S. 18979.

ihren Gründer führte innerhalb der Partei zu einem Umdenken (vgl. Sebald 2009). Absatzbewegungen von der Grünen Gentechnik innerhalb der Partei wurden im Zuge der Rosenheimer Veranstaltung immer verzweifelter, reichten auch bis in die Bundesregierung hinein und mündeten in der Aussage von Landwirtschaftsministerin ILSE AIGNER, ein Anbauverbot für die transgene Maissorte MON810 prüfen zu wollen. Für *Campact*-Geschäftsführer FELIX KOLB war das Umschwenken AIGNERS der Verdienst für die Anstrengungen jener Zeit (zit. in Berndorff 2009).

### *Erfolg gegenüber Konzernen*

Aber auch gegenüber den Konzernen selbst, die viele Aktivisten ja als größte Gegner ansehen (siehe dazu Kapitel 5.4.5), konnten nach eigener Aussage der Akteure viele Erfolge erzielt werden. Ein Vertreter eines kleineren deutschen Agrarverbands erinnerte sich bei der Frage nach den Errungenschaften der Bewegung gerne an Aussagen der *Monsanto*-Geschäftsführerin aus den 1990er Jahren zurück, dass sich das Rinderwachstumshormon rBST im Jahr 2000 überall in Europa durchgesetzt haben wird und im Jahr 2010 nur noch transgener Mais in Deutschland wachsen würde (vgl. Interviewpassage 135). Tatsächlich war es anno 2013 so, dass es innerhalb Europas – mit Ausnahme von Spanien – keinen kommerziellen Anbau transgener Pflanzen gab.

Für den Vertreter einer deutschen Branchenorganisation für biologische Landwirtschaft sei das der hauptsächliche Erfolg der Bewegung (vgl. Interviewpassage 136). Und auch die vergleichbar geringe Zahl von nur zwei innerhalb der EU überhaupt zur Aussaat zugelassenen Pflanzen wurde als Sieg des breiten Verbändebündnisses gegenüber den Saatgutkonzernen und als Folge des Druckaufbaus auf das deutsche Verbraucherschutzministerium angesehen (vgl. Interviewpassagen 137, 138). Verhindern konnte die Protestbewegung vielerorts zudem die Durchführung von Feldversuchen. So stellte beispielsweise die *Hochschule für Wirtschaft und Umwelt* in Nürtingen 2009 ihre Freilandversuche mit gentechnisch verändertem Mais ein und nannte als Begründung dafür vorangegangene Feldzerstörungen von Gentechnikgegnern (vgl. Buse 2009). Im Jahr 2013 gab es dann überhaupt keine Freisetzungsversuche mehr in

Deutschland. Zerstörungen durch „*militante Gentechnik-Gegner*“ (Maurin 2013), so der Pressesprecher des *Leibniz-Instituts für Pflanzengenetik und Kulturpflanzenforschung* in Gatersleben bedauernd gegenüber der *taz*, seinen dafür verantwortlich, dass in Deutschland kaum noch Freisetzung transgener Pflanzen stattfinden. Zwei Jahre zuvor hatte auch der Gentechnikkonzern *BASF* seine Versuche mit der Gentechnikkartoffel *Amflora* aufgrund von Protesten vor Ort von Mecklenburg-Vorpommern nach Sachsen-Anhalt verlegen müssen (vgl. Informationsdienst Gentechnik 2011a).

*BASF* musste sich später nicht nur im Norden Deutschlands geschlagen geben. Auch seinen generellen Rückzug vom Gentechnikgeschäft in Europa und die Verlagerung der Zentrale seiner Pflanzenbiotechnologiesparte von Deutschland in die USA gab der Konzern im Jahr 2012 bekannt (vgl. FOCUS 2012). Als offizielle Begründung wurden seinerzeit wiederum Feldzerstörungen und die große Ablehnung der Gentechnologie angeführt. Von Gentechnikkritikern wurde aber auch gesagt, dass *BASF* intern argumentiert, keine Wirtschaftspartner für den Vertrieb von gentechnischen Stärke- oder Pommeskartoffeln gefunden zu haben, da diese eine Koexistenz nicht gewährleisten könnten (vgl. Interviewpassage 139). Dies lag sicherlich nicht zuletzt auch daran, dass parallel auch durch traditionelle Züchtung hergestellte Konkurrenzprodukte mit vergleichbaren Eigenschaften auf den Markt kamen (vgl. Interviewpassage 140).

Geschadet haben den Gentechnikkonzernen aber sicherlich auch die immer weiter zunehmende Anzahl von gentechnikfreien Regionen und Landwirten in Europa, die ohne Gentechnik wirtschaften wollen. Die gentechnikfreie Zone im niederländischen Nimwegen war nach Einschätzung einer Aktivistin der Bewegung ein bedeutender Erfolg (vgl. Interviewpassage 141), konnte wegen ihrer Einzigartigkeit in den Niederlanden aber wohl nur symbolische Wirkung entfalten. Ganze Netzwerke von gentechnikfreien Landkreisen und Regionen wie etwa in Deutschland und da vor allem in Bayern und Baden-Württemberg können da schon ein größeres Druckmittel darstellen.

Als weiteren Rückschlag für die Industrie können zudem auch noch die gewonnenen Prozesse von gentechnikkritischen Imkern herangezogen werden, welche Schadenersatz für ihren durch gentechnische Pflanzen kontaminierten

Honig verlangten (siehe hierzu auch Kapitel 5.4.6 sowie 5.5.2). Durch diese Urteile wurden die Hürden für den Anbau transgener Pflanzen in Europa automatisch erhöht (vgl. Maurin 2011b). Für die kritische Bewegung waren diese Urteile wichtige Triumphe, die das Thema zudem sehr schnell oben auf die politische Agenda brachten (vgl. Interviewpassage 142).

## 5.5. Strategie

In einem weiteren Schritt sollen nun die von den Gentechnikkritikern verwendeten Strategien und Protestmittel vorgestellt werden.

### 5.5.1. Strategieentwicklung und -anpassung

Kollektive Gentechnikgegner können mehr oder weniger stark auch als strategische Akteure<sup>195</sup> bezeichnet werden. Inwiefern ein Akteur in diesem Politikfeld über die Fähigkeit zum *strategy making* verfügt, hängt stark davon an, wie professionell er selbst aufgestellt ist – vor allem also von den ihm zur Verfügung stehenden zeitlichen, personellen und finanziellen Ressourcen. Dementsprechend sind auch nicht alle kritischen Akteure innerhalb des Politikfelds – isoliert betrachtet – gleichermaßen strategiefähig. Deutlich wird dies beispielsweise an den kleinen, hauptsächlich privaten Initiativen, denen es einfach an Zeit mangelt und die einen zu geringen Institutionalierungsgrad aufweisen, um auf längere Sicht situationsübergreifende Ziel-Mittel-Umwelt-Kalkulationen zu entwickeln. Beispielhaft passt dazu die Aussage einer kleinen deutschen Initiative, dass man eher spontan Ideen aufgreife und entwickle – sofern die nötige Zeit und Muße vorhanden ist (vgl. Interviewpassage 143). Aber auch professioneller aufgestellte Akteure wie etwa eine Verbraucherbewegung für nachhaltigen Lebensmittelkonsum, die auch einen wichtigen deutschen Ableger hat, entwickeln selber keinerlei langfristige Szenarien, wie die eigenen Ziele im Bereich der Grünen Gentechnik erreicht werden sollen. Dies zum einen aufgrund mangelnder Ressourcen, zum anderen aber auch dadurch, dass die

---

<sup>195</sup> Zum Begriff des strategischen Akteurs und der folgenden Begriffe siehe ausführlich Kapitel 2.2.2.4.

strategische Umwelt sich für den international ausgerichteten Dachverband eher im Entscheidungskosmos der *Europäischen Union* befindet und die internationale Strategie deshalb eher vom Dachverband vorgegeben wird (vgl. Interviewpassage 144). Und auch die Vertreterin einer aus den Niederlanden heraus operierenden Kampagnenorganisation aus dem Umweltbereich gesteht ein, dass strategische Abwägungen für mehrere Jahre im Voraus durch einen Mangel an – in diesem Fall – konstanten personellen Ressourcen nur schwer möglich sind. Durch Personalfluktuatation kommt es darüber hinaus regelmäßig auch zu Verschiebung thematischer Interessen (vgl. Interviewpassage 145).

Aber auch bei den vielen anderen kritischen Akteuren innerhalb des hier diskutierten Politikfelds ist es eher fraglich, ob sie alleine situationsübergreifende und erfolgsorientierte Konstrukte entwickeln, die auf eine wirksame Zielverfolgung angelegt sind. Eine Vertreterin eines deutschen Naturschutzverbandes bringt es auf den Punkt und beschreibt die langfristigen Überlegungen ihrer Organisation zur Agro-Gentechnik eher als kurzfristige Taktik denn als langwierige Strategie. Planungen über einen Zeitraum von mehreren Jahren wären in diesem, sich ständig veränderndem Politikfeld auch nicht möglich, da man sehr stark von den Entscheidungen in Brüssel und den nationalen Politiken abhängig ist (vgl. Interviewpassage 146). Und auch andere Akteure bestätigen, dass man in diesem Politikfeld eher kurz- oder mittel- als langfristig denken und handeln und so hauptsächlich auf aktuelle Entwicklungen wie etwa eine geplante Übernahme eines Saatgutunternehmens durch einen der großen multinationalen Konzerne, eine sich ankündigende Parlamentsdebatte oder ein geplantes Zulassungsverfahren für ein transgenes Produkt reagieren – und nicht offensiv agieren – muss. Mittel- oder langfristige Ausrichtungen können so zwar bedacht sein, situationsbedingt aber auch schnell an die Seite geschoben oder ganz aufgegeben werden, um auf neue aktuelle Entwicklungen reagieren zu können (vgl. Interviewpassage 147). Bei dieser Themenwahl und der taktischen bzw. strategischen Ausrichtung kann auch die eigene Anhänger- oder Mitgliederschaft durchaus großen Einfluss haben, so dass ein Thema auch einmal nicht weiterverfolgt wird, wenn es dazu aus der Mitgliederschaft keine Unterstützung gibt bzw. nicht die Notwendigkeit dafür gesehen wird (vgl. Interviewpassage 148).

Obleich dieser Überlegungen wird von einzelnen – vor allem von den Ressourcen her gut ausgestatteten – Akteuren aber trotzdem eine Planung über mehrere Monate oder Jahre hinweg durchgeführt – unabhängig davon, ob die Maßnahmen letztendlich genauso umgesetzt oder von aktuellen Entwicklungen verdrängt werden. In der Regel sind die eigenen Ziele auch nicht in einem Jahr zu erreichen, sodass es da bereits einer längerfristigen Planung zur Erreichung der eigenen Visionen bedarf (vgl. Interviewpassagen 149, 150). Aber auch ein kleinerer deutscher Agrarverband ist der Ansicht, dass man nur dann eine vernünftige Interessenvertretung leisten kann, wenn man sich regelmäßig – etwa in Klausursitzungen – darüber austauscht, wo die Bewegung aktuell steht, welche Aufgaben es gibt und wie man diese strategisch am besten angeht. Auf der anderen Seite kann der Agrarverband im Vergleich zu potenteren Akteuren aufgrund begrenzter Ressourcen aber auch nicht auf jede noch so kleine aktuelle Entwicklung auf dem Politikfeld eingehen und konzentriert sich vielmehr auf ein fokussiertes Vorgehen (vgl. Interviewpassage 151). Wenn von einzelnen Akteuren Strategien entwickelt werden, dann geht dies oftmals damit Hand in Hand, dass versucht wird, auf lange Sicht neue, zur Agro-Gentechnik verwandte, Themenfelder wie etwa Glyphosat oder Bioökonomie in die Diskussion einzuführen und diese exklusiv zu vertreten – also strategisch nach vorne zu denken und dabei offensiv vorzugehen anstatt immer nur defensiv den Abwehrkampf weiterzuführen und auch Entwicklungen der Gentechnik-Konzerne oder von Politikebene zu reagieren (vgl. Interviewpassage 152).

Neben einzelnen Initiativen wird die langfristige Vorausplanung von Mitteln und Zielen der Bewegung hauptsächlich jedoch in Kooperation angegangen – zumindest was die Situation in Deutschland betrifft. Hierzulande finden sich bedeutende kritische Akteure regelmäßig zu gemeinsamen Treffen zusammen (mehr dazu in Kapitel 6), besprechen dabei unter anderem auch die gemeinsame taktische und strategische Ausrichtung der Bewegung und bündeln ihre Ressourcen, indem sie Aufgaben untereinander verteilen (vgl. etwa Interviewpassagen 153, 154).

Fragt man danach, ob die mittel- und langfristige strategische Ausrichtung der Akteure im Laufe der vergangenen Jahre angepasst wurde oder gleichgeblieben

ist, dann zeigt sich, dass mehrheitlich zwar die Ziele, nicht aber die strategischen Ziel-Mittel-Umwelt-Kalkulationen unverändert geblieben sind. Bei der Mehrheit der befragten Akteure erfolgte eine Anpassung. Dies kann viele Gründe haben. So wurde zum einen gesagt, dass man die strategische Ausrichtung deshalb angepasst hat, um sich breiter aufzustellen und eine größere Zielgruppe ansprechen zu können (vgl. Interviewpassagen 155, 156). Ein weiterer oft genannter Grund für eine Anpassung des Strategiebildungsprozesses sind Veränderungen in der strategischen Umwelt. So beeinflussen Veränderungen innerhalb des Politikfelds wie Regierungswechsel oder Entscheidungen für oder gegen den Anbau einer bestimmten transgenen Pflanze nicht nur die kurzfristigen taktischen Ausrichtungen der kritischen Akteure, sondern auch mittel- und langfristige strategische Konzepte maßgeblich (vgl. Interviewpassage 157). Konkret hatte so etwa die Entscheidung der Bundesregierung, für ein Jahr keine Freisetzung von transgenen Pflanzen in Deutschland mehr zu erlauben zur Folge, dass ein kleiner Agrarverband nicht mehr wie zuvor zwei Anfragen pro Woche für die Ausrichtung von Informationsveranstaltungen aus den regionalen Untergliederungen bekam, sondern bedeutend weniger oft und so wieder über freie Ressourcen verfügte, die für andere Aufgaben eingesetzt werden konnten (vgl. Interviewpassage 158).

Ebenfalls zu Anpassungen in der Strategiebildung kann es kommen, wenn sich kritische Akteure in Bündnissen zusammenschließen (mehr dazu in Kapitel 6) und fortan zusammenarbeiten oder sogar als kollektiver strategischer Akteur auftreten. Die Akteure berichten, dass Kooperationen mit gleichgesinnten Akteuren dabei einen positiven Effekt auf das eigene *strategy making* haben – auch wenn eigene Positionen dabei revidiert werden, da man durch die Kooperationen auch dazulernt und seine Ausrichtung entsprechend auch anpassen kann, weil man zu stärker nuancierten Einschätzungen kommt (vgl. etwa Interviewpassagen 159, 160, 161).

### 5.5.2. Instrumente und Mittel des Protestes

Schaut man sich die Wahl der Mittel an, welche die kritischen Akteure verwenden, um ihre Ziele zu erreichen, sind diese ebenfalls sehr heterogen. Sie unter-

scheiden sich dabei von Akteur zu Akteur – je nachdem, wie die individuellen Ziele und Möglichkeiten eines Kollektivakteurs aussehen. Andererseits wählen die Akteure das jeweilige Mittel aber auch danach aus, wen und was sie (aktuell) genau erreichen wollen und wie weit oben sich das Gentechnikthema momentan auf der politischen Agenda befindet. So bedienen sich die Gentechnikkritiker zwar aus einem gemeinsamen Repertoire von Instrumenten, nutzen die einzelnen Mittel aber unterschiedlich stark und setzen – je nach ihrem persönlichen Profil – unterschiedliche Schwerpunkte in der Mittelwahl. Sie gehen dabei mal mehr und mal weniger öffentlich vor, suchen entweder mit spektakulären Aktionen bewusst die Aufmerksamkeit der Masse oder agieren eher im Hintergrund.

Und während kleine Akteure oft nur die Wahl zwischen einigen wenigen dieser Instrumente haben, bedienen sich ressourcenstarke Akteure frei aus dem Sammelsurium und setzen die verschiedensten Mittel synchron oder asynchron ein, wie das Beispiel eines niederländischen Ablegers einer weltweit tätigen Umwelt-NGO zeigt, die selbst recherchiert und forscht, Lobbying vor und hinter den Kulissen betreibt oder spektakuläre öffentlichkeitswirksame Aktionen durchführt, die sich anschließend gut zur Gestaltung von Medienkampagnen verwenden lassen (vgl. Interviewpassage 162). Andere große Akteure – wie etwa Branchenorganisationen für biologische Landwirtschaft – sind ebenfalls vielfältig aufgestellt und verwenden von Instrumenten der Bürgerbeteiligung über Gutachten und Lobbyinggesprächen mit Entscheidungsträgern oder Gegnern sowie der Öffentlichkeitsarbeit ein breites Spektrum an Mitteln (vgl. Interviewpassagen 163, 164). Manche Akteure schließen aufgrund ihres Organisationstyps und/oder aufgrund ihres Selbstverständnisses teilweise jedoch auch wieder bestimmte Mittel und Aktionsformen aus. So setzen manche vor allem darauf, den Druck von unten durch etwa die Organisation von Demonstrationen aufzubauen. Andere sehen sich jedoch gar nicht als Protestgruppe und legen den Schwerpunkt eher auf klassisches Lobbying. Dabei ergänzen sie sich dann jeweils (vgl. Interviewpassagen 165, 166).

Die Aktionsformen der größeren und damit kampagnenfähigeren Akteure werden allerdings nicht von allen Akteuren der Bewegung gleichermaßen stark begrüßt. So äußerte sich der Vertreter einer kleinen, nach anthroposophischen

Grundsätzen arbeitenden niederländischen Organisation für Landwirte und Bürger recht kritisch gegenüber der Vorgehensweise großer Umweltschutzorganisationen: „das sind auch nichts anderes als Unternehmen – so sehe ich das. Das hat für mich so etwas von: ‚Tja, Gott, was können wir jetzt wieder unternehmen, denn wir müssen wieder etwas auf unsere Transparente schreiben, denn das ist unser Produkt. Wir machen Transparente und wir machen Aktionen.‘“ (Interviewpassage 167)

Tritt man einen Schritt zurück und betrachtet den Inhalt der Werkzeugkiste an Mitteln, die den Gentechnikgegnern zur Verfügung steht einmal mit etwas Abstand, dann lassen sich fünf übergeordnete Kategorien von Protestmitteln ausmachen, auf die gentechnikkritische Gruppen in den vergangenen Jahren zurückgegriffen haben: (1) Protestaktionen, (2) Lobbying, (3) Expertisegenerierung, (4) der Klageweg, (5) Informations- und Meinungsverbreitung.

#### *Protestaktionen*

Vorrangiges Ziel von Protestaktionen aller Art ist es, Aufmerksamkeit zu erregen. Damit nicht nur Personen, die sich in der Nähe einer Aktion befinden, auf die von den Protesten ausgehenden Forderungen aufmerksam werden, ist in der Regel noch ein weiterer Faktor notwendig: die Medien. So ist es fast unerlässlich, auch diese dazu zu bekommen, über die Protestaktion zu berichten, um einen möglichst hohen öffentlichen Druck zu erzeugen (vgl. Interviewpassage 168).

Grundsätzlich kann es sich bei Protestaktionen entweder um kurze, einmalige Aktionen (wie etwa Demonstrationen) oder um eine längerfristige, aber zeitlich begrenzte groß angelegte Kampagnen handeln, die sich aus verschiedenen Aktionen zu ein und demselben Thema zusammensetzen. Bei Kampagnen wird zum einen zwischen einer *Aktionskampagne* (die politischen Druck ausüben soll) und einer *Informationskampagne* (die ein Bewusstsein schaffen soll) unterschieden.<sup>196</sup> Zum anderen lässt sich aber auch danach differenzieren, ob eine Kampagne *top-town* oder *bottom-up* verläuft – also ob ein Akteur von

---

<sup>196</sup> Weniger eine Rolle spielt bei den gentechnikkritischen Akteuren die Form der Imagekampagne, bei der das eine Bild oder die eigene Bekanntheit positiv beeinflusst werden soll. Diese Form wird eher von den Gentechnikbefürwortern angewendet.

oben herab den Protest steuert (etwa beim Lobbying) oder ob die Basis aktiv wird und somit viele den Druck ausbauen (etwa bei einer Unterschriftenaktion). Letzteres wird als *Grassrootkampagne* bezeichnet.

Betrachtet man zunächst die Kampagnen, die in den vergangenen Jahren von Gentechnikkritikern lanciert wurden, stößt man auf die verschiedensten Beispiele. Eine besondere Kampagne, die sowohl als Aktions- als auch als Informationskampagne anzusehen ist und das Thema Agro-Gentechnik Mitte der 1990er Jahren erstmals über die Medien in das Bewusstsein vieler befördert hat, ist jene, die 1996 mit der Ankunft erster transgener Pflanzen im Hamburger Hafen von *Greenpeace* gestartet wurde. Die NGO begleitete den Frachter „Ideal Progress“ damals mit kleinen Schlauchboten bei seiner Einfahrt in den Hafen. Mit Projektoren wurde der Schriftzug „Kein Gen-Soja in unsere Lebensmittel“ auf die Bordwand geworfen. Auch weitere Schiffe wurden in jeder Zeit blockiert, Mahnwachen vor Konzernzentralen wie der von Nestlé abgehalten und alles medienwirksam von der PR-Abteilung von *Greenpeace* aufbereitet (vgl. Maurin 2013). Die NGO benutzte hier ein konkretes Ereignis, um ihre Kampagne mit einer spektakulären und medienwirksamen Aktion zu starten – gefolgt von vielen weiteren Einzelaktionen. Dieses Beispiel aus dem Jahr 1996 lässt sich an Sensation und generierter Medienöffentlichkeit kaum mehr überbieten. Die meisten Kampagnen kommen so zumeist auch weniger spektakulär, nicht unbedingt aber auch weniger Aufmerksamkeit erregend daher.

Als Beispiel für eine von vielen *Aktionskampagnen* aus den vergangenen Jahren kann jene genannt werden, welche von *Campact* und unter anderem auch der *Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft* anlässlich der Landtagswahl 2008 in Bayern gestartet wurde. Die Kampagne richtete sich an die wenige Monate später zur Bundesministerin für Landwirtschaft und Verbraucherschutz ernannten CSU-Politikerin ILSE AIGNER und thematisierte über Monate die bevorstehende Abstimmung zur Zulassung des transgenen Maises *MON 810*. Dabei wurde in verschiedenen Einzelaktionen öffentlich Druck auf AIGNER ausgeübt. Unter anderem startete man eine Postkarten-Aktion und veranstaltete eine Protestdemonstration vor dem Kreisbauerntag Anfang 2009, auf dem ILSE AIGNER als Ehrengast geladen war. Hier nutzte man auch den Moment und überreichte inzwischen eingetroffene 45.000 Protest-Postkarten an die Ministerin.

Später wurden unter anderem auch noch Großflächenplakate in AIGNERS Wahlkreis in Oberbayern aufgehängt, die vor einem gentechnikfreundlichen Kurs warnten (vgl. Interviewpassage 169).<sup>197</sup>

Für eine *Informationskampagne* können zwei Beispiele aus den Niederlanden herhalten, die im Jahr 2013 das Thema Kartoffel als Aufhänger ihrer Aktionen genommen haben. So lancierte *ASEED Europe* die Kampagne *Gentech friet eet ik niet!* (Gentechnikpommes esse ich nicht!), um die Öffentlichkeit über den Genteikeinsatz in Lebensmitteln wie Kartoffeln oder Pflanzenöl aufzuklären und zu sensibilisieren. Menschen wurden dazu angehalten, Imbissbesitzer danach zu fragen, welche Pommes und welches Öl verwendet werden. Zudem wurden Aufkleber und Bescheinigungen gedruckt, mit denen die Imbisse dafür werben konnten, dass sie keine transgenen Zutaten verwenden. Die Aufkleber wurden von einigen Aktivisten aber auch außerhalb der Imbisse an allen möglichen Stellen angebracht. Abgerundet wurde die Kampagne durch eine Petition, die Entscheidungsträger in der Politik und an der Landwirtschaftsuniversität in Wageningen dazu aufrief, die Sorgen der Bevölkerung ernst zu nehmen und das Projekt einer Genkartoffel zu stoppen (vgl. Interviewpassage 170). Der niederländische *Greenpeace*-Ableger widmete sich zum selben Zeitpunkt gemeinsam mit der Ökolandbau-Branchenorganisation *Bionext* ebenfalls den Kartoffeln. Gemeinsam lancierte man die Kampagne „Pieperpad“<sup>198</sup> („Kartoffelweg“), bei der man 35 Ökobauern dafür gewinnen konnte, als Botschafter für einen gentechnikfreien Anbau zu dienen. Gemeinsam entwickelten die beiden gentechnikkritischen Akteure einen 1.000 Kilometer langen Fahrradweg entlang der Höfe der 35 Landwirte, auf denen die Bauern darüber informierten, dass man schimmelresistente Kartoffeln auch ohne den Einsatz von Gentechnik züchten kann. Die Organisationen wollten so für eine Agarwende werben und gingen dazu auch offensiv an die Öffentlichkeit, indem die Landwirte ihre Geschichte auf einer speziellen Pressekonferenz am Regierungssitz Den Haag gegenüber den Medien erzählen (vgl. Interviewpassage 171).

---

<sup>197</sup> Eine detaillierte Auslistung der verschiedenen Aktionen findet sich auf einem Kampagnenblog von *Campact*: <https://www.campact.de/gentec/info/log/>.

<sup>198</sup> Website der Aktion: <http://www.pieperpad.nl>.

Einen grundsätzlich anderen Ansatz bilden *Grassrootkampagnen*, die im Politikfeld eine sehr große Rolle spielen. Sie basieren fast vollständig auf Instrumenten der Bürgerbeteiligung und richten sich direkt an die Basis einer Organisation oder gleich die gesamte Öffentlichkeit und fordern dazu auf, meist einmalig aktiv zu werden. Sehr aktiv ist hier seit vielen Jahren das deutsche Kampagnennetzwerk *Campact*. Angefangen habe man, in diesem Politikfeld aktiv zu werden, nach eigener Aussage mit Demonstrationen und E-Mail-Aktionen zu Zeiten HORST SEEHOFERS als Agrarminister (vgl. Berndorf 2009). Laut deren Website wurden von der Organisation bis Anfang März 2015 bereits 182 Onlinekampagnen zum Thema Gentechnik durchgeführt.<sup>199</sup> Gentechnik bildete dabei das Aktionsfeld mit den mit Abstand meisten Kampagnen des Akteurs. Den Großteil der Aktionen von *Campact* sind als Online-Aktionen angelegt, bei denen sich die interessierte Öffentlichkeit in der Regel per E-Mail über die *Campact*-Website an Sammel-Beschwerden oder Forderungen beteiligen kann, die direkt an die zuständigen Entscheidungsträger gerichtet sind. Einer der größten Erfolge von *Campact* war so etwa eine Kampagne, bei der man Ende 2014 innerhalb nur einer Woche 250.000 digitale Unterschriften gegen die Mitsprache von Konzernen bei Verbotsgesprächen transgener Organismen auf EU-Ebene sammeln konnte. Die Übergabe der ausgedruckten Unterstützerliste erfolgte von *Campact* mediengerecht bei einem PR-Termin des Bundeslandwirtschaftsministers CHRISTIAN SCHMID (CSU). Nach Aussage von *Campact* habe die Unterschriftenkampagne mit dazu beigetragen, die Abgeordneten des Europäischen Parlaments bei seiner Entscheidung in die richtige Richtung zu lenken und dafür zu sorgen, dass die Gentechnikkonzerne zukünftig nicht mehr an Zulassungsverfahren beteiligt werden müssen (vgl. Methmann 2014).

Einen ähnlichen Erfolg konnte auch der *Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft* verbuchen, als BÖLW-Vorstand FELIX PRINZ ZU LÖWENSTEIN im Jahr 2011 eine Online-Petition beim *Deutschen Bundestag* gestartet hatte und insgesamt rund 100.000 Menschen zum Mitmachen bewegen konnte. Damit wurde die Hürde von minimal 50.000 Unterschriften für eine öffentliche Anhörung deutlich überschritten. Die Petition gehörte zudem zu den bislang erfolgreichsten

---

<sup>199</sup> Vgl. [blog.campact.de](http://blog.campact.de).

ihrer Art (vgl. Informationsdienst Gentechnik 2011d). Ziel der Aktion war es, die Bundesregierung dazu zu bringen, sich auf EU-Ebene für ein Zulassungsverbot von gentechnisch veränderten Pflanzen einzusetzen. Einen weiteren Baustein der größer angelegten Kampagne bildete eine Online-Aktion, bei der Bürger in den Wahlkreisen die dort gewählten Bundestagsabgeordneten zur Teilnahme an der aufgrund der Petition angesetzten Ausschusssitzung im Bundestag auffordern konnten und man so versuchte, die Wirkung der Petition weiter zu erhöhen (vgl. ebd.).

Ein gutes Beispiel für eine andere *Grassroot*-Aktivität mit starker Bürgerbeteiligung ist die Kampagne „Bantam Mais“ der von der *Zukunftsstiftung Landwirtschaft* initiierten Initiative zur Reinhaltung von gentechnikfreiem Saatgut *Save Our Seeds* (SOS). Im Jahr 2015 feierte man bei SOS das 15. Jahr der jährlich wiederkehrenden Kampagne, bei der interessierte Bürgerinnen und Bürger Samen der gentechnikfreien Maissorte *Bantam* bestellen, bei sich zuhause aussähen und so ein individuelles Zeichen gegen den transgenen Anbau setzen konnten (vgl. ebd. 2011b). Denn wer Mais pflanzt und daraus auch Saatgut gewinnt, habe das Recht, zu erfahren, wer in der Nachbarschaft ebenfalls Mais anbaut. Zudem gelten bestimmte Abstände zu transgenen Gewächsen, um die *Bantam*-Samen gegen gentechnische Verunreinigung – etwa durch Pollenflug von Genmaissfeldern – zu schützen. Ziel der Kampagne ist es, dass sich möglichst viele Personen mit eigenen *Bantam*-Pflanzen beteiligen – seit 2011 sind es kontant rund 60.000 *Bantam*-Standorte in Deutschland – und die Orte, an denen noch Gentechnik angebaut werden kann, somit immer weniger werden (vgl. ebd. 2011c).

Und auch in den Niederlanden sind *Grassroot*-Kampagnen Teil des Instrumentariums der dortigen gentechnikkritischen Akteure. So beschrieb die Vertreterin einer aus den Niederlanden heraus operierenden Kampagnenorganisation aus dem Umweltbereich im Interview auch explizit, dass sich ihre Organisation schwerpunktmäßig darauf richtet, Menschen aktivistisch zu machen und zu Protestaktionen anzustiften (vgl. Interviewpassage 172). So habe man etwa im Jahr 2013 im Zuge einer Saatgutkampagne sehr viel Energie in den Aufbau einer Bewegung gesteckt. Es wurde seinerzeit zum ersten Mal ein Aktionswochenende mit einer Saatguttauschbörse, der Möglichkeit zum Informationsaustausch und

mit Diskussionen zum Thema Saatgutdiversität veranstaltet. Teil der Kampagne war zudem ein Protestcamp mit mehrheitlich jugendlichen Teilnehmern, das dem gegenseitigen Austausch diente, in dessen Verlauf aber auch eine Protestaktion an einer Tierfutterfabrik zu den Themen verantwortliche Soja und Saatgutmonopole stattfand (vgl. Interviewpassage 173; Agrarisch Dagblad 2011: 11).

Neben den groß angelegten Kampagnen äußert sich der Protest gegen die Agro-Gentechnik aber auch über zahlreiche Einzelaktionen, mit denen von einzelnen Gruppen oder größeren Akteurzusammenschlüssen innerhalb oder losgelöst von den großen Kampagnen punktuell Protest ausgeübt wird. Hierzu gehören in erster Linie *Demonstrationen*, an denen sich auch die Mehrheit der kritischen Akteure regelmäßig beteiligt. Bei manchen korporativen Gentechnikkritikern passt der Straßenprotest als besondere Aktionsform aber eher weniger in die eigene Strategie und wird deshalb eher selten angewendet. Die meisten aber beteiligen sich regelmäßig an Demonstrationen gegen die Gentechnik und wissen auch die Wirkung derartiger Protestaktionen zu schätzen, bezeichnen sie teilweise sogar als wirksamstes Mittel, wenn sie regelmäßig stattfinden (vgl. Interviewpassagen 174, 175, 176).

Demonstrationen finden zumeist an solchen Orten statt, an denen Entscheidungsträger ihren Sitz haben. Oftmals gehen die Kundgebungen auch mit mehr oder weniger spektakulären medienwirksamen Aktionen einher. So kam es etwa zu einer Kundgebung mit mehreren hundert Teilnehmern vor dem Europäischen Patentamt in München, zu der ein Landwirt aus der Region einen „mobilen Patentbrenner“ mitgebracht hatte und die Demonstranten symbolisch hunderte Kopien von Patenten und Patentanfragen auf lebende Organismen mit diesem Aktenvernichter zerstörten (vgl. Coenen 2010b). Im Vorfeld einer Bundesratsentscheidung zum Thema Gentechnik kam es zu kleineren Demonstrationen vor dem Bundesratsgebäude in Berlin und einigen deutschen Landtagen. In Hannover etwa rückten Aktivisten sehr spektakulär mit Treckern, Drillmaschine und Saatgutsäcken an (vgl. Informationsdienst Gentechnik 2011f, 2011g). Und im Zuge einer größeren Kampagne für eine gerechtere Landwirtschaft kam es zu Protesten von Landwirten vor dem Kanzleramt. Dabei fuhr in einer bundesweit organisierten Bauern-Sternfahrt etliche Landwirte mit ihren Traktoren

aus Süddeutschland, Ostfriesland und Hessen nach Berlin, um für eine bäuerliche, faire, tiergerechte und ökologische Landwirtschaftspolitik – und im Zuge dessen auch gegen Gentechnik – zu demonstrieren (vgl. Informationsdienst Gentechnik 2011i).

Aber auch die Gentechikkonzerne sind regelmäßig Ziel von Straßenprotesten geworden. So wurde etwa die Saatgutfirma KWS bei einer konkreten Aussaat von transgenen Rübensamen im Freien von Aktivisten aufgesucht und das Unternehmen bekam in einer parallelen Aktion gleichzeitig 16 Tonnen Mist vor die Konzernzentrale gekippt (vgl. Informationsdienst Gentechnik 2011h, 2011j). Und natürlich ist auch der Branchenriese *Monsanto* vor derartigen Aktionen nicht gefeit. Nach einem positiven Urteil für Imker vor dem *Europäischen Gerichtshof* (siehe dazu Kapitel 5.4.6) starteten als Bienen verkleidete Umweltschützer vor dem Konzernbüro von *Monsanto* in Brüssel eine Protestkundgebung (vgl. Coenen 2011a). *Monsanto* ist seit einigen Jahren zudem das Ziel von weltweit stattfindenden Protestmärschen unter dem Titel „March against Monsanto“<sup>200</sup>. An vielen Orten auf der ganzen Welt findet sich so seit Jahren an einem Tag eine mehr oder weniger große Gruppe Menschen zusammen, um gegen den multinationalen Konzern zu demonstrieren – auch in Deutschland und den Niederlanden. Im Jahr 2013 waren mehr als 400 Aktionen in über 45 Ländern gegen den Gentechnikriesen geplant (vgl. Sontheimer 2013). So kamen etwa im niederländischen Wageningen 3.000 Menschen zusammen und in Amsterdam waren es 1.200. In Berlin folgten statt der erwarteten 1.500 Personen jedoch nur 400 Menschen dem globalen Protestaufruf – wahrscheinlich auf Grund des schlechten Wetters (vgl. Göring 2013).

Diese Zahlen geben den Eindruck, dass man in den Niederlanden eher als in Deutschland geneigt ist, gegen Gentechnik auf die Straße zu gehen, jedoch ist wohl eher das Gegenteil der Fall. So schwärmte zum Beispiel ein niederländischer Interviewpartner von der Bürgerbeteiligung hierzulande und gab an, dass er beim Blick über die Grenze fast eifersüchtig werde, wenn er etwa an Demonstrationen von *No patents on seeds!* vor dem Europäischen Patentamt in München denkt (vgl. Interviewpassage 177). Eine ehemalige Entwicklungs-

---

<sup>200</sup> Weitere Informationen unter [www.march-against-monsanto.com](http://www.march-against-monsanto.com).

hilfelobbyistin sieht dies ähnlich und erklärt die Diskrepanz zwischen beiden Ländern durch Kulturunterschiede. Niederländer seien aufgrund ihres Charakters nicht so schnell geneigt, ihren Protest auf die Straße zu tragen. Lediglich über das Internet seinen Niederländer ihrer Ansicht nach wohl zu mobilisieren. Das Organisieren von Demonstrationen koste zudem auch viel zu viel Energie, die in den Niederlanden nicht vorhanden sei (vgl. Interviewpassage 178).

Aktionen beziehen sich immer wieder auch auf bestimmte Ereignisse wie etwa Konferenzen, Konzernversammlungen oder politische Zusammenkünfte. So wird durch die Protestierenden versucht, die öffentliche Aufmerksamkeit direkt am Ort des Geschehens mit sogenannten *picketline*-Aktionen zu erreichen. Die niederländische Kampagnenorganisation *ASEED Europe* etwa organisierte im Zuge ihrer Landwirtschaftskampagne im November 2010 am Rand eines Fachkongresses zum Thema Biodiversität in Amsterdam eine Aktion gegen Biopiraterie und überreichte den Kongressteilnehmern ein Pamphlet (vgl. Coenen 2010c). In Deutschland nahm eine Aktivistengruppe, die aus Mitgliedern der *Jungen AbL* sowie der Gruppe *Witzenhäuser Agrar-Studierende, Landwirte und Gärtner für eine gentechnikfreie Landwirtschaft* bestand, beispielsweise die Jahreshauptversammlung der *KWS Saat AG* im Jahr 2010 zum Anlass, um sowohl vor dem Veranstaltungsort als auch innerhalb der Aktionärsversammlung mit einer Aktion auf negative Folgen des Gentechnik-Einsatzes hinzuweisen (vgl. Informationsdienst Gentechnik 2010a). Das wohl bedeutendste Beispiel für eine *picketline*-Aktion ist aber sicherlich die jährliche Großdemonstration des Bündnisses *Wir haben es satt!* in Berlin, bei der die Teilnehmer ein Zeichen gegen die Industrialisierung der Landwirtschaft setzen und bei der neben dem Thema Massentierhaltung auch die Gentechnik immer ein fester Bestandteil ist. Die Veranstaltung findet immer zur Landwirtschaftsmesse *Grüne Woche* im Januar in Berlin statt und geht ursprünglich auf das im Zuge der Agrarmesse stattfindende politische Rahmenprogramm zurück: der internationalen Agrarministerkonferenz sowie dem Berliner Agrarministertag (vgl. Reinhäkel 2011). Mit Teilnehmerzahlen von bis zu rund 30.000 Demonstranten konnte das aus etlichen Akteuren bestehende Bündnis, das die Organisation von *Wir haben es satt!* übernahm, auch etliche Personen zur Teilnahme mobilisieren, die sich

sonst eher nicht politisch engagieren oder die zu den klassischen Aktivisten gehören wie etwa die Anhänger einer Verbraucherbewegung für nachhaltigen Lebensmittelkonsum, die sich mit dem Aufruf zur *Wir haben es satt!*-Demonstration 2011 in Berlin erstmals überhaupt politisch äußerte (vgl. Interviewpassage 179; Seeliger 2011). Die Berliner Demonstration ist unterdessen immer weniger eine *picketline*-Aktion, da sie sich mehr und mehr verselbständigt. So finden kleine Ableger der Demonstration heute auch in anderen Städten wie Hannover oder München statt (vgl. Interviewpassage 180).

Im Gegensatz zu den bislang vorgestellten friedfertigen Protestarten, können Aktionen von Gentechnikgegnern aber auch weniger sanftmütig verlaufen. Ein gutes Beispiel dafür sind die sogenannten Feldzerstörungen, bei denen regelmäßig unerlaubt transgene (Versuchs-)Felder gewaltsam verwüstet oder gar zerstört werden. Oftmals entsteht somit ein Schaden, der für die Saatgutkonzerne in einer Höhe von mehreren 10.000 bis mehreren 100.000 Euro liegt. Diese Aktionsform ist keine neuartige, denn bereits in den 1980er Jahren kam es unter anderem in den Niederlanden und Deutschland bereits zu derartigen Sabotageakten. Während die Aktionen der selbstbenannten „Feldbefreier“ in Deutschland jedoch in aller Regel öffentlich ablaufen und man die Zerstörungsaktionen im Vorfeld zumeist auch ankündigt, wählten die – zumeist auch weniger stark organisierten – Gruppen in den Niederlanden zunächst die Anonymität (vgl. Vriend/Schenkelaars 2008: 130, 155f.).

Feldzerstörungsaktionen laufen in der Regel so ab, dass die Felder entweder durch die zusätzliche Aussaat von gentechnikfreiem Saatgut durch Aktivisten unbrauchbar gemacht werden oder indem man die Pflanzen gleich direkt aus dem Boden ausreißt und das Feld so komplett zerstört. Die erste Vorgehensweise wurde beispielsweise im Dezember 2008 durch den niederländischen *Greenpeace*-Ableger gewählt, als man bei einem Versuchsfeld von *Monsanto* in Lelystad die „Konfettikanone“ einsetzte und damit reguläres Saatgut über das transgene Feld verteilte. Für *Greenpeace* war diese nicht gewaltfreie Aktion eine Ausnahme, die man damit begründete, dass die Versuche mit Gentechnikpflanzen trotz eines extra gestarteten juristischen Einspruchsverfahrens normal weiterliefen (vgl. Lugt 2009: 15). Für eine weniger sanfte Vorgehensweise ist

die deutsche Initiative *Gendreck weg! – Freiwillige Feldbefreiung* bekannt, deren Aktionen öffentlich im Internet angekündigt werden und bei denen die Anwesenheit und das Eingreifen von Polizeikräften einkalkuliert ist (vgl. Buse 2009).

*Gendreck weg!* führte ihre Aktionen bis zum vorerst letzten Freilandversuch in Deutschland im Jahr 2012 recht professionell durch. So hat man sich etwa Anti-AKW-Aktivist\*innen zum Vorbild genommen und vor den Feldzerstörungsaktionen passiven Widerstand trainiert. Auch wurden sogenannte Beziehungsgruppen gebildet, in denen jeder auf jeden aufpasst. Hinzugekommen ist in den vergangenen Jahren die Medienarbeit, durch die man engen Kontakt zu Journalist\*innen hält und teilweise auch selbst dafür sorgt, bewegte Bilder der eigenen Aktionen zu erstellen und weltweit öffentlich zugänglich zu machen (vgl. ebd.).

Am Ende der öffentlich angekündigten Feldzerstörungsaktionen kam es zumeist zu Verhaftungen der Aktivist\*innen durch die Polizei. Die anschließenden juristischen Verfahren endeten aber in der Regel mit kleinen Strafbeträgen in Höhe von mehreren hundert Euro oder Bewährungsstrafen. In den Niederlanden der 1980er Jahre wurde eine der losen Zusammenschlüsse von Feldzerstörern zu einem späteren Zeitpunkt sogar als staatsfeindlich eingestuft (vgl. Buro Jansen & Jansen 1990). Bei den letzten Gerichtsverfahren rechtfertigten die selbsternannten „Feldbefreier“ ihre Aktionen des zivilen Ungehorsams durch den vorliegenden Sachverhalt eines „rechtfertigenden Notstands“, demzufolge die eigentliche Straftat nicht verfolgt werden darf, wenn sie der Abwendung einer konkreten Gefahr dient. Die angeblich legitimierte Gewaltbereitschaft ging zum Teil soweit, dass auch die Gefangennahme eines Wachmanns während einer Zerstörungsaktion im Jahr 2011 als schlichte Notwendigkeit gesehen und durch die Ohnmacht gegenüber Staat und Konzernen begründet wurde. Die Gerichte sehen zumeist jedoch keine konkrete, sondern nur eine abstrakte Gefahr, die von den Versuchsfeldern ausgeht, und verkünden dementsprechend ihre Urteile, die zum tatsächlich entstandenen Schaden in der Regel aber in keinem Verhältnis stehen (vgl. Maurin 2013; Maurin/Kaul 2011).

### *Lobbying*

Lobbying als zweite wichtige Gruppe von Instrumenten aus dem „Werkzeugkasten“ der gentechnikkritischen Akteure ist ein bedeutendes Mittel, um die Interessen der Bewegung außerhalb von Wahlen unmittelbar bei den Entscheidungsträgern vorzubringen und sich mit ihnen auszutauschen (vgl. Schendelen 2003: 301; siehe hierzu auch Kapitel 2.2.2.2). Aber nicht alle Akteure betreiben in gleicher Intensität Lobbyingaktivitäten. Die Kompetenzen sind vielmehr zwischen den Akteuren aufgeteilt, sodass diese Form des Protestes für einige Akteure den Schwerpunkt der gewählten Instrumente bildet, während andere eher nur einen kleinen unwichtigen Teil ihrer Arbeit mit Interessenvertretungsaktivitäten verbringen. So hat etwa der niederländische Ableger einer weltweit tätigen Umwelt-NGO nach Aussage der Vertreterin einer anderen niederländischen Umwelt-Kampagnenorganisation Anti-Gentechnik-Lobbying über Jahre hinweg fast ausschließlich hinter den für die Öffentlichkeit sichtbaren Kulissen betrieben (vgl. Interviewpassage 181). Mittlerweile hat sich dies wieder etwas verschoben, Beeinflussung von Entscheidungen und Entscheidungsträgern ist aber weiterhin ein wichtiges Tätigkeitsfeld dieser NGO: *„Wir probieren durch Beeinflussung, durch Gespräche untereinander, Menschen zu überzeugen. Wir sind nicht nur am Protestieren oder weisen in Kampagnen auf das Elend in der Welt hin. Wir sprechen auch einfach, wir haben Expertise im Haus und die setzen wir ein, um Unternehmen und Politiker davon zu überzeugen, dass es Alternativen gibt.“* (Interviewpassage 182). Und genau diese Form der Beeinflussung von Entscheidungen ist es auch, die nach Ansicht mancher der befragten Akteure am effektivsten ist (vgl. etwa Interviewpassagen 183, 184).

Dass verschiedene kritische Akteure hier einen Schwerpunkt ihrer Arbeit gegen die Agro-Gentechnik gelegt haben, ergibt sich oftmals auch schon daraus, wo die einzelnen Lobbyisten, Aktivisten und Campaigner geografisch angesiedelt sind. So haben etwa in Berlin im Bannkreis von Reichstag, Kanzleramt und Ministerien zahlreiche große Akteure ihren Hauptsitz oder unterhalten dort ein Hauptstadtbüro, um möglichst dicht am Geschehen zu sein (vgl. etwa Interviewpassage 185). Und zu diesem Zweck sind die Vertreter (großer) kriti-

scher Organisationen oftmals auch direkt als Lobbyisten beim Deutschen Bundestag registriert (vgl. etwa Interviewpassage 186).

Rund um das Parlament in Berlin können die Vertreter gentechnikkritischer Akteure direkt mit Politikern in Kontakt kommen. Aber auch an anderen Orten wie etwa bei politischen Veranstaltungen suchen die Lobbyisten den Kontakt zu Entscheidungsträgern und versuchen, ihnen ihre Forderungen zu vermitteln (vgl. Berndorff 2009). Die Kontaktaufnahme zu Politikern geschieht aber nicht ausschließlich durch die Vertreter ressourcenstarker gentechnikkritischer Akteure. Auch solche Organisationen und Initiativen, die mit weniger finanziellen und personellen Ressourcen auskommen müssen, gaben an, regelmäßig Kontakt zu Entscheidungsträgern aufzunehmen. Dies geschieht dann allerdings meist ausschließlich auf indirektem und einseitigem Weg als Forderungen, die per Brief oder E-Mail verschickt werden (vgl. etwa Interviewpassage 187).

So wie für einige der kritischen Organisationen der direkte Kontakt zu Politikern und Entscheidungsträgern das wichtigste Instrument des Protests ist, liegt der Schwerpunkt bei anderen vielmehr auf der Beeinflussung und Mobilisierung der Basis, die öffentliche Aufmerksamkeit erzeugen soll und so indirekt ebenfalls in Richtung des politischen Systems und der Konzerne wirken soll. Direktes Lobbying in Richtung von Regierungsvertretern betreiben diese Akteure kaum. Oftmals liegen derartige Lobbying-Methoden der Interessenvertretung aber auch völlig entgegengesetzt zu den Einstellungen und Idealen der Akteure oder es liegt einfach an konkreten Personen, dass die Wahl auf andere Protestmittel gelegt wird (vgl. Interviewpassagen 188, 189, 190).

Gibt es jedoch einen konkreten aktuellen Anlass – wie etwa eine bevorstehende Wahl oder eine anstehende Änderung der Gentechnikgesetzgebung –, durch die die Gentechnikthematik auf der politischen Agenda selbständig nach oben rutscht oder die kritischen Akteure dies durch geeignete Maßnahmen herbeiführen können, setzen zumeist auch jene Akteure das Mittel des Lobbyings ein, die ihren Schwerpunkt ansonsten eher auf andere Instrumente des Protests legen oder sich bei der Interessenvertretung explizit zurückhalten. Derartige Ereignisse würden oftmals einfach die notwendigen Gelegenheiten schaffen, die sich ansonsten nicht eröffnen würden und dann suchen auch

solche Akteure viel eher den Kontakt zu den Entscheidungsträgern, die ansonsten keinen Schwerpunkt auf Lobbyingtätigkeiten legen (vgl. Interviewpassagen 191, 192, 193).

Die Initiative zur Kontaktaufnahme zwischen Aktivisten und Entscheidungsträgern geht dabei in aller Regel erst einmal von Seiten der Interessenvertreter aus. Aber auch von Seiten der Politik oder der Verwaltung werden gentechnikkritische Interessenvertreter regelmäßig eingeladen, so dass sich die Initiativnehmer der Gespräche teilweise sogar die Waage halten (vgl. Interviewpassage 194): Eingeladen wird ein Akteur zu Gesprächen auf Minister- oder Staatssekretärscherebene oder zu Konsultationen mit Abgeordneten etwa dann, wenn er von einer anderen Organisation oder Person – einem Ministerium, einer Fraktion oder einem Politiker – als Experte genannt wird, weil man ein relevanter Akteur auf dem Politikfeld ist und immer eingeladen wird oder weil bereits früher einmal Kontakte bestanden und ein Vertrauensverhältnis aufgebaut wurde (vgl. Interviewpassagen 195, 196).

Aber auch in den Gesetzgebungsprozess greifen Vertreter gentechnikkritischer Initiativen und Organisationen von Zeit zu Zeit mehr oder weniger direkt ein und schreiben teilweise an den Gesetzesvorlagen mit, wie eine Interviewpartnerin berichtete. So konnte die Person einem Regierungsbeamten ein paar Ideen für einen Gesetzesvorschlag mit an die Hand geben, ärgerte sich aber auch ein wenig, dass deren Verarbeitung im Gesetzestext am Ende nicht ganz so aussah, wie sie es sich gewünscht hatte (vgl. Interviewpassage 197).

#### *Expertisegenerierung*

Die dritte Gruppe von Instrumenten des Protests bilden Studien, (Rechts-)Gutachten, Recherchen oder Umfragen, die von den kritischen Akteuren entweder selbst durchgeführt oder aber in Auftrag gegeben werden. Ziel dieser Expertise ist es, neue Argumente zu generieren, die man gegenüber der Öffentlichkeit oder in Richtung von Entscheidungsträgern anbringen kann, um deren Meinungsbildung zu beeinflussen. Dies geschieht durch die Generierung (etwa durch wissenschaftliche Forschung) oder das Zusammentragen von Fakten sowie deren anschließende Verarbeitung (vgl. etwa Interviewpassage 198; Berndorff 2009).

Nicht selten kommt es dabei vor, dass sich die Argumentationen von Pro- und Contra-Seite widersprechen, da beide Seiten Forschungsergebnisse gerne selektiv einsetzen (vgl. Vriend/Schenkelaars 2008: 221).

Seinen Schwerpunkt auf die Generierung derartiger Expertise zum Thema der Agro-Gentechnik hat in Deutschland etwa ein großer Naturschutzverband gelegt, indem er seit 2008 selbst staatlich gefördert Messungen über zum Beispiel die Verbreitung transgener Maispollen durchgeführt hat. Aber auch zu den Auswirkungen der Grünen Gentechnik oder von Glyphosat auf die Biodiversität wurden von diesem Akteur wissenschaftliche Studien durchgeführt, die neue Erkenntnisse und Argumente für die weitere Protestarbeit der gesamten Bewegung geliefert haben. Darüber hinaus gibt der Verband auch Studien in Auftrag und organisiert Fachtagungen – etwa zu den Rechtsbestimmungen, die bezüglich Gentechnik und Naturschutz gelten (vgl. Interviewpassage 199).

Und mit *Testbiotech* gibt es in Deutschland einen weiteren Akteur, der schwerpunktmäßig mit der Generierung von Expertise zur Gentechnik beschäftigt ist. *Testbiotech* mit dem gelernten Tierarzt und ehemaligen *Greenpeace Deutschland*-Mitarbeiter CHRISTOPH THEN an der Spitze tritt jedoch zumeist nicht selbst in den Vordergrund, sondern arbeitet im Auftrag anderer kritischer Akteure wie etwa dem *BÖLW*, *Campact* oder auch der Bundestagsfraktion von *Bündnis 90/Die Grünen*, führt für sie Recherchen und Untersuchungen durch und fertigt Studien an (vgl. BÖLW 2014; Informationsdienst Gentechnik 2011m; Kwasniewski 2015).

Mehr oder weniger selbst aktiv im Bereich der Expertisegenerierung ist auch eine weltweit tätige Umwelt-NGO, die in beiden Untersuchungsländern stark in der gentechnikkritischen Bewegung aktiv ist. Sie führt beispielsweise eigenständig Umfragen unter Supermarktketten über die Verwendung von Gentechnik im eingesetzten Futter, dass bei der Produktion tierischer Produkte eingesetzt wurde, durch und veröffentlicht anschließend ein Supermarkt-Ranking als Pressemitteilung (vgl. Informationsdienst Gentechnik 2011i). Aber auch wissenschaftliche Untersuchungen wie etwa nach den Folgen des Einsatzes von *Monsantos* Unkrautvernichtungsmittel *Roundup* und dessen Wirkstoff Glyphosat für die Gesundheit von Menschen und Tieren hat diese NGO in Auftrag gegeben. Forschung wird dabei nach Aussage der niederländischen Wochenzeitschrift *De*

*Groene Amsterdamer* immer wichtiger (vgl. Logger/Menkhorst 2012). Dazu bedienen sich die Aktivisten hauptsächlich eines festen Teams einer eigenen Abteilung der NGO an einer britischen Universität, wo man etwa Biologen, Ökologen und Toxikologen beschäftigt, die eng mit den laufenden Kampagnen der NGO verbunden sind (vgl. Interviewpassage 200; Logger/Menkhort 2012). Aber auch ein nach eigenen Angaben des Akteurs unabhängiger externer Gentechnologe einer US-amerikanischen Universität war bereits für den Akteur tätig und hat auf Basis von Statistiken ein Modell entwickelt. Zudem schickt man aber auch selbst Mitarbeiter zu Landwirten nach Nord- und Südamerika, um mit Ihnen Interviews durchzuführen und diese dann anschließend zu einem Film weiterzuverarbeiten (vgl. Interviewpassage 201).

#### *Der Klageweg*

In den Fällen, in denen der Protest der kritischen Akteure nicht erfolgreich war und transgene Gewächse auf Versuchsfeldern oder gar in der regulären Landwirtschaft angebaut werden dürfen und aus ihnen Futter- und Lebensmittel hergestellt werden, kommt für die Gentechnikkritiker noch ein weiteres Protestmittel in Frage: der Weg von Einspruch, Beschwerde und Klage über juristische Prozeduren. Von diesem Mittel, welches man auch als eine legale Art der Sabotage bezeichnen könnte, wurde rege Gebrauch gemacht. Und so gingen die Aktivisten auf dem Rechtsweg teilweise bis vor die höchsten Gerichte – mal mit mehr und mal mit weniger Erfolg. Vor allem in jeder Zeit, als es in beiden Untersuchungsländern noch zum Alltag gehörte, dass gentechnisch veränderte Pflanzen auf Versuchssäckern zu Testzwecken ausgebracht wurden, wurden parallel zu den bereits beschriebenen Feldzerstörungen auch immer wieder Einsprüche der kritischen Akteure gegen die Freisetzung der transgenen Gewächse eingereicht und – soweit nicht öffentlich bekannt – vor Gericht die Bekanntgabe der geografischen Lage der Versuchsfelder erstritten (vgl. Braakman 2010b, 2010c; 2010d).

So wurde in den Niederlanden bis 1998 durch die *Stichting Natuur en Milieu* (SNM) gegen so gut wie jeden zugelassenen Feldversuch juristische Bedenken

ausgesprochen. Und auch der *Alternatieve Konsumentenbond*<sup>201</sup> sowie einzelne Privatpersonen beschritten regelmäßig den Rechtsweg. Die Einsprüche wurden jedoch in der Regel durch das für die Freisetzen zuständige niederländische Umweltministerium abgewiesen, woraufhin die kritischen Akteure bei der nächsthöheren Instanz, dem *Staatsrat*, in Berufung gingen. Nach 1999 übernahm *Greenpeace Nederland* die Rolle der *SNM* und etwas später startete auch die *Platform Biologica*<sup>202</sup> ihr Engagement. Dort war man darüber besorgt, dass biologische Pflanzen durch Auskreuzung von transgenen Pflanzen verseucht und somit nicht mehr als Bio-Produkt verkauft werden konnten und klagte regelmäßig gegen Feldversuche von *Monsanto*, *BASF*, *Pioneer*, der *Universität Wageningen* und dem niederländischen Kartoffel- und Stärkeproduzenten *Avebe* oder richtete seine Prozesse gegen die niederländischen Gesundheitsbehörden, um bessere Kontrollen durchzusetzen (vgl. Vriend/Schenkelaars 2008: 130, 137; Interviewpassage 202).

In Deutschland waren es zudem auch Imker, die juristisch gegen den Anbau von gentechnisch verändertem Saatgut in der Natur vorgingen und dabei einen wichtigen Erfolg mit Strahlkraft auf die ganze *Europäische Union* erzielen konnten. Hintergrund war ein Versuchsfeld des Freistaats Bayern, auf dem transgener Mais der Firma *Monsanto* angebaut wurde. Im Abstand von nur wenigen hundert Metern zum Feld hatten fünf Hobbyimker ihre Bienenvölker stationiert und klagten über Umsatzeinbußen, da ihr Honig nicht mehr verkehrstüchtig war, nachdem geringe Mengen DNA des transgenen Mais *MON810* in ihm gefunden wurden. Die zuständigen Behörden waren der Ansicht, dass derartige Verunreinigungen toleriert werden müssen und gaben den Beschwerden der Imker nicht statt. Anschließend zogen diese mit Unterstützung des vom ökologischen Imkerverband *Melifera* initiierten *Bündnis zum Schutz der Bienen vor Agro-Gentechnik* vor den Bayerischen Verwaltungsgerichtshof und verklagten den Freistaat auf Schadenersatz. Das Gericht legte mehrere strittige Punkte im Vorabentscheidungsverfahren 2009 dem *Europäischen Gerichtshof* zur Entscheidung vor. Sein Urteil verkündete dieser im September 2011 und gab

---

<sup>201</sup> Heute unter dem Namen *Goede Waar & Co* aktiv.

<sup>202</sup> Heute unter dem Namen *Bionext* aktiv.

der klagenden Partei Recht, dass der verunreinigte Honig – auch wenn die Verunreinigungen im Endprodukt nur sehr gering waren – nicht verkehrsfähig sei, da er EU-weit nicht als gentechnisch verändertes Lebensmittel zugelassen ist (vgl. Informationsdienst Gentechnik 2011k; Maurin 2011c; vgl. Rath 2011).

Neben Feldversuchen und zu laschen Kontrollen richteten sich die Einsprüche und Klagen aber auch gegen konkrete Zulassungen von transgenen Pflanzen oder gegen Hilfs- und Endprodukte. So unterstützten im Jahr 2010 rund 50 Organisationen eine Klage gegen die transgene Stärkekartoffel *Amflora*. Die 2006 gegründete *Aktion GEN-Klage* hatte zuvor bei der *EU-Kommission* Widerspruch gegen die Zulassung der *BASF-Kartoffel* eingelegt, welcher jedoch abgewiesen wurde. Der Weg zum *Europäischen Gerichtshof* war für die Aktivisten damit geebnet (vgl. Informationsdienst Gentechnik 2010b). Und auch gegen die Zulassung von Unkrautvernichtungsmitteln wie etwa das auf dem Wirkstoff Glyphosat basierende Produkt *Roundup* des Herstellers *Monsanto* kam es regelmäßig zu Klagen durch unter anderem *Greenpeace* (vgl. Reijn 2011). Jener Akteur legte sich aber auch mit Lebensmittelkonzernen wie etwa der deutschen Molkerei *Müller* an, indem er dessen Milch öffentlich als Gentechnikmilch bezeichnete, weil die Kühe transgene Pflanzen als Futter bekamen. *Greenpeace Deutschland* etablierte den Begriff in einer seiner Kampagnen. Hier zog dann wiederum die Firma *Müller* vor Gericht, um *Greenpeace Deutschland* die Verwendung des Begriffs zu verbieten. Das Verfahren ging über mehrere Instanzen, bis das *Bundesverfassungsgericht* abschließend im Sinne von *Greenpeace Deutschland* entschied, da bei der Produktion tatsächlich nicht auf gentechnische Verfahren verzichtet wurde (vgl. Informationsdienst Gentechnik 2010c).

#### *Informations- und Meinungsverbreitung*

Neben dem Rechtsweg bedienen sich fast alle kritischen Akteure der Möglichkeit, andere über das Themenfeld der Agro-Gentechnik zu informieren und so sowohl die eigene Anhängerschaft zu erreichen als auch andere auf das Thema aufmerksam zu machen und aufzuklären. Als einfachster Weg kommt dabei die Möglichkeit in Betracht, interessante und neue Informationen – meist per E-Mail –

weiterzuleiten und so unter den Kritikern in Form von Newslettern und Infomails zu verteilen.

Sehr oft versuchen die Gentechnikkritiker aber auch, ihre Informationen in persönlichen Begegnungen weiterzureichen. Dies geschah in den meisten der untersuchten Fälle über die Ausrichtung von Informationsveranstaltungen wie etwa die von *No patents on seeds!* organisierte Konferenz „Patents on Seeds – The turning Point?“ im Juli 2010 in München (vgl. Coenen 2010b) oder ein von *ASEED Europe* organisiertes Protest- und Netzwerkcamp im Frühjahr 2011 (vgl. Agrarisch Dagblad 2011; Interviewpassage 203). Und auch Tagungen mit Wissenschaftlern und Vertretern aus der Politik und von Verbänden werden regelmäßig organisiert (vgl. Interviewpassage 204). Aber auch auf Veranstaltungen mit verwandten Themenbereichen wie etwa Saatguttauschbörsen mit begleitendem Workshopprogramm nutzten die Aktivisten den Moment für sich und brachten das Thema der Agro-Gentechnik auf die Tagesordnung (vgl. Coenen 2011b).

Darüber hinaus wurden von Gentechnikgegnern in beiden Untersuchungs-ländern vielerorts Informationsabende organisiert, um weitere Personen über die kritische Sicht auf die Technologie zu informieren. Eine lokale Bürgerinitiative machte es sich dabei etwa zu Nutze, dass eine der Aktivistinnen in einem Naturkostladen arbeitete und man diesen Ort so nicht nur für die Veranstaltungen selbst verwenden konnte, sondern man dort bei der Kundschaft auch für die Informationsabende werben konnte. Die Informationsveranstaltungen wurden von verschiedenen Akteuren oftmals auch dafür genutzt, um gentechnikkritische Dokumentationsfilme zu zeigen und anschließend darüber zu diskutieren (vgl. Interviewpassagen 205, 206, 207).

Um die Argumente der kritischen Akteure auch in die Regionen hereinzutragen, bilden viele größere deutsche Verbände zudem Multiplikatoren aus, die dann später als Referenten auftreten und vor Verbrauchern oder eigenen Anhängern Vorträge zu halten. Der *Bund für Umwelt- und Naturschutz Deutschland* (BUND) sowie der alternative Landwirtschaftsverband *Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft* (AbL) organisieren gemeinsam derartige Schulungen, in denen oft hunderte Bauern und Umweltschützer zu Multiplikatoren ausgebildet werden, die auf lokaler Ebene wiederum zahlreiche Veranstaltungen orga-

nisieren. Die Referenten lernen dort, die Standpunkte von Gegnern und Befürwortern darzustellen und die Argumente der Gentechnikkonzerne zu widerlegen (vgl. etwa Interviewpassagen 208, 209; Maurin 2013).

Auch die Medien spielen bei der Informationsverteilung bereits sehr lange eine wichtige Rolle für die kritischen Akteure. So wurde die Diskussion um die Grüne Gentechnik verstärkt ab dem Jahr 1996, als zum ersten Mal kommerziell transgene Soja angebaut wurde, über die Medien geführt. Beide Seiten artikulierten ihre Argumente damals recht aggressiv, ohne dabei jedoch auf die der jeweils anderen Seite einzugehen (vgl. Schenkelaars/Vriend 2008: 244). Als konkretes Mittel bedienen sich die Kritiker der Möglichkeit, mit klassischer Presse- und Öffentlichkeitsarbeit an die verschiedenen Medien heranzutreten. Neben Pressemitteilungen sind es aber auch offene Briefe oder Reaktionen auf die Äußerungen anderer – wie etwa Kommentare oder Leserbriefe – die verfasst und über die eigenen Kanäle publiziert und verbreitet oder an die Medien verschickt werden. Die kritischen Akteure haben dabei die Erfahrung gemacht, dass sich diese Pressearbeit durchaus lohnen kann und man von Seiten der Medien auch öfter direkt angesprochen wird (vgl. Interviewpassagen 210, 211, 212).

Medien werden von den Gentechnikkritikern mehrheitlich dazu verwendet, Kritik zu üben, indem etwa politische Entscheidungen, jüngst publizierte Gutachten und Studien oder das Verhalten von Unternehmen missbilligend kommentiert wird. Damit schaffen es die Aktivisten nicht selten, ihren Standpunkt zugespitzt in Zeitungsartikeln und Rundfunkbeiträgen zu platzieren, in denen die Autoren auch die „Gegenmeinung“ zu Wort kommen lassen wollen. Um ihre Wirkung zu verstärken, bleibt es bei den Äußerungen der Gentechnikkritiker aber nicht immer bei wissenschaftlich nachprüfbaren Fakten, die von ihnen verbreitet werden. Manche Akteure scheinen nicht immer ganz bei der Wahrheit zu bleiben und mit allen denkbaren Mitteln zu versuchen, die Öffentlichkeit an der Gentechnik im Lebens- und Futtermittelbereich zweifeln zu lassen. In einem Artikel der linksliberalen niederländischen Wochenzeitschrift *De Groene Amsterdammer* über die „Entzauberung von Greenpeace“ (Logger/Menkhorst 2012) beschreiben die Autoren die Strategie der weltweiten Umwelt-NGO auf dem Politikfeld der Gentechnik: „In der Debatte über gentechnisch modifizierte Organismen

(GMO) sät Greenpeace auf alle möglichen Arten und Weisen Zweifel. Man zitiert und recycelt nicht-wissenschaftliche Gutachten, die nachweislich Unrichtigkeiten beinhalten. Warum Greenpeace dies tun sollte? Weil sie nun einmal vor langer Zeit den Standpunkt eingenommen haben, dass sie radikal gegen genetisch modifizierte Pflanzen sind. Und jetzt können sie nicht mehr zurück, sie sind eingeschlossen in ihrer eigenen Strategie. Auf Grundlage von Fakten können sie diese Debatte nicht gewinnen, also säen sie Zweifel“ (ebd.). Die Autoren berichten weiter von einem Projektvorschlag einer Greenpeace-Aktion gegen den Molkereikonzern Campina im Jahr 2005, bei der die Aktivisten öffentliches Misstrauen gegen die Technologie sähen wollten, indem durch das Beleuchten von kleineren und größeren Skandalen zum Thema Gentechnik die Technologie in eine kriminelle Ecke gestellt werden sollte. Seitdem waren Journalisten immer öfter gewarnt und bezeichneten deren Aktivisten auch immer seltener als unabhängige Umweltexperten (vgl. ebd.).

Weitere Foren, die von vielen der gentechnikkritischen Akteure genutzt werden, sind Diskussions- oder Dialogrunden, die sie selber ausrichten oder zu denen einzelne Vertreter eingeladen werden. Manchmal treten sie aber auch bei öffentlich zugänglichen Veranstaltungen auf, die von den Gentechnikkonzernen organisiert werden, ergreifen dort das Wort und beginnen eine Diskussion. Wenn sich die Gentechnikbefürworter allerdings derart offen aufstellen, da Kommunikation auch für sie ein bedeutendes Mittel ist, ist es nicht so leicht, in so einer Situation über die Gentechnik zu diskutieren. Derartige Aktionen betrachten die Akteure aber durchaus als wichtig, um nicht allein den Saatgutkonzernen und anderen Gentechnikbefürwortern das Podium zu überlassen und so den kritischen Argumenten gar kein Gehör zu verschaffen (vgl. Interviewpassagen 213, 214).

Auch von staatlicher Seite wurden oftmals Konferenzen oder Dialogrunden initiiert, die nicht selten als Diskussionsveranstaltungen mit dem Ziel eines Konsenses zwischen Befürwortern und Gegnern gedacht waren (siehe dazu Kapitel 3.1.2.7). Für viele kritische Akteure endete dort jedoch nicht selten die Bereitschaft zur Diskussion. So berichtete ein Vertreter eines alternativen deutschen Landwirtschaftsverbandes, dass man die Einladung zu einem von den Ministerinnen AIGNER und SCHAVAN initiierten Dialogprozess im Jahr 2009

bewusst ausgeschlagen hat, da es sich bei der Veranstaltung nach eigenem Ermessen lediglich um eine „Feigenblattdiskussion“ handelte, die nur dafür da war, dass man behaupten kann, dass man alle Stimmen gehört hat. Dies zeigte sich nach Ansicht des Agrarvertreters auch durch das Aussteigen weiterer kritischer Gruppen im Verlauf der Veranstaltungsreihe. Eine öffentliche Aktion zeitgleich zu der Konsultation wäre nach Auffassung des Akteurs hier viel sinnvoller gewesen (vgl. Interviewpassage 215).

Wichtiger für eine umfassende Aufklärungsarbeit ist für die Kritiker dann eher die Möglichkeit, die Zielgruppe der Landwirte und Verbraucher durch verschiedene Eigenpublikationen zu informieren. So wurden etwa von ASEED Europe zahlreiche Broschüren – zum Beispiel über die Aktivitäten von Monsanto oder die Monopolisierung auf dem Saatgutmarkt – herausgegeben (vgl. Coenen 2010a; 2010b). Und Greenpeace Deutschland brachte vor dem Osterfest 2011 einen Ratgeber heraus, der über transgenes Futter bei Legehennen informierte (vgl. Informationsdienst Gentechnik 2011n). Andere Akteure haben auch Videofilme aufgenommen und publiziert, in denen sich etwa Anrainer von Sojaanbaugebieten vor der Kamera über vermehrte Krebserkrankungen und Fehlbildungen bei Kindern äußern (vgl. Informationsdienst Gentechnik 2011l) oder in denen amerikanische Bauern zu ihren Erfahrungen mit transgenem Saatgut interviewt werden (vgl. Interviewpassage 216). Wichtiges Kommunikationsmittel in Richtung der eigenen Mitstreiter und Anhängerschaft sind neben Vorträgen auch Mitgliederzeitschriften oder ähnlichen Publikationen der Akteure, in denen Gentechnik auch immer wieder ein wichtiges Thema ist.

Ein Großteil der Kommunikation zur Mobilisierung verläuft dabei heutzutage über das Internet, wie ja bereits das weiter oben (siehe Kapitel 5.5.1 und 5.4.6) angeführte Beispiel der bayerischen Initiative *Civil Courage* gezeigt hatte, der es mit Hilfe der Kommunikationsmöglichkeiten des Netzes gelungen war, eine solche Anzahl von Unterstützern zu mobilisieren, „wie es früher nur mit starken Arbeitsstäben möglich war“ (Schäffer 2009a). Und auch ein Akteur wie das Kampagnennetzwerk *Campact* hätte nach Aussage von Geschäftsführer FELIX KOLB ohne die Möglichkeiten der modernen Kommunikations- und Informationswege nicht die Schlagkraft bekommen können, die es heute hat, da man

jetzt Aktionen binnen weniger Tage und nicht wie früher binnen mehrerer Wochen organisieren kann; und das zudem viel preisgünstiger (vgl. Berndorff 2009). Wichtig sind hierbei auch die Sozialen Medien wie *Facebook*, *Twitter* und andere oder Dienste wie *Youtube*, durch die schnell und einfach Informationen geteilt werden und zum Teil einen viralen Charakter annehmen können (vgl. Interviewpassage 217). Eine nicht zu unterschätzende Rolle bei der Informationsverbreitung über das Internet spielen auch die jeweiligen Informationsportale *www.keine-gentech.de* bzw. *www.gentech.nl* in den beiden Untersuchungsländern. Auf diesen Plattformen können die kritischen Akteure gebündelt Informationen und Nachrichten verbreiten, indem sie etwa ihre Pressemitteilungen dort publizieren (vgl. Interviewpassage 218; siehe dazu auch Kapitel 4.2.2.4).

### 5.5.3. Grenzen des Protests

Wie bereits kurz dargestellt, verwenden nicht alle kritischen Akteure gleichsam sämtliche vorhandenen Protestinstrumente. Die Gründe dafür liegen oftmals im Mangel an finanziellen und personellen Ressourcen. Aber auch die eigene Klientel kann für einen gesellschaftlichen Akteur ursächlich dafür sein, bestimmte Protestinstrumente nicht zu verwenden. Deutlich wird dies zum Beispiel bei einer niederländischen Branchenorganisation für biologische Landwirtschaft, die nach eigener Aussage nie selbst öffentliche Protestaktionen wie Demonstrationen initiieren würde. Schwierig wurde es bereits einmal, als man während einer Kampagne Schilder mit der Aufschrift „genteknikfreie Zone“ anfertigen ließ und unter den Biolandwirten im Land verteilte, da die Hälfte der eigenen Mitglieder das bereits zu aktivistisch fand (vgl. Interviewpassage 219). Und auch bei einem deutschen Ableger einer weltweiten Verbraucherbewegung für nachhaltigen Lebensmittelkonsum hat die Anhängerschaft einen wichtigen Einfluss auf die Art von Protest, da sie sich weniger aus wirklichem Kampfklientel und mehr aus dem klassischen Bildungsbürgertum rekrutiert. Dass sich der Akteur seit vielen Jahren mit einer Delegation bei der Demonstration „*Wir haben es satt!*“ zur *Grünen Woche* in Berlin beteiligt und seitdem auch politisch äußert, stellte einen großen Schritt für den Akteur dar (vgl. Interviewpassage 220).

Eine Grenze bei der Wahl der Protestmittel kann sich aber auch aus dem Gewissen von Einzelakteuren ergeben. So berichtete eine ehemalige Anti-Genetniklobbyistin, dass ihre persönlichen Grenzen einmal während eines Bewerbungsgesprächs bei einer weltweit tätigen Umwelt-NGO getestet wurden: *„ich musste ein Plädoyer halten, dass der brasilianische Urwald aufgrund von GVOs abgeholzt wird und dann sagte ich: ‚Das kann ich nicht, denn das ist einfach nicht wahr.‘ Das ist nicht aus diesen Gründen, sondern wegen der Soja, die [zufällig] gentechnisch verändert ist“* (Interviewpassage 221). Dieses Überstrapazieren der Wahrheit durch Lügen, das von der NGO abverlangt wurde, ging der Person hier einen Schritt zu weit (vgl. Interviewpassage 222).

Eine weitere deutliche Grenze bildet für etliche der aktiven Gruppen auch die Ausübung von Gewalt während Protestaktionen – etwa bei den beschriebenen sogenannten „Feldbefreiungsaktionen“. Auch dabei spielt zum Teil dann wieder der Hintergrund der eigenen Anhängerschaft eine Rolle (vgl. Interviewpassage 223). Aber auch juristische Konsequenzen, die für einen korporativen Akteur entstehen können, wenn man öffentlich zu Gewaltaktionen aufruft, können einen deutlichen Standpunkt bezüglich dieses Protestinstrumentes, allerdings auch schnell das rechtliche und finanzielle Aus bedeuten (vgl. Interviewpassage 224). Andere, wie etwa der niederländische Ableger einer weltweit tätigen Umwelt-NGO, sehen Gewaltlosigkeit als oberste Prämisse ihres Tuns an und verurteilen die Feldzerstörungen als Protestmittel scharf. Sie würden Gewalt gegen Personen, Unternehmen oder Sachen grundsätzlich ausschließen. Wenn die eigenen Aktivisten ein Versuchsfeld zerstören würden, dann, so der Vertreter des Akteurs im Interview, würden die Zeitungen titeln, dass seine Organisation Felder zerstört, was einen negativen Tenor hätte und für die Kampagne nicht hilfreich wäre (vgl. Interviewpassage 225).

Viele der kritischen Akteure machen deutlich, dass Gewaltaktionen kein Mittel sind, zu dem sie selbst aufrufen würden und grenzen sich hiervon ab. Etliche tolerieren die Aktionen der Feldzerstörer aber auch und äußern ihre Solidarität zu ihnen. Kritische Bauernvertreter selbst konnten aber nicht öffentlich zu Gewaltaktionen aufrufen, da neben Versuchsfeldern der Industrie auch Felder und damit Ernten von Landwirten zerstört wurden und die eigene Klientel dies kritisch sieht. Man verhalte sich aber trotzdem solidarisch mit den

Aktivisten, berichtet über deren Aktionen und hilft im Nachhinein dabei, deren Prozesskosten zu bezahlen (vgl. Interviewpassage 226). Ein regelrechtes Dilemma in dieser Frage sieht der Vertreter eines deutschen Verbraucheraktors, da derartige Aktionen nicht ins Bild der eigenen Anhängerschaft passen, es aber auch derartige Aktionen benötigt, um die nötige Aufmerksamkeit zu erzielen und so seinen Forderungen mehr Gewicht zu verleihen (vgl. Interviewpassage 227).

Ein bedeutendes Argument, welches von den Sympathisanten der Feldzerstörungsaktionen immer wieder genannt wird, ist die mögliche Legitimität von Gewaltaktionen. Sie begründen ihre Einstellung damit, dass die Gewalt ja nicht originär von den selbstbezeichneten „Feldbefreiern“, sondern von den Gentechnikkonzernen ausgeht, da eine bewusst in Kauf genommene Freisetzung und Verunreinigung von transgenen Pflanzen den eigentlichen Gewaltakt darstellt (vgl. Maurin 2011d; Interviewpassage 228). Ähnlich argumentiert wird von einzelnen kritischen Organisationen auch, wenn es um Sabotageakte wie etwa Unternehmensblockaden geht. Hier bezeichnete die Vertreterin einer aus den Niederlanden heraus operierende Kampagnenorganisation aus dem Umweltbereich nicht die Blockade an sich als Gewalttat, sondern betonte, dass bei solchen Aktionen die Gewalt – zumindest am Ende, wenn die Blockade durch Sicherheitskräfte aufgelöst wird – immer von der Gegenseite ausgeht (vgl. Interviewpassage 229).

#### 5.5.4. Aktivitätsebene

Eine bedeutende selbstgesetzte Grenze für die Protestaktivitäten von Gentechnikkritikern ist auch die geografische Reichweite der eigenen Aktivitäten. Die ressourcenstarken Akteure sind durch Vernetzung mit Dachorganisationen, Untergliederungen, Netzwerken oder befreundeten Akteuren in der Regel immer auch auf anderen Ebenen aktiv – zumindest indirekt. Direkt richten die kritischen Akteure ihren Protest selbst aber nur in den seltensten Fällen umfassend auf mehrere politische Ebenen – von der lokalen bis zur globalen. Lediglich einige kleinere, ressourcenschwache, die den Schwerpunkt ihres Protests auf das Anschreiben von Entscheidungsträgern gelegt haben, wenden

sich per Protestbrief oder -E-Mail – meist ohne erkennbare Strategie und unabhängig von politischen Entscheidungsebenen – überall dorthin, wo sie Entscheidungsträger vermuten, die sie mit ihren Schreiben beeinflussen wollen (vgl. etwa Interviewpassage 230).

Bei den mehr oder weniger professionell agierenden Organisationen gibt es hingegen fast immer einen geografischen Schwerpunkt der Protestaktivitäten. Dieser liegt bei den für diese Arbeit untersuchten gentechnikkritischen Akteuren aufgrund der zuvor definierten Samplingkriterien (siehe hierzu Kapitel 2.7.1) in der Regel auf der nationalen Ebene. Sofern konkrete Anlässe wie geplante Zulassungen von transgenen Pflanzen auf europäischer Ebene oder eine angekündigte Freisetzung auf einem Versuchsfeld anstehen, kann sich der Schwerpunkt der Akteure jedoch auch temporär auf andere – untere oder höhere – Ebenen verschieben (vgl. Interviewpassagen 231, 232). Und wenn sich Einzelpersonen auf der lokalen Ebene besser und gezielter erreichen lassen und man sie hier besser überzeugen und aktivieren kann, dann kann dies für eine aus den Niederlanden heraus operierende Kampagnenorganisation aus dem Umweltbereich, die bewusst kein Lobbying im eigentlichen Sinn betreibt, in Ausnahmefällen auch einmal die richtige Ebene sein (vgl. Interviewpassage 233).

Durch die starke Fixierung der untersuchten Akteure auf die nationale Ebene sind viele der vor allem mit Lobbyingmethoden arbeitenden Akteure geografisch oft sehr nahe an den für den Gentechnikbereich zuständigen politischen Institutionen verortet. Ziel der Aktivitäten dieser Akteure sind dabei die in beiden Untersuchungsländern die Parlamente sowie die für die Gentechnologie (mit-)verantwortlichen Ministerien in Berlin und Den Haag (siehe dazu auch Kapitel 5.5.2). Auf deutscher Seite wären dies vor allem das Ernährungs- und Landwirtschaftsministerium, aber auch Forschungs-, Umwelt- und Wirtschaftsministerium spielen eine Rolle (vgl. Interviewpassage 234). In den Niederlanden liegt die Hauptaktivität nach Aussage eines Aktivisten auf fünf Ministerien, wobei der Schwerpunkt beim Wirtschaftsministerium<sup>203</sup> und dem Umweltministerium liegt (vgl. Interviewpassage 235).

---

<sup>203</sup> In diesem ist im Jahr 2010 das ehemalige Ministerium für Landwirtschaft, Natur und Lebensmittelqualität aufgegangen und wurde auch erst 2017 wieder selbständig.

## 5.6. Ehemals aktive Akteure

Das Politikfeld der Grünen Gentechnik ist auf Seiten der kritischen Akteure einem stetigen Wandel ausgesetzt. So betreten oder verlassen aus den verschiedensten Gründen immer wieder Akteure die politische Arena. Wie bereits zuvor festgestellt (siehe dazu Kapitel 4.3), waren zur Zeit des Samplings nur noch sehr wenige Akteure aus dem Verbraucherschutzbereich gegen Gentechnik aktiv. Zu Beginn der 1990er Jahre waren die niederländischen Verbraucherschutzorganisationen noch Vorreiter, was die Interessenvertretung für eine verbraucherfreundliche Gesetzgebung auf europäischer Ebene anging (vgl. Vriend/Schenkelaars 2008: 132). Und auch in Deutschland engagierten sich Organisationen wie die *Arbeitsgemeinschaft der Verbraucherverbände/Verbraucherzentrale Bundesverband* (vzbv) oder – in geringerem Umfang auch – die *Verbraucher Initiative e.V.* (VI) seinerzeit auf dem Politikfeld der Grünen Gentechnik (siehe auch Kapitel 4.2.2.1).

Der vzbv ging in seinen Jahresberichten zuletzt 2009/2010 auf die Thematik ein, wobei man ein letztes Mal betonte, dass man für eine Wahlfreiheit der Verbraucher und somit Befürworter einer eindeutigen Kennzeichnung von Produkten mit transgenen Inhaltsstoffen einsteht. Zudem begrüßte der vzbv Vorschläge eines „ohne-Gentechnik“-Logos und stellte Forderungen an die EU-Kommission (vgl. vzbv 2010: 80f.). Die VI engagierte sich um den gleichen Zeitraum herum ebenfalls zuletzt zum Thema Gentechnik. So trat der Verein 2009 als ideeller Träger der Datenbank-Website *TransGen* zurück und anschließend wurde es innerhalb der Organisation still beim Thema Gentechnik.<sup>204</sup>

In den Niederlanden bildete der *Alternatieve Konsumentenbond* (AKB) bis 1998 einen der regelmäßigen juristischen Beschwerdeführer für zugelassene Feldversuche mit gentechnisch manipulierten Pflanzen (vgl. Vriend/Schenkelaars 2008: 130). Die Mitgliederorganisation nannte sich 2002 um in *Goede Waar & Co* und war anno 2014 nur noch mit der Internetseite *goedewaar.nl* aktiv. Vor allem in den 1990er Jahren war zudem die von den beiden Verbraucherschutzverbänden *Consumentenbond* und *Konsumenten Kontakt* (siehe dazu Kapitel 3.1.2.7)

---

<sup>204</sup> Zur Kritik an *TransGen* siehe auch Fußnote 138.

1991 ins Leben gerufene Stiftung *Consument en Biotechnologie* für 13 Jahre als bedeutender gentechnikkritischer Akteur aktiv. Er brachte viele verschiedene Aspekte der Thematik auf die nationale und transnationale politische Agenda, wurde aber im Jahr 2004 aufgelöst (vgl. Vriend/Schenkelaars 2008: 132).

Der Grund für das langsam zurückgehende Engagement von Verbraucherschutzakteuren in Deutschland wie auch den Niederlanden auf dem Politikfeld der Grünen Gentechnik liegt darin begründet, dass die – im Vergleich zu Akteuren etwa aus dem Umweltschutzbereich weniger weit reichenden – Forderungen der Konsumentenakteure in jeder Zeit mehr und mehr erfüllt wurden: So hatten die Verbraucherschutzorganisationen durch die ab 1997 in der Novel Food-Verordnung beschriebene EU-weit geltende gesetzliche Verpflichtung zur Etikettierung von Lebensmitteln, in denen genetisch modifiziertes Eiweiß oder transgene DNA nachgewiesen werden konnten, einen ersten wichtigen Punkt aus ihrem Forderungskatalog umgesetzt. Die neuen Regeln gingen ihnen jedoch nicht weit genug und sie setzten ihr Lobbying in Brüssel fort. Erst als ab April 2004 europaweit ein Schwellenwert eingeführt wurde, nachdem alle Lebens- und Futtermittel als „gentechnisch verändert“ gekennzeichnet werden mussten, die sich zu minimal 0,9 Prozent aus gentechnisch veränderten Bestandteilen zusammensetzen (siehe dazu Kapitel 3.3.1.1), sahen die Verbraucherschutzakteure ihre Forderungen zu großen Teilen umgesetzt. Eine Wahlfreiheit der Konsumenten war in ihren Augen somit gegeben, da sich die Verbraucher mithilfe der Kennzeichnung seitdem an der Ladentheke bewusst gegen Lebensmittel mit transgenen Inhaltsstoffen entscheiden konnten (vgl. Vriend/Schenkelaars 2008: 137).

Speziell für die Niederlande ergab sich ein weiterer Grund für den Ausstieg verschiedener Akteure – und darunter auch des *Consumentenbond* – durch die Streichung staatlicher Subventionen. So hatte die Regierung in Den Haag beschlossen, gesellschaftliche Akteure nicht länger strukturell, sondern zukünftig nur noch auf Projektbasis finanziell zu fördern. In den Jahren rund um den Jahrtausendwechsel setzten verschiedene Organisationen daraufhin andere Schwerpunkte und ließen die Gentechnikthematik fallen: die *Stichting Natuur en Milieu* klinkte sich 1999 aus dem juristischen Streit gegen gentechnische

Feldversuche aus und überließ diese Rolle seitdem *Greenpeace Nederland* (vgl. ebd.: 130, 137). Und mit der *Vereniging Milieudefensie*, die sich im Jahr 2004 noch für gentechnikfreie Zonen stark machte, verließ anschließend noch ein weiterer großer niederländischer Umweltverband das Streitfeld, um sich fortan auf andere Themenfelder zu konzentrieren (vgl. Interviewpassage 236). Beide Akteure waren zu Zeiten der ersten Importe gentechnischer Pflanzen in Europa 1996 noch sehr aktiv.

Einen weiteren Einschnitt mussten die gentechnikkritischen Verbände in den Niederlanden wenige Jahre später hinnehmen. So präsentierte die niederländische Regierung Ende 2010 ihre Pläne für Einsparmaßnahmen im Entwicklungshilfereich.<sup>205</sup> Sie mündeten in das *Medefinancieringsstelsel II* (zweites Mitfinanzierungssystem, MDF II) 2010–2015<sup>206</sup>, wonach auch die staatliche Bezuschussung von Entwicklungshilfeorganisationen stark eingeschränkt wurde. Seitdem sind die kritischen Stimmen in den Niederlanden sichtbar leiser geworden, da sich frühere Akteure bei ihrem Engagement gezwungenermaßen auf andere Themenfelder konzentrieren mussten, da lieber solche Themen für die Schwerpunktsetzung gewählt werden, für die einfacher Spenden akquiriert werden können. *Novib* und *Oxfam* konzentrierten sich sodann nach Aussage einer Expertin ganz auf das Thema Nothilfe, *ICCO* setzte den Schwerpunkt auf das Thema wirtschaftliche Entwicklung und *Hivos* auf Kultur (vgl. Interviewpassage 237).

In Deutschland sind Entwicklungshilfeorganisationen wie *Brot für die Welt* oder *Misereor* in der Regel kritisch gegenüber der Agro-Gentechnik eingestellt, treten mit ihrer Kritik aber nur äußerst selten an die Öffentlichkeit. *Brot für die Welt* etwa veröffentlichte im Juli 2014 zwar eine Pressemitteilung mit einer Aufforderung an die Bundesregierung, sich für eine gentechnikfreie Landwirtschaft in Afrika einzusetzen (vgl. *Brot für die Welt* 2014) und hat auch an einer

---

<sup>205</sup> Rijksoverheid 2010: Beleidscontouren ontwikkelingssamenwerking vanaf 2011, Kamerstuk vom 26. November 2010, Online: <http://www.rijksoverheid.nl/onderwerpen/subsidies-voor-ontwikkelingssamenwerking-en-europa/documenten-en-publicaties/kamerstukken/2010/11/26/kamerbrief-inzake-basisbrief-ontwikkelingssamenwerking.html>, Abruf: 16. Dezember 2014.

<sup>206</sup> Rijksoverheid o.J.: Subsidies voor ontwikkelingssamenwerking, Medefinancieringsstelsel 2010-2015 (MFS II), Online: <http://www.rijksoverheid.nl/onderwerpen/subsidies-voor-ontwikkelingssamenwerking-en-europa/subsidies-maatschappelijke-organisaties/medefinancieringsstelsel-2010-2015-mfs-ii>, Abruf: 20. Dezember 2014.

Studie zu den Aktivitäten der Gentechnik-Konzerne auf Afrikas Saatgutmärkten mitgearbeitet, die im Mai 2015 publiziert wurde (vgl. ebd. 2015). Darüber hinaus hielten sich die öffentlichen Aktivitäten gegen die Gentechnik zuletzt aber stark in Grenzen – vor allem, wenn man es mit den vielen Aktivitäten vergleicht, die der Entwicklungshilfeakteur vor dem Jahr 2009 durchgeführt hatte.<sup>207</sup> *Misereor* hingegen ist als Mitinitiator der *No patents on seeds!*-Koalition dichter mit der Anti-Gentechnik-Bewegung vernetzt.

In den Niederlanden bekam die Folgen von Einsparungen der Regierung auch ein anderer bedeutender kritischer Akteur zu spüren: die Organisation *Biologica* für biologische Landwirtschaft und Ernährung. Sie musste Mitte 2010 öffentlich eingestehen, dass man zu wenig Spenden einnimmt, um die abnehmenden staatlichen Förderungen kompensieren zu können (vgl. Kuipers 2010: 3). *Biologica* hatte zuvor das Jahr 2009 mit einem Verlust von rund 400.000 Euro abgeschlossen – unter anderem weil man 380.000 Euro weniger an Spenden einnahm als prognostiziert (vgl. Braakman 2010a: 1). Im Jahr 2011 ist *Biologica* dann in die Branchenorganisation für biologische Landwirtschaft *Bionext* überführt worden (vgl. Interviewpassage 238; siehe auch Kapitel 4.4.5).

War *Bionext* während der Interviewphase noch mehr oder weniger mit der Gentechnikthematik beschäftigt, sah die Situation nur gut anderthalb Jahre danach sehr stark verändert aus: So antwortete die interviewte Person auf eine Nachfrage Ende 2014, dass sie schon lange nicht mehr an den regelmäßigen Treffen der kritischen Akteure teilgenommen hat (vgl. Raaijmakers 2014). Und die niederländische Kampagnenorganisation *ASEED Europe* vermeldete Ende 2014, dass es nur noch sehr wenige Aktivitäten gentechnikkritischer Akteure in den Niederlanden gibt und man selber aufgrund einer mittlerweile anderen Schwerpunktlegung auf die Themen Saatgesetzgebung, Patente und TTIP sowie fehlender Ressourcen fast keine direkten Aktivitäten mehr zum Thema Gentechnik unternimmt (vgl. Coenen 2014). Nicht zuletzt dadurch, dass alle drei Themen eng mit der Gentechnikdiskussion verbunden sind, zählte dieser

---

<sup>207</sup> Vgl. die Suchanfrage „Gentechnik“ im Archiv der Pressemitteilungen von *Brot für die Welt*: Online: [http://www.brot-fuer-die-welt.de/presse/alle-pressemitteilungen.html?tx\\_aspresse\\_pi1\[page\]=1&tx\\_aspresse\\_pi1\[sword\]=Gentechnik](http://www.brot-fuer-die-welt.de/presse/alle-pressemitteilungen.html?tx_aspresse_pi1[page]=1&tx_aspresse_pi1[sword]=Gentechnik), Abruf: 20. Oktober 2015.

Akteur aber immer noch zu jenen Akteuren, die im Jahr 2015 nach außen eine kritische Position vertraten. Faktisch waren es inklusive dieses Akteurs aber lediglich zwei niederländische NGOs, die 2015 noch gegen die Agro-Gentechnik aktiv waren. Jedoch würde dies nicht bedeuten, dass die Thematik anderen gesellschaftlichen Akteure ganz egal wäre. Würde man Akteure wie etwa *Milieu-defensie*, *HIVOS*, *Natuur & Milieu* fragen, so die Einschätzung eines Experten, würden diese immer noch einen kritischen Standpunkt gegenüber der Grünen Gentechnik einnehmen (vgl. Sprangers 2015).

Dieses stark zurückgegangene Engagement von kritischen niederländischen Akteuren liegt auch nach Einschätzung des Experten HUIB DE VRIEND an fehlenden Mitteln und anderen Schwerpunktsetzungen. Finanzielle und persönliche Ressourcen seien begrenzt und dann würden nur noch solche Themen besetzt, mit denen man noch bedeutende Erfolge erzielen kann und die noch nicht von anderen Akteuren besetzt sind. Und das Gentechnikthema wurde ja von *Greenpeace Nederland* seit Jahren prominent besetzt (vgl. Vriend 2014).

### 5.7. Unterschiede zwischen Deutschland und den Niederlanden

Durch die Fokussierung auf die relevanten Akteurgruppen in beiden Untersuchungsländern ergab sich ein teilweise ähnliches, teilweise aber auch sehr unterschiedliches Bild über die Zusammensetzung der Bewegung sowie die spezifischen Handlungsmuster in beiden Ländern.

So konnte für den Zeitraum der Interviews festgestellt werden, dass in den Niederlanden innerhalb der auf dem Politikfeld aktiven professionellen korporativen Organisationen in der Regel jeweils eine einzige Person für die Gentechnikthematik zuständig war und Gentechnik bei diesen Personen zumeist eines unter vielen Themen darstellte, die sie zu bearbeiten hatten. Zudem waren die Aktivisten und Campaigner oftmals auf Teilzeitstellen beschäftigt. In Deutschland sah man es viel öfter, dass Aktivisten ausschließlich für die Gentechnikthematik tätig waren und dass bei den ganz großen NGOs auch durchaus mehrere Personen das Thema (ausschließlich) bearbeiteten. Ansonsten fanden sich auch innerhalb der deutschen gentechnikkritischen Bewegung

Einzelaktivisten, die sich teils auf Teilzeitstellen und teils auch hauptamtlich der Interessenvertretung in der Policy widmeten.

Der Stellenwert der Gentechnikthematik ist in beiden Referenzländern stark von ihrer Verortung auf der politischen Agenda abhängig und damit eng an das Vorhandensein großer politikfeldbezogener politischer Ereignisse geknüpft. Durch eine Dauerpräsenz des Themas in der öffentlichen Debatte kann dabei für Deutschland von einer viel stärkeren Präsenz der Thematik gesprochen werden. In den Niederlanden hat es die Gentechnikdiskussion in den vergangenen Jahren – und eigentlich seit der breiten staatlich initiierten gesellschaftlichen Debatte *Eten en Geen* im Jahr 2000 – überhaupt nicht mehr auf die öffentliche geschweige denn politische Agenda geschafft. Das Thema fristet – abgesehen von den themenspezifischen *single issue*-Akteuren – bei vielen noch aktiven kritischen Akteuren auch ein Nischendasein und muss anderen, aktuelleren oder populäreren Thematiken weichen.

Bezüglich des Beginns der Aktivitäten deutscher und niederländischer Gentechnikkritiker lassen sich keine länderspezifischen Muster erkennen. So waren erste Aktivitäten in Deutschland wie in den Niederlanden bereits in den 1980er Jahren zu beobachten. In den Niederlanden erlangten zu Beginn der 1990er Jahre zunächst die Verbraucherschutzverbände in diesem Bereich wichtige Erfolge und gehörten mit ihrem transnationalen Engagement Anfang der 1990er Jahre zu den europäischen Vorreitern der Gentechnikkritik. Mit der Einführung europaweiter Kennzeichnungsregeln für transgene Produkte fand in beiden Ländern dann gleichzeitig ein Rückzug der Verbraucherschutzverbände statt. Im Umwelt- und Naturschutzbereich war *Greenpeace* in den Niederlanden bereits Jahre vor seinem deutschen Pendant gegen die Gentechnik aktiv und in Deutschland betrat der letzte große Naturschutzakteur erst 2005 das Politikfeld – in einer Zeit, in der in den Niederlanden bereits viele Bewegungsakteure das Thema wieder fallen ließen und sich neue Akteure formierten. Insgesamt haben die verschiedenen Akteure in beiden Ländern das Politikfeld somit zu jeweils sehr unterschiedlichen Zeitpunkten betreten. Eine Länderspezifität kann somit nicht herausgelesen werden. Als große Parallele beider Länder gilt dabei das Jahr 1996 mit der erstmaligen Einfuhr transgener Pflanzen in Europa. Dieses Ereignis war für viele ein Schlüsselereignis und führte

dazu, selbst aktiv zu werden. Auch europaweit bildete dies die Periode mit der höchsten Aktivität der kritischen Akteure. Als Schlüsselereignis wurde in beiden Ländern unabhängig voneinander von vielen auch die öffentliche Wahrnehmung der „Gallionsfiguren“ VANDANA SHIVA und PERCY SCHMEISER genannt.

Sehr wohl unterschiedlich gestalteten sich die jeweiligen Konjunkturen der Thematik in beiden Referenzländern. Sofern es um Entscheidungen auf der EU-Ebene geht, kann zwar kein unterschiedlicher Präsenzgrad der Thematik auf der öffentlichen wie politischen Agenda festgestellt werden. Schaut man allerdings auf die genuin nationalstaatlichen Initiativen aus dem politisch-administrativen oder öffentlichen Bereich, dann bleiben die Aktivitäten zum Thema in den Niederlanden auf einem viel geringeren Niveau. Das gilt besonders für die Zeit nach 2004, als viele Akteure ihr Engagement auf diesem Politikfeld aufgaben und es auf andere Themenfelder verlagerten. Die Grüne Gentechnik war somit in den gesellschaftlichen Debatten auch nur sehr selten präsent; anders in Deutschland, wo das Thema eigentlich immer eine Rolle spielte und immer wieder präsent war. In beiden Ländern gab es Auf- und Abs bei der Themenkonjunktur, hierzulande verliefen diese aber insgesamt auf einem sehr viel höheren Level.

Divergenzen waren in beiden Ländern im Detail auch bei der Entwicklung und Etablierung verwandter Themenfelder und Subthemen zu sehen, auf die sich die gentechnikkritische Debatte in den vergangenen Jahren verlagert hat. So hatte es die Bewegung in Deutschland zuletzt beispielsweise erfolgreich geschafft, die Diskussion um die transatlantischen Freihandelsabkommen TTIP und CETA mit der Gentechnikthematik zu verknüpfen und so neue Argumente generiert. In den Niederlanden hingegen schaffte man es nicht, beide Themen gemeinsam auf der öffentlichen Themenagenda zu platzieren. Dortzulande gab es hingegen andere verwandte Subthemen wie etwa die Debatte um die Technologie Cisgenese, die von Gentechnikkritikern initiiert wurden. Sie spielte in der deutschen Diskussion zur damaligen Zeit keine Rolle.

Bei den Standpunkten und der Argumentation der gentechnikkritischen Bewegung sind in beiden Ländern ähnlich vielfältige Muster zu entdecken. Bei den Zielen existieren in beiden Referenzländern gleichwertig Akteure, die sich ohne Einschränkungen gegen die Gentechnologie aussprechen. Und auch ge-

mäßigere Stimmen von zumeist Verbraucherschützern, denen die Wahlfreiheit und ein geregeltes Nebeneinander als Protestziel bereits genügt, finden sich gleichwertig auf beiden Seiten der Grenze. Bei der Art der Argumentation der Gentechnikkritiker finden sich ebenfalls keine länderspezifischen Besonderheiten, allerdings werden die einzelnen Argumente teilweise sehr unterschiedlich stark betont. So heben die stark professionalisierten niederländischen Gentechnikkritiker heute vor allem Alternativen zur Agro-Gentechnik hervor und verweisen darauf, dass eine nachhaltige Landwirtschaft auch mit konventionellen Züchtungsmethoden zu gewährleisten ist. Eine pauschale Ablehnung der Technologie findet sich unter diesen Akteuren dann auch viel seltener als auf der deutschen Seite. Als Grund hierfür kann ein Anpassungsprozess an die Medien und die Öffentlichkeit vermutet werden. Demnach steht hinter dieser strategischen Erwägung der Gedanke, dass man es in den Niederlanden mit der Gentechnikthematik und einfacher Technologiekritik allein nicht im gewünschten Umfang in die Medien schaffen kann und man sich so für eine „positivere“ Argumentationsweise entschieden hat. Zuvor hatten niederländische Gentechnikkritiker bezüglich der Erwähnung ihrer Standpunkte in Medienberichten sehr oft festgestellt, dass aus ihren Stellungnahmen in der Regel nicht mehr als ein oder zwei Sätze herausgenommen wurden. Diese *one-liner*, mit denen die Aktivisten letztendlich in die Medien präsent waren, bewirkten jedoch, dass die Argumentation entsprechend zugespitzt wiedergegeben wurde und sich durch diese eher einfachen Antworten schnell das Bild einer undifferenzierten, pauschalen Argumentation der gentechnikkritischen Bewegung in der Öffentlichkeit einbrannte. In Deutschland gab es dieses Phänomen in der Form nicht, da hierzulande eine viel breitere und sachlichere Medienberichterstattung erfolgte, die auch den Argumenten der Gentechnikkritiker offen gegenüberstand.

Bezüglich ihrer Gegner ähneln sich die gentechnikkritischen Akteure beider Länder hingegen sehr. In den Niederlanden wie in Deutschland sind *Monsanto*, *BASF* und *Co.* für die Mehrheit die größten Gegenspieler. Genannt werden in beiden Ländern als Ziel des Protests – vergleichbar – oft die jeweiligen Exekutiven und Legislativen. Ein spezielles Feindbild wurde jedoch nur in den Niederlanden genannt: die international renommierte *Landwirtschaftsuni-*

versität Wageningen bzw. diverse gentechnikfreundliche Personen, welche jahrelang an der dortigen Spitze standen. Durch die wichtige Rolle, die Wageningen lange Zeit in den diversen korporatistischen Arrangements der niederländischen Agrarpolitik gespielt hat und durch die dort betriebene Biotechnologieforschung, liegt und lag für viele gentechnikkritische Aktivisten hier einer der Verantwortlichen für den biotechnologiefreundlichen Kurs des Landes.

Deutlicher fallen die Unterschiede bei den Erfolgen der Bewegungen beider Referenzländer aus, wo ein deutliches Übergewicht auf der deutschen Seite festzustellen ist. Die niederländischen Akteure nannten fast ausschließlich die Durchsetzung einer Kennzeichnungspflicht als großen Erfolg der eigenen Arbeit. Bei deutschen Akteuren war diese Errungenschaft aus dem Jahr 2004 anscheinend schon in Vergessenheit geraten, denn hier wurden viel mehr, viel bedeutendere und viel jüngere Errungenschaften angeführt. So betonten viele, dass man es geschafft habe, das Gentechnikthema in Deutschland fest auf der politischen Agenda sowie in der Mitte der Gesellschaft zu verankern. Für die Niederlande konnte dies in dem Ausmaß nicht festgestellt werden. Und auch der selbst zugeschriebene Erfolg, dass die Bewegung in Deutschland breite gesellschaftliche Schichten für einen kritischen Blick auf das Thema sensibilisieren konnte, kann so für die niederländische Seite nicht festgestellt werden. Hier stammen die Kritiker fast ausschließlich aus den bekannten alternativen Gesellschaftsmilieus und sind viel weniger als in Deutschland über die Gesamtgesellschaft verteilt. Eine weitere Leistung der Bewegung, die auf niederländischer Seite eine große Wirkung erzielt hatte und von einigen Akteuren angeführt wurde, ist der Erfolg der Bürgerinitiative in Nimwegen für eine gentechnikfreie Gemeinde. Dieser Einzelfall in den Niederlanden steht auf deutscher Seite allerdings einer ganzen Reihe gentechnikfreier Regionen gegenüber, die sich teilweise zu riesigen Netzwerken verbunden haben. Nimwegen hatte für die Niederlande dagegen höchstens eine symbolische Wirkung und konnte keine weitreichende Vorbildwirkung entfalten oder der Bewegung dort großartig mehr Gewicht verleihen. In Deutschland hingegen bedeuteten die vielen einzelnen Erfolge in der Summe, dass die Gentechnikgegner mit der Zeit ein immer stärkeres Druckpotential gegenüber den Entscheidungsträgern und den Gentechnikbefürwortern entwickeln konnten.

Was die Instrumente anbelangt, so verwendet man in beiden Referenzländern grundsätzlich ähnliche Protestmittel, gewichtet sie aufgrund der sehr unterschiedlichen Anzahl noch aktiver Gentechnikkritiker und der jeweils anderen Einstellung und Beschaffenheit des politisch-administrativen Systems aber jeweils anders. Auf die verbreitende Wirkung der Medien setzt man aus den beschriebenen Gründen in den Niederlanden zuletzt so auch viel weniger als in Deutschland. Ein Schwerpunkt der Kampagnen lag in unserem Nachbarland demzufolge auch stärker als in Deutschland auf Informationskampagnen, die eine Sensibilisierung der Bevölkerung für eine „Agrarwende“ und ökologischere Wirtschaftsformen zum Ziel hatten. Dieses Schrittes bedurfte es hierzulande nicht mehr. Ferner kam es in den Niederlanden in jüngster Zeit viel seltener zu klassischen Demonstrationen, da die Bevölkerung dort in den vergangenen Jahren – nicht nur auf diesem Politikfeld – viel schwieriger zu mobilisieren ist. Für Deutschland zeichnen Großdemonstrationen wie etwa die jährlich zur Grünen Woche stattfindenden Protestzüge oder die viel beachtete Demonstration gegen TTIP im Oktober 2015 mit zehntausenden von Teilnehmern ein ganz anderes Bild. Anders sah es auch bei der gewaltbereiten Protestform Feldzerstörung aus, die in Deutschland bis zum Ende der Freilandversuche im Jahr 2013 sehr oft angewendet wurde. In den Niederlanden kam es bereits in den 1980er Jahren zu derartigen Aktionen, mit der Zeit wurden diese unkonventionellen Protestmittel aber immer seltener. Sie unterschieden sich zu denen in Deutschland zudem dadurch, dass die Aktivisten dortzulande in der Regel anonym auftraten und temporäre Aktionsgruppen bildete. In Deutschland erfolgte die Stürmung von Versuchsfeldern zuletzt hingegen in der Regel mit vorheriger öffentlicher Ankündigung, wurde meist von den gleichen bekannten Gruppen durchgeführt und war sehr professionell organisiert. Nicht vergleichbar ist auch der große Erfolg der Kampagnenorganisation *Campact*, die als einer der zentralen Akteure der deutschen gentechnikkritischen Bewegung etliche Grassrootkampagnen im Internet gestartet hatte und dafür die Unterstützung hunderttausender Menschen bekam. In den Niederlanden findet sich trotz der größeren Affinität zu derartigen Meinungs- und Mobilisierungsplattformen kein vergleichbarer Akteur auf diesem Politikfeld.

### 5.8. Länderspezifische Voraussetzungen

Beide Untersuchungsländer bieten durch ihren jeweiligen (historisch-traditionellen) Hintergrund unterschiedliche Voraussetzungen dafür, wie mit dem Thema der Grünen Gentechnik in Gesellschaft, Wirtschaft oder Politik umgegangen wird. Um einen Überblick über diese Unterschiede zu bekommen, werden in diesem Kapitel Aussagen von Akteuren auf dem Politikfeld der Agrogentechnik über ihr eigenes und das jeweils andere Untersuchungsland herangezogen, die zwar jeweils nur eine mehr oder weniger persönliche Einschätzung der betroffenen darstellen, allerdings auch ein grobes Bild darüber geben können, inwiefern sich die Voraussetzungen in beiden Ländern – zumindest gefühlt – unterscheiden.

#### *Niederlande als Handelskreuz und technologischer Vorreiter*

Am häufigsten wurde von den Betroffenen auf die wichtige Rolle der Niederlande als bedeutendes Im- und Exportland hingewiesen. Vor allem auf dem Gebiet des Saatguts sowie bei Futter- und Lebensmitteln bildet das Land mit seinem großen Überseehafen in Rotterdam für die gesamte Europäische Union das bedeutendste Handelskreuz. So zählten die Niederlande mit einem Importvolumen von rund neun Millionen Tonnen Sojabohnen und Sojaschrot in den vergangenen Jahren beispielweise immer wieder zum bedeutendsten Importeur innerhalb der Europäischen Union. Ungefähr sieben Millionen Tonnen werden davon anschließend weiterexportiert; ähnliche Zahlen gibt es auch für viele andere Agrarprodukte. Soja und Mais kommen aber auch ins Land, weil die Niederlande ein bedeutendes Land auf dem Gebiet der Viehzucht darstellen und man selbst viel Kraftfutter für den eigenen Viehbestand produzieren muss (vgl. Berkum/Roza/Pronk 2006: 65; Brandsma 2011; Interviewpassage 239).

Der Standort Niederlande sei zudem weltweit führend in den Bereichen Saatgutentwicklung und Pflanzenzucht. So sei der Pflanzgutsektor in unserem Nachbarland, auf dem etwa (neue) Kartoffelarten entwickelt und gezüchtet werden, beispielsweise der bedeutendste der Welt (vgl. Sprangers 2010c; Interviewpassage 240). Neben Kartoffeln seien niederländische Unternehmen aber auch bei der Saatgut-Veredelung von Blumen und Gemüse weltweit tonange-

bend (vgl. Interviewpassage 241; Dinther 2010). Alle wichtigen Firmen in der Branche der Gemüsesaatgut-Veredelung hätten einen Unternehmenssitz in den Niederlanden, um so Zugang zum geistigen Eigentum der Technologien zu bekommen (vgl. Interviewpassage 242). Durch die Bedeutung des Sektors besäßen diese Konzerne auch politischen Einfluss und da einzelne Akteure auch transgenem Saatgut nicht abgeneigt seien, hätten sie es durch Lobbyarbeit geschafft, die niederländische Regierung auf ihre Seite zu bekommen (vgl. Interviewpassage 243). Vor allem auch durch die große Innovativkraft des Sektors, der mit dem Zierpflanzenbau, bei der Kartoffelproduktion, bei Blumenzwiebeln und Gemüsesaatgut jährlich einen Exportwert von 2,5 Milliarden Euro erzielt (vgl. Heselmans 2010), seien Biotechnologiefirmen mit ihren vielen Lobbyingaktivitäten in den Niederlanden sehr präsent (vgl. Interviewpassage 244). Teile der niederländischen Pflanzenzüchterbranche sorgen zu einem gewissen Teil aber auch für ein Gegengewicht zu den gentechnikfreundlichen Tendenzen, da man dort grundsätzlich am traditionellen Züchtungsrecht festhalten wolle und sich nicht auf die Regeln der Patentierung von Leben einlassen möchte (vgl. Weijden 2014).

#### *Abhängigkeiten zwischen den Niederlanden und Deutschland*

Durch die Vorreiterrolle der Niederlande auf dem Gebiet der Pflanzenzucht und die Bedeutung des weltweiten Im- und Exportes für das Land ergeben sich auch zu den umliegenden Ländern – und da vor allem dem direkten Nachbarn Deutschland – enge Verflechtungen und wechselseitige Abhängigkeiten wirtschaftlicher Natur. Diese beeinflussen die Voraussetzungen für die Akzeptanz und die Kritik an der Agro-Gentechnik ebenfalls sehr stark. So würde das Image der Niederlande im Ausland nach Einschätzung eines Aktivisten sehr stark leiden, wenn dort transgene Pflanzen angebaut würden (vgl. Interviewpassage 245). Von Deutschland als großem Exportpartner der Niederlande ist man hierbei besonders stark abhängig, weshalb sich die hierzulande kritische Einstellung zur Grünen Gentechnik auch auf die Niederlande und die dort ansässigen Produzenten und Händler auswirkt, die etwa Viehfutter, Milch, Eier oder Fleisch für den Export herstellen und vertreiben (vgl. Interviewpassage 246).

Aus Deutschland heraus wird somit – etwa durch die Einführung des „Ohne Gentechnik-Labels“ indirekt auch ein bedeutender Einfluss auf die Produzenten und Händler in den Niederlanden ausgeübt, weshalb die dortige Industrie aus Rücksicht vor den deutschen Kunden ebenfalls immer öfter auf gentechnikfreundliche Stimmen hören (vgl. Interviewpassage 247). Ein weiteres Beispiel für die gegenseitige Abhängigkeit beider Länder ist die transgene Stärkekartoffel *Amflora* des Herstellers *BASF*, die von 2010 bis 2013 in der EU zugelassen war. Im Jahr 2012 schien es nach Aussage einer Aktivistin so zu sein, dass die Kartoffel in den Niederlanden angebaut werden sollte. Allerdings verbot die niederländische Handelsorganisation für Kartoffeln ihren Mitgliedsunternehmen aus Sorgen vor Exportschwierigkeiten schlichtweg den Anbau. Ihr Image im Ausland – und da vor allem in Deutschland – spielte hier also eine ganz bedeutende Rolle (vgl. Interviewpassagen 248, 249). Ähnlich lagen auch die Motive für den Lebensmittelhersteller *Unilever*, der sich schon zu Zeiten der ersten Importe von transgener Soja nach Europa Mitte der 1990er Jahre deutlich festlegte: Aufgrund der kritischen Einstellung der Gesellschaft zur Agro-Gentechnik stünde man, so Zeitungsberichte aus der Zeit, nach eigener Aussage zwar vollständig hinter der modernen Biotechnologie, nehme aber trotzdem Abstand von transgener Soja, da man für den deutschen Markt gentechnikfreie Rohstoffe benötige (vgl. Nijland 1996, 1999: 7). Ähnlich Motive spielten und spielen auch bei Käseproduzenten eine Rolle, die neben dem niederländischen auch den deutschen Markt beliefern (vgl. Vriend/Schenkelaars 2008: 88f.).

#### *Handelsgeist und Technologieglaube*

Dem gegenüber steht der von vielen Befragten genannte niederländische Pragmatismus, der eine positive Einstellung gegenüber der Bio- und Gentechnologie befördern soll. Er würde sich einerseits in einer überdurchschnittlich starken Aufgeschlossenheit gegenüber (neuen) Technologien sowie einer traditionell ausgesprochen starken kommerziellen Ausrichtung zeigen, die sich im stark ausgeprägten Handelsgeist wiederfindet (vgl. Interviewpassage 250).

Was die Technologiefreundlichkeit angeht, waren sich viele betroffene Akteure einig, dass die Niederlande hier im Vergleich zu anderen Nationen – und

vor allem zu Deutschland – stark herausstechen. Auch die Nordeuropa-Chefin von *Monsanto*, URSULA LÜTTMER OUAZANE, konstatierte in einem Zeitungsinterview, dass in Deutschland in der Zeit um den Jahrtausendwechsel herum eine regelrechte Technologiefeindlichkeit ausgebrochen war. Hinzu würde besonders in Deutschland ein grundsätzliches Misstrauen gegenüber Großunternehmen kommen (vgl. Dorfer 2000). In den Niederlanden hingegen würde Technologie nach Überzeugung mehrerer Interviewpartner eher überschätzt und prägen Schlagworte wie „Innovation“ oder „Wissensökonomie“ die politische wie gesellschaftliche Diskussion. Dies bewirke, dass die Personen, die der Gentechnologie kritisch gegenüber stehen eher als Bremser oder Verhinderer angesehen und die positiven Errungenschaften von Innovationen betont und nur selten hinterfragt werden (vgl. Interviewpassagen 251, 252).

Die zweite Ausprägung des Pragmatismus, der niederländische Handelsgeist, wird von deutschen wie niederländischen Aktivisten als Teilerklärung für den in den Niederlanden im Vergleich geringeren Widerstand gegen transgene Lebensmittel angeführt. Wenn es irgendwo einen Euro zu verdienen gäbe, dann wäre man schnell dabei (vgl. Interviewpassagen 253, 254) Aktivisten und Beobachter des Politikfelds können diese niederländische „Kultur der Offenheit“ nur unterstreichen und erklären sich die Unterschiede zu Ländern wie Deutschland oder Frankreich dadurch, dass man dort viel mehr an Traditionen wie dem deutschen Reinheitsgebot beim Bier oder dem Kauf von lokalen Produkten in Frankreich festhält. Niederländer hingegen, so die Auffassung eines Aktivisten über seine Landsleute, möchten modern sein und geben sich mit den einfachsten und günstigsten Produkten zufrieden (vgl. Interviewpassagen 255, 256, 257; Vriend 2014).

#### *Anderer Bezug zu Landwirtschaft und Lebensmitteln*

Dieser Aspekt steht auch in Verbindung zu einem weiteren Erklärungsversuch der Akteure des Politikfeldes, die unterschiedliche Einstellung und den verschiedenen Umgang mit der Agro-Gentechnik in beiden Ländern zu erklären. So wird angenommen, dass die Verbindung der niederländischen Bevölkerung mit der Situation auf dem Lande sehr stark verschwunden ist, da überpropor-

tional viele Menschen in den Städten wohnen und ihnen der Bezug zum ländlichen Leben – etwa durch die Bewirtschaftung eines eigenen Gemüsegartens – gänzlich fehlt. Grundsätzlich soll es laut mehreren gentechnikkritischen Aktivisten an einer direkten Beziehung zu Lebensmitteln und einem konkreten Bewusstsein für deren Herstellung und Verarbeitung mangeln und die Zubereitung nicht viel Zeit und Geld kosten (vgl. Interviewpassagen 258, 259, 260). Und dadurch, dass Niederländer zuerst auf ihr Geld und erst später auf Qualität schauen, so ein niederländischer Gentechnikexperte, würde die Gentechnikthematik zumeist nicht so ernst wie bei Deutschen genommen werden (vgl. Sprangers 2015). Hierzulande sei dies aus Sicht der niederländischen Befragten ganz anders. Es gebe ein größeres Bewusstsein für die Gentechnik in der deutschen Bevölkerung und auch eine größere Unterstützung für gesundes und gentechnikfreies Essen, wie etwa das „ohne Gentechnik“-Siegel, die viel häufigeren kritischen Aktionen oder das größere Angebot an Naturkostläden oder homöopathischen Praxen zeigen würde. Die Bedeutung und der Geschmack von Nahrung habe hierzulande einen viel höheren Stellenwert, was auch daran auszumachen sei, dass es in den Niederlanden keine eigene prägende kulinarische Tradition gebe (vgl. Interviewpassagen 261, 262, 263, 264).

#### *Unterschiedlicher Rückhalt und Protest*

Die ohnehin schon sehr unterschiedliche Qualität und Quantität des Protests in beiden Ländern wird nach Auffassung der kritischen Akteure durch Faktoren wie eine unterschiedliche Debattenkultur, ein stark unterschiedliches Interesse der Bevölkerungsmehrheit am Thema oder die Aufstellung der kritischen Akteure selbst noch weiter verstärkt. In Deutschland habe man es so auch geschafft, sich bei der Auseinandersetzung mit der Gentechnikfrage zu einem europäischen „Schlüsselland“ (Interviewpassage 265) zu entwickeln. Man habe hier eine breit aufgestellte und bis in tiefste konservative Milieus verankerte kritische Bewegung innerhalb der Zivilgesellschaft, die nach Ansicht eines Aktivisten in Europa einmalig sei (vgl. Interviewpassage 266). Niederländische Gentechnikgegner schauen sodann auch oftmals mit Bewunderung nach Deutschland und nehmen zur Kenntnis, dass es hierzulande – beispielsweise bei den

zahlreichen gentechnikfreien Regionen, denen laut einem niederländischen *Greenpeace*-Aktivisten nur zwei in den Niederlanden gegenüberstehen – mehr direkte öffentliche Aktionen und Kampagnen gibt, während es in den Niederlanden besonders schwer zu sein schien, Menschen etwa zur Teilnahme an Demonstrationen zu mobilisieren (vgl. Bekkem 2014; Sprangers 2011b; Interviewpassagen 267, 268). Ein ehemaliger niederländischer Anti-Gentechnik-Aktivist erklärt den deutlich stärkeren Widerstand von deutschen NGOs damit, dass diese ihre Aufgaben ernsthafter angehen würden als Niederländer. Deutsche seien vom Charakter her pflichtbewusster und würden Missstände schneller angehen als Niederländer, die sich zunächst fragen würden, ob ein persönliches Eingreifen überhaupt notwendig ist (vgl. Sprangers 2015). Der niederländische Soziologe PETER OOSTERVEER (2014b) erklärt die geringeren Protestaktionen in seinem Land unter anderem damit, dass Nichtregierungsorganisationen in den Niederlanden sich scheinbar dafür entschieden haben, ihre Aktivitäten zu Lebensmittelthemen hauptsächlich an Verbraucher zu richten und dabei Aktionen mit positiveren Konnotationen wie etwa einer Kampagne für nachhaltiges Fleisch oder einer Werbeaktion für regionale und saisonale Produkte den Vorzug zu geben (vgl. ebd.). Eine Entscheidung, die ein niederländischer Aktivist damit begründet, dass man bei einem zuständigen Minister, der sich der Gentechnik gegenüber sehr positiv äußert, anders agieren muss als in einem Land, wo eine viel stärkere kritische Haltung existiert (vgl. Interviewpassage 269).

Auch macht es für Viele den Anschein, dass das Bewusstsein oder die Sensibilität in der niederländischen Bevölkerung für Themen wie Anbau oder Import von transgenen Organismen im Gegensatz etwa zu Deutschland oder Frankreich nur sehr eingeschränkt vorhanden ist (vgl. Veldman 2014: 4). Ein Grund dafür könnte laut dem Soziologen OOSTERVEER, sein, dass seit dem Jahr 2000 (siehe dazu Kapitel 3.1.2.7) bei unseren Nachbarn kaum mehr eine öffentliche Debatte über die Grüne Gentechnik geführt wurde und es für die kritischen Akteure so besonders schwer ist, Aufmerksamkeit hierfür zu erzeugen (vgl. Oostenveer 2014). Fast gegen Null tendiert in den Niederlanden entsprechend auch das Interesse an gentechnikkritischen Veranstaltungen oder Kundgebungen, weshalb hier nicht selten Parallelen zur in Deutschland viel aktiveren Anti-Atomkraft-Bewegung gezogen werden (vgl. Interviewpassagen 270, 271).

Hinzu kommt auch, dass nach Einschätzung vieler Aktivisten in Deutschland einfach viel mehr gentechnikkritische Akteure aktiv sind, die zudem die verschiedensten Hintergründe haben. Kirchliche Organisationen etwa engagierten sich in den Niederlanden gar nicht gegen die Agro-Gentechnik, während hier auf der anderen Seite der Grenze viel mehr Aktivismus zu beobachten wäre (vgl. Interviewpassagen 272, 273). Hinzu kommt, dass es in anderen Ländern auch bei der Hauptprotestgruppe, den Umweltschutzverbänden, mehr als wie in den Niederlanden nur ein oder zwei aktive Akteure gibt (vgl. Interviewpassage 274). Und bei so wenigen verbliebenen aktiven kritischen Akteuren kann dann auch der deutsche Ansatz einer Aufgaben- und Arbeitsteilung sowie einer gemeinsamen Strategie (siehe dazu Kapitel 5.5) nicht greifen, der für einen bedeutenden Teil der Schlagkraft der gentechnikkritischen Bewegung in Deutschland verantwortlich ist.

#### *Berichterstattung in den Medien*

Und auch die Medien scheinen in den Niederlanden nicht oder nicht mehr auf der Seite der Bewegung zu stehen. Die von den Gentechnikkritikern immer aufs Neue wiederholte Botschaft, dass die Risiken der Technologie nicht ausreichend untersucht seien, so hat der Buchautor und Berater HUIB DE VRIEND beobachtet, wird von der niederländischen Presse ziemlich kritisch gesehen und nicht mehr ernst genommen. Das Interesse der Medien sei zudem immer stärker abgeklungen (vgl. Vriend/Schenkelaars 2008: 227). DE VRIEND vermutet, dass dies damit zu tun hat, dass hauptsächlich Wissenschafts- und Wirtschaftsredaktionen über dieses Thema berichten (vgl. Vriend 2014). Ein Aktivist sieht die Ursache hingegen eher in der Macht der Biotechnologieunternehmen und deren Lobby, die einen großen Einfluss auf die Medien haben (vgl. Interviewpassage 275). In Ländern wie Deutschland, Großbritannien oder Frankreich sei das ganz anders (vgl. Vriend 2014). Und auch das Ausmaß der Berichterstattung scheint dort qualitativ und quantitativ viel höher zu sein, könne man nach Ansicht eines niederländischen Aktivisten doch von Glück sprechen, wenn in den dortigen Zeitungen einmal ein größerer Text zum Thema der Grünen Gentechnik erscheint. Für die nieder-

ländischen Aktivisten sei es nach eigener Aussage immer sehr deprimierend, wenn Aussagen und Botschaften von Gentechnikbefürwortern viel öfter abgedruckt oder gesendet werden (vgl. Interviewpassage 276). Manche Kritiker konzentrieren sich deshalb bewusst eher auf regionale Medien, da es hier noch viel einfacher sei, die eigenen Standpunkte möglichst unverfälscht rüberzubringen (vgl. Interviewpassage 277).

Die politische Wochenzeitschrift *De Groene Amsterdamer* schlussfolgerte Ende 2010, dass vor allem spektakuläre Aktionen oder schockierende Forschungsergebnisse, die von NGOs wie *Greenpeace* durchgeführt oder publiziert werden, nicht mehr wirken, da die Medien deren Informationen nicht mehr vertrauen und aktionsmüde geworden seien (vgl. Logger/Menkhorst 2010). Und wenn in den Niederlanden dann doch einmal zum Thema Grüne Gentechnik berichtet wird, dann geschehe das analog zur gesellschaftlichen Diskussion zumeist auf eine stark polarisierende Art und Weise. VRIEND und SCHENKELAARS (2008) sprechen von einem „*Stellungsstreit, in dem es wenig Bewegung gibt*“ (ebd.: 227). Oftmals, so die Kritik eines Aktivisten gegenüber den Medien, wird in der Regel lediglich ein inhaltlich sehr verkürztes Zitat als Standpunkt eines Gentechnikgegners in den Artikeln verwendet, sodass schnell das Bild entstehe, dass man ganz undifferenziert gegen alles sei (vgl. Interviewpassage 278). Für die Medien, so VRIEND und SCHENKELAARS (2008), muss die Berichterstattung vor allem spannend sein. In einem Mediensystem, in dem der Druck von Auflagezahlen und Einschaltquoten herrscht, warte niemand auf nuancierte Berichte über komplexe Themen. „*Man möchte spannende Geschichte, aufsehenerregende one-liner und Konfrontationen zwischen ausgeprägten Befürwortern und Gegnern.*“ (ebd.: 233) Als Beispiel führen die Autoren die Einladung einer gesellschaftlichen Gruppierung zu einer Gentechnikdebatte an, die von der Redaktion einer bekannten TV-Diskussionssendung organisiert werden sollte. Bedingung für die Einladung war jedoch, dass der kritische Akteur zu der Aussage bereit sei, dass der Konsum von transgenen Lebensmitteln tödlich sei, was den Eingeladenen jedoch zu weit ging und sie dazu veranlasste, abzusagen (vgl. ebd.: 233f.).

### *Korporatismus*

Legt man das Augenmerk darauf, wie sich der Einfluss von organisierten Gruppen im Politikfeld der Agro-Gentechnik gestaltet, dann beschreiben die Akteure für die Niederlande analog zur Theorie (siehe auch Kapitel 2.2.1.2) sehr oft korporatistische Gebilde und Arrangements, in denen korporative Akteure in Politikprozesse eingebunden werden und am Ende auch mitentscheiden. Wie auch in anderen Politikfeldern haben derartige Gebilde aus Vertretern von Staat und Verbänden bei der Gentechnikdiskussion in den Niederlanden eine lange Tradition. So kam es dort bereits 1991 zu einer Übereinkunft zwischen dem Staat sowie der Industrie und Verbraucherschutzorganisationen, um transgene Produkte bei der Herstellung von Lebensmitteln verwenden zu dürfen. Konkret ging es damals um ein aus genetisch modifizierten Mikroorganismen hergestelltes Käselab (vgl. Vriend/Schenkelaars 2008: 164). Ein weiteres Beispiel für ein korporatistisches Arrangement im Gentechnik-Politikfeld ist eine Selbstregulierung für Koexistenzregelungen, zu der der niederländische Landwirtschaftsminister CEES VEERMAN im Jahr 2003 Dachverbände aus den Bereichen Landwirtschaft, Pflanzenzucht und Verbraucherschutz aufrief. Man errichtete seinerzeit eine Kommission mit Vertretern der verschiedenen Marktparteien und konnte im Jahr 2005 einen Kompromiss erzielen, der eine Einigung auf Koexistenzregeln für transgene Kartoffeln und Mais beinhaltete und – anders als in Deutschland – die Einrichtung eines Haftungsfonds zur Kompensation von durch gentechnische Verseuchung entstehenden wirtschaftlichen Schäden beschloss. Mit unter den Kompromisspartnern waren auch gentechnikkritische Verbände wie *Biologica* (das heutige *Bionext*) und die *Platform Aarde, Boer, Consument* (vgl. Transgen 2005; Vriend/Schenkelaars 2008: 142). Vor allem dem Biolandwirtschaftsverband *Biologica* sei die Zustimmung allerdings schwergefallen. Man blieb beim grundsätzlichen Nein zu transgenen Pflanzen, da ihr Anbau in den Niederlanden seinerzeit jedoch erlaubt war, hätte es klarer Regeln bedürft – eine Einstellung, für die der Verband von anderen gentechnikkritischen Akteuren wie etwa *Friends of the Earth Europe* oder *IFOAM* kritisiert wurden und die aus Sicht eines Vertreters der deutschen Branchenorgani-

sation für biologische Landwirtschaft hierzulande so nicht denkbar gewesen wäre (vgl. Transgen 2005; Interviewpassage 279).

Ein großer Einfluss auf die niederländische Landwirtschafts- und Forschungspolitik wird von verschiedenen Gentechnikkritikern auch den Biotechnologieunternehmen attestiert. Ein Aktivist sprach hier von einer Dreiecksbeziehung zwischen der Industrie, der Universität Wageningen und dem zuständigen Ministerium, welche die Landwirtschaftspolitik in unserem Nachbarland in den vergangenen Jahren – und vor allem der Zeit der Regierungen mit CDA-Beteiligung (siehe hierzu Kapitel 4.1.3) – prägte (vgl. Interviewpassage 280). Die weltweit renommierte *Landwirtschaftsuniversität Wageningen* steht dabei besonders im Fadenkreuz vieler Gentechnikkritiker und wird beschuldigt, aus finanziellem Kalkül ebenso gerne Auftragsforschung für Gentechnikkonzerne wie für die eigene Regierung durchzuführen (vgl. Interviewpassage 281). Derartige korporative Arrangements zwischen dem Staat, Unternehmen und Forschungseinrichtungen kommen nach Aussage des Soziologen PETER OOSTERVEER im Politikfeld Landwirtschaft in den Niederlanden tatsächlich traditionell oft vor (vgl. auch Bouma/Smeets 2013).<sup>208</sup> Hinzu kommt, dass gerade diese enge Zusammenarbeit auch als Basis für den weltweiten Erfolg des niederländischen Agrarsektors angesehen wird (vgl. Grin 2010). Geht es um Innovationen in diesem Bereich, dann haben zivilgesellschaftliche Akteure zwar ein gewisses Mitspracherecht, nach Ansicht des Politikfeldexperten HUIP DE VRIEND aber keine ausschlaggebende Rolle bei den Verhandlungen (vgl. Vriend 2014).

Gerade auch bei der aktuellen niederländischen Wettbewerbspolitik unter Ministerpräsident MARK RUTTE könne man sehen, wie groß der Einfluss der Biotechnologieunternehmen ist: So sind zwei von neun Topsektoren, die von der Regierung benannt und gezielt gefördert werden, mit dem Agrosektor verbunden. Die Biotechnologiebranche wird so zu einem großen Teil mit öffentlichen Geldern finanziert (vgl. Vriend/Schenkelaars 2008: 231). Und „*im Vorstand [der Topsektoren] sitzen der Staat, die Privatwirtschaft und Wageningen schön beieinander*“

---

<sup>208</sup> Für die historischen Wurzeln des „gouden“ oder „ijzeren driehoek“ vgl. etwa Frouws 1993: 15, 230.

und verteilen die Geldströme“ (Weijden 2014), kritisiert der Biologe und Naturschützer WOUTER VAN DER WIJDEN. Und während sehr viele Forschungsgelder an die Seite der gentechnikbefürwortenden Industrie fließen, bekämen die Kritiker nach Ansicht einer ehemaligen Entwicklungshilfe-Aktivistin nur einen Bruchteil ab, was zu einem starken Ungleichgewicht und einer indirekten Lenkung der Debatte führe. Dabei verweist sie auf eine Studie<sup>209</sup> über die Unabhängigkeit von Forschung in den Niederlanden. In Deutschland, so die Gentechnikkritikerin, würde viel mehr Wert auf eine unabhängige Forschung gelegt, wenn man etwa die Max-Planck-Institute betrachte (vgl. Interviewpassage 282). Gesellschaftliche Akteure sehen die beiden Politikfeldexperten HUIP DE VRIEND und PIET SCHENKELAARS (2008) sodann auch als wichtige Elemente an, um die Hoheit über die Verfügungsgewalt der öffentlichen Gelder für Innovationen und Forschungstätigkeiten zu demokratisieren, denn gerade das Verhältnis zwischen privaten und öffentlichen Interessen bestimme die Richtung, in die sich die Biotechnologiebranche entwickelt, nachhaltig mit (vgl. ebd.: 12f, 231).

Dass die beschriebene enge Dreiecksbeziehung zwischen dem niederländischen Staat, der *Universität Wageningen* und den Biotechunternehmen allerdings – wie von manchen gentechnikkritischen Aktivisten angeführt – als Erklärung für die vergleichsweise wenig kritische Haltung von niederländischem Staat und seiner Bevölkerung angesehen werden kann, dafür gibt es von wissenschaftlicher Seite außer einiger Indizien bislang keine Beweise (vgl. Loeber 2004). Laut dem Soziologen PETER OOSTERVEER sei es aber zu einfach, eine direkte Verbindung zwischen den korporativen Arrangements und der wenig kritischen Haltung gegenüber der Agro-Gentechnik in den Niederlanden zu ziehen und hier eine „Komplottheorie“ (Oosterveer 2014a) anzunehmen. Dies zum einen, da es rund um den Jahrtausendwechsel mit dem Dialog „Eten en Genen“ sehr wohl eine breite Auseinandersetzung durch und mit der Bevölkerung über die Vorteile und Risiken der Agro-Gentechnik gegeben habe (siehe dazu Kapitel 3.1.2.7). Zum anderen – und das sei viel bedeutender – würde sich die Situation in der Landwirtschafts- und Nahrungsmittelbranche in den Niederlanden

---

<sup>209</sup> Stuurgroep Technology Assessment 2005: Wie betaalt bepaalt?, Online: <http://www.platformlis.nl/rapporten/onafhank.pdf>, Abruf: 12. September 2015.

aber auch sehr stark von der in Deutschland unterscheiden. So hätte laut OOSTERVEER (2002) nicht zuletzt die Reaktion der Niederländer auf die BSE-Krise gezeigt, dass die Niederländer ein größeres Vertrauen in die Sicherheit ihrer Lebensmittel und in die Bestrebungen der Regierung, die Nahrung sicherer zu machen, haben als in anderen Ländern (vgl. ebd.).

### 5.9. Zwischenfazit

Der Schwerpunkt dieses Kapitels lag auf der Analyse jener (relevanten) Akteure aus den Bereichen (ökologische) Landwirtschaft, Umwelt- und Verbraucherschutz, die für die Beantwortung der Untersuchungsfrage herangezogen wurden. Bei der Analyse dieser gentechnikkritischen Akteure hat sich das Bild einer sehr heterogenen Gruppe von Akteuren ergeben, die in ihrer Gesamtheit gemeinsam die Anti-Gentechnik-Bewegung bilden. Vergleicht mal alle individuellen Gruppenakteure für sich, dann wird deutlich, dass alle teils höchst unterschiedliche Voraussetzungen mitbringen, da sie jeweils über eine ganz andere Zusammensetzung, eine unterschiedliche Herkunft und über andere Eigenschaften verfügen. Dies äußert sich bei den Akteuren in der ebenfalls sehr heterogenen individuellen Wahl von Protestinstrumenten, deren Anwendung wiederum stark von den jedem einzelnen zur Verfügung stehenden finanziellen, personellen und auch zeitlichen Ressourcen, der eigenen Strategie, aber auch von den eigenen Zielen der Akteure, der aktuellen Stellung der Gentechnikthematik auf der politischen wie öffentlichen Agenda sowie von moralischen oder Gewissensgründen abhängen.

Als Instrumente stehen den Gentechnikkritikern eine Vielzahl verschiedenster Mittel zur Verfügung, die von klassischen oder modernen Protestaktionen über Lobbyingtechniken, Methoden der Expertisegenerierung, dem Weg über juristische Instanzen sowie Mitteln der Informations- und Meinungsverbreitung gehen. Sie setzen jeweils an ganz unterschiedlichen Stellen des Politikzyklus an und kommen nicht alle gleichsam für jeden Akteur infrage. Und auch der Vergleich beider Untersuchungsländer hat deutlich gemacht, dass die jeweiligen nationalen Gegebenheiten für die Abwägung geeigneter Protestmittel für die dortigen Akteure ebenfalls eine große Rolle spielen. So ist etwa der Straßenprotest

in den Niederlanden anders als in Deutschland viel seltener ein probates Mittel, da bei derartigen Formen – unabhängig von der Thematik der Agro-Gentechnik – kulturell bedingt heutzutage nicht mit viel Zulauf zu rechnen ist.

Bei den Ressourcen, die den einzelnen kritischen Bewegungsakteuren zur Verfügung stehen, konnten zwischen beiden Untersuchungsländern keine großartigen Unterschiede festgestellt werden. Wohl wurde sehr deutlich, dass in den Niederlanden (mittlerweile) im Verhältnis viel weniger Akteure gegen die Grüne Gentechnik aktiv sind als es in Deutschland der Fall ist. Rund um das Jahr 2004 begann diese Abnahme von aktiven gentechnikkritischen Akteuren in den Niederlanden, die sich heute immer noch weiter fortsetzt. Die Anzahl der aktiven Anti-Gentechnik-Akteure variierte zwischen den beiden Untersuchungsländern bereits damals schon sehr stark – durch die ungebremste Zunahme immer neuer Akteure in der deutschen gentechnikkritischen Bewegungslandschaft hat sich dieses Missverhältnis in den vergangenen zehn bis 15 Jahren aber noch weiter verstärkt.

Die Gründe dafür, dass sich in den Niederlanden so viele (auch große) Akteure aus dem Politikfeld verabschiedet haben und maximal nur noch passiv als „schlafende“ Mitglieder der Bewegung auftreten, scheinen sehr unterschiedlich zu sein. So kam es speziell in den Niederlanden zu einem Zurückschrauben von staatlichen Subventionen für NGOs und Bewegungsakteure bzw. einer Reform des Vergabesystems, wonach vor allem Akteure aus dem Entwicklungshilfebereich ihr Engagement auf dem Politikfeld einstellten. Aber auch andere wie etwa der ehemalige Ökolandbauverband *Biologica* bekamen die Subventionsreformen zu spüren und mussten sich aufgrund eines drohenden Bankrotts neu ausrichten.

Für einige große Umweltschutzverbände war eine andere Schwerpunktsetzung Grund für den Ausstieg aus der aktiven Gentechnikkritik. Andere Themenfelder wurden von ihnen stärker betont und die eigenen Aktivitäten auf dem Gentechnikpolitikfeld an die verbliebenen Verbände „vererbt“. Für wiederum andere wie etwa die großen Verbraucherschutzverbände lag der Grund für ihren Rückzug darin begründet, dass ihre Ziele in der Gentechnikgesetzgebung – etwa die Kennzeichnungspflicht sowie Koexistenzregeln – rund um das

Jahr 2004 erfüllt waren und ihre Mission beendet schien. Hier unterschieden sich die Niederlande dann auch nicht von Deutschland, wo der Verbraucherschutzbereich innerhalb der kritischen Bewegung seitdem ebenfalls unterrepräsentiert ist. Dieser Rückzug der – vor allem – niederländischen Verbraucherschutzakteure ist schon beachtlich, bedenkt man, dass sie Anfang der 1990er Jahre europaweit noch den Ton in der kritischen Bewegung angegegeben haben und im Streit um die Gentechnik die Kritiker anführten. Sie waren zu jener Zeit noch Vorreiter, was die Interessenvertretung für eine verbraucherfreundliche Gesetzgebung auf europäischer Ebene anging.

In beiden Untersuchungsländern haben sich die Aktivitäten der kritischen Akteure vor allem nach dem Ende von Freisetzung und Anbau transgener Gewächse rund um das Jahr 2010 sicherlich stark verlagert und insgesamt zu einer geringeren Intensität bestimmter gentechnikkritischer Aktivitäten geführt. In den Niederlanden, wo zuletzt so gut wie gar keine Aktivitäten mehr zu erkennen waren, zeigt sich dies besonders. Da etwa seit dem Jahrtausendwechsel dortzulande kaum mehr eine öffentliche Debatte zum Thema stattfindet, ist es für die kritischen Akteure seitdem schwierig, die Aufmerksamkeit hierauf zu lenken. Ein wichtiger Grund dafür scheint zu sein, dass die Medien das Thema der Grünen Gentechnik in den Niederlanden nur sehr ungern aufnehmen und das Interesse von Journalisten auch immer stärker abgeklungen ist. Und wenn es einmal Thema in Zeitungsartikeln oder Beiträgen im Rundfunk war, dann wurde in vielen Fällen nicht die Seite der Kritiker tiefgründig beleuchtet oder gar herausgehoben, sondern im Gegenteil deren Aussagen möglichst klein gehalten und auf kurze, zugespitzte Äußerungen reduziert. Die Gegner fühlen sich dortzulande – so das Empfinden vieler – von den Medien somit auch nicht wirklich ernst genommen.

Auch durch den scheinbar ungebremsten Zuspruch, den Gentechnikkritiker hierzulande immer noch erfahren, gilt Deutschland weiterhin als europäisches Schlüsselland bei der Agro-Gentechnikkritik. Akteure aus den Niederlanden schauen sodann auch immer wieder mit Respekt nach Deutschland und bewundern die zahlreichen Akteure, die vielen Protestaktivitäten und die wichtigen Erfolge. Und auch in der eigenen Bewertung sind sich die deutschen Aktivisten über das von ihnen und anderen Verbündeten in Europa Erreichte

sehr bewusst. Mit zu den größten Leistungen zählt dabei sicherlich, dass sich die Situation in der Europäischen Union ganz anders als etwa die in der USA entwickelt hat und man auf dieser Seite des Atlantiks eine viel stärker ablehnende Haltung gegenüber der Grünen Gentechnik hat durchsetzen können. Der von den Gentechnikkonzernen prognostizierte Erfolg, wonach im Jahr 2010 nur noch transgener Mais innerhalb der EU angebaut werden sollte, hat sich nicht bewahrheitet. Vielmehr fand außer in Spanien zuletzt in keinem der Mitgliedsstaaten ein kommerzieller Anbau transgener Pflanzen mehr statt, waren nur wenige solcher Pflanzen überhaupt für die Aussaat zugelassen und haben sich die Biotechnologieriesen mit ihrem Engagement mehr und mehr aus Europa zurückgezogen. Die EU konnte als kritisches Bollwerk aufrechterhalten werden – auch, weil die Gentechnikkritik von den Gegenakteuren in Mitgliedsstaaten wie etwa Deutschland auf der politischen wie medialen Agenda und in der Mitte der Gesellschaft verankert werden konnte. In den Niederlanden war eine solche dauerhafte Verankerung in der Form allerdings nicht feststellbar. Erfolge gab es für die Bewegung dort aber auch zu verbuchen, schaut man sich etwa die deutliche Reduzierung von Produkten mit transgenen Bestandteilen im Supermarkt an, die es in den Niederlanden nach Einführung der Kennzeichnungspflicht für Einzelhandelsprodukte gegeben hat. In Deutschland lag die Anzahl bereits vor Inkrafttreten der Regelungen auf einem sehr geringen Niveau, weshalb die Einführung der Kennzeichnungsregeln von den Akteuren hierzulande auch weniger als Erfolg herausgestellt wird.

Für den abweichenden Stellenwert, den gentechnikkritische Töne in den beiden Untersuchungsländern einnahmen, wurden von den befragten Aktivisten, Verbandsvertretern und Experten – neben den gerade beschriebenen – verschiedene mögliche Erklärungen herangezogen. Viele sprachen so von einer ganz unterschiedlichen Protestkultur in beiden Ländern. Und auch traditionelle Unterschiede wie eine sehr unterschiedliche Beziehung zu Lebensmitteln, deren Herstellung und Verarbeitung, wurden als mögliche Gründe für den unterschiedlichen Stellenwert in beiden Untersuchungsländern angenommen. Die Verbindung der Menschen zum ländlichen Raum und damit das Bewusstsein für die Herkunft (gesunder) Produkte – so klang es in den Äußerungen

mehrerer Befragter durch – sei in den Niederlanden nicht mehr ansatzweise so stark vorhanden wie es in Deutschland der Fall ist. Und das, obwohl – oder gerade weil – die Niederlande ein großes und weltweit bedeutendes Agrarland mit einem riesigen Viehbestand, einer weltweit renommierten Landwirtschaftsuniversität und global führenden Unternehmen der Saatgutentwicklungs- und Pflanzenzuchtbranche sind. Auf der anderen Seite bildet unser Nachbarland durch die dort ansässigen Unternehmen und die günstige geografische Lage aber auch ein bedeutendes Handelskreuz, durch das der dortige Markt sowohl von liberalen Handelspartnern wie den USA als auch von kritischen Handelspartnern wie Deutschland abhängig ist und sich auf deren spezielle Bedürfnisse einstellen muss. Besonders der deutsche Markt hat – wie etwa am Beispiel der Beziehungen zwischen Produzenten, Handelshäusern und Abnehmern für Kartoffeln verdeutlicht wurde – immer einen besonderen Einfluss auf die Niederlande ausgeübt.

Auf der anderen Seite gehört es traditionell auch zur Kultur der Niederlande, dass man dort neuen Technologien gegenüber generell viel aufgeschlossener eingestellt ist. Die Bevölkerung ist nach Ansicht der Befragten mehrheitlich viel technologiefreundlicher, stellt sich pragmatischer auf und sieht bei neuen Entwicklungen viel eher mögliche Vorteile als mögliche Nachteile. In Deutschland könne man eher von einem latenten Misstrauen gegenüber modernen Technologien und auch großen Konzernen sprechen, das sich in manchen Bereichen wie etwa der Gentechnik durchaus auch als Technologiefeindlichkeit charakterisieren lasse. Die Konzerne der Biotechnologiebranche seien in der niederländischen politischen Landschaft zudem auch viel präsenter als in Deutschland und hätten hier über viele Jahre einen sehr bedeutenden Einfluss auf die dortige Landwirtschafts- und Forschungspolitik ausgeübt – auch durch zahlreiche staatliche Fördergelder und die geringe Rolle, die zivilgesellschaftliche Akteure in den Arrangements zwischen Staat, Wirtschaft und Wissenschaft gespielt haben.

Bezogen auf die strategische Ausrichtung der Akteure kann zum jetzigen Zeitpunkt der Untersuchung gesagt werden, dass nur sehr wenige Akteure in beiden Ländern alleine über die Fähigkeit zum *strategy making* verfügen, da nur

wenige sehr professionell aufgestellt sind und ihnen ausreichende personelle, zeitliche und finanzielle Ressourcen zur Verfügung stehen. Bei den meisten mangelt es an einer oder gar mehrerer dieser Ressourcen. Die Erstellung von langfristigen, situationsübergreifenden Strategien ist bei der Agro-Gentechnik zudem aber auch sehr schwierig, da das Politikfeld sehr von Entscheidungen in Brüssel oder den nationalen Parlamenten abhängig ist. Durch die ständigen Änderungen, denen die Gentechnikpolitik ausgesetzt ist, kommen vor allem kurz- und mittelfristige Taktiken anstelle langfristiger Strategien zum Tragen. Um dem entgegenzuwirken, haben es Bewegungsakteure in beiden Ländern immer wieder geschafft, auf lange Sicht neue, zur Grünen Gentechnik verwandte, Themenfelder in die Diskussion einzubringen und mit der Agro-Gentechnikthematik zu verknüpfen.

Die Argumentation der Gentechnikgegner in der Debatte hat sich dadurch im Laufe der vergangenen Jahre und Jahrzehnte auch immer wieder verändert. So argumentieren die kritischen Akteure heute sehr oft auch abseits der Hauptdebattenlinie, indem sie verwandte Themenfelder wie etwa das Pflanzenherbizid Glyphosat, die negativen Folgen der Globalisierung oder die staatliche Bioökonomiepolitik, die mal mehr und mal weniger mit der Gentechnikthematik zu tun haben, in die Debatte einbringen und es schaffen, sie eng mit der Gentechnikfrage zu verknüpfen. Diese Themenfelder unterliegen einem stetigen Veränderungsprozess, wie eines der jüngsten dieser Themen, das transatlantische Freihandelsabkommen TTIP zeigt, welches viele Aktivisten nutzen, um unter anderem auch Angst vor einer Zulassung von Gentechnikprodukten in Europa durch die Hintertür zu schüren. Und so argumentieren viele Gentechnikgegner heute viel weniger als noch vor 20 Jahren, dass es sich bei der Grünen Gentechnik um eine Risikotechnologie handele, weil mögliche Folgen für Mensch und Umwelt nicht abzusehen sind, sondern verwenden eben immer neue, verwandte Argumentationsstränge. In die Karten spielt ihnen dabei, dass sich die vielen von den Gentechnikkonzernen versprochenen Vorteile der Technologie wie etwa die erfolgreiche Bekämpfung des Welthungers oder die Implementierung von positiven Produkteigenschaften wie gesundheitsfördernder Inhaltsstoffe heute (noch) nicht bestätigt haben.

---

Gerade was die weiter oben erwähnten Nachteile bei der Strategiebildung vieler kritischer Akteure, aber auch was die ebenfalls auf mangelnden Ressourcen beruhenden Fixierung auf in der Regel eine politische Betätigungsebene der Gentechnikkritiker angeht, könnte eine mögliche Lösung zur Überwindung dieser Hemmnisse in der Kooperation mit anderen kritischen Akteuren bestehen. Zusammenarbeit könnte kompensieren, dass die einzelnen Akteure selber nicht auf allen politischen Ebenen aktiv sein können, ihnen nicht unbegrenzt Ressourcen zur Verfügung stehen und es ihnen in der Regel nicht möglich ist, sämtliche zur Verfügung stehenden Protestinstrumente zu bedienen oder zu nutzen. Im folgenden Kapitel soll deshalb näher auf mögliche Interaktionen innerhalb der Bewegung eingegangen werden.



## 6. Interaktionsanalyse

Nach Beschreibung und Analyse der Struktur des Politikfelds sowie der für das Politikfeld relevanten kritischen Akteure soll in diesem Kapitel nun eine zweite Fokussierung der Politikfeldanalyse erfolgen. Mit Hilfe einer Interaktionsanalyse soll die Frage beantwortet werden, ob es zwischen den Akteuren auf dem Gebiet der Interessenvertretung zu Interaktionen innerhalb des Politikfelds kommt und welche Qualitäten diese haben. Hierzu werden die Interaktionsströme innerhalb des Politikfelds analysiert. Als Grundlage für die Beantwortung dienen wiederum zum einen die geführten qualitativen Interviews. Aber auch aus der durchgeführten Dokumentenanalyse können hierzu diverse Aussagen getroffen werden.

Fest steht auf jeden Fall, und dies kann als Ergebnis bereits vorweggenommen werden, dass sich das Politikfeld der Grünen Gentechnik – zumindest was die Situation der vergangenen Jahre in Deutschland angeht – sehr gut für Interaktionen unter den kritischen Akteuren eignet. Bei der Gentechnikthematik waren und sind die Gegner viel schneller zur Bildung von Koalitionen bereit als in vergleichbaren Themen- und Politikfeldern wie etwa der Klimapolitik, in denen sich die hier relevanten Akteure ebenfalls engagieren. Obwohl sich auch bei der kritischen Gentechnikdiskussion die unterschiedlichsten Akteure auf dem Politikfeld engagieren, jeder seine eigenen Schwerpunkte hat und die Positionen nie hundertprozentig übereinstimmen, gäbe es laut einem interviewten Verbraucherschützer erstaunlicherweise keine Reibungspunkte, die zu ernsthaften Konflikten geführt haben. Und auch die finanzielle Abwicklung von gemeinsamen Aktionen habe nie zu Unstimmigkeiten geführt (vgl. Interviewpassage 283).

Auf die Frage nach den Gründen hierfür konnten die kritischen Akteure selbst allerdings nur mit Vermutungen antworten, die jedoch alle in die mehr oder weniger gleiche Richtung zielen. So beschrieb der Vertreter des größten deutschen ökologischen Anbauverbandes die Zusammenarbeit in anderen Themenfeldern als anstrengender und insgesamt auch weniger effektiv, da die kritischen Akteure bei der Gentechnikdiskussion viel mehr als in anderen The-

menbereichen auf einer Linie liegen. Als Grund hierfür vermutete der Aktivist eine gewisse Institutionalisierung des kritischen Protestes (siehe dazu auch Kapitel 6.1.3), der allerdings trotzdem als sehr locker einzuschätzen ist, sieht aber auch die Größe und Wichtigkeit des Themas als Grund an, warum nicht alle kritischen Akteure miteinander konkurrieren (vgl. Interviewpassage 284).

Eine Vertreterin eines deutschen Naturschutzverbandes schätzt bei den Interaktionen im Gentechnikbereich vor allem, dass man sich immer auf die anderen Akteure verlassen kann, obwohl die Akteure bei anderen Themen und Gelegenheiten ja oft auch in Konkurrenz zueinander stehen. Die schier übergroße Macht der Gentechnikkonzerne sowie das Wissen über die gemeinsam erreichten Erfolge im Hinterkopf würde die Gentechnikkritiker aber auch stark zusammenschweißen und zu einem Vertrauensverhältnis untereinander führen. In anderen Politikfeldern sei dies definitiv anders (vgl. Interviewpassage 285).

## 6.1. Interaktionsformen

Was aber genau läuft zwischen den gentechnikkritischen Akteuren ab, wenn es zu einer – wie auch immer gelagerten – Zusammenarbeit kommt. Wie oft kommt es zu Interaktionen, über welche Kanäle läuft die gemeinsame Kommunikation, wie stimmt man sich gegenseitig inhaltlich ab oder schmiedet gemeinsame Pläne? Dies soll ebenso wie die Frage nach der Dauerhaftigkeit und der Qualität von Kooperationen im Folgenden beantwortet werden.

### 6.1.1. Interaktionen und Interaktionsmuster

Grundlage einer wie auch immer gelagerten Zusammenarbeit von Akteuren ist neben einem ähnlichen Interesse auch das Vorhandensein von gegenseitigem Vertrauen. Dadurch, dass die Gentechnikfrage kein junges Konfliktfeld darstellt, sondern die Technologie bereits seit Jahren und Jahrzehnten heftig kritisiert wird, aber auch dadurch, dass viele der kritischen gesellschaftlichen Akteure auch in anderen Politikfeldern gemeinsam aktiv sind, stehen die einzelnen Akteure in der Regel nicht nur durch die kritische Gentechnikarbeit in engen Beziehungen. Wichtig ist zwischen den Einzelakteuren aber ebenso ein vorhandenes Maß an gegenseitiger Sympathie, denn wenn diejenigen Perso-

nen, welche die Akteure in der Gentechnikfrage nach außen vertreten, nicht gut miteinander auskommen, dann behindert dies auch die Bereitschaft zur und die Intensität von möglichen Kooperationen (vgl. Interviewpassagen 286, 287). Insgesamt kann man für beide Untersuchungsländer – vor allem aber für Deutschland – bei den Vertretern der gentechnikkritischen Akteure von einer sehr engen und starken Community sprechen, die durch regelmäßige intensive Austauschprozesse einen hohen Grad an Interaktion und Kooperation möglich gemacht hat.

### *Interaktionskanäle*

Die Interaktionen, die in diesem Politikfeld zwischen den kritischen Akteuren stattfinden, verlaufen – vor allem wegen der schnellen und einfachen Austauschmöglichkeit und auch durch die weite Verstreung der Akteure über die beiden Untersuchungsländer – größtenteils über E-Mail und Telefon. Aber auch physische Treffen spielen – besonders in Deutschland und nicht so sehr in den Niederlanden – eine sehr wichtige Rolle als Kommunikations- und Austauschkanal der Bewegung (vgl. Interviewpassagen 288, 289). Solche direkten Aufeinandertreffen von Akteuren haben ähnlich wie telefonische Kontakte zwar eine viel höhere Intensität und sind zumeist auch viel informeller, setzen unter den Akteuren aber auch ein viel höheres Maß an Vertrauen als etwa die viel anonymere Kommunikation über E-Mails voraus (vgl. Interviewpassage 290).

Da physische Treffen die zeitlichen und finanziellen Ressourcen stärker belasten, greift man unter den kritischen Akteuren – vor allem bei internationaler Kommunikation – immer mehr auf das Hilfsmittel von Telefon- oder sogar Skypekonferenzen zurück, um einen direkten Austausch vieler Akteure zu ermöglichen (vgl. Interviewpassagen 291, 292). Doch auch wenn es keine geplanten physischen Austausche zwischen den kritischen Akteure gäbe, ist die Wahrscheinlichkeit groß, dass sich die Mitglieder der kleinen gentechnikkritischen Community auf den vielen von der Bewegung organisierten Veranstaltungen über den Weg laufen und man ins Gespräch kommt (vgl. Interviewpassage 293).

Bei ausgesuchten Akteuren und/oder in speziellen Bündnissen wird aber auch auf den regelmäßigen Austausch von Angesicht zu Angesicht sehr viel

Wert gelegt. Ein gutes Beispiel dafür ist der Runde Tisch, an dem sich in Deutschland seit Jahren in kurzen Abständen viele bedeutende Akteure der Bewegung treffen, einen sehr engen Austausch pflegen und die Arbeit der kritischen Akteure koordinieren (mehr dazu in Kapitel 6.1.3). Bei den beteiligten Einzelakteuren findet Kommunikation zwar auch sehr oft über E-Mails oder Telefon statt. Bei den Teilnehmern am Runden Tisch ist der direkte physische Austausch allerdings viel stärker ausgeprägt (vgl. Interviewpassage 294). Die Interaktionen mit Branchen- oder Dachverbänden auf europäischer Ebene hingegen finden mehrheitlich dann wieder über das anonymere Medium E-Mail statt und haben – teils auch aufgrund von sprachlichen Hindernissen – oft nicht mehr als eine Mailverteiler-Funktion, bei der man sich interessante Links oder Veranstaltungsankündigungen zuschickt. Aber auch auf dieser Ebene kommt es durchaus immer wieder zu physischen Zusammentreffen der einzelnen nationalen Gentechnikkritiker (vgl. Interviewpassagen 295, 296, 297).

Sowohl national als auch international gibt es im Internet zahlreiche dieser Mailverteiler und Listen, über die man die jüngsten Informationen zum Politikfeld abonnieren kann. Vor allem für kleinere regionale Akteure sind diese Verteiler oftmals die Hauptinformationsquelle zu den Entwicklungen im Gentechnikbereich. Durch die Masse an ständigen Meldungen ist es aber besonders für diese Akteure schwierig, hier den Überblick zu behalten (vgl. Interviewpassagen 298, 299). Die E-Mail als Interaktionskanal wird aber nicht nur zur Informationsverbreitung genutzt. Auch der inhaltliche Austausch findet über diesen Weg statt. So berichtete die Aktivistin eines niederländischen Branchenverbandes für biologische Landwirtschaft, dass sie diesen Kanal sehr stark für die Abstimmung mit der eigenen Anhängerschaft – unterschiedlichen Menschen aus dem Sektor – verwendet, denen sie über diesen Weg Ideen vorlegt und darüber diskutiert (vgl. Interviewpassage 300). Aber auch Akteure, die sich – wie etwa der *Verbraucherzentrale Bundesverband* – nach außen hin schon seit Jahren gar nicht mehr zum Gentechnikthema positionieren, sind teilweise immer noch mit der Bewegung verknüpft und suchen ab und an auch den Kontakt per E-Mail, wenn es ein aktuelles Interesse gibt (vgl. Interviewpassage 301). Ähnlich sieht es auch beim niederländischen Ableger von *Friends of the Earth*, der *Stichting Milieudefensie* aus: Dort hat man selbst keine Kampagne mehr zum

Thema Gentechnik, hat aber seine kritische Haltung noch nicht verloren und beteiligt sich indirekt an Lobbyingmaßnahmen anderer, indem man etwa seine Unterschrift mit auf Briefe an Regierungsvertreter setzen lässt (vgl. Interviewpassage 302).

#### *Kontakthäufigkeit und -intensität*

Was die Quantität der Interaktionen zwischen den Bewegungsakteuren angeht, hängt dieses teils sehr stark von den einzelnen Akteuren, deren Ressourcen und Strategien ab. Will man aber eine generalisierende Aussage für die untersuchten Gentechnikkritiker treffen, dann fällt schon auf, dass Interaktionen mit europäischen Dachverbänden durchschnittlich viel seltener stattfinden als solche mit Partnern im eigenen Land. Gibt es mit Akteuren auf der transnationalen Ebene vielleicht nur einmal pro Monat oder einmal im halben Jahr eine Telefonkonferenz (vgl. Interviewpassage 303), ist im nationalen Rahmen – und da besonders in Deutschland – eher ein regelmäßiger wöchentlicher Rhythmus beim Austausch zur Gentechnikthematik normal, der mit dem alle sechs Wochen stattfindenden Runden Tisch auch eine sehr hohe Intensität erreicht (vgl. Interviewpassagen 304, 305; mehr dazu in Kapitel 6.1.3). Zwischen einigen Akteuren, die am Runden Tisch beteiligt sind, ist die bilaterale Intensität an Interaktionen aber auch nochmals größer als mit anderen, weshalb es zwischen ihnen noch häufiger als bei anderen zu einem Austausch über Telefon und E-Mail kommt. Aber auch auf anderen themenbezogenen Veranstaltungen treffen sich die kritischen Akteure immer wieder (vgl. Interviewpassage 306).

Bei der Bestimmung der Intensität von Interaktionen muss man aber auch die in Kapitel 5.3.2 bereits beschriebenen Aussagen über unterschiedliche Konjunkturen des Gentechnikthemas mit beachten. So finden einige Kontakte zwischen den Akteuren ausschließlich anlassbezogen und damit nicht regelmäßig statt (vgl. Interviewpassagen 307, 308). Einzelne Ereignisse wie aufgedeckte Skandale oder politische Entscheidungen zu Gunsten der Saatgutkonzerne wie Patentanmeldungen oder Zulassungen transgener Pflanzen können derartige Anlässe sein, zu denen man sich dann so schnell wie mögliche organisiert und einen gegenseitigen Austausch initiiert (vgl. Interviewpassagen 309, 310).

Andererseits – und das betonte einer der Interviewpartner ausdrücklich – ist die Quantität von Interaktionen zwischen den Bewegungsakteuren nicht immer ein geeignetes Kriterium, um die Intensität der abgestimmten oder koordinierten gemeinsamen Aktionen zu bestimmen, denn die Notwendigkeit zur fachlichen Abstimmung wäre im Gentechnikbereich vergleichsweise gering und so könnte man auch durch wenige oder kurze Diskussionen zu einem gemeinsamen Ergebnis mit hoher Hebelwirkung kommen. Soll es bei einem Thema aber einmal mehr Unklarheiten geben, müsse man entsprechend öfter kommunizieren – ohne die Sicherheit, am Ende auch zu einem gemeinsamen Ergebnis zu kommen (vgl. Interviewpassage 311).

#### *Arten des Austauschs*

Wenn man den Austausch zwischen den kritischen Gentechnikakteuren beobachtet, dann fällt zunächst auf, dass diese Austauschprozesse sowohl einseitig als auch mehrseitig ablaufen können. Einseitige bzw. solche Austauschprozesse, die nur in eine Richtung verlaufen, finden sich hauptsächlich bei kleineren – oftmals regionalen – Gentechnikkritikern und begründen sich hauptsächlich durch deren begrenzte Ressourcen. Der Austausch ist dann oft nicht mehr als ein Weiterverteilen von Informationen wie etwa Pressemitteilungen oder Newslettern, da man selbst gar nicht über die entsprechende Expertise oder die entsprechenden persönlichen Kontakte verfügt. Zu einem vollwertigen Austausch mit einem Informationsfluss in beide Richtungen kommt es bei diesen kleineren Akteuren sodann auch nur mit wenigen anderen Akteuren (vgl. Interviewpassage 312). Aber auch für größere Akteure ist das einfache Weiterleiten von Informationen nichts Ungewöhnliches – wenn es auch nur eine von vielen Methoden darstellt, um sich mit anderen gleichgesinnten Akteuren (weiter) zu vernetzen und Petitionen, Aufrufe oder Informationen weiterzuleiten (vgl. Interviewpassagen 313, 314).

Die Austauschprozesse bei den größeren Akteuren gehen mehrheitlich aber sehr wohl in beide Richtungen, sodass es hier auf sehr verschiedene Arten und Weisen zu weit gehenden Interaktionen und einer engen Arbeitsteilung kommt. So gehört bei den Austauschformen der gegenseitige Informationsaus-

tausch über neueste Nachrichten und Informationen als genuine Netzwerkarbeit mit zu den wichtigsten Interaktionen der kritischen Akteure und bildet damit die Basis der Vernetzung der Bewegung. Denn durch diesen Austausch bilden sich immer wieder neue Kontakte, die nicht selten in weiteren Kooperationen wie etwa gemeinsamen Aufrufen münden. Da es innerhalb der Bewegung bei den Akteuren viele einzelne Experten mit ihrem jeweiligem Spezialwissen zu einzelnen Aspekten der Gentechnikthematik gibt, können die jeweils anderen Akteure über den gegenseitigen Informationsaustausch auf gemeinsamen Konferenzen, in Newslettern oder dem direkten Gespräch auch mit vom Wissen dieser Spezialistengruppe in Berührung kommen und von diesem profitieren (vgl. Interviewpassagen 315, 316, 317).

Während ein reiner Informationsaustausch von der Qualität her noch keine sehr weit reichende Interaktion bedeutet, gehen viele derartige Kooperationen zwischen zwei oder mehreren Akteuren noch viel tiefer und bestehen etwa aus einer gemeinsamen Entscheidungsfindung, einem gemeinsamen Handeln oder einer gemeinsamen Strategieplanung. Beispiel für derartige Kooperationen der gentechnikkritischen Akteure stellen etwa gemeinsame Presseerklärungen, gemeinsame Klagen gegen Zulassungen, eine gemeinsame Beauftragung von Gutachtern, gemeinsame (offene) Briefe mit untereinander abgestimmten Forderungen an Entscheidungsträger sowie Unternehmen oder gemeinsame Aktionen und Kampagnen der kritischen Akteure dar (siehe dazu Kapitel 6.1.2). Oftmals findet eine solche Kooperation in Form einer engen Arbeitsteilung dann bilateral statt (vgl. Interviewpassage 318). Beispiele von Bündnissen wie etwa dem erwähnten Runden Tisch in Deutschland, an dem die Vertreter mehrerer kritischer Akteure sich über die politische Entwicklung auf dem Politikfeld austauschen, Aufgaben verteilen und gemeinsame Strategien besprechen, zeigen aber auch, dass eine große Zahl an Partnern einer Zusammenarbeit nicht entgegensteht – im Gegenteil (vgl. Interviewpassage 319).

Wieder mehr einseitig, deshalb aber nicht weniger wichtig sind Unterstützungsleistungen unter den kritischen Akteuren. So kommt es zum einen in größeren Verbänden mit regionalen Untergliederungen oder Dachverbänden vor, dass hier verbandsintern im Rahmen der Gremienarbeit Hilfestellung oder Zusammenarbeit für Veranstaltungen oder die Pressearbeit geleistet wird (vgl. Interview-

passagen 320, 321, 322). Zum anderen werden Unterstützungsleistungen auch an andere Akteure aus der gemeinsamen Bewegung gegeben und ihnen so mit Expertise oder Kontakten weitergeholfen. Teilweise springt man dabei auch gerne füreinander ein, um sich bei Terminen zu vertreten. Diese Hilfeleistungen können dabei auch rein finanzieller Natur sein, wenn ein Akteur beispielsweise mit (kleinen) Geldbeträgen dabei unterstützt wird, dass er stellvertretend für die ganze Bewegung Widerspruchsklagen gegen Freisetzungen führt (vgl. Interviewpassagen 323, 324).

Als Beispiel für die Unterstützung eines anderen Akteurs kann die nur wenige aktive Personen umfassende Bürgerinitiative einer niederländischen Stadt angeführt werden, die von anderen Akteure bei ihrem Ziel, die erste gentechnikfreie Gemeinde in den Niederlanden zu werden, tatkräftig unterstützt wurde. Es wurden die Dienste von juristischen Beratern aus der Hauptstadt in die Provinz ausgeliehen, man entsendete Campaigner, die vor dem Stadtrat der Gemeinde Vorträge hielten oder man nutzte die eigenen Kontakte zu den landesweiten Medien und half der Bürgerinitiative bei der Pressearbeit, sodass zusätzliche überregionale mediale Publizität erzeugt werden konnte (vgl. Interviewpassagen 325, 326).

Unterstützungsleistungen werden aber nicht nur angeboten und gestellt, sie werden immer wieder auch explizit innerhalb der Bewegung angefragt. So berichtete eine Aktivistin davon, dass der europäische Dachverband ihres Akteurs regelmäßig die Zusammenarbeit mit den nationalen Mitgliedsorganisationen sucht, indem sie dort bei Aktivisten anfragt, ob sie Teil einer supranationalen Kampagne sein und bei der nationalen Pressearbeit helfen wollen (vgl. Interviewpassage 327). Eine andere Form von Unterstützungen ist die Suche nach Kooperationspartnern für eine Aktion oder Kampagne. Dabei bitten Akteure sich gegenseitig darum, sich mit den Aktionen des anderen zu solidarisieren, um dadurch die Zahl der Unterstützer zu erhöhen und so einen größeren Druck nach Außen auszuüben. Und nicht selten ist eine solche Solidarisierung ein erster Schritt hin zu einer tiefer gehenden oder langfristigeren Kooperation zweier oder mehrerer Akteure (vgl. Interviewpassagen 328, 329).

### 6.1.2. Allianzen und Bündnisse

Dadurch, dass die Auseinandersetzung gegen die Gentechnologie keine gänzlich neue Kontroverse darstellt, sondern sich Gegner und Befürworter bereits seit vielen Jahren gegenüberstehen, haben beide Seiten die vergangenen Jahre und Jahrzehnte unter anderem dafür genutzt, sich untereinander zu vernetzen und ihre jeweiligen Ressourcen miteinander zu vereinen (vgl. Interviewpassage 330). Auf der Seite der Gentechnikgegner begründete sich die Notwendigkeit zur Zusammenarbeit – zu gegenseitigem Austausch, zu Kooperationen und Absprachen untereinander – im Gegensatz zu den Gentechnikbefürwortern dabei in erster Linie aufgrund der begrenzten Ressourcen der Einzelakteure. Um den Gentechnikkonzernen etwas entgegenzusetzen zu können, war man also geradezu gezwungen, sich zusammenzuschließen (vgl. Interviewpassage 331).

Durch die Kooperationen sind auf der Seite der Kritiker verschiedenste temporäre und längerfristige oder wiederkehrende Allianzen entstanden, die von den beteiligten Akteuren her betrachtet thematisch mal sehr eng und manchmal auch sehr breit aufgestellt sind. So sitzen bei einem regelmäßig stattfindenden Koordinierungstreffen verschiedenster deutscher Gentechnikgegner etwa Vertreter von Biobauernverbänden und Naturschützern genauso mit am Tisch wie Verbraucherschützer, Entwicklungshilfeorganisationen oder kritische Wissenschaftler von zum Beispiel Ärzteorganisationen. Ein regionales Bündnis in Norddeutschland wo von Ärzten über Bauernorganisationen und kritischen Rechtsanwälten bis zur Hausfrau eine sehr heterogene Mischung gemeinsam am Tisch sitzt, ist noch breiter aufgestellt (vgl. Interviewpassage 332). Und auch wenn die jeweils miteinander kooperierenden gentechnikkritischen Akteure nicht in allen Teilen ihrer Argumentation deckungsgleich sind, sucht man doch nach dem kleinsten gemeinsamen Nenner, um damit geschlossen an die Öffentlichkeit zu treten. Dies wird in einer Aussage eines befragten niederländischen Umweltaktivisten deutlich, der die Zusammenarbeit mit einer niederländischen Branchenorganisation für biologische Landwirtschaft beschreibt: So arbeite man zwar zusammen und betone gemeinsam die Bedeutung der biologischen Landwirtschaft als Alternative zur Gentechnologie und beziehe Position gegen die Grüne Gentechnik. Die inhaltliche Motivation des Bündnispartners sei aber

eine andere, da dieser die Gentechnik viel prinzipieller ausschlieÙe und man selbst eher nach den Folgen der Technik schaue. Trotzdem würden sich beide aber finden, da beide für Alternativen zur Agro-Gentechnologie eintreten und diese betonen wollen (vgl. Interviewpassage 333).

Neben breiten Bündnissen können Zusammenschlüsse aber auch im Kleinen entstehen. So existieren sehr viele Bündnisse, in denen lediglich zwei Partner zusammengeschlossen sind. Hier beschäftigt man sich dann in der Regel mit Spezialaspekten der Gentechnikthematik oder einer an die Gentechnik angegliederten Thematik. In der Regel sind es thematisch verwandte Akteure, die sich einen Spezialaspekt herauspicken und gemeinsam bearbeiten (vgl. Interviewpassagen 334, 335). Solch bilaterale Bündnisse existieren zum Beispiel zu speziellen Themen wie Bioökonomie oder Forschung (*BÖLW* und *NABU*), aber auch zu besonderen Aktionen oder Kampagnen wie „Pieperpad“ (*Bionext* und *Greenpeace Nederland*), einer Kampagne gegen Landwirtschaftsministerin ILSE AIGNER (*AbL* und *Campact*) oder gemeinsamen Unterschriftenaktionen (z.B. *Campact* und *Save Our Seeds*). Auch werden derartige Kleinstbündnisse geschlossen, um gemeinsam etwas zu erarbeiten. So organisiert man etwa gemeinsam Schulungen für Multiplikatoren zum Thema Gentechnikfreie Regionen (*AbL* und *BUND*), führt jährlich das Controlling der Saatgut-Untersuchung der Bundesländer durch (*Bioland* und *Greenpeace Deutschland*), prozessiert gemeinsam in juristischen Widerspruchsverfahren (*AbL* und *Bioland* bzw. *Bionext* und *Greenpeace Nederland*), erarbeitet oder beauftragt gemeinsam die Durchführung von Studien zu den gesundheitlichen Folgen des Glyphosat-Einsatzes (*GM Freeze* und *Greenpeace*) oder initiiert gemeinsam das Wissens- und Beratungszentrum *Stichting Consument & Biotechnologie* (*Consumentenbond* und *Konsumenten Kontakt*).

Diese bilateralen Bündnisse kommen – mit wenigen Ausnahmen wie etwa beim hier letztgenannten Beispiel – zumeist ohne eine besondere Namensbezeichnung aus. Beim Zusammenschluss von mehr als zwei Partnern findet die Kooperation dann aber oft unter einem speziellen Label statt. So hat sich unter dem Namen *No patents on seeds!* etwa ein supranationales Bündnis zusammengeschlossen, das von zwölf Akteuren aus unter anderem Deutschland und den

Niederlanden<sup>210</sup> initiiert wurde und heute von rund 300 NGOs und Bauernverbänden unterstützt wird. Über eine ähnlich große Zahl an Unterstützern verfügt auch das deutsche Bündnis *Wir haben es satt!*, das jährlich die Großdemonstration anlässlich der *Grünen Woche* in Berlin organisiert. Es wird von einem breiten Trägerkreis<sup>211</sup> getragen. Bei der Demonstration, die im Frühjahr 2015 unter dem Motto „Stoppt Tierfabriken, Gentechnik und TTIP! Für eine Agrarwende!“ stand, unterstützte sie zudem ein breites Bündnis aus rund 100 Bauern-, Umwelt-, Tierschutz- und Entwicklungsverbänden (vgl. ebd. 2015b).

Über eine ähnlich große Zahl von Unterstützer verfügte auch eine gemeinsam initiierte Petition des Hauptpetenten *BÖLW* 2011 an den Deutschen Bundestag, die von 140<sup>212</sup> Organisationen unterstützt wurde (vgl. *BÖLW* 2011). Mit 80<sup>213</sup> Unterstützern ebenfalls von vielen – wenn teilweise auch nicht so ganz namhaften – Schultern getragen wird beispielsweise die *Aktion GEN-Klage*, die neben Klagen gegen den Europäischen Gerichtshof auch beratend tätig ist und viele Veranstaltungen organisiert.<sup>214</sup> Und auch an den Online-Kampagnen von *Campact* gegen Gentechnik beteiligen sich immer auch zahlreiche andere Akteure als Kooperationspartner. Bei einer Kampagne im Jahr 2015 gegen ein deutschlandweites Gentechnik-Verbot waren es zwölf<sup>215</sup> namhafte Partner.<sup>216</sup> Und auch in den

<sup>210</sup> Unter anderem dabei: *Bionext*, *Greenpeace Deutschland*, *Kein Patent auf Leben* und *Misereor* (vgl. no patents on seeds 2015).

<sup>211</sup> Unter anderem dabei: *AbL*, *attac*, *Bioland*, *BUND*, *Brot für die Welt*, *Campact*, *Demeter*, *Deutscher Berufs- und Erwerbsimkerbund*, *Deutscher Naturschutzring*, *Gen-ethisches Netzwerk*, *Mellifera*, *Misereor*, *NABU*, *Naturland*, *Oxfam Deutschland*, *Save Our Seeds*, *Slow Food Deutschland*, *Umweltinstitut München* und der *Zukunftsstiftung Landwirtschaft* (vgl. Netzwerk. Die TrägerInnen der Demo “Wir haben es satt!”, Online: <http://www.wir-haben-es-satt.de/start/netzwerk/traegerinnen/>, Aufruf: 14. Juni 2015).

<sup>212</sup> Unter anderem dabei: *Alnatura-Stiftung*, *AgrarBündnis*, *Bioland*, *BUND*, *BBU*, *Demeter*, *EED*, *Misereor*, *DNR*, *GeN*, *Mellifera*, *NABU*, *Save our Seeds*, *Umweltinstitut München*, *WWF*, *Zukunftsstiftung Landwirtschaft*.

<sup>213</sup> Unter anderem dabei: *AbL*, *BUND*, *Gen-ethisches Netzwerk*, *Mellifera*, *Naturland*.

<sup>214</sup> Vgl. Wer wir sind. Unterstützerliste der Aktion GEN-Klage, Online: [http://www.stopptgennahrungsmittel.de/?page\\_id=99](http://www.stopptgennahrungsmittel.de/?page_id=99), Abruf: 13. Juni 2015.

<sup>215</sup> *AbL*, *Bioland*, *BÖLW*, *Bündnis für Gentechnikfreie Landwirtschaft Niedersachsen*, *Bremen*, *Hamburg*, *BUND*, *Bundesverband Naturkost Naturwaren*, *Demeter*, *Gen-ethisches Netzwerk*, *IGN*, *Naturland*, *Save our Seeds* sowie als Medienpartner *Schrot & Korn*.

<sup>216</sup> Vgl. Gentechnik-Verbot bundesweit, Online: <https://www.campact.de/gentechnik-verbot/bundesweit/teilnehmen/>, Abruf: 13. Juni 2015.

Niederlanden kommt es – wenn auch viel seltener als in Deutschland – zu Zusammenarbeit mehrere Gentechnikkritiker. So schlossen sich hier fünf<sup>217</sup> Akteure zusammen, um im Jahr 2008 gegen die Genehmigung von Feldversuchen des Konzerns BASF und der *Universität Wageningen* durch das niederländische Umweltministerium zu klagen (vgl. Sprangers 2010a).

### 6.1.3. Institutionalisierungstendenzen

#### *Situation in Deutschland*

Für Deutschland kann man von einer sehr starken Vernetzung der kritischen Hauptakteure im Gentechnikkonflikt sprechen. Dies merkt man vor allem daran, dass es hierzulande zu regelmäßigen realen Treffen von Vertretern der großen Verbände kommt. Diese Zusammenkünfte finden dabei nicht zufällig statt, indem man sich immer wieder auf Veranstaltungen der Bewegung über den Weg läuft, sondern hier kommt es zu eigens von der Bewegung initiierten Strategie- und Vernetzungstreffen mit gleichzeitiger Fachtagung. Diese finden zum einen alle zwei Jahre statt und werden von einem deutschen Naturschutzverband organisiert, der die Akteure der Bewegung zu einer größeren dreitägigen Tagung in die Naturschutzakademie des *Bundesamtes für Naturschutz* einlädt. Dort werden jeweils spezielle Aspekte der Gentechnikthematik behandelt und der Austausch untereinander gefördert (vgl. Interviewpassage 336). Sofern die Gentechnikthematik jedoch auf der öffentlichen oder politischen Agenda sehr weit oben steht, da etwa ein neues Gentechnikgesetz verabschiedet wird oder die Zulassung einer transgenen Pflanze ansteht, finden derartige Konferenzen auch in kürzeren Abständen statt. Der Vertreter eines ökologischen Anbauverbandes sprach hier von unregelmäßig stattfindenden „Jahreskonferenzen“, die man für die Bewegung organisiert (vgl. Interviewpassage 337).

Viel bedeutender – und im Vergleich zu anderen Politik- und Konfliktfeldern sehr besonders – ist jedoch eine Zusammenkunft von einflussreichen Vertretern der gentechnikkritischen Akteure, die seit vielen Jahren regelmäßig

---

<sup>217</sup> Unter den klagenden Parteien befanden sich *Greenpeace, Ekopark, Friese boeren, Biowad* und *Ferienting Biologyske Boeren Fryslân*.

alle sechs Wochen stattfindet. Ihren Ursprung hat diese, intern als „Runder Tisch“<sup>218</sup> bezeichnete Zusammenkunft in der Zeit der rot-grünen Koalition auf Bundesebene unter Bundeskanzler GERHARD SCHRÖDER, als sich die Koalitionsparteien seinerzeit dazu entschlossen, das Gentechnikgesetz zu ändern. Die *AbL*, der *Deutsche Naturschutzring* und *Greenpeace* wollten auf dieses Vorhaben der Bundesregierung Einfluss nehmen und luden seinerzeit zur Gründungssitzung nach Köln ein. Seitdem kommt man – unabhängig von thematischen Konjunkturen – regelmäßig alle sechs Wochen in Berlin zusammen und trifft sich zu meist in den Räumlichkeiten des *BÖLW*, dem eine Art Koordinationsrolle zukommt, da von dort aus die Treffen strukturiert werden. Selbst spricht der Verband über die Zusammenkünfte von einem „Think Tank“, der sich intensiv mit Fragen von Gentechnik und Politik auseinandersetzt (vgl. Interviewpassagen 338, 339, 340, 341).

Anwesend sind bei den Treffen Vertreter verschiedenster Verbände unter anderem aus dem Natur- und Umweltschutzbereich, von biologischen Anbauverbänden, von Bauernverbänden, Verbraucherschutzakteuren und speziellen gentechnikkritischen Organisationen. An den Zusammenkünften des Runden Tisches nicht beteiligt sind Akteure aus dem Entwicklungshilfebereich. Dafür sind diese aber durchaus in anderen Bündnissen stärker aktiv. Andere Akteure wie etwa der *Verbraucherzentrale Bundesverband* saßen in der Gründungszeit des Gremiums oft mit am Tisch, haben sich mit der Verlagerung auf andere Schwerpunkte und aus politischen Gründen aber von diesen Treffen zurückgezogen (vgl. Interviewpassagen 342, 343).

Der Runde Tisch bildet nach Aussage der Beteiligten trotz der regelmäßigen Treffen und trotz eines festen Teilnehmerkreises ein sehr informelles Gremium. Die einzelnen Mitglieder müssen nicht zwangsläufig an jeder Sitzung des Gremiums teilnehmen, versuchen aber in der Regel schon, bei allen Sitzungen dabei zu sein (vgl. Interviewpassagen 344, 345, 346). Unter den Teilnehmern herrscht laut einer Interviewpartnerin ein sehr starker Zusammenhalt,

---

<sup>218</sup> Nicht zu verwechseln sind die Zusammenkünfte der gentechnikkritischen Bewegung mit dem 2009 von Bundesforschungsministerin ANNETTE SCHAVAN initiierten „Runden Tisch Gentechnik“, zu dem seinerzeit Gegner und Befürworter eingeladen wurden.

der noch enger als der Kontakt zu anderen Akteuren der Bewegung ist, mit denen man zumeist nur über E-Mail und Telefon kommuniziert und mit denen direkte Treffen eher zufällig stattfinden (vgl. Interviewpassagen 347, 348).

Inhaltlich steht bei den Zusammenkünften des Runden Tisches eine gemeinsame Strategieentwicklung im Vordergrund. Dazu setzt man sich zunächst gemeinsam mit den politischen Entwicklungen auf dem Politikfeld der Agro-Genetik auseinander, gleicht die jeweiligen Positionen miteinander ab und sucht nach Übereinstimmungen (vgl. Interviewpassage 349). Zum Teil lässt man sich dann auch von der abweichenden Argumentation der Mitstreiter überzeugen, wenn diese etwa neue Aspekte und Hintergründe in die Diskussion einbringen – und das sei laut einem Teilnehmer des Runden Tisches auch die Stärke dieser regelmäßigen Zusammenkünfte (vgl. Interviewpassage 350).

Als Ergebnis der gemeinsamen Sitzungen am Runden Tisch werden oft strategische Überlegungen für die gemeinsame Interessenvertretung entwickelt: wie man als gentechnikkritische Bewegung in naher Zukunft agieren und reagieren will, wo man die Schwerpunkte der Arbeit setzt und was die gemeinsame Stoßrichtung ist. Diese Schwerpunkte liegen klar im Lobbying, welches auf die Beeinflussung von Rahmenbedingungen abzielen soll und dazu handelt man entsprechend zusammen und plant und finanziert auch gemeinsam (vgl. Interviewpassage 351). Eine der gemeinsam geplanten und finanzierten Projekte ist die Internetseite [www.keine-gentechnik.de](http://www.keine-gentechnik.de), die von den Teilnehmern des Runden Tisches als gemeinsame Informationsplattform gegründet wurde (vgl. Interviewpassage 352). Positives Nebenprodukt der regelmäßigen Treffen ist die enge Vernetzung untereinander, wodurch ein Netzwerk entstanden ist, dass weit über den Kreis der Beteiligten und auch über die Grenzen Deutschlands hinaus reicht und es auch ressourcenärmeren Akteuren ohne eigene Zugänge zur europäischen Ebene erlaubt, die dortigen Entwicklungen zu verfolgen und dort leicht Kontakt zu Ansprechpartner außerhalb der eigenen Reihen knüpfen zu können (vgl. Interviewpassage 353).

Insgesamt ist der Zusammenschluss der kritischen Akteure am Runden Tisch also eine eher lockere Verbindung von Akteuren und darin wird auch das Geheimnis gesehen, warum man im Vergleich zu Bündnissen auf anderen Politikfeldern viel mehr Durchschlagskraft entwickeln konnte. Etliche der Akteu-

re vom gentechnikkritischen Runden Tisch sind zum Beispiel auch in der Klimaallianz aktiv, wo sich 120 Verbände und Organisationen im Kampf gegen die Klimaerwärmung zu einem eigenen, stark institutionalisierten Akteur, zusammengeschlossen haben.<sup>219</sup> Da am Runden Tisch aber nicht nur Umweltakteure teilnehmen, man deshalb also viel breiter aufgestellt ist und gleichzeitig mit viel weniger Akteuren zusammensitzt, konnte man nach Ansicht eines Teilnehmers in der Vergangenheit auch viel mehr erreichen als andere Bündnisse in anderen Politikfeldern. Hinzu kommt nach Ansicht dieses Interviewpartners aber auch das Ausbleiben von Konkurrenzen untereinander am Runden Tisch. Dies sei nicht selbstverständlich und bei anderen Gremien sei es viel eher der Fall, dass Verbände den eigenen Kooperationspartnern den Erfolg nicht gönnen und ihn lieber für sich verbuchen wollen (vgl. Interviewpassage 354).

#### *Situation in den Niederlanden*

In den Niederlanden zeichnet sich ein anderes Bild ab. Hier existiert zwar eine kleine Gruppe, die hauptsächlich Informationen über E-Mail austauscht, gemeinsam strategisch sondiert, ab und an gemeinsam etwas koordiniert und sich zwei oder dreimal pro Jahr auch außerhalb der virtuellen Welt trifft (vgl. Interviewpassagen 355, 356). Diesem Netzwerk, von Organisationen und Campaignern in den Niederlanden, die sich speziell mit der Gentechnologie beschäftigen, gehören neben aktiven wie *ASEED Europe* und *Greenpeace Nederland* aber auch viele „schlafende“ (Interviewpassage 357) Mitglieder wie die Organisationen *Natuur en Milieu*, *Milieudefensie*, *Goede Waar en Co*, *Both Ends* und *Bionext* an, die sich eher passiv verhalten und sich nur selten aktiv an der Diskussion beteiligen. Eine Vertreterin der genannten Akteure bestätigte im September 2014 so auch, dass sie zwar noch Mitglied des Mailverteilers ist, aber schon lange nicht mehr bei den Treffen anwesend war (vgl. Interviewpassage 358; Raaimakers 2014).

Von einer eigenen Allianz in ihrem Land mögen die niederländischen Akteure so – im Gegensatz zu ihren deutschen Kolleginnen und Kollegen – auch

---

<sup>219</sup> Mehr über die Mitglieder der Klimaallianz online: <http://www.die-klima-allianz.de/wer-wir-sind/mitglieder/>, Abruf: 18. Juni 2015.

gar nicht sprechen. Eine Befragte nannte so zwar grenzüberschreitende Allianzen wie *No patents on seeds!* oder *GMO-free Europe* oder die *Vereinigung der gentechnikfreien Regionen in Europa*, mit denen sie auch direkt oder indirekt eng verbunden ist, im eigenen Land existiere aber keine vergleichbare Allianz. Wohl gibt es ab und zu einmal *ad hoc*-Koalitionen zu bestimmten Aspekten der Gentechnikthematik wie etwa der Patentierungsthematik, wo man sich mit anderen abstimmt und gemeinsame Strategien entwickelt (vgl. Interviewpassage 359). Ihnen fehlt es dann aber an einer festen und auf Dauer ausgelegten Struktur, um mit dem Runden Tisch in Deutschland vergleichbar zu sein. Dies liegt zum Teil wohl auch wieder an der fehlenden Breite des Feldes der aktiven Gentechnikkritiker in den Niederlanden. Eine Rolle hat dabei ebenfalls gespielt, dass sich einige Akteure bewusst von diesem Politikfeld zurückgezogen haben, um anderen dafür allein das Feld zu überlassen und selbst den Schwerpunkt auf andere Themenfelder zu legen (vgl. Interviewpassage 360; siehe dazu auch Kapitel 5.6).

Laut einer der am E-Mail-Verteiler beteiligten Akteure sind regelmäßige Abstimmungstreffen der gesamten Bewegung, wie sie vom Runden Tisch in Deutschland organisiert werden, subjektiv aber auch gar nicht so wichtig und entscheidend. Ihm ist vielmehr der bilaterale Austausch mit einzelnen Akteuren wichtiger. So sei es zwar gut und interessant zu wissen, was die anderen kritischen Akteure gerade machen, trotzdem bewege sich jeder aber doch auf seinem ganz eigenen Pfaden (vgl. Interviewpassage 361).

#### 6.1.4. Grenzüberschreitende Interaktionen

Interaktionen bestehen aber nicht allein innerhalb von Landesgrenzen. Wie etwa das Beispiel der NGO *No patents on seeds!*, die bereits in Kapitel 6.1.2 kurz erwähnt wurde, gezeigt hat, kommt es auch über Landesgrenzen hinweg zur Zusammenarbeit gentechnikkritischer Akteure. Für die Akteure aus den beiden Untersuchungsländern liegt der Schwerpunkt der grenzüberschreitenden Kooperationen – bedingt durch die supranationalen Zuständigkeiten auf dem Politikfeld – hierbei auf Partnerschaften innerhalb der Europäischen Union (vgl. Interviewpassage 362). Über die Mitgliedschaft in europäischen Dachverbänden oder anderen EU-weiten Netzwerken finden für die Akteure aus Deutsch-

land und den Niederlanden indirekt Austausch und Zusammenarbeit mit anderen Gentechnikkritikern aus den unterschiedlichsten europäischen Ländern statt. Die Schwerpunktebene bei der täglichen Arbeit bleibt für die untersuchten Akteure allerdings klar und deutlich die nationale Ebene (vgl. Interviewpassagen 363, 364).

Sofern die gentechnikkritischen Akteure über Dachverbände auf der EU-Ebene verfügen – und das ist zumindest bei den ressourcenstarken und einflussreichen Akteuren der Fall –, dann wird der Hauptteil der Arbeit auf Unionsebene von speziellen Aktivisten und Campaignern dort erledigt. Beispiele für derartige Dachverbände sind die *IFOAM EU Group*, die internationale Föderation der Bewegung des Ökolandbaus<sup>220</sup>, oder auch *GENET*, ein europäisches Netzwerk von gentechnikkritischen Nichtregierungsorganisationen<sup>221</sup>. Große Verbände wie etwa *Greenpeace* oder der *BUND* aus Deutschland bzw. *Milieudefensie* aus den Niederlanden verfügen jeweils selbst über einen eigenen Ableger auf EU-Ebene. *Greenpeace Europe* bzw. *Friends of the Earth Europe* haben entsprechend ausgestattete Büros in Brüssel, von wo aus sie die politischen Entwicklungen im Europäischen Parlament und der Europäischen Kommission verfolgen und Einfluss ausüben.

Der Austausch mit den nationalen Untergliederungen der Dachverbände sieht zumeist so aus, dass man von der nationalen Seite Personal zu den regelmäßig – aber zumeist nicht sehr oft – stattfindenden physischen Treffen und Gremiensitzungen entsendet und es zudem einen unregelmäßigen – wiederum von Konjunkturen abhängigen – fernmündlichen Austausch über Telefon oder E-Mail gibt. Zu konkreter Zusammenarbeit kommt es immer dann, wenn die Dachverbände vor Ort in den einzelnen Ländern konkrete Hilfestellung in Form von Unterstützungsleistungen benötigen (vgl. Interviewpassagen 365, 366).

Etwas anders als bei den Dachverbänden sieht es bei den Kampagnennetzwerken auf europäischer Ebene aus. Denn im Kontakt mit Akteuren wie *No*

---

<sup>220</sup> Aus den Niederlanden stammen hier 23 Mitgliedsorganisationen (etwa *Bionext*) und aus Deutschland 56 (etwa der *BÖLW*, *Bioland* oder *Demeter*), die jedoch nicht allesamt aus dem gentechnikkritischen Bereich stammen.

<sup>221</sup> Aus den beiden Untersuchungsländern sind hier etwa die deutsche *AbL* sowie das niederländische *ASEED Europe* Mitglied.

*patents on seeds!*, der *Kampagne für Saatgut-Souveränität* oder der *Gentechnikfreien Bewegung Europas* scheinen die Akteure aus den Nationalstaaten hauptsächlich eine eher passive Rolle zu haben. Der Schwerpunkt scheint hier vor allem auf dem Austausch von Informationen zu liegen und weniger als bei den Dachverbänden auf einer konkreten Zusammenarbeit an gemeinsamen Themen und Projekten. Die Mitgliedschaft in den Netzwerken hat für die Akteure so den Vorteil, dass sie schnell wichtige Informationen weitergereicht bekommen oder mit Menschen in Kontakt kommen (vgl. Interviewpassagen 367, 368).

Bei den Personen, die sich über die Landesgrenzen hinweg gegen Gentechnik engagieren und in den Netzwerken zusammenarbeiten, handelt es sich ähnlich wie in den nationalen Kontexten um einen überschaubaren, eingeschworenen Kreis von Experten oder Spezialisten, deren Mitglieder sich immer wieder begegnen und teils zu Freunden werden (vgl. Interviewpassagen 369, 370). Die Treffen und Austauschprozesse innerhalb dieses Expertenkreises sorgen schließlich dafür, dass die Einzelakteure in den einzelnen Ländern auch dann über die Entwicklungen in anderen Regionen informiert sind, wenn sie selbst diese Entwicklungen bei ihrer täglichen Arbeit aufgrund von Zeitmangel gar nicht selbst im Blick haben (vgl. Interviewpassage 371).

Derartige Verständigungen über Ländergrenzen hinweg sind allerdings auch nicht immer ganz einfach. So können zum Beispiel auch Sprachprobleme ein Grund sein, weshalb der grenzüberschreitende Austausch nicht optimal verläuft bzw. die Potentiale nicht vollständig ausgeschöpft werden. Zwar spricht man im internationalen Kontext zumeist Englisch, hin und wieder kann es aber dann doch einmal zu Verständigungsproblemen kommen, welche die Zusammenarbeit behindern (vgl. Interviewpassage 372).

Aber auch aufgrund von teils anderer Positionierung und Schwerpunktsetzung kann der Weg über supra- und internationale Dachorganisationen in einer Sackgasse enden. So berichtet eine Aktivistin eines deutschen Naturschutzverbandes davon, dass innerhalb des europäischen Dachverbandes – einem Verband mit dem Schwerpunkt Vogelschutz – eine gemeinsame Position zur Agro-Gentechnik nicht möglich ist, da sich neben dem deutschen Verband lediglich der britische Partner überhaupt schwerpunktmäßig mit dem Thema beschäftigt. In anderen Ländern herrscht so – was die generelle Unterstützung

der Gentechnik angeht – nicht selten eine andere politische und gesellschaftliche Ausgangslage, mit der die Akteure vertraut sein und sich damit arrangieren müssen, wenn sie zusammenarbeiten wollen (vgl. Interviewpassagen 373, 374).

Neben den indirekten Verbindungen zu anderen europäischen Aktivisten über die Dachorganisationen knüpfen die gentechnikkritischen Akteure in Europa aber auch immer wieder direkte Kontakte zu aktiven Gruppen in anderen Ländern. Dann tauscht man sich direkt über die jeweilige Situation im Land aus und unterstützt sich. Das geschieht bei großen NGOs hauptsächlich zwischen Kollegen derselben Organisation, die in den einzelnen nationalen Büros sitzen. Aber auch zwischen unterschiedlichen Organisationen finden grenzüberschreitende Interaktionen statt (vgl. Interviewpassagen 375, 376).

#### *Direkte Verbindungen zwischen Deutschland und den Niederlanden*

Zu derartigen Kooperationen kommt es auch zwischen den beiden Untersuchungsländern Deutschland und den Niederlanden, wobei die Initiative doch mehr aus den Niederlanden und weniger von deutschen Akteuren auszugehen scheint. Dies wird damit zusammenhängen, dass die Niederlande doch nur ein vergleichsweise kleines Land sind und sich die Zahl der aktiven Akteure stark in Grenzen hält (siehe dazu Kapitel 5.8). Deutschland ist zudem ein wichtiges Nachbarland und zugleich auch Exportland für die Niederlande – besonders beim Thema Lebens- und Futtermittel (vgl. Interviewpassage 377). Aber auch die Tatsache, dass einer der von der niederländischen Seite oft genannten europäischen Akteure, nämlich die Koalition *No patents on seeds!*, ihren Sitz in München hat, ist Grund für viele der niederländisch-deutschen Kontakte. Daneben finden aber auch mit anderen deutschen Akteuren immer wieder vereinzelt Interaktionen statt, bei denen ein Austausch stattfindet (vgl. Interviewpassage 378). Hauptsächlich wollten die niederländischen Gentechnikgegner bei ihren Kontakten nach Deutschland von der hiesigen Bewegung lernen, sich inspirieren lassen und so von ihren Erfolgen profitieren. Aber auch zur eigenen Motivation, um den teilweise doch sehr ermüdenden Kampf gegen die Gentechnik nicht aufzugeben, diente den niederländischen Aktivisten der Blick nach Deutschland (vgl. Interviewpassagen 379, 380, 381).

## 6.2. Folgen von Kooperationen

Von den kritischen Gentechnikakteuren wird die kooperative Zusammenarbeit im gesellschaftlichen Bündnis mehrheitlich als vorteilhaft beschrieben; Nachteile werden kaum genannt. Ab und an kommt es durch Interaktionen mit anderen zwar zu Problemen, die meist jedoch kaum ins Gewicht fallen und den Kooperationswillen so auch nicht gefährden. Lediglich im Untersuchungsland Niederlande waren vermehrt kritischere Töne über die Zusammenarbeit mit gleichgesinnten zu hören. Hier scheint das Vertrauen ineinander längst nicht so stark zu ein, wie es in Deutschland ist, und auch der Institutionalisierungsgrad gemeinsamer Allianzen befindet sich auf einem weitaus niedrigeren Niveau.

### 6.2.1. Vorteile von Interaktionen

„Alleine schafft man es nicht!“, diese Aussage kam in den Gesprächen mit den kritischen Akteuren mehrmals vor. Da die Gentechnikkritiker bezogen auf personelle wie finanzielle Ressourcen und den damit verbundenen Einfluss bei den Entscheidungsträgern mit den Gentechnikkonzernen einen schier übermächtiger Gegner haben, der ihnen gegenüber steht, war die Bündelung der jeweiligen Fähigkeiten eine Methode, um ein wirksames Gegengewicht zur Lobby der Gentechnikbefürworter zu generieren. Für viele – vor allem kleinere – Akteure wären viele der durchgeführten Aktionen der vergangenen Jahre – etwa die Organisation von Veranstaltungen oder die Durchführung großer (Anzeigen-) Kampagnen – alleine finanzielle und personell auch gar nicht zu leisten gewesen (vgl. Interviewpassagen 382, 383, 384). So etwas wie Konkurrenz- oder Profilierungsdenken zwischen den kritischen Akteuren, die ja teilweise in den gleichen Kreisen um Anhänger und finanzielle Unterstützer werben, scheint es in Deutschland dabei nicht (mehr) zu geben; das gemeinsame Ziel scheint im Vordergrund zu stehen. Und durch das Ziehen der Gentechnikkritiker an einem gemeinsamen Strang verbessert sich auch die jeweilige Motivation der Einzelakteure, da sie sehen, dass sie nicht alleine den mächtigen Gegnern ausgesetzt sind (vgl. Interviewpassagen 385, 386, 387).

Als wichtigsten Vorteil der Zusammenarbeit mit anderen Gentechnikkritikern ist die *Effizienzsteigerung* in der Arbeit. Man kann sich in seinem Tun gegenseitig ergänzen und so eine Struktur der *Arbeitsteilung* schaffen, indem man sich genau über das jeweils geplante Vorgehen abstimmt und die anliegenden Arbeiten über mehrere Schultern und damit mehrere korporative Akteure verteilt, damit klare Aufgabenbereiche absteckt und sich doppelte Arbeit erspart. Die eigenen Kapazitäten können so besser eingeteilt und ausgenutzt werden, wenn jeder im Bündnis die Aufgaben übernimmt, für die er die Zeit, die finanziellen Mittel und die notwendige Expertise besitzt. Dabei macht man es sich zu Nutze, dass jeder Akteur anders aufgestellt ist, andere Schwerpunkte hat und auch andere Instrumente benutzt, um seine Interessen durchzusetzen. Am Ende kann man im Bündnis somit viel mehr schaffen und muss als Einzelner weniger leisten (vgl. Interviewpassagen 388, 389).

Zu Nutze machen kann man sich dabei die jeweiligen Stärken der einzelnen Personen und Verbände: „*So ist der eine Akteur vielleicht besser darin, Bauern zu erreichen und andere können eher andere Milieus überzeugen. Und manche versteifen sich mehr aufs Lobbying als andere*“ (Interviewpassage 390). Die Verteilung der Aufgaben und Themen orientiert sich dann auch bewusst am bestehenden Profil der Akteure, damit jeder auf seinem eigenen vertrauten Gebiet tätig ist und man nicht im Revier des anderen gemeinsam aktiv ist und es so zu Überschneidungen und Problemen kommt (vgl. Interviewpassage 391).

Ein weiterer bedeutender Vorteil, den die Gentechnikkritiker aus der Zusammenarbeit untereinander ziehen, ist ein deutlicher *Gewinn an Macht und Ansehen*. Die Arbeit im Bündnis bringe allen eine bessere Unterstützung und eine bessere Ausdruckskraft und verhilft dazu, dem starken Gegner durch die Kräftebündelung eine ebenbürtigere Konkurrenz zu sein. Bei wichtigen Entscheidungen auf dem Politikfeld kann man im Bündnis somit viel kraftvoller agieren als es die einzelnen Akteure individuell könnten. Als Beispiele hierfür nennen die Befragten etwa die wirksame Kampagne für ein MON810-Verbot oder die erfolgreichen Aktionen gegen Bundesverbraucherministerin ILSE AIGNER, die ohne die Zusammenarbeit keine derartige Durchschlagskraft erlangt hätten (vgl. Interviewpassagen 392, 393, 394).

Durch den Zusammenschluss kann die Reichweite des eigenen Handels vergrößert und somit die Wirkung der eigenen Botschaft verstärkt werden, da man als Bündnis eine größere Unterstützerbasis vorweisen kann und einem zudem mehr Protestinstrumente zur Verfügung stehen als es bei einem einzelnen Verband oder einer einzelnen Person der Fall wäre. Der Nutzen erfolgt durch die gemeinsame Absprache, über die gemeinsame oder einzelne Aktionen miteinander und aufeinander abgestimmt sind. Durch die Gleichgerichtetheit entfalten die so eine stärkere Wirkung (vgl. Interviewpassagen 395, 396, 397).

Gleichzeitig geht Interaktion zwischen den kritischen Gentechnikakteuren auch mit einem individuellen *Erkenntnis- und Strategiegewinn* aller beteiligten Akteure einher. Jeder kann bei entsprechendem Austausch somit von dem generierten Wissen und der Erfahrung der anderen Bündnisteilnehmer profitieren und es sich für seine eigene Arbeit zu Nutze machen. Das Austauschen von Wissen und Informationen stärkt somit das Kollektiv, befruchtet aber auch jeden Einzelnen und ermöglicht die Sicht auf ganz andere individuelle Blickwinkel (vgl. Interviewpassagen 398, 399).

Der Austausch kann somit also als „*fachliche Beratung*“ (Interviewpassage 340) angesehen werden, die durch den Austausch an Expertise der jeweiligen „Einzelkämpfer“ in den Verbänden – so gibt es Saatgutspezialisten, Politikexperten, Mediziner, Biologen etc. unter den Aktivisten – geschieht und allen eine gleiche Wissensbasis verschafft. Und somit können die einzelnen Akteure ihre vorhandenen Ressourcen sinnvoller und besser einsetzen, da man durch die gegenseitige Abstimmung in den gemeinsamen Interaktions- und Kooperationsprozessen seine Zeit für andere Dinge einplanen kann und man zudem vermeidet, dass man sich gegenseitig in der Arbeit behindert (vgl. Interviewpassagen 401, 402).

Manchmal werden die eigenen Positionen durch die Kooperation mit anderen Akteuren, die über abweichende Einzelstandpunkte verfügen, auch angepasst. Das bedeutet jedoch nicht, dass die eigene Position dann aufgeweicht wird. Die befragten Akteure fühlen sich durch den Austausch mit anderen im Gegenteil oftmals noch weiter gestärkt, da sie so auch dazu kommen, die

eigenen Standpunkte ständig kritisch zu hinterfragen und zu reflektieren und sie ständig an neuem Argumentationsmaterial hinzugewinnen (vgl. Interviewpassage 403).

In den Niederlanden, so wird aus den geführten Interviews deutlich, ist die Euphorie über Interaktionen und Kooperationen mit gleichgesinnten Akteuren lange nicht so stark wie in Deutschland. Nach Aussage eines befragten Umweltschützers reicht es vollkommen aus bzw. ist es gut zu wissen, wenn man über die Aktivitäten der anderen Gentechnikgegner informiert ist, denn letztendlich stehe jeder alleine da und führe seine eigene Kampagne (vgl. Interviewpassage 404). Kooperationen scheinen somit in den Niederlanden auch lange nicht als so wichtig angesehen zu werden wie hierzulande. Jeder scheint mehr unabhängig voneinander zu agieren und froh zu sein, wenn sich niemand in seinem Terrain breit macht. Und so gibt es dann auch keine zentrale Stelle zur Koordination der Aufgabenverteilung im Netzwerk. Nach Ansicht einer Interviewpartnerin möchte jeder der aktiven gentechnikkritischen Akteure lieber überall ein bisschen mitmischen (vgl. Interviewpassage 405). Die Zusammenarbeit mit anderen funktioniert dann auch nur bis zu einem bestimmten Grad: Gibt es einen gemeinsamen Standpunkt zwischen zwei oder mehreren Akteuren, dann wird zwar eruiert, ob man gemeinsam aktiv werden kann, allerdings sei es zumeist nicht einfach, sich unter den niederländischen Akteuren etwa auf eine gemeinsame Pressemitteilung zu verständigen. Alternativ schaut man dann aber wenigstens, dass man sich abstimmt, um gegenüber der Presse oder Politikern nicht gänzlich unterschiedliche Forderungen zu formulieren (vgl. Interviewpassage 406).

Trotzdem kommt es auch in den Niederlanden zu Kooperationen, diese scheinen sich dann aber zwischen Wenigen abzuspielen; von einem wirklich breiten Bündnis vieler Akteuren wie in Deutschland kann hier nicht gesprochen werden. Die Kooperation beinhaltet dann ein gegenseitiges Abstimmen über die jeweils vertretenen Argumente und das Unterstützen der gegenseitigen Aufrufe. Gemeinsame Kampagnen bilden eher die Ausnahme (vgl. Interviewpassage 407).

### 6.2.2. Probleme bei Interaktionen

In den Niederlanden berichtete man zudem auch eher von Problemen, die bei Kooperationen mit anderen Akteuren beim Gentechnikthema aufgetreten sind. So erzählte eine Interviewpartnerin, dass sie die Erfahrung gemacht habe, dass Kooperationen sehr beschwerlich sein können, da man viel Energie in die Zusammenarbeit hineinstecken muss und dies nicht automatisch dazu führt, auch entsprechend viel Energie herauszubekommen, da der Einigungsprozess auf gemeinsame Standpunkte bereits sehr mühsam ist. Beendet habe man eine begonnene Zusammenarbeit deshalb aber noch nicht (vgl. Interviewpassage 408). Andere berichten davon, dass ein Partner den gemeinsamen Absprachen nicht nachgekommen ist und man selbst auf den Aufgaben sitzengeblieben ist. Oder man kann sich nach einem langen Prozess der Verhandlung doch nicht auf einen gemeinsamen Standpunkt einigen bzw. es kommt am Ende nur zu einem sehr verwässerten gemeinsamen Statement – das kann dann frustrierend sein. Die Folge davon ist dann, dass man gar nicht mehr darauf hin strebt, gemeinsame Erklärungen mit anderen abzugeben und dass man seitdem viel vorsichtiger agiert und sich mögliche Partner vorher genau anschaut (vgl. Interviewpassage 409).

In Deutschland hat man hier viel positivere Erfahrungen machen können. Sehr kritisch war von den deutschen Befragten zwar niemand, denn Probleme kämen nur selten vor und wenn, dann höchstens, wenn Einzelakteure einmal nicht sehr gut miteinander harmonieren. Wenn einzelne Personen kein gutes Verhältnis zueinander finden, sei es maximal anstrengend, jedoch kein Grund, die Kooperationen zu beenden (vgl. Interviewpassagen 410, 411). Zwar wurde einmal gesagt, dass Kooperation gleichzeitig viel mehr Verhandlung bedeutet und somit viel mehr Zeit in Anspruch nimmt. Dies wird durch die Vorteile der Kooperationen aber wieder wettgemacht. Von echten Problemen konnte hier niemand berichten, kleinere Unstimmigkeiten und Reibungen zwischen den Kooperationspartnern seien aber ganz normal. So sei es nicht immer einfach – vor allem, weil manche Organisationen innerhalb des Agrarbereichs mit ihrer

Kritik weiter gehen würden als andere – das hieße aber nicht, dass man eine Zusammenarbeit dann unterlässt (vgl. Interviewpassage 412).

Kleinere Probleme oder Unstimmigkeiten seien aber auch nicht schlimm, wie der Verbandsvertreter einer biologischen Branchenorganisation anmerkte. Man würde das professionell und pragmatisch sehen und es sei Teil der Strategie, mit den Unterschiedlichkeiten auch umzugehen. Andere Nuancierungen bei Kooperationspartnern in der Gentechnikfrage waren so auch nicht schlimm, man müsse nur dafür sorgen, dass man sich in den zentralen Feldern nicht widerspricht und in eine Richtung argumentiert (vgl. Interviewpassage 413). Es würde selbst dann nicht zu Problemen bei der Zusammenarbeit führen, wenn man mit einem Kooperationspartner in einem anderen Themenfeld gerade über bestehende Umweltmaßnahmen streitet. Im Bereich der Gentechnik gab es höchstens einmal eine andere Einschätzung und andere Schwerpunkte in der Argumentation, dadurch würde man sich aber gegenseitig eher befruchten (vgl. Interviewpassage 414).

Zu nennenswerten Schwierigkeiten kam es bei den Befragten Akteuren jedoch in einem anderen Kontext: der Kooperation mit Akteuren aus anderen Nationen. Durch etwa Sprachprobleme oder länderabhängige andere Einschätzungen der dortigen Akteure war eine Zusammenarbeit hier nicht immer einfach, da die Erfahrungen mit Problemstellungen in der Lebenswirklichkeit anderer Länder unterschiedlich sind. So sind beispielsweise auch die Befürworter der Gentechnik oder bestimmte Branchen ganz unterschiedlich in den anderen Ländern aufgestellt. Als Beispiel hierfür wurde der Züchtungssektor genannt, der in den Niederlanden sehr präsent ist. Hierdurch sei man dortzulande für Probleme und Argumente dieser Akteure dann auch stärker zugänglich. Es ist aber entsprechend schwierig, die kritischen Akteure in anderen Ländern dann mitzunehmen und von ihren spezielleren Standpunkten zu überzeugen (vgl. Interviewpassagen 415, 416).

### 6.2.3. Folgen von Interaktionen

Kommt es zu Interaktionen und konkreter Zusammenarbeit zwischen gentechnikkritischen Akteuren, dann kommt es nicht selten vor, dass sich diese Kooperationen auch auf die Kursbestimmung und die Strategie der beteiligten Akteure auswirken. So berichtete eine niederländische Umweltaktivistin, dass sie es als Erkenntnis mitnehmen und in ihre strategischen Überlegungen einfließen lassen, wenn eine Kooperation gut verläuft und eine gute Resonanz bekommt. Und so kann es durchaus passieren, dass der eigene Kurs oder die eigenen Ziele durch die Zusammenarbeit angepasst werden (vgl. Interviewpassage 417).

Derartige Effekte werden von den Akteuren unterschiedlich bewertet. So wies eine Gesprächspartnerin darauf hin, dass sich ihr Verband durch die Kooperationen plötzlich auch zu vielen Randthemen positionieren musste, die zuvor nicht auf dessen Agenda standen. Ein anderer Gesprächspartner nannte hierzu konkret die sehr von transgenen Pflanzen betroffenen Bienenzuchtverbände als einen Akteur, der es regelmäßig schafft, andere dazu zu bewegen, ihre Positionen in die eigene Argumentation mit einzubringen (vgl. Interviewpassagen 418, 419). Andere bewerten die Effekte auf die eigene Positionierung mehr eigennützig und begrüßen diese Auswirkungen dann auch, da sie durch den Austausch auch immer wieder gezwungen sind, ihre eigenen Standpunkte kritisch zu überdenken und anzupassen und ihre eigene Stoßrichtung letztendlich dann auch effizienter wird (vgl. Interviewpassage 420).

Zudem bedeute der Austausch mit gleichgesinnten Akteuren durch deren anderen Hintergrund und andere Schwerpunktlegungen nach Ansicht der Befragten einen für die Auseinandersetzung mit den Gegnern bedeutenden Gewinn an neuen Fakten, Argumentationen und Erfahrungen. Und das habe eine klar positive Wirkung. Es sei dabei auch sehr wichtig, immer wieder sein eigenes Handeln zu hinterfragen, wozu die Kooperationen auch Anlass bieten würden. Der Eindruck, dass dabei jemals etwas von den eigenen Positionen aufgeweicht wurde, drängte sich bei den meisten Befragten nicht auf. Eher habe man durch neues Argumentationsmaterial wirklich hinzugewonnen (vgl. Interviewpassagen 421, 422, 423).

Geht es um konkrete Aktionen oder Kampagnen, die mehrere Akteure gemeinsam durchführen wollen, dann hat die gemeinsame Positionsfindung oft auch viel mit einem Zurückstellen eigener speziellerer Standpunkte zu tun. Denn geht es darum, Gemeinsamkeiten zwischen Akteuren herauszustellen, mit denen man zusammen an die Öffentlichkeit gehen kann, findet man sich nicht selten auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner. Speziellere, weitergehende Forderungen einzelner Akteure, für die es keine gemeinsame Basis gibt, fallen in der Bündnisarbeit somit unter den Tisch und bleiben bei gemeinsamen Aktionen unausgesprochen (vgl. Interviewpassage 424). Zusammenarbeit bedeutet somit auch, dass bei den Einzelakteuren eine gewisse Portion von Pragmatismus vorhanden sein muss, da individuelle Standpunkte im Bündnis gar nicht oder weniger stark betont werden können: Eine niederländische Interviewpartnerin beschrieb hierzu, dass man etwa in der Patentierungsfrage bei der Zusammenarbeit mit der Koalition *No patents on seeds!* strenger argumentiert als bei der Zusammenarbeit mit dem konventionellen und liberaleren Züchterverband *Plantum*, mit dem man gemeinsam für eine Änderung der Gesetzgebung kämpft: *„Und dann muss man einfach pragmatisch sein und denken, dass dies jetzt notwendig ist, um das Problem zu lösen. Also unsere ethischen Argumente werfen wir dann etwas weniger in den Ring, weil wir doch eine pragmatische Lösung suchen. Unser Standpunkt hat sich also nicht geändert, man schaut aber wohl, in welchen Punkten man sich einig ist und dort tritt man dann gemeinschaftlich auf.“* (Interviewpassage 425)

Eine positive Auswirkung von Zusammenarbeit auf den eigenen Akteur sieht einer der Befragten in einer zusätzlichen Stärkung und Motivierung für das eigene Handeln. Denn mit dem Wissen, dass man nicht alleine ist und auch andere Akteure in die gleiche Richtung ziehen, würde die eigene Position unterstrichen (vgl. Interviewpassage 426). Eine regelmäßige Zusammenarbeit mit Gleichgesinnten bewirkt durch die gemachten positiven Erfahrungen bei den meisten der Akteure auch eine Intensivierung der gegenseitigen Beziehungen. Kooperation schafft also auch Vertrauen (vgl. Interviewpassage 427).

Unbeeindruckt von den positiven Effekten von Kooperation sprach sich explizit nur einer der befragten Akteure aus, und zwar kein geringerer als der niederländische Ableger einer weltweit tätigen Umwelt-NGO. Der Gesprächs-

partner betonte dabei, dass man sich ganz bewusst nicht von anderen beeinflussen lässt und selbst hierbei „*ziemlich eigensinnig*“ (Interviewpassage 428) agiere. Oberflächlich sei man zwar daran interessiert, was die anderen kritischen Akteure tun, das eigene Handeln beeinflussen würde dies aber keinesfalls, denn wirklich vertrauen würde man nur Personen und Informationen aus den eigenen Reihen (vgl. Interviewpassage 429).

### 6.3. Bevorzugte Interaktionspartner

Um ein Bild darüber zu bekommen, welche Akteure in den beiden Untersuchungsländern wie stark mit anderen kritischen Akteuren in Austauschverhältnissen stehen, wurde den Interviewpartnern im Rahmen der Befragung eine Liste mit gentechnikkritischen Akteuren vorgelegt<sup>222</sup>, die ihren Sitz entweder in den Niederlanden oder in Deutschland haben. Die Namen auf der Liste – die von rund 50 deutschen und rund 20 niederländischen Akteuren – entsprangen dem Ergebnis der „Kartierung“ (siehe dazu Kapitel 4.3), die auch als Basis für das Sampling (siehe dazu Kapitel 2.7.1) diente. Im Laufe der Forschungstätigkeiten wurde diese Liste aber auch noch um weitere Akteure ergänzt. Die Interviewpartner sollten die Liste Akteur für Akteur durchgehen und jeweils berichten, ob es mit den einzelnen Akteuren in der Vergangenheit zu Austauschprozessen gekommen ist und wie stark der Grad der Vernetzung jeweils ist. Die meisten Akteure haben hier schriftlich eine Einteilung vorgenommen, indem sie etwa ein Kreuz für regelmäßige Interaktionen oder mehrere Kreuze für entsprechend stärkere Vernetzung vor den Namen gesetzt haben. Andere Befragte gingen die Liste aber auch mündlich durch und berichteten über die jeweilige Zusammenarbeit mit den einzelnen Akteuren der Liste. Gemeinsam mit weiteren Aussagen über andere Akteure, die von den jeweiligen Befragten während des restlichen Interviews getroffen wurden, ergab sich so ein

---

<sup>222</sup> In zwei der 13 geführten Interviews wurde diese Liste nicht vorgelegt. Im ersten Fall wurde innerhalb des Interviews deutlich, dass die befragte Person nichts über Interaktionen des Akteurs mit anderen Gentechnikkritikern wusste. Im anderen Fall handelte es sich um das nachgeschobene Interview mit einer ehemaligen Anti-Gentechnik-Lobbyistin, die für zahlreiche kritischen Akteure gearbeitet hatte und seit einiger Zeit nicht mehr auf dem Politikfeld aktiv war.

Gesamtbild, mit dem man auch Aussagen über das Interaktionsverhalten jener kritischen Akteure in Deutschland und den Niederlanden treffen konnte, die nicht selbst befragt wurden.

Um dieses Bild besser zu visualisieren, wurde ein System aus Interaktionspunkten entwickelt. Drei Punkte bekam ein Akteur auf der Liste, wenn einer der Interviewpartner von regelmäßigen und engen Interaktionen – in der Regel auch mit persönlichen Treffen – zwischen beiden Gentechnikkritikern berichtete. Zwei Punkte wurden für einen Listenakteur verbucht, wenn es zwischen dem Akteur des Interviewpartners und dem Listenakteur oftmals zu Interaktionen – meist via E-Mail oder Telefon – kommt. Ein Punkt wurde bei wenig Interaktion zwischen zwei kritischen Bewegungsakteuren vergeben. Und null Punkte schließlich gab es, wenn keinerlei Interaktion vorhanden war.

Alle Punkte, die jeder einzelne Akteur auf der Liste bekommen hat, wurden anschließend summiert. Aus den Ergebnissen ergab sich eine Rangliste für die Niederlande (siehe Tabelle 11) und Deutschland (siehe Tabelle 12), auf deren Basis für beide Untersuchungsländer dann eine Art Netzwerkdiagramm erstellt wurde, welches das Vernetzungsverhalten der Akteure in den Niederlanden (siehe Abbildung 20) und Deutschland (siehe Abbildung 21) visualisierte. Je weiter die Akteure in der Mitte stehen, desto stärker sind sie mit anderen Mitgliedern der gentechnikkritischen Bewegung vernetzt – je mehr sind sie als Knotenpunkt der Bewegung zu typisieren.

Bezogen auf die beiden Untersuchungsländer und mögliche Verschränkungen zwischen ihnen war zunächst auffällig, dass direkte Austauschbeziehungen mit Akteuren aus dem jeweils anderen Untersuchungsland eine große Ausnahme bilden. So nannte von den befragten deutschen Akteuren keiner einen niederländischen Akteur von der Liste als Interaktionspartner. Bei den niederländischen Interviews war dies allerdings anders. Hier waren es drei Akteure, die von geringen bis sehr starken Austauschprozessen mit bis zu zwei deutschen Akteuren berichteten. Zum einen bekam der deutsche Akteur *Save Our Seeds* zwei Punkte von einem niederländischen Akteur bescheinigt. Vor allem war es zum anderen aber die in München sitzende *No patents on seeds!*-Koalition mit

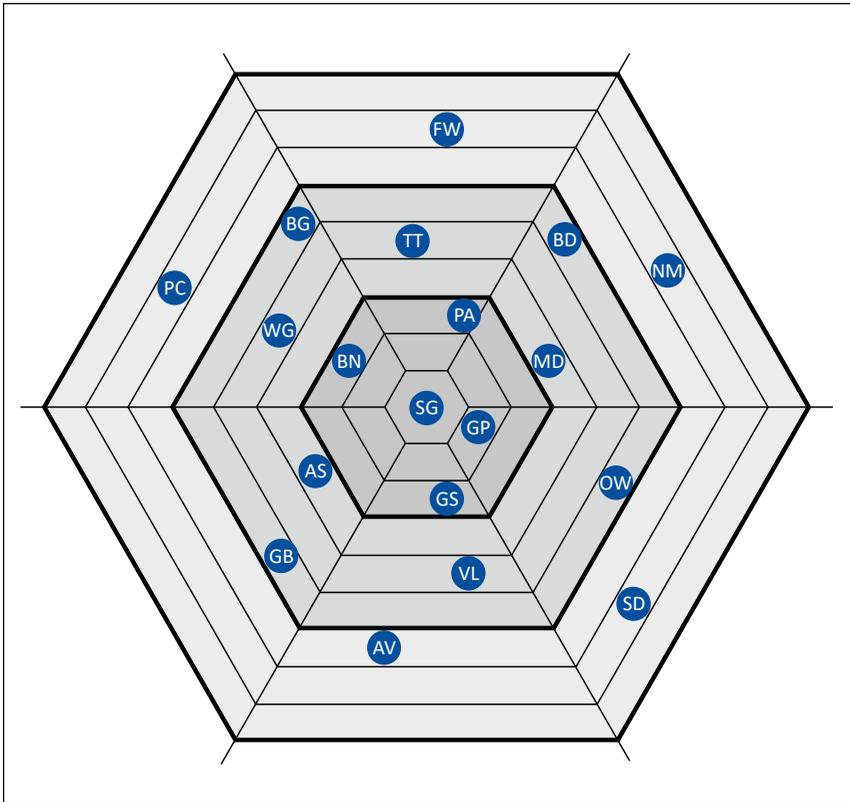
Tabelle 11: *Interaktionsfreudigkeit gentechnikkritischer Akteure in den Niederlanden*

<b>Name</b>	<b>Nennungen</b>
Stichting Genethica	9
Greenpeace Nederland	8
Bionext (Biologica)	7
Gifsoja.nl	7
Platform Aarde, Boer, Consument (ABC)	7
ASEED Europe	6
Milieudefensie	6
Netwerk Vitale Landbouw en Voeding (NVLV)	5
Transition Towns Nederland	5
Werkgroep "Burgers voor getechnvrij voedsel"	5
Otherwise	4
Stichting Boerengroep Wageningen	4
The European GMO-free Citizens / De Gentechnvrije Burgers	4
Vereniging voor Biologisch-Dynamische Landbouw en Voeding	4
Nederlandse akkerbouw Vakbond (NAV)	3
foodwatch Nederland	2
Permaculturnetwerk	2
Stichting Demeter	2
Stichting Natuur en Milieu	2
Goede Waar & Co.	0
Stichting Natuurwetmoeders	0
Verdelg Monsanto	0
Wereld Natuur Fonds (WNF)	0

Quelle: Eigene Darstellung

insgesamt sechs Punkten von drei verschiedenen Akteuren, mit der auch niederländische Gentechnikkritiker teils sehr eng vernetzt sind. Beachtet werden

Abbildung 20: Netzwerkdigramm Niederlande



Quelle: Eigene Darstellung; AS = ASEED Europe, AV = Nederlandse akkerbouw Vakbond (NAV), BD = BD-vereniging, BG = Stichting Boerengroep Wageningen, BN = Bio-next, FW = foodwatch Nederland, GB = The European GMO-free Citizens / De Gentechvrije Burgers, GP = Greenpeace Nederland, GS = Gifsoja.nl, MD = Milieu-defensie, NM = Stichting Natuur en Milieu, OW = Otherwise, PA = Platform Aarde, Boer, Consument (ABC), PC = Permacultuurnetwerk, SD = Stichting Demeter, SG = Stichting Genethica, TT = Transition Towns Nederland, VL = Netwerk Vitale Landbouw en Voeding (NVLV), WG = Werkgroep „Burgers voor gentechvrij voedsel“

muss hierbei aber auch, dass *No patents on seeds!* seinen Sitz zwar in Deutschland hat, es sich dabei aber zu großen Teilen auch um einen europäischen Akteur handelt, da es dessen Hauptziel ist, die Institutionen der EU zu beeinflussen und die Entwicklungen am *Europäischen Patentamt* zu verfolgen.

Tabelle 12: *Interaktionsfreudigkeit gentechnikkritischer Akteure in Deutschland*

<b>Name</b>	<b>Nennungen</b>
Campact - Demokratie in Aktion	18
Save Our Seeds (SOS)	18
Deutscher Berufs und Erwerbs Imker Bund e.V. (DBIB)	17
No patents on seeds!	17
Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND)	16
Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft e.V. (BÖLW)	16
Demeter e.V.	16
Greenpeace Deutschland	16
Informationsdienst Gentechnik	16
Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e.V. (AbL)	15
Naturschutzbund Deutschland e.V. (NABU)	15
Deutscher Imkerbund e.V. (DIB)	14
Gen-ethisches Netzwerk (GeN)	13
Mellifera e.V.	13
Naturland e.V.	12
Umweltinstitut München e.V.	11
Deutscher Naturschutzring (DNR)	10
Gentechnikfreies Europa	10
Zukunftsstiftung Landwirtschaft	10
Bioland e.V.	9
Interessengemeinschaft für gentechnikfreie Saatgutarbeit (IG Saatgut)	9
Testbiotech e.V.	9
Biokreis e.V.	8
Bundesverband Deutscher Milchviehhalter e.V. (BDM)	8
Kultursaat e.V.	8
Slow Food Deutschland e.V.	8

Name	Nennungen
Stiftung Ökologie und Landbau (SÖL)	8
Attac Deutschland	7
Gää e.V. – Vereinigung ökologischer Landbau	7
Pestizid Aktions-Netzwerk e.V. (PAN Germany)	7
AgrarBündnis e.V.	6
Bundesverband Ökologischer Weinbau e.V. (ECOVIN)	6
Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugesetze und Nachbaugebühren (IGN)	6
Netzwerk blühende Landschaft	6
Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv)	6
Verein zur Erhaltung der Nutzpflanzenvielfalt e.V.	6
Deutscher Verband für Landschaftspflege e.V. (DVL)	5
Sambucus e.V.	5
Stiftung Gekko	5
TransFair e.V.	5
foodwatch Deutschland	4
Gendreck weg! - Freiwillige Feldbefreiung	4
World Wide Fund For Nature (WWF)	4
Agrar Koordination – Forum für internationale Agrarpolitik e.V.	3
Biopark e.V.	3
Dachverband Kulturpflanzen- und Nutztiervielfalt e.V.	3
Fördergemeinschaft Ökologischer Obstbau e.V. (Föko)	3
Grüne Liga e.V.	3
Aktion Genklage (Stoppt Gennahrungsmittel)	2
Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz e.V. (BBU)	2
FaNaL e.V. – Verein zur Förderung einer nachhalt. Landwirtschaft	2
NaturFreunde Deutschlands e.V.	2
Bio-Verbraucher e.V.	1

Name	Nennungen
Aktionsnetzwerk globale Landwirtschaft	0
Freie-Saaten.org	0
Initiative nahrungs-kette	0
Robin Wood Germany	0

Quelle: Eigene Darstellung

In Deutschland bekommen die meisten Punkte Akteure wie *Campact* (18), die Initiative *Save Our Seeds* (18) der *Deutsche Berufs- und Erwerbsimkerbund e.V.* (DBIB) (17), die *No patents on seeds!*-Koalition (17), der *BUND* (16), der *BÖLW* (16), *Demeter e.V.* (16), *Greenpeace Deutschland* (16), der *Informationsdienst Gentechnik* (16), die *AbL* (15), der *NABU* (15), der *Deutscher Imkerbund e.V.* (DIB) (14), das *Gen-ethische Netzwerk* (GeN) (13) und *Mellifera e.V.* (13), die Vereinigung für wesensgemäße Bienenhaltung. Hier fällt zunächst die relativ zentrale Stellung der Bienenzüchter auf, die mit drei Akteuren sehr stark im Zentrum des Netzwerks vertreten sind. Diese zentrale Stellung der Akteure überrascht aber nicht unbedingt, denn man konnte sie aus etlichen Aussagen in den Interviews bereits vermuten. Und auch die Spitzenstellung von *Campact* verwundert nicht, da immer auch viele andere kritische Akteure die zahlreichen (Online-)Kampagnen des Aktionsnetzwerks unterstützt haben – man hätte aber vielleicht eine weniger zentrale Position erwarten können. Beim anderen Akteur im direkten Zentrum, der Initiative *Save Our Seeds* ist Vernetzung eigentlich noch stärker offensichtlich, handelt es sich hierbei doch um eine Initiative, die von der mit zehn Punkten ebenfalls gut bewerteten *Zukunftsstiftung Landwirtschaft* koordiniert wird und die selbst wiederum federführend für etliche Projekte wie etwa den *Informationsdienst Gentechnik* (16), die *Konferenz Gentechnikfreier Regionen Europas*, das Akteurbündnis *Meine Landwirtschaft* sowie die Aktion *Bantam-Mais* verantwortlich ist.

Die zentrale Positionierung der interviewten Akteure *AbL* (15), *BÖLW* (16) und *NABU* (15) überrascht aufgrund ihrer Teilnahme am *Runden Tisch Gentechnik* nicht. Sie deckt sich auch weitestgehend mit der Selbsteinschätzung der Akteure in den Interviews. Lediglich einer dieser Befragten hatte sich und



decken sich die Selbsteinschätzungen ebenfalls mit den Positionierungen im Netzwerkdiagramm. So hatten die Vertreter von *Bioland* (9) und *Slow Food Deutschland* (8) sich selbst und ihre Verbände nicht als Knotenpunkte, aber wichtigen Baustein der Bewegung gesehen. Einer von beiden wies darauf hin, dass vieles an Vernetzung auch über den (sehr zentral positionierten) Dachverband verläuft. Der andere Vertreter betonte, dass man selbst erst seit 2010 derart politisch aktiv ist und deshalb auch gar nicht die Ambition hat, eine zentralere Rolle zu spielen (vgl. Interviewpassagen 430, 431). Und auch die Vertreter der beiden eher regional verorteten Akteure *Bio-Verbraucher e.V.* (1) und *nahrungskette* (0) schätzten ihre Rolle innerhalb des gentechnikkritischen Netzwerks sehr wirklichkeitsnah als passiv und eher am Rand stehend ein (vgl. Interviewpassagen 432, 433).

Nicht ganz so zentral wie letztendlich verortet hätte man nach den eigenen Aussagen die Position von *Greenpeace Deutschland* (16) vermutet. So ist die eigene Unabhängigkeit für die Umwelt-NGO ein sehr hohes Gut, weshalb Kooperationen mit vielen anderen Akteuren – vor allem solchen, die bei der Finanzierung von anderen Institutionen abhängig sind – nicht mit den Grundfesten der Organisation vereinbar sind. Hin und wieder gäbe es aber gemeinsame Treffen mit anderen gentechnikkritischen Akteuren, auf denen man sich auf den neuesten Sachstand bringt (vgl. Töwe-Rimkeit 2013; siehe hierzu auch Kapitel 6.3.3). Und auch *foodwatch Deutschland* (4) hat dafür, dass sie als Kooperationspartner für viele der befragten Gentechnikkritiker ausscheiden, weil eine vernünftige Zusammenarbeit mit der Organisation gar nicht möglich sei (siehe hierzu ebenfalls Kapitel 6.3.3), bei der Bewertung noch vergleichsweise viele Punkte bekommen.

Die Befunde für *Greenpeace* und *foodwatch* lassen sich auch für die niederländische Seite feststellen, wo *Greenpeace Nederland* (8 von maximal 9 Punkten in den Niederlanden) und *foodwatch Nederland* (2) ähnlich wie auf der Seite des Nachbarlands positioniert sind. Und was für *Greenpeace Deutschland* gilt, gilt genauso auch für *Greenpeace Nederland*: Wenn diese Bewertung stimmt, würde der Akteur die Kooperationen mit anderen Akteuren nach außen hin viel kleiner

reden und als nicht so bedeutend beschreiben, wie sie letztendlich sind (siehe hierzu ebenfalls Kapitel 6.3.3).

Ansonsten bekommen die meisten Punkte in den Niederlanden Akteure wie die *Stichting Genethica* (9), *Biologica* (7), die Kampagne *gifsoja.nl* (7), die *Platform Aarde Boer Consument* (6), *ASEED Europe* (6) und *Milieudefensie* (6). Hier fällt zunächst die Spitzenposition der *Stichting Genethica* ins Auge. Die hohe Wertung verwundert zunächst, da die Ein-Mann-Stiftung des Biochemikers und Gentechnikexperten DIEDERICK SPRANGERS nach eigener Aussage ein Beratungsbüro sei und keine Personen oder gesellschaftliche Interessen vertrete. Kerntätigkeit sei nach eigener Einschätzung nicht, eine bestimmte Meinung nach außen zu vertreten, sondern dahingehend zu beraten, die Fakten zu kennen und einzuordnen (vgl. Sprangers 2013). Laut der eigenen Website gehört neben Information und Recherche auch die Unterstützung von Kampagnen zu den Hauptaufgaben.<sup>223</sup> Die *Stichting Genethica* wird von den niederländischen Gentechnikkritikern somit anscheinend des Öfteren in deren gentechnikkritische Aktivitäten eingebunden.

Nicht überraschend sind die hohen Platzierungen von *Bionext* (7) und *ASEED Europe* (6). Denn sie decken sich zum einen mit der Selbsteinschätzung beider Akteure (vgl. Interviewpassagen 434, 435). Zum anderen gehören beide neben *Greenpeace Nederland* noch zu den wenigen kritischen Akteuren, die während der Interviewphase dieser Untersuchung eine eigene landesweite Gentechnik-Kampagne betrieben. Eng verbunden mit *ASEED Europe* ist zudem *gifsoja.nl*, eine gemeinsame Informationskampagne von *ASEED Europe* und dem kritischen EU-Akteur *Corporate Europe Observatory* (CEO) über die Folgen des Sojaanbaus und die Rolle von *WWF* und der niederländischen Entwicklungshilfeorganisation *Solidaridad* bei der Initiierung des Labels für nachhaltige Sojaproduktion (siehe dazu die Kapitel 5.4.5 und 6.3.3).

Keine aktive Anti-Gentech-Kampagne mehr hatten zu jener Zeit allerdings Akteure wie die *Platform Aarde, Boer, Consument* (Plattform ABC) (7), der große Umweltschutzverband *Milieudefensie* (6) oder die bedeutende Naturschutzor-

---

<sup>223</sup> Vgl. Aktivitäten. Wat doet de Stichting Genethica?, Online: <http://www.genethica.nl/activiteiten.htm>, Abruf: 18. Oktober 2015.

ganisation *Stichting Natuur en Milieu* (2). Sie alle kommen aber – abgesehen vielleicht von dem drittgenannten Akteur – trotzdem noch auf beachtliche Werte bei den Nennungen der Befragten. Obwohl sich alle zur Zeit der Interviews schon länger nicht mehr aktiv in der gentechnikkritischen Bewegung beteiligt haben, hatten sie aber trotzdem ihren kritischen Standpunkt beibehalten und regelmäßig ihr Logo unter Aufrufe von anderen Akteuren gesetzt und diese damit unterstützt (vgl. Sprangers 2015).

Die weiteren interviewten niederländischen Gentechnikkritiker finden sich ebenfalls unter den genannten Akteuren. Die Arbeitsgruppe bzw. Bürgerinitiative *Burgers voor gentechvrij voedsel* (5) und die *BD-Vereniging* (4) gehören laut der Punktevergabe nicht zu den zentralen Netzwerkknoten, nehmen aber immer noch eine mittlere Position ein. Bei der Bürgerinitiative scheint das durch die vielen Unterstützungsleistungen, die sie von landesweit tätigen Akteuren bekommen hat sowie die daraus resultierende gute Vernetzung mit bedeutenden Teilen der Bewegung logisch (siehe dazu Kapitel 6.2.1). Die *BD-Vereniging* hingegen fiel zur Zeit der Interviews eher als passiver Akteur, der mehr mit sich selbst als mit anderen Akteuren beschäftigt ist, auf. Die Allianzen des Politikfelds fielen laut eigener Aussage des befragten Akteurs dann auch außerhalb des eigenen Sichtfeldes (vgl. Interviewpassage 436). Die hiermit nicht korrespondierende Einstufung des Akteurs mit vier Punkten könnte auf die Aktivitäten zurückzuführen sein, die vor der Tätigkeit des Interviewpartners lagen, der zum Zeitpunkt der Befragung erst seit rund drei Jahren dort beschäftigt war.

### 6.3.1. Bevorzugte Akteurgruppe

Die Annahme, dass Kooperationen unter den Bewegungsakteuren am ehesten mit Akteuren aus der gleichen Herkunftsgruppe bzw. Akteurgattung (Agraraktive, Natur- und Umweltschutzaktive bzw. Verbraucherschutzaktive) stattfinden, konnte von einigen der Interviewpartner bestätigt werden. So sagte die Vertreterin einer niederländischen Branchenorganisation für biologische Landwirtschaft, dass man auf dem Gentechnikpolitikfeld am meisten mit anderen agrarischen Organisationen zu tun hat (vgl. Interviewpassage 437). Und auch der niederländische Ableger einer weltweit tätigen Um-

welt-NGO bestätigt diese Vermutung und sagte, dass man hier vor allem mit Umweltschutzorganisationen zusammenarbeitet – und das vor allem, da man selbst diesen Hintergrund habe und man mit den Organisationen die meisten Gemeinsamkeiten hat (vgl. Interviewpassage 438). Und auch der Vertreter eines deutschen Branchenverbandes für biologische Landwirtschaft gab an, dass die meisten Kontakte mit Akteuren aus seinem eigenen, dem Agrarbereich, bestehen. Allerdings sah die Person als Grund dafür nicht unbedingt die mögliche „Seelenverwandtschaft“ mit den anderen Vertretern des Landwirtschaftsbereichs an, sondern die Tatsache, dass es sich bei der Agro-Gentechnik im Kern um ein zutiefst landwirtschaftliches Thema handelt, da es um das Anbauen und Konsumieren von Agrargütern geht (vgl. Interviewpassage 439).

Für einige Akteure spielen nach deren Einschätzung jedoch ganz andere Kriterien als die Herkunft eines Akteurs eine Rolle, wenn es darum geht, wie einfach es untereinander zu Kooperationen kommen kann. So schaut etwa ein deutscher Naturschutzverband bei der Suche nach potenziellen Partnern mehr auf die genaue Thematik als auf den Ursprung eines Akteurs. Und so könne man auch nicht sagen, dass die Wahrscheinlichkeit höher ist, dass Kooperationen eher mit anderen Umwelt- oder Naturschutzverbänden stattfinden, da gab es nach Ansicht der Befragten in der Vergangenheit genügend gegenteilige Beispiele (vgl. Interviewpassage 440).

Andere Akteure betrachten zuvorderst, wie potenzielle Partner auftreten, ob sie einen ähnlichen „Stil“ haben und welcher Methoden sie sich zur Durchsetzung ihrer Interessen bedienen – die Herkunft spiele dabei gar keine Rolle. Es waren für diesen Akteur dann auch nicht speziell Akteure aus dem Umweltschutz-, dem Verbraucherschutz- oder dem Agrarbereich, mit denen man am ehesten auf einer Wellenlänge liege, sondern solche, die wie man selbst hauptsächlich aktivistisch und mehr spontan als langfristig strategisch agieren (vgl. Interviewpassage 441).

Eine Art Sonderrolle scheinen die gentechnikkritischen Agrarakteure innerhalb des Anti-Gentechnikbündnisses zu spielen, denn durch ihre oftmals konträre Ausrichtung in anderen Politikfeldern fällt es ihnen laut den Aussagen einiger Befragter schwerer, Kooperationen mit Umwelt- oder Verbraucherschutz-

vertretern einzugehen. So erzählte ein Vertreter eines kleineren deutschen Agrarverbandes von einer Beobachtung, nachdem sich Landwirte von Maßnahmen, die von Umweltschützern als sehr sinnvoll angesehen werden, für sie aber stark existenzbedrohend sind, bevormundet fühlen (vgl. Interviewpassage 442). Das führe zu generellen Vorbehalten und mangelndem Vertrauen von Landwirten in Umweltschützer, weshalb man lieber weiter den eigenen Verbänden vertraue: *„Wir haben die gleichen Argumente, aber wenn ein Vertreter im Greenpeace-Hemd da sitzt, ist es für Bauern schwieriger“* (Interviewpassage 443). Und auch der Vertreter einer niederländischen Umwelt-NGO hat die Erfahrung gemacht, dass die Erfolgsaussichten beim Überzeugen von Landwirten dann steigen, wenn nicht er oder ein anderer Umweltaktivist, sondern andere Landwirte mit den Bauern das Gespräch suchen (vgl. Interviewpassage 444).

In der Regel sind bei den Gentechnikkritikern aber nicht die konventionellen Landwirte, sondern alternative (Bio-)Landwirtschaftsverbände zu finden. Und diese liegen thematisch gesehen traditionell viel näher an den Interessen und Standpunkten von Umwelt- oder Verbraucherschützern (vgl. Interviewpassagen 445, 446, 447, 448). Und wenn man es nicht nur oberflächlich betrachtet, sondern in die Tiefe geht und sich die konkreten Standpunkte und Interessen anschaut, so ein niederländischer Umweltaktivist, dann sind die Schnittmengen zwischen Agrar- und Umweltschutzakteuren viel größer als gedacht (vgl. Interviewpassage 449).

Fragt man danach, mit welcher der drei Untersuchungsgruppen von Akteuren die meisten Kooperationen stattfinden, dann nannten die Interviewpartner an erster Stelle die Umweltschutzverbände. Aber auch (alternative) Agrarverbände stehen als Kooperationspartner hoch in der Gunst der Akteure (vgl. Interviewpassage 450), sodass beide Gruppen bei der Beliebtheit teilweise fast gleichauf liegen (vgl. Interviewpassagen 451, 451, 452, 453, 454, 455). Ursächlich für die Beliebtheit zur Kooperation mit Umweltschützern ist auch die relative Häufigkeit derartiger Akteure auf dem Politikfeld, durch die sich auch die für den Austausch wichtigen Argumente von vorhandenen Kapazitäten und vorhandenem Knowhow erklären lassen (vgl. Interviewpassage 456). Abgeschlagen bei der Beliebtheit liegen hingegen die Verbraucherschutzorganisationen. Und das liegt

an dem, was in dieser Arbeit auch bereits dargestellt wurde (siehe dazu Kapitel 4.3): Sie bilden unter den drei Akteurtypen in beiden Untersuchungsländern die mit Abstand kleinste Gruppe und zeigen zudem noch viel weniger Aktivität als die anderen beiden Akteurtypen (vgl. Interviewpassagen 457, 458, 459). Von den Befragten wird vermutet, dass Verbraucherschutzverbände darauf vertrauen, dass deren Themen durch andere etablierte Akteure des Politikfelds – etwa alternative (Bio-)Landwirtschaftsverbände – mit vertreten werden (vgl. Interviewpassage 460). Zwar verstehen sich Umwelt- und Naturschutzverbände wie der *BUND*, *NABU* oder *Greenpeace* selbst auch zu einem gewissen Teil als Verbraucherschützer (vgl. Interviewpassagen 461, 462), von den nativen Konsumentenvereinigungen aber sind sowohl in Deutschland als auch in den Niederlanden aktuell keine der bedeutenden Vertreter mehr aktiv (siehe hierzu auch Kapitel 5.6).

### 6.3.2. Interaktionen mit anderen Gruppen

Neben den beschriebenen gesellschaftlichen Akteuren findet Interaktion und teilweise auch Austausch auch mit ganz anderen Stakeholdern statt – allerdings auf einem viel geringeren Niveau als mit anderen gesellschaftlichen Akteuren. Denken kann man dabei in erster Linie an Kontakte der Gentechnikkritiker zu staatlichen Akteuren. Aber auch mit Gentechnikbefürwortern kommt es durchaus regelmäßig zu Interaktionen.

#### *Interaktionen mit staatlichen Stellen*

Bei den Kontakten mit staatlichen Stellen kann die Initiative zum einen von Seiten der Gentechnikgegner ausgehen. Dies ist immer dann der Fall, wenn aktiv versucht wird, die eigenen Interessen auf der staatlichen Ebene durchzusetzen. Zu denken ist dabei an die unterschiedlichsten Arten von Lobbyingaktivitäten, begonnen beispielsweise bei einfachen Briefen oder E-Mails mit Forderungen an Minister oder andere Politiker. Dieser Methode bedienen sich hauptsächlich kleinere, weniger einflussreiche gentechnikkritische Akteure. Immer wieder wird auf diese Schreiben auch geantwortet, sodass hier zum Teil echte Interaktionen entstehen (vgl. Interviewpassage 463). Bei einflussreicheren Gentechnikgegnern, wie etwa einer großen niederländischen

Umwelt-NGO, sind die Kontakte zu den Entscheidungsträgern oft viel näher und direkter und es kommt mehr oder weniger regelmäßig zu direkten (Beratungs-)Gesprächen mit Parlamentariern oder Ministeriumsangestellten (vgl. Interviewpassage 464). Wie oft derartige Kontakte bezüglich der Gentechnikthematik stattfinden, hängt von verschiedenen Faktoren ab. Zum ersten spielen die bereits erwähnten Konjunkturen des Themas (siehe dazu Kapitel 5.3.2) eine wichtige Rolle. Zum zweiten sind es aber auch die aktuellen politischen Machtverhältnisse, welche die Intensität aufgrund von Offenheit oder Geschlossenheit gegenüber gentechnikkritischen Interessenvertretern positiv oder negativ beeinflussen können (vgl. Interviewpassagen 465, 466). Aber auch die jeweilige hierarchische Ebene, auf der der Versuch der politischen Einflussnahme etwa in einem Ministerium geschieht, ist für die Häufigkeit von Kontakten zu staatlichen Stellen mit verantwortlich. So schildert ein Verbandsvertreter, dass der Austausch mit Vertretern der Referatsebene viel häufiger ist als mit dem jeweiligen Staatssekretär oder Minister – hier findet höchstens einmal zu einem bestimmten Vorgang ein Gespräch statt (vgl. Interviewpassage 467). Und zuletzt spielt ebenfalls eine Rolle, wie viele staatliche Akteure sich die Zuständigkeiten in der Gentechnikfrage jeweils teilen. So ist die Zuständigkeit in den Niederlanden etwa auf drei bis vier verschiedene Ministerien verteilt (siehe hierzu auch Kapitel 4.1.3), was die Einflussnahme für gentechnikkritische Interessenvertreter nicht unbedingt leichter macht (vgl. Interviewpassage 468).

Die Initiative kann bei Kontakten von Gentechnikkritikern und staatlichen Akteuren genauso gut aber auch andersherum von Seiten des Staates initiiert werden, wenn man sich über die Positionierung der Verbände und NGOs in einer Fragestellung informieren möchte. Dies gilt umso eher, je größer und einflussreicher die kritischen Akteure sind. Sehr kleine Akteure hingegen bekommen derartige Einladungen in der Regel nicht (vgl. Interviewpassagen 469, 470, 471). Besonders relevant ist man als Akteur auch, wenn man wie die niederländische Branchenorganisation für biologische Landwirtschaft der Hauptvertreter seines Sektors ist und dann sowieso bei kritischen Themen oder vor definitiven Entscheidungen immer von Regierungsseite gehört

wird. Derartige Einladungen finden in beiden Untersuchungsländern gleichermaßen statt und sind zumeist Teil formaler Prozesse, die etwa in Form von Anhörungen, Ausschusssitzungen oder Konsultationen im Rahmen von Gesetzgebungsverfahren stattfinden, in denen die Gentechnikkritiker als Sachverständige vorgeschlagen und eingeladen werden. Entscheidend für die Einflussnahme ist jedoch, ob ein Akteur auch darüber hinaus regelmäßig im Kontakt zu den Entscheidungsträgern steht und ob auch außer der Reihe Informationen ausgetauscht werden: *„Und die Frage ist ja, was geschieht davor, dazwischen und danach: Kriegt man rechtzeitig Informationen, wie der Stand gerade ist und wie wird man dort jenseits dessen einbezogen.“* (Interviewpassage 472) Regelmäßige telefonische wie auch physische Kontakte auf die Referentenebene der Ministerien sind hierbei wichtig und fanden während der konjunkturellen Hochphasen des Gentechnikthemas bei vielen kritischen Akteuren auch immer wieder statt (vgl. Interviewpassage 473).

Wie beschrieben kann die Initiative bei Kontaktaufnahmen zwischen staatlichen und kritischen Akteuren von beiden Seiten ausgehen. Ob eine der Seiten beim Herantreten an den jeweils anderen hierbei aktiver ist, kann von den Befragten oftmals nicht klar beantwortet werden. Wie bereits beschrieben, geht die Initiative bei kleineren Akteuren zwar nur in Ausnahmefällen von der staatlichen Seite aus. Je größer jedoch der Akteur, desto mehr hält sich dieses Verhältnis die Waage. Von welcher Seite letztendlich die Erstinitiative ausgeht, ist dabei immer auch stark von der aktuellen Situation im Politikfeld und auf der politischen Agenda abhängig (vgl. Interviewpassagen 474, 475).

Unabhängig von den Themenkonjunkturen kann es zwischen kritischen Organisationen und der staatlichen Seite aber auch in Form von mittel- oder längerfristigen Projektkooperationen zu einer starken Zusammenarbeit kommen. Dies kann etwa im Rahmen von gemeinsam organisierten Veranstaltungen, aber auch in Form von staatlichen Projektaufträgen geschehen, um die sich NGOs bewerben können oder bei denen die Initiative selbst von den gesellschaftlichen Akteuren ausgeht. Der Erfolg derartiger Kooperationen sei aber – und das gilt ebenso für die zuvor beschriebenen Formen von Kontaktaufnahmen und Einbindungen – immer sehr stark von den zustän-

digen Personen auf beiden Seiten und deren gegenseitiger Sympathie abhängig. Der menschliche Faktor darf also auch hier nicht unterschätzt werden (vgl. Interviewpassagen 476, 477).

#### *Interaktionen mit Befürwortern*

Neben Kontakten zu staatlichen Stellen stehen viele der gentechnikkritischen Aktivist\*innen auch immer wieder mit Gentechnikbefürwortern in Kontakt. Hierbei handelt es sich in der Regel weniger um konkrete Verhandlungen, sondern mehr um Interaktionen in Form von Gesprächen oder Diskussionsrunden, durch die andere von dem eigenen kritischen Standpunkt überzeugt werden sollen. Die Initiative für diese Aufeinandertreffen ging in der Vergangenheit dabei oft von staatlichen Stellen aus, von wo aus viele Konsensrunden organisiert wurden, bei denen Gegner und Befürworter an einen Tisch gebracht wurden (vgl. Interviewpassagen 478, 479, 480; siehe auch Kapitel 3.1.2.7). Heutzutage ist der Staat weniger als früher die treibende Kraft, wenn im Rahmen von verschiedenen Veranstaltungen Dialog- und Diskussionsrunden zum Thema Grünen Gentechnik stattfinden. Diskussionsveranstaltungen finden heute eher direkt auf Initiative der Gegner oder Befürworter statt (vgl. Interviewpassagen 481, 482).

Dies sind dann nicht selten Veranstaltungen, die von den direkt betroffenen Gruppen – etwa den Imkern oder Landwirten – selbst vor Ort organisiert werden und bei denen Vertreter beider Lager auf dem Podium nebeneinandersitzen und diskutieren (vgl. Interviewpassage 483). Auf derartigen Veranstaltungen treffen die Campaigner nach eigener Aussage dann auch relativ oft auf dieselben Vertreter der Gentechnikkonzerne. Dies kommt zum Teil so oft vor, dass sich die Vertreter beider Seiten mitsamt ihren Aussagen und Positionen mitunter sehr vertraut sind und man die Statements der Kontrahenten regelrecht auswendig kennt (vgl. Interviewpassagen 484, 485). Sofern die Gentechnikbefürworter als Initiatoren auftreten, sind die Aufeinandertreffen dabei mitunter auch Teil der eigenen Kommunikations- und Öffentlichkeitsstrategie – eine Tatsache, durch welche die ansonsten selbst offensiv auftretenden Gegner in die Defensive befördert werden können, da es ihnen dann schwer fällt, das Problem bei so viel Offenheit deutlich zu benennen (vgl. Interviewpassage 486).

Die Bereitschaft zum Dialog mit der Gegenseite ist unter den kritischen Akteuren aber sehr unterschiedlich stark ausgeprägt. Während ideologischere Akteure vielleicht eher auf Distanz gehen, sind die gemäßigteren unter den Gentechnikkritikern nicht abgeneigt, auch offensiv auf die Gegenseite zuzugehen und mit ihnen unvoreingenommen inhaltlich zu sprechen und zu diskutieren (vgl. Interviewpassage 487). Aber auch für die gemäßigteren unter den kritischen Akteuren gibt es Grenzen, bei deren Überschreitung sie nicht bereit sind, sich mit staatlichen und/oder gegnerischen Akteuren an einen Tisch zu setzen. Dies traf in der Vergangenheit immer dann zu, wenn der gemeinsame Diskurs aus Sicht der Gentechnikkritiker nicht mehr als eine Alibiveranstaltung darstellte, bei der sie das Gefühl hatten, als Feigenblatt zu dienen und am Ende Ergebnisse als Konsens dargestellt wurden, die so zuvor nie von allen Seiten akzeptiert wurden (vgl. Interviewpassagen 488, 489).

### 6.3.3. Interaktionsverweigerer

Und auch unter den gentechnikkritischen Akteuren selber gibt es trotz der vielen Kooperationen und den aufgezeigten Vorteilen der Zusammenarbeit (siehe dazu Kapitel 6.2.1) auch immer wieder kritische Akteure, die trotz vergleichbarer Ziele eher auf Distanz zu gleichgesinnten Akteuren gehen und sehr enge Kooperationen meiden. So wird etwa die Kampagnenorganisation *foodwatch* von vielen der befragten Akteure als nicht kooperationswillig und schwierig beschrieben. Insgesamt wird – und das gilt für den niederländischen genauso wie für den deutschen *foodwatch*-Ableger – auch nur in vereinzelten Projekten und Kampagnen eine Zusammenarbeit eingegangen – zu langfristigen strategischen Kooperationen scheint man nicht bereit zu sein. Eine Einladung zum Runden Tisch der Gentechnikkritiker habe die Organisation um den ehemaligen *Greenpeace*-Manager THILO BODE ebenfalls abgelehnt (vgl. Interviewpassagen 490, 491). Nach Einschätzung der befragten Akteure sei *foodwatch* einzig und allein auf medienwirksame Kampagnen aus, bei denen Skandale offengedeckt und medial ausgeschlachtet werden. Deshalb, und aufgrund des in den Augen von vielen sehr undemokratischen und selbstherrlichen Führungsstils des Geschäftsfüh-

rers, scheiden sie auch von Seiten einiger der Runden Tisch-Mitglieder explizit als Kooperationspartner aus (vgl. Interviewpassagen 492, 493).

Ebenfalls eher zurückhaltend, aber doch ein Stück offener als etwa *foodwatch* tritt *Greenpeace* gegenüber der Frage nach Zusammenarbeit mit gleichgesinnten Akteuren auf. So tauschen sich die Vertreter der Organisation sowohl in den Niederlanden als auch in Deutschland zwar regelmäßig mit anderen gesellschaftlichen Akteuren aus und sitzen in Deutschland sogar mit am Runden Tisch. Bei der Umwelt-NGO drängt sich allerdings stark das Bild auf, dass man am liebsten so wenig wie möglich mit anderen Gruppen teilen und sich am liebsten nicht von anderen in die Karten schauen lassen möchte. Fragt man nach den Gründen, dann bekommt man die Antwort, dass der Organisation die eigene Unabhängigkeit sehr wichtig ist und man dort – etwa bei der eigenen Finanzierung – sehr darauf achtet, nur Gelder von privaten Spendern anzunehmen und so sämtlichen möglichen Abhängigkeiten aus dem Weg geht (siehe auch Kapitel 4.4.8). In den „Richtlinien zur Zusammenarbeit mit Dritten“ von *Greenpeace* aus dem Jahr 2009<sup>224</sup> heißt es in der Einleitung: „Die eigene Unabhängigkeit ist für *Greenpeace* von größter Bedeutung. Was auch immer *Greenpeace* unternimmt – diese Unabhängigkeit darf in keinem Fall aufs Spiel gesetzt werden.“ Ähnlich verlautete es auch in der E-Mail-Korrespondenz mit einer Vertreterin von *Greenpeace Deutschland*, die angab, dass viele andere NGOs auf staatliche Unterstützung oder Gelder aus Stiftungen, oder von Firmen zurückgreifen und deshalb eine Kooperation mit ihnen ausgeschlossen wäre (vgl. Töwe-Rimkeit 2013).

Akteure, die auf dem Gentechnik-Politikfeld mit *Greenpeace* zusammenarbeiten, sind sich darüber bewusst, dass die NGO nur sehr selten einen Einblick in ihr Handeln gewährt. Und auch *Greenpeace* selbst macht kein Geheimnis daraus, dass man eher auf die eigens engagierten Forscher hört als auf irgendeinen anderen kritischen Akteur. Das führt dann aber auch nicht selten dazu, dass *Greenpeace* von anderen, kleineren Umweltakteuren als arrogant und nicht für Kooperationen und Verhandlungen geeignet angesehen wird (vgl. Interviewpassagen 494, 495; Logger/Menkhorst 2012). Inoffiziell kommt es aber

---

<sup>224</sup>

Online: <https://www.greenpeace.de/sites/www.greenpeace.de/files/20090301-Zusammenarbeit-mit-Dritten-Fundraising-Ethik.pdf>, Seite 1, Abruf: 4. Februar 2019.

trotzdem immer wieder dazu, dass man auch für die Ideen anderer Akteure offen ist – auch wenn man das vielleicht nicht direkt nach außen so kommuniziert. So wissen die anderen gentechnikkritischen Akteure auch, wie sie die Grundsätze der NGO zu verstehen haben und scheinen sich mit deren Sonderrolle arrangiert zu haben: „also die brauchen keine Partner. Die nehmen die Ideen auf und wenn du dann das Greenpeace-Heft liest und du liest deinen eigenen Text, sagst du ‚ja wunderbar‘. Aber das ist in Ordnung.“ (Interviewpassage 496).

Seinen Ursprung hat die abwehrende Haltung von *Greenpeace* nach Ansicht der beiden niederländischen Journalisten BRAM LOGGER und ROOS MENKHORST (2012) in der seit den 1990er Jahren angestiegenen Konkurrenz auf dem Markt der Hilfsorganisationen. Durch den größer werdenden Druck bei der Spendenakquise ist *Greenpeace* dazu gezwungen, sich dieses deutliche Unabhängigkeitsprofil zu geben. Dies hat sich auch darin gezeigt, dass man nahezu nie bei Verhandlungen mit staatlichen Stellen dabei ist, was bei anderen kritischen Akteuren nicht selten zu Unverständnis führte. Durch diese Haltung verlor die NGO jedoch auch an Mitsprache und Einfluss in politischen Kreisen. Nach der gescheiterten Öffentlichkeitskampagne 1995 gegen *Shell*<sup>225</sup> schwand der Einfluss von *Greenpeace* weiter. Andere gesellschaftliche Akteure, die wohl zu Kompromissen und Zusammenarbeit mit staatlichen Stellen bereit sind, konnten davon mehr und mehr profitieren (vgl. ebd.).

Bei einem anderen internationalen Naturschutzakteur, dem WWF – und in den Niederlanden gleichzeitig auch bei der Entwicklungshilfeorganisation *Solidaridad* –, gibt es ebenfalls den Fall einer Verweigerung von Kooperation. Diese geht jedoch nicht von diesen beiden NGOs selber, sondern von den anderen Gentechnikkritikern aus und begründet sich aus der Mitgliedschaft von WWF und *Solidaridad* in der internationalen Sojakoalition *RTRS*, dem *Round Table on Responsible Soy*.<sup>226</sup> Dort haben sich verschiedene Interessengruppen der Lieferkette für Sojaprodukte zusammengeschlossen, um für „verantwortliche Stan-

---

<sup>225</sup> *Greenpeace* argumentierte mit falschen Zahlen gegen die geplante Versenkung der Ölplattform *Brent Spar* durch *Shell* im Meer.

<sup>226</sup> Zur Diskussion der Verbindung von WWF und *RTRS* vgl. auch den Dokumentarfilm „Der Pakt mit dem Panda“ von Wilfried Huismann aus dem Jahr 2011.

dards“ in Verarbeitung und Handel einzutreten. Gegen genetisch modifizierte Soja hat man sich in dieser Koalition allerdings nicht explizit ausgesprochen, weshalb vor allem der WWF aus der Reihe der gentechnikkritischen Verbände als eine Art Verräter angesehen wird. Die Kennzeichnung mit einem *RTRS*-Label wird aus Sicht hunderter Organisationen als „Greenwashing“ angesehen, was etwa den *Deutschen Naturschutzring* dazu veranlasste, den WWF zu einem Rückzug aus dem *RTRS* zu bewegen (vgl. Coenen 2011c). Vertreter von WWF und *Solidaridad* selbst argumentieren laut der niederländischen Tageszeitung *Trouw*, dass die Diskussion über das Für und Wider von Gentechnologie überflüssig geworden ist, da weltweit mittlerweile mehr transgene als konventionelle Soja angebaut wird (vgl. Blijker 2009). Zudem habe man nur durch eine Teilnahme am *RTRS* die Möglichkeit, die Marktmacht von Produzenten und Händlern zu minimieren, Einfluss auf das Handeln der Stakeholder auszuüben und sich für einen nachhaltigen Anbau einzusetzen (vgl. Brandsma 2011).

Nicht zuletzt dieser Fall von WWF und Co. war für viele kritische Akteure Anlass, zukünftig genauer hinzusehen, mit wem man eine Kooperation eingeht und nur dann einzuwilligen, wenn man sich sicher ist, dass man dem anderen Akteur auch vertrauen kann. Neben der Glaubwürdigkeit bedarf es bei die Kooperationspartnern auch an Harmonie, da eine Zusammenarbeit ansonsten eher nicht förderlich ist. Besonders für kleinere Akteure mit geringeren personellen Ressourcen ist es dabei in dem Dickicht von Akteuren, die sich auf dem Politikfeld tumeln, nicht immer einfach, den Überblick zu behalten. Hier wird vor dem Beginn einer Zusammenarbeit dann sehr genau geprüft, ob man die Kooperation auch wirklich eingehen möchte (vgl. Interviewpassagen 497, 498, 499, 500).

Ein weiteres Ausschlusskriterium gentechnikkritischer Akteure bei einer möglichen Kooperation mit anderen Gentechnikkritikern ist ein Mangel an Zeitressourcen. Nimmt eine potenzielle Kooperation mit einem anderen Akteur also zu viel Zeit in Anspruch dann kann dies gegen die Zusammenarbeit sprechen (vgl. Interviewpassagen 501, 502). Aber auch die politisch-ideologische Einstellung – wenn sich also zum Beispiel rechtsradikale Gruppen oder Parteien kritisch zur Gentechnik äußern – kann in seltenen Fällen dafür verantwortlich sein, dass man zu bestimmten Gruppen eher auf Distanz geht (vgl. Interviewpassage 503).

Ein anderes Kriterium ist die Nichtkompatibilität der verwendeten Protestinstrumente und -methoden. Hat ein Akteur in seinem Protesthandeln also einen ganz anderen Schwerpunkt, dann kann dies eine Zusammenarbeit ausschließen (vgl. Interviewpassage 504). Bedeutendstes Ausschlusskriterium bei einer potenziellen Kooperation ist für einige der befragten Akteure jedoch etwas ganz anderes – nämlich die Tolerierung oder explizite Verwendung von Gewalt als Protestmittel (siehe hierzu auch Kapitel 5.5.2). Hier ist für viele eine Grenze erreicht, die man nicht mehr tolerieren kann und deren Methoden man sich auch durch eine Zusammenarbeit nicht zu eigen machen möchte (vgl. Interviewpassage 505). Andere sehen den Einsatz von Gewalt bei den sogenannten Feldbefreibern weniger dramatisch und respektieren deren Aktionen. So wurde einem großem ökologischen Anbauverband in Deutschland in der Vergangenheit nahegelegt, zu derartigen Gruppen auf Distanz zu gehen. Zwar unterstützt man diese Akteure nicht offen, eine bewusste Abgrenzung hat jedoch auch nie stattgefunden und man ordnet die gewalttätigen Aktionen eher als Teil des Ganzen ein, bei dem jeder seine eigene Rolle spielt (vgl. Interviewpassage 505).

#### 6.4. Unterschiede zwischen Deutschland und den Niederlanden

Betrachtet man die unterschiedlichen Interaktionsmuster in beiden Referenzländern, dann fallen auf dem Politikfeld der Grünen Gentechnik zum Teil sehr starke Unterschiede zwischen der Situation in Deutschland und der in den Niederlanden auf. In Deutschland – so das Ergebnis der Analyse – stehen die kritischen Akteure Kooperationen mit anderen Akteuren generell sehr viel offener gegenüber und verstehen es beispielhaft, viele Vorteile aus der Ressourcenzusammenlegung oder der Bildung von kleinen oder großen Allianzen zu ziehen. Verglichen mit anderen Politikfeldern wie etwa dem der Klimapolitik verlaufen die Bündnisse auch viel konfliktloser und konnten sich so gut wie alle kritischen Akteure auch auf eine gemeinsame Linie einigen und mit gemeinsamer Kraft ihre Interessen vertreten. Die entstandenen Allianzen sind hierzulande vielfach Ergebnis von Institutionalisierungsprozessen der Gesamtbewegung – ohne dass jedoch individuelle Positionen oder der zwangslose Charakter der Interaktionen vollständig aufgegeben wurde. In den Niederlanden interagieren

die gentechnikkritischen Akteure ebenfalls stark miteinander und schließen sich zu Bündnissen zusammen. Allerdings bleibt es oftmals bei Kooperationen einiger weniger Akteure und sind die entstandenen Verbindungen auch viel weniger als in Deutschland von gegenseitigem Vertrauen geprägt. Alles findet auf einem viel geringeren Level statt.

Gegenseitiges Vertrauen ist bei sämtlichen Kooperationen die Grundlage, die eine Zusammenarbeit mehrerer Akteure überhaupt ermöglicht. Das Vertrauen wird in beiden Ländern durch die lange Dauer des Gentechnikkonflikts und die vielen über Jahre aktiven Gentechnikkritiker gefördert, es zeigt sich in seiner Ausprägung in beiden Ländern allerdings unterschiedlich stark. So hat sich in Deutschland – auch durch gemeinsame Erfolge der Bewegung – eine sehr enge und starke Gemeinschaft entwickelt, die zu sehr regelmäßigen und intensiven Austauschprozessen zusammenkommt. Dies gilt für die Niederlande nur in einem begrenzten Maße und dort erfolgen die Interaktionen dann auch weniger als in Deutschland in Form informellerer physischer Treffen, die hierzulande eine wichtige Rolle spielen. So kommt es bei einflussreichen gentechnikkritischen Akteuren regelmäßig zu physischen Begegnungen, die im Rhythmus weniger Wochen bzw. in Form von Vernetzungskonferenzen im Jahresrhythmus stattfinden und so auch stark zu der beschriebenen Vertrauensbildung beigetragen haben. Sofern es in den Niederlanden zum breiten Austausch mehrerer kritischer Akteure kommt, findet dies eher über Mailinglisten und auf einem viel geringeren Niveau statt. Beiden Staaten gemein ist allerdings, dass sich Anzahl und Intensität der Interaktionen auf beiden Seiten der Grenze stark nach konkreten Anlässen richten. Eine Ausnahme bildet das Musterbeispiel unter den gentechnikkritischen Allianzen: der deutsche Runde Tisch, zu dem sich unabhängig von Themenkonjunkturen seit vielen Jahren alle sechs Wochen Vertreter verschiedenster deutscher kritischer Akteure treffen und wo sie sich intensiv austauschen. Etwas Vergleichbares findet sich in den Niederlanden nicht.

Die Besonderheit des Runden Tisches gegenüber anderen Bündnissen und Allianzen in Deutschland und den Niederlanden liegt darin, dass die Austauschprozesse hier viel intensiver und die Kontakte viel tiefgreifender sind. So kommt es hierbei unter den teilnehmenden Akteuren etwa auch zu einer

gemeinsamen Strategieplanung, gemeinsamem Lobbying, einer gemeinsamen Aufgabenverteilung und zu gegenseitigen personellen oder finanziellen Hilfsleistungen – alles Prozesse, die für die besondere Schlagkräftigkeit der Runder Tisch-Akteure sorgen und die in anderen Bündnissen in Deutschland wie den Niederlanden in der Form und in der Breite nicht zu beobachten und auch nicht denkbar sind. In anderen Bündnissen kommt es dann auch maximal zu gegenseitigen Solidarierungen oder Unterstützungsmaßnahmen, zu gemeinsam initiierten Aktionen oder Gerichtsprozessen sowie zu gemeinsam erarbeiteten und abgestimmten Forderungen. In den Niederlanden sind es auch höchstens kleinere Gruppen von Experten, die sich zusammenschließen, sich hauptsächlich über Telefon und E-Mail austauschen und nur ab und an gemeinsame Aktionen planen und durchführen. Im Gegensatz zu den festen, dauerhaften Strukturen, die sich in Deutschland unter den Gentechnikkritikern etabliert haben, sind es in den Niederlanden in der Regel nur *ad hoc*-Strukturen, die sich zu einzelnen Aspekten der Debatte formieren und wo es zu gegenseitigen Absprachen kommt.

Wenn Bündnisse geschmiedet werden, dann schaffen es die Beteiligten in beiden Ländern in der Regel sehr gut, ihre eigenen Standpunkte innerhalb dieser Allianzen beiseite zu Stellen und trotz anderer inhaltlicher Intentionen und nicht zu 100 Prozent deckungsgleichen Zielen auf pragmatische Art und Weise einen kleinsten gemeinsamen Nenner zu finden. Akteure mit weicheren oder härteren Standpunkten als andere können diese innerhalb von Bündnissen oft gut an die Seite schieben. Es wurde in den Niederlanden aber auch berichtet, dass der gemeinsame Entwurf einer Pressemitteilung bei Kooperationen zum Teil bereits ein Problem darstellt, weil man sich nicht auf eine gemeinsame Formulierung einigen kann – derartige Aussagen waren in Deutschland nicht zu hören. Vielmehr gehe man hierzulande mit Unterschieden in der Positionierung bzw. mit Unstimmigkeiten sehr pragmatisch um.

Eine unterschiedliche Rolle spielen in beiden Ländern Konkurrenzgedanken: Während von den Akteuren in Deutschland betont wurde, dass man hier kein Problem damit hat, sich gegenseitig die individuellen Erfolge zu gönnen, drängte sich für die Niederlande bei manchen Akteuren ein eher auf Misstrauen gegenüber den anderen Gentechnikkritikern beruhendes Bild auf, bei

dem der Austausch mit anderen nicht als so bedeutend angesehen wird und man oftmals lieber unabhängig von anderen agiert. Und Euphorie über Interaktionen und Kooperationen mit anderen Akteuren der Bewegung will sich in den Niederlanden lange nicht so stark wie in Deutschland breitmachen. So hörte man dort auch viel öfter Aussagen über problematische Kooperationen, die unter den beteiligten niederländischen Akteuren zu Frustrationen geführt haben. In Deutschland hingegen kam es abgesehen von einigen kleineren Unstimmigkeiten nur sehr selten zu Problemen und wurden viel positivere Erfahrungen mit der Zusammenarbeit gemacht. Hier war man vielmehr durchweg positiv eingestellt und betonte die großen Vorteile eines funktionierenden breiten Bündnisses wie etwa die Effizienzsteigerung, ein Gewinn an Macht und Druckmitteln sowie ein Erkenntnis- und Strategiegewinn.

Keine großartigen länderspezifischen Unterschiede konnten bei Interaktion mit staatlichen Akteuren festgestellt werden. So haben die ressourcenstarken gentechnikkritischen Lobbyingakteure in beiden Ländern regelmäßig direkten Kontakt mit Vertretern des politisch-administrativen Systems – verstärkt während der Entwicklung von policybezogenen Gesetzgebungsprozessen. Dabei kommt es dann in beiden Untersuchungsländern regelmäßig zu Einladungen von staatlicher Seite und Beteiligung in formalen Anhörungsprozessen. Aber auch informelle Einbindung und Beteiligung außerhalb der gesetzlich vorgeschriebenen Rahmen findet in beiden Ländern immer wieder statt. Die Intensivität hängt dabei aber sowohl in Deutschland wie in den Niederlanden immer auch vom Wohlwollen der Entscheidungsträger und von politischen Machtverhältnissen ab, wie etwa die lange Periode des niederländischen CDA in der Regierung oder die Zeit von Forschungsministerin ANNETTE SCHAVAN und Landwirtschaftsministerin ILSE AIGNER in Deutschland gezeigt hat.

## 6.5. Zwischenfazit

In diesem Kapitel konnte die Frage, ob es zwischen den gentechnikkritischen Akteuren in Deutschland, den Niederlanden und darüber hinaus zu Interaktionen innerhalb des Gentechnologie-Politikfelds gekommen ist, positiv beantwortet werden. Trotz der attestierten großen Heterogenität der im Politikfeld

aktiven gentechnikkritischen Gruppen (siehe dazu auch Kapitel 5) und der Tatsache, dass die jeweiligen Positionen auf der Seite der Gegner nie hundertprozentig übereinstimmen, kam es dort, wo Kooperationen eingegangen wurden, nie zu ernsthaften Konflikten. Voraussetzung dafür war und ist ein starkes Vertrauensverhältnis, das die Akteure, die in anderen Situationen teilweise auch in direkter Konkurrenz zueinander stehen, auf diesem Politikfeld verbindet, und das auf einem oftmals jahrelangen Umgang miteinander basiert und durch gemeinsame Erfolge noch weiter anwächst.

Dieses Vertrauen war auch dafür verantwortlich, dass sich in beiden Untersuchungsländern viele konkrete Interaktionen bilden konnten. Sie finden teilweise nur einseitig statt, wenn ressourcenschwache Akteure etwa als reine Informationsempfänger fungieren. Sehr oft kommt es aber auch zu großen temporären, längerfristigen oder wiederkehrenden Bündnissen, in denen die gentechnikkritischen Akteure mit gebündelten Kräften auftreten und als Allianzen einen nicht zu unterschätzenden Machtfaktor bilden. Eine Zusammenarbeit mit anderen kritischen Gruppen macht vor allem deshalb Sinn, da die einzelnen Kollektivakteure mit ihren begrenzten Ressourcen den Gentechnikbefürwortern unterlegen sind. Durch die Zusammenlegung von Ressourcen und Informationen sowie einer gemeinsamen strategischen Planung war es möglich, sehr schlagkräftige Zusammenschlüsse zu bilden, in denen Vertreter mit den unterschiedlichsten Hintergründen – von ökologischen Landwirten über Naturschützer, Verbraucherschützer, Entwicklungshelfer, Bienenzüchter oder kritische Wissenschaftler gemeinsam an einem Tisch saßen. Die Zusammenschlüsse finden teilweise in kleinem Rahmen statt, indem zwei Partner miteinander kooperieren und gemeinsam eine Kampagne starten oder sich zusammen auf einen bestimmten Teilaspekt der Gentechnikthematik konzentrieren. Es kommt aber durchaus auch zu größeren Bündnissen von europaweit bis zu 300 Organisationen, in denen die Positionen der Einzelakteure in der Regel dem kleinsten gemeinsamen Nenner weichen müssen, um in dieser Verbindung geschlossen nach außen auftreten zu können. Der konkrete Nutzen liegt dabei zum Beispiel in gegenseitigem Informationsaustausch, in gemeinsamem Handeln oder gemeinsamer (strategischer) Planung, in gegenseitigen Unterstützungsleistungen oder der Solidarisierung mit den Aktionen von anderen.

Für Deutschland kann von einer besonders starken Vernetzung der gentechnikkritischen Bewegung gesprochen werden, die unter anderem an ständigen physischen Treffen der Aktivisten abzulesen ist. Bei Bündnissen wie dem beschriebenen Runden Tisch Gentechnik ist die Häufigkeit mit einer Zusammenkunft alle sechs Wochen besonders groß. Zwischen einigen der in diesem Bündnis zusammengeschlossenen Aktivisten ist die bilaterale Interaktionsintensität zudem nochmal höher als bei anderen. Von diesem – sicherlich idealtypischen – Zusammenschluss des Runden Tisches vielleicht einmal abgesehen, sind aber Interaktionen in Bündnissen auch stark von den bereits beschriebenen Konjunkturen des Politikfelds (siehe dazu Kapitel 5.3.2) abhängig und damit stark anlassbezogen. Auch ist ein Austausch per Telefon oder E-Mail viel eher die Regel als ein physisches Treffen – vor allem bei Kontakten zu Akteuren auf der EU-Ebene.

Zur Zusammenarbeit in Bündnissen kommt es auch in den Niederlanden, nicht zuletzt aufgrund der viel kleineren Anzahl an aktiven Akteuren finden Kooperationen dort allerdings auf einem viel geringeren Level statt und zeichnen so ein anderes Bild. Neben mehreren Beispielen für bilaterale Zusammenarbeit von kritischen Akteuren besteht auch in den Niederlanden ein breiteres Bündnis, jedoch lediglich in Form einer überschaubaren Gruppe, die hauptsächlich über E-Mail kommuniziert, sich nur maximal dreimal im Jahr physisch trifft und der zudem viele passive Mitglieder angehören, die sich in der Regel nicht oder nur selten an den Diskussions- und Kommunikationsprozessen dieses Bündnisses beteiligen. Im Vergleich zum Runden Tisch in Deutschland fehlt es an einer gewissen Breite der vertretenen aktiven Gruppen genauso wie an einer festen und auf Dauer angelegten Struktur sowie an dem notwendigen Vertrauen ineinander.

Kooperationen zwischen gentechnikkritischen Akteuren bringen unterm Strich in der Regel Vorteile für alle beteiligten Partner. Die überwiegende Mehrheit der Befragten war der Ansicht, dass man vieles von dem, was in den vergangenen Jahren geleistet wurde, als einzelner Akteur nicht hätte schaffen können. Durch die Bündelung von Fähigkeiten und Ressourcen konnte als Bewegung ein wirksames Gegengewicht zum Machtblock der Biotechnologieunternehmen, eine Steigerung der Effizienz sowie ein Erkenntnis- und Strategie-

gewinn für alle generiert werden. Mit dabei geholfen hat auch die Tatsache, dass ein Konkurrenz- und Profilierungsdenken zwischen den Gentechnikkritikern in Deutschland anscheinend gar nicht oder nur latent vorhanden war. In den Niederlanden fiel die Beurteilungen von Interaktionen dann auch längst nicht so euphorisch wie in Deutschland aus – vielmehr überwog eine kritische Beurteilung von Kooperationsinitiativen und es wurde mit Blick auf bisherige Interaktionen eher von Problemen gesprochen, die insgesamt entmutigend gewirkt hätten. Hier fehlte es viel öfter als in Deutschland an einem Mindestmaß an Vertrauen ineinander und die Akteure betonten viel öfter die Wichtigkeit der eigenen Unabhängigkeit. Zu den Sorgen, die etliche Akteure beim Eingehen von Kooperationen mit anderen plagten, zählt unter anderem, dass sich die Zusammenarbeit derart auf den eigenen Akteur auswirkt, dass eigene Positionen oder Strategien angepasst werden müssen. Für viele sei dies aber überhaupt nicht negativ einzustufen, wenn die eigenen Standpunkte bei gemeinsamen Auftritten im Bündnis auch einmal zurücktreten müssen. Sie betonten eher den Gewinn an neuen Argumentationen und Erfahrungen, den die Zusammenarbeit bringe.



## 7. Rollenmuster

Durch die verschiedenen Typen von kritischen Akteuren auf dem Politikfeld der Agro-Gentechnik existieren auch sehr differenzierte Rollen, die von den einzelnen kritischen Akteuren des Politikfelds gespielt werden und die sich aus ihrem Handeln ergeben. Von Rollen, die Akteure spielen, war bereits die Rede, als es im Theorieteil dieser Arbeit darum ging, das Wesen von NGOs zu charakterisieren. Dort hieß es, Nichtregierungsorganisationen würden die Rollen der *Advokaten*, *Experten* und *Helden* spielen (siehe dazu Kapitel 2.2.1.4). Da es – wie gezeigt – aber nicht nur NGOs, sondern auch soziale Bewegungen, Einzelakteure, Vereine, Interessenverbände und Branchenorganisationen sind, die gemeinsam die gentechnikkritische Bewegung bilden, sind die Rollen, die von den einzelnen Akteuren auf dem Politikfeld gespielt werden, noch viel differenzierter.

Alle nehmen sie innerhalb der gesamten großen kritischen Bewegung – abhängig von ihren eigenen Möglichkeiten und Fähigkeiten – ihre speziellen Aufgaben wahr. Dadurch, dass durch die Bewegung eine derartig breite Zahl an Aufgaben erledigt wird und man als Gesamtakteur mit so vielen unterschiedlichen Methoden seinen Einfluss geltend machen kann, wird den Biotechnologieunternehmen eine wirksame Kraft entgegengesetzt. In den Niederlanden fällt diese Kraft aufgrund der nur begrenzten Anzahl noch aktiver Akteure entsprechend geringer aus. Bei unseren Nachbarn ist die Bewegung zudem auch viel weniger heterogen als in Deutschland, wodurch die Rollen dort auch nicht alle vergleichsweise gut besetzt werden.

Anhand der in dieser Untersuchung gewonnenen Erkenntnisse wie etwa den Verhaltensmustern, den Interaktionsmustern und den Unterscheidungskriterien der Akteure, wurden durch eine Generalisierung der Daten aus der Masse der untersuchten Akteure zwölf abstrakte Rollenmuster generiert, denen die gentechnikkritischen Akteure zugeordnet werden können. Von professionell agierenden *Interessenakteuren*, *Initiatoren* oder *Koordinatoren*, pragmatischen *Verhandlungspartnern*, sich auf besondere Aspekte beschränkenden *Spezialisten*, *Klägern* und *Wächtern*, dienstbaren *Informationsverbreitern* und *Zuarbeitern* bis hin zu nach Außen gekehrten *Lautsprechern*, *Rebellen* und *Wutbürgern*

sind viele verschiedene Muster vertreten. Die Rollen sind idealtypisch und so ist es auch eher die Ausnahme als die Regel, dass ein Akteur ausschließlich einer Rolle zuzuordnen ist.

In diesem Kapitel sollen zwölf herausgearbeitete Rollenmuster definiert und ihnen die bedeutenden kritischen Akteure des Politikfelds zugeordnet werden. Gegen Ende des Kapitels folgt in Tabelle 13 zudem noch eine Übersicht über die jeweiligen Rollen, welche die interviewten Akteure auf dem Gentechnikpolitikfeld einnehmen sowie eine kurze Darstellung der Verteilung der Rollenmuster unter den Akteuren sowie zwischen den beiden Untersuchungsländern.

### *Allgemeine Interessenanwälte*

Die Mehrheit der Gentechnikkritiker tritt als Anwalt von Interessen auf die Bühne des Politikfelds. Der Begriff des Interessenanwalts ist eine Mischung aus „Advokat“ und „Interessenvertreter“ und soll deutlich machen, dass hier sowohl NGOs als auch Verbände Teil der gentechnikkritischen Bewegung sind. Sie alle betreiben ihr Lobbying bei staatlichen Stellen und/oder den Biotechnologie-Unternehmen und versuchen diese zum Umdenken zu bewegen. Oder sie probieren, ihre Forderungen in die Öffentlichkeit zu tragen und ihre Anliegen auf diese Art und Weise auf der politischen oder öffentlichen Themenagenda zu platzieren. Aktiv sind diese Akteure in den beiden Untersuchungsländern mehrheitlich auf der staatlichen Ebene und ihr Sitz oder die Hauptgeschäftsstelle liegt oft in der geografischen Nähe der politischen Entscheidungsträger. Über Dachverbände und Untergliederungen sind viele von ihnen aber auch durch eigene Vertreter auf der europäischen oder der Bundeslands- und Provinzebene vertreten.

Um die Lobbykampagnen durchführen zu können, sind die Interessenanwälte professionell organisiert und es stehen ihnen ausreichend finanzielle und personelle Ressourcen zur Verfügung. Ebenfalls vorhanden ist ein großer Rückhalt bei ihren Mitgliedern oder Anhängern und Spendern, die im besten Fall durch gemeinsame Proteste oder Mittel wie Wähler- oder Käuferentzug als Druckmittel fungieren können. Primär eingebunden sind die Interessenanwälte in der Regel nicht direkt in das Anti-Gentechniknetzwerk. Vielmehr

haben die Akteure vornehmlich allgemeinere Ziele wie etwa den Umweltschutz, den Verbraucherschutz oder die Interessenvertretung von Landwirten. Sie treten alle als Anwalt oder Vertreter von Interessen auf – unterschiedlich ist allerdings, für welche Art von Gruppen sie als Agenten fungieren. So vertreten einige der kritischen Akteure ganz konkret die eigenen Interessen ihrer Anhängerschaft und treten als *pressure groups* auf: Imkerverbände und (Bio-) Landwirte zum Beispiel, für die der Nachweis von gentechnischen Verunreinigungen in ihren Produkten finanzielle Einbußen bedeuten würde. Oder Vertreter der Bio-Industrie, bei denen Gentechnik nicht erlaubt ist und die für separate Produktions- und Handelsprozesse eintreten. Oder aber Verbände von konventionell arbeitenden Pflanzenzüchtern, die sich gegen transgene Methoden einsetzen und die damit verbundene Patentierung von Saatgut ablehnen. Von den interviewten Akteuren können etwa die *AbL*, der *BÖLW*, *Bioland* sowie *Bionext* als starke und breit aufgestellte Interessenverbände dieser Gruppe zugeordnet werden.

Andere kritische Akteure treten primär nicht für ihre eigenen Interessen, sondern für die anderer – oftmals benachteiligter – Personengruppen ein: So setzen sich etwa Entwicklungshilfeorganisationen oder Vertreter des *Trans Fair*-Gedankens für die Rechte von Landwirten und Verbrauchern in Entwicklungsländern ein, die sie durch die Bestrebungen der Biotechnologieunternehmen in diesen Teilen der Welt bedroht sehen. Und auch Vertreter von Verbraucherschutzverbänden zählen hierzu, wenn sie die – schwachen – Interessen ihrer Klientel im Blick haben und für deren Schutz eine Koexistenz und Wahlfreiheit von transgenen und konventionellen Produkten verlangen. Bei den befragten Akteuren trifft dies lediglich auf *Slow Food Deutschland* bzw. zu einem gewissen Teil auf den *Bio-Verbraucher e.V.* zu. Dieser Verband war – zumindest zur Zeit der Interviews – allerdings noch zu wenig professionalisiert.

Eine dritte Gruppe von Akteuren schließlich vertritt explizit solche Interessen, die sich primär jenseits menschlicher Belange bewegen. Sie treten – wie etwa Umwelt-NGOs und Naturschutzorganisationen, aber auch Globalisierungskritiker – treuhänderisch auf und benutzen ihre *advocacy*- und *voice*-Funktion für das Klima, die Natur, die zukünftigen Generationen oder stellen

ihr Handeln in den Namen von normativen Zuständen wie Frieden oder Gerechtigkeit. Von den befragten Akteuren können *Greenpeace Nederland* und der *NABU* dieser Gruppe zugeordnet werden.

Das Rollenmuster des allgemeinen Interessenanwälte trifft auf sehr viele kritische Akteure des Politikfeldes zu, da alle Stakeholder eines oder mehrere Interessen verfolgen. Sehr kleine oder *Single-Issue*-Akteure fallen aber durch das Raster der oben aufgeführten Definition, da sie keine „allgemeinen“ Interessen vertreten, sich also nur auf die Gentechnikthematik oder verwandte Themenfelder spezialisiert haben und/oder nicht die entsprechende Größe, Ressourcen und Professionalität mitbringen.

### *Spezialisten*

Eine weitere Rolle, die von einer Reihe von Gentechnikkritikern eingenommen wird, ist die des *Spezialisten*. Ähnlichkeiten zur NGO-Rolle des „Experten“, wozu Nichtregierungsorganisationen Vertretern von Regierungen und Medien mit Spezialwissen entgegneten und diese beraten, sind bewusst gewählt. Durch die Heterogenität der Anti-Gentechnikbewegung nehmen jedoch nicht nur NGOs diese Rolle ein. Auch Vertreter anderer Organisationsformen sind als Berater tätig, führen Forschungstätigkeiten durch oder übernehmen über Projektarbeit Aufgaben für staatliche Akteure.

Experten sind die Gentechnikkritiker vor allem durch ihr angehäuftes Spezialwissen über die Technologie, welches Regierungs- oder Medienvertreter selbst nicht besitzen. Dies gilt besonders dann, wenn sich Gentechnikkritiker besonders auf einen Teilaspekt der Thematik wie etwa die Auswirkungen von Glyphosat und anderer Pestizide auf Umwelt und Gesundheit, auf die Folgen von Saatgutpatentierungen oder etwa auf den Bereich Bioökonomie spezialisiert haben und so auch innerhalb der Bewegung eine Art Nischenrolle einnehmen.

Als Forscher treten Gentechnikkritiker immer dann auf, wenn sie etwa von staatlicher Seite mit Forschungsprojekten beauftragt werden und so zum Beispiel mathematische Modellierungen zur Verbreitung von Maispollen oder Gutachten zu den Auswirkungen der Patentierung von Saatgut und Pflanzen erstellen. Wer die Mittel dazu besitzt, kauft sich diese Forschungsexpertise –

etwa durch eine Kooperation mit einer Universität – auch zu. Einige der kritischen Akteure konzentrieren sich aber auch ganz auf Forschungsdienstleistungen für andere Akteure außerhalb und innerhalb der Bewegung und haben diese Beratung zu ihrer Kernkompetenz gemacht.

Von den interviewten Akteuren lassen sich etwa der *BÖLW* und sein Mitglied *Bioland e.V.* und auch der *NABU*, *Bionext* und *Greenpeace Nederland* diesem Rollenmuster zuordnen; etwas abgestuft auch die *AbL*. Darüber hinaus treten aber auch Akteure wie etwa das *Umweltinstitut München*, *Testbiotech e.V.* oder die niederländische *Stichting Genethica* als Spezialisten auf, indem sie von staatlicher Seite – mehr noch aber von den anderen kritischen Akteuren selbst als Experten konsultiert werden und für diese beratend tätig sind.

### *Lautsprecher*

Als *Lautsprecher* treten Gentechnikkritiker an die Öffentlichkeit, wenn sie ihren Protest öffentlich in Form von zumeist öffentlichkeitswirksamen Aktionen und Kampagnen inszenieren und damit den Zugang zu den Massenmedien suchen. Mehrheitlich sind es NGOs, die diese Rolle spielen, weshalb die Rolle wie bei Nichtregierungsorganisationen üblich, auch „Helden“ heißen könnte. Da aber durchaus auch gentechnikkritische Interessenverbände und kleinere soziale Bewegungen derart medienwirksame Kampagnen durchführen, soll hier von „Lautsprechern“ gesprochen werden – auch um den Ruf nach Öffentlichkeit zu symbolisieren.

Als Aktionsformen werden etwa Großdemonstrationen und Protestmärsche oder Blockaden gewählt. Aber auch Online-Unterschriftenkampagnen und -Petitionen mit über 100.000 Unterzeichnern gehören zum Repertoire dieser Akteure. Ziel der Aktivitäten ist es dabei, ihren „mächtigen“ Gegnern mit breiter Schulter entgegenzutreten, Stärke zu zeigen und damit Druck auszuüben. Neben Unternehmen der Biotechnologiebranche können es auch bedeutende Akteure wie Fastfood- oder Supermarktketten sein, die man öffentlichkeitswirksam herausfordert.

Voraussetzung dafür, diese Rollen spielen zu können, ist eine vorhandene Kampagnenfähigkeit der Akteure. Durch professionelles Kampagnenmanage-

ment sind sie in der Lage, Themen sehr geschickt medienöffentlich zu setzen und zu skandalisieren, und direkt oder über den Umweg der Medien und der Öffentlichkeit Druck auf Entscheidungen der Politik, Verwaltung oder Konzerne auszuüben. Einen riesigen Apparat an Personen und Kapital wird dafür im Hintergrund nicht unbedingt benötigt, denn mit Hilfe der sozialen Netzwerke als Multiplikatoren können (Online-)Kampagnen heutzutage auch mit begrenzten Ressourcen große Erfolge erzielen.

So können von den interviewten Akteuren hier in erster Linie *ASEED Europe* mit seinen Kampagnen und speziell der temporären Aktionsgruppe *Verdelg Monsanto* oder *Greenpeace Nederland* mit seinen medienwirksamen Aktionen als Lautsprecher eingruppiert werden. Aber auch Akteure wie der *BÖLW* mit seiner bedeutenden Unterschriftenaktion oder *AbL* und *NABU* oder *Bioland* und *Slow Food Deutschland*, die jeweils eine sehr wichtige bzw. wichtige Rolle im Trägerkreis der „Wir haben es satt!“-Demonstrationen einnehmen, spielen die Rolle der Lautsprecher. Darüber hinaus kann man auch kritische Akteure wie *Campact*, *Attac Deutschland*, *BUND*, die beiden nationalen *foodwatch*-Ableger sowie etwas abgeschwächt auch den interviewten Akteur *Bionext* dieser Kategorie zuordnen.

### *Rebellen*

Ein Stück weiter als die Lautsprecher gehen jene gentechnikkritischen Akteure, die mit ihren Aktionen deutlich auf Konfrontationskurs zu ihren Gegnern gehen. Sie sind viel ideologischer als der Durchschnitt eingestellt und versuchen vom Rand her, ihre extremeren Positionen und Haltungen in die Diskussion einzubringen. Damit erhofft sich der Rest der Bewegung, der ein größeres gesellschaftliches Spektrum abdeckt, eine Stärkung ihrer liberaleren Positionen in Verhandlungen mit Gegnern und Entscheidungsträgern. Die Rebellen sind durch ihre ideologischen Einstellungen selbst wenig bis gar nicht kompromissfähig. Und auch was die Zusammenarbeit mit anderen Akteuren der Bewegung betrifft, treten die Rebellen eher zurückhaltend – aber nicht abgeneigt – auf. Sie agieren dabei ganz nach dem Motto, dass derjenige, der mit anderen zusammenarbeitet, weniger kritisch sein kann.

Man könnte sie auch als „böse Buben“ der Bewegung bezeichnen, denn sie treten in ihren Kampagnen – bezogen auf ihre Gegner – oftmals provokativ und herausfordernd auf und suchen nicht selten die direkte Konfrontation mit den Gentechnikbefürwortern oder -unterstützern. Wenn sie etwa Schiffe mit transgener Ladung an Bord entern, sich bei Kletteraktionen von Firmengebäuden der Gentechnikkonzerne abseilen oder systematisch Versuchsfelder mit transgenen Pflanzen zerstören und vor Gewalt auch gegen Wachpersonal nicht zurückschrecken, erregen sie viel öffentliches Aufsehen und setzen sich so mehr als andere offen zur Wehr.

Für ihre teils spektakulären Kampagnen müssen diese Akteure sowohl personell als auch finanziell gut aufgestellt sein, denn ohne ausreichende Ressourcen würden ihre Aktionen nicht durchführbar sein und auch nicht bei den Medien als Multiplikatoren ankommen. Um von Ihnen wahrgenommen zu werden, benötigt es – unabhängig von der Durchführung der Aktionen selbst – vieler helfender Hände, die die Ereignisse textlich und fotografisch derart aufbereiten, dass sie von Medienvertretern und in sozialen Netzwerken schnell und einfach übernommen werden können.

Konkret als Rebellen eingestuft werden können hier sicherlich die beiden nationalen Ableger von *Greenpeace* mit ihren in der Vergangenheit zum Thema Gentechnik immer wieder durchgeführten spektakulären Aktionen; in etwas abgeschwächten Maß auch der *BUND*. Und auch *ASEED Europe* mit seinen unkonventionellen Blockadeaktionen und anderen Protestkampagnen ist diesem Rollenmuster zuzuordnen. Aber sicherlich auch vor Gewaltaktionen nicht zurückschreckende Gruppen wie *Gendreck weg!* oder in den Niederlanden die zu Beginn der 1990er Jahre auftretenden Aktionsgruppen „Razende Rooiers“, „Ziedende Bintjes“ oder „Woedende Escorts“ (siehe dazu Kapitel 4.2.2.4) sind Beispiele hierfür.

### *Wutbürger*

Für eine weitere Rolle kann sich eines Neologismus bedient werden, der während der Diskussion um die Proteste zum Bahnbauprojekt Stuttgart-Ulm

(Stuttgart 21) Einzug in die deutsche Sprache hielt.<sup>227</sup> Der *Duden* definiert den „Wutbürger“ als ein „aus Enttäuschung über bestimmte politische Entscheidungen sehr heftig öffentlich protestierender und demonstrierender Bürger“<sup>228</sup>. Eine ähnlich frustrierte Gruppe von Menschen aus einem alternativen oder durchaus auch bürgerlichem Milieu, die mit bürgerlichen Traditionen gebrochen und/oder der Politik die Gefolgschaft aufgekündigt haben, existiert auch innerhalb der gentechnikkritischen Bewegung. Es handelt sich um Menschen, deren Engagement nicht selten nach dem Betrachten von TV-Dokumentationen oder Kinofilmen über die Gentechnikthematik begonnen ist, die von der Entwicklung hin zur Konstellation einer scheinbaren Übermacht der Biotechnologiekonzerne und einer Ohnmacht der Verbraucher enttäuscht sind, die Ungerechtigkeit nicht mehr ertragen können und darum etwas unternehmen wollen. Sie beginnen, sich privat mehr mit dem Thema auseinanderzusetzen und engagieren sich auf kleinem Niveau gegen die Agro-Gentechnik.

Es kann sich hierbei um das Engagement in einer privaten Initiative oder einem Verein handeln, die Struktur der Zusammenschlüsse bleibt aber immer mehr oder weniger lose. Der Bürgerprotest kann sich mit der Zeit aber auch zu mehr entwickeln und so kann aus einer Initiative mittelfristig gar eine Bürgerinitiative mit höherer Strahlkraft werden. Anstelle von „Mitgliedern“ kann bei den Zusammenschlüssen eher von „Mitstreitern“ gesprochen werden. Aktiv werden diese aufgrund des freiwilligen Charakters ihres Engagements sehr unregelmäßig, da die Aktivität der einzelnen Individuen stark von anderen privaten und beruflichen Tätigkeiten abhängt. Die finanziellen Ressourcen dieser Zusammenschlüsse sind gering und Ausgaben werden aus den privaten Geldbörsen gezahlt.

Hauptinteressen und das primäre Netzwerk dieser Zusammenschlüsse können mannigfaltig sein und von der reinen Schwerpunktlegung auf die Gentechnikthematik bis hin zu allgemeineren Zielen wie der Forderung nach gesünderen Lebensmitteln, einer ökologischen Landwirtschaft oder einer besseren

---

<sup>227</sup> Geprägt wurde der Begriff in einem Essay des Magazins *Der Spiegel* aus dem Jahr 2010 (vgl. Kurbjuweit 2010).

<sup>228</sup> Wutbürger. Online: <http://www.duden.de/rechtschreibung/Wutbuenger>, Abruf: 8. Oktober 2015.

Behandlung der Umwelt gehen. Als Protestmittel dienen kleinere Aktionen wie etwa die Ausrichtung von Infoabenden in Bioläden, die Verteilung von Flugblättern vor Supermärkten oder die Organisation von Infoständen in Fußgängerzonen – alles Instrumente, bei denen der Druck von unten durch Information anderer Bürger erhöht werden soll. Die Aktivitäten finden so in der Regel auch auf der lokalen oder regionalen Ebene statt. Lediglich wenn sich die lokalen Gruppen bei größeren, überregionalen Bündnissen anschließen und etwa auf einer Großdemonstration teilnehmen, kann die lokale Ebene auch einmal verlassen werden. Interaktionen mit anderen gentechnischen Gruppen laufen – wenn sie denn stattfinden – eher einseitig ab, indem eher Informationen von anderen empfangen werden und man selbst weniger aussendet. Lediglich wenn sich die Initiativen weiterentwickeln und sich etwa als Bürgerinitiative auf der Erfolgspur befinden, dann erhöht sich die Strahlkraft und es kommen auch schnell überregionale Akteure der Bewegung auf sie zu, die sich an den Erfolg dranhängen und mit der Bereitstellung eigener Ressourcen ihre Hilfe anbieten.

Als Beispiele für das Rollenmuster der Wutbürger können von den Interviewpartnern die Akteure *Werkgroep "Burgers voor gentechvrij voedsel"*, die *Initiative nahrungs-kette* sowie – vor allem in seiner Anfangszeit – der *Bio-Verbraucher e.V.* genannt werden. In etwas abgeschwächter Form kann auch die *BD-Vereniging* diesem Rollenmuster zugeordnet werden, wenn die Kriterien auch nicht alle vollständig auf sie zutreffen. Von den anderen aktiven gentechnik-kritischen Akteuren fallen zudem kleine niederländische Gruppen wie *De Gentechvrije Burgers* aus Lelystad oder die *Stichting Natuurwetmoeders* aus Den Haag in diese Kategorie.

### *Verhandlungspartner*

Einflussreiche Akteure spielen, sofern sie als zentrale Ansprechpartner der gesamten Bewegung oder ihres primären Netzwerks angesehen werden, auch die Rolle des Verhandlungspartners und treten dabei Vertretern von Gegnerverbänden, staatlichen Stellen oder auch von Partnerakteuren in Diskursen und Unterhandlungen gegenüber. Teilnehmer von Verhandlungsgesprächen und Konsensrunden schotten sich dabei – im Gegensatz zu den „Rebellen“ – nicht

gänzlich von anderen Meinungen ab. Sie vertreten – was die Offenheit in Bezug auf Unterhandlungen mit anderen Akteuren angeht – viel liberalere Positionen und argumentieren weniger oder gar nicht ideologisch. Sie sind kompromissfähig und sehen einen Tauschhandel als legitimes Instrument an, um eigene Forderungen durchzusetzen.

Verhandlungen kann es zum einen zwischen den Akteuren der gentechnik-kritischen Bewegung selbst geben, wenn diese etwa am Runden Tisch zusammensitzen und über die zukünftige Strategie der Bewegung miteinander verhandeln. Kompromissfähig zu sein würde hier bedeuten, dass man vor allem zum Austausch mit anderen, aber auch zur Übernahme von Aufgaben bereit ist und gemeinsame (Strategie-)entscheidungen mitträgt.

Tiefgreifender als die Auseinandersetzung mit mehr oder weniger Gleichgesinnten sind aber Verhandlungen mit staatlichen Akteuren. Hierbei stehen Gentechnikkritiker mit Vertretern aus Politik und Verwaltung in einem direkten Austausch über die inhaltliche Ausgestaltung von Politikgehalten wie etwa Gesetzesinitiativen. Kritische Akteure werden hierzu von Politik oder Verwaltung entweder direkt angesprochen, sie werden als Experten geladen oder bieten selbst als *pressure group* ihre Expertise an (siehe auch Abschnitt „Interessenanwälte“ oben). Kompromissfähig zu sein würde hier bedeuten, dass man etwa wichtige Teilforderungen seiner Ziele in einen Gesetzesvorschlag unterbringen kann, während die Gesetzesinitiative gleichzeitig auch solche Punkte beinhaltet, die von dem kritischen Akteur eigentlich abgelehnt werden.

Noch gravierender als Verhandlungen mit anderen Bewegungsakteuren und Vertretern aus Politik und Verwaltung sind für die kritischen Akteure solche Unterhandlungen, die mit Vertretern der Gentechnikindustrie geführt werden. Immer wenn Gespräche mit Vertretern der Biotechnologiebranche über einfache Diskussionen hinausgehen und wie etwa bei den in beiden Untersuchungsländern stattgefundenen Konsensgesprächen geschehen auf Einvernehmen getrimmt sind, kann es jedoch auch für die liberalsten Gentechnikkritiker schwierig werden. So haben die meisten Bewegungsakteure diese Gespräche sowohl in Deutschland als auch in den Niederlanden relativ früh verlassen oder haben die Einladung sogar von vorneherein abgelehnt. Andere waren in den Niederlanden offener und stimmten in einer Art Tauschgeschäft

seinerzeit für die Zulassung von transgenen Lebensmittelzusatzstoffen auf dem Markt. Im Gegenzug bekamen sie von der Industrie die Zusicherung über eine Gentechnik-Kennzeichnung zugesprochen (siehe dazu Kapitel 5.1).

Die Rolle der Verhandlungspartner deckt sich sehr stark mit jeder der Interessenanwälte. Jedoch sind wie beschrieben nicht immer alle Akteure gleich stark zum Eingehen von Kompromissen bereit. Wichtige Beispiele bei den interviewten Akteuren sind der *BÖLW*, der *NABU*, *Bionext* sowie die *Greenpeace*-Ableger und die *AbL*. Darüber hinaus gehören aber auch Akteure wie die großen Umweltverbände *BUND*, *Milieudefensie* oder die *Stichting Natuur en Milieu* diesem Rollenmuster an. Besonders beim genannten Aspekt der Frage nach Kompromissen gegenüber Gentechnikbefürwortern oder staatlichen Stellen stehen manche dieser Akteure aber nur bis zu einem bestimmten Grad an Zugeständnissen für Verhandlungen bereit und treten darüber hinaus dann eher als klassische *pressure groups* auf und verweigern auch schon einmal die Teilnahme an Dialogrunden bzw. verlassen diese schnell wieder.

### *Informationsverbreiter*

Wie gezeigt wurde, finden zwischen vielen der kritischen Gentechnikakteure regelmäßige Austauschprozesse statt. Einen wichtigen Teil macht dabei der Austausch von Informationen aus. Die Versorgung von Partnerakteuren mit Informationen stellt zudem ein bedeutendes Element der Netzwerkarbeit dar (siehe dazu Kapitel 6). Als solche Informationsverbreiter treten in erster Linie die einflussreicheren Akteure auf, da diese im Vergleich zu weniger einflussreichen Akteuren viel eher an neue und wichtige Informationen kommen. Sie dienen als Knotenpunkte, über die viele Informationen laufen und reichen die Berichte, Hinweise und Nachrichten dann sozusagen „nach unten“ weiter.

Als Zweit- und Drittverwerter treten darüber hinaus aber auch viele andere Akteure als Informationsverbreiter auf. Sie halten ihre Anhänger über Mailverteiler oder Newsletter auf dem Laufenden und sorgen so dafür, dass die neuesten Entwicklungen aus dem Gentechnikbereich auf allen Ebenen der Bewegung – durch die Informierung von Mitgliedern und Spendern aber auch in der Öffentlichkeit – ankommen. Im Gegensatz zu den Akteuren, von denen sie wiederum

ihre Informationen beziehen, benötigen die Zweit- und Drittverwerter auch keine professionellen Organisationsstrukturen sowie große finanzielle und personelle Ressourcen. Über die modernen Kommunikationsmittel können auch sie verhältnismäßig einfach und kostengünstig Informationen (weiter-) verbreiten.

Im besonderen Maße sind für die Berichterstattung nach innen und außen aber auch die Gentechnik-Informationsportale der Bewegung als wichtige Informationsverbreiter aktiv. Sie wurden alle von einem breiten Bündnis von einflussreichen kritischen Akteuren gegründet und dienen vielen als Informationsquelle. Und die deutsche Bewegung kann seit 1985 zudem auf einen eigenen Informationsdienst zurückgreifen, der in Form einer Fachzeitschrift regelmäßig über die neuesten Entwicklungen auf dem Politikfeld informiert.

Alle ressourcenstarken Gentechnikgegner treten auf dem Politikfeld – mal mehr und mal weniger – als Informationsverteiler auf, sodass diese hier nicht noch einmal explizit erwähnt werden sollen. Als Zweit- und Drittverwerter spielen von den befragten Akteuren zudem auch *ASEED Europe*, die *BD-Vereniging*, der *Bio-Verbraucher e.V.*, die *Initiative nahrungs-kette* sowie die *Werkgroep "Burgers voor getechvrij voedsel"* diese Rolle und sind auch die beiden Internetportale zum Schwerpunkt Grüne Gentechnik – *keine-gentechnik.de* sowie *gentechn.nl* – hier zu verorten.

### *Wächter*

Die Gentechnik-Informationssites übernehmen neben der Informationsverbreitung auch noch die Rolle als Wächter, indem sie sich ständig über neue Entwicklungen auf dem Politikfeld informieren und hierzu die Äußerungen und das Tun aller relevanten Akteure observieren. Andere kritische Akteure, die als Wächter auftreten, haben sich viel stärker spezialisiert und beobachten zum Beispiel nur einen Akteur wie etwa das *Europäische Patentamt* in München. Dort schauen sie genau hin, ob es neue Anträge zur Patentierung von Pflanzen, Tieren beziehungsweise Zuchtmaterial gibt oder ob auf Verfahren zur Züchtung von Pflanzen und Tieren sowie auf daraus gewonnene Lebensmittel Patente angemeldet werden.

Wieder andere Akteure, die die Rolle des Wächters der Bewegung angenommen haben, konzentrieren sich etwa auf die Betrachtung von Entscheidungsträgern, indem sie eng mit nationalen oder europäischen Vertretern aus Exekutive und Legislative in Kontakt stehen und so relativ früh mitbekommen, wenn dort etwas Neues geplant wird. Und noch andere haben sich auf das Screening von Äußerungen aus der Biotechnologiebranche spezialisiert, spielen hier den Wächter, reagieren bei entsprechenden Entwicklungen und geben ihre gewonnenen Erkenntnisse dann an die Bewegung weiter, die dann gemeinsam oder einzeln darauf reagieren kann.

Gemein ist allen diesen Akteuren, dass sie über ausreichende finanzielle und personelle Strukturen verfügen müssen, um eine dauerhafte Überwachung gewährleisten zu können. Sie sind zudem in der Regel auf der staatlichen oder europäischen Politikebene angesiedelt – eben dort, wo die für das Politikfeld wichtigen Entscheidungen getroffen werden und sind zudem oftmals auch in der Rolle der Interessenanwälte und der Informationsverbreiter tätig.

Neben den erwähnten politikfeldspezifischen Informationswebsites *gentech.nl* sowie *keine-gentechnik.de* des Informationsdienstes *Gentechnik* bzw. deren Trägern wird die Wächterfunktion grundsätzlich von allen Akteuren wahrgenommen, die auf nationaler sowie über ihre Dachverbände auch auf europäischer Ebene Lobbying betreiben – und die ja oft auch als Träger oder Betreiber der genannten Informationswebsites auftreten oder auftraten. Als Beispiel für einen Akteur hingegen, der schwerpunktmäßig diesem Rollenmuster zuzuordnen ist, kann *No patents on seeds!* angeführt werden, dessen Hauptaufgabe die vor Ort-Überwachung der Initiativen am Europäischen Patentamt ist.

### *Kläger*

Eine weitere Rolle, die innerhalb der Bewegung ausgeführt wird, ist die der Kläger. Sie hatte in den beiden Untersuchungsländern ihre Hochphase während der Zeit des Versuchsanbaus, als regelmäßig juristische Klagen gegen die transgenen Versuchsäcker eingereicht wurden. In dieser Zeit gründete sich in Deutschland auch der supranational agierender Akteur *No patents on seeds!*, der sich schwerpunktmäßig mit juristischen Verfahren gegen die Zulassung und

die Freisetzung transgener Organismen wehrt. Er wurde und wird ebenso wie die deutsche *Aktion Genklage* von vielen einflussreichen Akteuren des Politikfelds unterstützt und konnte so bedeutende Erfolge erzielen.

Unterstützung benötigen die Kläger vor allem finanzieller Art, da die Prozesse nicht selten bis hoch vor den *Europäischen Gerichtshof* gehen. Hier erweist sich vor allem die deutsche Bewegung als vorbildlich, da sich viele Akteure an den Kosten für die juristischen Prozeduren beteiligen oder (Rechts-)Experten bereitstellen. Gut laufende Interaktionsprozesse und eine gute Vernetzung untereinander sind eine Vorbedingung, um das Ziel einer Verhinderung vom Anbau oder der Patentierung transgener Pflanzen gemeinschaftlich zu verhindern.

Die Klagen werden aber nicht einzig und allein von einem – von vielen unterstützten und getragenen – Akteur initiiert. Viele der kritischen Akteure sind im Laufe der vergangenen Jahrzehnte – meist erfolgreich – gegen das Inverkehrbringen oder Schützen von GVOs vor Gericht gezogen und traten so in der Rolle der Kläger auf. Man denke nur an die erfolgreiche Klage des ökologisch orientierten Imkerverbandes *Mellifera e.V.*, der sich – unterstützt durch die Bewegung – vor dem EuGH erfolgreich gegen *Monsanto* zur Wehr setzte. Aber auch verschiedene ressourcenstarke Akteure wie etwa *Greenpeace*, *NABU*, *BÖLW* oder die *Stichting Natuur en Milieu* beteiligen sich – allein oder im Bündnis – an Klagen oder Einspruchsverfahren.

### *Initiatoren*

Bei der kritischen Auseinandersetzung um die Agro-Gentechnik finden immer wieder neue Aspekte den Weg in die öffentliche Diskussion (siehe dazu Kapitel 5.4.1). So werden von einigen kritischen Akteuren regelmäßig verwandte Themenbereich wie etwa Glyphosat oder TTIP auf die interne Agenda gebracht oder spezielle Kampagnen entwickelt, die später die öffentliche Diskussion mitbestimmen sollen. Diese Initiatoren sind sozusagen die Themensetzer und Vorausdenker der Bewegung. Mit ihren Ideen und Konzepten, an die sich andere Bewegungsakteure später anhängen können, bilden sie einen inneren Kreis in der gentechnikkritischen Bewegung.

Es sind aber nicht unbedingt nur die Akteure mit großen finanziellen und personellen Ressourcen für den Gentechnikbereich wie etwa der *NABU*, *Greenpeace* oder *Bionext*, die als Initiatoren auftreten. Auch durchaus weniger im Mittelpunkt und mehr am Rand des Netzwerks stehende Akteure wie etwa das ressourcenschwache *ASEED Europe* können als Generatoren neuer Themenaspekte oder Argumentationsrichtungen hervorstechen. Mehrheitlich sind es jedoch trotzdem die bekannteren großen Akteure auf der nationalen oder supranationalen Ebene, die sich als treibende Kraft der Auseinandersetzung erweisen und sich als Initiator der Bewegung einen Namen machen.

### *Koordinatoren*

Um ein derart harmonisch funktionierendes Akteurbündnis wie das der deutschen Gentechnikkritiker zu ermöglichen und auch aufrecht zu erhalten, benötigt es einzelne Akteure, welche die Rolle des Koordinators der Bewegung übernehmen. Sie sind die Knotenpunkte, über die viele Informationen laufen und ihre Aktivisten müssen sich noch mehr als andere mit den anderen kritischen Akteuren vernetzen und mit ihnen interagieren. Sie koordinieren wie der *BUND* oder der *BÖLW* die Treffen des Runden Tisches, sind sozusagen die Geschäftsführung dieses informellen *Thinktanks* und übernehmen die für die Koordinierung anfallenden Aufgaben.

Da sie diese Rolle noch zusätzlich zu ihrer eigenen Arbeit als NGO- oder Verbandsvertreter erledigen, braucht es dazu ein gewisses Maß an – vor allen personellen – Ressourcen, die grundsätzlich vorhanden sein müssen. Wer nur mit einer halben Stelle und hauptsächlich allein das Thema Gentechnik bei einem korporativen Akteur bearbeitet, wird diese zusätzliche Aufgabe nicht stemmen können. Und auch ein gewisses Maß an Kompromissfähigkeit sollte vorhanden sein, da ein solcher Koordinator in Bezug auf die Zusammenarbeit mit anderen kritischen Akteuren eine gewisse Portion an Offenheit mitbringen muss.

### *Zuarbeiter*

Nur die wenigsten kritischen Akteure treten als Initiatoren oder gar Koordinatoren auf dem Politikfeld der Grünen Gentechnik auf. Fast alle – bis vielleicht

auf wenige Einzelgänger wie *Greenpeace* oder *footwatch*, die sich die eigene Unabhängigkeit auf die Fahnen geschrieben haben – spielen innerhalb der gentechnikkritischen Bewegung jedoch die Rolle der Zuarbeiter. Sie versuchen dabei, etwa durch Unterstützungsleistungen anderen kritischen Akteuren mit der Vermittlung von Kontakten, mit Expertise oder finanzieller Hilfe für zum Beispiel juristische Prozesse weiterzuhelfen. Und auch Dienstleistungen wie etwa die Übernahme der nationalen Pressearbeit oder die Erledigung anderer Aufgaben für den europäischen Dachverband sind Beispiele für solche Zuarbeit.

Eine solche Dienstleistung kann innerhalb von kleineren Kooperationen einiger weniger Akteure, wo sich ein Akteur in einer fremden Kampagne engagiert, genauso stattfinden wie bei der Mitarbeit in größeren Bündnissen, in denen einzelne Akteure etwa organisatorische Aufgaben übernehmen und damit Personal oder Zeit für das gemeinsame Ziel zur Verfügung stellen. Und selbst das reine Sympathisieren mit den Kampagnen anderer ohne die konkrete Übernahme von Tätigkeiten kann eine Unterstützungsleistung sein, da dies die Aktionen aufwertet. Auch ressourcenschwache Akteure können somit einen für sie möglichen Beitrag für die Gesamtbewegung leisten und sind dadurch ein wichtiger Baustein für das große Ganze.

#### *Verteilung und Ausprägung der Rollenmuster*

Geht man nach der Vorstellung der zwölf herausgearbeiteten Rollenmuster nunmehr wieder einen Schritt zurück und betrachtet die Gesamtheit der Gentechnikkritiker in beiden Untersuchungsländern, dann kann man schlussfolgern, dass alle Rollenmuster von der Gesamtbewegung bedient werden – allerdings nicht gleichwertig: Manchen Rollenmustern wie etwa den *Koordinatoren*, *Klägern* oder *Rebellen* sind so vergleichsweise wenige Akteure zuzuordnen, anderen wie etwa *Informationsverbreitern* hingegen viele. Dies gilt gleichermaßen für die interviewten Akteure (siehe Tabelle 13) als auch für die Gesamtbewegung. Was ebenfalls auffällt, ist, dass ressourcenstarke Akteure eher viele Rollen spielen und ressourcenschwache Akteure ihren Schwerpunkt auf in der Regel maximal zwei Rollen legen, mit denen sie auf dem Gentechnikpolitikfeld nach außen treten. Trotzdem haben auch die kleineren Akteure eine nicht zu

Tabelle 13: Verteilung der Rollenmuster unter den interviewten Akteuren

	Allgemeine Interessenanwälte	Spezialisten	Lautsprecher	Rebellen	Wutbürger	Verhandlungspartner	Informationsverbreiter	Wächter	Kläger	Initiatoren	Koordinatoren	Zuarbeiter
AbL	x	x	x			x	x	x		x		x
ASEED Europe			x	x			x	x		x		
BD-Vereniging					x		x					
Bioland e.V.	x	x				x	x	x				x
Bionext	x	x	x			x	x			x		
Bio-Verbraucher e.V.					x		x					
BÖLW	x	x	x			x	x	x	x	x	x	x
Greenpeace Nederland	x	x	x	x		x	x	x	x	x		
Initiative nahrungs-kette					x		x					
NABU	x	x				x	x	x	x	x		x
Slow Food Deutschland e.V.	x		x				x					x
Werkgroep "Burgers voor gentechvrij voedsel"					x		x					

Quelle: Eigene Darstellung

unterschätzende Bedeutung für das Funktionieren und den Erfolg der Gesamtbewegung, da ihre speziellen Aufgaben von den großen Akteuren oft nicht geleistet werden können, da spezielle Empfänger oder Anhänger bedient werden

oder sie ein Spezialwissen mitbringen bzw. Protestmittel wählen, die bekanntere Akteure offiziell oder inoffiziell verurteilen.

Akteure, die die gentechnikkritische Bewegung führen oder inhaltlich nach vorne bringen, indem sie neue Aspekte oder verwandte Themenfelder in den Diskurs einbringen, sind jene Akteure, die den Rollenmustern *Initiatoren*, *Verhandlungspartner* und *Spezialisten* zuzuordnen sind oder die als *Koordinatoren* der Bewegung auftreten. Sie verfügen über die Möglichkeiten und die Macht, bei den Entscheidungsträgern direkten Einfluss auszuüben und die Politik in ihrem Sinn zu beeinflussen. Um ausreichend Druck auf Gegner und Entscheidungsträger auszuüben benötigt es aber auch zwangsläufig der anderen Rollenmuster wie etwa *Rebellen*, *Lautsprechern*, *Wutbürgern*, *Wächtern* oder *Klägern*, die zu einer indirekten Beeinflussung beitragen, indem sie auf Meinungsbilder und juristische Verfahren einwirken.

Betrachtet man die Situation in beiden Untersuchungsländern, dann fällt auf, dass die zwölf verschiedenen Rollen in den Niederlanden aufgrund der insgesamt geringeren Anzahl (noch) aktiver Akteure weniger stark besetzt sind als in Deutschland. Zudem ist in den Niederlanden auch nicht zwangsläufig allen zwölf Rollenmuster ein Akteur zugeordnet. So mangelt es dort an *Koordinatoren*, welche die Bewegung zum einen zusammenführen und Aufgaben delegieren können. Es zeigt sich aber auch daran, dass bei den niederländischen Akteuren nur sehr wenige (von den interviewten gar keine) die Rolle der *Zuarbeiter* spielen. Kommt es in den Niederlanden einmal dazu, dass Akteure als *Zuarbeiter* auftreten, dann ist dies allerdings eher in Zweierbündnissen der Fall und passiert dann auch auf einem sehr viel geringeren Niveau als in Deutschland. Und hier wird wiederum die viel größere Schlagkraft der deutschen gegenüber der niederländischen Bewegung deutlich, denn gerade das breite, sehr heterogene Bündnis mit vielen unterschiedlich aufgestellten Akteuren und ihren vielen Rollenmustern ist das große Pfand der deutschen Gentechnikkritiker. Dafür kommt ihnen das starke Vertrauen und die daraus resultierende Bereitschaft zur Kooperation entgegen, die unter den deutschen Akteuren herrscht.

## 8. Fazit

In den vergangenen Kapiteln wurde ein genaues Bild der gentechnikkritischen Bewegung in Deutschland und den Niederlanden gezeichnet, indem ihre Akteure, deren Rollen und Interaktionsmuster näher analysiert wurden. Im letzten Schritt soll es nun darum gehen, ein Fazit zu ziehen, die Ergebnisse der Untersuchung darzustellen (siehe dazu Kapitel 8.1), die zu Beginn der Arbeit entwickelten Hypothesen auf ihre Richtigkeit hin zu überprüfen (siehe dazu Kapitel 8.2) und eine Politikempfehlung abzugeben (siehe dazu Kapitel 8.3) sowie einen Ausblick zu wagen (siehe dazu Kapitel 8.4).

Die zentrale Untersuchungsfrage dieser Arbeit lautete: Welche Art von Interaktionen lassen sich in Deutschland und den Niederlanden zwischen Lobbyingakteuren gegen die Grüne Gentechnik aus den Bereichen Landwirtschaft, Umwelt- und Verbraucherschutz beobachten, wie lassen sie sich klassifizieren und wer nimmt innerhalb der gentechnikkritischen Bewegung welche Rolle ein?“ Antworten dazu wurden auf den vorangegangenen Seiten nach bestem Wissen und Gewissen gesucht und erarbeitet. In der Schlussfolgerung sollen diese Ergebnisse nun abschließend dargestellt und bewertet werden.

### 8.1. Darstellung der Ergebnisse

Die vergangenen Jahre waren für die gentechnikkritische Bewegung in Deutschland und in den Niederlanden eher ruhig. Nach der Hochzeit des Protests in den 1990er und 2000er Jahren war es ein Stück ruhiger geworden, nachdem es in Europa kaum mehr zu Freisetzungen und Anbau gekommen war. Die Debatte hatte sich sodann wieder mehr auf mögliche neue Zulassungen transgener Pflanzen minimiert und verlagert und von den Gentechnikkritikern wurde die Diskussion (erfolgreich) auf neue, mit der Gentechnik verwandte Themenbereiche wie etwa TTIP gelenkt und versucht, diese *issues* mit dem Gentechnikthema zu verknüpfen.

Mit dieser Ausweitung der Debatte haben sich in den vergangenen Jahren auch die Argumente, die von den Gentechnikgegnern in die Diskussion einge-

bracht wurden, angepasst. Zwar bleibt bei den meisten der Standpunkt der kompletten Ablehnung der Agro-Gentechnik erhalten. Waren es aber noch vor Jahren etwa gesundheitliche Risiken für Menschen und Tiere oder mögliche negative Folgen für das Ökosystem, die ein Einsatz der Grünen Gentechnik nach Ansicht vieler kritischer Akteure nach sich ziehen würde, sind diese Argumentationsstränge – auch weil sich die Szenarien bislang nicht im großen Stil bewahrheitet haben – mehr und mehr in den Hintergrund getreten. An ihrer Stelle warnen Gentechnikkritiker heute etwa vor weltweiter Ausbeutung, einer Übermacht von Konzernen oder den Gefahren, die von dem Herbizid *Glyphosat* ausgehen und verwenden diese Nebenschauplätze in ihrer Argumentation gegen die Grüne Gentechnik. Damit haben es die Aktivisten sehr erfolgreich geschafft, die Gentechnikdebatte weiter aufrecht zu erhalten und weiterhin Zweifel am Nutzen und der Sicherheit der Technologie zu streuen.

Dass es in den vergangenen Jahren auf dem Politikfeld der Agro-Gentechnik vergleichsweise ruhig gewesen ist, ist auch ein Verdienst der gentechnikkritischen Bewegung. Durch den jeweiligen Einsatz jedes einzelnen Akteurs, vor allem aber auch durch das gemeinsame Auftreten als Gesamtbewegung, konnten innerhalb Europas zahlreiche Erfolge wie die soeben erwähnten Anbauverbote, aber auch die in den vergangenen Jahren angekündigten Verlagerungen wichtiger Aktivitäten mehrerer Biotechnologieunternehmen aus Europa hinaus erzielt werden.

Zwischen vielen der zahlreichen Bewegungsakteure kam es dabei in den vergangenen Jahren sehr oft zu kleineren und größeren Interaktionen. Den Akteuren bringen die Möglichkeiten der modernen Kommunikationsmittel des Internets wie Social-Media-angebote oder E-Mail-Dienste dabei zahlreiche Vorteile für gemeinsame Zwecke wie etwa die Informationsverbreitung oder die gegenseitige Abstimmung von Standpunkten oder Kampagnen. Kooperationen mit anderen – auch weit entfernten – befreundeten Bewegungsakteuren konnten so immer leichter aufgebaut und auch unterhalten werden.

Interaktionen verlaufen im untersuchten Politikfeld dann auch größtenteils über Telefon oder digitale Dienste. Bei Kontakten auf internationaler Ebene ist die E-Mail noch stärker als im nationalen Kontakt das häufigste Kommunikationsmittel, da sprachliche Barrieren am Telefon oft stärker ins Ge-

wicht fallen. Zudem wird im internationalen Zusammenhang auch vermehrt mit der Möglichkeit von Videokonferenzen gearbeitet. In der deutschen gentechnikkritischen Bewegung setzt man im Gegensatz zu den Niederlanden trotz geografisch gesehen größeren Reiseabständen zudem vermehrt auch auf physische Treffen einzelner Aktivist:innen, welche die zeitlichen und finanziellen Ressourcen der Beteiligten zunächst stärker belasten, sich in langer Hinsicht aber rechnen würden. Zu physischen Treffen kommt es aber immer auch automatisch, da sich die Mitglieder der sehr kleinen und engen Community der Gentechnikgegner auch außerhalb konkreter Bündnistreffen immer wieder auf Veranstaltungen – auch auf Gemeinschaftsebene – über den Weg laufen.

Sofern die einzelnen Akteure grundsätzlich zu einer Zusammenarbeit mit anderen bereit sind, eignet sich das Politikfeld sehr gut für Interaktionen zwischen den kritischen Akteuren. Will man diese Interaktionen innerhalb der gentechnikkritischen Bewegung charakterisieren, dann sind unter den Bewegungsakteuren sowohl lockere temporäre Verbindungen als auch stark institutionalisierte längerfristige oder wiederkehrende Bündnisse geschlossen worden. Diese Kooperationen können zum Beispiel als bilaterales Bündnis daherkommen, bei dem sich zwei Partner zusammenschließen und gemeinsam eine Kampagne lancieren oder eine Aufgabe bearbeiten. Sie können aber auch eine multilaterale Verbindung von vielen – teilweise mehreren hundert Akteuren – sein. Und auch einseitige Verbindungen von meist ressourcenschwachen Akteuren, die als Informationsempfänger auftreten, konnten innerhalb des Politikfelds beobachtet werden. Vollwertige Austauschbeziehungen mit einem gleichgewichtigen Informationsfluss in beide Richtungen bilden bei diesen ressourcenschwachen Akteuren die Ausnahme. Bei Kooperationen von überregionalen Akteuren gehen die Interaktionen aber viel weiter und äußern sich neben einem gegenseitigen Informationsaustausch auch in einer engen Arbeitsteilung, einer gemeinsamen Entscheidungsfindung und Strategieplanung oder anderen Formen gemeinsamen Handelns wie etwa gemeinsam abgestimmten Auftritten, Forderungen, Pressemitteilungen oder Rechtsklagen. Auch immer wieder praktiziert werden gegenseitige Hilfestellungen wie etwa die Ausleihung oder Bereitstellung von Expertise, finanzielle Unterstützungsleistungen oder einfache Zuarbeit.

Für Deutschland kann am Ende dieser Analyse bilanzierend von einer besonders starken Vernetzung der Anti-Gentechnik-Bewegung gesprochen werden. Diese kennzeichnet sich durch eine sehr enge Zusammenarbeit und einen sehr starken Austausch zwischen einer Vielzahl von teils ganz unterschiedlichen Akteuren. Neben zahlreichen Beispielen für einen Zusammenschluss von zwei oder mehreren Akteuren fällt besonders der Runde Tisch ins Auge, mit dem in Deutschland ein sehr idealtypischer Zusammenschluss von bedeutenden Akteuren aus den unterschiedlichsten Bereichen existiert, auf den Akteure aus anderen Ländern nicht selten mit einer gewissen Bewunderung schauen. Trotz der Möglichkeiten der modernen Kommunikationstechnik finden die Bündnistreffen als physische Zusammenkünfte statt, zu denen die Mitglieder in einem relativ kurzen Rhythmus alle sechs Woche nach Berlin oder eine andere deutsche Stadt reisen, um gemeinsam Aufgaben zu verteilen oder an der gemeinsamen Bündnisstrategie zu feilen.

Der Zusammenschluss zu gemeinsamen Bündnissen wird auch in den Niederlanden praktiziert. Neben mehreren bilateralen Kooperationen gentechnik-kritischer Akteure besteht auch dortzulande ein größeres Bündnis aus mehreren Akteuren. Im Gegensatz zum Runder Tisch-Bündnis in Deutschland traf man sich hier in der Vergangenheit aber lediglich zwei- bis dreimal pro Jahr an einem gemeinsamen Ort, kommunizierte ansonsten über E-Mail und ließ eine institutionalisierte, auf Dauer angelegte feste Struktur vermissen. Die Gruppe bleibt dabei zuletzt sehr überschaubar. Zudem verhielten sich viele der Gruppenmitglieder nur passiv und beteiligten sich in der Regel nicht an gemeinsamen Aktivitäten oder Diskussionen. Nicht zuletzt aufgrund der generell sehr dezimierten niederländischen gentechnikkritischen Bewegung mit nur noch wenigen verbliebenen aktiven Akteuren finden Kooperationen dortzulande insgesamt gesehen auf einem viel geringeren Level als in Deutschland statt. Die Akteure sind somit auch nicht so eng miteinander verwoben wie es in Deutschland der Fall ist. Und sie legen dort generell auch ein größeres Gewicht auf die eigene Unabhängigkeit, wodurch Kooperationen oftmals gar nicht als sehr erstrebenswert bewertet werden. Mit Blick auf bereits stattgefundene Interaktionen war in den Niederlanden zudem viel schneller von Problemen die Rede, die vielen Akteuren den Mut genommen haben, weitere Interaktionen einzugehen.

Und das ist – vor allem mit Blick auf das, was vor Beginn der Analyse des Politikfelds angenommen wurde – doch sehr verwunderlich. Erwartet werden konnte wohl eher das Gegenteil: eine breite Kooperationskultur unter den niederländischen und weniger unter den deutschen Gentechnikkritikern (siehe dazu Kapitel 8.2). Ausgegangen wurde zu Beginn dieser Untersuchung zudem noch von einer viel größeren und breiteren aktiven Anti-Gentechnik-Bewegung in den Niederlanden und nicht von einigen wenigen verbliebenen Gruppen, die nach dem Rückzug etlicher Akteure aus dem aktiven Protest alleine die kritischen Stimmen innerhalb des Politikfeld vertreten.

Bleibt man bei den existierenden Zusammenschlüssen in beiden Untersuchungsländern und legt das Hauptaugenmerk auf Gründe und Erfolge für die begonnene Zusammenarbeit, dann ist sich die Mehrheit der Befragten einig, dass sich Kooperationen trotz der zusätzlichen Investition von Zeit und Geld unterm Strich für alle beteiligten Partner rechnen. Denn am Ende verfügen die kooperierenden Akteure und damit einhergehend zumeist auch die gesamte Bewegung durch die Bündelung von Aufgaben und Ressourcen über eine bessere Konfliktfähigkeit, ein besseres *strategy making* und damit ein besseres Gewicht gegenüber dem Staat und den Biotechnologiekonzernen. Allianzen unter den gentechnikkritischen Akteuren bilden so einen nicht zu unterschätzenden Machtfaktor für die Bewegung.

Die Art der Interaktionen zwischen zweien oder mehreren Gentechnikkritikern, aber auch ihre Qualität und Quantität, hängt dabei immer sehr stark von den jeweiligen Voraussetzungen des einzelnen Akteurs – den Möglichkeiten, Strategien und Zielen jedes einzelnen – ab. Aber auch die Konjunktur des Politikfelds ist ein wichtiger Faktor, nachdem sich nicht nur die generelle Aktivität gentechnikkritischer Gruppen, sondern parallel auch die Intensität und die Notwendigkeit der oftmals stark anlassbezogenen Zusammenarbeit bemisst. Ein dritter Faktor, der ebenfalls eine wichtige Rolle für die Entstehung von Kooperationen spielt, ist das Vorhandensein von Vertrauen unter den potenziellen Bündnispartnern und damit verbunden eine gewisse Sympathie. Bei Akteuren, die auf anderen Politikfeldern teilweise auch in direkter Konkurrenz zueinander

stehen, ist dieses nicht selbstverständlich. Sympathie und Vertrauen können jedoch durch jahrelangen Umgang miteinander und gemeinsame Erfolge entstehen und wachsen. Echte Konkurrenz- und Profilierungsgedanken zwischen den einzelnen Aktivisten waren – zumindest was die Akteure in Deutschland betrifft – so anscheinend auch gar nicht oder nur latent vorhanden.

Voraussetzung für jede Form der Zusammenarbeit auf Akteurebene ist bei allen Beteiligten zunächst das Vorhandensein einer gewissen Portion von Kompromissbereitschaft, da die eigenen, dezidierten Ansichten im Rahmen von Bündnissen in der Regel zugunsten gemeinsamer – meist allgemeinerer – Standpunkte zurückstehen müssen. Denn nur mit einer gewissen Bereitschaft zu Pragmatismus und dem Verzicht auf speziellere Forderungen innerhalb der Bündnisarbeit kann man geschlossen nach außen auftreten. Durch die verschiedenen Protestinstrumente und Fähigkeiten der einzelnen Bündnispartner, die innerhalb des Bündnisses vereint sind, verfügt die Gesamtbewegung damit dann auch über mehr Gewicht. Und trotz der attestierten sehr großen Heterogenität der Akteure des Politikfelds kam es bei solchen Kooperationen innerhalb der Bewegung nie zu ernsthaften Konflikten: Interaktionen der unterschiedlichsten Qualität existieren sogar über die Grenzen der hier näher beleuchteten Akteurgattungen von Landwirtschafts-, Umweltschutz- und Verbraucherschutzgruppen – wobei bei den Landwirten hauptsächlich ökologische Bauern- und Branchenverbände Teil der gentechnikkritischen Bewegung sind.

Die große Heterogenität zeigt sich neben den unterschiedlichen Akteurgattungen, die sich gegen die Agro-Gentechnik engagieren, auch in den verschiedenen Akteurtypen. So treffen neben den klassischen NGOs auf diesem Politikfeld etwa auch *Grassroot*-Aktivisten, soziale Bewegungen, Branchenverbände oder Kampagnenorganisationen mit ihren jeweiligen typspezifischen Strategien, Forderungen, Zielen und Instrumenten auf der Seite der Kritiker aufeinander und vertreten innerhalb der Bewegung zunächst ihre eigenen Standpunkte und nehmen mit den ihnen zur Verfügung stehenden Protestinstrumenten ihre speziellen Aufgaben wahr.

Um die Breite der aktiven Akteure darzustellen, wurden im Verlauf dieser Untersuchung elf Unterscheidungskriterien herausgearbeitet, die bei der Einordnung der Akteure helfen (siehe dazu Kapitel 5.1). Mit diesen Kriterien im Hintergrund ergaben sich aus den beobachteten grundsätzlichen Verhaltensmustern und Handlungsstrategien der Bewegungsakteure sowie den jeweiligen besonderen Gegebenheiten in den beiden Untersuchungsländern anschließend zwölf unterschiedliche – sehr idealtypische – Rollenmuster, in welche die Akteure der gentechnikkritischen Bewegung einsortiert werden können (siehe dazu Kapitel 7).

Mit Hilfe dieser Kategorisierung konnte deutlich gemacht werden, dass es verschiedene Typen von Akteuren benötigt. Jeder Akteur spielt eine unterschiedliche Rolle und so tragen alle ihren Teil zum Gesamtauftritt der Bewegung bei, um gemeinsam den größtmöglichen Erfolg feiern zu können. Und es wurde auch deutlich, dass in den Niederlanden, wo bedingt durch die wenigen noch verbliebenen aktiven Akteure manche Rollen gar nicht oder nur unzureichend mit Akteuren besetzt sind, wichtige Elemente einer schlagkräftigen Bewegung somit fehlen und die Gentechnikkritiker dort nicht ansatzweise so geschlossen und ganzheitlich auftreten können, wie es in Deutschland der Fall ist.

Die harmonischen Beziehungen innerhalb der deutschen Gentechnikkritiker sind jedoch keine Selbstverständlichkeit. Und deshalb muss es auch nicht automatisch zu größerem Erfolg kommen, wenn sich die (verbliebenen) Akteure in den Niederlanden plötzlich zu mehr Zusammenarbeit entschließen würden. Die Gründe für den Erfolg sind vielfältiger und hängen – wie in dieser Untersuchung gezeigt wurde – auch mit Faktoren wie etwa der öffentlichen Stimmungslage zur Grünen Gentechnik, den jeweiligen politischen Machtverhältnissen, ausreichenden Ressourcen oder schlichtweg engagierten Einzelpersonen zusammen.

## 8.2. Überprüfung der Hypothesen

Mit der Fallanalyse im Hintergrund sollen an dieser Stelle nun die innerhalb des Forschungsdesigns aufgestellten und an dem theoretischen Hintergrund orientierten Arbeitshypothesen (siehe dazu Kapitel 2.5) in der Praxis des Falls über-

prüft werden. Die gewonnenen Erkenntnisse aus der Analyse des Politikfelds sollen dabei auf die hergeleiteten Ansätze zurückgeführt und so nach Übereinstimmungen oder Abweichungen des Beobachteten mit den allgemeinen Theoriemodellen geschaut werden. Anschließend soll verdeutlicht werden, ob sich die im Theorieteil entwickelten spezifischen Gegebenheiten Deutschlands sowie der Niederlande auch im Politikfeld der Agro-Gentechnik widerspiegeln.

### *Herkunft der Akteure*

Im Rahmen der Arbeitshypothesen wurde auf Basis von ersten Beobachtungen des Politikfelds sowie aufgrund von Beobachtungen verwandter Politikfelder die Hypothese formuliert, dass Kooperationen unter den kritischen Akteuren am liebsten mit solchen Akteuren eingegangen werden, die derselben Herkunft entspringen. Zwischen Akteuren aus dem Agrar-, jenen aus dem Umwelt- und jenen aus dem Verbraucherschutzbereich sollte es aufgrund differierender Ziele seltener zu Interaktionen und Kooperationen kommen als zwischen Akteuren desselben Typs. Anhand der Aussagen der Interviewpartner können allerdings keine Hinweise gefunden werden, die dies bestätigen würden (siehe dazu Kapitel 6.3.1).

So wurde von manchen der befragten Akteure zwar die Aussage getroffen, dass sie am liebsten mit Akteuren aus ihrem eigenen Herkunftsbereich zusammenarbeiten. Nach Ansicht anderer Bewegungsakteure spielen aber ganz andere Kriterien wie etwa gemeinsame Positionen, die vertreten werden, oder gemeinsame Thematiken, auf die sich beide spezialisiert haben, eine Rolle, wenn es darum geht, mit wem eine Kooperation eingegangen wird. Und auch das öffentliche Auftreten eines anderen Akteurs sowie die von ihm zur Interessendurchsetzung verwendeten Protestinstrumente seien viel ausschlaggebender bei der Entscheidung für oder gegen eine Zusammenarbeit als die abstraktere Zugehörigkeit zu einer Akteurrubrik. So erklärt sich auch, dass die meisten der befragten Interviewpartner bei gewaltbereiten Akteuren oder solchen, die zu sehr weit gehenden Kompromissen mit der Politik oder der Gegnerschaft bereit sind, mehrheitlich auf Distanz gehen und eine Zusammenarbeit mit diesen Akteuren ablehnen (siehe Kapitel 6.3.3).

Auf der anderen Seite muss aber auch beachtet werden, dass aus dem Verbraucherschutzbereich in beiden Ländern kaum noch Akteure auf dem Politikfeld aktiv sind. Viele von ihnen hatten sich aus der öffentlichen Diskussion verabschiedet, als ihre Ziele – wie eine Kennzeichnung transgener Produkte oder die Koexistenz von konventionellen und gentechnisch manipulierten Pflanzen –, erfüllt waren. Verbraucherschutzaspekte wurden anschließend von Akteuren aus den beiden anderen Bereichen in ihre Argumentation übernommen und so führten etwa Umweltschutzverbände den Verbraucherschutz innerhalb der Gentechnikdiskussion weiter. Dies kann zwar sehr wohl als Indiz dafür herhalten, dass es unterschiedlich weit gehende Positionen innerhalb der gentechnikkritischen Akteure und Akteurgruppen gibt. Es kann aber trotzdem nicht geschlussfolgert werden, dass Akteure aus den anderen beiden Akteurgruppen deshalb zu den Verbraucherschutzakteuren auf Distanz gegangen sind. Im Gegenteil: Während der Interviews kam es mehrmals zu Aussagen der Befragten, wonach sich die Bewegungsakteure trotz unterschiedlich starker Forderungen bei gemeinsamen Auftritten oder gemeinsamem Handeln immer auf den kleinsten gemeinsamen Nenner und damit auf gemeinsame Ziele einigen konnten – außerhalb der Bündnisse allerdings kann jeder ungehindert seine (strengeren) Forderungen stellen.

Ebenfalls wurde angenommen, dass es besonders Akteure aus dem Landwirtschaftsbereich schwer haben sollten, Kooperationen mit Umwelt- oder Verbraucherschutzvertretern einzugehen. Die vermutete große Hürde sollte sich daraus ergeben, dass Agrarakteure auf anderen Politikfeldern oftmals eine eher konträre Meinung vertreten als es Umwelt- und Verbraucherschützer tun und man zudem oft auch als Gegner dieser Gruppen auftritt. Diese Diskrepanz konnte durch Aussagen von Akteuren bestätigt werden, die etwa von großem Misstrauen von Landwirten gegenüber Natur- und Umweltschützern berichteten (siehe dazu Kapitel 6.3.1). Bauern – und da vor allem konventionell arbeitende – ließen sich bezüglich gentechnikkritischer Standpunkte viel eher von Vertretern der eigenen Branchenverbände überzeugen, so die Aussage.

Allerdings vertraten nur die wenigsten kritischen Agrarakteure die Klientel der konventionell arbeitenden Bauern. Vielmehr sind es vor allem ökologisch

arbeitende Landwirte, die sich gegen die Agro-Gentechnik einsetzen. Und sie treten außerhalb der Gentechnikthematik auch nicht verstärkt als Konkurrenten zu Umwelt- und Verbraucherschutzakteuren auf, sondern verfolgen nicht selten ähnliche bis gleiche Ziele. Aus diesem Grund ist eine enge Zusammenarbeit der (alternativen) Agrarakteure mit Gentechnikkritikern aus anderen Bereichen auch viel einfacher möglich als zunächst angenommen. Akteure aus dem Landwirtschaftsbereich koordinieren die deutsche gentechnikkritische Bewegung sogar entscheidend mit, was ebenfalls gegen eine anfänglich vermutete Hürde zu Umwelt- und Verbraucherschutzverbänden spricht.

Zudem ist – und das gilt zumindest für Deutschland so – der Konkurrenzgedanke unten den kritischen Akteuren insgesamt nicht sehr stark ausgeprägt. Im Gegensatz zu anderen Bündnissen wie etwa der Klimaallianz, wo die Zusammenarbeit der Akteure mit ihrer jeweils sehr unterschiedlichen Herkunft viel schwieriger ist (siehe dazu Kapitel 6.3.1), sehen sich die deutschen Gentechnikkritiker viel stärker als eine gemeinsame Bewegung an, in der die Akteure auch verstärkt gemeinsam planen und agieren. In den Niederlanden hingegen kann das Verhältnis der kritischen Akteure als stärker distanziert und weniger von gegenseitigem Vertrauen geprägt angesehen werden.

### *Politische Gelegenheitsstrukturen*

Innerhalb der Arbeitshypothesen wurde zudem auf das Konzept der politischen Gelegenheitsstrukturen (POS, siehe dazu Kapitel 2.2.2.5) Bezug genommen und gemutmaßt, dass sich die sehr unterschiedliche Beschaffenheit der beiden politischen Systeme Deutschlands und der Niederlande auch auf die Chancen der sozialen Bewegungen und verwandter Akteurtypen auswirken, die einen wichtigen Teil der Gentechnikkritiker darstellen. Eine der Kernaussagen des theoretischen Ansatzes lautete, dass soziale Bewegungen ohne einen gewissen Grad von Responsivität und Zugänglichkeit eines politischen Systems auch keinerlei Einfluss auf die politischen Entscheidungsprozesse nehmen können. Ihre Mobilisierungsmöglichkeiten seien somit direkt mit der Politik in parlamentarischen und außerparlamentarischen Arenen verbunden.

Betrachtet man die informellen Strategien der Eliten in beiden Ländern, dann kann die theoretische Annahme, dass in Ländern des Typs *informal cooperation* wie den Niederlanden in der Regel integrative Strategien verfolgt werden, bei denen neue soziale Bewegungsakteure unterstützt oder gar eingebunden werden, erst einmal grundsätzlich bestätigt werden. Für die These der integrativen Strategien spricht zunächst die Beobachtung vieler befragter Akteure, dass die Niederlande kein traditionelles Protestland seien, in dem sich die Bürger oftmals zu Demonstrationen zusammenfinden. Denn laut POS-Ansatz wird angenommen, dass der Protest in Ländern wie den Niederlanden bereits früh von Eliten und politischen Akteuren aufgenommen und so gar nicht erst groß über Interessengruppen auf die öffentliche Agenda gebracht werden muss.

Auch sprechen die Aktivitäten der niederländischen Regierung, die in den 1990er Jahren – der Zeit, in der die Bevölkerung in den Niederlanden der Grünen Gentechnik mehrheitlich noch ablehnend gegenüberstand – stattfanden und auf Dialoge und Selbstregulierung setzten (siehe dazu Kapitel 3.1.2.7), für eine integrative Strategie. So erhoffte sich der Staat durch die Integration von Gentechnikgegnern in Dialog- und Konsensrunden sowie durch die Unterstützung kritischer Akteure wie etwa Verbraucherschutzorganisationen seinerzeit, drohenden Fundamentalisierungen der Kritiker entgegenzuwirken und Einfluss auszuüben. Zum Teil ging diese Strategie auf und mit einigen kritischen Akteuren konnten dabei Kompromisse – wie etwa bei der Verwendung von transgenen Lebensmittelzusatzstoffen oder der Ausgestaltung von Koexistenzregeln – geschlossen werden (siehe dazu Kapitel 5.8). Zum Teil fühlten sich die kritischen Akteure aber auch unterrepräsentiert und empfanden ihre Einladung nur als Alibimaßnahme, was die konstatierten integrativen Strategien wiederum relativieren würde. Ganz unterdrücken konnten die staatlichen Entscheidungsträger die öffentliche Stimmungsmache der Gentechnikgegner so dann auch nicht und versuchten anschließend weiter, die kritischen Stimmen – etwa durch groß angelegte staatlich organisierte öffentliche Debatten – zu kontrollieren (siehe dazu Kapitel 3.1.2.7).

Und auch die Aussage des POS-Ansatzes, dass in den Niederlanden die Einflussmöglichkeiten für Interessenvertreter innerhalb des *Policy Cycle* im Gegensatz zu Deutschland nur in den ersten Phasen und nicht bei der Politikimplementierung liegen, würde die Annahme von integrativen Elitenstrategien in den Niederlanden stützen. Aufgrund der Aussagen einzelner Interviewpartner kann aber bezweifelt werden, ob sich das Bild für den landwirtschaftlichen Bereich und dort speziell den Bereich der Agro-Gentechnik in den Niederlanden wirklich immer so und in allen Bereichen gestaltet hat: Denn das, was als stark geschlossene und exklusive Arrangements beschrieben wurde und was mehrere Akteure als eiserne Dreiecksbeziehung zwischen Industrie, Politik und Wissenschaft bezeichneten, welche die dortige Landwirtschaftspolitik über Jahre hinweg geprägt hat (siehe dazu Kapitel 5.8), hat keine oder nur eine sehr geringe integrative Eigenschaft. Im Gegenteil: Diese korporatistischen Arrangements, die von vielen Seiten als Element des weltweiten Erfolgs des niederländischen Agrarsektors angesehen werden, bieten zivilgesellschaftlichen Akteuren kein nennenswertes Mitspracherecht – die Eliten der drei genannten Gruppen haben hier über Jahre hinweg vielmehr unter sich verhandelt und die Politik mitbestimmt.

Für Deutschland, dass dem Ansatz nach eher als geschlossenes System mit exklusiven Elitenstrategien beschrieben wird, gab es aufgrund des stark festgefahrenen Charakters des Gentechnikkonflikts trotzdem ähnlich wie auch in den Niederlanden in den vergangenen Jahrzehnten viele Versuche der Schlichtung zwischen Gegnern und Befürwortern der Agro-Gentechnik (siehe dazu Kapitel 3.1.2.7). Die organisierten Dialoge und Expertengremien deuten auf den ersten Blick eher auf eine integrative Elitenstrategie hin, die Meinungen zwischen den Akteuren beider Seiten waren in Deutschland aber noch viel festgefahrener als in den Niederlanden und bedeutende Kompromisse konnten nicht geschlossen werden. Sehr starke Gegner der Agro-Gentechnik – wie etwa Umweltschutzverbände – stiegen in Deutschland zudem auch meist noch schneller als in den Niederlanden aus den Vermittlungsgremien aus, da in der Regel die Befürworter der Technologie in der Mehrheit waren und am Ende auch meist ihre Positionen gegenüber dem Staat durchsetzen konnten; was wiederum mehr auf exklusivere Elitenstrategien hindeutet und auch mit der ebenfalls in

Deutschland lange Zeit vorherrschenden stark geschlossenen und exklusiven korporatistischen Verhandlungsstruktur im Umwelt- und Landwirtschaftsbereich zusammenhängt.

Ebenfalls dafür verantwortlich, inwiefern Akteure sozialer Bewegungen in einem Staat ihre Interessen artikulieren und durchsetzen können, sind laut POS-Ansatz die jeweiligen Machtverhältnisse innerhalb des Parteiensystems und somit die Frage, ob die Bewegungsakteure genügend sympathisierende politische Eliten vorfinden und so ihre Erfolgchancen verbessern können. Schaut man sich hier beide Untersuchungsländer vergleichend an, dann wird deutlich, dass den niederländischen Gentechnikgegnern mächtige sympathisierende Eliten in der Politik über einen langen Zeitraum gefehlt haben, die kritische Bewegung in Deutschland hingegen aber ständig starke Gleichgesinnte in Regierung und/oder Opposition finden konnte (siehe dazu Kapitel 4.1.3).

Durch die bedeutende Rolle, die der bauern- und gentechnikfreundliche christdemokratische *CDA* seit dem Ende der 1970er Jahre über lange Zeit im niederländischen Parteiensystem gespielt hat, aber auch durch Parteien wie die zuletzt regierende *VVD*, die ebenfalls ihre Stimme für Forschung und Fortschritt erhebt, fanden Gentechnikkritiker in den Niederlanden lange Zeit keine einflussreichen „befreundeten“ Parteien in Regierungsverantwortung. In den jeweiligen niederländischen Koalitionsverträgen war die Grüne Gentechnik zudem nie ein Thema, weshalb die kritischen Stimmen auch nie von der jeweiligen Regierungsmehrheit aufgenommen wurden. Erst in letzter Zeit scheinen sich – auch nach der Schwächung des *CDA* – die Voraussetzungen für die Gentechnikgegner im niederländischen Parlament zu verbessern. Ein Effekt dieser jahrelangen Macht der Gentechnikbefürworter kann die Tatsache sein, dass die gentechnikkritische Bewegung in den Niederlanden in den vergangenen Jahren immer mehr schrumpft und dass die übrig gebliebenen Akteure in erster Linie nicht die Nachteile der Technologie betonen, sondern die Vorteile von alternativen Methoden wie etwa der ökologischen Landwirtschaft herausstellen (siehe Kapitel 5.4.2). Um die genauen Zusammenhänge zu bestimmen, müssten aber weitere Untersuchungen angestellt werden.

In Deutschland hingegen spielte die Gentechnikthematik bei viel mehr – nämlich fast allen – Parlamentsparteien eine Rolle in ihren Programmen und gehörte sie auch in den jeweiligen Regierungskoalitionen der vergangenen Jahre immer wieder zum gemeinsamen Regierungsprogramm. Die gentechnik-kritische Bewegung hatte in Deutschland – vor allem während der Zeit der rot-grünen Koalitionen in der 14. und 15. Wahlperiode und vor allem durch das durch *Bündnis 90/Die Grünen* besetzte neu geschaffene *Ministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft* eine stark sympathisierende Fürsprecherin an höchster Stelle sitzen, die ihr vieles – in diesem Bereich – ermöglicht hatte. Während der weiteren Wahlperioden waren wie auch in den Niederlanden sehr oft die Christdemokraten an den Regierungen beteiligt, die in Deutschland bezüglich der Agro-Gentechnik ähnliche forschungs-, industrie- und damit gentechnikfreundliche Positionen wie der *CDA* im Nachbarland vertreten haben. Allerdings neutralisierte die *CSU* mit ihrer kritischen Haltung – vor allem in den letzten Jahren – regelmäßig die gentechnikfreundlichen Töne aus der Union. In Deutschland wurde der Anti-Gentechnik-Bewegung somit sehr viel öfter die Möglichkeit geboten, Allianzstrukturen mit Parteien in Regierung und Opposition zu bilden und so ihren Einfluss geltend zu machen.

Die Annahme, dass durch die geschlossene formelle institutionelle Struktur des niederländischen politischen Systems für Bewegungsinteressen im Gegensatz zu Deutschland eher gemäßigte Protestformen in Frage kommen, kann ein Stück weit bestätigt werden. Ein Indiz dafür ist sicherlich, dass die verbleibenden kritischen Akteure in den Niederlanden wie bereits beschrieben in erster Linie Alternativen zum Gentechnikeinsatz betonen und weniger stark die Technologie an sich kritisieren. Und auch die Tatsache, dass es in den Niederlanden von kritischen Akteuren mehr Bereitschaft zu Kooperationen mit Industrievertretern gegeben zu haben scheint (siehe dazu Kapitel 5.5), kann als Indiz angesehen werden. Andererseits kann aber nicht geschlussfolgert werden, dass es in Deutschland als dem viel stärker geschlossenen System eher zu radikalen Protestformen gekommen ist – wohl gab es hier aber in Relation viel mehr nach außen gerichtete Protestereignisse auf diesem Gebiet. Denn Gewalt gegen Sachen gab es in Form der Zerstörungen von Feldern mit transgenen

Gewachsen in beiden Ländern bereits in den 1980er und 1990er Jahren. Diese Sabotageakte hatten in Deutschland aber wohl eine andere Qualität, da sie im Gegensatz zu den zumeist anonym auftretenden autonomen niederländischen Gruppen in Deutschland zeitlich viel länger und viel regelmäßiger erfolgten und die Aktivisten sich zuletzt auch sehr professionell organisierten und ihre Protestaktionen vorher ankündigten und öffentlich durchführten (siehe dazu Kapitel 4.2.2.4 und 5.5.2). Trotzdem fanden in den Niederlanden Sabotageakte und kreative Protestaktionen von anonymen Gruppen statt, was wiederum durch die geschlossenen Interessenvertretungsmuster im Land erklärt werden kann, die auf Seiten der kritischen Gentechnikbewegung zu einer Ideologisierung und Radikalisierung führte.

### *Zusammenarbeit*

Als weitere Arbeitshypothese wurde angenommen, dass die Gentechnikgegner speziell in den Niederlanden viel stärker die Bereitschaft zur Kooperation mit anderen kritischen Gruppen entwickelt haben. Denn über eine Bündelung ihrer Ressourcen könnten sie der viel schwächeren öffentlichen Wahrnehmung der Thematik und der geringeren öffentlichen Ablehnung der Technologie entgegenwirken und das Thema stärker oder überhaupt auf der politischen Agenda verankern. Die Zusammenarbeit zwischen kritischen Gentechnikakteuren bildet für Akteure in beiden Ländern einen mehr oder weniger wichtigen Teil ihrer jeweiligen Strategie. Durch die Kooperation mit Gleichgesinnten erhofft man sich die Erlangung von Vorteilen, die sich erfahrungsgemäß mittel- und langfristig auch einstellen. Hierzu gehören die Bündelung der jeweiligen Kräfte und Fähigkeiten genauso wie eine Effizienzsteigerung, ein Erkenntnis- und Zeitgewinn, eine Vergrößerung der Reichweite des eigenen Handelns und damit ein deutlicher Machtgewinn (siehe dazu Kapitel 6.1.2).

Die Arbeitshypothese, dass in den Niederlanden eine deutlich stärkere Bereitschaft zu Kooperationen vorherrscht, kann jedoch eindeutig widerlegt werden. Denn schaut man nach Interaktionen und Kooperationen innerhalb der beiden nationalen gentechnikkritischen Bewegungen, dann konnte festgestellt werden, dass es in Deutschland eine viel höhere Bereitschaft zu gemeinsamem Handeln

gibt. Allerdings sind verallgemeinerbare Aussagen über die Gentechnikkritiker in den Niederlanden aufgrund der mittlerweile nur noch wenigen Akteure nicht einfach zu treffen. Fakt ist aber, dass in Deutschland innerhalb der Anti-Gentechnik-Bewegung mit ihren beschriebenen teils stark institutionalisierten Zusammenarbeitsformen sehr idealtypische Formen der Kooperation mit teils sehr engen Verbindungen zwischen den Akteuren bestehen. Die Beziehungen kommen als großes und dichtes Netzwerk daher, indem beinahe alle Akteure miteinander – direkt oder indirekt – verbunden sind und so gut wie keine Konkurrenz zwischen den einzelnen Akteuren herrscht. Die Akteure der kritischen Bewegung ergänzen sich gegenseitig und so trägt jeder ein Stück zum Erfolg der Bewegung bei. Nicht letztendlich geklärt werden konnte, ob der größere Wille zur Kooperation bei deutschen Gentechnikkritikern (auch) auf das geschlossene Politiksystem und die im Rahmen der beschriebenen Interaktionsmuster konstatierten exklusiven Strategien der Eliten in der Biotechnologie-Policy zurückzuführen ist, oder ob dies „nur“ aufgrund der ressourcen- und einflussstarken Gegenseite passiert ist. Dazu wären weitere Untersuchungen notwendig.

Derart beispielhafte Zusammenarbeit auf Akteurebene wie in Deutschland könnte sicherlich auch für die Niederlande einen strategischen Ausweg aus der öffentlichen Nichtwahrnehmung der Gentechnikthematik bedeuten. Trotz der verhandlungskulturellen Wurzeln des Landes und der beschriebenen traditionell pragmatischeren Grundhaltung in Bezug auf Kompromisse wird diese Möglichkeit einer Steigerung der Konfliktfähigkeit der gesamten Bewegung allerdings nicht bzw. nur in begrenztem Maß ergriffen. Kooperationen finden eher im kleinen Rahmen statt und basieren insgesamt auch lange nicht auf einem solchen gegenseitigen Vertrauen, wie es in Deutschland beobachtet wurde. Zudem ist die Euphorie über Interaktionen und Kooperationen mit gleichgesinnten Akteuren in den Niederlanden lange nicht so stark wie in Deutschland ausgeprägt. Zusammenarbeit scheint dort auch lange nicht als so wichtig angesehen zu werden wie hierzulande. Es drängt sich dabei zudem der Eindruck auf, dass die dort aktiven gentechnikkritischen Akteure bewusst unabhängig voneinander agieren und froh darüber sind, wenn sich niemand in ihrem abgesteckten Terrain breitmacht. Und so geht die Zusammenarbeit mit anderen gentechnikkritischen Akteuren in den Niederlanden auch nur bis zu

einem bestimmten Grad: Wenn es zu Kooperationen kommt, dann scheinen diese eher oberflächlich zu sein und sich eher bilateral und nicht wie in Deutschland auch in Form eines Bündnisses von mehreren Akteuren – als breite Bewegung – abzuspielen. Dies gilt verstärkt in den vergangenen Jahren.

Betrachtet man die Interaktionen zwischen den untersuchten Bewegungsakteuren geografisch, dann fällt auf, dass der Schwerpunkt der Zusammenarbeit immer im eigenen Land liegt. Zwischen den beiden Untersuchungsländern kam es lediglich zu wenigen Interaktionen, die in der Regel von niederländischen Akteuren ausgingen und sich mehrheitlich an solche Gruppen richteten, die zwar in Deutschland ihren Sitz hatten, einen wichtigen Teil ihrer Zeit aber mit Aktivitäten auf der EU-Ebene verbrachten (siehe dazu Kapitel 6.3). Die europäische Ebene stellt dadurch, dass dort originär über die Regulierung von gentechnischen Pflanzen entschieden wird, zudem ebenfalls einen wichtigen Aktivitätsort für deutsche und niederländische Gentechnikkritiker dar. Und so finden Vernetzungen zwischen Aktivisten beider Untersuchungsländer auch über die Zusammenarbeit in Bündnissen auf der supranationalen Ebene statt. Dort existieren wieder andere Netzwerke, in die einzelne Aktivisten aus den EU-Mitgliedsstaaten in der Regel über ihre Dachverbände einen Zugang haben (siehe dazu Kapitel 6.1.4). Kommt es über Landesgrenzen hinweg zu Zusammenarbeit, dann liegt der Schwerpunkt der grenzüberschreitenden Kooperationen für die Akteure aus den beiden Untersuchungsländern so auf Partnerschaften innerhalb der Europäischen Union. Die Schwerpunktebene bei der täglichen Arbeit bleibt für die untersuchten Akteure allerdings klar und deutlich die nationale Ebene.

#### *Konsequenzen für die theoretische Diskussion*

Von den zuvor aufgestellten Arbeitshypothesen konnten – wie soeben gezeigt – nur die wenigsten ohne Einschränkungen bestätigt werden. Beim überwiegenden Teil zeigte sich die Realität des Politikfelds teilweise oder komplett anders als die theoretischen Vorannahmen es zuvor vermuten ließen. Dies liegt aber höchstwahrscheinlich nicht an der Qualität der zu Grunde gelegten Vermu-

tungen und theoretischen Ansätze (POS- bzw. Pluralismus- und Korporatismusansatz), sondern vielmehr an der Besonderheit des vorliegenden Politikfelds. Durch die vergleichbar starke Zuspitzung der Gentechnikdebatte in beiden Referenzländern nahm das Politikfeld insbesondere in den 1990er Jahren, als die Debatte um das Für und Wider der Technologie seinen Höhepunkt erreicht hatte, eine Sonderstellung ein.

Und auch noch heute ist das Politikfeld von einer starken Polarisierung und Lagerbildung geprägt und bildet die Agro-Gentechnik ein emotional sehr aufgeladenes Thema, welches von beiden Seiten vielmals auch sehr irrational und pauschal angegangen und betrachtet wird. Hinzu kommen im Fall der Grünen Gentechnik etliche wichtige andere Faktoren, wie etwa sehr starke wirtschaftliche Abhängigkeiten des Landwirtschafts- und Lebensmittelsektors sowie der Biotechnologiebranche in den Niederlanden, die in die erwartbaren Gesetzmäßigkeiten hineinwirken. Biotechnologie ist und war in beiden Untersuchungs-ländern zudem eine bedeutende Zukunftstechnologie, deren Förderung von Staats- wie Unternehmensseite eine große Priorität eingeräumt wurde und andere Gesetzmäßigkeiten beeinflusste und außer Kraft setzte. Die Interessen der Biotechnologiebranche hatten und haben ein bedeutendes Gewicht im Willensbildungs- und Entscheidungsprozess. Hinzu kamen die ohnehin schon existierenden sehr geschlossenen und exklusiven korporatistischen Strukturen in den entsprechenden umwelt- und agrarpolitischen Policies beider Länder, die sich lange Zeit auch auf das Politikfeld der Agro-Gentechnik ausgewirkt haben. All dies spielte vor allem den Gentechnikbefürwortern in die Karten.

Für die weitere Forschung ergibt sich hierdurch der Auftrag, die Faktoren und Gründe für die von den Hypothesen abweichenden Ergebnisse näher zu untersuchen und die Besonderheiten des Politikfeldes und ihren jeweiligen Einfluss noch spezifischer zu analysieren. Helfen könnte dabei zum Beispiel der Vergleich mit der Situation in weiteren Ländern. Aber auch die Gegenüberstellung von anderen – ähnlichen – Politikfeldern könnte hier ein nächster Schritt sein, mit dem die Besonderheit der Gentechnik-Policy deutlich gemacht und untersucht werden könnte, ob die hier aufgestellten Hypothesen dort eher zutreffen.

### 8.3. Politikempfehlung

Die deutsche gentechnikkritische Bewegung gilt bei ihren Verbündeten in anderen Ländern zurecht als Vorbild. Von Deutschland aus sind für den europäischen und weltweiten Kampf gegen die Agro-Gentechnik in den vergangenen Jahren wichtige Impulse ausgegangen. Blickt man jedoch zurück auf den Anfang der 1990er Jahre, dann galten hingegen Akteure aus den Niederlanden – und dort speziell Verbraucherschutzverbände – als Vorreiter einer erfolgreichen Interessenvertretung für eine konsumentenfreundliche Gesetzgebung auf europäischer Ebene.

Heute spielen die großen nationalen Verbraucherschutzakteure innerhalb des Politikfelds der Grünen Gentechnik in beiden Untersuchungsländern überhaupt keine bedeutende Rolle mehr – und das schon seit rund 15 Jahren. Ihre im Vergleich zum Rest der Bewegung liberaleren Forderungen nach einer ausreichenden Kennzeichnung von Lebensmitteln bei der Verwendung von transgenen Inhaltsstoffen sowie die Gewährleistung von Koexistenz transgener und konventioneller Organismen bei Anbau, Verarbeitung und Handel sind seinerzeit erfüllt worden. Heute werden Verbraucherschutzaspekte in der kritischen Bewegung beider Länder von kleineren Verbraucherschutzakteuren oder sogar von Umweltschutzakteuren mit vertreten.

Und auch aus den in Bezug auf die Gentechnikdebatte ehemals sehr kritischen und aktiven Niederlanden mit ihren groß angelegten und von Staat und Unternehmen initiierten öffentlichen Dialogen und Konsensrunden, die während der 1990er Jahre und rund um den Jahrtausendwechsel stattgefunden und auch in Ländern wie Deutschland als Vorbild gedient haben, kommen heute kaum noch bedeutende Initiativen von den Gentechnikkritikern. Stärker noch: Immer mehr kritische Akteure ziehen sich dort wie gezeigt aus dem Themenfeld zurück und lassen nur noch wenige aktive Gentechnikkritiker zurück. Gründe dafür liegen etwa in einem aktuell mangelnden Rückhalt für die Gentechnikkritik in der Bevölkerung, in gesunkenen staatlichen Subventionsgeldern für intermediäre Akteure oder der bewussten Verlagerung von Themenschwerpunkten der kritischen Bewegungsakteure auf andere – drängendere – Bereiche. Fatal wäre es aus Sicht der dortigen Gentechnikgegner, wenn die

starke Abhängigkeit des niederländischen Handels vom Nachbarland Deutschland nicht mehr existieren würde und für viele Produzenten so ein bedeutendes Druckmittel wegfallen würde, gentechnikfreie Produkte zu vertreiben. Die Anzahl gentechnisch veränderter Kartoffeln oder anderer Gewächse würde dann sicherlich wieder ansteigen. Durch diese engen Handelsbeziehungen und den hohen Anteil von Lebens- und Futtermittel, der über den Export aus den Niederlanden nach Deutschland kommt, ist es hingegen auch für die deutsche gentechnikkritische Bewegung wichtig, dass der Protest in den Niederlanden nicht gänzlich einschläft. Hier könnte eine stärkere Zusammenarbeit zwischen den Bewegungen beider Länder ein Weg sein, diesem entgegenzuwirken.

Ein Hoffnungsschimmer für die verbliebenen gentechnikkritischen Akteure in den Niederlanden sind die sich in Bezug auf die Agro-Gentechnik langsam ändernden Mehrheitsverhältnisse im niederländischen Unterhaus. Die zweite Parlamentskammer tritt hier zuletzt immer wieder kritisch auf und konnte sich damit auch gegen die traditionell gentechnikfreundliche Regierungspartei *VVD* durchsetzen. Eine breite Parlamentsmehrheit stimmte zuletzt mehrmals für Verbote transgener Maissorten in den Niederlanden – möglich gemacht auch dadurch, dass der christdemokratische *CDA*, der über Jahrzehnte einen Machtblock in Regierung und Parlament bildete und stets eine industriefreundliche Haltung einnahm, in den vergangenen Jahren einen starken Machtverlust hinnehmen musste.

An diese geänderten Voraussetzungen könnten die verbliebenen gentechnikkritischen Akteure in den Niederlanden nun möglicherweise gut anknüpfen. Jetzt, wo sich die Stimmung in der Politik hin zu einer gentechnikkritischen Mehrheit gewandelt hat, können die Vertreter der Anti-Gentechnik-Bewegung ihre alten Beziehungen ins Parlament reaktivieren oder neue Verbindungen zu den kritischen Parlamentsparteien aufnehmen, um die Grüne Gentechnik als Thema wieder auf die politische Agenda zu bringen. Helfen könnte es dabei auch, wenn man – wie etwa in Deutschland erfolgreich geschehen und beschrieben – versucht, verwandte Themenfelder wie seinerzeit TTIP mit der Gentechnikfrage zu verknüpfen.

Eine weitere Hürde für die niederländische Anti-Gentechnik-Bewegung liegt zudem in den unvermindert technologiefreundlich eingestellten Medien.

Sie (wieder) auf ihre Seite zu bringen und die Gentechnik als Thema auch auf der medialen Agenda zu verankern, ist wohl die schwierigste Aufgabe, da der Vertrauensverlust, den der wichtige gentechnikkritische Akteur *Greenpeace Nederland* und auch andere bei der niederländischen Presse erlitten haben, nur sehr mühsam und über einen langen Zeitraum kompensiert werden kann.

Erfolgversprechender könnte da der Weg sein, der den deutschen Gentechnikkritikern so viel Ruhm und Erfolg eingebracht hat: eine stärkere Vernetzung untereinander. Es könnte ein Erfolgsrezept sein, dort den gegenseitigen Austausch und die Zusammenarbeit zu intensivieren, wo es bislang keine gibt oder die Verbindungen verwaist sind. Am Ende des Prozesses könnte für die gesamte Bewegung eine größere Schlagkraft stehen, durch die man wieder mehr Druck auf Gegner und Entscheidungsträger ausüben könnte.

Fraglich ist jedoch, ob der deutsche Ansatz einer Aufgaben- und Arbeitsteilung sowie der gemeinsamen Strategiefindung in den Niederlanden überhaupt greifen kann. Denn durch die viel geringere Größe des Landes ist es viel schwerer, eine entsprechende Anzahl an Akteuren zu (re)aktivieren und Strukturen wie in Deutschland zu schaffen. Unter den kritischen Gentechnikakteuren in unserem Nachbarland müsste zudem ein viel stärkeres Vertrauen herrschen, als es heute der Fall ist – anders sind Kooperationen wohl nur sehr schwer möglich. Vertrauen benötigt es aber jeweils auch in die Effekte von Kooperationen, wird den potenziellen Bündnisakteuren doch zunächst ein gewisser Preis abverlangt, wenn sie ihre eigenen (in der Regel weiter gehenden) Ziele innerhalb der Kooperationen außen vor lassen müssen. Zudem ist in den Niederlanden unter den verbliebenen Akteuren momentan kein einziger Akteur in Sichtweite, der die Koordination eines größeren Bündnisses ähnlich dem Runden Tisch in Deutschland aufnehmen könnte – dafür ist allen Akteuren der Erhalt ihrer eigenen Unabhängigkeit momentan noch zu wichtig.

Aber ist eine Übertragung eines solchen Konzepts auf andere Länder oder Politikfelder überhaupt ohne weiteres möglich? Wohl eher nicht, denn am Erfolg eines solchen Bündnisses sind viel zu viele andere Faktoren mitentscheidend. Und das innerhalb dieser Untersuchung erwähnte Beispiel der deutschen Klimaallianz hatte ja auch gezeigt, dass ein breites Bündnis nicht zwangsläufig

funktionieren muss – selbst, wenn in beiden Bündnissen bei zahlreichen Faktoren wie etwa dem ähnlichen Themengebiet, dem gleichen Land oder der großen Anzahl an teils gleichen Bündnispartnern Überschneidungen vorhanden sind. Denn auch Faktoren wie der gute Wille einzelner Aktivisten oder das gegenseitige Vertrauen üben einen nicht zu unterschätzenden Einfluss aus. Beides braucht Zeit zum Wachsen und kann auf Wunsch nicht einfach so implementiert werden.

Bedenken muss man zudem, dass es aufgrund des bisherigen Ausbleibens prophezeiter Horrorszenarien über die Auswirkungen in die Umwelt entlassener transgener Organismen (Auskreuzungen und Mutationen) auch immer schwieriger wird, gegen die Grüne Gentechnik zu argumentieren und die Debatte wieder auf ein ähnliches Niveau wie in den 1990er- und 2000er-Jahren zu heben. Gesundheitliche Argumente mussten so ja auch in den vergangenen Jahren immer weiter zurücktreten und haben etwa globalisierungskritischen und patentierungsrechtlichen Argumenten Platz gemacht, mit denen zuletzt die Anti-Gentechnik-Debatte geführt und aufrechterhalten wurde.

#### 8.4. Ausblick

Trotz dieser umfangreichen Untersuchung konnte nicht auf alle Fragen eine Antwort gefunden werden. Vieles ist offen geblieben und an etlichen Stellen sind neue Fragen aufgetaucht, die zu untersuchen es sich lohnen würde.

Interessant zu erfahren wäre zunächst, inwieweit die von den befragten Aktivisten und Experten vermuteten Gründe für den unterschiedlichen Erfolg der gentechnikkritischen Bewegung in den Niederlanden und Deutschland der Wahrheit entsprechen. Was ist also etwa dran an der These, dass in beiden Ländern eine sehr unterschiedliche Esskultur und Einstellung zu modernen Technologien existiert und sich diese Faktoren jeweils auch auf den Erfolg oder Misserfolg von Gentechnikkritikern auswirken? Oder welche Einflüsse sind es wirklich, die die kritische Einstellung der Bevölkerung in Deutschland oder das geringere Protestpotential in den Niederlanden erklären?

Durch die Beschränkung auf nur wenige Interviewpartner in dieser Untersuchung konnte nur ein begrenztes Bild entstehen, welches in keiner Weise

generalisiert werden kann. Allerdings war es trotz alledem ein recht konkretes, überraschend rundes Bild, was durch die Befragungen und die hinzugezogenen anderen Quellen gezeichnet wurde. Dass es bei manchen Interviewanfragen zu Absagen kam, war sehr schade, da hierdurch einige Einzelsichtweisen nicht so mit in die Analyse haben fließen können, wie sie es verdient hätten. Auch die nur noch wenigen vorhandenen aktiven niederländischen Akteure haben die Analyse nicht gerade erleichtert. Hier könnte es sich eventuell als interessante Aufgabe herausstellen, die genauen individuellen Gründe dafür zu erforschen, warum sich einzelne Akteure jeweils vom Politikfeld der Agro-Gentechnik zurückgezogen und ihr Engagement aufgegeben haben. Neben Verbraucherschutzakteuren, wo die Gründe grob bereits deutlich geworden sind, gilt dies vor allem für niederländische Umweltschutzakteure, die sich heute nicht mehr aktiv gegen die Grüne Gentechnik engagieren. Dazu müssten (historische) Quellen analysiert werden oder die jeweiligen früheren Gentechnikaktivisten ausfindig gemacht und mit ihnen gesprochen werden. Die für diese Untersuchung geführten Interviews lieferten hierzu ja nur bedingt Informationen.

Als sehr ertragreich könnte auch die in dieser Arbeit explizit außen vor gelassene Frage nach der Rolle der Medien beider Länder in der Gentechnikfrage erweisen. Wie gehen sie mit dem Thema um, wie sehen Art und Umfang der Berichterstattung aus, wie binden sie die verschiedenen Meinungen ein und beziehen sie eventuell sogar selbst direkt oder indirekt Stellung?



## 9. Quellenverzeichnis

- AbL/BUND 2009: Keine faulen Kompromisse bei der Gentechnik! Pressemitteilung vom 14. Dezember 2009, Online: [http://www.abl-ev.de/fileadmin/Dokumente/AbL\\_ev/Presse/Presse\\_2009/PM\\_AbL\\_BUND\\_Keine\\_faulen\\_Kompromisse\\_bei\\_der\\_Gentechnik\\_Wer\\_die\\_Nulltoleranz\\_kippt\\_-\\_r%C3%BCttelt\\_an\\_der\\_Wahlfreiheit\\_14\\_12\\_01.pdf](http://www.abl-ev.de/fileadmin/Dokumente/AbL_ev/Presse/Presse_2009/PM_AbL_BUND_Keine_faulen_Kompromisse_bei_der_Gentechnik_Wer_die_Nulltoleranz_kippt_-_r%C3%BCttelt_an_der_Wahlfreiheit_14_12_01.pdf), Abruf: 15. März 2010.
- Abromeit, Heidrun 1993: Interessenvermittlung zwischen Konkurrenz und Konkordanz, Opladen.
- agrar heute 2009: Top Ten Agrarchemie. Die größten Hersteller von Pflanzenschutzmitteln. Artikel vom 2. März 2009, Online: <http://www.agrarheute.com/index.php?redid=290786>.
- Agrarisch Dagblad 2010: Schijnbare meerderheid van de boeren is voor gentech, in: Agrarisch Dagblad vom 2. April 2010, S. 22.
- Agrarisch Dagblad 2011: 'Geen actiekamp, maar bijeenkomst om te netwerken', in: Agrarisch Dagblad vom 3. Mai 2011, S. 11.
- Akademienunion (Union der deutschen Akademien der Wissenschaften) 2004: Offener Brief, Online: [http://www.akademienunion.de/files/memorandum\\_gentechnik/memorandum\\_gruene\\_gentechnik\\_offener\\_brief.pdf](http://www.akademienunion.de/files/memorandum_gentechnik/memorandum_gruene_gentechnik_offener_brief.pdf), Abruf: 4. März 2010.
- AKB 1994: Gentechnologie in de Supermarkt. Amsterdam.
- Alemann, Ulrich von/Heinze, Rolf G. 1981a: Verbändepolitik und Verbändeforschung in der Bundesrepublik, in: Alemann, Ulrich von/Heinze, Rolf G. (Hrsg.): Verbände und Staat. Vom Pluralismus zum Korporatismus. Analysen, Positionen, Dokumente. Opladen, 2. Auflage, S. 12-37.
- Alemann, Ulrich von/Heinze, Rolf G. 1981b: Auf dem Weg zum liberqlen Ständestaat? Einführung in die Korporatismusdiskussion, in: Alemann, Ulrich von/Heinze: Rolf G. (Hrsg.): Verbände und Staat. Vom Pluralismus zum Korporatismus. Analysen, Positionen, Dokumente. Opladen, 2. Auflage, S. 38-49.
- Alex 1998: Weet jij wat je eet? Het aanhoudende geklooi met voedsel, in: Ravage 267 vom 18. September 1998, Online: <http://www.ravagedigitaal.org/1998/KLAAR/Nr%20267/HTML/6798ar05.htm>, Abruf: 13. April 2010.
- Ammann, Klaus 1995: Die ökologischen Risiken der Gentechnologie und wie wir damit umgehen können, in: Behrens, Maria/Meyer-Stumborg, Sylvia/Simonis, Georg (Hrsg.): Gentechnik und die Nahrungsmittelindustrie, Opladen, S. 177-190.
- Andeweg, Rudy B./Irwin, Galen A. 2009: Governance and Politics of the Netherlands, Basingstoke, et al.

- Anheier, Helmut/Priller, Eckhard/Zimmer, Annette 2000: Zur zivilgesellschaftlichen Dimension des Dritten Sektors, in: Klingemann, Hans-Dieter/Neidhardt, Friedhelm (Hrsg.): Zur Zukunft der Demokratie. Herausforderungen im Zeitalter der Globalisierung, WZB-Jahrbuch, Berlin, S. 71-98.
- Ansell, Christopher/Maxwell, Raasaan/Sicurelli, Daniela 2006: *Protesting Food: NGOs and Political Mobilization in Europe*, in: Ansell, Christoph/Vogel, David (Hrsg.): *What's the Beef? The Contested Governance of European Food Safety*, Cambridge/London, S. 97-122.
- Aretz, Hans-Jürgen 2000a: Individualisierung und Modernisierung. Eine Betrachtung zwischen Handlungs- und Systemtheorie, in: Kron, Thomas (Hrsg.): *Individualisierung und soziologische Theorie*, Wiesbaden, S. 89-104.
- Aretz, Hans-Jürgen 2000b: Zur Konfiguration gesellschaftlicher Diskurse, in: Nennen, Heinz-Ulrich (Hrsg.): *Diskurs: Begriff und Realisierung*, Würzburg, S. 161-182.
- ASECO 2010 [o.J.]: About ASECO, Online: [http://aseconet.org/index.php?option=com\\_content&task=view&id=17](http://aseconet.org/index.php?option=com_content&task=view&id=17), Abruf: 24. März 2010.
- Ayers, Thomas 1998: A tomato by any other name? U.S. and EC grapple with labeling, in: *Science* 281, S. 714.
- Bandelow, Nils C. 1997: Ausweitung politischer Strategien im Mehrebenensystem. Schutz vor Risiken der Gentechnologie als Aushandlungsmaterie zwischen Bundesländern, Bund und EU, in: Martinsen, Renate (Hrsg.): *Politik und Biotechnologie. Die Zumutung der Zukunft*, Baden-Baden, S. 153-168.
- Bandelow, Nils C. 1999: *Lernende Politik. Advocacy-Koalitionen und politischer Wandel am Beispiel der Gentechnologiepolitik*, Berlin.
- Baringhorst, Sigrid 1996: Das Spektakel als Politikon. Massenmediale Inszenierungen von Protest- und Hilfsaktionen, in: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen*, Heft 9, S. 15-25.
- Barnard, Chester I. 1970 [1938]: *Die Füllung großer Organisationen*, Essen.
- Bauer, Theresia 2018: Die Grünen dürfen die Chancen der Gentechnik nicht länger ignorieren, Gastbeitrag vom 24. Juni 2018, Online: <http://www.spiegel.de/wissenschaft/natur/die-gruenen-und-die-chancen-der-gentechnik-gastbeitrag-theresia-bauer-a-1214385.html>, Abruf: 27. Januar 2019.
- Bauerkämper, Arnd 2003: Einleitung: Die Praxis der Zivilgesellschaft. Akteure und ihr Handeln in historisch-sozialwissenschaftlicher Perspektive, in: Bauerkämper, Arnd (Hrsg.): *Die Praxis der Zivilgesellschaft. Akteure, Handeln und Strukturen im internationalen Vergleich*, Frankfurt am Main/New York, S. 7-30.
- Bauchmüller, Michael 2015: Umweltministerin Hendricks will gentechnikfreies Deutschland, Online: <http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/umweltministerin-hendricks-will-gentechnikfreies-deutschland-1.2300535> vom 15. Januar 2015, Abruf: 1. September 2015.

- Becher, Gerhard/Schuppenhauer, Michael R. 1996: Kommerzielle Biotechnologie – Umsatz und Arbeitsplätze 1996-2000, Einschätzung der deutschen Wirtschaft. Arbeitspapier für das Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft, Forschung und Technologie. Basel.
- Beck, Ulrich 1986: Risikogesellschaft, Frankfurt am Main.
- Becker, Angelika 1987: Gen- und Biotechnologie. Forum Wissenschaft, Forschungs- und Technologiepolitik. Studienheft Nr. 3.
- Behrens, Maria 2001: Staaten im Innovationskonflikt. Vergleichende Analyse staatlicher Handlungsspielräume im gentechnischen Innovationsprozeß Deutschlands und den Niederlanden, Frankfurt.
- Behrens, Maria/Meyer-Stumborg, Sylvia/Simonis, Georg 1995: Gentechnik und die Nahrungsmittelindustrie. Opladen.
- Behrens, Maria/Meyer-Stumborg, Sylvia/Simonis, Georg 1997: Gen Food. Einführung und Verbreitung, Konflikte und Gestaltungsmöglichkeiten, Berlin.
- Bekkem, Herman van 2014: Geen gentech in Friese landbouw, Leserbrief, in: Leeuwarder Courant vom 16. Januar 2014, S. 22.
- Bendel, Petra 1998: NGO, in: Nohlen, Dieter/Schultze, Rainer-Olaf/Schüttemeyer, Susanne (Hrsg.): Lexikon der Politik, Band 7: Politische Begriffe, München, S. 422-423.
- Benz, Arthur 2010: Multilevel-Governance – Governance in Mehrebenensystemen, in: Benz, Arthur (Hrsg.): Governance – Regieren in komplexen Regelsystemen, Wiesbaden, S. 111-135.
- Benz, Arthur/Dose, Nicolai 2010a: Governance – Modebegriff oder nützliches sozialwissenschaftliches Konzept?, in: Benz, Arthur/Dose, Nicolai (Hrsg.): Governance – Regieren in komplexen Regelsystemen. Eine Einführung, Wiesbaden, S. 13-36.
- Berger, Hartwig 1974: Untersuchungsmethode und soziale Wirklichkeit, Frankfurt: Suhrkamp.
- BEUC 2000: Annual Report 1999. Doc. 128/2000.
- BEUC 2001: Genetically Modified Food and Feed (labelling and traceability), Online: <http://www.beuc.eu/BEUCNoFrame/Docs/1/JGBAHLEDIJJBHOMPGMGMBNLDOPDBY9DBDTG9DW3571KM/BEUC/docs/DLS/2002-00079-01-E.pdf> vom 29. Oktober 2001, Abruf: 22. März 2010.
- BEUC 2003: GM food or Non GM food: A Good Day for Consumer Choice, Online: <http://www.beuc.eu/BEUCNoFrame/Docs/6/JGBAHLEDIJJBHOMPGMGMBNLDOPDB69DWKT69DW3571KM/BEUC/docs/DLS/2003-01473-01-E.pdf> vom 2. Juli 2003, Abruf: 22. März 2010.
- BEUC 2005: BEUC Position Paper on Co-existence, Online: <http://www.beuc.eu/BEUCNoFrame/Docs/4/JGBAHLEDIJJBHOMPGMGMBNLDOPDB19DBDED9DW3571KM/BEUC/docs/DLS/2005-00060-01-E.pdf> vom 20. Januar 2005, Abruf: 22. März 2010.

- Berg, Johannes Th.J. van den/Molleman, Henk A.A. 1974: Crisis in de Nederlandse politiek, Alphen aan de Rijn.
- Berg, Paul et al. 1974a: NAS ban on plasmid engineering, in: Nature 250 vom 19. Juli 1974, S. 175.
- Berg, Paul et al. 1974b: Potential Biohazards of Recombinant DNA Molecules, in: Science 185 vom 26. Juli 1974, S. 303.
- Berkum, Siemen van/Roza, Pim/Pronk, Bram 2006: Sojahanandel- en ketenrelaties. Sojaketens in Brazilië, Argentinië en Nederland, LEI-Rapport vom Oktober 2006, Online: <http://edepot.wur.nl/29788>, Abruf: 4. September 2015.
- Bernauer, Thomas 2003: Genes, Trade and Regulation. The seeds of conflict in food biotechnology, Princeton/Oxford.
- Bernauer, Thomas/Meins, Erika 2003: Technological revolution meets policy and the market: Explaining cross-national differences in agricultural biotechnology regulation, in: European Journal of Political Research 42, S. 643-683.
- Berndorff, Jan 2009: „Wir haben sie zum Jagen getragen“, in: natur + kosmos vom 13. Mai 2009.
- Bie, Linda de 2009: Waar moeten ggo's aan voldoen?, in: Coöperatie, Nr. 600, Oktober 2009, S. 6-7.
- Bierbrauer, Günter 1976: Attitüden: Latente Strukturen oder Interaktionskonzepte? In: Zeitschrift für Soziologie 5, S. 4-13.
- Biermann, Brigitte 2006: Umwelt, in: Benz, Arthur et al. (Hrsg.): Handbuch Governance. Theoretische Grundlagen und empirische Anwendungsfelder, Wiesbaden, S. 424-436.
- Biervert, B./Fischer-Winkelmann, W. F./Rock, R. 1977: Grundlagen der Verbraucherschutzpolitik. Eine gesamt- und einzelwirtschaftliche Analyse, Reinbek.
- Biologica 2010: Debat over octrooi en kwekersrecht nog niet afgerond, Online: [http://www.gentech.nl/alle\\_berichten/nederlandse\\_politiek/debat\\_over\\_octrooi\\_en\\_kwekersrecht\\_nog\\_niet\\_afgerond](http://www.gentech.nl/alle_berichten/nederlandse_politiek/debat_over_octrooi_en_kwekersrecht_nog_niet_afgerond) vom 14. Juli 2010, Abruf: 28. Dezember 2014.
- bioSicherheit 2007: Fünf Jahre biosicherheit: „Das Unbehagen findet einen legitimen Ausdruck im Risiko.“, Online: <http://www.pflanzenforschung.de/biosicherheit/debatte/495.unbehagen-legitimen-ausdruck-risiko.html> vom 16. April 2007, Abruf: 27. Mai 2010.
- Blatter, Joachim/Janning, Frank/Wagemann, Claudius 2007: Qualitative Politikfeldanalyse: Eine Einführung in Forschungsansätze und Methoden, Wiesbaden.
- Blaue Narzisse 2010: Im Gespräch mit Stephanie Töwe-Rimkeit von Greenpeace, Online: <http://www.blauenarzisse.de/index.php/aktuelles/item/1571-wir-fordernach-wie-vor-die-rechtswidrig-zugelassene-amflora-vom-acker-zu-holen-im-gespraech-mit-stephanie-toewe-rimkeit-von-greenpeace> vom 27. April 2010, Abruf: 28. Dezember 2014.

- Bleumink, J.A. et al. 1998: Conflict of consensus. Milieuoovereenkomsten tussen agrarische sector, overheid en milieubeweging, Utrecht: Centrum voor Landbouw en Milieu.
- Blijker, Jeroen den 2009: Milieu- en ontwikkelingsclubs verbijsterd over soja-akkoord, in: Trouw vom 30. Mai 2009, S. 14f.
- BLL 1995: In Sachen Lebensmittel. Bund für Lebensmittelrecht und Lebensmittelkunde e.V. (Informationsbroschüre), Bonn.
- BLL et al. 2002: Vielfalt fördern - Innovationspotenzial wahren. Thesenpapier zur Grünen Gentechnik, Online: <http://www.bll.de/download/themen/gentechnik/gentechnik-thesenpapier.pdf>, Abruf: 27. April 2010.
- Blumer, Herbert 1973: Der methodologische Standort des Symbolischen Interaktionismus, in: Arbeitsgruppe Bielefelder Soziologen (Hrsg.): Alltagswissen, Interaktion und gesellschaftliche Wirklichkeit, Reinbek bei Hamburg, S. 80-146.
- BMBF 2008: Genzentren in Deutschland: Keimzellen der Biotech-Forschung. Bericht vom 28. Mai 2008, Online: <http://www.biotechnologie.de/BIO/Navigation/DE/Foerderung/foerderbeispiele,did=72972.html>, Abruf: 8. Juni 2010.
- BÖLW 2011: Kraftvolles Signal gegen Agro-Gentechnik – mehr als 60.000 Menschen zeichnen Petition in drei Wochen, Pressemitteilung vom 19. April 2011, Online: [http://www.boelw.de/uploads/media/PM\\_Petition\\_50.000\\_110419\\_01.pdf](http://www.boelw.de/uploads/media/PM_Petition_50.000_110419_01.pdf), Abruf: 13. Juni 2015.
- BÖLW 2014: Versuchslabor EU? BÖLW-Studie „Risiken mit amtlichem Siegel“ zeigt massive Mängel beim EU-Zulassungsverfahren von GVO, Pressemitteilung vom 08. Oktober 2014, Online: <http://www.boelw.de/pm+M58743eb9f6c.html>, Abruf: 29. Dezember 2014.
- Börnecke, Stephan 2010: Amflora darf in Europa wachsen. EU-Kommissar genehmigt umstrittene Gen-Kartoffel von BASF, in: Frankfurter Rundschau vom 3. März 2010, S. 15.
- Boersma, Hidde 2009: Honger te wijten aan milieufananten. Is genmais nodig in strijd tegen honger of een gevaar voor mens en milieu?, in: NRC Handelsblad vom 17. April 2009, S. 7.
- Bogner, Alexander/Menz, Wolfgang 2002: Das theoriegenerierende Experteninterview. Erkenntnisse, Wissensformen, Interaktion, in: Bogner, Alexander/Littig, Beate/Menz, Wolfgang (Hrsg.): Das Experteninterview. Theorie, Methode, Anwendung, Opladen, S. 33-70.
- Bogumil, Jörg/Schmid, Josef 2001: Politik in Organisationen. Organisationstheoretische Ansätze und praxisbezogene Anwendungsbeispiele, Opladen.
- Bora, Alfons/Döbert, Rainer 1993: Konkurrierende Rationalitäten. Politischer und technisch-wissenschaftlicher Diskurs im Rahmen einer Technikfolgenabschätzung von genetisch erzeugter Herbizidresistenz in Kulturpflanzen, in: Soziale Welt 1, Jg. 44, S. 75-97.

- Bouma, Johan/Smeets, Peter 2013: Lessens uit de landbouw, in: Boon, Wouter/Horlings, Edwin (Hrsg.): Kenniscoproductie voor de grote maatschappelijke vraagstukken, Rathenau Instituut, S. 64-74.
- Braakman, Jan 2010a: Biologica noteert verlies van bijna vier ton, in: Agrarisch Dagblad Jg. 25, Nr. 62 vom 7. Dezember 2010, S. 1.
- Braakman, Jan 2010b: Bezwaren tegen nieuwe proefvelden Avebe en BASF, in: Agrarisch Dagblad Jg. 24, Nr. 115 vom 23. Februar 2010, S. 3.
- Braakman, Jan 2010c: BASF ziet af van nieuwe proefvelden gen-aardappel, in: Agrarisch Dagblad Jg. 24, Nr. 130 vom 16. März 2010, S. 1.
- Braakman, Jan 2010d: Avebe niet verplicht locatie proefvelden te publiceren, in: Agrarisch Dagblad Jg. 24, Nr. 161 vom 29. April 2010, S. 3.
- Braakman, Jan 2010e: EU: teelt transgeen gewas mag. Meer bevoegdheid lidstaten, in: Agrarisch Dagblad Jg. 24, Nr. 186 vom 9. Juni 2010, S. 3.
- Braakman, Jan 2014: Geen status aparte voor cisgenese in Nederland, in: Boerderij Vandaag Jg. 28, Nr. 149 vom 6. Juni 2014, S. 7.
- Brand, Karl-Werner 1985: Vergleichendes Resümee, in: Brand, Karl-Werner (Hrsg.): Neue soziale Bewegungen in Westeuropa und den USA. Ein internationaler Vergleich, Frankfurt am Main/New York, S. 306-334.
- Brand, Karl-Werner 1991: Kontinuität und Diskontinuität in den neuen sozialen Bewegungen, in: Roth, Roland/Rucht, Dieter (Hrsg.): Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 2., Überarbeitete Auflage, S. 40-53.
- Brandsma, Jelle 2011: Op zoek naar verantwoorde soja, in: trouw.nl vom 6. Juli 2011, Online: <http://www.trouw.nl/tr/nl/5009/Archief/archief/article/detail/2462217/2011/07/06/Op-zoek-naar-verantwoorde-soja.dhtml>, Abruf: 2. August 2015.
- Bron, Jan Cees 2010a: Amflora onder zwaar protest grond in, in: Agrarisch Dagblad vom 21. April 2010, S. 3.
- Bron, Jan Cees 2010b: 'Transgeen kasgewas helpt bij verduurzaming', in: Agrarisch Dagblad vom 14. Oktober 2010, S. 11.
- Bron, Jan Cees 2015: Nederland vraagt teeltverbod GMO aan, in: Boerderij vom 1. Oktober 2015, Online: <http://www.boerderij.nl/Home/Nieuws/2015/10/Nederland-vraagt-teeltverbod-GMO-aan-2695674W/>, Abruf: 7. November 2015.
- Brot für die Welt 2004: Grüne Gentechnik taugt nicht zur Hungerbekämpfung. „Brot für die Welt“ setzt auf nachhaltigen Landbau, Online: [http://www.keine-gentechnik.de/bibliothek/basis/positionen/bfdw\\_papier\\_hunger\\_040413.pdf](http://www.keine-gentechnik.de/bibliothek/basis/positionen/bfdw_papier_hunger_040413.pdf) vom 13. April 2004, Abruf: 18. März 2010.
- Brot für die Welt 2014: Brot für die Welt gegen den Anbau von Gentechnik-Baumwolle in Malawi. Gefahr für Vorzeigeprojekt „Cotton made in Africa“ des BMZ, Online: <http://www.brot-fuer-die-welt.de/pressemeldung/2014-brot->

- fuer-die-welt-gegen-den-anbau-von-gentechnik-baumwolle-in-malawi.html, Abruf: 7. November 2015.
- Brot für die Welt 2015: Neue Studie: Agrarlobby nutzt Klimakrise für Vorstoß auf Afrikas Saatgutmärkte, Online: <http://www.brot-fuer-die-welt.de/pressemeldung/2015-neue-studie-agrarlobby-nutzt-klimakrise-fuer-vorstoss-auf-afrikas-saatgutmaerkte.html> vom 5. Mai 2015, Abruf: 7. November 2015.
- Brunnengräber, Achim 1997: Advokaten, Helden und Experten – NGOs in den Medien, in: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen*, Jg. 10, Heft 4, S. 13-26.
- Bude, Heinz 1987: *Deutsche Karrieren. Lebenskonstruktionen sozialer Aufsteiger aus der Flakhelfer-Generation*, Frankfurt am Main.
- Buro Jansen & Jansen 1990: *Demokratische controle. Regenjassendemokratie*, Online: [http://www.burojansen.nl/artikelen\\_item.php?id=63](http://www.burojansen.nl/artikelen_item.php?id=63), Abruf: 13. März 2015.
- BUND 2010a [o.J.]: Wer torpediert die Kennzeichnung „ohne Gentechnik“ und warum?, Online: [http://www.bund.net/bundnet/themen\\_und\\_projekte/gentechnik/aktion\\_ohne\\_gentechnik/hintergruende/torpedierung\\_der\\_kennzeichnung/](http://www.bund.net/bundnet/themen_und_projekte/gentechnik/aktion_ohne_gentechnik/hintergruende/torpedierung_der_kennzeichnung/), Abruf: 4. März 2010.
- BUND 2010b [o.J.]: *Gentechnik in der Landwirtschaft: viele Risiken – kein Nutzen*, Online: [http://www.bund.net/bundnet/themen\\_und\\_projekte/gentechnik/risiken/](http://www.bund.net/bundnet/themen_und_projekte/gentechnik/risiken/), Abruf: 31. März 2010.
- Bundesregierung 1997: *Gesetz zu dem Übereinkommen vom 5. Juni 1992 über die biologische Vielfalt*. In der Fassung der Bekanntmachung vom 30. August 1997, BGBl II, S. 1741.
- Bundesregierung 2007: *Lebensmittel: Produktion und Handel in Deutschland*, in: *Magazin für Verbraucher* Nr. 001 (11/2007), Online: <http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Magazine/MagazinVerbraucher/001/s2-lebenmittelproduktion-und-handel-in-deutschland.html>, Abruf: 8. Juni 2010.
- Buse, Uwe 2009: *Freiheit für den Acker*, in: *Der Spiegel* 10/2009 vom 2. März 2009, S. 64-68.
- Brugh, Marcel aan de 2000: *Wat is er mis in Nederland?*, in: *NRC Handelsblad* vom 22. März 2000, S. 18.
- Callies, Christian 2007: *Die Grüne Gentechnik zwischen Nutzung und Haftung – Zugleich eine Einführung in eines der Themen der Tagung*. Callies, Christian/Härtel, Ines/Veit, Barbara (Hrsg.): *Neue Haftungsrisiken in der Landwirtschaft: Gentechnik, Lebensmittel- und Futtermittelrecht, Umweltsachenrecht*, Baden-Baden, S. 1-15.
- Campact 2010a: *34.825 blaue Briefe für Ilse Aigner übergeben*, Pressemitteilung vom 24. Februar 2010, Online: <http://www.campact.de/gentec/press/pm100224>, Abruf: 13. April 2010.

- Catenhusen, Wolf-Michael/Neumeister, Hanna (Hrsg.) 1987: Chancen und Risiken der Gentechnologie. Dokumentation des Berichts an den deutschen Bundestag. München.
- CBS (Centraal Bureau voor de Statistiek) 2010: Bedrijfsleven; arbeids- en financiële gegevens, per branche, Online: <http://statline.cbs.nl/StatWeb/publication/?DM=SLNL&PA=71835NED&D1=a&D2=0-178,181-197&D3=l&HDR=G2,T&STB=G1&VW=T>, Abruf: 1. März 2010.
- Chege, N. 1998: Compulsory labeling of food produced from genetically modified soya beans and maize, in: Columbia Journal of European Law 4 (Winter/Spring): S. 179-181.
- CIAA 2008: [http://www.fooddrinkeurope.eu/documents/brochures/memorandum%20slov\\_lr.pdf](http://www.fooddrinkeurope.eu/documents/brochures/memorandum%20slov_lr.pdf), Abruf: 8. Juni 2010.
- Cine Rebelde 2009: Erster Feldbefreier hinter Gittern, Online: <http://www.cinerebelde.org/erster-feldbefreier-hinter-gittern-p-94.html> mit Video, Abruf: 13. April 2010.
- Coenen, Linda 2010a: Kwekersvrijstelling op plantoctröoien gaat voedselmonopolie niet tegen, Online: [http://www.gentech.nl/alle\\_berichten/nederlandse\\_politiek/kwekersvrijstelling\\_op\\_plantoctröoien\\_gaat\\_voedselmonopolie\\_niet\\_tegen](http://www.gentech.nl/alle_berichten/nederlandse_politiek/kwekersvrijstelling_op_plantoctröoien_gaat_voedselmonopolie_niet_tegen) vom 30. April 2010, Abruf: 28. Dezember 2014.
- Coenen, Linda 2010b: Brandende patentaanvragen – protest bij het Europese Patentbureau in München, Online: [http://www.gentech.nl/alle\\_berichten/europa/brandende\\_patentaanvragen\\_protest\\_bij\\_het\\_europese\\_patentbureau\\_in\\_muenchen](http://www.gentech.nl/alle_berichten/europa/brandende_patentaanvragen_protest_bij_het_europese_patentbureau_in_muenchen) vom 28. Juli 2010, Abruf: 28. Dezember 2014.
- Coenen, Linda 2010c: Protest tegen patenten op leven en biopiraterij bij Biodiversiteitscongres, Online: [http://www.gentech.nl/alle\\_berichten/economie/protest\\_tegen\\_patenten\\_op\\_leven\\_en\\_biopiraterij\\_bij\\_biodiversiteitscongres](http://www.gentech.nl/alle_berichten/economie/protest_tegen_patenten_op_leven_en_biopiraterij_bij_biodiversiteitscongres) vom 23. November 2010, Abruf: 29. Dezember 2014.
- Coenen, Linda 2011a: GGO-besmette honing beschouwen als gentedchvoedsel, Online: [http://www.gentech.nl/alle\\_berichten/landbouw/ggo\\_besmette\\_honing\\_beschouwen\\_als\\_gentedchvoedsel](http://www.gentech.nl/alle_berichten/landbouw/ggo_besmette_honing_beschouwen_als_gentedchvoedsel) vom 7. September 2011, Abruf: 6. März 2015.
- Coenen, Linda 2011b: Aktiedagen voor Zadensoeveriniteit, Online: [http://www.gentech.nl/alle\\_berichten/mondiale\\_politiek/aktiedagen\\_voor\\_zadensoeveriniteit](http://www.gentech.nl/alle_berichten/mondiale_politiek/aktiedagen_voor_zadensoeveriniteit) vom 23. April 2011, Abruf: 27. April 2015.
- Coenen, Linda 2011c: Eerste soja met controversieel „verantwoord“ label aangekomen, Online: [http://www.gentech.nl/alle\\_berichten/mondiale\\_politiek/eerste\\_soja\\_met\\_controversieel\\_verantwoord\\_label\\_aangekomen](http://www.gentech.nl/alle_berichten/mondiale_politiek/eerste_soja_met_controversieel_verantwoord_label_aangekomen) vom 9. Juni 2011, Abruf: 2. August 2015.
- Coenen, Linda 2014: „Re: Uitgewerkte versie Interview“, E-Mail-Nachricht an Tim Mäkelburg vom 13. November 2014.
- Conrad, Jobst 2004: Erklärungsansätze und Perspektiven sozialwissenschaftlicher Gentechnikforschung. Akzeptanz, Kontroversen, Regulierungsmuster, sozio-

- ökonomische Rahmenbedingungen und Entwicklungspfade. UFZ-Bericht 19., Leipzig, Online: <http://www.ufz.de/data/ufzbericht-19-042153.pdf>, Abruf: 15. Juni 2010.
- Conrad, Jobst 2005: Grüne Gentechnik – Gestaltungschance und Entwicklungsrisiko. Perspektiven eines regionalen Innovationsnetzwerkes, Wiesbaden.
- Consumentenbond 2004: Etiketteringsregels gm-voedssel van kracht, in: [consumentenbond.nl](http://www.consumentenbond.nl), Online: <http://www.consumentenbond.nl/actueel/nieuws/2004/57425> vom 20. April 2004, Abruf: 24. März 2010.
- Convention on Biological Diversity 2000: Cartagena Protocol on Biosafety to the Convention on Biological Diversity, Montreal, Online: <http://www.cbd.int/doc/legal/cartagena-protocol-en.pdf>, Abruf: 25. April 2010.
- COPA-COGECA 1997: Initial position on biotechnology and the use of genetically modified organisms (GMOs) in Agriculture within the EU, Brüssel: COPA-COGECA.
- COPA-COGECA 2000: Standpunkt von COPA und COGECA zu der Anwendung der Gentechnik in der Landwirtschaft, Online: <http://www.copa-cogeca.eu/Download.ashx?ID=362644>, Abruf: 11. März 2010
- Croissant, Aurel/Lauth, Hans-Joachim/Merkel, Wolfgang 2000: Zivilgesellschaft und Transformation: Ein internationaler Vergleich, in: Merkel, Wolfgang (Hrsg.): Systemwechsel 5: Zivilgesellschaft und Transformation, Oplaten, S. 9-49.
- Czada, Roland 1992: Korporatismus, in: Nohlen, Dieter: Lexikon der Politik, Band 3: Die westlichen Länder, München, S. 218-224.
- Czada, Roland 1994: Konjunkturen des Korporatismus: Zur Geschichte eines Paradigmenwechsels in der Verbändeforschung, in: Streeck, Wolfgang (Hrsg.): Staat und verbände. Opladen, S. 37-64.
- Czada, Roland/Dittrich, Walter 1980: Politisierungsmuster zwisshen Staatsintervention und gesellschaftlicher Selbstverwaltungen in: Ronge, Volker (Hrsg.): Am Staat vorbei. Politik der Selbstregulierung von Kapital und Arbeit, Frankfurt am Main/New York, S. 195-226.
- Czada, Roland 1988: Politische Institutionen und ökonomische Interessen, in: Luthardt, Wolfgang/Waschkuhn, Arno (Hrsg.): Politik und Repräsentation. Beiträge zur Theorie und zum Wandel politischer und sozialer Institutionen, Marburg, S. 149-166, Online: <http://www.politik.uni-osnabrueck.de/POLSYS/downloads/politische.institutionen.und.oekonomische.interessen.pdf>, Abruf: 4. Januar 2016.
- Czada, Roland 2000: Dimensionen der Verhandlungsdemokratie. Konkordanz, Korporatismus, Politikverflechtung. polis, Nr. 46, Online: <http://www.politik.uni-osnabrueck.de/POLSYS/Archive/polis-46-Czada.pdf>, Abruf: 3. Januar 2016.
- Daalder, Hans 1989: The Netherlands: Prototype of Consociationalism? Ancient and modern pluralism in the Netherlands, Cambridge.

- Daele, Wolfgang van den 1991: Risiko-Kommunikation: Gentechnologie, in: Jungermann, Helmut/Rohrman, Bernd/Wiedemann, Peter M. (Hrsg.): Risikokontroversen. Konzepte, Konflikte, Kommunikation. Berlin u.a., S. 11-61.
- Daele, Wolfgang van den 1993: Hintergründe der Wahrnehmung von Risiken der Gentechnik – Naturkonzepte und Risikosemantik, in: Bayerische Rück (Hrsg.): Risiko ist ein Konstrukt. Wahrnehmungen zur Risikowahrnehmung, München, S. 169-190.
- DBV 2009a: Zur Entscheidung von Bundesminister Aigner zu MON 810. DBV: Wir gehen von wissenschaftlich fundierten Ergebnissen aus, Online: <http://www.bauernverband.de/index.php?redid=300834> vom 14. April 2009, Abruf: 15. März 2010
- DBV 2009b: Forschung in der Grünen Gentechnik notwendig. DBV: Jetzt nicht auch noch die forschende Kartoffelzüchtung in Misskredit bringen, Online: <http://www.bauernverband.de/index.php?redid=301598> vom 24. April 2009, Abruf: 15. März 2010.
- DBV 2010: „Keine halbseidenen Lösungen in der GVO-Kennzeichnung mehr“. DBV veranstaltete Forum Gentechnik auf der Grünen Woche, Online: <http://www.bauernverband.de/index.php?redid=326420> vom 28. Januar 2010, Abruf: 15. März 2010.
- Della Porta, Donatella/Diani, Mario 2006: Social Movements. An Introduction. Oxford/Malden.
- Deth, Jan W. van/Vis, Jan C.P.M 2006: Regeren in Nederland. Het politieke en bestuurlijke bestel in vergelijkend perspectief, Assen.
- Der Tagesspiegel 2013: Agrarministertreffen in Berlin: Tausende demonstrieren gegen Agrarpolitik, in: [tagesspiegel.de](http://www.tagesspiegel.de/berlin/agrarministertreffen-in-berlin-tausende-demonstrieren-gegen-agrarpolitik/7658062.html) vom 19. Januar 2013, Online: <http://www.tagesspiegel.de/berlin/agrarministertreffen-in-berlin-tausende-demonstrieren-gegen-agrarpolitik/7658062.html>, Abruf: 1. Januar 2015.
- Deutscher Bundestag 1977: Antwort der Bundesregierung. Risiken bei der Neukombination von Genen. BT-Drs. 8/924 vom 22. September 1977, S. 1-3, Online: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/08/009/0800924.pdf>, Abruf: 2. Juni 2010.
- DFG 1995: Gentechnik und Lebensmittel. Stellungnahme der Grundsatzkommission für Grundsatzfragen der Genforschung und der Senatskommission zur Beurteilung der gesundheitlichen Unbedenklichkeit von Lebensmitteln der Deutschen Forschungsgemeinschaft, Bonn.
- DFG 2004: Behinderung der Forschungsarbeit, in: *forschung* 3-4/2004, S. 34, Online: [http://www.dfg.de/download/pdf/dfg\\_magazin/wissenschaft\\_oeffentlichkeit/forschung\\_magazin/2014/forschung\\_2014\\_03.pdf](http://www.dfg.de/download/pdf/dfg_magazin/wissenschaft_oeffentlichkeit/forschung_magazin/2014/forschung_2014_03.pdf), Abruf: 20. April 2012.

- Dinther, Mac van 2010: ‚Pesticiden zijn modern wapentuig‘, in: volkskrant.nl vom 29. November 2010, Online: <http://www.volkskrant.nl/archief/-pesticiden-zijn-modern-wapentuig~a1066125/>, Abruf: 4. September 2015.
- dlz agrarmagazin 2008: Nulltoleranz bei Gentechnik? Ausgabe 11 (November) 2008.
- Döring, Claudia 2010: Koalitionsvertrag sorgt für Zündstoff, in: Raiffeisen Magazin 01/2010, S. 8, Online: [http://www.raiffeisen.de/veroeffentlichungen/pdf/RM\\_1\\_10-6.pdf](http://www.raiffeisen.de/veroeffentlichungen/pdf/RM_1_10-6.pdf), Abruf: 15. März 2010.
- Dolata, Ulrich 2003a: Unternehmen Technik. Akteure, Interaktionsmuster und strukturelle Kontexte der Technikentwicklung: Ein Theorierahmen. Berlin.
- Dolata, Ulrich 2003b: Die grüne Gentechnik ist zurzeit alles andere als sexy. Der Verkauf veränderter Pflanzen ist ein schwieriges Geschäft, aber womöglich gelingt der Branche der zweite Anlauf, in: Frankfurter Rundschau vom 6. Januar 2003, S. 13.
- Dolata, Ulrich 2003c: Schlechte Ernte. Der wirtschaftliche Misserfolg der Grünen Gentechnik, in: Politische Ökologie 81-82: S. 45-48.
- Dongen, Els van/Buur, Luc (burgers@gentechvrijvoedsel.nl) 2013: „Re: Interview voor een wetenschappelijk onderzoek“, E-Mail-Nachricht an Tim Mäkelburg vom 10. April 2013.
- Dorfer, Tobias 2000: „Alles was groß ist, ist verdächtig“. Ursula Lüttmer-Ouazane, Nordeuropa-Chefin von Monsanto, über das Verbot des Genmais MON810, die Rolle von Horst Seehofer und eigene Fehler, in: sueddeutsche.de vom 3. August 2000, Online: <http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/monsanto-chefin-im-gespraech-alles-was-gross-ist-ist-verdaechtig-1.452448>, Abruf: 7. September 2015.
- DNR 2002: DNR-Grundsatzprogramm, Online: [http://www.dnr.de/dnr/dnr\\_programm.pdf](http://www.dnr.de/dnr/dnr_programm.pdf), Abruf: 2. April 2010.
- Duyvendak, Jan Willem/Koopmans, Ruud 1992: Protest in een pacificatiedemocratie. Nieuwe sociale bewegingen en het Nederlandse politieke systeem, in: Duyvendak, Jan Willem et al. (Hrsg.): Tussen verbeelding en macht: 25 jaar nieuwe sociale bewegingen in Nederland, Amsterdam: SUA, S. 39-75.
- Dreyer, Marion/Gill, Bernhard 2000: Die Vermarktung transgener Lebensmittel in der EU - Die Wiederkehr der Politik aufgrund regulatoriver und ökonomischer Blockaden, in: Spök, Armin et al.: GENug gestritten? Gentechnik zwischen Risikodiskussion und gesellschaftlicher Herausforderung, Graz, S. 125-148.
- DRV et al. 2009: Land- und Ernährungswirtschaft fordert verlässliche Gentechnik-politik zur Sicherung des Innovationsstandortes Deutschland. Branchenstellungnahme zur Gentechnikpolitik der Bundesregierung, Online: <http://www.raiffeisen.de/presse/pdf-aktuelles/2009-Warenkettenpapier-Stellungnahme.pdf>, Abruf: 15. März 2010.

- ECVC 2008a: Common base, Online: [http://www.eurovia.org/spip.php?article6&var\\_lang=en](http://www.eurovia.org/spip.php?article6&var_lang=en), vom 8. September 2008, Abruf: 11. März 2010
- ECVC 2008b: Presentation, Online: <http://www.eurovia.org/spip.php?article12&lang=en>, vom 7. November 2008, Abruf: 11. März 2010.
- EEB 2008a: Review of the authorization procedure for GMOs, Online: <http://www.eeb.org/?LinkServID=4E9CABCB-9C72-F172-1BA027D390F7B109&showMeta=0> vom 10. November 2008, Abruf: 1. April 2010.
- EEB 2008b: EEB's vision for European agriculture, Online: <http://www.eeb.org/?LinkServID=4B301B58-FAF5-43E1-9AC273A8D8025E44&showMeta=0> vom Oktober 2008, Abruf: 1. April 2010.
- Egdell, Janet M./Thomson, Kenneth J. 1999: The influence of UK NGOs on the Common Agricultural Policy, in: *Journal of Common Market Studies* 37 (1): S. 121-131.
- Eisinger, Peter K. 1973: the Conditions of Protest Behavior in American cities, in: *American Political Science Review*, 67, 1973, S. 11-28.
- Engwerda, Jan 2010: Areaal transgene mais in EU krimpt 12 procent, in: *Agrarisch Dagblad* vom 25. Februar 2010, S. 9.
- Etzioni, Amitai 1964: *Modern organizations*, Englewood Cliffs: Prentice-Hall.
- Europäische Kommission 1995: Diskussionspapier XI/008/95 – Rev. 1.
- Europäische Kommission 2004: ASECO – Alliance of Social and Ecological Consumer Organizations. Contribution to the reflection process launched by Commissioner Byrne. Enabling Good Health for All, Online: [http://ec.europa.eu/health/ph\\_overview/Documents/refl/ev20041015\\_co\\_129\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/health/ph_overview/Documents/refl/ev20041015_co_129_en.pdf), Abruf: 24. März 2010.
- Europäische Kommission 2006: Risk Issues. Special Issue Eurobarometer 238/Wave 64.1. Online: [http://ec.europa.eu/food/food/resources/special-eurobarometer\\_riskissues20060206\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/food/food/resources/special-eurobarometer_riskissues20060206_en.pdf), Abruf: 8. Juni 2010.
- Europäische Kommission (Hrsg.) 2010: Eurobarometer Spezial 328 (Biotechnologie), Welle 73.1, Online: [http://ec.europa.eu/public\\_opinion/archives/ebs/ebs\\_341\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/ebs/ebs_341_de.pdf), Abruf: 16. August 2012.
- FAZ 2001: Schröder legt Genprogramm auf Eis, in: *faz.net* vom 25. Januar 2001, Online: [www.faz.net/aktuell/politik/biotechnologie-schroeder-legt-genprogramm-auf-eis-117183.html](http://www.faz.net/aktuell/politik/biotechnologie-schroeder-legt-genprogramm-auf-eis-117183.html), Abruf: 30. August 2015.
- Fink, Simon 2003: Politikwissenschaft und Biotechnologie - ein Überblick über die konzeptionelle Landschaft, Discussion Paper vom Workshop des Graduiertenkollegs „Märkte und Sozialräume in Europa“ vom 16. Bis 18. Oktober 2003 an der Otto-Friedrich-Universität Bamberg, Online: [https://www.uni-bamberg.de/fileadmin/uni/wissenschaft\\_einricht/gk\\_mse/Paper/fink-politikwissenschaft\\_und\\_biotechnologie.pdf](https://www.uni-bamberg.de/fileadmin/uni/wissenschaft_einricht/gk_mse/Paper/fink-politikwissenschaft_und_biotechnologie.pdf), Abruf: 6. Januar 2016.
- Flick, Uwe 2000: Leitfadeninterviews, in: Uwe Flick (Hrsg.): *Qualitative Forschung. Ein Handbuch*. Reinbek. S. 117-145.

- Flick, Uwe 2007: *Qualitative Sozialforschung. Eine Einführung*, 5. Auflage, Reinbek.
- Flick, Uwe/Kardorff, Ernst von/Steinke, Ines 2007: Was ist qualitative Forschung? Einleitung und Überblick, in: Flick, Uwe/Kardorff, Ernst von/Steinke, Ines (Hrsg.): *Qualitative Forschung. Ein Handbuch*, Reinbek, S. 13-29.
- FNLI 2010: *Innovatie en vernieuwing*, Online: [http://www.fnli.nl/index.php?ct=text&collection=innovatievernieuwing&collectionadditional=innovatievernieuwing-additional&collectionbanner=innovatievernieuwing-banner&category=concurrentiepositie&nav\\_active=70](http://www.fnli.nl/index.php?ct=text&collection=innovatievernieuwing&collectionadditional=innovatievernieuwing-additional&collectionbanner=innovatievernieuwing-banner&category=concurrentiepositie&nav_active=70), Abruf 1. März 2010.
- Focus 2012: Das Ende der Gen-Kartoffel Amflora. BASF verlagert grüne Gentechnik in die USA, in: *focus.de* vom 16. Januar 2012, Online: [http://www.focus.de/finanzen/news/unternehmen/aus-mangel-an-akzeptanz-basf-verlagert-gruene-gentechnik-in-die-usa\\_aid\\_703108.html](http://www.focus.de/finanzen/news/unternehmen/aus-mangel-an-akzeptanz-basf-verlagert-gruene-gentechnik-in-die-usa_aid_703108.html), Abruf: 8. Januar 2015.
- Food Labeling News 1998: Future of GM food in europe said to rest with food industry persuasion, in: *food Labeling News* vom 1. Juli 1998.
- Forsa 2009: Meinungen zu Gentechnik. Online: [http://www.gentechnikfreie-regionen.de/fileadmin/content/studien/umfragen/Umfrage\\_Forsa\\_Slowfood\\_Mai09.pdf](http://www.gentechnikfreie-regionen.de/fileadmin/content/studien/umfragen/Umfrage_Forsa_Slowfood_Mai09.pdf), Abruf: 8. Juni 2010.
- Frantz, Christiane 2002: Nichtregierungsorganisationen (NGOs) in der sozialwissenschaftlichen Debatte, in: Frantz, Christiane/Zimmer, Annette (Hrsg.): *Zivilgesellschaft international*, Opladen, S. 51-81.
- Frantz, Christiane 2005: *Karriere in NGOs. Politik als Beruf jenseits der Parteien*, Wiesbaden: VS Verlag.
- Frantz, Christiane 2007: NGOs als transnationale Interessenvertreter und Agenda Setter, in: Jarren, Otfried/Lachenmeier, Dominik/Steiner, Adrian (Hrsg.): *Entgrenzte Demokratie? Herausforderungen für die politische Interessenvermittlung*, Baden-Baden, S. 181-197.
- Frantz, Christiane/Martens, Kerstin 2006: *Nichtregierungsorganisationen (NGOs)*, Wiesbaden.
- Friends of the Earth Europe 2000: *Biotechnology Programme*, in: *FoEE Mailout* 6 (2).
- Frouws, Jaap 1993: *Mest en Macht. Een politiek-sociologische studie naar belangenbehartiging en beleidsforming inzake de mestproblematiek in Nederland vanaf 1970*, Wageningen.
- Gack, Th. 1992: Aus Frankensteins Reich frisch auf den Tisch, in: *Der Tagesspiegel* vom 11.03.1992, S. 2.
- Gaskell, George/Allum, Nick/Bauer, Martin 2000: *Biotechnology and the European Public*, in: *Nature* 18, S. 935-938.
- Gaskell, George/Allum, Nick/Stares, Sally 2003: *Europeans and Biotechnology in 2002. Eurobarometer 58.0*, Brüssel.
- Gaskell, George et al. 2006: *Europeans and Biotechnology in 2005: Patterns and Trends*, Online: [http://ec.europa.eu/research/biosociety/pdf/eb\\_64\\_3\\_final\\_report\\_second\\_edition\\_july\\_06.pdf](http://ec.europa.eu/research/biosociety/pdf/eb_64_3_final_report_second_edition_july_06.pdf), Abruf: 15. Juni 2010.

- Gentech.nl 2009: NGOs beschuldigen Verburg van vooroordelen, Online: [http://www.gentech.nl/alle\\_berichten/nederlandse\\_politiek/10\\_000\\_protestmails\\_tegen\\_nederlands\\_ontwikkelingsgeld\\_voor\\_onverantwoorde\\_soja](http://www.gentech.nl/alle_berichten/nederlandse_politiek/10_000_protestmails_tegen_nederlands_ontwikkelingsgeld_voor_onverantwoorde_soja) vom 27. November 2009, Abruf: 28. Dezember 2014.
- Gill, Bernhard 1993: Partizipative Technikfolgenabschätzung aus der Sicht von Umweltgruppen – Probleme, Ressourcen, Perspektiven. Eine Erhebung der Einschätzungen der beteiligten Umweltgruppen über das vom Wissenschaftszentrum Berlin organisierte TA-Verfahren zur transgenen Herbizidresistenz von Kulturpflanzen, Berlin (Untersuchung im Auftrag des WZB), Online: [http://www.lrz.de/~Lehrstuhl\\_Beck/d/gill/publika/WZBPAP2.pdf](http://www.lrz.de/~Lehrstuhl_Beck/d/gill/publika/WZBPAP2.pdf), Abruf: 23. Juni 2011.
- Gill, Bernhard 2008: Kampagnen gegen Bio- und Gentechnik, in: Roth, Roland/Rucht, Dieter (Hrsg.): Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Ein Handbuch, Frankfurt/New York, Campus, S. 613-631.
- Gill, Bernhard/Bizer, Johann/Roller, Gerhard 1998: Riskante Forschung: zum Umgang mit Ungewißheit am Beispiel der Genforschung in Deutschland. Eine sozial- und rechtswissenschaftliche Untersuchung, Berlin.
- Gläser, Jochen/Laudel, Grit 2009: Experteninterviews und qualitative Inhaltsanalyse als Instrument rekonstruierender Untersuchungen, Wiesbaden.
- Göring, Marlene 2013: Marsch gegen Monsanto. Weltweiter Aktionstag verurteilt die Geschäftspolitik des Agrarmultis, in: Neue Deutschland vom 27. Mai 2013, Online: <http://www.neues-deutschland.de/artikel/822546.marsch-gegen-monsanto.html>, Abruf: 9. März 2015.
- Goswinkel, Dieter 2003: Zivilgesellschaft – eine Erschließung des Themas von seinen Grenzen her, Discussion Paper Nr. SP IV 2003-505, Online: <http://bibliothek.wz-berlin.de/pdf/2003/iv03-505.pdf>, Abruf: 14. September 2010.
- Gray, Paul 1993: Subsidiarity and EC food law. Paul Gray examines policy making and policy Management, in: Food Control 1993, volume 4, Number 2, S. 61-66.
- Greenpeace 1999: Greenpeace feiert den Rückzug des Nestle-Butterfinger, Presseerklärung vom 16. Juli 1999, Online: <http://www.gene.ch/genesis/1999/Jul-Dec/msg00004.html>, Abruf: 19. April 2012.
- Greenwood, Justin/Ronit, Karsten 1994: Interest Groups in the European community: Newly Emerging Dynamics and forms, in: West European Politics, Vol. 17, Nr. 1, S. 31-52.
- Griffioen, Cynthia 2010: „RE: vraag over standpunt NCR“, E-Mail-Nachricht an Tim Mäkelburg vom 15. März 2010.
- Grin, Johan 2010: Understanding Transitions from a Governance Perspective, in: Grin, John/Rotmans, Jan/Schot, Johan (Hrsg.): Transitions to Sustainable Development. New Directions in the study of Long Term Transformation Change, New York/London: Routledge, S. 223-319.

- Görg, Christoph/Brand, Ulrich 2001: Postfordistische Naturverhältnisse. NGO und Staat in der Biodiversitätspolitik, in: Brand, Ulrich et al. (Hrsg.): Nichtregierungsorganisationen in der Transformation des Staates, Münster, S. 65-94.
- Habermas, Jürgen 1973: Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus, Frankfurt am Main.
- Hallmann, Thorsten/Priller, Eckard/Zimmer, Annette 2003: Zur Entwicklung des Nonprofit Sektors und den Auswirkungen auf das Personalmanagement seiner Organisationen, in: Eckardstein, Dudo von/Ridder, Hans-Gerd (Hrsg.): Personalmanagement als Gestaltungsaufgabe im Nonprofit und Public Management, Opladen, S. 65-83.
- Hamstra, A.M. 1993: Consumer acceptance of food biotechnology: the relation between product evaluation and acceptance.
- Hampel, Jürgen 1997: Verbraucherakzeptanz der Gentechnik, in: Deutsche Landjugend-Akademie Fredeburg e.V. (Hrsg.): Gentechnik – Fortschritt für die deutsche Landwirtschaft?, Witterschlick/Bonn, S. 142-163.
- Hampel, Jürgen 2005: Technik-, Akzeptanz- und Risikodiskurse: Europäisierung der Debatten oder nationale Signaturen? In: Technikfolgenabschätzung Jg. 14, Heft 1, S. 78-85.
- Hamburger Abendblatt (hi/elk) 1996: Erstes Gen-Soja im Hafen, in: Hamburger Abendblatt Nr. 259 vom 5.11.1996, S. 17.
- Harress, Hans 2008: Die Grüne Gentechnik - Hoffnung oder Albtraum?, in: Natur und Heilen 7, S. 13-21.
- Hecló, Hugh 1978: Issue Networks and the Executive Establishment, in: King, Anthony (Hrsg.): The New American Political System, Washington D.C., S. 87-124.
- Heijden, Hein-Anton van der/Koopmans, Ruud/Giugni, Marco G. 1992: The West European Environmental Movement, in: Finger, Matthias/Kriesberg, Louis (Hrsg.): The Green movement worldwide, Amsterdam u.a., S. 1-40.
- Heijden, Hein-Anton van der 2000: tussen aanpassing en verzet. Milieubeweging en milieudiscours, Amsterdam.
- Heine, Nicole/Heyer, Martin/Pickardt, Thomas 2002: Basisreader der Moderation zum Diskurs Grüne Gentechnik des Bundesministeriums für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft (BMVEL), Online: <http://www.transgen.de/pdf/diskurs/reader.pdf>, Abruf: 25. April 2010.
- Heins, Volker 1992: Gentechnik aus der Verbraucherperspektive. Symbolische Kämpfe um neue Konsummodelle, in: Zeitschrift für sozialwissenschaftliche Forschung und Praxis 4, Jg. 43, S. 383-399.
- Heins, Volker 2002: Weltbürger und Lokalpatrioten. Eine Einführung in das Thema Nichtregierungsorganisationen, Opladen.
- Hellmann, Kai-Uwe 1998: Paradigmen der Bewegungsforschung. Forschungs- und Erklärungsansätze – Ein Überblick, in: Hellmann, Kai-Uwe/Koopmans, Ruud (Hrsg.): Paradigmen der Bewegungsforschung. Entstehung und Ent-

- wicklung von Neuen sozialen Bewegungen und Rechtsextremismus. Opladen/Wiesbaden, S. 9-30.
- Heselmans, Marianne 2010: Kansloze komkommers, in NRC Handelsblad vom 4. Dezember 2010, Online: <http://www.nrc.nl/handelsblad/van/2010/december/04/kansloze-komkommers-11977163>, Abruf: 4. September 2015.
- Het Financieele Dagblad 1998: Unilever start met GMO-Etikettering, in: Het Financieele Dagblad vom 23. Januar 1998.
- Hirsch, Joachim 2001: Des Staates neue Kleider. NGO im Prozess der Internationalisierung des Staates, in: Brand, Ulrich et al. (Hrsg.): Nichtregierungsorganisationen in der Transformation des Staates, Münster, S. 13-42.
- Hix, Simon/Kreppel, Ami/Noury, Abdul 2003: The party system in the European Parliament. Collusive or Competitive? In: Journal of Common Market Studies, Vol 41, Nr. 2, S. 309-331.
- Hodgson, John 1990: Dutch regulations now in force, in: Biotechnology, Volume 8, S. 284.
- Hoffmann, S. 2001: Pharmakonzerne werfen Ballast ab und konzentrieren sich auf Arzneimittel, in: Handelsblatt vom 21. November 2000, S. 19.
- Hofmann, Siegfried 2008: Monsanto dominiert Gentechnik, in: Handelsblatt vom 4. März 2008, Online: <http://www.handelsblatt.com/unternehmen/industrie/monsanto-dominiert-gentechnik;1399300>, Abruf: 8. Juni 2010.
- Hohlfeld, Rainer 2000: Konkurrierende Koalitionen und Leitbilder in Pflanzenzüchtung und Medizin, in: Barben, Daniel/Abels, Gabriele (Hrsg.): Biotechnologie - Globalisierung - Demokratie. Politische Gestaltung transnationaler Technologieentwicklung, Berlin, S. 63-84.
- Hopf, Christel 2007: Qualitative Interviews – ein Überblick, in: Flick, Uwe/Kardorff, Ernst von/Steinke, Ines (Hrsg.): Qualitative Forschung. Ein Handbuch, Reinbek bei Hamburg, S. 349-360.
- Informationsdienst Gentechnik 2010a: Gentechnik-Protest während KWS Hauptversammlung, Online: <http://www.keine-gentechnik.de/news-gentechnik/news/de/23017.html> vom 17. Dezember 2010, Abruf: 9. März 2015.
- Informationsdienst Gentechnik 2010v: Klage gegen Amflora vor Europäischem Gerichtshof, Online: <http://www.keine-gentechnik.de/news-gentechnik/news/de/22736.html> vom 19. Oktober 2010, Abruf: 10. April 2015.
- Informationsdienst Gentechnik 2010c: Müllermilch mit Gentechnik hergestellt ist Gen-Milch, Online: <http://www.keine-gentechnik.de/news-gentechnik/news/de/22591.html> vom 22. September 2010, Abruf: 10. April 2015.
- Informationsdienst Gentechnik 2011a: BASF minimiert Gentech-Kartoffel-Anbau wegen Protesten, Online: <http://www.keine-gentechnik.de/news-gentechnik/news/de/23195.html> vom 31. Januar 2011, Abruf: 8. Januar 2015.

- Informationsdienst Gentechnik 2011b: Frohe Ostern? Eier aus Gentechnik-Fütterung noch in der Überzahl, Online: <http://www.keine-gentechnik.de/news-gentechnik/news/de/23638.html>, Abruf: 1. April 2015.
- Informationsdienst Gentechnik 2011c: NABU kritisiert Bioökonomierat, Online: <http://www.keine-gentechnik.de/news-gentechnik/news/de/24367.html> vom 6. Juli 2011, Abruf: 20.12.2014.
- Informationsdienst Gentechnik 2011d: Wahlkreis-Aktion gegen Agro-Gentechnik, Online: <http://www.keine-gentechnik.de/news-gentechnik/news/de/24315.html> vom 26. August 2011, Abruf: 5. März 2015.
- Informationsdienst Gentechnik 2011e: Honig-Urteil schlägt Wellen, Online: <http://www.keine-gentechnik.de/news-gentechnik/news/de/24384.html> vom 8. September 2011, Abruf: 27. Dezember 2014.
- Informationsdienst Gentechnik 2011f: Bremen wird gegen die Lockerung der Null-Toleranz im Saatgut stimmen, Online: <http://www.keine-gentechnik.de/news-gentechnik/news/de/23442.html> vom 15. März 2011, Abruf: 6. März 2015.
- Informationsdienst Gentechnik 2011g: Gentechnik-Funde in NRW: Es gilt die Null-Toleranz, Online: <http://www.keine-gentechnik.de/news-gentechnik/news/de/23468.html> vom 17. März 2011, Abruf: 6. März 2015.
- Informationsdienst Gentechnik 2011h: Erneuter Protest gegen Aussaat von Gentechnik-Rüben, Online: <http://www.keine-gentechnik.de/news-gentechnik/news/de/23559.html> vom 1. April 2011, Abruf: 6. März 2011.
- Informationsdienst Gentechnik 2011i: Kritik an Gentechnik als Instrument der Agrarindustrie wird lauter, Online: <http://www.keine-gentechnik.de/news-gentechnik/news/de/23592.html> vom 8. April 2011, Abruf: 6. April 2011.
- Informationsdienst Gentechnik 2011j: Behörde genehmigt Versuch mit Gentechnik-Zuckerrübe, Online: <http://www.keine-gentechnik.de/news-gentechnik/news/de/23673.html> vom 26. April 2011, Abruf: 6. April 2015.
- Informationsdienst Gentechnik 2011k: Honig muss frei von Gentechnik-Pollen sein, Online: <http://www.keine-gentechnik.de/news-gentechnik/news/html/24369.html> vom 6. September 2011, Abruf: 10. April 2015.
- Informationsdienst Gentechnik 2011l: Ein giftiges Geschäft: Gentechnik-Pflanzen und Roundup-Spitzmittel, Online: <http://www.keine-gentechnik.de/news-gentechnik/news/de/23675.html> vom 27. April 2011, Abruf: 27. April 2015.
- Informationsdienst Gentechnik 2011m: Bundesregierung blockiert gesetzlich vorgeschriebene Besetzung des Umweltschutz-Sachverständigen bei Gentechnik-Stellungnahmen, Online: <http://www.keine-gentechnik.de/news-gentechnik/news/de/23267.html> vom 13. Februar 2011, Abruf: 1. April 2015.
- Informationsdienst Gentechnik 2013: Agrochemie-Konzerne nehmen Afrika ins Visier, Online: <http://www.keine-gentechnik.de/news-gentechnik/news/de/26965.html> vom 22. Januar 2013, Abruf: 29. Dezember 2014.
- INRA (Europe) 2000: The Europeans and Biotechnology. Eurobarometer-Report 52.1.

- James, Clive 2009: Executive Summary. Global Status of Commercialized Biotech/GM Crops: 2008. ISAAA-Brief Nr. 39, Online: <http://www.isaaa.org/resources/publications/briefs/39/executivesummary/pdf/Brief%2039%20-%20Executive%20Summary%20-%20English.pdf>, Abruf: 8. Juni 2010.
- Jann, Werner/Wegrich, Kai 2003: Phasenmodelle und Politikprozesse: Der Policy Cycle, in: Schubert, laus/Bandelow, Nils (Hrsg.): Lehrbuch der Politikfeldanalyse, München, S. 71-104.
- Janning, Frank 2003: Der Staat der Konsumenten. Plädoyer für eine politische Theorie des Verbraucherschutzes, in: Czada, Roland/Zintl, R. (Hrsg.): Politik und Macht, Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft 34, Wiesbaden, S. 151-185.
- Janning, Frank 2004: Die Spätgeburt eines Politikfeldes. Verbraucherschutzpolitik in Deutschland, in: Zeitschrift für Politik, Jg. 51, S. 399-431.
- Janning, Frank 2009: Gemeinwohlorientierung durch Neokorporatismus? Verbändeorganisation und Interessenvermittlung in der deutschen Verbraucherschutzpolitik, in: Rehder, Britta/Winter, Thomas von/Willems, Ulrich (Hrsg.): Interessenvermittlung in Politikfeldern. Vergleichende Befunde der Policy- und Verbändeforschung, Wiesbaden, S. 132-155.
- Jany, Klaus-Dieter/Greiner, Ralf 1998: Kennzeichnung von genetisch veränderten Lebensmitteln, Online: [http://www.halal.de/eug\\_s04.htm](http://www.halal.de/eug_s04.htm), Abruf: 15. Oktober 2009.
- Jany, Klaus-Dieter et al. 2000: Novel Food Verordnung (EC) Nr. 258/97. Kennzeichnung und Nachweisverfahren von neuartigen Lebensmitteln, Online: <http://www.oekoplant-ev.de/Gesetze/NovelFoVO.pdf>, Abruf: 15. Oktober 2009.
- Jerger, Ilona/Berndorff, Jan 2001: Goldener Gen-Reis für die Armen. Interview mit Ingo Potrykus, in: natur+kosmos 11.
- Kaiser, Markus 1988: Entstehung, Entwicklung und Struktur der Anti-Gen-Bewegung, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen 3, S. 85-95.
- Katzek, Jens 1995: Umwelt- und Verbraucherposition in Bezug auf den Einsatz der Gentechnik im Lebensmittelbereich, in: Behrens, Maria/Meyer-Stumborg, Sylvia/Simonis, Georg (Hrsg.): Gentechnik und die Nahrungsmittelindustrie, Opladen, S. 151-173.
- Katzenstein, Mary Fainsod/Mueller, Carol C. 1987: The Woman's Movement of the United States and Western Europe. Consciousness, Political Opportunity, and Public Policy, Philadelphia.
- Keck, Margret E./Sikkink, Kathryn 1998: Transnational Advocacy Networks in the Movement Society, in: Meyer, David S./Tarrow, Sidney (Hrsg.): The Social Movement Society, Lanham: Rowman & Littlefield, S. 217-238.
- Kern, Thomas 2008: Soziale Bewegungen. Ursachen, Wirkungen, Mechanismen, Wiesbaden.

- Keulemans, Maarten 2014: Genade voor het gengewas, in: de Volkskrant vom 8. März 2014.
- Kieser, Alfred (Hrsg.) 1993: Organisationstheorien, Stuttgart/Berlin/Köln.
- Kitschelt, Herbert 1986: Political Opportunity Structures and Political Protest. Anti-Nuclear Movements in four Democracies, in: *British Journal of Political Science*, 16, S. 57-85.
- Klein, Ansgar 2001: *Der Diskurs der Zivilgesellschaft*, Opladen: Leske + Budrich.
- Klein, Ansgar/Rohde, Markus 2003: Konturen der Zivilgesellschaft – Zur Profilierung eines Begriffs, in: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen*, Jg. 16, Heft 2, S. 2-6.
- Kleinfeld, Ralf 1997: Das niederländische Modell – Grundzüge und Perspektiven einer Modernisierung des Sozialstaates. Studie im Auftrag der Enquete-Kommission „Zukunft der Erwerbsarbeit“ des Landtages Nordrhein-Westfalen, Online: [https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/GB\\_1/I.1/EK/EKALT/12\\_EK1/DOC/DasNiederlaendischeModellKleinfeld.PDF](https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/GB_1/I.1/EK/EKALT/12_EK1/DOC/DasNiederlaendischeModellKleinfeld.PDF), Abruf: 3. Januar 2016.
- Kleinfeld, Ralf 2000: Legitimation durch Proporz und Kompromiß: Praxis und Defizite der Konsensdemokratie am Beispiel der Niederlande, in: Gerlach, Irene/Nitschke, Peter (Hrsg.): *Metamorphosen des Leviathan? Staatsausgaben im Umbruch*, Opladen, S. 179-209.
- Kleinfeld, Ralf 2001: Niederlande. Verbände, Konkordanzdemokratie und Versäulung, in: Reutter, Werner/Rütters, Peter (Hrsg.): *Verbände und Verbandssysteme in Westeuropa*, Opladen, S. 287-312.
- Kocka, Jürgen 2003: Zivilgesellschaft in historischer Perspektive, in: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen*, Jg. 16, Heft 2, S. 29-37.
- Kohtes Klewes (Hrsg.) 2000: *Herausforderung Gentechnologie. Chancen durch Kommunikation*. Düsseldorf.
- Kooiman, Jan 1993: Governance and Governability: Using Complexity, Dynamics and Diversity, in: Kooiman, Jan (Hrsg.): *Modern Governance. New Government*. Society Interactions, London, S. 35.
- Koopmans, Ruud/Duyvendak, Jan Willem 1992: Sociale bewegingen en het priemaat van de politiek, in: Duyvendak, Jan Willem et al. 1992 (Hrsg.): *Tussen verbeelding en macht: 25 jaar nieuwe sociale bewegingen in Nederland*, Amsterdam, S. 11-38.
- Kriesi, Hanspeter et al. 1992: New social movements and political opportunities in Western Europe, in: *European Journal of Political Research* 22, S. 219-244.
- Kriesi, Hanspeter et al. 1995: *New Social Movements in Western Europe. A Comparative Analysis*. Minneapolis.
- Kriesi, Hanspeter/Giugni, Marco G. 1996: Ökologische Bewegungen im internationalen Vergleich: Zwischen Konflikt und Kooperation, in: Diekmann, Andreas/Jaeger, Carlo C.: *Umweltsoziologie, Sonderheft der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Wiesbaden, S. 324-349.

- Kroon, M.C. 1986: Recombinant DNA, risico's en regulering. Milieu en recht, 4 (April), S. 113-120.
- Kuipers, Pascal 2010: Biologica moet bakens verzetten tegen geldnood, in: *Distrifood* Nr. 22, Jg. 26 vom 5. Juli 2010, S. 3.
- Kurbjuweit, Dirk 2010: Der Wutbürger, in: *Der Spiegel* Nr. 41, 2010, S. 26f., Online: <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-74184564.html>, Abruf: 8. Oktober 2015.
- Kwasniewski, Nicolai 2015: Grünen-Gutachten: Mit TTIP kommt Gentechnik in die Supermärkte, in: *Spiegel Online* vom 15. Januar 2015, Online: [www.spiegel.de/wirtschaft/service/ttip-und-ceta-freihandelsabkommen-bringen-gentechnik-in-die-eu-a-1012467.html](http://www.spiegel.de/wirtschaft/service/ttip-und-ceta-freihandelsabkommen-bringen-gentechnik-in-die-eu-a-1012467.html), Abruf: 1. April 2015.
- Lauth, Hans-Joachim 2003: Zivilgesellschaft als Konzept und die Suche nach ihren Akteuren, in: Bauerkämper, Arnd (Hrsg.): *Die Praxis der Zivilgesellschaft. Akteure, Handeln und Strukturen im internationalen Vergleich*, Frankfurt am Main/New York, S. 31-54.
- Leif, Thomas/Speth, Rudolf 2003: Anatomie des Lobbyismus. Einführung in eine unbekannte Sphäre der Macht, in: Leif, Thomas/Speth, Rudolf (Hrsg.): *Die stille Macht. Lobbyismus in Deutschland*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 1. Auflage, S. 7-32.
- Leif, Thomas/Speth, Rudolf 2006: Die fünfte Gewalt – Anatomie des Lobbyismus in Deutschland, in: Leif, Thomas/Speth, Rudolf (Hrsg.): *Die fünfte Gewalt. Lobbyismus in Deutschland*, Bonn, S. 10-36.
- Lelley, Tamas 1998: Gentechnik im Pflanzenbau, in: Spök, Armin (Hrsg.): *Gentechnik in Landwirtschaft und Lebensmitteln*, Graz, S. 18-29.
- Lehbruch, Gerhard 1967: Proporzdemokratie: Politisches System und politische Kultur in der Schweiz und Österreich, Tübingen.
- Lehbruch, Gerhard 1981: Wandlungen der Interessenpolitik im liberalen Korporatismus, in: Alemann, Ulrich von/Heinze, Rolf G. (Hrsg.): *Verbände und Staat. Vom Pluralismus zum Korporatismus. Analysen, Positionen, Dokumente*, Opladen, 2. Auflage, S. 50-71.
- Lehbruch, Gerhard 1996a: Die korporative Verhandlungsdemokratie in Westmitteleuropa, in: *Schweizer Zeitschrift für politische Wissenschaft*, Jg. 2, Heft 4, S. 19-41.
- Lehbruch, Gerhard 1996b: Der Beitrag der Korporatismusforschung zur Entwicklung der Steuerungstheorie, in: *Politische Vierteljahresschrift*, Nr. 37, S. 735-751.
- Lehbruch, Gerhard 1997: From state authority to network state: the German state in comparative perspective, in: Muramatsu, Michio/Naschold, Frieder (Hrsg.): *State and administration in Japan and Germany: a comparative perspective on continuity and change*, Berlin/New York, S. 39-62.

- Lehmbruch, Gerhard 2003: Welfare state adjustment between consensual and adversarial politics. The institutional context of reform in Germany, in: Waarden, Frans van/Lehmbruch, Gerhard (Hrsg.): *Renegotiation th Welfare State. Flexible adjustment through corporatist concertation*, London/New York, S. 142-168.
- Lijphart, Arend 1975 [1968]: *The politics of accommodation. Pluralism and democracy in the Netherlands*, Berkeley.
- Lijphart, Arend/Crepez, Markus M.L. 1991: *Corporatism and Consensus Democracy in 18 Countries: Conceptual and Empirical Linkages*, in: *British Journal of Political Science*, S. 235-256.
- Lipset, S.M./Rokkan, S. 1967: *Cleavage structures, party systems and voter alignments: an introduction*, in: Lipset, S.M./Rokkan, S. (Hrsg.): *Party Systems and Voter Alignments: Cross national perspectives*, New York, S. 1-64.
- Loeber, Anne 2014: „Re: Vraag voor mijn onderzoek“, E-Mail-Nachricht an Tim Mäkelburg vom 3. Oktober 2014.
- Löwenstein, Karl 1973: *Gruppenpluralismus und Machtdynamik (1959)*, in: Nuscheler, Franz/Steffani, Winfried (Hrsg.): *Pluralismus. Konzeptionen und Kontroversen*. München, 2. Auflage, S. 183-198.
- Logger, Bram/Menkhorst, Roos 2012: *De strijd van de regenboogkrijgers. De onttovering van Greenpeace*, in: *De Groene Amsterdamer* vom 12. Dezember 2012.
- LTO 2009: *Genetisch gemodificeerd e plantenteelt: Ja, mits voor Europese landen tuinbouw*, Online: <http://www.lto.nl/media/default.aspx/emma/org/10360048/ggo.pdf>, Abruf: 8. Juni 2010.
- Lugt, Hans van der 2008: *Strijd rond proefveldjes in Nederland. Greenpeace probeert onderzoeken te frustreren met een confettikanon van zaden*, in: *NRC Handelsblad* vom 4. Dezember 2008, S. 6.
- Lugt, Hans van der 2009: *BASF: geen gengewas meer voor EU. Landbouw Duitsland verbiedt genmais onverwachts. In hele EU veel verzet tegen telen gengewas*, in: *NRC Handelsblad* vom 15. April 2009, S. 15.
- Lugt, Hans van der 2010: *Ieder heeft zijn eigen feiten in het debat over gengewassen*, in: *NRC Handelsblad* vom 20. Januar 2010.
- Mäkelburg, Tim 2012: *Verbraucherschutz zwischen politischer Bewegung und politischem Steuerungsinstrument. Die deutsche Verbraucher Initiative e.V. versus die Verbraucherzentrale Bundesverband e.V.*, in: Fraune, Cornelia/Schubert, Klaus (Hrsg.): *Grenzen der Zivilgesellschaft. Empirische Befunde und analytische Perspektiven*, Münster: Waxmann, S. 157-187.
- Martens, Kerstin 2002: *Alte und neue Player – eine Begriffserklärung*, in: Frantz, Christiane/Zimmer, Annette (Hrsg.): *Zivilgesellschaft international. Alte und neue NGOs*, Opladen, S. 25-49.

- Martens, Heiko/Neubacher, Alexander/Sauga, Michael 2004: Innovation: Blockierter Fortschritt, in: Der Spiegel 41, S. 114-119.
- Massing, Peter 1995: Interesse, in: Nohlen, Dieter/Schultze, Rainer-Olaf (Hrsg.): Lexikon der Politik, Politische Theorien, Band 1, München, S. 217-225.
- Maurin, Jost 2011a: 50.000 Genmais-Gegner gesucht, in: taz.de vom 28. März 2011, Online: <http://www.taz.de/!68108/>, Abruf: 28. Dezember 2014.
- Maurin, Jost 2011b: Honig-Urteil des Europäischen Gerichtshofs: Ein süßer Sieg für Gentechnik-Gegner, in: taz.de vom 6. September 2011, Online: <http://www.taz.de/!77603/>, Abruf: 8. Januar 2015.
- Maurin, Jost 2011c: Bundesregierung überprüft Verbot von Gentech-Mais, in: taz vom 9. Februar 2011, Online: <http://www.taz.de/1/archiv/digitaz/artikel/?ressort=wu&dig=2011%2F02%2F09%2Fa0090&cHash=9079b5790a0f5ea6994c240d4435db05>, Abruf: 10. April 2015.
- Maurin, Jost 2011d: Linke Bauern werfen Gentech-Forschern Gewalt vor, in: taz vom 16. Juli 2011, Online: <http://www.taz.de/1/archiv/digitaz/artikel/?ressort=wu&dig=2011%2F07%2F16%2Fa0187&cHash=014206ea9141d6d0ff0897bfbbabfe76>, Abruf: 28. Mai 2015.
- Maurin, Jost/Kaul, Martin 2011: Die klandestinen Feldbefreier, in: taz vom 15. Juli 2011, Online: <http://www.taz.de/1/archiv/digitaz/artikel/?ressort=hi&dig=2011%2F07%2F15%2Fa0084&cHash=a085af8439bbad0a532a799afd610e14>, Abruf: 13. März 2015.
- Maurin, Jost 2013: Die Kolbenfresser, in: die tageszeitung vom 2. November 2013, S. 20-22, Online: <http://www.taz.de/1/archiv/print-archiv/printressorts/digitaz/artikel/?ressort=wu&dig=2013%2F11%2F02%2Fa0017&cHash=ff0733ba7dff7e1a8e00f1732da944a8>, Abruf: 5. März 2019.
- Mayer, Horst Otto 2004: Interview und schriftliche Befragung. Entwicklung, Durchführung und Auswertung. München, 2., verbesserte Auflage.
- Mayntz, Renate 2010: Governance im modernen Staat, in: Benz, Arthur/Dose, Nicolai (Hrsg.): Governance – Regieren in komplexen Regelsystemen. Eine Einführung. Wiesbaden, S. 37-48.
- Meins, Erika 2003: Politics and Public Outrage. Explaining Transatlantic and Intra-European Diversity of Regulations on Food Irradiation and Genetically Modified Food, Münster u.a.
- Messner, Dirk 1996: Politik im Wandel. NGOs in der Irrelevanzfalle oder NGOisierung der (Welt-)Politik?, in: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.): Globale Trends und internationale Zivilgesellschaft oder: die NGOisierung der (Welt-)Politik?, Bonn, S. 11-38, Online: <http://library.fes.de/pdf-files/stabsabteilung/03525.pdf>, Abruf: 21. Februar 2011.
- Methmann, Chris 2014: Gentechnik. Zum Frühstück: 250.000 Unterschriften gegen Gentechnik, Online: [http://blog.campact.de/2014/12/zum-fruehstueck-250-000-unterschriften-gegen-gentechnik/?utm\\_source=post-gplus&utm\\_](http://blog.campact.de/2014/12/zum-fruehstueck-250-000-unterschriften-gegen-gentechnik/?utm_source=post-gplus&utm_)

- medium=social&utm\_term=Zum+Fr%C3%BChst%C3%BCck:+250.000+  
Unterschriften+gegen+Gentechnik&utm\_content=-blog&utm\_campaign=/  
gentechnik-verbo vom 5. Dezember 2014, Abruf: 24. Februar 2019.
- Metz, Tracy 1998: Nieuwe natuur. Reportages over veranderend landschap, Amsterdam.
- Meuser, Michael/Nagel, Ulrike 1991: ExpertInneninterviews – vielfach erprobt, wenig bedacht, in: Garz, Detlef/Krainer, Klaus (Hrsg.): Qualitativ-empirische Sozialforschung, Opladen, S. 441-471.
- Meuser, Michael/Bagel, Ulrike 2009: Das Experteninterview – konzeptionelle Grundlagen und methodische Anlage, in: Pickel, Susanne et al. (Hrsg.): Methoden der vergleichenden Politik- und Sozialwissenschaft. Neue Entwicklungen und Anwendungen, Wiesbaden, S. 465-479.
- Milieudefensie 2009: WNF onder vuur. Actievoerders willen dat het WNF haar steun aan een nieuw ‘verantwoord’ label voor genetisch gemanipuleerde soja opzegt, in: Milieudefensie Magazine Juni 2009, Online: <http://www.milieudefensie.nl/publicaties/magazine/2009/juni/wnf-onder-vuur.pdf>, Abruf: 1. April 2009.
- Milieudefensie 2010 [o.J.]: Genetische manipulatie. Infoblad Landbouw en voedsel, Online: <http://www.milieudefensie.nl/landbouw/publicaties/infobladen/infoblad9.htm>, Abruf: 31. März 2010.
- MinEZ 1994: Biotechnologiebeleid: Van onderzoek naar markt. Den Haag.
- MinLNV 1993: Beleidsnota Landbouwbiotechnologie. Den Haag.
- MinLNV 2000: Voedsel en groen. Het Nederlandse agro-foodcomplex in perspectief. Ministerie van Landbouw, Natuurbeheer en Visserij, Den Haag.
- Misereor 2005: Grüne Gentechnik und der Welthunger. KLB und MISEREOR warnen vor falscher Euphorie, Online: [http://www.misereor.de/en/presse/detailansicht-presse/browse/1/article/gruene-gentechnik-und-der-welthunger.html?tx\\_ttnews\[backPid\]=7323&cHash=6a2652c9f0](http://www.misereor.de/en/presse/detailansicht-presse/browse/1/article/gruene-gentechnik-und-der-welthunger.html?tx_ttnews[backPid]=7323&cHash=6a2652c9f0) vom 15. August 2005, Abruf: 18. März 2010.
- NAV 2004: Vreedzaam naast elkaar leven van gangbare, biologische en gg-teelt, Online: <http://www.nav.nl/content/view/89/59>, Abruf: 15. März 2010.
- NAV 2009a: Jaarverslag 2008, Online: [http://www.nav.nl/images/stories/jaarverslag/jaarverslag\\_2008.pdf](http://www.nav.nl/images/stories/jaarverslag/jaarverslag_2008.pdf), Abruf: 15. März 2010.
- NAV 2009b: GMO-vrij voedsel en GMO-vrij voer, Online: <http://www.nav.nl/content/view/514/2/> vom 7. September 2009, Abruf: 15. März 2010.
- Nijland, Rik 1996: Het verzet tegen transgene soja, in: de Volkskrant vom 2. November 1996.
- Nijland, Rik 1999: Een winkelwagentje vol verborgen genen, in: de Volkskrant vom 24. Dezember 1999, S. 7.
- No patents on seeds! 2010: Who owns broccoli and tomatoes? Protest action at the European Patent Office in Munich on patents for food, Pressemitteilung

- vom 20. Juli 2010, Online: <https://no-patents-on-seeds.org/de/information/aktuelles/who-owns-broccoli-and-tomatoes>, Abruf: 7. November 2015.
- NRC Handelsblad 2013: Het probleem van Monsanto: een zwart imago, in: NRC Handelsblad vom 20. Dezember 2013.
- n-tv 2011: Schluss mit Gentechnik-Protest. Bionade streicht Öko-Sponsoring, in: n-tv.de vom 21. Januar 2011, Online: <http://www.n-tv.de/wirtschaft/Bionade-streicht-Oeko-Sponsoring-article2423591.html>, Abruf: 27. September 2015.
- Olson, Mancur 1965: *The Logic of Collective Action. Public Goods and Theory of Groups*, Cambridge.
- Oosterveer, Peter 2002: Reinventing risk politics: reflexive modernity and the European BSE crisis, in: *Journal of Environmental Policy & Planning*, Nr. 4, S. 215-229.
- Oosterveer, Peter 2014a: „RE: Vraag voor mijn onderzoek“, E-Mail-Nachricht an Tim Mäkelburg vom 10. September 2014.
- Oosterveer, Peter 2014b: „RE: Vraag voor mijn onderzoek“, E-Mail-Nachricht an Tim Mäkelburg vom 11. September 2014.
- Ott, Daniel 2009: *Internationalisierungsstrategien im Agribusiness. Darstellung und Bewertung internationaler Unternehmensaktivitäten am Beispiel der Saatgut-, Landtechnik-, und Agrochemieindustrie*, Bachelorarbeit Universität Göttingen.
- Pardo, Rafael et al. 2002: Attitudes toward biotechnology in the European Union, in: *Journal of Biotechnology* 98, S. 9-24.
- Patterson, Lee Ann 2000: *Biotechnology Policy*, in: Wallace, Helen/Wallace, William (Hrsg.): *Policy Making in the European Union*, Oxford.
- Pestoff, Victor A. 1992: Third sector and cooperative services: from determination to privatization, in: *Journal of Consumer Policy*, 15.1: 21-45.
- Pfaff, Sylvia/Pohl-Apel, Gunvor/Sachse, Gabriele 2008: *Germany*, in: Europäische Kommission (Hrsg.): *Do european consumers buy GM feeds?* London, S. 9.1-9.16.
- Pfannhauser, Werner 1998: *Gentechnik bei Lebensmitteln - Chancen und Risiken*, in: Spök, Armin (Hrsg.): *Gentechnik in Landwirtschaft und Lebensmitteln*, Graz, S. 120-144.
- Pickel, Susanne/Pickel, Gert 2003: Einige Notizen zu qualitativen Interviews als Verfahren der vergleichenden Politikwissenschaft, in: Pickel, Susanne et al.: *Vergleichende politikwissenschaftliche Methoden. Neue Entwicklungen und Diskussionen*, Wiesbaden, S. 289-316.
- Pingali, Prabhu/Raney, Terri 2005: *From the Green Revolution to the Gene Revolution: How will the Poor Fare?* ESA Working Paper No. 05-09, Online: <http://www.eldis.org/vfile/upload/1/document/0708/DOC21884.pdf>, Abruf: 2. April 2010.

- Pollack, Detlef 2003: Zivilgesellschaft und Staat in der Demokratie, in: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen*, Jg. 16, Heft 2, S. 46-58.
- Pols, Bram 1999: De supermarkt is bezorgder over biotechnologie dan de klant, in: *NRC Handelsblad* vom 13. November 1999, S. 5.
- Prätorius, Rainer 1984: *Soziologie der politischen Organisationen. Eine Einführung*, Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
- Purdue, Derrick A. 2000: *Anti-GenetiX. The emergence of the anti-GM movement*, Aldershot/Burlington.
- PvdD 2014: Kamer tegen nieuwe Europese gentechnis. Kabinet moet zich verzetten tegen toelating mais 1507 na motie PvdD, Pressemitteilung vom 6. Februar 2014, Online: <https://www.partijvoordedieren.nl/news/kamer-tegen-nieuwe-europese-gentechnis>, Abruf: 30. August 2015.
- Raaijmakers, Maaik 2014: „RE: Uitgewerkte versie Interview“, E-Mail-Nachricht an Tim Mäkelburg vom 11. September 2014.
- RAFI (Rural Advancement Foundation International) 1998: seed Industry Consolidation: Who owns whom? In: *RAFI Communiqué Juli/August 1998*, Online: <http://www.etcgroup.org/upload/publication/404/01/raficom60seedindustry.pdf>, Abruf: 27. April 2010.
- RAFI (Rural Advancement Foundation International) 1999: the Gene Giants: Masters of the Universe? In: *RAFI communiqué März/April 1999*.
- Rammert, Werner 1992: Wer oder was steuert den technischen Fortschritt?, in: *Soziale Welt*, Jg. 43, S. 3-34.
- Rammert, Werner 1994: *Modelle der Technikgenese. Von der Macht und der Gemachtheit technischer Sachen in unserer Gesellschaft*. Jahrbuch für Arbeit und Technik. Bonn.
- Raschke, Joachim 1985: *Soziale Bewegungen: Ein historisch-systematischer Grundriss*, Frankfurt am Main.
- Raschke, Joachim/Tils, Ralf 2007: *Politische Strategie. Eine Grundlegung*, Wiesbaden.
- Raschke, Joachim/Tils, Ralf 2008: *Politische Strategie*, in: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen*, Jg. 21, Nr. 1 (Strategie in der Politik – Anatomie einer Überforderung), S. 11-24.
- Rath, Christian 2011: Erfolg für Gentechnikgegner. Imker-Prozess am Europäischen Gerichtshof, in: *taz.de* vom 9. Februar 2011, Online: <http://www.taz.de/!65649/>, Abruf: 29. Dezember 2014.
- Regeniter, Hilde 2013: „Gesundheitliche Folgen nicht absehbar“. Misereor zur Debatte um Papst-Segen für Gen-Reis, in: *domradio.de* vom 21. November 2013, Online: <http://www.domradio.de/themen/ethik-und-moral/2013-11-21/misereor-zur-debatte-um-papst-segen-fuer-gen-reis>, Abruf: 29. Dezember 2014.
- Reijn, Gerard 2011: Jubel over gentech ‚onterecht‘, in: *de Volkskrant* vom 14. Mai 2011, S. 28.

- Reinhäckel, Heide 2011: Nachhaltigkeit im Schlaraffenland?, in: taz vom 22. Januar 2011, S. 40, Online: <http://www.taz.de/!336334/>, Abruf: 5. März 2019.
- Reutter, Werner 2001: Deutschland. Verbände zwischen Pluralismus, Korporatismus und Lobbyismus, in: Reutter, Werner/Rütters, Peter (Hrsg.): Verbände und Verbandssysteme in Westeuropa, Opladen, S. 75-101.
- Ribbe, Lutz 2001: Die Wende in der Landwirtschaft, in: Aus Politik und Zeitgeschichte – Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, Band 24, S. 30-38.
- Rip, A./Nederhoff, A.J. 1985: Stimulering van de Biotechnologie in Nederland: Effecten op het Wetenschappelijke Veld. Evaluatiebericht. Leids Instituut voor Sociaal Beleidsonderzoek, Rijksuniversiteit Leiden, Leiden.
- Roth, Roland 1985: Neue soziale Bewegungen in der politischen Kultur der Bundesrepublik – eine vorläufige Skizze, in: Brand, Karl-Werner (Hrsg.): Neue soziale Bewegungen in Westeuropa und den USA. Ein internationaler Vergleich, Frankfurt/New York, S. 20-82.
- Roth, Roland 1994: Demokratie von Unten. Neue soziale Bewegungen auf dem Wege zur politischen Institution. Köln.
- Roth, Roland 2002: Die dunklen Seiten der Zivilgesellschaft. Vortrag auf der Workshoptagung „Demokratie und Sozialkapital: Die Rolle zivilgesellschaftlicher Akteure“ von 28. und 29. Juni 2002.
- Roth, Roland/Rucht, Dieter 1991: Die Veralltäglicung des Protests. Einleitende Bemerkung zur Wahrnehmung der neuen sozialen Bewegungen in Öffentlichkeit, Politik und Wissenschaft, in: Roth, Roland/Rucht, Dieter (Hrsg.): Neue Soziale Bewegungen in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 11-28.
- RTL 2007: Enquete: Gezond gen-voedsel in trek. Online: [http://www.rtl.nl/%28/actueel/rtlnieuws/%29/components/actueel/rtlnieuws/2007/02\\_februari/25/binnenland/0225\\_1900\\_gen\\_voedsel.xml](http://www.rtl.nl/%28/actueel/rtlnieuws/%29/components/actueel/rtlnieuws/2007/02_februari/25/binnenland/0225_1900_gen_voedsel.xml), Abgerufen: 3. September 2009.
- Ronit, Karsten 1997: Wirtschaftsverbände in der Bioindustrie – Stabilität und Dynamik deutscher und europäischer Interessenvermittlung, in: Martinssen, Renate (Hrsg.): Politik und Biotechnologie. Die Zumutung der Zukunft. Baden-Baden, S. 81-98.
- Rucht, Dieter 1989: Environmental movement organizations in West Germany and France: Structure and interorganizational relation, in: Klandermans, P.G. (Hrsg.): Organizing for change: Social movement organizations in Europe and the United States, Greenwich.
- Rucht, Dieter 1993: Parteien, Verbände und Bewegungen als Systeme politischer Interessenvermittlung, in: Niedermayer, Oscar/Stöss, Richard (Hrsg.): Stand und Perspektiven der Parteienforschung in Deutschland, Opladen, S. 251-275.
- Rucht, Dieter 1994: Modernisierung und neue soziale Bewegungen. Deutschland, Frankreich und USA im Vergleich, Frankfurt a.M./New York.

- Rucht, Dieter 2003: Neue Soziale Bewegungen, in: Andersen, Uwe/Woyke, Wichard (Hrsg.): Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland, Opladen, 5. Auflage, S. 421-425.
- Rucht, Dieter 2005: Soziale Bewegungen, in: Nohlen, Dieter/Schultze, Rainer-Olaf (Hrsg.), Lexikon der Politikwissenschaft. Theorien, Methoden, Begriffe, Band 2, München, S. 902-905.
- Rucht, Dieter 2009: Von Zivilgesellschaft zu Zivilität: Konzeptuelle Überlegungen und Möglichkeiten der empirischen Analyse, in: Frantz, Christiane/Kolb, Holger (Hrsg.): Transnationale Zivilgesellschaft in Europa. Traditionen, Muster, Hindernisse, Chancen, Münster u.a., S. 75–102.
- Rucht, Dieter 2011: Zum Stand der Forschung zu sozialen Bewegungen, in: Forschungsjournal Soziale Bewegungen (Zu viel Zivilgesellschaft? Soziale Arbeit und bürgerschaftliches Engagement), Jahrgang 24, Heft 3, S. 20-47.
- Rucht, Dieter/Neidhardt, Friedhelm 2007: Soziale Bewegungen und kollektive Aktionen, in: Joas, Hans: Lehrbuch der Soziologie, 5., überarbeitete Auflage, Frankfurt am Main/New York, S. 627-651.
- Rucht, Dieter/Roth, Roland 2008: Soziale Bewegungen und Protest – eine theoretische und empirische Bilanz, in: Roth, Roland/Rucht, Dieter (Hrsg.): Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Ein Handbuch, Frankfurt am Main/New York, S. 636-668.
- Rucht, Dieter/Yang, Mundo/Zimmermann, Ann 2008: Politische Diskurse im Internet und in Zeitungen. Das Beispiel Genfood, Wiesbaden.
- Saalbach, Klaus-Peter 2008: Analyse und Wirkung des technischen Wandels auf die Politik am Beispiel der Gen- und Biotechnologie, Osnabrück.
- Sänger, Eva, 2007. Umkämpfte Räume. Zur Funktion von Öffentlichkeit in Theorien der Zivilgesellschaft, in: *Femina Politica*, Jg. 16, Heft 2, S. 18–27.
- Saretzki, Thomas 1996: Verhandelte Diskurse? Probleme der Vermittlung von Argumentation und Partizipation am Beispiel des TA-Verfahrens zum „Anbau gentechnisch erzeugter Herbizidresistenz“ am Wissenschaftszentrum Berlin, in: Prittwitz, Volker von (Hrsg.): Verhandeln und Argumentieren. Dialog, Interessen und Macht in der Umweltpolitik. Opladen.
- Saretzki, Thomas/Rohde, Markus/Leif, Thomas 1999: Ratlose Politiker, hilflose Berater? Zum Stand der Politikberatung in Deutschland, in: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen*, Heft 3, S. 2-7.
- Sauter, Arnold/Meyer, Rolf 2000: Risikoabschätzung und Nachzulassungs-Monitoring transgener Pflanzen. Sachstandsbericht. Berlin: Büro für Technikfolgenabschätzung beim Deutschen Bundestag.
- Schäffer, Albert 2009a: CSU: Weiß-blaue Entfremdung, in: faz.de vom 29. April 2009, Online: <http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/csu-weiss-blaue-entfremdung-1791357-p2.html>

- Schäffer, Albert 2009b: Gentechnik und die CSU. Ein wunder der politischen Logopädie, in: faz.de vom 3. Mai 2009, Online: <http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/gentechnik-und-die-csu-ein-wunder-der-politischen-logopaedie-1801284.html>, Abruf: 5. März 2019.
- Scharpf, Fritz Wilhelm 2000: Interaktionsformen. Akteurszentrierter Institutionalismus in der Politikforschung. Opladen.
- Schendelen, Rinus van 2003: Brussels: The premier league of lobbying, in: Leif, Thomas/Speth, Rudolf (Hrsg.): Die stille Macht. Lobbyismus in Deutschland, Wiesbaden, 1. Auflage, S. 300-319.
- Schenkelaars Biotechnology Consultancy 2004: Means to improve the consistency and efficiency of the legislative framework in the field of biotechnology Article 31 (7a, 7b and 7d) of Directive 2001/18/EC, vom 6. April 2004, Online: [http://ec.europa.eu/environment/biotechnology/pdf/background\\_study.pdf](http://ec.europa.eu/environment/biotechnology/pdf/background_study.pdf), Abruf: 27. April 2010.
- Schmelzberg, Bert 2009: Verbraucherschützer sagen: Danke, BAYER!, in: Indy-media vom 19. November 2009, Online: <http://de.indymedia.org/2009/11/266349.shtml>, Abruf: 24. März 2010.
- Schmitter, Philippe C. 1981: Interessenvermittlung und Regierbarkeit, in: Alemann, Ulrich von/Heinze, Rolf G. (Hrsg.): Verbände und Staat. Vom Pluralismus zum Korporatismus. Analysen, Positionen, Dokumente. Opladen, 2. Auflage, S. 92-114.
- Schmidt, Manfred G. 2000: Demokratietheorien. Eine Einführung, Wiesbaden.
- Schmitz, Karin 1996: Gentechnologen auf der Suche nach fruchtbarem Boden, in: VDI Nachrichten vom 16. August 1996.
- Schneider, Manuel 2003: Folgenreich erfolglos, in: Politische Ökologie 81-82, Jg. 82, S. 53-73.
- Schneider, Volker 2014: Akteurkonstellationen und Netzwerke in der Politikentwicklung, in: Schubert, Klaus/Bandelow, Nils C. (Hrsg.): Lehrbuch der Politikfeldanalyse, 3. Auflage, München, S. 259-287.
- Schröder, Wolfgang 2003: Modell Deutschland und das Bündnis für Arbeit, in: Jochem, Sven/Siegel, Nico A. (Hrsg.): Konzertierung, Verhandlungsdemokratie und Reformpolitik im Wohlfahrtsstaat. Das Modell Deutschland im Vergleich, Opladen/Wiesbaden, S. 107-147.
- Schubert, Klaus 1995: Pluralismus versus Korporatismus, in: Nohlen, Dieter (Hrsg.): Lexikon der Politik. Band 1. Politische Theorien. München, S. 407-423.
- Schubert, Klaus 1998: Pluralismus, in: Nohlen, Dieter (Hrsg.): Lexikon der Politik. Band 7: Politische Begriffe, München, S. 482-484.
- Schubert, Klaus/Bandelow, Nils C. 2014: Politikfeldanalyse: Dimensionen und Fragestellungen, in: Schubert-Klaus/Bandelow, Nils C. (Hrsg.): Lehrbuch der Politikfeldanalyse. 3. Auflage, München, S. 1-24.

- Schultze, Rainer-Olaf 1998: Governance, in: Nohlen, Dieter (Hrsg.): Lexikon der Politik, Band 7: Politische Begriffe, S. 236-237.
- Schuppert, Gunnar Folke 2008: Governance – auf der Suche nach Konturen eines „anerkannt uneindeutigen Begriffs“, in: Schuppert, Gunnar Folke/Zürn, Michael (Hrsg.): Governance in einer sich wandelnden Welt, Wiesbaden, S. 13-40.
- Schwägerl, Christian/Wermke, Christian 2011: Der nächste Ausstieg, in: Der Spiegel vom 22. August 2011, S. 30.
- Scott, William Richard 1986: Grundlagen der Organisationstheorie, Frankfurt am Main/New York.
- Sdun, Matthias 2001: Politik Online: Ein Netz voller Idealisten, in: Der Tagesspiegel vom 21. Juli 2001, Online: <http://www.tagesspiegel.de/zeitung/politik-online-ein-netz-voller-idealisten/243142.html>, Abruf: 19. April 2012.
- Sebald, Christian 2009: Der Bauernfänger. Christoph Fischer mischt mit seinem Bündnis gegen Gentechnik das Land von unten auf – so viel Volksnähe schafft die CSU nicht mehr, in: Süddeutsche Zeitung (Bayernausgabe) vom 20. Februar 2009, S. 33.
- Sebaldt, Martin 2004: Die „Stille Revolution“ organisierter Interessenvertretung: Entwicklungs- und Transformationsmuster westlicher Verbandssysteme in komparativer Perspektive, in: Zeitschrift für Politik, Nr. 1, S. 1-28, Online: [http://www.zfp.nomos.de/fileadmin/zfp/doc/ZfP\\_04\\_01.pdf](http://www.zfp.nomos.de/fileadmin/zfp/doc/ZfP_04_01.pdf), Abruf: 3. Januar 2016.
- Seeliger, Julia 2011: Satt und doch nicht glücklich, in: taz vom 22. Januar 2011, S. 20, Online: <http://www.taz.de/!336219/>, Abruf: 24. Februar 2019.
- Seifert, Frantz 2002: Gentechnik – Öffentlichkeit – Demokratie. Der österreichische Gentechnik-Konflikt im internationalen Kontext, München/Wien.
- Severt, Stef 2010a: Toestemming EU voor Amflora. BASF mag transgene aardappel telen, in: Agrarisch Dagblad vom 3. März 2010, S. 3.
- Severt, Stef 2010b: Actiegroep blokkeert Monsanto in Bergschenhoek, in: Agrarisch Dagblad vom 18. Mai 2010, S. 3.
- Shaffer, Gregory C./Pollack, Mark A. 2009: The EU regulatory system for GMOs, in: Everson, Michelle/Vos, Ellen (Hrsg.): Uncertain Risk Regulation, Abington, S. 269-294.
- Shiva, Vandana 2002: Biopiraterie – Kolonialismus des 21. Jahrhunderts. Münster.
- Sleenhoff, Susanne/Osseweijer, Patricia 2008: The Netherlands, in: Europäische Kommission (Hrsg.): Do european consumers buy GM feeds? London, S. 11.1-11.25.
- SNM 2001: Groenten in het geding. Naar een duurzame vollegrondsgroententeelt. Visie van SNM en de 12 provinciale Milieufederaties op de toekomst van de vollegrondsgroententeelt in Nederland, Online: [http://www.natuurenmilieu.nl/pdf/0000\\_groenten\\_in\\_het\\_geding\\_naar\\_een\\_duurzame\\_vollegrondsgroententeelt\\_december\\_2001.pdf](http://www.natuurenmilieu.nl/pdf/0000_groenten_in_het_geding_naar_een_duurzame_vollegrondsgroententeelt_december_2001.pdf), Abruf: 2. April 2010.

- SNM 2008: Minister Verburg moet stem Kamer tegen gentech niet negeren. Gentechsoja leidt tot meer gifgebruik en verlies van biodiversiteit, Pressemitteilung vom 18. November 2008, Online: <http://www.natuurenmilieu.nl/page.php?pageID=15&itemID=4568&itemJaar=2008>, Abruf: 2. April 2010.
- SNM et al. 2008: Joint statement on the “GM Soy Debate” project, Online: [http://www.natuurenmilieu.nl/pdf/081209\\_jointstatementgmsoydebate.pdf](http://www.natuurenmilieu.nl/pdf/081209_jointstatementgmsoydebate.pdf), Abruf: 2. April 2010.
- Somsen, Hans 2009: GMO regulation in the Netherlands: a story of hope, fear and the limits of ‘poldering’, in: Everson, Michelle/Vos, Ellen (Hrsg.): *Uncertain Risk Regulation*, Abington, S. 187-206.
- Sontheimer, Kurt 1973a: Staatsidee und staatliche Wirklichkeit heute (164), in: Nuscheler, Franz/Steffani, Winfried (Hrsg.): *Pluralismus. Konzeptionen und Kontroversen*. München, 2. Auflage, S. 199-210.
- Sontheimer, Kurt 1973b: Grundzüge des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland. München, 3. Auflage.
- Sontheimer, Leonie 2013: Weltweiter Protest gegen Agrarkonzern. Märsche mahnen Monsanto, in: *taz.de* vom 25. Mai 2013, Online: <http://www.taz.de/l116800/>, Abruf: 9. März 2015.
- Spangenberg, Joachim H. 2003: Gentechnik und Welternährung. Versprechen machen nicht satt, in: *Politische Ökologie* 81-82, Jg. 31, S. 109-113.
- Spiegel Online 2009a: EU-Umweltminister: Österreich und Ungarn dürfen Genmais-Anbau untersagen, in: Spiegel Online vom 2. März 2009, Online: <http://www.spiegel.de/wissenschaft/mensch/eu-umweltminister-oesterreich-und-ungarn-duerfen-genmais-anbau-untersagen-a-610777.html>, Abruf: 30. August 2015.
- Spiegel Online 2009b: Sorte Amflora: Seehofer drängt auf Genkartoffel-Verbot, in: Spiegel Online vom 22. April 2009, Online: <http://www.spiegel.de/wirtschaft/sorte-amflora-seehofer-draengt-auf-genkartoffel-verbot-a-620434.html>, Abruf: 31. August 2015.
- Sprangers, Diederik 2009: NGOs beschuldigen Verburg van vooroordelen, Online: [http://www.gentech.nl/alle\\_berichten/nederlandse\\_politiek/ngos\\_beschuldigen\\_verburg\\_van\\_vooroordelen](http://www.gentech.nl/alle_berichten/nederlandse_politiek/ngos_beschuldigen_verburg_van_vooroordelen) vom 27. November 2009, Abruf: 30. August 2015.
- Sprangers, Diederik 2010a: Gentechproeven BASF en Wageningen definitief van het veld, Online: [http://www.gentech.nl/alle\\_berichten/nederlandse\\_politiek/gentechproeven\\_basf\\_en\\_wageningen\\_definitief\\_van\\_het\\_veld](http://www.gentech.nl/alle_berichten/nederlandse_politiek/gentechproeven_basf_en_wageningen_definitief_van_het_veld) vom 4. März 2010, Abruf: 14. Juni 2015.
- Sprangers, Diederik 2010b: Landbouwraad over nationale beslissingsbevoegdheid en nieuwe gentechmais, Online: [http://www.gentech.nl/alle\\_berichten/nederlandse\\_politiek/landbouwraad\\_over\\_nationale\\_beslissingsbevoegdheid\\_en\\_nieuwe\\_gentechmais](http://www.gentech.nl/alle_berichten/nederlandse_politiek/landbouwraad_over_nationale_beslissingsbevoegdheid_en_nieuwe_gentechmais) vom 24. Juni 2010, Abruf: 30. August 2015.

- Sprangers, Diederik 2010c: BASF vervuult eigen akkers met illegale gentechpiepers, Online: [http://www.gentech.nl/alle\\_berichten/landbouw/basf\\_vervuult\\_eigen\\_akkers\\_met\\_illegale\\_gentechpiepers](http://www.gentech.nl/alle_berichten/landbouw/basf_vervuult_eigen_akkers_met_illegale_gentechpiepers) vom 6. September 2010, Abruf: 4. September 2015.
- Sprangers, Diederik 2011a: Onkruidgif oorzaak van milieuschade en ernstige gezondheidsgevolgen, Online: [http://www.gentech.nl/alle\\_berichten/milieu/onkruidgif\\_oorzaak\\_van\\_milieuschade\\_en\\_ernstige\\_gezondheidsgevolgen](http://www.gentech.nl/alle_berichten/milieu/onkruidgif_oorzaak_van_milieuschade_en_ernstige_gezondheidsgevolgen) vom 1. Juli 2011, Abruf: 29. Dezember 2014.
- Sprangers, Diederik 2011b: Nijmegen is gentechvrij, Online: [http://www.gentech.nl/alle\\_berichten/nederlandse\\_politiek/nijmegen\\_is\\_gentechvrij](http://www.gentech.nl/alle_berichten/nederlandse_politiek/nijmegen_is_gentechvrij) vom 29. Juni 2011, Abruf: 7. September 2015.
- Sprangers, Diederick 2013: „Re: Interview voor een wetenschappelijk onderzoek“, E-Mail-Nachricht an Tim Mäkelburg vom 4. März 2013.
- Sprangers, Diederick 2015: „RE: Vraag betreft de gentech-kritische acteurs in Nederland“, E-Mail-Nachricht an Tim Mäkelburg vom 18. September 2015.
- Statistisches Bundesamt 2010: Beschäftigte und Umsatz der Betriebe im Verarbeitenden Gewerbe 2008, Online: <https://www.genesis.destatis.de/genesis/online?sequenz=tabelleErgebnis&selectionname=42271-0008&language=de>, Abruf 1. März 2010.
- Steffani, Winfried 1973: Einleitung, in: Nuscheler, Franz/Steffani, Winfried (Hrsg.): Pluralismus. Grundlegung und Diskussion. Opladen, S. 37-108.
- Steffani, Winfried 1980: Vom Pluralismus zum Neopluralismus, in: Oberreuter, Heinrich (Hrsg.): Pluralismus. Grundlegung und Diskussion. Opladen, S. 37-108.
- Stiftung Warentest 2002: Gentechnik in Lebensmitteln: Kaum noch drin, in: test 6, S. 22-26. Online: <https://www.test.de/Gentechnik-in-Lebensmitteln-Kaum-noch-drin-1034036-0/>, Abruf: 2. Juni 2010.
- Stroh, Kassian 2009: Klares Nein zu Genmais. 72 Prozent von Bayerns Bürgern lehnen Anbau ab, in: Süddeutsche Zeitung vom 7. April 2009, S. 31.
- Strünck, Christoph 2006: Die Macht des Risikos. Interessenvermittlung in der amerikanischen und europäischen Verbraucherpolitik. Baden-Baden.
- Süddeutsche Zeitung 2009: Wende fürs Wahlvolk. Breites Bündnis drängte CSU zur Änderung der Agrarpolitik, in: Süddeutsche Zeitung vom 15. April 2009, S. 15.
- TAB 1997: Zusammenfassung des TAB-Arbeitsberichtes Nr. 66 „Stand und Perspektiven der genetischen Diagnostik“, Online: <http://www.tab-beim-bundestag.de/de/publikationen/berichte/ab066.html>, Abruf: 31. Mai 2010.
- Tarrow, Sidney (1991): Kollektives Handeln und politische Gelegenheitsstruktur in Mobilisierungswellen: Theoretische Perspektiven, in: KZfSS, Nr. 4, Jg. 43, S. 647-670.
- Tarrow, Sidney (1998): Power in Movement. Social Movements and Contentious Politics, Cambridge.

- Terlouw, J.C. 2002: Eten en Genen: een public debat over biotechnologie en voedsel. Rapport 9.
- The Economist 2000: Green and dying. Artikel vom 18. November 2000.
- Thunert, Martin 1999: Think Tanks als Ressourcen der Politikberatung, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, Heft 3, S. 10-19.
- Thränhardt, Dietrich 1996: Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Erweiterte Neuausgabe, Neue Historische Bibliothek, Frankfurt am Main.
- Tiemeijer, W.L. 2008: Wat 3,7 procent van de Nederlanders moet weten over opiniepeilingen. Amsterdam.
- Tils, Ralf 2011: Politische Strategie, in: Nohlen, Dieter/Grotz, Florian (Hrsg.): Kleines Lexikon der Politik, München, S. 479-480.
- TNS Emnid 2003: Umfrage. Online: [http://www.keine-gentechnik.de/bibliothek/basis/studien/emnid\\_welthungerhilfe\\_umfrage\\_030905.pdf](http://www.keine-gentechnik.de/bibliothek/basis/studien/emnid_welthungerhilfe_umfrage_030905.pdf), Abruf: 8. Juni 2010.
- Töwe-Rimkeit, Stephanie 2013: „Ihre Anfrage“, E-Mail-Nachricht an Tim Mäkelburg vom 24. April 2013.
- topagrar 2010: Industrie für positive GVO-Kennzeichnung, Online <https://www.topagrar.com/management-und-politik/news/industrie-fuer-positive-gvo-kennzeichnung-9602469.html> vom 22. Januar 2010, Abruf: 5. März 2019.
- Transgen 2001: Chronik der Kanzler-Initiative zur Grünen Gentechnik. Das Scheitern einer Initiative, Online: [http://www.transgen.de/archiv/archiv\\_2001/100.doku.html](http://www.transgen.de/archiv/archiv_2001/100.doku.html) vom 29. Januar 2001, Abruf: 30. August 2015.
- Transgen 2005: Niederlande. Koexistenzregeln im Konsens. Online: <http://www.transgen.de/recht/koexistenz/539.doku.html> vom 26. Januar 2005, Abruf: 20. Oktober 2009.
- Transgen 2007: Ein Gesetz für Genfood. EU-Verordnung gv-Lebens- und Futtermittel, Online: <http://www.transgen.de/recht/gesetze/273.doku.html> vom 4. Januar 2007, Abruf: 17. Oktober 2009.
- Transgen 2008a: Das europäische Rechtssystem. Gentechnik, Pflanzen, Lebensmittel, Online: <http://www.transgen.de/zulassung/639.doku.html> vom 20. Februar 2008, Abruf: 17. Oktober 2009.
- Transgen 2008b: Rumänien. Nach EU-Beitritt: Anbau von gv-Soja ist nicht mehr erlaubt, Online: [http://www.transgen.de/anbau/eu\\_international/180.doku.html](http://www.transgen.de/anbau/eu_international/180.doku.html) vom 19. November 2008, Abruf: 11. März 2010.
- Transgen 2009: Maiszünsler in Deutschland. Ein raffinierter Schädling auf dem Weg nach Norden, Online: <http://www.transgen.de/anbau/btkonzept/226.doku.html> vom 14. Oktober 2009, Abruf: 8. Juni 2010.
- Transgen 2010a: Trotz Anbauverbot für gentechnisch veränderten MON810-Mais: Landwirte melden Flächen an, Online: <http://www.transgen.de/aktuell/1152.doku.html> vom 1. Februar 2010, Abruf: 11. März 2010.

- Transgen 2010b: Gv-Pflanzen in der EU 2009. Anbauflächen für Bt-Mais gehen zurück, Online: [http://www.transgen.de/anbau/eu\\_international/643.doku.html](http://www.transgen.de/anbau/eu_international/643.doku.html) vom 24. Februar 2010, Abruf: 11. März 2010.
- Transgen 2013: Grüne Gentechnik in der EU: Spanien, Portugal und sonst kaum etwas, Online: [http://www.transgen.de/anbau/eu\\_international/643.doku.html](http://www.transgen.de/anbau/eu_international/643.doku.html) vom 20. März 2013, Abruf: 17. Dezember 2013.
- Trier, A.A.Th.M. van 1979: Innovatie: het overheidsbeleid inzake technologische vernieuwing in de Nederlandse samenleving. Den Haag.
- Trouw 1997a: Biotech-soja ligt al in de winkel, in: Trouw vom 22. Januar 1997, S. 31.
- Trouw 1997b: Consument maakt zich niet druk om genetisch veranderde soja, in: Trouw vom 12. November 1997, S. 7.
- Tweede Kamer der Staten-Generaal 2005: Kamerstukken 29 404 und 27 428, Nr. 21, Verslag van een algemeen overleg, 22. Juli 2005, Online: <https://zoek.officielebekendmakingen.nl/kst-29404-21.pdf>, Abruf: 6. Januar 2016.
- UNDP 2001: Human development report 2001. Making new technologies work for human development, New York/Oxford: Oxford University Press, Online: <http://hdr.undp.org/en/media/completenew1.pdf>, Abruf: 2. April 2010.
- Veldman, Jan Willem 2014: Opmars GMO-gewas niet te stoppen, in: Boerderij Vandaag vom 25. Februar 2014, Jg. 99, Nr. 22, S. 4.
- Verbraucher Initiative 2007: [www.transgen.de](http://www.transgen.de). 10 Jahre TRANSParenz für Gentechnik bei Lebensmitteln, Online: <http://www.verbraucher.org/verbraucher.php/cat/76/aid/1425/title/www.transgen.de> vom 10. Oktober 2007, Abruf: 24. März 2010.
- Vermeulen, Margreet 1999: Verzet tegen ‚Frankenstein-voedel‘ groeit, in: de Volkskrant vom 23. März 1999, S. 2.
- Voelzkow, Helmut 2000: Korporatismus in Deutschland: Chancen, Risiken und Perspektiven, in: Holtmann, Everhard/Voelzkow, Helmut (Hrsg.): Zwischen Wettbewerbs- und Verhandlungsdemokratie. Analysen zum Regierungssystem der Bundesrepublik Deutschland, Wiesbaden, S. 185-212.
- VLOG 2018: Ilse Aigner würdigt Erfolg der „ohne Gentechnik“-Kennzeichnung. Pressemitteilung vom 11. Dezember 2018, Online: [https://www.ohnegentechnik.org/fileadmin/ohne-gentechnik/presse/p\\_181211\\_10\\_a\\_EGGenTDurchfG.pdf](https://www.ohnegentechnik.org/fileadmin/ohne-gentechnik/presse/p_181211_10_a_EGGenTDurchfG.pdf), Abruf: 27. Januar 2019.
- Vogel, Benno/Potthof, Christof 2003: Verschobene Marktreife. Materialien zur zweiten und dritten Generation transgener Pflanzen. Bericht des Gen-ethischen Netzwerks, Berlin, Online: [http://www.gentechnologie.ch/papiere/sp\\_marktreife.pdf](http://www.gentechnologie.ch/papiere/sp_marktreife.pdf), Abruf: 27. April 2010.
- Vollmer, Peter 2015: Einfuhr von Monsanto-Soja: Bundesregierung deckt sich weg, in: [wiwo.de](http://wiwo.de) vom 23. Februar 2015, Online: <http://green.wiwo.de/monsanto-soja-bundesregierung-zeigt-sich-ambivalent/>, Abruf: 2. September 2015.

- Vriend, Huib de 2014: „Re: Vragen voor mijn onderzoek over gentech“, E-Mail-Nachricht an Tim Mäkelburg vom 15. Dezember 2014.
- Vriend, Huib de/Schenkelaars, Piet 2008: Oogst uit het lab. Biotechnologie en voedselproductie.
- vzbv 2009a: Einsatz der Gentechnik bei der Produktion von Lebensmitteln. Positionspapier des Verbraucherzentrale Bundesverbandes, Online: [http://www.vzbv.de/mediapics/gentechnik\\_lebensmittel\\_positionspapier\\_05\\_2009.pdf](http://www.vzbv.de/mediapics/gentechnik_lebensmittel_positionspapier_05_2009.pdf) vom 20. Mai 2009, Abruf: 24. März 2010.
- vzbv 2009b: Gentechnik aus Verbrauchersicht. Diskussionspapier zur verbraucherpolitischen Bewertung von Gentechnik, Online: [http://www.vzbv.de/mediapics/gentechnik\\_diskussionspapier\\_10\\_06\\_2009.pdf](http://www.vzbv.de/mediapics/gentechnik_diskussionspapier_10_06_2009.pdf), Abruf: 24. März 2010.
- vzbv 2010: Jahresbericht 2009/2010, Online: [http://www.vzbv.de/cps/rde/xbcr/vzbv/jahresbericht\\_vzbv\\_2009\\_2010.pdf](http://www.vzbv.de/cps/rde/xbcr/vzbv/jahresbericht_vzbv_2009_2010.pdf), Abruf: 16. Dezember 2014.
- Waarden, Frans van 2002: Dutch Consociationalism and Corporatism: A Case of Institutional Persistence, in: *Acta Politica. International Journal of Political Science*, Bd. 37, Nr. 2, S.44-67.
- Walk, Heike/Brunnengräber, Achim 2000: Die Globalisierungswächter. NGOs und ihre transnationalen Netze im Konfliktfeld Klima, Münster.
- Wallace, Helen/ Young, Alasdair R. 1997: *Participation and Policy-Making in the European Union*. New York/Oxford.
- WBA 1996: Gen-Technologie. WBA-IPSOS, Hamburg. Repräsentativ-Befragung, Projekt 225-054-96.
- Weijden, Wouter van der 2014: „Re: Vraag voor mijn onderzoek“, E-Mail-Nachricht an Tim Mäkelburg vom 7. Oktober 2014.
- Wendt, Garmin 2010: Die Referenden (un-)erwünscht?: Eine Untersuchung der Kontroversen zur Einführung von Volksabstimmungen in den Niederlanden, Münster.
- Wielenga, Friso 2004: Konsens im Polder? Politik und politische Kultur in den Niederlanden nach 1945, in: Wielenga, Friso/Traute, Ilona: *Länderbericht Niederlande*, BpB Bonn, S. 13-129.
- Wielenga, Friso 2008: *Die Niederlande. Politik und politische Kultur im 20. Jahrhundert*. Münster.
- Wielenga, Friso 2012: *Geschichte der Niederlande*. Stuttgart.
- Willems, Ulrich/Winter, Thomas von 2000: Die politische Repräsentation schwacher Interessen, in: Willems, Ulrich/Winter, Thomas von (Hrsg.): *Politische Repräsentation schwacher Interessen*, Opladen, S. 9-36.
- Willems, Ulrich/Winter, Thomas von 2007: Interessenverbände als intermediäre Organisationen. Zum Wandel ihrer Strukturen, Funktionen, Strategien und Effekte in einer veränderten Umwelt, in: Willems, Ulrich/Winter, Thomas von (Hrsg.): *Interessenverbände in Deutschland*, Wiesbaden, S. 13-50.

- Wind, H. van der 1995: en dan: wat is natuur nog in dit land? Natuurbescherming in Nederland 1880-1990, Amsterdam.
- Windhoff-Héritier, Adrienne 1987: Policy-Analyse. Eine Einführung. Frankfurt am Main.
- Winter, Thomas von 2007: Asymmetrien der verbandlichen Interessenvermittlung, in: Kleinfeld, Ralf/Zimmer, Annette/Willems, Ulrich (Hrsg.): Lobbying. Strukturen. Akteure. Strategien, Wiesbaden 2007, S. 217-239.
- Zahn, Ernest 1993: Das unbekannte Holland. Regenten, Rebellen und Reformatoren, München.
- Zieger, Jochen 1995: Erfahrungsaustausch mit Betriebsräten, in: NGG Einigkeit, 12, 22.
- Zimmer, Annette 2001: NGOs – Verbände im globalen Zeitalter, in: Zimmer, Annette/Weßels, Bernhard (Hrsg.): Verbände und Demokratie in Deutschland, Opladen, S. 331-357.
- Zimmer, Annette 2003: Rahmenbedingungen der Zivilgesellschaft, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, Jg. 16, Heft 2, S. 74-86.
- Zürn, Michael 1998: Regieren jenseits des Nationalstaats, Baden-Baden.



## 10. Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1:	„Gentechnisch veränderte Lebensmittel sind nicht gut für mich und meine Familie“ .....	14
Abbildung 2:	„Gentechnisch veränderte Lebensmittel rufen bei mir Unbehagen hervor“ .....	15
Abbildung 3:	Argumente und unterschiedliche Positionierung kritischer Akteure im Politikfeld der Grünen Gentechnik .....	18
Abbildung 4:	Phasen der Dissertation und zweite Hochphase des Protests .....	24
Abbildung 5:	Die zwei grundlegenden Theoriesäulen .....	40
Abbildung 6:	Bereichslogischer Zivilgesellschaftsbegriff mit drei Sphären .....	42
Abbildung 7:	Anzahl konventioneller und unkonventioneller Protestereignisse der Ökologiebewegungen in den Niederlanden und Deutschland (1975-1989) .....	76
Abbildung 8:	Grundmodell der Strategieanalyse .....	82
Abbildung 9:	The general setting for the approach of members towards challengers .....	93
Abbildung 10:	Protestereignisse zu Gentechnik und Landwirtschaft .....	148
Abbildung 11:	Akzeptable Gründe für den Kauf von transgenen Lebensmitteln .....	155
Abbildung 12:	Evaluation von vier Technologien .....	157
Abbildung 13:	Unterstützung für vier Technologien .....	158
Abbildung 14:	Alter und Motive, um GV-Lebensmittel zu kaufen .....	159
Abbildung 15:	Alter und Unterstützung für GV-Lebensmittel .....	160
Abbildung 16:	Geschlecht und Logik der Unterstützung von vier Technologien .....	161
Abbildung 17:	Geschlecht und Interesse in Wissenschaft und Technologie bzw. Politik .....	162
Abbildung 18:	Konsolidierungsprozess in der Agrochemie .....	242
Abbildung 19:	Der „idealtypische“ Policy-Cycle .....	334
Abbildung 20:	Netzwerkdiagramm Niederlande .....	461
Abbildung 21:	Netzwerkdiagramm Deutschland .....	465



## 11. Tabellenverzeichnis

Tabelle 1:	Variablengruppen der politischen Gelegenheitsstrukturen.....	87
Tabelle 2:	Potenzielle Gesprächspartner, deren Aktivität, Typ und Policy Level .....	109
Tabelle 3:	Absolute Befürwortung und Risikotoleranzbefürwortung von GV-Nahrungsmitteln.....	153
Tabelle 4:	Aktivitätslevel von NGOs.....	224
Tabelle 5:	Die führenden Firmen der grünen Biotechnologie anno 2002 .....	244
Tabelle 6:	Regierungskoalitionen in Deutschland von 1994 bis 2017 .....	252
Tabelle 7:	Regierungskoalitionen in den Niederlanden von 1998 bis 2017 .....	253
Tabelle 8:	Anbau von genveränderten Pflanzen in der EU .....	269
Tabelle 9:	Aktivste Akteure in Deutschland (Herbst 2010 bis Herbst 2011) .....	296
Tabelle 10:	Aktivste Akteure in den Niederlanden (Herbst 2009 bis Herbst 2011) .....	297
Tabelle 11:	Interaktionsfreudigkeit gentechnikkritischer Akteure in den Niederlanden .....	460
Tabelle 12:	Interaktionsfreudigkeit gentechnikkritischer Akteure in Deutschland .....	462
Tabelle 13:	Verteilung der Rollenmuster unter den interviewten Akteuren .....	503



## 12. Abkürzungsverzeichnis

ASEED	Action for Solidarity, Equality, Environment and Diversity
Abl	Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e.V.
ABl.	Amtsblatt
AG	Aktiengesellschaft
AgV	Arbeitsgemeinschaft der Verbraucherverbände
AKB	Alternative Konsumenten Bond
APuZ	Aus Politik und Zeitgeschichte
Arbowet	Arbeitsomstandighedenwet
Art.	Artikel
ASECO	Alliance for Social and Ecological Consumer Organizations
attac	association pour une taxation des transactions financières pour l'aide aux citoyens
AVEBE	Aardappelmeel Verkoop Bureau
BASF	Badische Anilin- & Soda-Fabrik
BBU	Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz
BDM	Bundesverband Deutscher Milchviehhalter
BD-Vereniging	Vereniging voor Biologisch-Dynamische Landbouw en Voeding
BEUC	Bureau Européen des Unions de Consommateurs
BGA	Bundesverband Großhandel, Außenhandel, Dienstleistung e.V.
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BIRO	Besluit informatie inzake rampen en zware ongevallen
BLL	Bund für Lebensmittelrecht und Lebensmittelkunde
BMBF	Bundesministerium für Bildung und Forschung
BMFT	Bundesministerium für Forschung und Technik
BÖLW	Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft
BRD	Bundesrepublik Deutschland
BSE	Bovine spongiforme Enzephalopathie
Bt	Bacillus thuringiensis

BT-Drs.	Bundestagsdrucksache
BUND	Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland
BVE	Bundesvereinigung der Deutschen Ernährungsindustrie
BVL	Bundesverband des Deutschen Lebensmittelhandels e.V.
bzw.	beziehungsweise
CARE	Cooperative for Assistance and Relief Everywhere
CBD	Convention on Biological Diversity
CBS	Centraal Bureau voor de Statistiek
CDA	Christen Democratisch Appèl
CDU	Christlich Demokratische Union Deutschlands
CEO	Corporate Europe Observatory
CETA	Comprehensive Economic and Trade Agreement
CH	Schweiz
CIAA	Confederation of the Food and Drink Industries of the EU
Co.	Compagnie
CoB	Communicatio-overleg Biotechnologie
COGECA	Comité général de la coopération agricole de l'Union européenne
COGEM	Commissie Genetische Modificatie
COPA	Comité des Organisations Professionnelles Agricoles de la CEE
CPE	Coordination Paysanne Européenne
CSU	Christlich Soziale Union
D66	Democraten 66
DBIB	Deutscher Berufs- und Erwerbssimkerbund e.V.
DBV	Deutsche Bauernverband
DE	Deutschland
DFG	Deutsche Forschungsgemeinschaft
DIB	Deutsche Industrievereinigung Biotechnologie
DLG	Deutsche Landwirtschafts-Gesellschaft
DM	Deutsche Mark
DMK	Deutsches Maiskomitee e.V.
DNA/DNS	Desoxyribonukleinsäure

---

DNR	Deutscher Naturschutzring e.V.
Doc.	Document
Dr.	Doktor
DRV	Deutscher Raiffeisenverband e.V.
DSM	Koninklijke DSM N.V.
DuRPh	Durable Resistance against Phytophthora
DVPW	Deutsche Vereinigung für Politische Wissenschaft
e.V.	Eingetragener Verein
EB	Eurobarometer
ebd.	Ebenda
ECVC	European Coordination Via Campesina
EEB	European Environmental Bureau
EFD	Europäischer Freiwilligendienst
EFSA	Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit
EG	Europäische Gemeinschaft
EP	Europäisches Parlament
ES	Spanien
ESNBA	European Secretariat for National Bioindustry Association
et al.	et alii
ETC Group	Action Group on Erosion, Technology and Concentration
ETH	Eidgenössische Technische Hochschule
EU	Europäische Union
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
f.	folgende
FAO	Food and Agriculture Organization of the United Nations
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
FDP	Freie Demokratische Partei
ff.	fortfolgende
FNLI	Federatie Nederlandse Levensmiddelen Industrie
FoEE	Friends of the Earth Europe
FoEI	Friends of the Earth International

---

FR	Frankreich
GeN	Gen-ethische Netzwerk
GENET	European NGO Network on Genetic Engineering
GenTAnhV	Gentechnik-Anhörungsverordnung
GenTAufzV	Verordnung über Aufzeichnungen bei gentechnischen Arbeiten
GenTG	Gesetz zur Regelung der Gentechnik
GenTKostV	Gentechnikgesetz-Kostenverordnung
GenTSV	Verordnung über die Sicherheitsstufen und Sicherheitsmaßnahmen bei gentechnischen Arbeiten in gentechnischen Anlagen
GenTVfV	Verordnung über Antrags- und Anmeldeunterlagen
GG	Grundgesetz
GGO	genetisch gemodificeerd organisme
GMO	Genetically modified organisms
GVO	Gentechnisch veränderte Organismen
ha	Hektar
Hivos	Humanistisch Instituut voor Ontwikkelingssamenwerking
Hrsg.	Herausgeber
ICCO	Interkerkelijke Coördinatie Commissie Ontwikkelingssamenwerking
IFOAM	International Federation of Organic Agriculture Movements
IGN	Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugesetze und Nachbauggebühren
INRA	Institut national de la recherche agronomique
ISI	Institut für System- und Innovationsforschung
IT	Italien
Jg.	Jahrgang
KWS	Kleinwanzlebener Saatzucht AG
KZfSS	Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie
LPF	Lijst Pim Fortuyn
LTO	Land- en Tuinbouworganisatie
MDF II	Medefinancieringsstelsel II
MinEZ	Ministerie van Economische Zaken

---

MinLNV	Ministerie van Landbouw, Natuurbeheer en Visserij
MON	Monsanto
Mrd.	Milliarden
NABU	Naturschutzbund Deutschland e.V.
NAV	Nederlandse Akkerbouw Verbond
NBV	Nederlandse Biotechnologische Vereniging
NCR	Nationale Coöperatieve Raad voor land- en tuinbouw
NGO	Non-governmental-Organization
NIABA	Nederlandse Biotechnologie Associatie
NIH	National Institutes of Health
NL	Niederlande
NO	Norwegen
Nr.	Nummer
NSB	Neue soziale Bewegungen
NVG	Nederlandse Verbond van de Groothandel
NWO	Nederlandse Organisatie voor Wetenschappelijk Onderzoek
o.J.	ohne Jahr
PAN	Pestizid Aktions-Netzwerk e.V.
PBO	publiekrechtelijke bedrijfsorganisatie
PDF	Portable Document Format
Platform ABC	Platform Aarde, Boer, Consument
POS	political opportunity structures
PR	Public Relations
Prof.	Professor
PvdA	Partij van de Arbeid
PVV	Partij voor de Vrijheid
QDA	Qualitative Data Analysis
RAFI	Rural Advancement Foundation International
rBST	Recombinant bovine somatotropin
rDNA	rekombinante Desoxyribonukleinsäure
RL	Richtlinie
RND	Raad Nederlandse Detailhandel

RTL	Radio Télévision Luxembourg
RTRS	Round Table on Responsible Soy Association
SAGB	Senior Advisory Group on Biotechnology
SB	Soziale Bewegungen
SER	Sozial-ökonomische Rat
SGP	Staatkundig Gereformeerde Partij
Slg.	Sammlung der Rechtsprechung des Gerichtshofes und des Gerichts Erster Instanz
SNM	Stichting Natuur en Milieu
SOS	Save Our Seeds
SP	Socialistische Partij
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
STAR	Stichting van de Arbeid
Stb.	Staatsblad
Stcrt	Staatscourant
SWOKA	Stichting Wetenschappelijk Onderzoek Konsumentenaangelegenheden
SZ	Süddeutsche Zeitung
TA	Technikfolgenabschätzung
TAB	Büro für Technikfolgen-Abschätzung beim Deutschen Bundestag
taz	tageszeitung
TNO	Nederlands Organisatie voor Toegepast Natuurwetenschappelijk Onderzoek
TNS	Taylor Nelson Sofres
TRIPS	Agreement on Trade-Related Aspects of Intellectual Property Rights
TTIP	Transatlantic Trade and Investment Partnership
TV	Television
u.a.	unter anderem
UK	Vereinigtes Königreich
UN	United Nations
UNDP	United Nations Development Programme

---

US	United States
USA	United States of America
USD	US Dollar
VBU	Vereinigung deutscher Biotechnologie-Unternehmen
VCOGEM	Voorlopige commissie genetische modificatie
VGH	Verwaltungsgerichtshof
vgl.	vergleiche
VI	Verbraucher Initiative e.V.
VLOG	Verband Lebensmittel ohne Gentechnik e.V.
VO	Verordnung
VROM	Ministerie van Volkshuisvesting, Ruimtelijke Ordening en Milieubeheer
VVD	Volkspartij voor Vrijheid en Democratie
vzbv	Verbraucherzentrale Bundesverband e.V.
WNF	Wereld Natuur Fonds
WTO	World Trade Organization
WWF	World Wide Fund for Nature
WWU	Westfälische Wilhelms-Universität
WZB	Wissenschaftszentrum Berlin
z.B.	zum Beispiel
ZKBS	Zentrale Kommission für die Biologische Sicherheit
ZNS	Zentrum für Niederlande-Studien



### 13. Verzeichnis geführter Interviews

Datum	Organisation/Person(en)/Funktion(en)	Ort	Dauer*
21.02.13	Bionext: Maaike Raaijmakers (Projektleiterin Gentechnikfreie Landwirtschaft)	Zeist	69
11.03.13	Bio-Verbraucher: Wolfgang Ritter (Gründer und Vorsitzender)	Nürnberg	45
11.03.13	Slow Food Deutschland: Dr. Rupert Ebner (Schatzmeister und Landwirtschaftsexperte)	Ingolstadt	70
12.03.13	nahrungs-kette: Dr. Inci Sieber (Initiatorin und Sprecherin)	München	49
18.03.13	BÖLW: Peter Röhrig (stv. Geschäftsführer)	Berlin	61
19.03.13	NABU: Dr. Steffi Ober (Fachreferentin Agro-Gentechnik und Biodiversität)	Berlin	49
04.04.13	Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft: Georg Janßen (Bundesgeschäftsführer) Annemarie Volling (Gentechnik-Koordinatorin)	Hamm	77
23.04.13	ASEED Europe: Linda Coenen (Campaignerin)	Amsterdam	82
25.04.13	Greenpeace Nederland: Herman van Bekkem (Kampagnenleiter nachhaltige Landwirtschaft)	Amsterdam	80
06.05.13	Werkgroep "Burgers voor gentechvrij voedsel": Els van Dongen (Initiativnehmerin) Luc Buur (Initiativnehmer) Dirk Hart (Initiativnehmer)	Nijmegen	74
07.05.13	Bioland: Gerald Wehde (Geschäftsleiter Agrarpolitik und Pressesprecher)	Mainz	58
13.05.13	BD-Vereniging: Luc Ambagts (Referent und Projektleiter)	Breda	47
03.10.14	Ger Roebeling (Ehemalige Lobbyistin)	Maarn	48

\* reine Aufnahmezeit in Minuten



## 14. Anhang

### 14.1. Leitfaden zum Interview

#### 1. Fragen zur Person

- Wie ist die jeweilige Rolle und Funktion in der Organisation, wie der Bezug zur Gentechnik?

#### 2. Positionierung der Organisation

- Seit wann besetzt die Organisation das Gentechnikthema? Konkreter Anlass?
- Welche Positionen und Standpunkte vertritt die Organisation bei der Gentechnikthematik?
- Wie oft ist die Grüne Gentechnik Kampagnenthema?
- Was werten Sie als generellen Erfolg des Kampfes gegen die Grüne Gentechnik?
- Inwiefern war Ihre Organisation am Erfolg beteiligt?

#### 3. Strategie

- Was soll Ihre Kampagne und Interessenvermittlung gegen die Gentechnik vor allem vermitteln?
- Zielen Ihre Proteste derzeit gegen einen speziellen Akteur? Welchen?
- Wodurch versuchen Sie, andere von ihrer Haltung zur Gentechnik zu überzeugen?
- Ist von Ihrer Organisation ein konkretes Umsetzungskonzept entwickelt worden?
- Auf welcher (politischen) Ebene oder an welchen Ebenen setzen Sie ihren Protest an?
- Hat sich ihre Strategie im Laufe der letzten fünf Jahre verändert?

#### 4. Interaktion

- Bestehen Kontakte mit den jeweiligen Dachverbänden/Untergruppierungen?
- Bestehen Kontakte zu anderen Agrar, Umwelt- oder Verbraucherschutzakteuren?
- Wie eng sind diese Kontakte?
- Mit wem gibt es den meisten Austausch (Agrar, Umwelt oder Verbraucherschutz)

- Was ist die Rolle ihrer Organisation bei diesen Kontakten?
- Was ist der Vorteil/Nutzen von Zusammenarbeit?
- Sind Kooperationen auch schon mal hinderlich gewesen?
- Würden Sie sagen, es gibt „Allianzen“ beim Einsatz gegen Grüne Gentechnik?
- Haben diese Allianzen Auswirkungen auf die eigene „Kursbestimmung“?
- Wie sieht es mit anderen gesellschaftlichen Akteuren aus? Gibt es dort Kontakte?
- Gibt es Grenzen, wo Sie sagen, mit solch einem Akteur würde ich nicht kooperieren?
- Wie ist es bei staatlichen Akteuren? Gibt es regelmäßige Kontakte zur Gentechnikthematik?
- Wie ist es bei ökonomischen Akteuren? Gibt es regelmäßige Kontakte zu dieser Thematik?

### **5. Nachbarland**

- Schauen Sie bei Ihrer Arbeit zum Thema Gentechnik auch ins Ausland und dort speziell in die Niederlande/nach Deutschland?
- Existieren auch Kontakte Ihrer Organisation in andere Länder und speziell in die Niederlande/nach Deutschland?

### **6. Abschluss**

- Sind Fragen offen geblieben?

## 14.2. Codesystem in MaxQDA

### Person

- Rolle und Funktion
- Zugehörigkeit zur Organisation
- Teamstruktur/Ressourcen

### Akteur

- Beschreibung Akteur
- Seit wann und warum Thema
- Verwandte Themenfelder
- Wichtigkeit/Konjunkturen
- Positionen und Standpunkte
- Bedeutung der Gentechnikthematik
- Erfolg der Bewegung
- Erfolg des eigenen Akteurs
- Rolle innerhalb der Bewegung
- Finanzierung

### Strategie

- Argumentation
- Kampagnenfähigkeit
- Protest- und Kampagnenziel/Forderungen
- Protestart und -instrumente
- Fokusebene
- Grenzen des Protests
- Strategieentwicklung
- Strategieanpassung

### Interaktion

- Distanz statt Interaktion
- Kontakt zu:
  - Dachverbänden und Untergruppierungen
  - Agrar, Umwelt, Verbraucherschutz
  - anderen gesellschaftlichen Gruppen
  - staatlichen und politischen Akteuren
  - Wirtschaftsvertretern
- Kontakt zu welchen Gruppen am meisten
- Eigene Rolle bei Interaktionen
- Kontakte ohne den Akteur

- Pro/contra Interaktionen (Vorteile/Nachteile/Probleme)
- Allianzen (Allianzen/Runde Tische)
- Konkrete Bündnisse
- Auswirkungen auf Organisation
- Interaktionsgrenzen
- Für Integration feindliches Politikfeld

### **Nachbarland**

- Festgefahrene Pro-Contra-Diskussion
- Einstellung der Bevölkerung
- Einstellung der Politik
- Informationen und Unterschiede zu anderen Ländern
- Informationen und Unterschiede zum Nachbarland
- Kontakt in andere Länder
- Kontakt ins Nachbarland
- Inspiration aus Nachbarland

### 14.3. Anschreiben an potenzielle Interviewpartner

#### **Interview für eine wissenschaftliche Untersuchung**

Sehr geehrte Damen und Herren,

zurzeit promoviere ich im Fach Politikwissenschaft über den Themenbereich der Agro- Gentechnik. In meiner Untersuchung möchte ich Beziehungen zwischen Organisationen in diesem Politikfeld untersuchen. Zu diesem Zweck möchte ich Interviews mit Vertretern verschiedener gesellschaftlicher Organisationen und Verbände führen, die gegen diese Technologie aktiv sind. Die Interviews sollen eine wichtige Basis für den Analyseteil meiner Forschungsarbeit darstellen. Hierfür bitte ich Sie um Ihre Mithilfe.

Das Interview mit Ihnen wird etwa eine Stunde dauern. Dabei ist es notwendig, das Gespräch für die spätere Auswertung auf Tonband aufzuzeichnen. Die Ergebnisse aller geführten Interviews werden anonymisiert, sodass die Aussagen später nicht mehr direkt auf eine bestimmte Person oder Organisation zurückzuführen sind.

Sollten Sie in Ihrer Organisation nicht diejenige Person sein, die federführend mit dem Themenbereich der Agro-Gentechnik beschäftigt ist, würde ich sie bitten, meine Anfrage an die entsprechende Person weiterzuleiten.

Ich hoffe, dass Sie mich bei meiner Untersuchung unterstützen werden. Ihre Bereitschaft für ein Interview würde mir sehr helfen.

Mit freundlichen Grüßen

Tim Mäkelburg

#### 14.4. Einverständniserklärung von Interviewpartnern

Hiermit gebe ich mein Einverständnis, dass das mit mir am xx.xx.xxxx geführte Interview mit Herrn Tim Mäkelburg auf Tonband aufgenommen und in Zusammenhang mit seinem Promotionsvorhaben verschriftlicht und analysiert werden darf.

Das auf Tonband aufgezeichnete Interview sowie alle weiteren personenbezogenen Daten werden streng vertraulich behandelt und **ausschließlich in pseudonymisierter Form** weiterverarbeitet: Bereits im Rahmen der Transkription des Interviews werden sämtliche personenbezogene Daten und Namen (beispielsweise Namen von Personen, Orten, Institutionen) vollständig anonymisiert, gleiches gilt für den Auswertungsprozess. Auch hier werden Namen und Institutionen schon bei der elektronischen Weiterverarbeitung anonymisiert bzw. pseudonymisiert.

Ich erkläre mich zudem damit einverstanden, dass kleinere Passagen aus dem verschriftlichten und anonymisierten Interview sowie Teile der vollständig anonymisierten Analyse auch für Vorträge oder Aufsätze, die im Kontext des Promotionsvorhabens stehen, verwendet werden dürfen. Mir wurde zugesichert, dass dabei alle persönlichen Daten, die Rückschlüsse auf meine Person oder Organisation zulassen, gelöscht oder anonymisiert werden.

Nach Abschluss des Promotionsprozesses werden die Audio-Aufnahmen vollständig vernichtet.

---

Ort/Datum

Unterschrift des Interviewpartners

## 14.5. Vertrauensschutzerklärung für Interviewpartner

### **Vertrauensschutzerklärung zum Promotionsprojekt von Tim Mäkelburg M.A. Zusicherung der Anonymität der Aufzeichnungen**

Die Durchführung des Promotionsvorhabens unterliegt den Bestimmungen des Datenschutzgesetzes. Der Interviewer ist auf das Datengeheimnis verpflichtet.

Laut Datenschutzbestimmungen bin ich verpflichtet, Sie über die weitere Verarbeitung des Interviews zu informieren und Ihre ausdrückliche Genehmigung zur Auswertung des Interviews einzuholen. Zudem möchte ich Sie darauf hinweisen, dass aus einer Nichtteilnahme keine Nachteile entstehen. Das heißt, Sie können einzelne Fragen unbeantwortet lassen.

Zum Verfahren:

Das Interview wird auf Tonband aufgezeichnet, da dem Interviewer eine detaillierte Mitschrift im gebotenen Tempo nicht möglich ist. Die Aufnahme wird verschriftlicht. Bei Interesse können Sie eine Abschrift erhalten. Diese Abschrift wird nicht veröffentlicht und ist ausschließlich dem Interviewer im Rahmen der Auswertung zugänglich. Ausschnitte werden nur dann zitiert, sofern eine Identifikation der interviewten Person ausgeschlossen ist.

Dies setzt voraus, dass sämtliche Personen-, Orts-, Institutionennamen anonymisiert bzw. pseudonymisiert werden.

Ihre Kontaktdaten, sofern vorhanden, werden genau wie die Einverständniserklärung gesondert zum verschriftlichen Interview aufbewahrt und nach Beendigung des Promotionsprozesses vernichtet. Die Einverständniserklärung dient ausschließlich dazu, nachweisen zu können, dass Sie mit der Auswertung einverstanden sind.

Ich danke Ihnen für Ihre Bereitschaft, mir ein Interview zu geben. Bei Nachfragen können Sie gern mit mir Kontakt aufnehmen unter: [tmaekelburg@uni-muenster.de](mailto:tmaekelburg@uni-muenster.de).

---

Ort/Datum

Unterschrift des Interviewer

## Schriften aus dem Haus der Niederlande

### **Rollen und Interaktionen von Lobbyingakteuren gegen die Grüne Gentechnik**

Eine Strukturanalyse des Politikfelds anhand der Referenzfälle Deutschland und Niederlande

Die fallzentrierte Studie verfolgt das Ziel, die Strukturen des Politikfelds der Grünen Gentechnik in Deutschland und den Niederlande zu analysieren und ein umfangreiches Bild des Politikfelds sowie der dort aktiven Akteure, der geäußerten Meinungen und Positionen, der ausgetragenen Konflikte, der historischen Entwicklungen sowie der Initiativen zur Konfliktlösung und politischen Regulierung zu zeichnen. Der Schwerpunkt liegt dabei auf drei Gruppen gentechnikkritischer zivilgesellschaftlicher Kollektivakteure: (alternative) Landwirtschafts-, Umweltschutz- und Verbraucherschutzakteure, deren Aktivitäten, Motivationen, Positionen, Rollen und deren Handeln innerhalb des Politikfelds der Grünen Gentechnik näher beleuchtet werden. Zentral steht dabei die Frage, welche Rollen die hier untersuchten Akteure der Anti-Gentechnik-Bewegung jeweils einnehmen und welche Qualität die Interaktionen zwischen diesen Akteuren haben.

37,70 €

ISBN 978-3-8405-1006-9

